



Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 102 4.4.77

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,-

Nach Grohnde: CDU fordert „neues Demonstrationsrecht“ und Kommunisten-Verbot

Nach der Demonstration vom 19.3. am AKW-Bauplatz Grohnde hält die CDU/CSU die Gelegenheit für gekommen, um wieder einmal ihre alten Forderungen nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts (zusammen mit einem ganzen Sack weiterer Gesetzentwürfe) sowie nach einem Verbot kommunistischer Organisationen aufzuwärmen. Die SPD und FDP, aber auch Teile der CDU selbst, äußern sich zu diesem hektischen Treiben kühl bis skeptisch. Ihr Konzept ist es, auf diesem Gebiet

das jeweils Nötige und Mögliche zu tun, ohne darüber großes öffentliches Geschrei zu machen. An der Spitze der Forderungen der CDU/CSU steht die Verschärfung des Demonstrationsrechts – so soll jede „der sich einer gewalttätigen Demonstration anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt“, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden können, also z.B. jeder der Demonstranten von Brokdorf und Grohnde. Außerdem soll es erleichtert werden, Demonstrationen von vornher-

ein zu verbieten, entweder bei „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (bisher nur bei „unmittelbarer“ Gefahr) oder auch, „wenn sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist“. Speziell das Demonstrations- und Versammlungsrecht für Ausländer möchte die CDU/CSU noch weiter als bisher schon eingeschränkt sehen – weiß aber anscheinend selbst nicht

Fortsetzung Seite 3

Kapitulation der Juso-Führung

Der neugewählte Juso-Vorsitzende Benneter, der mit dem Versprechen angetreten war, „keinem Konflikt auszuweichen“, wenn es um innerparteiliche Knebelung geht, hat schon eine Woche nach seiner Wahl den großen Rückzieher gemacht. Benneter und seine übrigen Vorstände stehen damit voll in der Kontinuität des Opportunismus der Voigt, Roth und Wiczorek-Zeul, die ihre mit viel Spektakel herausposaunten Forderungen regelmäßig nach dem ersten Anpfiff der SPD-Führer sang- und klanglos fallenließen.

Die „Umorientierung“ der Jusos anders als geplant!
Den Konflikt bewußt gesucht haben die SPD-Führer. Sie machten die Haltung der Jusos zur „Zusammenarbeit

mit Kommunisten“ zur Gretchenfrage, um damit den als „kommunistenfreundlich“ deklarierten neuen Juso-Vorsitzenden in die Knie zu zwingen. Nachdem der Juso-Bundeskongress in Hamburg (18.-20.3.) mit übergroßer Mehrheit eine Teilnahme an einer Demonstration des DKP-beeinflußten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ beschlossen und Benneter noch lauthals verkündet hatte, „er werde ... an der Spitze marschieren“ („Süddeutsche Zeitung“, 24.3.77), setzte SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr ein Ultimatum. Wenn Benneter sich nicht bis Montag (28. 3.) distanziert, fliegt er. Bahr kündigte an, „jeder Teilnehmer an Demonstrationen des Komitees“ hat „ein Ausschlussverfahren zu erwarten“ („SZ“, 24.3.77)!

Forts. S. 3



„Selbst Kinder brachten die Terroristen mit nach Grohnde...“

Ob man's glaubt oder nicht: dies ist eine Originalaufnahme vom 19.3.77 vom AKW-Baugelände in Grohnde

NPD organisiert Terrorbanden

Die neonazistische NPD befindet sich nach einem kurzfristigen „Hoch“ Mitte bis Ende der 60-er Jahre seither in stetigem Niedergang. Parallel dazu ist die zusammengeschmolzene Nazi-Partei mehr und mehr zum Unterschlupf für faschistische Terror-Banden geworden, und in der Parteiführung sind die „gemäßigten“ Nazi-Typen wie Thadden zunehmend von den Krawall-Faschisten um den berühmten antisemitischen Hetzer Dr. Frey verdrängt worden. So war der Bundesparteitag der NPD Ende März in Hannover ein Anziehungspunkt für Nazi-Banden aus der ganzen BRD und Westberlin. Am Rande des „Parteitags“ kam es immer wieder zu Terror-Akten der Nazis:

- 30 Faschisten versammelten sich um das KBW-Büro, randallierten und warfen die Scheiben ein.
- Über einen weiteren Vorfall berichtet ein AK-Leser aus Hannover: „Am Freitagabend (25.3.) spielte in der Stadthalle Hannover die

Gruppe Kraan. Das zog natürlich 'ne Menge 'Langhaarige' an und die Faschisten ließen es sich natürlich nicht nehmen, zu provozieren und einzuschüchtern. Als ein paar von meinen Kumpels nach beendeter Vorstellung auf die Straße kamen, stand dort ein NPD-Wagen. Die Leute gingen ein bißchen näher ran, um sich das Ding mal näher anzusehen. Plötzlich sahen sie sich von zehn bis 15 mit Knüppeln, Schlagringen usw. bewaffneten Faschisten umringt. Sie griffen sich willkürlich einen meiner Kumpel, hielten ihn fest und durchsuchten ihn, wie man es ja von den Bullen kennt, nach Waffen! Danach gab es noch ein paar Drohgebärden und die Leute konnten eingeschüchtert wieder abziehen. Schlimm an der Sache ist, daß sehr viele Leute in der Nähe waren und sich das 'Schauspiel' angesehen haben, aber keiner die Zivilcourage aufbrachte, da mal einzugreifen“.

Fortsetzung Seite 2

Der Schah, Rabin, Pinochet u.a. gratulieren Asylrecht abgeschafft

Am 11. März 1977 hat der Bundesrat (die Vertretung der Bundesländer) eine Neufassung der „Verwaltungsvorschrift“ zum ohnehin schon reaktionären Ausländergesetz verabschiedet, wonach die Ausweisungsbeurteilung für asylsuchende Ausländer an Grenzschutzorgane und Ausländerbehörden übertragen wird. Die Asylsuchenden werden nunmehr völlig der Willkür von Vollzugsbeamten ausgeliefert sein.

Die neue „Verwaltungsvorschrift“ (die praktisch Gesetzescharakter hat), gibt den Behörden sogar die Möglichkeit, asylsuchende Ausländer auszuweisen, bereits während deren Anerkennungsverfahren läuft. Durch weitere sehr weit gefasste und pauschale Bestimmungen dieser neuen Verordnung kann praktisch allen mißliebigen Ausländern, die in der BRD Asyl beantragen, dieser Schutz verweigert werden. Und hierzulande sind es noch allemal Antifaschisten und Revolutionäre, denen dieses demokratische Grundrecht verwehrt

wird und die an die reaktionären bzw. faschistischen Regimes in ihren Heimatländern ausgeliefert werden ...

Wenn ein demokratisches Recht – wie jetzt in der Asylfrage geschehen – den Vollzugsorganen zur willkürlichen Handhabung freigegeben und in zentralen Einzelbestimmungen ausgehöhlt wird, so kann es praktisch als abgeschafft gelten.

Mit der Verabschiedung der geänderten „Verwaltungsvorschrift“ zum Ausländergesetz hat der bundesdeutsche Rechts-Staat einen weiteren Schritt in der Faschisierung von Staat und Gesellschaft getan – einen Schritt in Richtung auf ein Regime, das nicht nur die eigene linke Opposition mit zunehmend terroristischen Methoden unterdrückt, sondern darüberhinaus auch die asylsuchenden Verfolgten von erklärtermaßen reaktionär-faschistischen Staaten an ihre Unterdrücker und ggf. Henker liefert.

Fortsetzung Seite 3



Blick in die Welt

Auf zum (Atom)-Eier-Suchen!

In vielen Initiativen der Atomkraftgegner ist beschlossen worden, die Ostertage für Protestaktionen gegen die AKW's zu nutzen. In Osterspaziergängen und Ostermärschen soll an die Tradition der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung Ende der 50er Jahre angeknüpft werden. Durch die Osteraktionen, die von den AKW-Gegnern sicher sehr bunt und ideenreich gestaltet werden, sollen neue Menschen für den Kampf gegen das Atomprogramm gewonnen werden.

Folgende Aktionen sind bisher geplant:
Die Flensburger Bürgerinitiative ruft für Karfreitag, den 8. April, zu einer deutsch-dänischen Begegnung an der Grenze auf. Die Aktion richtet sich gegen die Behinderung dänischer AKW-Gegner an der Grenze anlässlich der Brokdorf-Demonstration und dient der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit der AKW-Gegner.
Sammelplatz: 11 Uhr, Ostseebad Flensburg.

Für Samstag, den 9. April, ruft die Bürgerinitiative BBA in Bremerhaven zu einer Kundgebung gegen das Atomprogramm und das AKW Esenshamm auf. Treffpunkt: 11 Uhr, Theodor-Heuß-Platz, Bremerhaven.

Am Ostersonntag, den 10. April, findet eine Kundgebung in Krümmel gegen den Bau des Atomkraftwerks Krümmel statt. Die geplante friedliche Kundgebung wird neben der Geesthachter BI von mehreren Bürgerinitiativen in dieser Region getragen und als ein Schritt verstanden, mehr Menschen für den Kampf gegen Atomanlagen zu gewinnen.

Mit der Vorbereitung zur Veranstaltung wurde auch der erste Schritt einer regionalen Zusammenarbeit mit anderen BI's unternommen, die auch nach Ostern weitergeführt werden sollte.

Als direkte Antwort auf die Osterkundgebung fingen die HEW/NWK

Als direkte Antwort auf die Osterkundgebung fingen die HEW/NWK mit dem Ausbau des Bauplatzes wie in Brokdorf und Grohnde zu einer Festung an! Weitläufig wurde um das AKW ein Bauzaun gezogen. Die Wege zum Informationszentrum wurden vorläufig mit Stacheldrahtverhau "gesichert".

Damit ist eine weitere Atomfestung geschaffen!

Ebenfalls am Ostersonntag soll eine Demonstration zum AKW Altenbruch Cuxhaven stattfinden. Die Demonstration soll um 11 Uhr auf dem Marktplatz von Altenbruch beginnen und dann zum Bauplatz gehen. Ein Bauer hat dort eine Wiese für ein Fest, ev. auch ein Osterfeuer, zur Verfügung gestellt. Die Aktion planen: AG Cuxhaven, BBA Bremerhaven, BI Stade, BI Bremervörde, BI Buxtehude, I Freiburg (Dorf bei Osterdorf) und

JZ Hemmoor. Der Vorbereitungsausschuß in Cuxhaven ist täglich von 17 - 22 Uhr unter der Nummer 047 21/24 259 (Ralf) zu erreichen.

Um 10 Uhr am Ostersonntag unternehmen die AKW-Gegner vom Markt in Kalkar aus einen Osterspaziergang zum Baugebiet und zum „Indoktrinations-Zentrum“ der Atomindustrie am Baugebiet des „Schnellen Bräters“ in Kalkar. Diese Aktion wurde am 30.3. in Gelsenkirchen auf einem Treffen von 18 nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen beschlossen. Zu der Aktion rufen die Initiativen alle ehrlichen AKW-Gegner auf. In der Resolution heißt es: „Der Osterspaziergang nach Kalkar bedeutet eine *Ergänzung* der bisherigen Kampfmethoden und steht nicht alternativ zu militanten Bauplatzbesetzungen oder -versuchen, von denen keine Abstriche gemacht werden dürfen.“ Außerdem beschlossen die Anwesenden eine Regionalkonferenz aller NRW-Initiativen für den 23.4. in Moers einzuberufen. Alle Anti-AKW-Initiativen werden aufgefordert, zu dieser Konferenz Vorbereitungen zu treffen und Delegierte zu bestimmen. Informationsstelle: Gelsenkirchen 02 09/35 74 24.

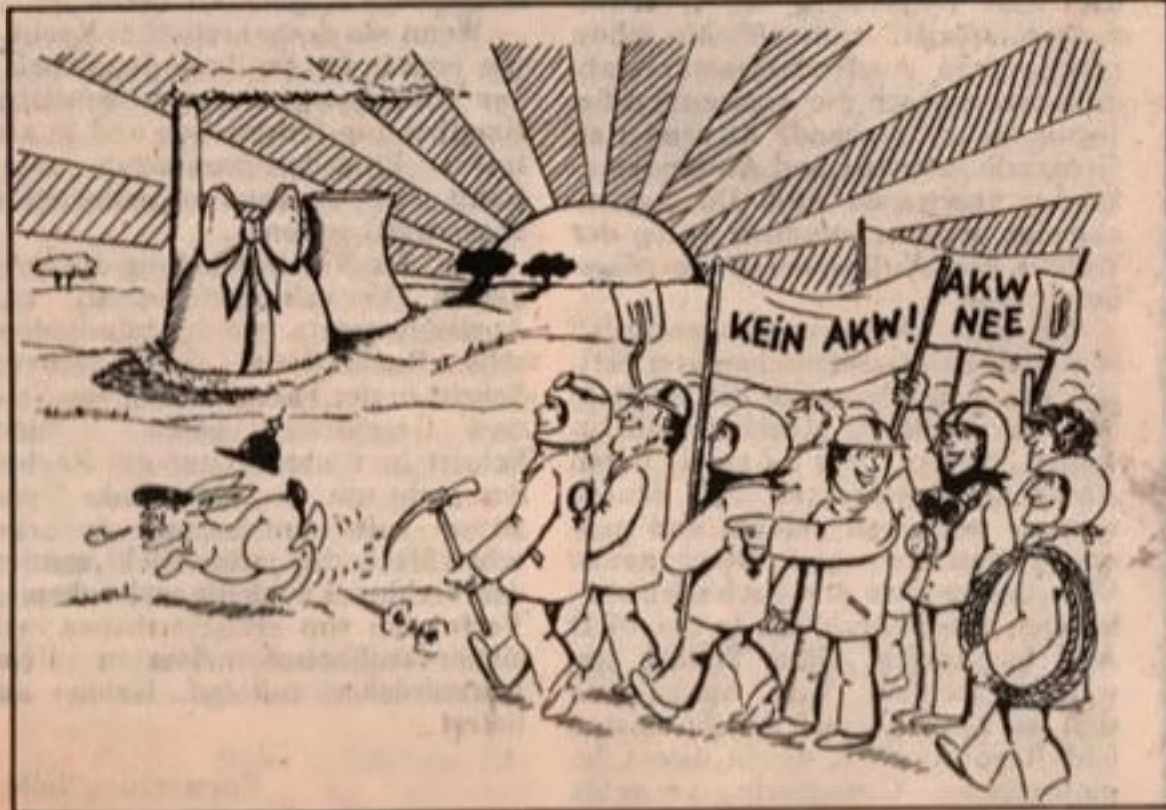
Auch in Grohnde ist von den örtlichen Bürgerinitiativen ein Spaziergang zum Bauplatz an den Osterfeiertagen geplant. Durch Informationsstände und Anti-AKW-Material soll über die Gefahr der Atomenergie informiert werden.

Für Ostermontag, den 11. April, rufen die Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Neckar-Raum zum Marsch auf das AKW Biblis auf. Treffpunkt: 13 Uhr 30 in Groß Rohrheim.

Ostermontag — Hamm Uentrop: Ostermarsch zum AKW Hamm-Uentrop-Schmehausen.

Ostermontag — Remerschen, Luxemburg: Anti-Atomfest gegen das geplante AKW Remerschen mit Musik und Diskussion und Happenings.

Des weiteren findet am Freitag, den 15. April, in Vise in Belgien eine Veranstaltung gegen das dort geplante AKW statt. Veranstalter sind niederländische und belgische Bürgerinitiativen. Informationen gibt es bei: Limburg Energie Comitee Hoogbrugstraat 74 Maastricht, Niederlande Tel: NL 043/ 12 213



Roberto Moreno endlich frei!



Genosse Moreno bei der Ankunft in Bremen

Aus dem Kerker ins Bremer Exil

1. Bremen — Sein Gesicht war so braun wie das eines Urleubers. Doch den „gesunden“ Teint hat er sich im KZ geholt: Der chilenische Ökonomeprofessor Roberto Moreno Burgos (39) traf gestern in Bremen ein.

Eine rührende Szene: Noch auf dem Flughafen wurde er

von seinen weinenden Kindern umarmt, seine Familie lebt bereits seit fast zwei Jahren in der Harbestadt.

Vor dem Putsch der Generals-Junta war Moreno Mitglied der „Bewegung der revolutionären Linken“. Das Pinochet-Regime verurteilte ihn zu zehn

Jahren Haft, obwohl er sich nachweislich nie an Gewaltaktionen beteiligt hat.

Seit Ende 1975 bemüht sich die Christengemeinde in der Vahr und MdB-Walther um seine Freilassung — mit Erfolg!

So versucht die SPD-Zeitung „Bremer Morgenpost“, die Gefängnisse und Folterzentren der chilenischen Junta als Urlaubsparadiese hinzustellen und Robertos politische Rolle als führendes Mitglied des MIR zu verleugnen! („MoPo“ Bremen, 1.4.77)

Genosse Roberto Moreno ist am 30. März aus chilenischer Haft entlassen worden. Am 31.3. wurde er auf dem Bremer Flughafen von seiner Familie und ca. 30 chilenischen und deutschen Genossen begeistert empfangen. Seine Freilassung ist nach der von Gladys Diaz ein erneuter Sieg der internationalen Solidarität.

Fast zwei Jahre lang lief der Antrag einer Bremer Kirchengemeinde und des Bremer SPD-Abgeordneten Walthermathe und von Amnesty International auf Entlassung aus der Haft und Einreise in die Bundesre-

publik. Die vollständig juntafreundliche deutsche Botschaft in Chile hat seine Freilassung offensichtlich stark verzögert. Sie setzte sich außerdem nicht ein einziges Mal mit ihm persönlich in Verbindung, geschweige denn, daß sie ihn und seine Familie über den Fortgang der Ausreiseverhandlungen informierte. Mit ihm traten lediglich die ICEM (eine Institution der UNO) und die FASIC (eine internationale Organisation der christlichen Kirchen) in Verbindung. Offensichtlich hat Roberto selbst erst in Bremen erfahren, wie lange die Bemühungen um seine Freilassung

schon laufen.

Als Bedingung für seine Ausreise mußte er eine Erklärung unterschreiben, daß er in der BRD keine „gegen die Sicherheit der BRD gerichteten Aktivitäten“ unterstützen werde. Andernfalls würden in Zukunft keine politischen Gefangenen von der BRD mehr aufgenommen (!) und diejenigen, die sich offiziell für seine Freilassung eingesetzt hatten, politisch zur Verantwortung gezogen werden.

Diese Erpressung übertrifft die reaktionären Ausländergesetze noch bei weitem und richtet sich eindeutig besonders gegen die MIR-Genossen (andere freigelassene Chilenen mußten so eine Erklärung offenbar nicht unterschreiben).

Genosse Roberto Moreno war vor vier Jahren von der Junta verhaftet worden. Als Mitglied der politischen Kommission des MIR trug er persönliche Verantwortung für die gesamte Politik des MIR und die Junta glaubte, einen wichtigen „Fang“ gemacht zu haben. Offiziell vor ein Gericht gestellt wurde er erst ein Jahr später. In seiner Verteidigungsrede während des Prozesses machte er deutlich, daß er jederzeit für den Widerstandskampf des MIR eintrete und weiter eintreten werde.

Unmittelbar nach seiner Verhaftung im März 1974 hatten die Henker ihn in das Folterzentrum der Luftwaffe verschleppt. Dort wird in unterirdischen, winzigen Zellen, Tag und Nacht die Augen verbunden, gefoltert, um aus den Gefangenen Namen anderer Genossen und andere Informationen herauszupressen. Das gelingt ihnen trotz Folter nicht.

Unter diesen unmenschlichen Bedingungen war Genosse Roberto ein Jahr gefangen gehalten worden. Erst direkt vor dem Prozeß 1975 wurde er in ein offizielles Gefängnis von Santiago gebracht.

In den öffentlichen Gefängnissen und Konzentrationslagern sind die Haftbedingungen wegen der internationalen Kontrollmöglichkeiten besser. Trotz der internen Repression bereiten sich die gefangenen Genossen hier gemeinsam und so gut es geht auf die Befreiung vor. z.B. in dem sie sich politisch weiter schulen und Sport treiben, um so schnell wie möglich weiter für die Befreiung Chiles von dem faschistischen Henkerregime kämpfen zu können. Aus diesem Grunde geht es Roberto jetzt wieder verhältnismäßig gut.

Ganz anders ist die Situation der ca. 3.000 Genossen, die heute noch immer in geheimen Folterzentren der Junta gefangen gehalten werden. Gegen ihre Gefangenschaft zu protestieren und die Pinochet-Bande zu zwingen, sie freizugeben, ist eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung für den chilenischen Widerstand!

KB/Gruppe Bremen

NPD organisiert Terrorbanden

Fortsetzung von Seite 1

— Eine von der NPD angekündigte Pressekonferenz zum „Parteitag“ in Hannover wurde von den Journalisten boykottiert, nachdem sie bereits am Eingang von aufgeputschten Faschisten als „rote Schweine“ und „Verräter“ beschimpft worden waren.

Daß dies keine Einzelfälle sind (vielleicht können AK-Leser auch noch weitere Beobachtungen zum Treiben der Nazi-Banden während des NPD-Parteitags beibringen?), zeigt folgender Bericht aus Lüneburg: Am 11. September 1976 hielt die NPD in Lüneburg eine Wahlveranstaltung ab, während der eine Reise- und Schlägertruppe der Nazis mit brutaler Gewalt den Protest von Lüneburger Antifaschisten einzuschüchtern versuchte:

— Sie sprühten Tränengas in die Kellerräume des provisorischen Jugendzentrums und zerschlugen Fensterscheiben, als dort ca. 65 Jugendliche über die NPD-Veranstaltung und die vorhergehende antifaschistische Protestkundgebung diskutierten.

— Nachdem die Jugendlichen die Kellerräume verlassen hatten, trieb eine ca. 40 bis 50 Mann starke Schlägertruppe der NPD die Antifaschisten durch die Innenstadt, wobei sie sich einzelne zum „Merken“

rausgriffen und festhielten, Leibesvisitationen durchführten, mit Eisenketten und Schlagringen Prügel androhten und faschistische Lieder sangen. Alles unter dem Motto: „Wir sind reinrassig, wir dürfen das!“ (mehr dazu im AK 89, S. 39).

Nach dem 11. September wurde gegen den Forstwart Heinz Lembke aus Oechtringen, gegen den Landwirt Heinrich Becker und gegen unbekannt Anzeige wegen schwerer Körperverletzung und Nötigung erstattet. Lembke und Becker sind in Lüneburg schon öfter als Provokateure gegen linke Zeitungsverkäufer, als Spitzel gegen Antifaschisten und bei der Roeder-Kundgebung am 30. 1.76 aufgetreten. Die Stadt Lüneburg erstattete ebenfalls wegen Sachbeschädigung im Haus der Jugend Anzeige gegen die NPD.

Beide Strafverfahren sind am 22. 2.77 von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lüneburg eingestellt worden! Begründung: „Zeugen“ bestätigten Lembke (nach eigenen Aussagen im „Bund Heimatstreuer Jugend“) und Becker, daß sie sich am 11.9. „ruhig und besonnen“ (so im Schreiben der Staatsanwaltschaft) am Terror beteiligt hatten. Sonst konnten „natürlich“ keine Täter ermittelt werden.

Nachdem in den 60-er Jahren das Auftreten der NPD-„Ordnertruppe“ breite öffentliche Empörung hervor-

gerufen hatte, war es das Bestreben der Kräfte um Thadden gewesen, zum negativen Image der Schläger-Partei etwas Abstand zu gewinnen und sich als „demokratische“ Partei darzustellen. Dies führte u.a. zur offiziellen Auflösung des NPD-„Ordnendienstes“ und zu Austritten und Abspaltung aus der NPD („Aktion Neue Rechte“, „Nationalrevolutionäre“ u.a.m.). Anfang der 70-er Jahre wurden dann, von der bürgerlichen Presse kaum notiert, bewaffnete faschistische Terrorgruppen von beachtlichem Umfang und mit großen Waffenlagern ausgehoben. Es zeigte sich, daß diese Banden weitgehend aus NPD-Funktionären und „Ordnungsdienst“-Leuten bestanden. Eine Bestrafung gab es entweder gar nicht oder sie war äußerst geringfügig.

Heute zeigt sich, daß letzten Endes die Kräfte in der NPD wieder die Oberhand gewonnen haben, die auf's parlamentarische Image scheißen (in der richtigen Annahme, daß da für die NPD sowieso kaum etwas zu holen ist) und die die NPD als legale Hülle und Sammelbecken für die faschistische Terror-Szene verstehen. Das Bundesinnenministerium registriert diese Entwicklung mit Wohlwollen als „weiter anhaltender Rückgang des Rechtsradikalismus“. Selbsthilfe ist also das Gebot!

Fortsetzung von Seite 1

Asylrecht abgeschafft

Das Grundgesetz – ein Fetzen Papier

In Artikel 16 (Absatz 2) des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat, heißt es knapp und unmißverständlich: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Das sozialdemokratische Parteiblatt „Vorwärts“ gedachte in einer seiner jüngsten Ausgaben der Zeit, als „unsere Verfassung“ und das darin verbriefte Asylrecht entstanden: „Nie zuvor in der deutschen Geschichte hatte es ein Grundrecht auf Asyl gegeben. Mit dem Anspruch politisch Verfolgter auf Zuflucht vollzog die Bundesrepublik ihre Abkehr von der Vergangenheit; sie setzte auf eine Zukunft, in der Menschen frei von Furcht und Unterdrückung leben sollten, ohne Gesinnungsschnüffler und den Zwang zu politischen Bekenntnissen“ („Vorwärts“, 10.3.77).

Der Artikelschreiber zitiert Abgeordnete des Parlamentarischen Rates, die damals vertraten, daß „Bedingungen oder Voraussetzungen an die Asylgewährung zu knüpfen“ der „Beginn des Endes des Asylrechts überhaupt“ wäre ...

Ach, (schwarz-rot) goldene Gründerzeiten. Die allergoldsten Zeiten reichten gerade von der ersten bis zur dritten Lesung von Grundgesetz (GG), Artikel 16 bis GG, Art. 18. In Art. 18 wird nämlich schon unter dem staatssichernden Titel: „Verwirkung von Grundrechten“ festgehalten, daß u.a. das Asylrecht verwirkt werden kann, wenn es „zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht“ wird.

1953 wurde nun mit der Einführung eines förmlichen Anerkennungsverfahrens für Asylsuchende der „Beginn des Endes des Asylrechts überhaupt“ eingeläutet. Dabei wurde selbstverständlich der Geist der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (abgekürzt: FDGO) respektiert.

Der Einfachheit halber wurde dabei jedoch nicht Bezug auf das Grundgesetz, sondern auf die „Flüchtlingskonvention“ der Vereinten Nationen genommen, die kein individuelles Recht auf Asyl anerkennt, sondern es dem „staatlichen Souveränitätsrecht“ überläßt, ob und welche Flüchtlinge auf das jeweilige Staatsgebiet zugelassen werden. „Das Bundesverwaltungsgericht fiel auf die Täuschung herein und leitete durch Urteile vom 17. Januar 1957 eine Asylrechtsprechung ein, die den Minimalschutz der Flüchtlingskonvention als äußerste Grenze dessen markierte, was Art. 16 GG herbeigeht; in der Konvention seien die „immanenten Grenzen des Asylrechts“ geregelt“ schreibt der sozialdemokratische „Vorwärts“ und täuscht sich (?) und andere damit über die wahren Absichten einer solchen „Rechtsfindung“ („Vorwärts“, 10.3.77).

1965 war es dann soweit. Im „Ausländergesetz“ war der nie ausgekehrte „alte Geist“ wieder eingekehrt. In diesem Gesetz wird angeordnet, daß „aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ ein Asylberechtigter ausgewiesen werden kann, sogar in den Verfolgerstaat, wenn der Verfolgte „aus schwerwiegenden Gründen als eine

Gefahr für die Sicherheit anzusehen ist“ (AuslG, § 11 Abs. 2; § 14 Abs. 1 Satz 2).

Die Nacht- und Nebel-Massenabschiebung linker Palästinaer (von GUPA und GUPS) 1972 nach den Vorfällen bei der Münchner Olympiade (Kommandoaktion des „Schwarzen September“ gegen israelische Sportler und anschließendes Blutbad durch westdeutsche Bullen) war „rechtlich“ bestens abgesichert. Was sogar für Asylberechtigte rechtens ist, ist natürlich für „normale“ linke Ausländer billig.

Das Ende des Asylrechts

Unter 10.2. der „Verwaltungsvorschrift“ heißt es jetzt: „Gegen einen Ausländer, der seine Anerkennung als Asylberechtigter nach § 28 AuslG beantragt hat, kann unbeschadet des anhängigen Asylverfahrens eine Ausweisung verfügt werden“. Weiter heißt es im Text, daß ein Ausländer ausgewiesen werden kann, „wenn die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich rechtsmißbräuchlich begehrt wird“, also angeblich „asylfremde Ziele“ verfolgt werden. Dies zu beurteilen obliegt in Zukunft nicht mehr dem „Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge“ in Zürrdorf, sondern dem einzelnen Ausländerbehörden-Beamten, dem Grenzschrützer ... Asyl kann auch abgelehnt werden und der Ausländer mit Ausweisung für Asylbeantragung bestraft werden, wenn er es wagt, „nach längerem Aufenthalt im Bundesgebiet erst im Zusammenhang mit ausländerrechtlichen Maßnahmen“ Asyl zu beantragen. Im Klartext heißt das, daß jeder Versuch vor Gericht, sich gegen verschärfte ausländerfeindliche Maßnahmen des westdeutschen Staates zu schützen, aussichtslos ist und statt Asyl die Ausweisung zur Folge hat.

Eine erste Konkretisierung hat die „Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse“ bereits gegenüber chilenischen Antifaschisten erfahren. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, daß die Grenzschrützer vom Bundesinnenministerium angewiesen wurden, alle Chilenen, die ein brandmarkendes „L“ hinter ihrer Paßnummer haben, nicht in die BRD einreisen zu lassen ... Dieses „L“ gilt als von chilenischen Botschaften erteilte Erkennungszeichen für all die Chilenen, denen von der faschistischen Pinochet-Clique als „unerwünschte Personen“ eine Rückkehr nach Chile „auf immer“ untersagt ist („Frankfurter Rundschau“, 23.3.77). Schöne Brüderschaft ...

Es wird eine Aufgabe aller Demokraten und Kommunisten der BRD sein, gegen die Anwendung dieser reaktionären und menschenfeindlichen Maßnahmen gegen verfolgte Antifaschisten öffentliche Kampagnen durchzuführen. Das drohende Verbot gegen die fortschrittliche Organisation iranischer Studenten, CISNU, (s. AK 101) ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.

Insbesondere wird auch das in Vorbereitung befindliche „Russell-Tribunal“ gegen die Repression in der BRD die Aufgabe haben, den an der BRD die Aufgabe haben, den an der BRD die Aufgabe haben, den an „33 und danach“ erinnernden Geist dieser höchstamtlichen Beschlüsse der BRD-Regierung an den Pranger zu stellen.

Emigrantenzelle

Freiheit für Rodriguez Oliver!

Im folgenden drucken wir den Aufruf des „Komitee Freies Iberien“ ab, in dem die Freilassung des spanischen Antifaschisten Oliver gefordert wird, der von westdeutschen Behörden widerrechtlich verhaftet wurde:

Köln, den 27.3.77

José Luis Rodriguez Oliver, ein spanischer Journalist und Schriftsteller, wurde am vergangenen 1. März vom Bundesgrenzschutz verhaftet aufgrund eines von vier Jahren von der spanischen Polizei über Interpol ausgestellten Haftbefehls. Er wurde in Puttgarden festgenommen, als er von Paris nach Schweden zurückreisen wollte, wo er seit 1972 als politischer Flüchtling lebt. Man überführte ihn nach Lübeck, wo er seitdem im Knast sitzt in Erwartung der Entscheidung der westdeutschen Behörden, ob sie ihn an Spanien ausliefern oder nicht.

José Luis Rodriguez ging 1972 nach Schweden ins Exil, das ihm politisches Asyl gewährte und einen Flüchtlingspaß mit Gültigkeit für alle Länder ausstellte. In Schweden verbüßte er eine Gefängnisstrafe von einem Jahr wegen eines Bankraubes, den er in Spanien aus politischen Motiven begangen hatte (er ist Anarchist). Trotzdem er seine Strafe vollständig abgesessen hatte, verschwand der spanische Haftbefehl nicht aus den Akten von Interpol; aufgrund dessen wurde er jetzt verhaftet.

In Schweden, wo José Luis Rodriguez in den letzten Jahren als Lehrer und Journalist, spezialisiert auf spanische Angelegenheiten, gearbeitet hat, hat seine Verhaftung große Beunruhigung ausgelöst, da man davon ausgeht, daß es sich hier nicht um einen einfachen Ausrutscher der deutschen Polizei handelt. Von den politischen Gruppen wie auch von der Presse (z.B. „Aftonbladet“, die auflagenstärkste schwedische Zeitung, im Besitz der sozialdemokratischen Gewerkschaften) ist eine breite Kampagne zur Erreichung der Freilassung von José Luis Rodriguez begonnen worden.

Umso wichtiger erscheint es uns, daß auch in der BRD dieser Fall in der Öffentlichkeit gelangt. Es zeigt sich hier einmal mehr, wie es der bundesdeutsche „Rechts-Staat“ mit dem Asylrecht hält: nicht nur, daß er selbst nicht bereit ist, politisches Asyl ohne Ansehen der Gesinnung zu gewähren (wie man bei Chile gesehen hat), er respektiert nicht einmal das Asyl, das dritte staatliche Verfolgten gewährt.

So bitten wir Euch, alles dafür zu tun, daß dieser Fall die breitestmögliche Öffentlichkeit erhält: Veröffentlichung in der linken Presse, Leserbriefe an bürgerliche Zeitungen, Resolutionen in Gewerkschaftsversammlungen usw.

Für die sofortige Freilassung von José Luis Rodriguez Oliver!

Komitee Freies Iberien c/o R. Stein, Postfach 101826, 5000 Köln 1



Der neue Juso-Vorsitzende Benneter (l.), sein Rivale O.Schreiner gratuliert nach der Wahl, während die Ex-Juso-Chefin (r.) sichtlich unzufrieden mit dem Ausgang der Vorstandswahl ist. Dabei hat sie doch einen „würdigen Nachfolger“ gefunden ...

Fortsetzung von Seite 1

Und die Juso-Führer kuschten fristgerecht. In einem einstimmig gefaßten Beschluß erklärten sie, daß der Juso-Kongreß-Beschluß „nicht durchführbar ist, da bei der aufgezogenen falschen Alternative (!) Mitarbeit im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit oder weitere sinnvolle Mitarbeit in der SPD (!), die Mitgliedschaft in der SPD den Vorrang hat“ („Extra-Dienst“, 29.3.77). Damit haben die Juso-Führer weitere bisher als selbstverständlich geltende Positionen zurückgenommen und die vom SPD-Vorstand gewünschte noch schärfere antikomunistische Abgrenzung vollzogen. Denn bislang arbeiteten die Jusos in von DKP beeinflussten Gremien, Initiativen, etc. mit (hauptsächlich zu den Fragen, bei denen die DKP überhaupt noch einen gewissen Einfluß hat). Dafür sprachen sich Juso-Größen in aller Öffentlichkeit aus, Jusos machten bei geplanten Aktionen mit usw., usw.

Damit ist es nun vorbei! Jeder, der gegen diesen Beschluß verstößt, fliegt. Das ist eine weitere Verschärfung des berüchtigten Münchner Antikomunismus-Beschlusses von 1971 (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten), der aber je nach politischer Großwetterlage angewendet wurde, insbesondere dann nur mit Einschränkung, wenn es darum ging, der DKP oder anderen Organisationen das Wasser abzugraben. Statt der von Benneter großspurig angekündigten „Umorientierung“ des Juso-Verbandes, haben die SPD-Führer innerhalb einer Woche die Jusos „umorientiert“ und die innerparteiliche Repression in der SPD verstärkt.

Dabei wollen sie nicht stehenbleiben. Gleich nach der Juso-Rückzugs-erklärung haben sie ihre Entschlossenheit bekräftigt, die SPD „auch von den sogenannten Eurokommunisten abzugrenzen“ („Frankfurter Rundschau“, 30.3.77), zu denen z.T. enge Kontakte von den alten Juso-Führern aufgebaut worden sind. – Und da haben die Juso-Bundesvorstände noch die Stirn, von einer „weiteren sinnvollen Mitarbeit in der SPD“ zu fasseln! Ob sie damit die jetzt von ihnen selbst geplante (zusammen mit ihren „Bündnispartnern“ Gewerkschaftsjugend, Falken, etc.) „Abrüstungsdemo“ meinen? Diese Gegendemonstration wird allemal eine Demonstration für die „überzeugende Abrüstungskonzeption“ (Wolfgang Roth, nach „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“, 21.3.77) – der SPD !!!

Kann eigentlich noch etwas deutlicher zeigen, daß auch die neuen Juso-Führer Demagogen sind, Meister der Phrase, die einzig und allein die Funktion haben, die aufrechten, linken Mitglieder ihres Verbandes auf SPD- und Regierungskurs zu bringen.

Opportunistenparade 1977

Der frisch gewählte Benneter, dem die reaktionäre Presse glatt bescheinigt, daß er „unzweideutig die Umwandlung der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik ansteuert“ („Hamburger Abendblatt“, 21.3.77), hat gleich beim ersten Konflikt (nach Bekanntgabe des Ultimatums) sein „Einlenken“ gegenüber der SPD-Führung bekundet. „Ich sehe die Schwierigkeiten des Bundesgeschäftsführers und habe dafür auch Verständnis“ (Benneter gegenüber der Hamburger „Morgenpost“, 26.3.77). Demagogisch erklärte er, „wir suchen keinen Krach um des Krachs willen, auch nicht um irgendeines Bündnisses willen“ („Frankfurter Rundschau“, 26.3.77). Das ist der Leim der SPD-Führer, auf den Ben-

meter kriecht. Es sind doch die SPD-Führer, von denen allemal der „Krach“ ausgeht, die die Jusos knebeln, ihre Beschlüsse erpresserisch ins Gegenteil verkehren usw.

Ausgerechnet Benneter behauptet von sich und seiner „Stamokap“-Fraktion, „den Unterschied zwischen Verbalradikalismus und politischer Praxis in der Juso-Arbeit“ abschaffen zu wollen („Extra-Dienst“, 25.3.77). Dabei ist Benneter, der immer wieder in der bürgerlichen Presse als DKP-U-Boot in der SPD auftaucht, „überzeugter Sozialdemokrat“ („Spiegel“, 28.3.77). Er strebt eine „solidarische Zusammenarbeit“ („SZ“, 23.3.77) mit der SPD an, und „die DKP ist und bleibt unser Gegner“ („Morgenpost“, 28.3.77). Von ihm und seinen „Stamokaps“ angestrebte „punktuelle Zusammenarbeit mit Kommunisten“ sei ausschließlich taktisch zu verstehen: „Die Frage ist, ob man dieses Feld (Abrüstung, Anm. AK) den Kommunisten überläßt... Für uns kommen gemeinsame Aktionen nur (!) dort in Frage, wo wir auch mit einer Stärkung unserer Organisation rechnen können“ (Benneter in einem Spiegel-Interview, 28.3.77) ! D.h. Aktions-einheiten werden von den Juso-Strategen nicht um der Sache willen (Stärkung einer Kampffront, etc.), angestrebt, sondern „nur“ um den eigenen Laden herauszuputzen und zu stärken! Der Unterschied zwischen Benneter und der SPD-Führung liegt lediglich darin, daß er meint, in den Bereichen, wo die DKP noch eine gewisse Position besitzt (Abrüstungsfrage, Berufsverbote), könne über eine Zusammenarbeit die DKP geschwächt und die SPD gestärkt werden, und die SPD-Führer diese Zusammenarbeit generell und auf allen Ebenen ablehnen. Das ist alles.

Für die SPD-Führer hat der „Stamokap“ Benneter als Juso-Vorsitzender genau die Funktion, den wachsenden Unmut unter den Jungsozialisten (z.B. über die Knebelung) zu

kanalisieren und auch die oppositionellen Jusos zur vollständigen Anpassung an die SPD-Politik zu bringen. Darüber kann auch das Geschwätz über die repressiven „Einvernehmlichkeitsrichtlinien“ mit der SPD, die Benneter beseitigen zu können glaubt (in einem Interview mit „PPP“, 28.2.77), nicht hinwegtäuschen.

Geradezu witzig zu nennen sind die „Fraktionskämpfe“, die unter den Jusos nach dem jetzigen Desaster entbrannt sind. Zur Zeit wird der Wanderpokal „Größter Opportunist im ganzen Verband“ von einer Fraktion zur anderen gereicht. Da werfen ausgerechnet die total angepaßten ehemaligen Juso-Vorstände dem Benneter „Opportunismus“ vor. Ex-Juso-Chef Voigt meinte, daß Benneter „mehr Anpassung verwirklicht hat als jeder Juso-Vorsitzende vor ihm“ („PPP“, 28.3.77). Er muß es ja wissen. Ähnliche Vorwürfe kamen von Vertretern der bisherigen Vorstands-linie. Nur muß man dazu wissen, daß diese Leute in der Sache dem Bundesgeschäftsführer Bahr zustimmen, lediglich die Form seines Vorgehens gegen die Jusos (Ultimatum) kritisieren...

Aber auch die „Anti-Revisionisten“ im Juso-Verband, die noch am ehesten etwas mit linker Politik zu tun haben, sind trotz der Ankündigung, nicht „um jeden Preis“ in der SPD arbeiten zu wollen, umgeschwenkt. Der ehemalige Bezirks- und Landesvorsitzende der Jusos in Niedersachsen, Schröder, erklärte zustimmend, der neue Juso-Vorstand habe sich „gegen das Risiko von Massenausschlüssen und für die langfristige Arbeit (unter den Bedingungen, wie soll die aussehen?“ – Anm. AK) in der SPD entschieden“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 31.3.77).

Man wird sehen, ob das auch die Meinung der Juso-Basis ist.

SPD-Kommission

zialisten (z.B. über die Knebelung) zu SPD-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

so recht, wo da überhaupt noch eine Verschärfung möglich ist.

Außerdem soll das Waffenrecht „geändert“ werden. So will die CDU/CSU z.B. „Überlegungen anstellen, wie und in welchem Ausmaß man die Herstellung und den Vertrieb von... Wurfankern unter Kontrolle bringen kann“. Und als nächstes Herstellung und Vertrieb von Bolzenschneidern, Stahlsägen etc. ...

„Überlegungen anstellen“ kann man zweifellos viel. Ob aber am Ende z.B. eine Demonstration verboten wird (wie am 19.2. in Brokdorf) oder nicht, ist keine Frage von Gesetzesformulierungen („Gefahr“ oder „unmittelbare Gefahr“), sondern ist allemal eine komplexe politische Entscheidung, die von allen möglichen Faktoren abhängt, bloß nicht von solchen Spitzfindigkeiten im Gesetzestext. Ebenso hängt die Verurteilung von Demonstranten in erster Linie von politischen Erwägungen ab, und nicht so sehr von Gesetzestexten. Die bisherigen Gesetze reichen bereits ziemlich aus, um einem „scharfen“ Richter freie Hand zu geben, zumal wenn willige Polizeizeugen vorhanden sind (und das ist eigentlich der Normalfall).

So erweisen sich die Forderungen der CDU/CSU in erster Linie als politisches Manöver mit mehrfachen Zwecken: Sich zum einen bei konservativen Bevölkerungsteilen noch stärker als „Partei der Ordnung“ zu profilieren, zugleich auch der SPD/FDP-Regierung von rechtsaußen Flankenschutz für deren Maßnahmen gegen die AKW-Gegner zu geben. Außerdem sollen so die AKW-Gegner

eingeschüchtert und zurückweichende Strömungen („Es hat ja doch alles keinen Zweck“, „Gegen die Polizei kommen wir nicht an“ etc.) mit Argumenten versorgt werden.

Zugleich forderte die CDU/CSU, ein Verbot kommunistischer Organisationen zu „prüfen“, wobei vor allem der KBW in den Vordergrund gestellt wurde. In diesem Sinn äußerte sich Albrecht und Stoltenberg, der „rechtspolitische Experte“ der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Vogel, die Polizeigewerkschaft im Beamtenbund, CDU-Vorsitzender Kohl und schließlich auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine Arbeitsgruppe der Fraktion soll einen entsprechenden Verbotsantrag ausarbeiten.

Negativ äußerten sich zu der Verbotsforderung der CDU/CSU inzwischen vor allem die Politiker der Regierungsparteien, aber auch die „Junge Union“ der CDU. So im einzelnen: Niedersachsens Innenminister Groß (FDP); Hamburgs Innen-senator Staak (SPD); FDP-Bundesgeschäftsführer Verheugen; der Vorsitzende des Rechtsarbeitskreises in der SPD-Bundestagsfraktion, Dürr; der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses, Emmerlich (SPD); ein Sprecher des Bundesinnenministeriums; die „Junge Union“ Niedersachsens und Baden-Württembergs. Argumentiert wird meist, man wolle keine „Märtyrer“ schaffen und in der Legalität seien die kommunistischen Organisationen besser zu kontrollieren; außerdem könne man nicht die „Chaoten“ verbieten und die DKP aussparen, verbieten will man die DKP aber wiederum nicht. Außerdem heben die Regierungspolitiker hervor, daß eine

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

öffentliche Verbotsdiskussion, wie von der CDU/CSU betrieben, schädlich sei.

In den Vordergrund stellte die CDU/CSU die Forderung nach einem Verbot des KBW. Begründet wurde dies mit der absurden Legende, der KBW habe die Aktionen vom 19.3. am Grohnder Bauplatz "entscheidend vorbereitet" und getragen. Diese Legende wurde vor allem durch die Darstellungen in der „Süddeutschen Zeitung“ und in der „Frankfurter Allgemeinen“ gestützt. So phantasierte etwa die „FAZ“ am 21.3.: „Nach Augenzeugenberichten bestand der ‚harte Kern‘ der Demonstrationen allein aus Mitgliedern des ‚Kommunistischen Bundes Westdeutschland‘, der schon in Brokdorf stets für die gewaltsame Konfrontation mit der Staatsgewalt eingetreten war. Jene anderen Gruppen, die in Brokdorf am 19. Februar... Gewalttätigkeiten verhindert hatten, fehlten in Grohnde“.

Fakt ist hingegen, daß der KBW für Grohnde kaum mobilisiert hatte, nur mit schätzungsweise 2-300 Leuten vertreten war, an den Aktionen kaum beteiligt war und zudem diese Aktionen nachträglich als „abenteuerlich“ diffamierte. „Seltsam“ ist nur, daß dieser totale Irrtum ausgerechnet der „FAZ“ und der „SZ“ unterlaufen ist, die sich nach dem 19.2. als bestens informiert über die Haltung der verschiedenen Gruppen erwiesen hatten. Offensichtlich sollte ein „Türke“ aufgebaut werden.

Jedenfalls versäumte die bürgerliche Presse es nicht, lange Artikel über den KBW zu schreiben – wie etwa „Mit Waffengewalt zur politischen Macht“ („FAZ“, 25.3.), „Der KBW bekennt sich offen zur Gewalt“ („Welt“, 22.3.), „Waffen für das Proletariat“ („FAZ“, 30.3.)... Die sonst mehr auf Filmsternen, Schnulzensänger und Leopardentän-

Schnulzensänger und Leopardentänzel-Trägerinnen spezialisierte Zeitschrift „Leute“ veröffentlichte ein Interview mit dem KBW-Leitungs-Duo Schmierer/Fochler. Überall gab man sich größte Mühe, den KBW zum ebenso furchterregenden wie eindrucksvollen Popanz hochzuputten: „Die Drahtzieher der Krawalle beim Atomkraftwerk Grohnde“ („Leute“, 28.3.); „Staatsapparat zerschlagen: Revolution! Waffengewalt!“ („BamS“, 27.3.); „eiserne Disziplin und größte Opferbereitschaft“ („Welt“, 22.3.); „Sektierergruppe, die Grohnde zum Schlachtfeld machte“ („SZ“, 25.3.); „...der KBW sei am besten organisiert, am kältesten und ohne Rücksicht auf Menschenleben vorgegangen“ (Albrecht, lt. „FR“ vom 22.3.).

Wir hatten vom ersten Moment an nicht den geringsten Zweifel, daß es sich bei dem Gezeter über den KBW und den speziellen Verbotsdrohungen gegen ihn um ein politisches Ablenkungsmanöver handelt und haben das auch so gekennzeichnet (AK 101). Wenn die Bourgeoisie nämlich gerade den KBW ernsthaft verbieten wollte, gäbe es dafür wahrlich glaubwürdigere Vorwände als ausgerechnet die Aktion vom 19.3. in Grohnde, die der KBW größtenteils nur im Radio und im „Puschen-Kino“ miterlebt hat.

Sieht man näher hin, so wurden zwar in allen Zeitungen lange und dumme Artikel ausschließlich über den KBW geschrieben, während tatsächlich gefordert wurde, „den KBW und andere kommunistische Organisationen“ zu verbieten. „Jederzeit könnten der KBW und ähnliche Organisationen bewaffnete Angriffe auf die unterschiedlichsten Einrichtungen in allen Teilen des Landes verüben“ (Albrecht, laut „Hamburger Abendblatt“, 22.3.). Über die Ziele der CDU-Arbeitsgruppe im Bundestag heißt es: „Das Ziel ist ein offizieller Verbotsantrag gegen den KBW (und außerdem gegen alle kommunistischen Splitterparteien)“ („Bild am Sonntag“, 27.3.).

Und Albrecht sagte bereits unmittelbar nach dem 19.3. drohend: „Die Schlacht von Grohnde wurde wochenlang von einem Generalstab bis in Einzelheiten geplant. Wir kennen Teile dieser Kerntruppe. Es ist noch zu früh, sie öffentlich zu nennen“ („Bild“, 21.3.). Und im selben Atemzug fordert er ausdrücklich das Verbot des KBW! ...

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bourgeoisie tatsächlich Überlegungen über die Kriminalisierung und Illegalisierung aktiver AKW-Gegner und kommunistischer Organisationen anstellt, und daß der Rummel um den KBW dabei zum einen als Ablenkungsmanöver dienen soll und zum anderen an einem besonders sektiererischen und isolierten Objekt Stimmung für ein Kommunisten-Verbot geschaffen werden soll.

Kampf der Kriminalisierung und Illegalisierung von Kommunisten und anderen AKW-Gegnern.

Wiederaufbereitungsanlagen nur für Atombombenproduktion?

Nach offiziellen Verlautbarungen gehört die „Entsorgung“ und mit ihr die Wiederaufbereitung von Brennstäben zu den wichtigsten Anlagen für die Atomindustrie in der Bundesrepublik (BRD). Bekanntlich plant die BRD in Niedersachsen eine Wiederaufbereitungsanlage in bislang nicht bekanntem Ausmaß – diese Anlage wird etliche Milliarden DM kosten und soll jährlich 1.500 Tonnen Uran aus Brennstäben gewinnen. Von der Durchführung dieses gigantischen Projektes will die Bundesregierung nach eigenen Angaben angeblich die weitere Genehmigung von AKW's abhängig machen. Für dieses Vorhaben – Wiederaufbereitung von Brennstäben zur „friedlichen Energiegewinnung“ – gibt es in der Welt zur Zeit kein positives Beispiel. „Die Wiederaufbereitung hoch abgebrannter Brennelemente für Leichtwasser-Reaktoren (LWR) funktioniert noch nirgendwo in der Welt – im Gegensatz zu offiziellen Äußerungen, die diesen Eindruck erwecken können oder sollen... Was bisher einwandfrei funktioniert, ist lediglich die Plutoniumgewinnung für Atombomben, für die jedoch ein besonders niedrig abgebrannter Kernbrennstoff verarbeitet wird“, so zu lesen in der bürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“, 23.3.77) im „Wissenschaftsteil“.

Das heißt, alle Wiederaufbereitungsanlagen können bisher nur für die Herstellung von Atombomben benutzt werden. Alle Versuche aus den abgebrannten Brennelementen neue herauszufiltern, scheiterten nach kurzer Zeit. Plutonium für A-Waffen gewinnt man

aus Brennstäben, die noch nicht vollständig abgebrannt sind – durch einfaches Herausfiltern des Plutoniums. – Neue Brennstäbe könnte man dann gewinnen, wenn die bei der Kernspaltung entstandenen Elemente aus den Brennelementen herausgelöst und aus dem Rest neue Brennstäbe zusammengesetzt würden – man könnte damit theoretisch aus abgebrannten Elementen 20 % neue zusammensetzen.

Vor diesem Hintergrund rein militärischer Verwendbarkeit von Wiederaufbereitungsanlagen erscheint die Planung der Anlage in der BRD, wo das Plutonium aus über 40 AKW's zusammenkommen soll, in ganz anderem Licht!

Dazu muß man wissen, daß innerhalb von Stunden aus entsprechend abgelagertem Plutonium Atombomben hergestellt werden können – während es sonst über die Wiederaufbereitung immerhin einige Tage dauern würde. Pro Atombombe (von Hiroshimagröße) braucht man etwa 5 kg Plutonium – d. h. ein einziges AKW liefert Stoff für mehrere A-Bomben jährlich! Innerhalb von Stunden also könnte eine Wiederaufbereitungsanlage auf eine A-Waffen-schmiede umgerüstet werden – während sie bis dahin als Anlage für die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ gegolten hat.

In diesem Zusammenhang: Ist es ein Zufall, daß die BRD bislang noch keinem Kontrolleur der Wiener Atombehörde – die die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages zu überprüfen hat – Zutritt zu ihren Atomanlagen gewährt hat?

mit 10 mal so großer Häufigkeit eine angeborene Deformation der Wirbelsäule („spina bifida“) festgestellt wurde, was schlimme Folgen (wie Lähmungen an den unteren Gliedern usw.) hat (nach „Wiederaufarbeitung...“, S. 90).

Der bei der WAA anfallende Atom-müll wird in Fässern gelagert, die schon jetzt undicht sind, „so daß verseuchte Materialien wie Baum-

verseuchte Materialien wie Baumwollketten u.a. vom Wind weggetragen werden. Wenn man am Zaun ... vorbeigeht, sieht man dieses Zeug herumliegen. Die Bürgerinitiative von Cherbourg gibt jedem den Rat, nichts anzufassen und dort nicht 'spazieren' zu gehen“ („Wiederaufarbeitung...“, S. 91).

Bereits bei der Standortplanung für La Hague ist man bereits besonders skrupellos vorgegangen: „Entscheidend für die Errichtung von UP2 (die Anlage in La Hague) ist die Möglichkeit, größere Mengen an leichtaktiven Abwässern ohne schädlichen Effekt auf die Umwelt ins Meer (!) abzuleiten.“ Ausschlaggebend waren die starke Meeresströmung, die den flüssigen Atom-müll relativ schnell wegtreibt und außerdem die hohen Windgeschwindigkeiten, die für eine „demokratische“ Verteilung der gefährlichen radioaktiven Abgase sorgen. Nach den Worten der Direktion: „Keine Gefahr, das treibt zu den Engländern“ (gemeint sind die radioaktiven Abwässer) (nach „Wiederaufarbeitung...“, S. 89). Hierzu sei bemerkt, daß das „Cap de la Hague wie eine Halbinsel weit in den Atlantik hinein ragt und deshalb besonders geeignet ist, Emissionen sowohl flüssiger wie auch gasförmiger Art in Richtung Meer auf äußerst „praktische“ und kostengünstige Art loszuwerden“ (Atom-müll, S. 13/14).

BRD: Bei der von den WAA-Erbaunern ebenfalls häufig lobend erwähnten WAA-Karlsruhe handelt es sich um eine Versuchsanlage im Labormaßstab. In ihr wurden bisher innerhalb von fünf Jahren etwa 50 t zumeist schwach abgebrannter Uranbrennstoffe aufgearbeitet, eine Menge, die in der geplanten WAA in Niedersachsen innerhalb von zwölf Tagen (!) aufgearbeitet werden soll („Atom-müll“, S. 219). Diese Anlage hat nur „wenig mehr als die Hälfte der vollen Betriebszeit funktioniert, (und) ist von technischer Reife weit entfernt“ („FAZ“, 23.3.77).

Zur geplanten WAA in Niedersachsen sagte selbst G. Scheuten, Direktor der „Projektgesellschaft Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ 1976 vor dem Bundestag, daß diese Großanlage „in allen Dimensionen alle Vorstellungen sprengt, die wir bisher hatten“ („FAZ“, 23.3.77). Und dieses Wörtchen „sprengt“ muß von uns in seiner doppelten Bedeutung verstanden werden.

Ange-sichts der bisherigen Erfahrungen mit Wiederaufbereitungsanlagen, des riesigen radioaktiven Potentials und der damit verbundenen ungeheuren Gefährdung der Menschen bleibt nur eins:

Keine Wiederaufbereitungsanlage und Atom-mülldeponie in Niedersachsen und anderswo!

Keine Atomwaffen in den Händen des BRD-Imperialismus!

Weg mit dem Atomprogramm der Bundesregierung!

AKW-Nein-Kommission



„Es werden keine Atomkraftwerke gebaut, bevor nicht das Problem der radioaktiven Entsorgung gelöst ist.“

Auch der Geschäftsführer der Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen in Karlsruhe erklärte, daß in der ganzen kapitalistischen Welt bislang erst durch vier Anlagen nur insgesamt 560 Tonnen hoch abgebrannter Leichtwasserreaktor-Brennelemente aufgearbeitet wurden (nach FAZ, vom 23.3.77).

Kommerzielle Wiederaufbereitungsanlagen gibt (besser: gab) es bisher in den USA, England und Frankreich.

USA: Die Anlage in West Valley wurde 1972 nach 6 jähriger Betriebsdauer wegen starker Korrosionserscheinungen und damit zu großer Strahlenbelastung der Arbeiter stillgelegt. Trotz verschiedener Umbauten ist die Wiederaufnahme der Produktion bis heute nicht genehmigt worden.

Die WAA in Morris/Illinois wurde wegen Konstruktionsschwierigkeiten von der General Electric bereits vor der Inbetriebnahme aufgegeben.

Eine dritte Anlage ist in Barnwell fast fertiggestellt, wird aber wahrscheinlich auch nicht in Betrieb genommen, weil sie vom amerikanischen Betriebsstopp (Moratorium) für kommerzielle Plutonium-Anlagen betroffen ist!!!

England: Die englische Anlage in Windscale hatte kurzfristig nur im kleinsten Maßstab und mit großen

Schwierigkeiten hochabgebrannte Brennelemente aufgearbeitet. 1973 ereignete sich dann in der Anlage ein Unfall, der dazu führte, daß die Anlage nicht mehr ausgebaut, sondern stillgelegt wurde. Die Wiederinbetriebnahme ist nicht mehr vorgesehen und ein Neubau der WAA wurde vom englischen Umweltminister im November '76 bis auf weiteres untersagt (Angaben nach: „Atom-müll“, S. 49/50 und FAZ, 23.3.77). Frankreich: Als Paradeponne stellen die Erbauer der geplanten Wiederaufbereitungsanlage die WAA in La Hague in Frankreich dar. Die Berichterstattung über diese Anlage bezeichnet selbst die bürgerliche FAZ als „großzügigen Umgang mit der Wahrheit“ (FAZ, 23.3.77). So bestätigte der Kernphysiker B. Laponche, Sekretär für Atomenergiepersonal in der französischen Gewerkschaft CFDT, „daß die Jahresmenge wiederaufgearbeiteter Brennelemente zwar 400 Tonnen betrage, doch handelt es sich dabei um niedrig abgebrannte metallisches Uran aus den alten französischen Kernkraftwerken, dessen Radioaktivität nur etwa ein Sechstel der Leichtwasserreaktor-Brennelemente erreicht - also ein sehr viel leichter zu verarbeitendes Material. Die Teilanlage für die hochabgebrannten Brennelemente war im

Mai '76, als die Aufarbeitung begann, drei Wochen lang im Betrieb; sie steht aber seitdem still.“ (FAZ, 23.3.77). Die dort angelieferten Brennelemente aus der BRD werden dort auch nur eingelagert.

„Die Anlage in La Hague wird ihren gesamten Betrieb demnächst für ein viertel bis ein halbes Jahr für Reparaturen völlig stilllegen, und um die am stärksten (!) strahlenverseuchten Fabrikbereiche zu entseuchen, „dekontaminieren“ (FAZ, 23.3.77).

Die Strahlenbelastung der Arbeiter in La Hague hat sich in dem kurzen Zeitraum von '68 bis '73 fast verdreifacht, was im wesentlichen auf die „Überalterung“ der Einrichtungen und die „Ermüdung der Materialien“ zurückzuführen ist. D.h. es sind feine Risse und Lecks in der Anlage entstanden, durch die radioaktive Stoffe entweichen und in Räume gelangen, die vorher nicht strahlengefährdet waren (siehe „Wiederaufarbeitung und Lagerung von Atom-müll“, S.85). Was die Umweltsicherheit angeht, so wurden in La Hague Maßstäbe besonderer Art gesetzt: Dort werden im Normalbetrieb regelmäßig gewaltige Mengen radioaktiver Abgase und flüssiger radioaktiver Abfälle an die Umwelt abgegeben, was zur Folge hatte, daß bereits heute bei Neugeborenen

Solidarität mit den verfolgten und bedrohten AKW-Gegnern!

Mit allen Mitteln des staatlichen Unterdrückungsapparates sollen die aktiven AKW-Gegner mundtot gemacht und kriminalisiert werden.

Besonders seit der Aktion am 19.3. in Grohnde steigerte sich die Hetze in der Presse: Militante AKW-Gegner werden als „Kriminelle“ und „Terroristen“ dargestellt, kommunistische Organisationen als „Drahtzieher“ der Aktionen bezeichnet und ihr Verbot gefordert. Im Gefolge der Grohnde-Aktion wurden mindestens 26 Leute festgenommen, gegen vier sind bereits Strafverfahren eingeleitet. Zwei der AKW-Gegner, denen „versuchter Totschlag“ (!) vorgeworfen wird, sind mit der Auflage, sich einmal wöchentlich polizeilich zu melden, vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Gegen Presseverantwortliche von Anti-AKW-Publikationen stehen mehrere Verfahren an: Außer dem Presseverantwortlichen vom KB soll jetzt auch Fritz Storim wegen „Aufruf zur Gewalt“ angeklagt werden.

Außer den Strafverfolgungen wurde verstärkt über Bulleneinsätze, Bespitzelungen und ständige Schikanen bei der Öffentlichkeitsarbeit berichtet: Infostände wurden am 2.4. in Hamburg überfallen, Hausdurchsuchungen fanden am 23.3. in Emden statt, Räume für Veranstaltungen wurden verweigert usw. usf. Unternehmer und rechte Gewerkschaftsführer stehen diesen Verfolgungen von AKW-Gegnern in ihrem Bereich in nichts nach: Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse wegen AKW-Gegnerschaft wurden bereits angedroht bzw. eingeleitet.

Mit diesen Maßnahmen versucht die Bourgeoisie entsprechenden Druck auf die Anti-AKW-Bewegung auszuüben und sie in einen „kriminellen Teil“ und die „überwiegende Mehrheit der friedliebenden Demonstranten“ zu spalten. Sind die militanten AKW-Gegner erst kriminalisiert und isoliert, dann glaubt die Bourgeoisie mit den Teilen der Bewegung, die heute noch Illusionen in staatliche Institutionen haben, leichtes Spiel zu haben.

Treten wir diesen Spaltungsmanövern entgegen, indem wir die bürgerliche Hetzkampagne entlarven und uns solidarisch mit allen Verfolgten erklären.

Schluß mit der Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung!
Sofortige Einstellung aller Strafverfahren!

Hohe Geldstrafe für wahrheitsgemäße Berichterstattung

Mit Datum vom 21.3. hat der presserechtlich Verantwortliche des KOMMUNISTISCHEN BUNDES vom Amtsgericht Itzehoe einen Strafbefehl erhalten. Er wird beschuldigt, „am 9.11. andere beleidigt zu haben“. Dafür sollen wir 1.800 DM bezahlen oder ersatzweise 60 Tage Haft erhalten.

Die „anderen“, die sich da beleidigt fühlen sollen, sind Polizeibeamte, die am 30.10.1976 in Brokdorf in einem brutalen Einsatz AKW-Gegner vom Baugelände geprügelt hatten.

Über die Heldentaten der Polizei hatten wir in einem Flugblatt u.a. geschrieben:

„Am 30. Oktober 76 demonstrierten in Brokdorf ... etwa 8.000 Menschen gegen den Baubeginn des dort geplanten Kraftwerkes (KKW).... Mit unbeschreiblicher Brutalität (Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern, scharfen Hunden und der berüchtigten Giftgaswaffe „chemical mace“) gingen hunderte von Polizisten, „Werksschützen“, etc. gegen den Teil der Demonstranten vor, der die militärische Absperrung des Baugeländes (Wassergraben und NA-TO-Draht) überwunden und sich auf einen kleinen Flecken des Platzes niedergelassen hatte. Zahlreiche Demonstranten wurden von den Bullen so übel zugerichtet, daß sie ärztlich behandelt werden mußten...“

Dieser Polizei-Terror, für den es nicht einmal einen Vorwand gab, entspricht dem Auftrag der CDU-Landesregierung, der „sozialliberalen“ Bundesregierung und des hinter ihnen stehenden Großkapitals....

Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Nach diesem Motto gehen die Herrschenden offenbar jetzt gegen den Widerstand der Bürgerinitiativen vor, nachdem sie die werktätige Bevölkerung nicht durch „Beratungen“, „Anhörungsverfahren“, „Wissenschaftliche Gutachten“ etc. von den segensreichen Wirkungen ihrer Kernenergiepolitik zu überzeugen vermochten....“

Beleidigt sollen sich die Polizeibeamten fühlen, weil der Inhalt des Flugblattes „ein Werturteil enthält, das geeignet ist, die eingesetzten Polizeibeamten in der Ehre zu verletzen und herabzuwürdigen.“

Als besonders beleidigend wurden angeblich die Formulierungen „mit unbeschreiblicher Brutalität“, „zahlreichen Demonstranten wurden von den Bullen übel zugerichtet“, „Polizei-Terror, für den es nicht einmal einen Vorwand gab“ und „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“ laut einer den Akten beigelegten Notiz empfunden.

Berücksichtigt man, daß zur selben Zeit in der bürgerlichen liberalen Presse eine - in den Formulierungen fast identische - Berichterstattung über die Brutalität der Polizei gelaufen ist, daß aber Strafanzeige nur gegen den KB gestellt wurde, wird deutlich, welche Absicht hinter diesem Strafbefehl steckt: Nach der alten Salomistik soll zunächst die kommunistische Presse kriminalisiert werden, um dann noch die übrige Linke und liberale Presse entweder durch Einschüchterung gleichzuschalten oder ebenfalls zu kriminalisieren.

Hier beispielsweise einige Zitate aus dem am 4.11.76 erschienenen „Stern“:

„Mit brutalem Polizeieinsatz ließ die schleswig-holsteinische Landesregierung 500 Gegner eines geplanten Atomkraftwerks in Brokdorf vom Baugelände prügeln...“

„Dann ließ sie mit brutaler Gewalt einen Flecken Land zurückerobern... Aber am Abend

drehte die Polizei durch.

„Wahllos wurde geprügelt und gesprüht, mehrere Demonstranten, durchweg unbewaffnet - wurden von dem Gas aus der „Chemischen Keule“ mitten ins Gesicht getroffen und mußten im Krankenhaus Wilster behandelt werden.“

Selbst der CDU - Gemeinderat und Sprecher der BUU, Rolf Hellerich, sprach lt. Stern von einer „völlig unangemessenen Polizeieskalation“ (alle Zitate nach „Stern“, Nr. 46/76).

Einige Merkwürdigkeiten

Neu an diesem Strafbefehl ist, daß allein die wahrheitsgemäße Schilderung eines Ereignisses ausreicht, um zu einer drastischen Strafe verurteilt zu werden.

In der Strafsache wird zwar ein Zeuge genannt (KHM Rother, KD West, offenbar aber nur als Zeuge der Flugblatt-Verteilung!) aber bemerkenswerterweise hat man es sich geschenkt, überhaupt Zeugenaussagen zu Protokoll zu nehmen. Stattdessen sind den Akten etliche Zeitungsausschnitte beigelegt, die wohl „den besonnenen Einsatz der Polizei“ belegen sollen.

Peinlicherweise ist selbst in diesen (doch bestimmt gut ausgewählten Zeitungen) etwa folgendes zu lesen: „Gegen 21.00, als auf jeden Besetzer zwei Polizeibeamte kamen und unliebsame Augenzeugen kaum noch zu befürchten sind, setzt sich dann die Ordnungsgewalt durch. Unter Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und chemischer Keule werden die Eindringlinge in die Flucht geschlagen...“ (Leider keine Quellenangabe).

Es ist also offenbar gar nicht notwendig, den Wahrheitsbeweis anzutreten, wenn sich ein Polizist oder gar „die Polizei“ beleidigt fühlt.

Damit soll jeder Ansatz einer kritischen, wahrheitsgemäßen Berichterstattung als kriminelles Delikt strafrechtlich verfolgt werden.

Wir haben gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



„Auf dem Platz demonstrierten die Umweltschützer gewaltlos, und sie waren wehrlos. Trotzdem folgte daraufhin ein mehrstündiger Polizeieinsatz von unvorstellbarer Brutalität...“ (Aus der Presseerklärung der BUU vom 30.10.1976).

Rechte Betriebsräte fordern Knast für AKW-Gegner

Hamburg. Eine neue Qualität in der Verteufelung und Denunziation fortschrittlicher Kollegen zeigt das Vorgehen von rechten Betriebsräten - darunter auch HBV-Betriebsräte! - bei der Dresdner Bank. Auf Aufforderung der Geschäftsleitung hatte die rechte Betriebsratsmehrheit am 22.2. ein Amtshebungsverfahren nach § 23 Betriebsverfassungsgesetz gegen das langjährige Betriebsratsmitglied P. H. eingeleitet. Der Kollege ist aktiver AKW-Gegner und Mitglied der Bürgerinitiative „Angestellte gegen Atomkraftwerke“. Als Mitglied dieser Bürgerinitiative hatte der Kollege ein Flugblatt im Betrieb verteilt, das zu einer Diskussionsveranstaltung aufrief.

In der Antragschrift der rechten Betriebsräte auf Amtsenthebung des fortschrittlichen Kollegen wird ihm dieses Flugblattverteilen, angebliche Äußerungen, die er über seine AKW-Gegnerschaft gemacht haben soll und sein gesamtes Verhalten im Betriebsrat zum Vorwurf gemacht. Doch nicht genug damit. Die Antragschrift ist darüberhinaus so abgefaßt, daß jeweils die einschlägigen Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch aufgeführt werden, nach denen der Kollege eigentlich verurteilt werden müßte. Zusammengefaßt fordern die rechten Betriebsräte für P.H. z e h n Jahre Knast!

Kriminalisiert als
Bombenleger ...

Zur Würdigung der Person des linken Kollegen heißt es zu Beginn der Schrift, sein Verhalten stelle „in mehrfacher Hinsicht eine grobe Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten dar. Er hat insbesondere gegen die Strafgesetze (!!) verstoßen.“

Um zu begründen, daß dies bei

dem Kollegen durchgängige Praxis ist, griffen die rechten Betriebsräte zu folgendem aberwitzigen Beispiel: 1974 hatte es zwischen den HBV-Betriebsräten (darunter auch P.H.) und dem rechten BR-Vorsitzenden Streit gegeben, da der BR-Vorsitzende entgegen einem Beschluß der Mehrheit des Betriebsrates seine Veröffentlichung herausbringen wollte, in der die Vorstellungen der HBV-Betriebsgruppe zur damals anstehenden Arbeitszeitverkürzung angegriffen werden sollte. Im Verlauf einer hitzigen Betriebsratsitzung, in der der BR-Vorsitzende P.H. mehrmals mit einem Amtsenthebungsverfahren drohte, entgegnete dieser, daß der BR-Vorsitzende „aufpassen sollte, daß ihm damit nicht selbst eine Bombe ins Haus fällt“. Aus dieser Äußerung machte der rechte Betriebsrat in seiner Amtsenthebungsschrift eine „Bombendrohung“. „Die Bombendrohung vom 23.7.74 stellt eine Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung einer Sprengstoffexplosion gemäß §§ 126, 311 StGB dar. Die Handlung ist gleichzeitig als Nötigung und Bedrohung im Sinne von §§ 240, 241 StGB zu beurteilen.“

Die Paragraphen, die der rechte BR auf P.H. angewendet wissen will, sehen vor: § 126 (Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens, den öffentlichen Frieden zu stören): bis zu einem Jahr Knast oder Geldstrafe. § 311 lautet: „1. Wer anders als durch Freisetzen von Kernenergie (makaber!), namentlich durch Sprengstoff eine Explosion herbeiführt ... wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.“ In „besonders schweren Fällen“ ... nicht unter fünf Jahren“

§ 240 beschreibt die „Nötigung“

mit Strafandrohung bis zu drei, bzw. bis zu fünf Jahren, der § 241 die „Bedrohung“ mit Knast bis zu einem Jahr. D.h. zusammengefaßt fordern die Denunzianten vom BR mindestens sechs Jahre Knast für den linken Kollegen!!

... und gemeingefährlicher Verbrecher

Ferner habe er gegen die „Vertrauensvolle Zusammenarbeit“, „Friedenspflicht“, „Verbot der parteipolitischen Betätigung“ und die „Betriebsordnung“ verstoßen, - indem er z.B. im Januar ein Flugblatt zur Gründung einer Angestellten-Initiative weitergegeben habe - weil er sich während einer Mittagspause eines guten Tages einen Bauhelm gekauft hatte, den er in einer Plastiktüte (!) „zur Schau“ (?) getragen hätte“, und zu guter Letzt,

- weil er es gewagt hatte, über das Demonstrationsverbot, die Hetze der Presse dazu und evtl. auch über die Vorstellungen der Bürgerinitiativen zur Demonstration in Brokdorf zu diskutieren!

Die Antragschrift faßt zusammen: „Die Äußerungen des Antragsgegners (des Kollegen) vom 15.2.1977, seine Gruppe (?) werde Draht zur Behinderung von Hubschraubern steigen lassen, mit Entschärfen von den Ordnungsbehörden errichtete Zäune einreißen und mit Krähnenfüßen den Rückzug decken“ stellt abermals eine Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung oder Vortäuschung von gemeingefährlichen (!) Verbrechen (!!) gem. §§ 126, 315 Abs. III, Ziff. 2, 315 a Abs. II, 316 b, Ziff. 3 StGB dar.

Das beanstandete Flugblatt vom 16.2.1977 verletzt die Betriebsordnung, die Friedenspflicht, das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit und stellt zugleich eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten im Sinne von § 11 Abs. 1 in Verbindung mit §§ 113, 114, 125, 125 a StGB dar.“

Die zitierten Paragraphen erstrecken sich von Androhung gemeingefährlicher Verbrechen (§ 126 - Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr) über „Gefährlichen Eingriffen in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr“ (§ 315), „Störung öffentlicher Betriebe“ (§ 316), Aufforderung zum „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ (§ 113 und § 114, Strafe bis zu zwei Jahren), „Landfriedensbruch“ (§ 125 - bis zu drei Jahren) und „schwerer Landfriedensbruch“ (sechs Monate bis zu zehn Jahren!). Der BR, der dieses Machwerk erstellt hat, hat offensichtlich seinen Beruf verfehlt - man sollte ihm anraten, sich bei der „Bild“ oder in Stammheim zu bewerben.

Den Denunzianten keinen Fußbreit!

Dieser Angriff solcher rechter Handlanger der Geschäftsleitung hat gegenüber der (bisher) „normalen“ Verteufelung linker Kollegen im Betrieb eine neue Qualität: Hier soll ein AKW-Gegner systematisch als Terrorist und Verbrecher vor seinen Kollegen aufgebaut werden!

Jeder Schritt, den er tut, jedes politische Wort im Betrieb wird in der Tradition der faschistoiden Baader-Meinhof-Hetze gegen ihn ausgelegt!

Solches Vorgehen beinhaltet, jeden AKW-Gegner zu kriminalisieren und gegenüber der Strafjustiz zu denunzieren!

Wir fordern die Betriebsräte der Dresdner Bank (insbesondere die HBV-Betriebsräte!) auf, sich umgehend von solchem Denunziantentum zu distanzieren!

(Nach Informationen aus der Initiative „Angestellte gegen AKWs“) Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität tut not!

Nachdem bereits einige Hamburger Bürgerinitiativen ihre Solidarität mit dem gemäßregelten Betriebsratskollegen der Dresdner Bank zum Ausdruck gebracht hatten (siehe AK 100), haben auch 26 Gerichtsreferendare, Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV, Vertrauensleute, Personalräte im Bereich der Justiz ihre Solidarität mit dem Kollegen erklärt. In ihrer Erklärung schreiben sie: „Wir verurteilen den Versuch, ein Betriebsratsmitglied, das zugleich in der Bürgerinitiativbewegung gegen Atomkraftwerke tätig ist, in seinen politischen Grundrechten einzuschränken. Darüberhinaus halten wir es - gerade auch als Juristen - für abwegig, den Kampf gegen Atomkraftwerke, der von großen Teilen der Bevölkerung über alle Parteigrenzen hinweg getragen wird, auf der betriebsverfassungsrechtlichen Ebene als „grobe Pflichtverletzung“ abzustempeln.“

Wir fordern daher den Betriebsrat der Dresdner Bank auf, seinen Beschluß zu überdenken und den Antrag auf Einleitung eines Ausschlussverfahrens zurückzuziehen.“

Aktuelles vom Prozeß Pommerenke contra TÜV

Wie wir bereits im Januar berichteten, hat Pommerenke, Ingenieur für Kerntechnik beim TÜV Hamburg mit der Begutachtung von Atomkraftwerken beschäftigt, seinen ersten Prozeß gegen den TÜV gewonnen. Er war Ende letzten Jahres wegen seiner Teilnahme an der Demonstration in Brokdorf am 30.10 dreimal fristlos und zweimal fristgemäß gefeuert worden. Das Arbeitsgericht beschloß nach drei Verhandlungen, daß die fristlosen Kündigungen rechtsunwirksam sind, der TÜV ging natürlich in die Berufung. Inzwischen ist Pommerenke wieder beim TÜV beschäftigt, wurde allerdings in eine andere Abteilung strafversetzt. Die Verhandlung wegen der fristgemäßen Kündigung steht noch aus.

Inzwischen ist die schriftliche Begründung des Gerichtes für die Ablehnung der fristlosen Kündigungen herausgekommen.

Insgesamt muß man sagen, daß die Aussagen darin für die weiteren Prozesse ausgesprochen günstig sind. So z.B., daß das Gericht es für durchaus rechtmäßig hält, anzuzweifeln, ob sich die Aufgabe des TÜV (für die Sicherheit von AKWs zu zeichnen) mit der Sache verträgt, daß der TÜV ein wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen ist, das auf Aufträge angewiesen ist und Konkurrenz hat. Auf die damals von der Presse dargestellte Tatsache, daß alle die Atomkraftwerke, die der TÜV überprüft, Mitglieder beim TÜV sind und zum Teil sogar im TÜV-Vorstand sitzen, geht das Gericht nur insoweit ein, als es feststellt, daß das „wahrheitsgemäße“ Aussagen sind.

Wir zitieren:

„Die fristlose Kündigung vom 2. Dezember 1976 ist unbegründet, weil der Kläger (Pommerenke, AK) weder durch die Verteilung seiner persönlichen Erklärung an seine Kollegen den Betriebsfrieden nachweisbar gestört oder konkret gefährdet hat, noch durch den Inhalt dieser persönlichen Erklärung seine Verschwiegenheitspflicht verletzt oder die Grenzen des Rechts seine Verschwiegenheitspflicht verletzt oder die Grenzen des Rechts zur freien Meinungsäußerung überschritten hat.“

Atomkraftwerke sind in zunehmendem Maße umstritten. Der Beklagte hat die Aufgabe, gerade auch in der Wettbewerbssituation, in der er bei der Erlangung von Aufträgen steht, Neutralität und Unabhängigkeit zu bewahren, und hierzu bedarf es Gutachter und Prüfer, die sich eines solchen möglichen Konfliktes bewußt sind und ihre Verpflichtung zur Neutralität besonders ernst nehmen.

Wenn der Kläger ausführt, das Bemühen um Neutralität sei nur möglich, wenn er auch die Probleme der betroffenen Bevölkerung beachte, beweist dies keineswegs eine Parteilichkeit des Klägers. Der

Kläger hat - wie er auch gegenüber dem Beklagten in der Anhörung vom 8. November 1976 ausdrücklich erklärt hat, gegen den Bau von Kernkraftwerken grundsätzlich nichts einzuwenden, auch nichts gegen das Kernkraftwerk Brokdorf. Dafür daß diese Äußerung des Klägers nicht glaubhaft sei, ist nichts ersichtlich.“

Auch diese persönliche Erklärung kann nicht den vom Beklagten letztlich behaupteten Eindruck hervorrufen, daß der Beklagte (der TÜV, AK) einen Gegner von Atomkraftwerken beschäftigt, was in letzter Konsequenz den Vorwurf beinhalten könnte, der Kläger würde bei seiner gutachtlichen Tätigkeit die Interessen des Beklagten in irgendeiner Weise sozusagen zu „sabotieren“ versuchen.“

Wenn der Kläger die „Probleme der betroffenen Bevölkerung“ beachtet, kann dies von einem Leser der persönlichen Erklärung im Grunde nur so verstanden werden, daß der Kläger sich seiner Verantwortung und Verpflichtung zur Neutralität bewußt ist und sich deshalb trotz der Konkurrenzsituation im Interesse aller um die streng neutrale Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu bemühen hat. Die Darstellung der Gefahren einer tatsächlich vorhandenen Wettbewerbssituation und des eigenen Selbstverständnisses ist nicht geeignet, das Ansehen des Beklagten zu schädigen. Es wird - je nach Standort des Lesers - allenfalls ein Unbehagen darüber erweckt, daß die Beurteilung der Sicherheit von Atomkraftwerken in den Händen eines wirtschaftlichen Unternehmens liegt, das sich dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu stellen hat. Die Mitteilung eines solchen möglicherweise auch beim Kläger vorhandenen Unbehagens ist aber durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.“

Einen Pferdefuß hat die Argumentation des Gerichtes allerdings: Das Gericht sagt, daß vor allem deshalb von Pommerenke keine Gefährdung der Neutralität des TÜV ausnahmsweise auch beim Kläger vorhandenen Unbehagens ist aber durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. „Unparteilichkeit“ zu erheben. Indirekt ausgedrückt: AKW-Gegner haben auf dem Posten eines Sachverständigen nichts zu suchen, da sie „parteilich“ sind.

Umgekehrt muß man demgegenüber sagen: Nur Gutachter, die das Risiko von AKWs wirklich kennen und auch als unzumutbar akzeptieren, werden an dieser Stelle zumindest ein Gegengewicht bilden zur skrupellosen und nur am Profit orientierten Anwendung der Kernenergie.

Gegen den Versuch, beim TÜV ein Berufsverbot für AKW-Gegner durchzusetzen, muß gekämpft werden!

Denunziation, Anhörung, Geheimakten

In Zusammenhang mit einer Anti-Atomkraftwerks-Demonstration in Hamburg (22.1.77) wurde gegen einen Arzt im Allgemeinen Krankenhaus Bergedorf ein Verfahren eingeleitet. Der Verwaltungsleiter des Krankenhauses hatte ihn beschuldigt, einer der auf einem „Bild“-Zeitungsfoto abgebildeten Demonstranten zu sein. Prompt denunzierte er den Arzt beim Rechtsdezernat der Gesundheitsbehörde.

Die (sozialdemokratisch geführte) Gesundheitsbehörde spann den Faden zu einer „Gewalt“- und „Chaoten“-Story aus: Sie warf dem Arzt vor, an „gewaltsamen, verbotenen Ausschreitungen“ beteiligt gewesen zu sein, mit „verfassungsfeindlichen Organisationen in Verbindung zu stehen“ und die ärztliche Hilfestellung unterlassen zu haben (das „Bild“-Foto zeigt einen am Boden liegenden Polizisten, um den mehrere Männer herumstehen)!

Der Arzt wurde aufgefordert, auf einem Anhörungstermin zu diesen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Darauf ließ er sich nicht ein, sondern bestätigte stattdessen dem Personalrat schriftlich, daß er an der Demonstration nicht teilgenommen habe. Der Personalrat hat bislang offiziell keine Stellung dazu bezogen. Das ist auch eine Art von „Solidarität“ mit angegriffenen Kollegen ...

Das Rechtsdezernat der Gesundheitsbehörde hat das Verfahren inzwischen eingestellt, die „Anschuldigungen“ waren eben so sehr aus der Luft gegriffen, daß sie sich nicht mehr halten ließen.

Damit begnügte sich der Kollege aber nicht. Er verlangte Einsicht in seine geheime Personalakte unter Hinweis auf das in § 13 BAT ver-

briefte Recht auf Einsicht. Nachdem erst die Existenz einer zusätzlichen Personalakte abgestritten wurde, gab man schließlich der Forderung des Arztes und eines mitgebrachten Personalratmitglieds nach. Die Durchsicht der Akte ergab, daß auch die Gesundheitsministerin Elstner (SPD) ihre Finger im Spiel hatte. Der Verwaltungsleiter des AK Bergedorf hatte nicht nur den Arzt denunziert, sondern auch gleich vorgeschlagen, ihn wegen „unterlassener Hilfeleistung“ zu kündigen, oder wenn man damit nicht durchkäme wegen „Teilnahme an einer nicht angemeldeten Demonstration“. (Die Demonstration war angemeldet und genehmigt). Das größte Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!

Die Blätter, die dem Kollegen ausgehändigt wurden, gehörten nicht zu seiner im Betrieb liegenden Personalakte, sondern offensichtlich zu einer Geheimakte. Aus dem mehrziffrigen Aktenzeichen und der Bandnummer (Nr. 13) muß man schließen, daß 1. ein ganzes Archiv von Geheimakten in der Behörde (!) besteht und 2. über den Kollegen selbst noch mehr Schnüffelmateriale vorhanden ist.

In einer Diskussion über diesen Fall im Bund Gewerkschaftlicher Ärzte (eine Unterabteilung der ÖTV) wurde herausgestellt, daß nur durch das entschlossene Vorgehen des Betroffenen die Existenz von Geheimakten zusätzlich zur Personalakte bewiesen werden konnte. Personalräte und gewerkschaftliche Organe wurden aufgefordert, diese „Vorgänge öffentlich anzuprangern“.

Wehrt Euch, leistet Widerstand! ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Aufruf zum 19.2. in Brokdorf — Aufforderung zu Straftaten?

Hamburg. Mit Schreiben vom 28.3.1977 ging dem bekannten Hamburger AKW-Gegner Fritz Störing die Mitteilung über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens (Az.: 141 Js 166/77) zu. In dem Schreiben wird angeführt, daß Fritz für das zentrale Aufrufblatt zum 19.2.1977 presserechtlich verantwortlich gezeichnet hat. Fritz wird vorgeworfen, mit diesem Flugblatt öffentlich zu Straftaten aufgerufen zu haben. Zu welchen Straftaten er aufgerufen haben soll, das hat sich die Staatsanwaltschaft noch offen gelassen.

Mit diesem Schritt ist die Kriminalisierung aller an der Demonstration in Wilster am 19.2. beteiligten AKW-Gegner offen vollzogen. Bemerkenswert ist, daß auf dem Aufrufblatt die auf der Konferenz in Wilster vom 19.2.77 von mehr als 80 Initiativen verabschiedete Resolution abgedruckt worden ist. Man scheut sich offensichtlich nicht, mit der Einleitung des Ermittlungs-

verfahrens gegen Fritz die gesamte Anti-AKW-Bewegung offen anzugreifen. Man darf gespannt sein, auf welchen juristischen Wegen die Staatsanwaltschaft nun die Strafbarkeit unseres in Wilster friedlich verlaufenen Protestes begründen will. Man kann jedoch davon ausgehen, daß dieser Angriff ernst gemeint ist und sicher nicht zufällig erst nach dem 19.3. gestartet wurde. Die Herrschenden glauben wohl mit der jetzt laufenden Verteufelung der AKW-Gegner als Kriminelle einen ausreichenden Hintergrund für dieses Verfahren geschaffen zu haben.

Mit Fritz, dem durch die Anzeige Strafen von bis zu fünf Jahren Haft drohen, sind alle AKW-Gegner gemeint!

Gegen die Kriminalisierung der AKW-Gegner!

Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

IKAH Hamburg



Das Photo zeigt den Sturm der Bullen auf ein Bauernhaus in der Wilster Marsch am 19.2. Bei diesem Überfall wurden sämtliche Schieber eingeschlagen und die Tür aufgebrochen. Daraufhin drangen die Bullen in das Haus ein.

Laut Aussage eines Bauern (Video-Film zum 19.2.) Wurde in dem Haus ein „Störsender der Demonstranten“ vermutet. Dem Bauern selbst wurde auf Nachfragen über das Vorgehen der Bullen jegliche Begründung verweigert. Er selbst bezeichnete die Haltung der Bullen als „schweinisch“ ihm gegenüber

Polizeiaktionen gegen AKW-Gegner

Hausdurchsuchungen in Emden

Am Mittwochmorgen, dem 23. März wurden in Emden 8 Wohnungen durchsucht, die vorwiegend von AKW-Gegnern bewohnt werden. Bei der Aktion waren insgesamt etwa 30-40 Bullen beteiligt. Grund der Durchsuchung war der angebliche Besitz von 50 Mollis und 5 MPis (!) Marke „Uzi“. Daß es den Bullen jedoch nicht darum ging, Waffen zu finden, wurde während der Aktion schnell deutlich. In persönlichen Unterlagen, Akten, Bücher etc. wurde rumgeschüffelt und teilweise beschlagnahmt. Weiter wurden Wohnungen gewaltsam aufgebrochen, ohne Zeugen durchsucht, Material beschlagnahmt und vermutlich andere Sachen fotografiert. Außerdem wurden Räume durchsucht, für die kein richtiger Vorwand vorlag.

Schon am 19. Februar war der Bus der Emdener Initiative von 50 mit MPis bewaffneten Bullen nach Waffen durchsucht worden. Sowohl damals als auch jetzt am 23.3. fanden die Bullen keine Waffen. Zweck der Aktion war einzig und allein die Einschüchterung und Kriminalisierung der AKW-Gegner.

Noch am Abend verfaßte die Emdener Initiative gegen Atomenergie eine Presseerklärung, in der sie sich gegen die betriebene Kriminalisierung und die damit verbundenen Spaltungsmanöver in Friedliebende und sogenannte Gewalttäter wandte und die sofortige Einstellung der Strafverfolgung der Betroffenen forderte. Diese Erklärung wurde am nächsten Tag breit in Emden verteilt. Bei dieser Gelegenheit wurden Stellschilder der EAP, die Sprüche wie „Fortschritt nur mit Atomenergie“ enthielten, mit roter Farbe übersprüht, so daß sich diese Leute kurze Zeit später gezwungen sahen abzu-dampfen.

Die Emdener Initiative plant für den 19. April eine Veranstaltung, auf der u.a. die Hausdurchsuchungen sowie die z.Zt. verstärkte betriebene Hetzkampagne der bürgerlichen Presse gegen die AKW-Gegner behandelt werden sollen.

SCHLUSS MIT DEM BULLENTERROR !!!

Bericht von Emdener Genossen

Bespitzelungen in Bad Bergzabern

Nachdem die AKW-Gegner in Bad Bergzabern (Nähe Karlsruhe) die zweite Veranstaltung am Ort durchführten, verschärfte die Verbandsgemeinde die Raumanmietungsbestimmungen. So müssen von den Veranstaltern fünf (!) Personen genannt werden, mit Adresse, die für den ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung verantwortlich sind; eine Forderung, die bei Juso- und JU-Veranstaltungen noch nie gestellt wurde.

Diese Daten werden auf direktem Wege der Polizei mitgeteilt!

Dies erfuhren man, als eine AKW-Gegnerin wegen einer anderen Sache auf der Polizeiwache ihren Namen angab, woraufhin der Bulle sie sofort auf ihre Verantwortlichkeit für die AKW-Veranstaltung ansprach und auch noch versuchte, sie über die anderen den Bullen von der Gemeinde genannten AKW-Gegner auszuquetschen.

Der gleiche Bulle war übrigens auch auf der Veranstaltung anzutreffen — sicherlich nicht als AKW-Gegner.

Die AKW-Gegner machten dieses Treiben von Gemeinde und Bullen öffentlich und hängten Wandzeitungen an den Schulen aus.

Bespitzelung und Behinderung von Anti-AKW-Propaganda in Hamburg

Am 24. wurde in Hamburg am Gerhart-Hauptmann-Platz der Propagandastand einer Gruppe von AKW-Gegnern von Bullen abgeräumt. Die AKW-Gegner hatten ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen und den Stand nicht angemeldet, waren auch der Aufforderung zur Räumung nicht nachgekommen.

Sämtliches Material wurde weggenommen, auch die Flugblätter, was eindeutig rechtswidrig ist. Eine Bescheinigung über die mitgenommenen Sachen wurde nicht ausgestellt, erst auf der Wache wurden die Sachen wieder herausgegeben. Allerdings behielten die Bullen den Tisch ein (was sie nicht dürfen!), wohl um zu verhindern, daß an anderer Stelle

Gewerkschaftsausschluß wegen Anti-AKW-Veranstaltung?

Bremen. Der Ausbildungspersonalrat (APR) und Mitglieder der ÖTV am Zentralkrankenhaus St. Jürgen wollten am 17.2. eine Diskussionsveranstaltung über Atomkraftwerke machen. Drei Tage vorher verbot der Verwaltungsdirektor Galla plötzlich den schon genehmigten Raum auf dem Krankenhausbau. Die Kreisverwaltung der ÖTV und der Vorsitzende des Personalrats drohten den Veranstaltern mit Gewerkschaftsausschlüssen!

Die Veranstaltung war Mitte Januar als gemeinsame Veranstaltung von Vertrauensleutenkörper, ÖTV-Jugend, Ausbildungspersonalrat und MTA-Kreis geplant worden. Im Laufe der Vorbereitungen stellte sich heraus, daß der Personalrat die Veranstaltung nur unterstützen wollte, wenn dort eine Pro- und Contra-Diskussion geführt würde, während ÖTV-Jugend und APR über die eigenen Standpunkte — Ablehnung der AKW's — diskutieren wollte. Als der Personalrat von den Vorbereitungstreffen weglief, bereiteten die ÖTV-Jugend und APR die Veranstaltung alleine vor. Durch Drohungen des Kreisjugendsekretärs der ÖTV, Scheller, zog der VK-Vorstand, der die Veranstaltung unterstützen wollte seine Teilnahme zurück. Begründung: Man könne den Kollegen die weitreichenden Konsequenzen eines Gewerkschaftsausschlusses nicht zumuten!

Der letzte Streich war dann das Raumverbot, mit der Begründung, die Krankenpflegeschüler dürfen sich nicht allgemeinpolitisch äußern.

Die fortschrittlichen Kollegen haben sich allerdings das Recht auf eine Anti-AKW-Veranstaltung nicht nehmen lassen und sich mit ca. 30 Kollegen in einer Kneipe zur Diskussion getroffen. Inzwischen gibt es auch eine Initiative gegen Atomkraftwerke am Krankenhaus!

Krankenhausgruppe KB/Gruppe Bremen

Nach Grohnde: Brutaler Polizeiüberfall in Bielefeld

Als die Demonstranten am 19.3. um 24 Uhr am Bielefelder Bahnhof aus dem Bus stiegen, versuchten die Bullen gemeinsam mit Bahnbulle und MEKlern zwei Leuten Schild und Schaufel wegzunehmen. Dabei kam es zu einem Handgemenge und einem Gummiknüppelinsatz. Trotz Protesten von Umstehenden wurden AKW-Gegner, die bereits am Boden lagen, weiter geprügelt und getreten. Sprüche wie: „Die mit der gelben Jacke ist die Anführerin, die müssen wir fertig machen“ und „Euch werden wir das rote Maul schon stopfen“ begleiteten die ganze Aktion. Zwei Leute wurden zur Personalienfeststellung vorübergehend festgenommen.

Nachdem die beiden Leute freigelassen waren und alle den Platz verlassen wollten, wurde eine Mopedfahrerin unter dem Vorwand einer Verkehrskontrolle überprüft. Als sie den anderen nachrief, sie sollten warten, reichte das bereits für eine Anzeige wegen nächtlicher Ruhestörung aus.

Anschließend wurde noch ein PKW mit vorgehaltener Schusswaffe kontrolliert, nach Material (Schlagstöcke, Schilder) durchsucht und die Personalien der Insassen aufgenommen.

Daß die Bullen so brutal vorgehen, liegt sicherlich auch mit an den von der Bullenzentrale gezielt ausgestreuten Gerüchten. Aus sicherer Quelle wissen wir, daß den Bullen erzählt wurde, zwei von ihnen seien in Grohnde draufgegangen. Angeblich sollen auch mehreren Bielefelder Bullen von den Demonstranten die Hacken abgeschlagen worden sein.

Arbeitskonferenz zur Vorbereitung des Russel-Tribunals erfolgreich durchgeführt

Am 26./27. März fand in Frankfurt eine Arbeitskonferenz statt, um das geplante Russel-Tribunal über die politische Unterdrückung in der BRD vorzubereiten. Mit ungefähr 400 Teilnehmern von rund 90 Gruppen aus der gesamten BRD, die gegen die verschiedensten Formen der Repression arbeiten, übertraf die Beteiligung die Erwartungen des Initiativsausschusses, der dazu aufgerufen hatte (der Initiativsausschuss ist ein Gremium, das diejenigen Kräfte umfaßt, die sich in der BRD bisher für das Zustandekommen des Tribunals eingesetzt haben).

Die Konferenz bot damit ein gutes Spiegelbild der linken Kräfte, die heute aktiv gegen die Repression arbeiten (mit Ausnahme der Initiativen, die traditionell mit der DKP zusammenarbeiten; hier sind die Revisionisten eifrig – bisher im wesentlichen erfolgreich – bemüht, das Ganze als eigentlichen Angriff des KB auf die DKP hinzustellen). Die Juso blieben der Konferenz fern, während dagegen der Bundesvorstand der Jungdemokraten einen Beobachter schickte.

Überwiegend waren auf der Konferenz unabhängige Linke vertreten, sodann Spontis, KB, SB, Gruppen um den schwäbischen Rechtsanwalt Croissant, GIM, „KPD“/KSV und Spartacus. KBW, „KPD/ML“, „Arbeiterbund...“ und KABD erschienen nicht, ohne daß eine Begründung für ihre Ablehnung der Russel-Initiative vorliegen würde. Für Kenner der Szene war freilich auch die Anwesenheit des KSV eine Überraschung, hatte doch die „Rote Fahne“ bereits festgestellt, daß „die Russel-Komitees“ nur „Wasser auf die Mühlen des Sozialimperialismus“ gießen würden (was von den anwesenden KSVlern im Brustton tiefster Überzeugung abgestritten wurde – „RF“ Nr. 48/76 lesen!). Der KSV war im Sinne des etwas zurückhaltenden Taktierens der „KPD“ (im Vergleich zu den anderen Vaterlandsverteidigern) erschienen, natürlich nur, um dafür zu werben, daß die „Repression in ganz Deutschland“ behandelt werden müsse. Da sich dafür jedoch niemand erwärmen konnte, darf man gespannt sein, ob die „Kompromissbereitschaft“ dieser Leute soweit geht, das Tribunal auch unter diesen Voraussetzungen zu unterstützen. Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die „MLler“ in den Antirepressionsgruppen mittlerweile auch tatsächlich „außen vor“ sind, worüber auch noch so feierlich vorgetragene Angebote der „KPD“, „Aktionseinheiten von Demokraten und Kommunisten“

zu bilden, nicht hinwegtäuschen können.

Festzuhalten bleibt ebenfalls, daß auch die Croissant-Gruppen nur deshalb auf der Arbeitskonferenz eine nennenswerte Rolle spielten, weil sie mit „Kind und Kegel“ angeleitet kamen, um einen „Platz an der Sonne“ (sprich: in irgendwelchen Gremien der Initiative) zu ergattern. Dort hat sich seit dem Scheitern der „Folterkomitees“ weder an der Linie noch am Auftreten noch an der Isoliertheit von der Bewegung wirklich etwas geändert.

Die Konferenz begann mit einer Plenumsdiskussion um die Einschätzung der politischen Entwicklung in der BRD, die sich rasch zu einer Faschismus-Debatte entwickelte. Dies ist insofern bemerkenswert, als es noch nicht allzu lange her ist, daß auf Treffen dieser Art schon die bloße Verwendung des Begriffs „Faschisierung“ Abwehrreaktionen hervorgerufen hatte und generell aggressiv auf „Einschätzungs-Diskussionen“ reagierte wurde (etwa auf dem Pfingst-Kongress des SB). Ganz im Gegensatz zu GIM und SB, die der Meinung waren, die Konferenz verfehle ihren Zweck und es werde „viel zu viel über Faschismus diskutiert“, halten wir es für ein positives Zeichen und einen Fortschritt der Bewegung, daß das Interesse an solchen politischen Diskussionen wieder ansteigt, wenn auch zum Teil unsinnige Positionen vertreten wurden.

So sprach etwa Croissant von

einer totalen Kontrolle durch die politische Polizei und meinte, der Staat habe sich von der „counter-insurgency“ (Aufstandsbekämpfung) zu einem faschistischen Staat entwickelt (alles in Reaktion auf das Auftreten „bewaffneter kämpfender Gruppen“ – versteht sich...).

Unumstritten war, daß die Repression möglichst allseitig behandelt werden sollte, daß man nicht aus taktischer „Rücksichtnahme“ darauf verzichte, von Seiten der Linken alle Unterdrückungsmaßnahmen anzuklagen, und daß die Solidarität mit allen politischen Verfolgten unteilbar sein müsse.

Arbeitsgruppen wurden gebildet zu den Bereichen Berufsverbote im öffentlichen Dienst, Unterdrückungsmaßnahmen in Betrieb und Gewerkschaft, Haftbedingungen politischer Gefangener, Einschränkung von Verteidigungsrechten im Strafprozeß, Ausbau und Militarisierung des staatlichen Gewaltapparats, Repression gegen Frauen, Repression gegen Ausländer, Behinderung autonomer Projekte in der Sozial- und Jugendarbeit sowie Zensurmaßnahmen und Gleichschaltungstendenzen in den Massenmedien. Der Vorschlag, auch zu den komplexen Faschisten und Repressionen gegen die Anti-AKW-Bewegung AG's zu bilden, fiel mangels Beteiligung unter den Tisch. Insgesamt kann man sagen, daß praktisch alle Gruppen über das Stadium eines reinen Erfahrungsaustausches hinauskamen und konkrete Ar-

beitsprozesse im Hinblick auf das Tribunal vereinbart wurden (ebenso ein Fortschritt gegenüber dem Pfingstkongress des letzten Jahres, wo man praktisch konsequenzlos auseinandergegangen war). Zur Diskussion geeigneter Aktionen kam man noch nicht. Das wird das Thema weiterer Treffen sein müssen.

Kritisch anzumerken bleibt, daß im Gegensatz zu der guten Beteiligung an den AG's Frauen, Berufsverbote und Haftbedingungen der Betriebs- und Gewerkschaftsbereich nur sehr schwach „besetzt“ war. Dies hat natürlich objektive Ursachen, liegt aber auch daran, daß bislang noch zu wenig konkrete Vorstellungen darüber entwickelt und in fortschrittlichen Kollegengruppen diskutiert worden sind, wie das Tribunal in diesem Bereich genutzt werden kann (z.B. im Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse). Auch die Mobilisierung unter linken Ausländergruppen und den antirassistischen Komitees entspricht noch nicht den Möglichkeiten, die sich dort ergeben (die noch fehlenden drei Berichte über die AG's werden wir im nächsten AK bringen. Die Kontaktadressen wurden auf den Sitzungen vereinbart. Im Einzelfall war es uns bei der Angabe der Teilnehmer nicht jedesmal möglich zu prüfen, ob sie als „Delegierte“ oder „Beobachter“ ihrer Gruppen anwesend waren).

Zum Schluß der Arbeitskonferenz gab es eine Kontroverse, als von Sei-

ten der Croissant-Gruppen aus vordergründigen Motiven vorgeschlagen wurde, sofort ein „Nationales Unterstützungskomitee“ für das Tribunal zu wählen. Dies wurde abgelehnt, da ein solches Komitee beim augenblicklichen Stand der Vorbereitungen politisch nicht mehr Bedeutung gehabt hätte als der bereits bestehende Initiativsausschuss. Angenommen wurde dagegen der Vorschlag eines Westberliner Sponti-Genossen und des KB-Vertreters, Delegierte von der Konferenz aus in den Initiativsausschuss zu schicken. Konkret wurden dann je zwei Delegierte aus jeder AG vereinbart, nachdem vorher schon beschlossen worden war, die Frauenzentren am Initiativsausschuss zu beteiligen. Dies geschah natürlich gegen heftigen Widerstand von GIM und SB, die durch ein solches Verfahren die „Breite“ des Initiativsausschusses gefährdet sahen („Mandat von Linksradikalen“ – unmöglich!) und die ganze Konferenz zu einem reinen Akklamationsorgan für bereits gefaßte Beschlüsse degradieren wollten. So mokierte sich die GIM über das „chaotische Ende“ der Konferenz („was tun“, Nr. 152) und bemerkte scharf, daß Delegierte ja gar nicht mehr gewählt worden seien. Keine Sorge! Dies wird ausnahmsweise auch in schriftlichen Kontakten über die vereinbarten Adressen möglich sein. So schwierig ist Demokratie nun wieder auch nicht.

Breite/Unterstützung/Publicity



Um dem ständigen Lamentieren unserer Freunde von GIM und SB, die Russel-Initiative würde ins „linksradike Abseits“ geraten, entgegenzuwirken, hier unsere Spalte zum neuesten Stand der erreichten „Breite“ (Beschlüsse des DGB-Vorstand können wir allerdings nicht bieten):

- Die Zeitschrift „Junge Kirche“ (Herausgeber u.a.: Casalis, Paris; Niemöller, Wiesbaden) druckt in ihrer Nummer 2/77 den Aufruf der Russel-Peace-Foundation ab und fordert zur Unterstützung auf.
- Ebenso die Hamburger Lehrerzeitung Nr. 4/77 (Zeitung der GEW-Hamburg). Dies sollte der GEW-Westberlin zum Ansporn dienen!
- Auch die Frankfurter Rundschau (31.3.) bequemt sich zu einem Bericht über die Arbeitskonferenz, in dem sogar die dort gebildeten Arbeitsgruppen einzeln aufgeführt werden – bis auf (na wer ahnt's?) die AG „Zensurmaßnahmen in den Massenmedien“...
- Die linksliberale niederländische

Wochenzeitung „Vrij Nederland“ berichtete am 12.3. über das geplante Tribunal und hat dazu bei der Russel-Foundation angerufen: „Sicherheit, ob das Tribunal durchgeführt wird, besteht noch nicht. Ken Fleet von der Russel-Stiftung im englischen Nottingham: „Das hängt von den Fortschritten der nationalen Komitees ab. Sie müssen für Zeugen und vollständiges Dokumentationsmaterial sorgen.“

Die VDS-Mitgliederversammlung (20. bis 26.3.) begrüßte den Aufruf der Russel-Foundation. Eine Mitarbeit im Initiativsausschuss, wie sie von der Basisgruppenfraktion (zweitstärkste Fraktion in den VDS) befürwortet wurde und der die Juso-Hochschulgruppen ebenfalls nicht abgeneigt gegenüberstehen schienen, fiel allerdings im Koalitionsspektrum um die Vorstandssessel unter den Tisch (zugunsten der Mitarbeit in der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, dem DKP/MSB Lieblingskomitee).

AG Berufsverbote

Vertreten waren: Kieler Initiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung; Kölner Schülerinitiative gegen Berufsverbote; Initiative an der Universität Stuttgart gegen die Berufsverbote; Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote (FU); Russel-Unterstützungsinitiative, Darmstadt; Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, Freiburg (die Freiburger arbeiten in der DKP-nahen Landes- und Bundesinitiative „Weg mit den Berufsverboten“ mit, die sie ebenfalls zur Unterstützung des Tribunals aufforderten); AK Berufsverbote der Gerichtsfreundare, Westberlin; Aktionskomitee gegen Berufsverbote, Dortmund; KSV (plus „Massenorganisationen“) und die Initiative kommunistischer Gruppen, Bonn.

Die AG faßte mehrheitlich die folgenden Beschlüsse:

- Repression in der DDR wird nicht behandelt.
- Der Aufruf der Russel-Peace-Foundation soll Minimalplattform für Unterstützung des Tribunals sein.
- Auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sollen das Tribunal beschäftigen.
- Gruppen, die eine Behandlung der UVB's durch das Tribunal ablehnen, sollen deshalb jedoch nicht von Unterstützungskomitees etc. ausgeschlossen werden.

Die Berufsverbotefälle sollen nach folgenden Schwerpunkten untersucht werden: Mitgliedschaft in linken Organisationen; Wahrnehmung demokratischer Rechte (Teilnahme an Demonstrationen, Verteilen oder Unterzeichnen von Flugblättern etc.); „Sippenhaft“ (verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen zu Kommunisten etc.); Zermürbungstaktik durch Verschleppen der Prozesse; Zusammenhang Berufsverbote-Unvereinbarkeitsbeschlüsse; indirekte Berufsverbote (im Zusammenhang mit

der Arbeitslosigkeit); Berufsverbote gegen Sozialdemokraten und Liberale; exemplarische Urteile.

Kontaktadresse, an die das Material geschickt werden soll, ist:

Aktionskomitee gegen die Berufsverbote
Altensteinstraße 59
1000 Westberlin 33

AG Haftbedingungen politischer Gefangener

Die Gruppe war zahlenmäßig am stärksten, was einerseits das Interesse der Knastgruppen am Tribunal zeigt, andererseits darauf zurückzuführen ist, daß das IVK (Internationales Verteidigungskomitee politischer Gefangener; Croissant, Stuttgart) offenbar eine „Vollmobilisierung“ angestrengt hatte, um Einfluß auf die Konferenz zu gewinnen. Da die IVK-Vertreter jedoch eine Anerkennung ihrer „Linie“ forderten (man müsse sich auf die RAF konzentrieren, da die Gefangenen aus „bewaffnet kämpfenden Gruppen“ eine Bedrohung des BRD-Staates darstellten und deshalb gezielt vernichtet werden sollen), gab es ziemlich bald eine Spaltung in zwei Gruppen.

Mit dem IVK gingen zumeist diejenigen, bei denen das von Anfang an klar war (AK zur Situation politischer Gefangener in der BRD, „Schwarzmarkt“ Hamburg; Antifaschistischer Kampf, Kaiserslautern; Medisch Juridische Komitee, Utrecht u.a.), sowie offenbar „Klingelkerl“ (Volksblatt Dortmund); Rechtshilfefond Bonn und eine Russel-Initiativ-Gruppe Wiesbaden.

Die anderen waren nicht bereit, die „Einschätzungen“ der IVK-Vertreter zu übernehmen und lehnten es ab, Einschränkungen vorzunehmen, die sich aus einer Bewertung der Politik, die die Gefangenen gemacht haben, ergeben, weil dies der Solidarität schadet und die Gemeinsamkeiten der Unterdrückung politischer Gefan-

gener unterschlägt. In dieser Gruppe waren: Justizgruppe an der Uni Frankfurt; Rote Hilfe Westberlin; Komitee gegen politische Unterdrückung, Lübeck; Knastgruppe Ossen-dorf; Roland Otto/Karl-Heinz Roth-Unterstützungsbüro; Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg; Informationsdienst, Frankfurt; Archipel Bueback, Göttingen; Spartacusbund sowie Initiativen aus Freiburg und München. Das „Komitee Innere Sicherheit“, Bochum will in beiden Gruppen mitarbeiten (obwohl es eigentlich gar nicht beim Tribunal mitmachen will – s. AK 101...?).

Die letztere Gruppe diskutierte den Komplex Verweigerung gesundheitlicher Versorgung/Isolationshaft/Psychiatisierung (Versuche dazu), sowie die Erweiterung des Unter-

drückungsinstrumentariums durch das Strafvollzugsgesetz und ähnliche „Neuerungen“, wie sie z.T. als „Reformmodelle Marke BRD“ verkauft werden. Kontaktadresse der zweiten Gruppe:

IKAH c/o H. Theis
Methfesselstraße 41
2000 Hamburg 19

Arbeitsgruppe Medien

Teilnehmer: Öffentliche AG gegen politische Unterdrückung in der BRD, Hamburg; „Pflasterstrand“, Frankfurt; Sozialistische Verlagsauslieferung (SOVA), Frankfurt; AG gegen Repression, Wuppertal; SOVA-Buchladen, Fulda; Politische Buchhandlung, Bochum; Mediengruppe Köln; Unterstützungsausschuss „Arbeiterkampf“ gegen Rosenbaum, Hamburg;

Journalistengruppe „Solidarität“, Hamburg; „radikal“, Westberlin; „Deutschland Info“, Amsterdam; Medienpädagogik Zentrum, Hamburg; Repressionsgruppe Bielefeld; ID; „was tun“; SB; KB.

Diskutiert wurde die Behinderung linker und alternativer Zeitungen, fortschrittlicher Journalisten in bürgerlichen Redaktionen, Angriffe gegen den linken Buchhandel und Verlage bis hin zur Zensur gegenüber dem Theater oder Theatergruppen, Videogruppen oder in öffentlichen Büchereien. Einige meinten, man solle die Untersuchung auf direkte staatliche Eingriffe beschränken. Die Einschränkung einer freien Berichterstattung liegt hauptsächlich an der Selbstzensur der Journalisten aus Angst vor Repressionen. Dagegen wurde vorgebracht, daß ein unerhört hoher Stand an Gleichschaltung der bürgerlichen Berichterstattung erreicht worden sei. Es müsse anhand sorgfältig zusammengetragener Materialien und einer Analyse auch der ökonomischen Grundlagen der Gleichschaltung (Springer-Monopol!) die faktische Einschränkung der Meinungsfreiheit gezeigt werden.

Insgesamt ist aus der Diskussion die Lehre zu ziehen, daß der Gewöhnungsprozeß an die ständige Beschränkung der Meinungsfreiheit auch in der Linken ziemlich weit vorgeschritten ist. Dem muß mit viel Material und Dokumenten entgegen-gewirkt werden.

- Untersucht werden soll zunächst: Gleichschaltung der Presse zu Brokdorf und Grohnde und in der „Terroristenhetze“;
- Repressionen gegen Druckereien, Buchhandel und Verlage sowie die Zensurparagrafen;
- Repressionen gegen die alternative Presse und die Einschränkungen im Vertrieb der linken Presse (Zeitungsverkauf etc.);

Die Ergebnisse sollen auf einem weiteren Treffen der AG in Göttingen am 14./15. Mai zusammengetragen werden. Gruppen, die sich an dieser Arbeit noch beteiligen wollen,

Großveranstaltung zur Unterstützung des Russel-Tribunals

Am 7. Mai wird in Hamburg die erste Großveranstaltung zur Unterstützung des geplanten Tribunals stattfinden. Organisiert und getragen wird sie von der Hamburger Unterstützungsgruppe, in der KB, SB, GIM, ESG, Judos, ein Beobachter der Falken, mehrere Gruppen, die zu verschiedenen Themen der Repression arbeiten und Einzelpersonen zusammenarbeiten.

Aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus soll sich diese Veranstaltung mit dem „Modell Deutschland“ und insbesondere mit dem Versuch des BRD-Imperialismus, dieses Modell in die anderen westeuropäischen Staaten zu „exportieren“, beschäftigen. Eingeladen wurden deshalb Sprecher, die schon im Widerstand gegen den deutschen Faschismus gestanden haben und die sich heute wieder gegen die Gefahren, die vom westdeutschen Imperialismus ausgehen, engagieren. Zugesagt haben bisher ehemalige Teilnehmer des Partisanenkampfes gegen die Nazi-Aggression aus Frankreich und Italien. Weiterhin sind vorgesehen Sprecher des deutschen antifaschistischen Widerstandes und des aktuellen Kampfes gegen die zunehmende Repression in der BRD.

Mit dieser Veranstaltung soll der Auftakt für eine öffentliche Mobilisierung und breite Verankerung der Idee eines Tribunals über die Repression in der BRD getan werden.

Zugleich soll damit ein Zeichen gesetzt werden, daß ein solches Tribunal mit der Unterstützung durch die demokratische Bewegung rechnen kann.

sollen sich mit der Öffentlichen Arbeitsgruppe gegen Repression p.A.

H. Theis
Methfesselstraße 41
2000 Hamburg 19;
oder mit dem Frankfurter
Informationsdienst
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt 90;
in Verbindung setzen.

AG Ausländer

Bisher ist die Beteiligung an der Arbeitsgruppe Ausländer relativ schwach. Besonders bedauerlich ist, daß bisher nur eine – eigentlich besonders betroffene – politischen Ausländervereinigungen, nämlich die iranische Studentenvereinigung CIS-NU, anwesend war. Teilgenommen haben außerdem:

- Westdeutsches Irland-Solidaritäts-Komitee
 - Irangruppe Wiesbaden
 - Informationsstelle Lateinamerika, Bonn
 - ein Mitglied der Hessischen Initiative politischer Verteidiger, der Ausländerberatung macht
 - Ausländer-Kommission des KB
- Aus dem Ausland beteiligte sich ein italienisches Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener und ein Vertreter der niederländischen Zeitung „De buren rechts“ („die rechten Nachbarn“).

Es wurde beschlossen, einen Rundbrief zu erarbeiten, der an alle den Teilnehmern bekannte ausländische Arbeiter- und Studentengruppen verschickt wird und sie zur Beteiligung an der Arbeit des Russell-Tribunals auffordert. Außerdem soll ein inhaltlicher Aufruf erarbeitet werden. Die einzelnen Gruppen übernehmen arbeitsteilig die Materialsammlung und -sichtung zu verschiedenen Aspekten der Ausländerunterdrückung in der BRD. Ein konkreter Termin für ein weiteres Treffen wurde noch nicht vereinbart. Zentrale Adresse: Barbara Retzlaff, 21 HH 90, Wilsdorfer Str. 86.

AG Militarisierung/

AG Militarisierung/ Polizei

Teilnehmer: Antirepressionsgruppe Stuttgart; Spanisches Zentrum Essen; Initiative gegen politische Unterdrückung Braunschweig; AK Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung, Koblenz; Initiative zur Unterstützung eines Russell-Tribunals Emden; Antirepressions-Arbeitskreis Hannover; SB; KB.

Ergebnis der Beratungen in der Arbeitsgruppe war die Einigung, dem Russell-Tribunal Material zu folgenden drei Themen-Komplexen vorzulegen:

1. Polizei-Entwicklung, im einzelnen:
 - MEK und andere Sonderkommandos sowie KOBs, JuPos und andere „bürgerliche“ Polizeispitzel als Ergebnis der „Polizei-Reform“;
 - Militarisierung der Polizeibewaffnung und -ausbildung (Chemical mace, Entwicklung sog. „humaner Polizeiwaffen“ etc.);
 - Einsatz der Polizei, d.h. daß eine Liste von Todesschüssen, Fahndungsbrutalitäten, täglichem Terror zusammengestellt wird.
2. Bundeswehr: Ein Vorschlag wurde vom Antimilitaristischen Arbeitskreis (AMAK) vorgelegt und im wesentlichen von der Arbeitsgruppe akzeptiert:
 - Fortrausbildung in der Bundeswehr,
 - Vorbereitungen auf den „Notstands“-Einsatz im eigenen Land,
 - Schutz von Faschisten und faschistischen Gruppen durch Organe der Bundeswehr.

Im Nachhinein bleibt kritisch anzumerken, daß die Entwicklung der Bundeswehr zu einer Aggressionsarmee bisher nicht Thema ist.

3. Computerisierung des staatlichen Spitzelwesens und Versuch der Heranziehung von Denunzianten. Im einzelnen wurde dieser Komplex nicht ausdiskutiert, aber Stichworte genannt, unter denen gearbeitet werden kann: Psychologische Kriegsführung, Fall Traube, Staatsschutzgesetz unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“.

Die Arbeitsgruppe beschloß, sich insgesamt am 14./15. Mai in Hannover zum Austausch erster Arbeitsergebnisse aus den drei Gruppen zu treffen. Dort wird die Auseinandersetzung um das, was dem Tribunal vorgelegt wird, fortzuführen sein.

Als Kontaktadressen wurden ausgemacht:

Gruppe 1: K. Ehlers, 2 HH 50, Lerchenstraße 75

Gruppe 2: Antimilitaristischer Arbeitskreis, Postfach 1222, 7420 Münsingen

Gruppe 3: Westberliner Gruppe „Counterinsurgency“ (gibt Adresse selbst bekannt)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frauenarbeitsgruppe Bericht

Vertreten waren: „Courage“, Westberlin; Frauenzentrum Westberlin; Frauenforum und Frauenkomitee Bonn; FZ Kiel; Frauen helfen Frauen, Bremen; FG Düsseldorf; FZ, FG, Initiativegruppe Frauenhaus für mißhandelte Frauen, Initiative 3. Bildungsweg und Arbeitskreis gegen Repression, Frankfurt; FG Wolfsburg; Initiativegruppe Darmstadt; FZ und Antirepressionsgruppe, Stuttgart; Frauengruppe Sindelfingen; Frauenhaus und FZ Bielefeld; „Buren Rechts“, Amsterdam; Homosexuelle Aktion Hamburg; Arbeitsgruppe Frauen des KB und Frauengruppe des Sozialistischen Büros.

Die Schwierigkeit des ersten Tages lag darin, daß kaum konkretes Material mitgebracht worden war, anhand dessen man in die Diskussion hätte einsteigen können. So wurden viele Bereiche der Repression gegen Frauen nur angerissen, ohne sie jedoch auf den Punkt zu bringen. An den Fragen: „Sind Frauen besonders

von Berufsverboten betroffen?“ oder „Gibt es eine besondere Unterdrückung der weiblichen politischen Gefangenen?“ wurde deutlich, wie notwendig hier eine Materialzusammenstellung und eine Erarbeitung dieser Fragen ist, um nicht in Spekulationen zu verfallen.

Dies wird auch die wesentliche Aufgabe bis zu dem nächsten Treffen (im Mai in Westberlin bei den „Courage“-Frauen) sein, um dann auch mit diesem Material in den einzelnen Städten eine Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Es wurde der Vorschlag eines Kongresses oder einer Veranstaltungsreihe gemacht.

Insgesamt können wir sagen, daß unsere Arbeitsgruppe im Endeffekt ein positives Resultat zustande gebracht hat. Was allerdings die Zusammenarbeit erschwerte, waren antikomunistische Positionen. Ein Beispiel:

Bei der Aufstellung der Repressionspunkte für das Tribunal sollte

Plattform der Frauen-AG

Das Zunehmen der Repression in der BRD ist nicht auf Berufsverbote beschränkt. Repression tritt auf allen Ebenen gesellschaftlichen Geschehens auf: In der Ausbildung, im Beruf, in der Familie und im Gefängnis. Frauen werden von ihr besonders betroffen.

So wird für Frauen der Zugang zum 3. Bildungsweg erschwert, dasselbe gilt für Umschulungen von Hausfrauen. Frauen finden keinen Zugang zu sogenannten Männerberufen wie Schreiner, Drucker usw. In ganz Thüringen gibt es z.B. keine Lehrstellen für Mädchen.

Frauen verlieren als erste den Arbeitsplatz – oft mit sexistischen Argumenten: In Koblenz wurde eine Sekretärin wegen ihres Sonnenbrandes gekündigt.

Dasselbe wird durch die Bedingungen am Arbeitsplatz erreicht: Bei Bosch in Stuttgart hatten mehrere im Akkord arbeitende Frauen Fehlgeburten, weil ihnen trotz gesetzlicher Bestimmungen die Zuweisung einer leichteren Arbeit verweigert wurde. In Koblenz wurde eine Sekretärin wegen ihres Sonnenbrandes gekündigt.

In Frankfurt wurde einer Straßenbahnfahrerin eine Sicherheitstür bei Nachfahren verweigert, weil man nicht glaubte, daß sie nachts mehr als männliche Fahrer belästigt wird. Der Einbau der Tür sei eine Ungleichheit gegenüber den Männern. Um nun die Gleichbehandlung zu sichern, werden bei der Frankfurter Straßenbahn keine Frauen als Fahrerinnen mehr eingestellt.

Hier überall werden die Frauen nicht vom politischen, sondern vom geschlechtsspezifischen Berufsverbot betroffen.

Ein Sektor, in dem politische Berufsverbote am häufigsten durchgesetzt und durch ideologische Kampagnen verstärkt werden, ist der Bereich der Erziehung. Hier sind vorwiegend Frauen beschäftigt. Wir vermuten, daß in diesen frauenspezifischen Berufen der Anteil der Frauen mit politischem Berufsverbot besonders hoch ist. Die Zahl dieser politischen Frauenberufsverbote ist in der Öffentlichkeit bis heute unbekannt.

In den Gefängnissen sind die Frauen zuerst von der Isolationshaft betroffen gewesen. Im totalen Trakt wurde sie zuerst an Frauen ausprobiert. Wenn Frauen sich nicht in die ihnen von der Gesellschaft vorgeschriebene Rolle einfügen wollten, reagiert der Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, die bis zur physischen Liquidierung wie im Falle von Ulrike Meinhof, Katharina Hamerschmidt und in Ansätzen auch von Judy Anderson und vielen anderen weiblichen politischen Gefangenen geht. Am Beispiel von Judy Anderson wird deutlich, daß hier der Staat versucht, die Identität einer lesbischen Frau zu zerstören.

Auch in der Familie richtet sich die zunehmende Repression direkt gegen die Frauen. Die Gewalt in der Ehe hat mit zunehmender Krise und Arbeitslosigkeit der Männer zugenommen. Vergewaltigungen in der Ehe sind legalisiert und werden durch die Gerichte gedeckt.

Wo immer Frauen sich organisieren, um ihre Situation praktisch anzugehen, setzt staatliche Repression in Form von Überfällen und Bespitzelungen von Frauenzentren, Frauenhäusern und Frauenbuchläden ein. Dazu gehören auch die Kriminalisierung der Selbsthilfeeinheiten der Frankfurter Frauen, wie z.B. die Fahrten nach Holland. Gesetze, die die Situation der Frauen scheinbar verbessern wie der § 218 und die neue Ehegesetzgebung, werden in der Praxis direkt unterlaufen. So werden Kindertagesstätten aufgelöst, die Klassen in den Schulen werden immer größer, und die Frauen müssen den wachsenden Leistungsdruck der Kinder auftragen.

Ein Beispiel, an dem sich die Verschärfung der Repression gegen Frauen am deutlichsten zeigen läßt, ist die Neufassung des § 218 mit allen seinen Folgeschneidungen. Es läßt sich hieran nicht nur die totale Infragestellung des Selbstbestimmungsrechtes der Frau aufzeigen, sondern auch die systematische Kriminalisierung all derer, die sich nicht mit dem Abtreibungsverbot abgefunden haben, seien es einzelne Frauen, ihre Familienmitglieder oder Ärzte – oder seien es gar Teile der Frauenbewegung. „Beihilfe zur Abtreibung“ wird den Frauen des Frankfurter FZ's weiterhin wegen der Organisation der Hollandfahrten vorgeworfen. Über Beratungsstellen und Familienfürsorge versucht der Staat, die Abtreibungen unter Kontrolle zu halten. Heute bereits gibt es Anzeichen, daß die dort gesammelten „Daten“ gegen

Frauen – z.B. bei der Einstellung im Öffentlichen Dienst – verwertet werden. Die Abtreibungen selbst werden von den Kliniken entweder gar nicht erst durchgeführt, oder aber es werden, wie an den Berliner Universitätskassen, an den Frauen medizinische Experimente mit Prostaglandin durchgeführt, die einer körperlichen und psychischen Folter gleichkommen.

Die Ideologie, die weibliche Menschen als Verantwortliche für Kinderaufzucht und Haushalt festlegt, sie selbst als Sexualobjekte bestimmt, wie es in der Öffentlichkeit und in den Medien geschieht, stellt eine reale Form der Repression gegen uns Frauen dar. So wird Frauen die Schuld für wachsende Jugendkriminalität und zunehmende psychische Schwierigkeiten von Kindern angelastet.

Wir Frauen, die wir uns als Arbeitsgruppe des Russell-Tribunals gegen die Repression in der BRD zusammengefunden haben, fordern, daß die Unterdrückung der Frauen durch das Russell-Tribunal in der BRD zusammengefaßt werden haben, fordern, daß die Unterdrückung der Frauen im Russell-Tribunal im Zusammenhang mit der allgemeinen Zunahme der Repression gesehen und behandelt wird. Auf dem Tribunal sollen deshalb folgende Punkte behandelt werden:

- 1) Praktiken und Verordnungen, die den revidierten § 218 lokal und regional unterlaufen; Berufsverbote für Frauen, die legal abgetrieben haben; medizinische Experimente an Frauen, die abtreiben wollen.
- 2) Polizeigriffe auf oder Bespitzelung von Frauenzentren, Frauenhäusern und Frauenbuchläden.
- 3) Haftbedingungen von weiblichen politischen Gefangenen und Lesberinnen.
- 4) Rücknahme von Berufsförderungsmaßnahmen für Frauen, die auf faktische Berufsverbote hinauslaufen.
- 5) Verengung der Möglichkeiten der Berufstätigkeit von Frauen durch Schikanen von Arbeitsämtern und Behörden bei der Arbeitsvermittlung, Entlassungen alleinstehender Frauen und Mütter.
- 6) Verschärfung der familiären Gewalt gegen Frauen durch Männer, deren Ursachen in Arbeitslosigkeit oder wachsenden Leistungsdruck am Arbeitsplatz sich aufzeigen lassen.
- 7) Zensur und Unterdrückung von Beiträgen zur Frauenbewegung in den Massenmedien, Presse, Rundfunk und Fernsehen.
- 8) Diskriminierung von Frauenzentren, Frauenhäusern und anderen Frauenaktionen in den Massenmedien.

Damit die Gewähr gegeben ist, daß die Repression gegen Frauen vom Tribunal adäquat behandelt wird, fordern wir, daß im Russell-Tribunal mindestens 3 Frauen der Frauenbewegung vertreten sind. Zu unserer Arbeit im Rahmen des Russell-Tribunals erklären wir: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß frauenfeindliches Verhalten in unterschiedlichem Ausmaß auch vor linken Organisationen nicht halt macht. Wir beginnen diese Zusammenarbeit mit einer bestimmten Skepsis, die das Produkt unserer Erfahrungen ist. Um aber den Gesamtzusammenhang der Repression mit der Repression gegen Frauen aufzuzeigen, werden wir als Frauen-AG – autonom – im Rahmen der Vorbereitung des Russell-Tribunals arbeiten.

Wir verlangen, daß die Arbeit der Frauen nicht wie bisher verschwiegen wird. Der Aufruf der Courage und des FZ Bockenheim wurde vom Initiativ Ausschuss nicht veröffentlicht. Wir fordern, daß dies im nächsten Informationsbulletin nachgeholt wird. Dort soll auch diese Resolution veröffentlicht werden. An der Leitung der Arbeitskonferenzen sollen künftig mindestens 2 Frauen der Frauenbewegung teilnehmen. So allen Sitzungen des Initiativ Ausschusses sollen künftig die Frauenzentren eingeladen werden, deren Delegierte Stimmrecht haben.

Kontaktadressen für Frauen, die mitarbeiten möchten oder uns Material schicken wollen, sind:

COURAGE – Berliner Frauenzeitung, Bleibtreustr. 48, 1 Berlin 12, Tel.: 883 65 29

Frauenzentrum Bockenheim, Landgrafenstr. 13, 6 Frankfurt 90

(Die Forderungen der Frauen nach Veröffentlichung dieser Plattform im Bulletin sowie Berücksichtigung bei der Leitung zukünftiger Konferenzen und im Initiativ Ausschuss wurden auf dem Plenum zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen).

noch unbedingt der Punkt der „Repression gegen Frauen in linken Organisationen“ mit aufgelistet werden.

Zum besseren Verständnis: Es wurde die Position vertreten, daß Frauen in linken gemischten Organisationen nicht nur doppelt unterdrückt seien, sondern sogar dreifach. Auch die „Courage“-Frauen zogen hier voll mit. Ein Teil der Frauen meinte anscheinend tatsächlich, daß die Unterdrückung der Frauen in kommunistischen und anderen linken Organisationen etwa auf der gleichen Stufe zu behandeln sei wie die staatliche und gesellschaftliche Repression gegen Frauen. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Russell-Initiative von einer z u n e h m e n d e n und b e s o n d e r e n Repression in der BRD ausgeht. Und diese für die Lage der Frauen auch in linken westdeutschen Organisationen vermuten zu wollen, wäre hanebü-

chen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung hat insgesamt auch zu einer Sensibilisierung für die Situation der Frauen in linken Organisationen und zu spürbaren Verbesserungen geführt.

Dies bedeutet nicht, daß es keine Frauen-Diskriminierung in linken Organisationen mehr gäbe. Sie aber auch nur entfernt in einem Atemzug zu nennen mit Polizei-Überfällen auf Frauenzentren, mit den Massenentlassungen von Frauen aus den Betrieben, mit den Quälereien an Ulrike Meinhof etc., wäre absurd und würde die gesamte Russell-Initiative öffentlich der Lächerlichkeit preisgeben. Diese auf Spaltung abzielende Tendenz konnte sich nicht durchsetzen und wird sich auch zukünftig nicht durchsetzen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Resolution zur Unterstützung des Auslieferungersuchens von Judy Anderson

Verabschiedet auf dem Plenum der Arbeitskonferenz am 27.3.77, Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung angenommen.

Judy Anderson wurde am 1. Oktober 1974 zusammen mit der Mitangeklagten Marion Ihms vom Schwurgericht Itzehoe zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord an dem Ehemann von M. Ihms verurteilt. Die beiden Frauen hatten eine lesbische Beziehung zueinander. Eine Hetzkampagne der Presse gegen lesbische Frauen begleitete den Prozeß. Judy Anderson hat im Gegensatz zu Marion Ihms ihr Lesbisch-Sein nie verleugnet und ist dadurch wesentlich härteren Haftbedingungen ausgesetzt. Der Umschluß mit anderen Gefangenen wurde Judy Anderson zunächst überhaupt nicht erlaubt, mit der Begründung, sie sei lesbisch. Mit derselben Begründung wurde ihr auch das Duschen verweigert, da sie dabei von anderen Frauen gesehen werden könne. Erst nach einem Jahr wurde ihr der Umschluß mit anderen Gefangenen gestattet. Die Gespräche wurden jedoch entweder von einer Kalfaktorin oder einer Beamtin überwacht. Dadurch sollte ausgeschlossen werden, daß es zwischen den Gefangenen zu sexuellen Kontakten käme. Lange Zeit wurde ihr der Kontakt zu ihrer Verteidigerin verweigert. Noch etwas kommt erschwerend hinzu: Judy Anderson verlangt, in der Straf-anstalt entweder ihre eigenen Sachen oder die Anstaltskleidung der Männer tragen

zu dürfen, beides wurde ihr verweigert und sie wurde zwangsweise angekleidet; für sie, die sich nicht mit der Frauenrolle identifizieren kann, bedeutet es eine verschärfte Haftbedingung. Frauen-Anstaltskleidung zu tragen.

Am Beispiel Judy Anderson wird deutlich: hier versucht der Staat, die Identität einer lesbischen Frau, die sich nicht in das von unserer Gesellschaft vorgeschriebene Frauenbild einordnet, zu zerstören.

Nach Ablehnung der Revision wurde das Urteil am 11. März 1976 rechtskräftig. Mit Schreiben vom 19. Juni 1976 beantragte Judy Anderson ihre Überführung nach Dänemark. Das dänische Außenministerium hat ein offizielles Ersuchen an die Bundesregierung gerichtet, der Übernahme der Strafvollzugsvollstreckung durch Dänemark für Judy Anderson zuzustimmen. In Dänemark würde Judy Anderson heute schon – aufgrund einer breiten Bewegung für sie – begnadigt worden sein.

Die Bundesregierung verweigert jedoch ihre Auslieferung mit der fadenscheinigen Begründung: „weil das deutsche Recht eine solche Maßnahme nicht zuläßt.“ Dies widerspricht allen Praktiken der Bundesregierung, wenn es darum geht, „ihre“ politischen Gefangenen in die BRD zur schärferen Verurteilung zurückzuholen (siehe D. Ostheim, *Verurteilung von Bundesregierung*, wenn es darum geht, „ihre“ politischen Gefangenen in die BRD zur schärferen Verurteilung zurückzuholen (siehe R. Pohle).

Unterstützen wir das Ersuchen von Judy Anderson auf Auslieferung nach Dänemark!

Judy-Andersen-Komitee

Ein »Judy-Andersen-Komitee« haben ihre früheren Kolleginnen in Dänemark gegründet. Judy, die wegen Mordes an dem Hamburger Wolfgang Ihms gemeinsam mit ihrer früheren Freundin Marion Ihms zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt wurde, versucht seit langem mit Hilfe ihrer Rechtsanwältin einen Auslieferungsantrag nach Dänemark durchzusetzen. In der dänischen Bevölkerung hat die jüngste Ablehnung der deutschen Behörden zu starken Protesten geführt. Das Komitee ist für Judy, die im Gefängnis einem großen Psychoterror ausgesetzt

ist – so sollte sie z. B. unbedingt Kleider anziehen, obwohl sie seit frühester Mädchenzeit nur Hosen trägt – ein kleiner Hoffnungsschimmer: »Hinter mir stehen jetzt 1200 Frauen.« (Frauen, die Judy helfen wollen, können sich an ihre Anwältin wenden: Petra Rogge, Osterstr. 10, 2000 Hamburg 19.)



aus: „Emma“, März '77

Berichtigung

Wir schrieben in dem Artikel „Niederlande: Unterstützung für Russell-Tribunal BRD“ (IAK 100, S. 24) im Anschluß an einen Satz, in dem auch vom „Internationalen Kommunistenbund“ IKB (Sektion der IV. Internationale) die Rede ist, daß „die Faschisierungstendenzen des westdeutschen Staatsapparates gesehen“ würden.

„Dies ist falsch“, schrieben uns die IKB-Genossen. „Die Theorie der Faschisierung wurde niemals in unserer Organisation vertreten. Zwar sind wir der Meinung, daß der westdeutsche Staatsapparat zur Zeit stark ausgebaut wird. Dies ist für uns aber noch lange keine ‚Faschisierung‘.“ Der Begriff „Faschisierung“ wird von uns ausschließlich dann verwendet, wenn eine Bourgeoisie mit der Hilfe einer breiten Massenbewegung, welche sich stützt auf die kleinbürgerlichen Schichten, versucht, die gesamte Arbeiterbewegung und

ihre Organisationen (Gewerkschaften usw.) zu zerschlagen. Für die BRD würde eine derartige Faschisierung auch die völlige Zerschlagung der SPD (?) bedeuten.

Dies alles ist jedoch in der BRD nicht der Fall. Deshalb verwenden wir diesbezüglich den Begriff der Faschisierung nicht, sondern sprechen über eine Tendenz in Richtung auf einen starken Staat.“

Der von den IKB-Genossen kritisierte Satz bezog sich auf Auffassungen, wie wir sie aus Gesprächen mit niederländischen Linken und einem Teil der fortschrittlichen niederländischen Presse kennen (wo von „verrechtzing“ gesprochen und teilweise direkt vor der Gefahr eines neuen Faschismus gewarnt wird). Daß wir auch den IKB zu diesen Gruppen gezählt haben, ziehen wir hiermit feierlich zurück.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„CSU/ML“ gegen Russell-Tribunal

Die im Umfeld von Strauss und „Vierter Partei“ agierende Provokateursgruppe „Marxisten-Leninisten Deutschland“ („MLD“) nimmt in ihrer Zeitung „Die Neue Welt“ (Ausgabe März/April) gegen das geplante Russell-Tribunal zur Repression in der BRD Stellung. Die gesamte Initiative wird als „prosozialistisch“ bezeichnet, wobei besonders „die Manöver der Chaotengruppe ‚Kommunistischer Bund‘“ angegriffen werden, wie etwa „Einbeziehung der Kremलगентур DKP in das Tribunal“.

Abschließend heißt es: „Die Russell-Organisation wird Ostern endgültig entschieden, ob sie ein Tribunal gegen die BRD durchführt. Sollte dies der Fall sein, so wird die BRD, im Vorfeld der Belgrader Konferenz, einer internationalen Hetzkampagne aller prosozialistischen und pseudodemokratischen Kräfte ausgesetzt sein. Die bundesdeutsche Presse sollte sich schon jetzt darauf einstellen und diese antideutsche Initiative als das entlarven, was sie ist, ein Mosaikstein in der Kremलगентур für Belgrad und gegen die Freiheit Westeuropas.“

aus Betrieb und Gewerkschaft



METALL

Mitbestimmung hat kein Zweck — Das Kapital muß restlos weg

Der Kampf gegen Massenentlassungen in der Stahlindustrie

Am 16.3. demonstrierten in Saarbrücken etwa 8000 Stahlarbeiter gegen die geplanten 2000 Entlassungen in den beiden Röhring-Burbach-Stahlwerken in Völklingen und Saarbrücken. Dem Demonstrationszug schlossen sich Delegationen aus anderen Betrieben, eine Abordnung der französischen Gewerkschaft CGT sowie einige Pfarrer aus den Arbeiterstadtteilen Burbach und Malstatt an. Der Demonstrationszug endete vor der Saarlandhalle, wo anschließend eine Betriebsversammlung stattfand.

In der Halle wurde der Vorstandsvorsitzende Krakow mit einem minutenlangen Pfeifkonzert empfangen und am Reden gehindert. Erst durch den Eingriff des Betriebsratsvorsitzenden konnte er die Massenentlassungen als „zur Rettung der restlichen Arbeitsplätze notwendige Maßnahme“ rechtfertigen, wobei er ständig von Pfiffen und Zwischenrufen unterbrochen wurde.

Die Protestdemonstration in Saarbrücken war bereits die zweite Aktion gegen die bei Röhring-Burbach geplanten Massenentlassungen. Bereits am 9.3. demonstrierten in Völklingen 7000 Stahlarbeiter gegen diese Pläne. Am entschiedensten und kämpferischsten traten hier die Frauen und Jugendlichen auf. Die Frauen hatten einen eigenen Block gebildet, der vor allem von den 60 Putzfrauen, die geschlossen teilnahmen, gebildet wurde.

Inzwischen wurde bekannt, daß der Aufsichtsrat auf seiner Sitzung am 24. März den geplanten Entlassungen zustimmt.

Inzwischen wurde bekannt, daß der Aufsichtsrat auf seiner Sitzung am 24. März den geplanten Entlassungen noch nicht zugestimmt hat. Diese Entscheidung wurde bis zur nächsten Sitzung Ende April vertagt.

Die Stahlarbeiter müssen die Atempause nutzen und am Aufbau einer einheitlichen Kampffront arbeiten, die geeignet ist, der seit Jahren gegen die Arbeiterschaft gerichteten Krisenpolitik wirkungsvollen Widerstand entgegenzusetzen. Seit 1960 nahmen die Arbeitsplätze im Saarland ständig ab. Bis 1976 verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze bereits um 23000, davon allein 9500 im Stahlbereich. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß die Zahl der Arbeitslosen im Februar die Rekordmarke von 27960 (7,4%) erreicht hat. Noch schlimmer sieht es in Saarbrücken (8,1%) und Neunkirchen (8,5%) aus. Die angekündigten Entlassungen würden die Arbeitslosenquote stellenweise auf 10% erhöhen. Außerdem sind durch Rationalisierung und Inbetriebnahme neuer moderner Blasstahlwerke weitere tausende Arbeitsplätze gefährdet.

Gewerkschaftsführer:
„Im Saarland zieht ein Stahlgewitter auf“

Mittlerweile haben auch die Gewerkschaftsführer erkannt, daß das Saarland auf dem besten Wege ist, eine Art Notstands- und Elendsgebiet zu werden. Das ist auch der Grund dafür, daß DGB- und IGM-Führer plötzlich bisher unbekannte Aktivitäten vorlegen.

Immerhin war die Saarbrücker Demonstration bereits die dritte Protestaktion innerhalb eines Monats. Und auch diesmal wieder war an der Spitze des Zuges die örtliche DGB- und IGM-Prominenz gemeinsam mit dem SPD-Oberbürgermeister Lafontaine zu finden. „Begleitet“ wurde dieser Marsch von der Melodie des „Killer“-Films „Spiel mir das Lied vom Tod“, die ständig statt Arbeiter-



Massendemonstration in Saarbrücken am 16.3.

protest aus dem Lautsprecher dröhnte.

Durch diese makabre Demonstrationenführung wurde ein kämpferischer Eindruck zumindest an der Spitze des Zuges bewußt vermieden. Er hätte auch nicht ins Konzept gepaßt, denn die Notwendigkeit von Rationalisierungen wird von den Gewerkschaftsführern nicht bestritten.

„Wenn man in Japan 15000 Stahlarbeiter braucht, um 12 Mill. Tonnen Stahl im Jahr zu erzeugen, und an der Saar 35600 Arbeitnehmer für eine jährliche Produktion von 6 Mill. Tonnen, ist das eine Rechnung, die auf die Dauer nicht aufgehen kann. Hier muß eine Konzentration auch im Arbeitsbereich erfolgen. Das Problem ist die Schaffung von sicheren Ersatzarbeitsplätzen“ (so das DGB-Organ „Welt der Arbeit“, vom 18.3.77).

Eine eindeutige Aufforderung an die Kapitalisten, Massenentlassungen durchzuführen. Entsprechend dieser Logik beklagte sich der Betriebsratsvorsitzende Schütz auf der Betriebsversammlung über die schlechte Behandlung durch die Kapitalisten trotz jahrelanger treuer Dienerschaft. Er stellte dar, „wie der Betriebsrat allen erdenklichen guten Willen demonstriert habe, der Kurzarbeit zugestimmt habe, und alles Erdenkliche für den Betrieb getan habe. Jetzt forderte er Klarheit über die genauen Pläne und beschwerte sich, daß der Betriebsrat nicht ins Vertrauen gezogen worden sei“ („Was tun“, 24.3.).

Protest gegen die Entlassungen? Fehlanzeige! Statt dessen Geschwätz über Vertraulichkeit und die Bereitschaft zur Mitverantwortung. Daß da-



Frauenblock auf der Völklinger Demonstration

bei für die Arbeiter und Angestellten nichts Gutes herauskommt, bestätigt der Arbeitsdirektor der Neunkircher Eisenwerke Rehan. Für ihn steht fest, daß Mißmanagement „zum Aufbau funktionsloser und personalstarker Hierarchien geführt hat, in denen viele Angestellte zwar durchaus Arbeit leisteten, aber eben nicht rational und ökonomisch“ („Gewerkschafter“, 3/77).

Für den — von den Gewerkschaften bestellten — Arbeitsdirektor sind deshalb Entlassungen gar keine Frage, nur müsse es „gerecht zugehen“. „Da die Lohnquote etwa 40 % ausmacht, sollten auch nur 40 % der nötigen Einsparungen auf Kosten der Arbeitnehmer gehen. Den Rest müssen Einsparungen beim Management und bei den Sozialleistungen bringen“ („Gewerkschafter“, 3/77).

Nach Meinung der Gewerkschaftsführer besteht für das Saarland die einzige Alternative in der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Auf diesem Gebiet wurden inzwischen rege Aktivitäten entwickelt. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Jung, hat sich aufgemacht, „zur Montanbehörde nach Luxemburg, zur Bundesanstalt für Arbeit, zum Kanzleramt, um alle Möglichkeiten zu prüfen, den von Entlassung bedrohten Kollegen zu helfen“ („Gewerkschafter“, 3/77). Darüber hinaus hat der DGB-Landesbezirk die neue CDU/FDP Landesregierung aufgefordert, „unverzüglich an die Arbeit zu gehen und Lösungsvorschläge auf den Tisch zu legen“ („Welt der Arbeit“, 18.3.).

Verbunden wurde diese Aufforderung mit dem Angebot zur Zusammenarbeit. Inzwischen sind hier erste „Erfolge“ zu melden. Der DGB-Landesvorsitzende Wagner hat sich persönlich auf den Weg nach Bonn gemacht und die Zusage erhalten, daß „erhebliche Mittel im Energie- und Verkehrsbereich locker gemacht werden. Zum Beispiel: 30 Millionen für den Um- und Ausbau des Saarbrücker Hauptbahnhofs“ („Welt der Arbeit“, 25.3.).

Wie mit derart lächerlichen Beträgen die im Saarland herrschende Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden soll, wissen wohl nicht mal die Götter. Ganz abgesehen davon, daß mit dem Ruf nach dem bürgerlichen Staat keine echten Verbesserungen zu erreichen sind. Im Gegenteil: gefordert und aus Bundes- und Ländermitteln finanziell unterstützt werden die im Saarland laufenden Rationalisierungen.

Fest steht auch, daß den Gewerkschaftsführern diese Tatsachen bekannt sind. Dennoch bleibt ihnen auf Grund ihrer Sozialpartnerschaftspolitik keine andere Wahl, als mit derartigen Scheinalternativen Hoffnungen zu wecken und Aktivitäten vorzutäuschen. Alles andere hätte das Eingeständnis völliger Hilf- und Machtlosigkeit zur Folge. Das können sich die Gewerkschaftsführer aber nicht leisten, zumal es sich um ein Gebiet handelt, das der Montan-Mitbestimmung unterliegt, wodurch sie an allen Entscheidungen unmittelbar beteiligt sind. Das Eingeständnis, daß Mitbestimmung eben heißt, Massenentlassungen und Rationalisierungen zum Nachteil der Arbeiterschaft mitverantworten und -tragen zu müssen, ist für die Gewerkschaftsführer nicht ganz ungefährlich. Das ist ihnen durchaus bewußt:

„Hier (gemeint ist das Saarland) zeigen sich die bitteren Seiten der von uns allen gewollten Mitbestimmung. Auch in montanmitbestimmten Betrieben können wirtschaftliche Einbrüche nicht verhindert werden. Und es ist bitter für die Betriebsratskollegen, Entlassungen zustimmen zu müssen, wieviel Mühe sie sich auch immer mit der sozialen Auswahl gegeben haben mögen“ („Gewerkschafter“, 3/77).

Eben! Deshalb sind wir Kommunisten auch der Meinung, daß die Arbeiter sich nicht auf diesen Schwindel einlassen dürfen, sondern die Kampffront ihrer Klasse gegen die Bourgeoisie aufbauen müssen. Auch am 1. Mai werden wir deshalb die Losung tragen und rufen: Mitbestimmung hat kein Zweck — Das Kapital muß restlos weg! Metallkommission KB/ Gruppe Hamburg

100.000 DM abgelehnt

Pierburg, Neuss. Während die Umsatzzahlen im Neusser Vergaserwerk seit vier Jahren ständig in die Höhe kletterten, wurde der Personalstand im gleichen Zeitraum um ein Viertel auf 3.019 Beschäftigte reduziert. Dahinter stehen Verschärfung des Akkords, Hetze, Arbeitstempo bis an die Grenzen des menschlichen Leistungsvermögens. In dieser Situation gegen den Abbau von Putzzeiten an Akkordmaschinen aufzutreten oder ein 13. Monatsentgelt in die Diskussion zu bringen – so wie es der Dolmetscher und Betriebsrat Kelidis getan hat – war für die Kapitalisten Grund genug, ihn auf die Abschußrampe zu stellen.

Um den Betriebsrat loszuwerden, muß man sich schon etwas einfallen lassen, denn so ganz einfach ist das nun auch wieder nicht – also wurden Entlassungsgründe konstruiert.

Zunächst wurde dem hauptamtlichen Dolmetscher ein neuer Arbeitsplatz mit Schreibtisch und Stuhl und allem drum und dran in der Abteilung Zeitwirtschaft zugewiesen. Hier bekam er die Aufgabe, eine schriftliche Übersetzung in Griechisch und Türkisch „zum inneren Verständnis einer Akkordvereinbarung“ mit zahlreichen wissenschaftlich-technischen Begriffen und Termini anzufertigen. Vor der türkischen Übersetzung mußte der Grieche fachlich passen. Die Pierburg-Bosse nahmen das zur Kenntnis und verzichteten in der Folgezeit auf seine „Mitarbeit“. Über



Anestis Kelidis:
„Ich bin nicht käuflich.“

ein Jahr lang bekam er nicht eine einzige andere Arbeitsaufgabe.

Daß dahinter Methode steckte, merkte Anestis Kelidis später. Als er nämlich den Pierburg-Bossen seinen Antrag auf Verlängerung der Arbeits-erlaubnis zur Befürwortung hereinreichte, trugen diese unter Ziffer 22, in der die Notwendigkeit der Beschäftigung erfragt wird, kurz und bündig ein: „Herr Kelidis ist Mitglied des Betriebsrates. Aus betrieblichen Gründen ist eine Weiterbeschäftigung nicht erforderlich.“ Als diesem Versuch der kalten Abschiebung von den anderen Betriebsräten ein Riegel vorgeschoben wurde, versuchten die Pierburg-Bosse es anders. Kelidis be-

kam eine Kündigung wegen Nichterfüllung seiner „arbeitsvertraglichen Pflichten“. Und da die Bosse ganz genau wußten, daß derjenige, dem man keine Arbeit gibt, wohl schwerlich wegen Arbeitsverweigerung aus dem Betrieb gesäubert werden kann, schob man als Entlassungsgrund dann noch nach, daß Kelidis zwei „Mitarbeitern“ gegenüber von der Notwendigkeit eines baldigen „wilden Streiks“ gesprochen habe.

Es kam zum Prozeß (am 4.3.77) vor dem Landesarbeitsgericht in Düsseldorf. Der Kammervorsitzende Friedrichs versuchte, das Geschäft der Pierburg-Kapitalisten zu besorgen. Trotz eindeutiger Rechtslage versuchte er, Kelidis seine Rechte abzukaufen und bot ihm für eine „gütliche Einigung“ 100.000 DM an. Kelidis lehnte ab: „Ich bin nicht käuflich!“

Anestis Kelidis wird jetzt wieder beschäftigt. Der Werksdolmetscher, zur sprachlichen Verständigung in alltäglichen Betriebsangelegenheiten eingestellt, sitzt nun an der griechischen Übersetzung einer juristisch-technischen „Arbeitsstättenverordnung“ über Bebauungsvorschriften, Luftraumhalten, Statik usw. Der nächste Rausschmiß ist schon vorprogrammiert. Kelidis und seine Kollegen werden auch in Zukunft auf Angriffe der Kapitalisten gefaßt sein müssen. (Angaben aus „Deutsche Volkszeitung“, 17.3.77.)

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg



„Reisholz muß erhalten bleiben!“

Unter dieser und ähnlichen Parolen demonstrierten am 26.3. etwa 2000 Arbeiter und Angestellte (unterstützt durch Abordnungen umliegender Betriebe) gegen die vom Mannesmann-Konzern geplanten Teilstilllegungen in den Werken „Kammerich“ und „Mannesmannröhren“, was die Vernichtung von 1800 Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Dieses war bereits die zweite Protestaktion gegen die weitere Einschränkung der beiden Werke in Düsseldorf-Reisholz, die seit der Übernahme durch den Mannesmann-Konzern systematisch ruiniert werden. Norbert Fischer vom Vorstand der IG-Metall versprach den Arbeitern auf der Abschlussskundgebung die „Solidarität der Gewerk-

schaft“ und empörte sich über das „selbstherrliche, gesetzlose Handeln des Mannesmann-Vorstandes, der den Betriebsrat über die geplante Stilllegung nicht informiert hatte“ („UZ“, 28.3.). Ob er damit auch seinen Vorsitzenden Loderer gemeint hat, der bei Mannesmann stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist?

Fest steht auf jeden Fall, daß sich Loderer zu den Vorgängen in Reisholz noch mit keinem Wort geäußert hat. Er zog es vor, mit der gesamten Mannesmann-Prominenz nach Brasilien zu fliegen, um an den Einweihungsfeierlichkeiten eines Zweigwerkes in der Nähe der Stadt Bela Horizonte persönlich teilzunehmen!

Trotz Riesenprofiten

— Entlassungen geplant

— Entlassungen geplant

In Oberhausen will der Maschinenbaukonzern „Deutsche Babcock AG“ im Kraftwerksbau 700 der 5200 Kollegen und in der seit Oktober '76 durch Fusion angeschlossenen Textilveredelungsmaschinen-Firmengruppe Artos 100 von rund 1300 Metallern entlassen.

Vor nicht einmal einem halben Jahr hatte das Bundeswirtschaftsministerium der Fusion der „Deutschen Babcock AG, Oberhausen“ und der Artos trotz „Bedenken“ des Kartellamtes und der Monopolkommission zugestimmt. DGB- und IGM-Führung stimmten bezeichnenderweise ebenfalls zu, allerdings mit der Forderung nach Arbeitsplatzgarantie, die, wie es nicht anders zu erwarten war, als Auflage zur Fusion verweigert wurde. Die Artos-Kollegen trafen den Nagel auf den Kopf, als sie zum Sinn und Zweck, der von den Babcock-Kapitalisten durchgezogenen Fusion meinten: „Der Konzern hat ein florierendes Unternehmen mit Weltmarktgeltung aufgekauft, um an das technische Wissen von Artos zu kommen. Sie haben aus Konkurrenzgründen verhindert, daß mittelständische Unternehmen zusammengehen. Jetzt schneidet man dieses Unternehmen auf das Maß zu, das dem Konzern genehm ist“ (nach „Metall“, 6/77).

Die Notwendigkeit der geplanten Entlassungen begründete der Vorstandsvorsitzende Ewaldsen am 21.3. in der Hauptversammlung dumm dreist mit mangelnden Inlandsaufträgen. Die großen Auftragsgänge aus dem Ausland stellten kei-

nen Ersatz für den Mangel an Inlandsaufträgen in dieser Sparte (Kraftwerksbau) dar.

Noch vor kurzer Zeit prahlte die bürgerliche Wirtschaftspresse: „Bei Babcock folgt dem guten Jahr das beste“ (zit. nach „Metall“, 6/77). Wie Ewaldsen in der Hauptversammlung berichtet, „können nach einem Auftragseingang von 4,47 Mrd.-DM (!!!) für das laufende Geschäftsjahr wieder über 5 Mrd. DM Aufträge in die Bücher genommen werden, zumal der Auftragseingang in den ersten 5 Monaten bereits um 44% gestiegen sei. Bei einem Jahresumsatz von 3,6 Mrd. DM (!!!) im laufenden Jahr wächst der Auftragsbestand auf etwa 7,4 Mrd. DM (!!!), mehr als zwei Jahresumsätze“ („Frankfurter Rundschau“ vom 22.3.).

Ewaldsen winkte den „Aktionären mit vernünftiger, zusätzlicher Rendite ... Wir haben den Grundsatz, die Aktionäre gut zu behandeln.“

Das Beispiel Babcock beweist wieder einmal mehr, wozu den Kapitalisten und den in ihrem Auftrag wirkenden Staatsdienern das Krisengerede dient: trotz steigender Aufträge und Profite, bauen sie, ohne mit der Wimper zu zucken, Arbeitsplätze ab.

Es ist zu hoffen, daß der Babcock-BR nicht nur Sprüche macht, wenn er sagt: „Wir müssen rechtzeitig Flagge zeigen und uns zur Wehr setzen. Wir stehen alle im gleichen Kampf“.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

MAN

— Weitere Massenentlassungen geplant?

In den letzten Monaten hätte man meinen können, bei der MAN in Hamburg sei alles „in Butter“ – so, als gäbe es keinen Vorstandsbeschuß mehr, den Kesselbau zu schließen und 312 Kollegen auf die Straße zu werfen. Von keiner Seite erhielten die Kollegen auch nur die geringste Information.

Bis zum 16. März: An diesem Tag erfuhr der Betriebsrat (BR) über allerlei Umwege von neuen Plänen der Geschäftsleitung, die ihm auf Nachfrage bestätigt und erläutert wurden.

Die Pläne:
– 24 Entlassungen im Angestelltenbereich zum nächstmöglichen Termin sowie vier Umsetzungen in andere Werke;
– bei den gewerblichen Kollegen 161 (!!) Umsetzungen innerhalb des Hamburger Werkes und in andere Werke, wobei Lohnkürzungen vorgenommen werden sollen!

Hierbei geht es nicht etwa um Kollegen des Kesselbaus, deren Entlassung ja schon länger geplant ist, sondern insbesondere um Kollegen der anderen Abteilungen! Dies zeigt, daß die MAN-Kapitalisten entgegen ihren eigenen Beteuerungen Pläne haben, die nicht „nur“ den Kesselbau betreffen, sondern die Existenz des gesam-

ten Werkes bedrohen!

Bei den anschließenden Verhandlungen mit dem BR ließ der Vorstand diese Pläne wieder in der Schublade verschwinden – tags darauf sogar von der Presse dementieren.

Daß diese Entlassungs- und Versetzungspläne damit keineswegs vom Tisch sind, zeigt die tägliche Praxis im Betrieb. So sind schon heute zig Kollegen aus dem Reparaturbereich in andere Bereiche (Büro und Lager) versetzt worden, lediglich die formale Absegnung fehlt noch. Durch den Aufbau neuer Vertragswerkstätten wie etwa am Suez-Kanal wird der Hamburger Reparaturbereich systematisch abgebaut. Im Motoreneubau zeichnen sich zumindest ähnliche „Zukunftsaussichten“ ab.

Die Umsetzungspläne im großen Stile zeigen, daß von den MAN-Kapitalisten weitere Massenentlassungen geplant sind.

Und „unsere Interessenvertretung“?

Drei Tage nach Bekanntwerden der Pläne gab der BR ein Flugblatt heraus und „informierte“ die Kollegen am gleichen Tag auf einer spontan einberufenen viertelstündigen Versammlung (Springers „Bild“

Hamburg: Nach Ankunft der „Otto Hahn“ auf der Hamburger HDW-Werft und dem Verteilen eines Flugblattes der „Hamburger Gewerkschaftsinitiative gegen AKWs“ mit Informationen zur „Otto Hahn“ ist das Atomschiff Gesprächsthema auf der Werft. Kollegen, die noch beim letzten Werftaufenthalt ohne Bedenken selbst im Reaktorraum gearbeitet haben, machen sich jetzt Gedanken und weigern sich teilweise, dort wieder zu arbeiten. Bisher finden die Vorgesetzten noch genügend Kollegen für solche Arbeiten, häufig mit dem Argument: „Seit zehn Jahren kommt das Schiff zur Werft und noch nie ist etwas passiert!“

Eine andere Reaktion auf die geschaffene Öffentlichkeit zeigte der Werkschutz: Während bisher nur direkt an der Gangway beim Betreten des Schiffes Ausweiskontrollen vorgenommen wurden, ist diesmal bereits 50m vor dem Schiff eine Schranke errichtet. Natürlich nicht zum Schutz der Kollegen, sondern zur Absicherung vor Aktionen entschlossener AKW-Gegner. Ein Kollege erhielt bereits eine Verwarnung, weil er angeblich innerhalb des abgesperrten Bereiches gesehen wurde.

Weitere Atomschiffpläne

Die „Otto Hahn“ ist nicht nur zu Reparaturen in Hamburg. Seit dem

Streik bei VW in Nigeria

Zum dritten Male innerhalb von 15 Monaten haben die Arbeiter im Volkswagenwerk in Nigeria Streikaktionen angesetzt. Ziel des neuerlichen Streiks ist die von ihnen geforderte Entlassung von vier „Herrenmenschen“ aus der BRD. Die zum Stab des Managements gehörenden „ausländischen Mitarbeiter“ haben die einheimischen Arbeiter geschlagen und mit Autolack übergossen. Die „Skandalbehandlung kann nicht länger geduldet werden“ sagte der Gewerkschaftssekretär Enigbokan. An dem Streik beteiligten sich alle 3.000 Arbeiter des nigerianischen Werkes (alle Angaben nach „UZ“, 22.3.).

Metallkommission

machte daraus einen „Wilden Streik“!). Von Information kann man allerdings kaum sprechen. Der besondere Hammer dieser Pläne, daß ja erstmals alle Abteilungen des Werkes betroffen sind, wurde nicht einmal erwähnt. Der BR-Vorsitzende Janzen verlor sich in Beteuerungen, daß er auch in der Vergangenheit „nicht untätig“ gewesen sei.

Statt mit den versammelten Kollegen die nächsten Schritte zu beraten, ließ Janzen einen seiner berühmten Kampfsprüche los: er werde weiterkämpfen, und wenn man ihn aus dem Werk tragen muß...!

Nun, wir werden's erleben...

KB-Genosse bei MAN
KB/Gruppe Hamburg

1. April ist sie von der Hapag-Lloyd-Reederei übernommen worden. Die Hapag-Lloyd will erste Erfahrungen in der Atomschiffahrt sammeln. (Ein Versuchsprogramm für ein atomgetriebenes 80.000 PS starkes Containerschiff ist ja bereits von der Bundesregierung abgeschlossen worden. Es fehlt nur noch die Reederei, die so ein Schiff bauen lassen will.)

Zum anderen soll der Einfluß dieser größten Reederei in der BRD genutzt werden, dem Atomschiff neue Häfen zu öffnen. Bislang sind nur 22 Staaten bereit, das Atomschiff in ihre Häfen einlaufen zu lassen. Und das auch nur nach Abschluß von Staatsverträgen, in denen sich die BRD verpflichtet, für Schäden bis zu 500 Mio. DM Ersatz zu leisten! Wenn dieser Schiffstyp tatsächlich so ungefährlich ist, wie behauptet wird, warum wird dann überhaupt so ein Vertrag abgeschlossen bzw. erwogen?

Eine englische Reederei (Globtik Tankers Group) beabsichtigt, ebenfalls in das Atomschiffgeschäft einzusteigen. Sie hat mit einer amerikanischen Werft einen Vorvertrag zum Bau von atomgetriebenen 600.000 t Mammuttankern abgeschlossen. Die Globtik Tankers Group ist auch ohne Atomschiffe für ihre menschenverachtende Haltung bekannt: Anfang März ließ sie im Hafen von Le Havre mit Hilfe von 40 mit Helmen, Äxten und Knüppeln bewaffneten Schlä-

gern 28 streikende philippinische Matrosen von Bord treiben. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation hat daraufhin zu einem weltweiten Boykott aller Globtik-Schiffe aufgerufen (nach „Spiegel“, 12/77).

Noch ist die „Otto Hahn“ das einzige zivile Handelsschiff mit Atomtrieb auf der Welt.

– Die amerikanische „Savannah“ war zu teuer und soll als Museumschiff im Hafen von Charleston ihr Ende finden.

– Der Reaktor des japanischen Atomfrachters „Mutsu“ wurde gleich beim ersten Test undicht. Das Leck wurde von Technikern provisorisch mit einer drei Zentimeter dicken mit Bor vermischten Schicht aus gekochtem Reis (!) abgedeckt. Die japanischen Fischer verhinderten dann zwei Wochen lang die Rückkehr des Atomschiffes in den Hafen. Sie haben dann das Schiff einlaufen lassen, unter Abmachungen, daß der Reaktor versiegelt wird und das Atomschiff bis zum 14. April 1977 den Hafen wieder verlassen muß.

Bisher bemühten sich die japanischen Behörden vergeblich, einen neuen Heimathafen für die „Mutsu“ zu finden. Die japanischen Fischer werden sich nicht ohne Gegenwehr ein Atomschiff vor die Nase setzen lassen (nach „Frankfurter Rundschau“, 2.3.77).

Metallkommission

Zeugenbeeinflussung „...ein ganz normaler Vorgang“

Bochum: Der Opel-Konzern wollte schon seit langem unbequeme Betriebsräte und Vertrauensleute kündigen. Die Aktivitäten und Forderungen des Betriebsrates und der Vertrauensleute störten die Profitpläne der Opel-Kapitalisten. Nachdem zum Beispiel der Betriebsrat seine Zustimmung zu Sonderschichten mit der Forderung nach der Einrichtung eines Kurzarbeiterfonds und anderen sozialen Verbesserungen verknüpfte, planten die Opel-Bosse Maßregelungen.

Der Betriebsrat Peter J. ist Mitglied der DKP, und nach längerer „Bebachtung“ glaubte man einen „Grund“ für die Entlassung zu haben. Peter J. war, während einer Reise in die Sowjetunion, erkrankt und hatte sich den durch die Erkrankung ausgefallenen Urlaub im Anschluß an die Reise genommen. Die Opel-Kapitalisten behaupteten, er habe sich seinen nachträglichen Urlaub „erschlichen“ und beantragten seine fristlose Entlassung. Der Betriebsrat stellte sich hinter Peter J. und lehnte die Entlassung ab. Daraufhin zogen die Opel-Herren vors Bochumer Arbeitsgericht – und handelten sich eine Abfuhr ein.

Der Konzern aber wollte nicht aufgeben und zog vor das Landesarbeitsgericht. Dazu beschafften sie sich nachträglich „Aussagen“, die beweisen sollten, daß Peter J. im Un-

recht war. In diesem Fall wurden Betriebsräte und Vertrauensleute vom Leiter der Betriebskrankenkasse, Langendorf, innerhalb des Werkes zu einer „Vernehmung“ vorgeladen. Dabei wurden sie (wie bei einer regulären Gerichtsverhandlung) sogar auf mögliche negativen Folgen hingewiesen, die eine „falsche“ Aussage nach sich ziehen könnte. Wohlgerichtet – vom Leiter der Betriebskrankenkasse! Im Verlauf der „Zeugenvernehmung“ gab es Drohungen, solange die Aussagen nicht den von den Opel-Bossen gewünschten Inhalt hatten. Die mildeste Drohung war dabei noch der Vorwurf: „Herr X, ich bin menschlich von ihnen enttäuscht.“ Es hieß aber auch: „Sie können bei Opel nichts mehr werden!“

In der Gerichtsverhandlung kamen diese Praktiken zur Sprache und der Verteidiger von Peter J. warf den Opel-Anwälten dann auch Zeugenbeeinflussung vor. Der Vertreter der Kapitalistenseite konterte, daß derartige Machenschaften keineswegs nur bei Opel gang und gäbe wären, sondern von allen Unternehmern so gehandhabt würden. Das sei „ein völlig normaler Vorgang“.

Bleibt noch zu erwähnen, daß der Betriebsrat den Prozeß gewann, und er weiterhin Betriebsrat bei Opel ist.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

Colgate-Kapitalisten verlieren ihren dritten Prozeß

Hamburg. Im Oktober 1975 hatten die Coldate-Kapitalisten die Betriebsrätin Anna W., Mitglied der „Liste Frauen“, wegen „Störung des Betriebsfriedens“, „Unruhestiftung“ und „Aufwiegelung der Belegschaft“ das erste Mal gekündigt. Als die linke Betriebsrätin im Dezember desselben Jahres vor dem Arbeitsgericht Hamburg ihre Kündigungsklage gewann und die Firma zur Wiedereinstellung verurteilt wurde, schickten die Kapitalisten die zweite Kündigung hinterher. Eine Ausgabe der Betriebszeitung der „Liste Frauen“ wurde zum Anlaß genommen und gleichzeitig gingen die Kapitalisten gegen das erste Urteil in die Berufung.

Das Verfahren in der Berufungsinstanz zog sich bis Februar 1977 hin, wurde aber vom Landesarbeitsgericht zu Gunsten der Betriebsrätin entschieden. Damit ist die erste Kündigung rechtskräftig für unwirksam erklärt.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf um ihren Arbeitsplatz wurde jetzt am 25. März getan: Die zweite Kündigung wurde vor dem Arbeitsgericht ebenfalls für unwirksam erklärt. Da dieses Urteil „vorläufig vollstreckbar“ ist, werden die Kapitalisten Anna W., auch wenn sie dieses Urteil anfechten wollen, erst einmal in den Betrieb zurücklassen müssen.

Der mühsame Weg durch die Arbeitsgerichte...

Die erste Kündigung liegt mittlerweile 1 1/2 Jahre zurück, doch auch mit diesem Urteil des Hamburger Arbeitsgerichts ist noch nicht einmal juristisch „alles ausgestanden“.

Es ist zu erwarten, daß die Colgate-Kapitalisten dieses Urteil wieder anfechten werden. Und es „ruht“ in

irgendwelchen Aktenstricken des Gerichtes noch die Klage der Betriebsrätin vom Sommer 1975 gegen die drei schriftlichen Verweise, die sie von der Firma erhalten hat. Auf diese Verweise stützte sich die erste Kündigung und wenn sie nicht aus der Akte entfernt werden, haben die Kapitalisten immer wieder die Möglichkeit, sie in kommenden Auseinandersetzungen hervorzuziehen.

Während des Prozesses hat die rechte Betriebsratsmehrheit einen Beschluß des Betriebsrates hervorgezaubert, den sie angeblich schon vor der ersten Kündigung gefaßt hatte. Darin fordert die Betriebsratsmehrheit (!) nach § 104 die Entlassung der linken Betriebsrätin! — Ein ziemlich einmaliges Stück. Sogar der Gerichtspräsident des Hamburger Landesarbeitsgerichtes bemerkte dazu, daß ihm so etwas in seiner ganzen 20-jährigen Praxis noch nicht vorgekommen sei. Besonders merkwürdig an diesem „Beschluß“ ist, daß er erst auftauchte, nachdem die Colgate-Kapitalisten den ersten Prozeß verloren haben und in die Berufung gegangen sind. Und daß drei (fortschrittliche) Betriebsräte absolut nichts von einem derartigen Beschluß mitkriegen, obwohl sie zur fraglichen Zeit im Betrieb waren.

Gegen diesen Antrag nach § 104 stellte Anna W. Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen falscher eidesstattlicher Versicherung des Betriebsratsvorsitzenden Abé. Zu beweisen war die zweifelhafte Geschichte angeblich nicht, so die Antwort der Staatsanwaltschaft. Die Colgate-Kapitalisten waren nämlich dem Betriebsrat mit einer zweiten Eidesstattlichen Versicherung zu Hilfe geeilt, daß sie einen derartigen Beschluß tatsächlich zur fraglichen Zeit

erhalten haben. Und gleich in einem Aufwasch hatte der „Betriebsrat“ die Absetzung von Anna W. als Betriebsrätin durch das Gericht gefordert, was im übrigen von der DAG und der IG-Chemie-Führung unterstützt wurde. Die gerichtlichen Verhandlungen um diese Punkte stehen alle noch aus.

„Normale Folgen“ einer Kündigung?

Wie das in unserem Wohlfahrtsstaat so üblich ist, ging die Betriebsrätin nach der ersten Kündigung zum Arbeitsamt, um Arbeitslosengeld zu beantragen. Obwohl sie bekanntgab, daß sie noch auf Wiedereinstellung klagte, mußte sie als erstes unterzeichnen, daß sie doch bereit sei, sich zu normalen Bedingungen vermitteln zu lassen. Wer das nicht versichern kann, der kriegt auch kein Arbeitslosengeld.

Zuerst wurde Anna W. zu einer stadtbekannten Knochenmühle geschickt. Schichtarbeit, Akkord und ein Grundlohn von 5,25 DM, etwa 60% des Colgate-Lohns. Abgesehen davon reißt die erste Zeit der Arbeitslosigkeit immer ein großes Loch in das private Finanzwesen — nach sechs Wochen trudelt das erste Geld vom Arbeitsamt ein.

Da aber kurz vor Ablauf eines halben Jahres (Probezeit) die Colgate-Betriebsrätin bei der neuen Firma auch rausflog, tauchte das Finanzproblem ein zweites und schließlich ein drittes Mal auf. Die Kündigungsgründe waren jedesmal betrieblicher Art und von daher schwerlich zu widerlegen. Die offensichtliche Existenz von schwarzen Listen drängt sich da auf...

Betriebszelle Colgate
KB/Gruppe Hamburg

Mißtrauensantrag gegen rechten Betriebsrat

Hamburg. Einige Empörung herrschte auf der Betriebsratsitzung von Beiersdorf am 17.3. als bekannt wurde, daß die rechte Betriebsratspitze Tonbandaufzeichnungen von der letzten Betriebsversammlung einigen Betriebsräten und Vertrauensleuten gegenüber mit den fadenscheinigsten Argumenten verweigert hatte.

Verstöße gegen den § 34 des Betr.V.G. hatten den Vorsitzenden Max Ganschow ja noch nie gerührt, denn obwohl dieser Paragraph eindeutig aussagt, daß Betriebsratsmitglieder jederzeit Zugang zu Unterlagen des Betriebsrates haben, mußte ihm schon einmal vor Gericht gesagt werden, daß er einem BR-Mitglied der fortschrittlichen Gruppe ALTERNATIVE nicht die Akteneinsicht verweigern kann.

So wollte Max Ganschow auch dieses Mal den Betriebsräten erzählen, daß sie ein „berechtigtes Interesse“ anmelden müßten, um die Tonbänder abzuhearschen, sonst könnte man ja gleich „die Anarchie einführen“!

Die Hintergrund-Story dazu: Die Betriebsräte, die die Tonbänder hören wollten, waren zum Zeitpunkt der Betriebsversammlung auf einem Kursus über Rationalisierungen. Auf diesem Kursus trafen sie mit Betriebsräten der Firma Nopi zusammen, eben gerade der Betrieb, mit dem die Beiersdorf AG Kooperationsverträge geschlossen hat, in deren Folge größere Rationalisierungen auf die Kollegen von Nopi zukommen. Die Betriebsräte (IG Chemie) von Nopi waren total uninformiert über die Machenschaften zwischen Beiersdorf und Nopi und klagten gerade vor Gericht auf Informationen von ihrem Kapitalisten.

Und das, obwohl im Beiersdorf Betriebsrat bereits seit längerer Zeit dieses Thema angesprochen wird, Max Ganschow Aufsichtsratsmitglied bei Beiersdorf ist und es sogar Gespräche zwischen dem IG Chemie Betriebsratsvorsitzenden Max Ganschow und dem IG Chemie Betriebsratsvorsitzenden von Nopi gegeben hat!

Den Betriebsräten auf dem Kursus war wohl ziemlich klar geworden, daß Max Ganschow Schweigepflicht weitaus mehr bedeutet als einfache gewerkschaftliche

Solidarität und hatten einiges Interesse daran, sich auf den Tonbändern anzuhören, was auf der Betriebsversammlung zu diesem Thema gesagt worden war.

Max Ganschow hatte wiederum kein Interesse, daß die Diskussion um dieses Thema noch weitere Kreise zog, deshalb seine und seines Stellvertreters Anpöbeln und Ausfälle wie: „Laßt euch doch nicht vor den kommunistischen Karren spannen (auf dem Kursus waren zwei DKP-Mitglieder)“.

Routinemäßig warf Max Ganschow dann in den Raum, daß „man sich fragen müßte, ob wir noch das Vertrauen haben“, diesmal allerdings wurde seine Anpinkerei aufgegriffen und ein Betriebsrat verlangte, daß man wirklich über einen Mißtrauensantrag abstimmen sollte. Mit Tricks wurde der Mißtrauensantrag auf die nächste Sitzung verschoben, nicht ohne den Anbiehrungsversuch von der DAG und den sogenannten „Unabhängigen“ (CDU), die flugs Max Ganschow „das volle Vertrauen“ aussprachen.

In den folgenden Tagen fand dann hinter der Bühne das große Kulissenschieben statt. Termine über Termine innerhalb der IG Chemie Fraktion, sogar Verwaltungsvorsitzender Walter Holst schaltete sich in die Diskussion ein.

Die DKP, die sich lediglich an den Mißtrauensvertrag rangehängt hatte, wurde dann die dankbare Aufgabe zugeteilt auf der Sitzung vom 31.3. den Mißtrauensantrag für sich zu reklamieren und zu erklären, daß sie ihn zurückziehen würde. Nachfragen ergaben, daß es keinen Grund mehr für diesen Mißtrauensantrag gäbe und das ganze eh ein „internes Problem der IG Chemie“ sei, was im Betriebsrat nicht weiter diskutiert zu werden braucht! Also wieder mal die Revisionisten, die in ihrem unsagbaren Opportunismus gegenüber der Gewerkschaftsführung als erste den Schwanz einziehen und somit der Kritik die Spitze abbrechen. Dabei übernehmen sie dann sogar noch den Part des stiefel-leckenden Dieners!

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

DKP für Frauen — oder Frauen für die DKP?

Hamburg. Wie in jedem Jahr, so verteilte die DKP auch zum diesjährigen internationalen Frauentag, dem 8. März, rote Nelken an die Kolleginnen bei Beiersdorf.

Begnügte sie sich im letzten Jahr damit, den Frauen gleichzeitig eine Glückwunschkarte zu überreichen, mit auf DKP-Art „richtungsweisenden“ Schnacks: — Arbeitsplätze sichern — Mit der DKP Preise stoppen — für die Rechte der Frauen kämpfen, so wandte sich diesmal die DKP-Betriebsrätin mit einem Flugblatt an die Kolleginnen, in dem auf die historische und aktuelle Bedeutung des internationalen Frauentages an einigen Punkten eingegangen wurde.

Ein Beitrag, der auf die Situation der Frauen eingeht ist ja durchaus zu begrüßen. Das Ganze entlarvte sich aber sehr schnell als Werbeschrift, frei nach der Parole „Macht die DKP stark“. Denn gegen die Fakten, daß Frauen unterbezahlt sind, als erste aus den Betrieben fliegen, Mädchen in der Ausbildung benachteiligt sind

usw. usw., weiß die DKP nur ein Allheilmittel: „Damit es nicht so bleibt, bin ich Mitglied der DKP geworden, der einzigen Partei, die an der Seite der Frauen im Kampf um gleiche Rechte steht.“

„Um noch wirksamer (?) für die Gleichberechtigung und für die Interessen der arbeitenden Menschen einzutreten, braucht die DKP die Unterstützung und Mitarbeit von noch mehr Frauen.“

„Ergreifen wir Partei für uns
Ergreifen wir Partei — DKP...“

Ach ja, was der Gewerkschaftsführung recht ist, kann der DKP anscheinend nur billig sein: Mit den Problemen der Frauen hausieren zu gehen zwecks vollerer Kassen (Gewerkschaftsführung) bzw. höherer Parteimitgliederzahlen, die Inhalte sind bei beiden schwach. Sieht frau sich im Betrieb um, so sucht frau die DKP vergeblich, konkrete Arbeit der DKP-Betriebsrätin im Betriebsrat selber, ist so gut wie unbekannt.

Betriebszelle Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Chemie-Kurzmeldungen

Schering AG, Westberlin. Der bekannte Anti-Baby-Pillen-Produzent hat 1976 wieder kräftig zugelegt: Um 11,3% stieg der Gesamtumsatz auf zwei Milliarden Mark. Die Aktionäre können sich wieder an einer 20-prozentigen Dividende erfreuen. Für Investitionen werden 1977 150–160 Millionen ausgegeben.

Hoechst AG, 1976 ist wieder eine Gewinnexplosion nicht zu vermeiden gewesen. Um 40,6% (!) stieg der Gewinn vor Steuern und lag damit noch oberhalb des Supergewinns von 1974. Der Umsatz kletterte um 11,7% auf 23,2 Milliarden Mark. Diese Profite wurden erwirtschaftet trotz eines Personalarückgangs von 865 Kollegen und 2.000 kurzarbeitenden Beschäftigten.

In den USA und Kanada soll Saccharin verboten werden. Saccharin ist ein künstlicher Zuckerersatz und wird vorzugsweise in Getränken und Lebensmitteln verarbeitet und wird von Diabetikern als Zuckerersatz

benutzt. Eine von der kanadischen Regierung veranlaßte Untersuchung ergab, daß Saccharin bei Ratten einen bösartigen Blasenkrebs verursachte. Während die Behörden in Amerika relativ schnell reagierten, ist Saccharin in der BRD nach wie vor im Handel. Ein Verbot in der BRD ist auch nicht vorgesehen, wie der „Süßstoffverband e.V.“ erklärte: „Das in der Bundesrepublik im Handel befindliche Saccharin erfüllt Reinheitsanforderungen, wie sie im deutschen Lebensmittelgesetz und der Diätverordnung vorgeschrieben sind und deren Beachtung bei der Herstellung gesundheitliche und nachteilige Wirkungen ausschließt.“ Außerdem erklärte das Bundesgesundheitsministerium, daß im Krebsforschungszentrum Heidelberg jahrelange Versuche mit Saccharin durchgeführt wurden, die keinerlei Veranlassung gegeben hätten, Saccharin zu verbieten. Nun, was man von unseren Gesetzen und staatlichen Versuchen halten kann, wissen wir spätestens seit der Contergan-Katastrophe.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf: Kleinvieh macht auch Mist

Hamburg. Aufgrund welcher lächerlicher „Vergehen“ man versucht, fortschrittliche Betriebsrätinnen die Personalakte vollzuhauen, zeigt folgender Antrag der Beiersdorf Geschäftsleitung: Eine Betriebsrätin der ALTERNATIVE sollte eine schriftliche Verwarnung bekommen, weil sie innerhalb eines Jahres 9 mal zu spät gekommen war und ei-

nen Tag unentschuldig gefehlt hatte. Die Verspätungen ergaben zusammen gerechnet knappe 3 Stunden und der Fehltag war nicht unentschuldig, weil die Betriebsrätin angerufen und als Grund den Tod ihres Stiefvaters angegeben hatte.

Wahrhaftig ein Rachefeldzug der Geschäftsleitung, denn die schriftliche Verwarnung war genau an dem

Tag rausgegeben worden, nachdem die Betriebsrätin auf der Betriebsversammlung die Pläne der Geschäftsleitung zur drastischen Senkung der Betriebsrente offengelegt hatte.

Der Betriebsrat kam nicht umhin, dieser Verwarnung zu widersprechen. Leitung der Betriebszellen bei Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

Bau

Tarifverhandlungen Bauhauptgewerbe: Kapitalistenprovokation von vier Prozent

Nach der zweiten Verhandlungsrunde für die Tarife im Bauhauptgewerbe am 17. März erklärte die Verhandlungskommission der IG Bau-Steine-Erden (BSE) das Scheitern der Verhandlungen. Dies hatte die Schlichtung zur Folge, deren erste Sitzung am 22.3. erfolglos abgebrochen und auf Anfang April vertagt wurde. Ursache des Verhandlungsabbruchs am 17.3. war das erste Angebot der Kapitalisten: 4% gegenüber den 8,5%, die die BSE gefordert hatte. Die BSE-Verhandlungskommission bezeichnete dieses Angebot als Farce, die meisten Kollegen, z.B. auf der Bezirksverbandstagung in Dortmund, sprachen schlicht und treffend von einer Provokation.

In der Begründung dieser Provokation kamen die Kapitalisten mit der alten Klamotte: „Die IG Bau kann argumentieren wie sie will, wir können nicht mehr. Dieser Wirtschaftszweig ist einfach pleite“ (Brochier, Verhandlungsführer der Kapitalisten, nach „VWD-Bauwirtschaft“, 22.2.77). Und: „Bei einer Realisierung (der 8,5%, die Verf.) wären Betriebsstillegungen und Arbeitsplatzverluste die sichere Folge“ („HB“, 22.2.77).

Diesen Lügen stehen folgende Tatsachen gegenüber:

- Rückgang der Beschäftigtenzahl am Bau in den letzten 3 Jahren um 400.000;
- Anstieg des Bauvolumens im letzten Jahr um 1%;
- Rückfall der Baukollegen in der Tabelle der Effektivlöhne aller Branchen vom 2. auf den 19. Platz in den letzten zwei Jahren.

Das heißt: Nur 1,2 Mio Kolleginnen und Kollegen produzieren nicht nur

dasselbe wie vorher 1,6 Mio, sondern sogar 1% mehr. Und zudem werden sie — im Vergleich zu anderen Branchen auch noch wesentlich schlechter bezahlt als vor zwei Jahren. Das entlarvt den Schwindel: Nicht hohe Lohnforderungen, sondern Konzentration im Baugeerbe und Rationalisierungen führen zu Massenentlassungen. Und dafür sollen die Kollegen jetzt Lohnverzicht üben? Nein Danke!

Dementsprechend forderten die Kollegen in den Basisberatungen 10% mindestens, ein Ausdruck der Opposition gegen die BSE-Führer. Und Opposition tut gerade in der BSE bitter not! Ausdrücklich haben die Gewerkschaftsfürsten neben den 8,5% und dem 13. Monatsgehalt als dritte Hauptforderung die „Verbesserung der Lohnrelation für qualifizierte Facharbeiter“ gefordert — also eine glasklare Spaltung der Kollegen. Nicht umsonst sind in der BSE prozentual mehr Facharbeiter bis hin zu den Polierern organisiert als „geringer qualifizierte“ Kollegen.

Trotz Scheitern der Verhandlungen scheint das Ergebnis — wie auch in den vorangegangenen Tarifrunden — festzustehen. Es geht nur noch um taktische Feinheiten.

„Die Frage, ob die Gewerkschaft die Verhandlungen möglicherweise deshalb habe scheitern lassen, um die Verantwortung für einen wegen der katastrophalen Baukonjunktur notwendigerweise niedrigen Tarifabschluß einem Dritten zuzuschleiben, mochte der Sprecher nicht bestätigen; diese Formulierung sei übertrieben“ („HB“, 21.3.77). Na bitte.

Wohnungskommission

Propaganda

1. Akt: „Ruhrnachrichten“, 10.2.77: „Im nordrhein-westfälischen Straßenbau droht nach Mitteilung der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie eine Krise, in der jeder vierte seinen Arbeitsplatz verlieren könnte... Neue Aufträge seien kurzfristig nicht in Sicht. Ursachen dieser Entwicklung seien der Einfluß von Bürgerinitiativen, mangelnde Planungskapazitäten bei den Behörden, neue Dringlichkeitsstufen und Verordnungen zum Umweltschutz sowie zu späte Genehmigungsbescheide.“

2. Akt: „Ruhrnachrichten“, 11.2.77: „Angesichts der drohenden Massenentlassungen von 10.000 Straßenbauarbeitern will der Landschaftsverband Rheinland in diesem Jahr 50 zusätzliche Straßenbauplaner einstellen.“

3. Akt: „Ruhrnachrichten“, 16.2.77: „Bonn gibt Straßenbau bis 1985 den Vorrang... Wie Verkehrsminister Gscheidle mitteilte, sollen 59 Mrd. Mark in den Fernstraßenbau gesteckt werden.“

Schluß: Die Kapitalisten klatschen Beifall.

Wohnungskommission

Letzte Meldung

In einem einstündigen Warnstreik haben mehr als 400 Bauarbeiter auf verschiedenen Hamburger Baustellen die Forderungen der diesjährigen Tarifrunde gegen das provokatorische Kapitalistenangebot verteidigt.

ÖTV

Arbeitsplatzvernichter am Werk

Lufthansa:
In der Kölner Hauptverwaltung (ca. 1.000 Beschäftigte) der Lufthansa (DLH) gärt es. „Unruhe“ unter Kollegen und Betriebsräten führten am 7.2. zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Thema: Rationalisierung!

Was war geschehen:
Nachdem die Geschäftsleitung der DLH die Schweizer Rationalisierungsfirma Mc Kinsey beauftragt hatte, Kosten-Nutzen-Analysen im Angestelltenbereich, speziell im Bereich des Berichts- und Informationswesens durchzuführen, stiegen die „Rationalisierungsfachleute“ gleich voll ein. Fünf Abteilungen wurden erstmalig in die „Pilotuntersuchung“ einbezogen. Den betroffenen Kollegen und Abteilungsleitern wurden Fragebögen vorgelegt, in denen von einer „Notsituation“ ausgegangen wird und in denen die Befragten angeben müssen, auf welche Informationen, Berichte, Arbeitsunterlagen etc. sie „notfalls“ verzichten könnten, ohne daß ihr Arbeitsablauf dadurch behindert werden würde. Eine „Sparquote“ von 40% wird als erstrebenswert bezeichnet! Es soll geprüft werden, ob die Herstellungskosten von internen Berichten, Informationen etc. auch wirklich notwendig sind.

Die „Pilotuntersuchung“ ging aber noch weiter. Sie überprüfte alles, was in diesen Abteilungen an schriftlichen Vorgängen bearbeitet wurde. Auf der Betriebsversammlung in Köln behauptete der DLH-Vorstand glatt, von so weit gehenden Untersuchungen nichts zu wissen!...

Die Empörung der Kölner Kollegen wuchs, als sie weiter erfuhren, daß die Abteilungsleiter in den Fragebögen gleichzeitig „personelle Maßnahmen“ mit angeben mußten. Damit war das Ziel der Untersuchungen deutlicher geworden: „Überflüssige“ Arbeitsplätze sollten erforscht werden.

Um die Wogen der Empörung bei den Kollegen zu glätten, gab der Vorstand bekannt, daß über dieses Thema eine dreiwöchige „Bedenkpause“ eingelegt werden soll. Mc Kinsey mußte die Untersuchungen vorübergehend einstellen.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. An dem Ziel, den gesamten Angestelltenbereich durchzuarationalisieren, wird der Vorstand auch weiterhin festhalten. Denn nach dem Berichtswesen sollten der kaufmännische Bereich, Marketing, Verkehrsabrechnung und die Personalverwaltung untersucht werden. In diese „Untersuchung“ würden 4.000 Arbeitsplätze in 150 verschiedenen

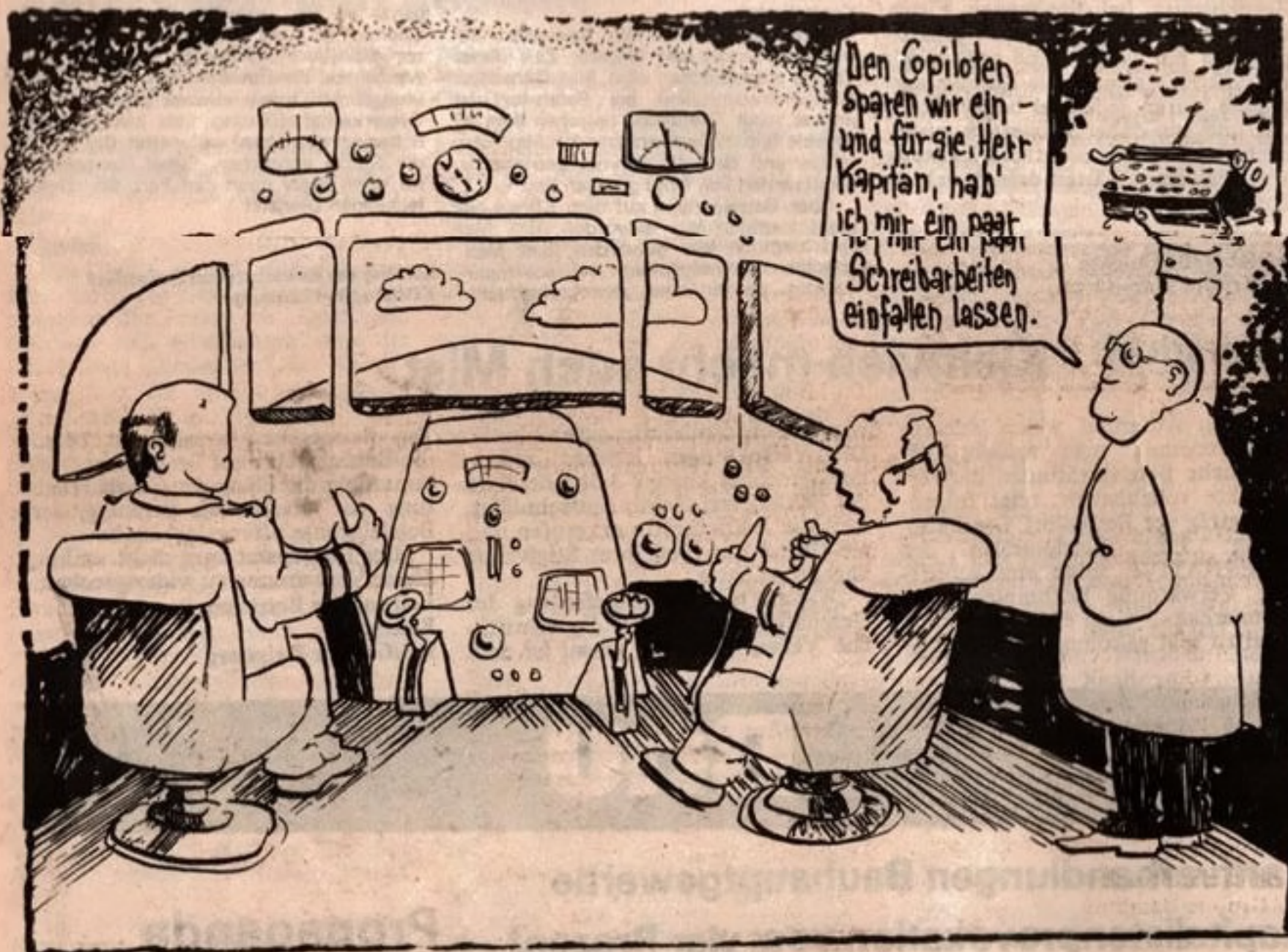
Bereichen einbezogen werden. Allein in Hamburg würden 1.500 Kollegen davon betroffen.

Wie der „Koordinierungsexperte“ des Rationalisierungsausschusses der DLH bekanntgab, sollen Entlassungen nicht erfolgen. Aber dafür würden Änderungskündigungen, Versetzungen und Umschulungsmaßnahmen nicht zu umgehen sein. Natürlich kommt das einer Kündigung gleich: Denn es ist nichts anderes, wenn ein Kollege oder eine Kollegin in eine andere Stadt versetzt wird und dadurch die gewohnte soziale Umgebung mit allen Kontakten verliert. Das Herabstufen in eine niedrigere Lohngruppe liegt nach einer Änderungskündigung ebenso drin. Akzeptiert ein Betroffener die Änderungskündigung nicht, kann die Entlassung folgen, usw.

Diesen immer stärker forcierten Rationalisierungsbemühungen des DLH-Vorstandes gilt es den Kampf anzusagen. Die Enthüllungen und rechtzeitige Information der Kollegen über diese Rationalisierungsbestrebungen sind ein erster Schritt.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg



Deutsche Lufthansa Schlichtungsspruch: ziemlich unverschämt!

Gegen die Lufthansa-Kollegen, die sich seit Februar in der Tarifrunde befinden, werden die Provokationen immer dreister. Nach dem Scheitern der Verhandlungen und mehreren Warnstreiks (siehe AK Nr. 101), in Hamburg waren es drei, fand am 29.3. die Schlichtung statt. Der „neutrale und unparteiische“ Schlichter legte folgende „Empfehlung“ vor, zu der sich die Bundestarifkommission endgültig am 5.4. äußern muß:

Vergütungen bis 4000 DM - 6,9%
Vergütungen bis 7000 DM - 6,6%
Vergütungen bis 12000 DM - 5,6%
Vergütungen über 12000 DM - 5,3%
Einheitliches Urlaubsgeld von 200 DM, für Auszubildende 100 DM.
Die ÖTV-Führer forderten 10% mehr für die Löhne und Gehälter bis 4000 Mark monatlich.

Auf einer Vertrauensleutesitzung mit 80 Teilnehmern kam konsequent zum Ausdruck, daß die ÖTV-Bundestarifkommission zur Urabstimmung aufrufen soll!

Zu dieser Meinung trug die ÖTV-Führung allerdings nichts bei. Im Kommentar zum Schlichtungsspruch (ÖTV-Info Nr. 7) sagte sie lediglich: „Dieser Schlichtungsspruch kann uns nicht voll (?) befriedigen.“ Was sie daran „befriedigt“, ist, daß der Spruch „... eines der besten Resultate in der diesjährigen Tariflandschaft“ darstellt. Fakt ist aber, daß die Luafhansa-Kollegen bisher immer besser bezahlt wurden als Kollegen in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. In diese „Landschaft“ paßt der angepeilte Abschluß überhaupt nicht!

Dazu rechnen sie dann noch das Urlaubsgeld von 200 DM auf und kommen auf „eine Einkommensverbesserung von insgesamt 7,7%“.

Doch wird in dem „Info 7“ verschwiegen, daß immer noch eine Kindergeldforderung von 50 DM pro Kind existiert, zu der der Schlichter nichts sagte.

Die diesjährige Tarifrunde und vor allem die Warnstreiks haben die Erfahrungen und Diskussionen der Luafhansa-Kollegen spürbar bereichert. Ein Beweis dafür sind die Auseinandersetzungen auf der Vertrauensleutesitzung am 1.4. in Hamburg. In mehreren Beiträgen von Kollegen wurde die Reaktion der ÖTV-

Führung zu dem Schlichtungsspruch kritisiert. Sie forderten, daß sich die ÖTV-Führung in einem neuen Flugblatt deutlich von dem Schlichtungsspruch distanzieren und die ursprünglichen Forderungen konsequent als Kampfziel darstellt! „Wird das nicht gemacht wird demonstriert und für 0,1% werden die Kollegen nicht streiken!“

Von dieser Orientierung versuchten die Hamburger ÖTV-Führer in der Diskussion abzulenken. Sie erklärten, daß sie erst den Beschluß der Bundestarifkommission abwarten werden und dann Stellung beziehen. Vorher werden sie nichts machen, womit sie zeigten, daß sie von den von den Kollegen genannten Aufgaben und Zielen abrücken.

Ebenso bejammerten sie den von ihnen erzeugten Zustand, daß die Kollegen auf den anderen Stationen nicht so kampfbereit sind wie die Hamburger.

In den nächsten Tagen werden die Kollegen die Erfahrung machen, inwie weit sie von den ÖTV-Führern ernst genommen werden. Deutlich besteht die Gefahr, daß bei Annahme des Schlichtungsspruches etliche Kolleginnen und Kollegen die Gewerkschaft verlassen und in Zukunft nicht mehr aktiv an den Auseinandersetzungen im Betrieb teilnehmen werden.

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe Hamburg

Praktikanten total angeschissen! Demonstration geplant

Erst allmählich ist bekannt geworden, daß das große Tarif „paket“ im öffentlichen Dienst noch manche „Überraschungen“ enthält. Die ÖTV-Führung ihrerseits ist peinlichst darum bemüht, das Bekanntwerden dieser Schweinereien so lange wie möglich hinauszuzögern.

So enthält der diesjährige Tarifabschluß eine Kürzung der Gehälter der Praktikantinnen und Krankenpflegeschülerinnen von bisher 75 auf knapp 67 Prozent! Das bedeutet z.B. für die Berufspraktikanten der Fachhochschule für Sozialpädagogik eine Lohnsenkung von ca. 150 DM!

Ein Minusabschluß von fast 10% bei den laufend steigenden Lebenshaltungskosten mit Zustimmung der ÖTV-Führung!

Gleichzeitig trifft natürlich die Urlaubsregelung von 150 DM nicht für die Praktikanten zu, da nur diejenigen darauf Anspruch haben, die seit dem 1.7.76 im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

Die Empörung unter Hamburger Berufspraktikanten ist groß. Sie fühlen sich verraten und hintergangen, zumal eine sofortige von ihnen geforderte Mitgliederversammlung vom Hauptvorstand abgelehnt wurde mit der Vertröstung „in 14 Tagen aber...“ Diese Frechheit ist umso größer, wenn man bedenkt, daß die Praktikanten am 1.4. anfangen müssen zu arbeiten, und zur Zeit ohne Ausbildungsvertrag dastehen, also dem Arbeitgeber total ausgeliefert sind.

Für den 6.4. wurde in Hamburg geplant, eine Demonstration zum Senatsamt für Verwaltungsdienst zu machen und hinterher die ÖTV-Fürsten zu besuchen, um ihnen persönlich zu sagen, was man von diesen Schweinereien hält. Denn nach wie vor werden die Ausbildungsverträge am 1.4. nicht unterschrieben.

Weitere Forderungen sind:
- Sofortige Zurücknahme der Kürzungen!
- Sofortige Einberufung einer Gesamtmitgliederversammlung Bereich Sozialarbeit!
- Sofortige Einberufung einer Versammlung aller betroffenen Praktikanten!
Einige Solidaritätsadressen von Kollegen aus der Praxis sind den Praktikanten bereits zugesandt worden. Es wird auch von der Solidarität und der aktiven Unterstützung der Kollegen abhängen, inwieweit es gelingt, hier eine kämpferische Front gegen den Willen der Gewerkschaftsführung aufzubauen.

Eine Genossin der Fachhochschule für Sozialpädagogik

Fortschrittliche Politik verboten — Denunziation erlaubt

Daß politische Betätigung durch „Wort, Schrift, Film- oder Tonveranstaltungen“ in den städtischen Kindertagesheimen in Hamburg verboten ist, ist nichts Neues. Neu ist allerdings ein Verbot auch für „die Verteilung von Druckschriften von ... Gewerkschaften, in denen zu Aktivitäten aufgerufen wird ...“, wie es in einem Schreiben der Geschäftsleitung, das im Februar in die Heime flatterte, heißt. Außerdem werden die Heimleitungen zur gezielten Denunziation aufgefordert: „Mitarbeiter, bei denen der Verdacht (!!) besteht, daß sie durch Verstoß gegen diese Bestimmungen den Betriebsfrieden stören, sind von der Heimleitung zu ermahnen und im Wiederholungsfall der zuständigen Kreisjugendleitung zu melden.“

Es darf laut Geschäftsleitung nichts verteilt werden, was „die politische Neutralität der ‚Vereinigung‘ und die Loyalität von Heimleiter, Erziehern und Mitarbeitern im Wirtschaftsbereich in Frage stellen“ könnte. Nach mindestens 10 bis 15 Nichtzustellungen aus politischen Gründen bei der Vereinigung städtischer Kindertagesheimen und einem neuen Arbeitskonzept, in dem für die Erzieher klar gemacht wird, daß „Indoktrinationen oder andere einseitige Beeinflussung“ verboten sind,

wird hier der politische Druck auf fortschrittliche Erziehung noch weiter verstärkt.

Die „politische Neutralität“, die von der Geschäftsleitung gefordert wird, soll die Erzieher dazu zwingen, ohne Widerspruch „Sparpolitik“ und rechte Inhalte auch aktiv gegen Kinder und Eltern zu vertreten.

Auf einer kürzlich abgehaltenen Mitgliederversammlung der ÖTV für die Kollegen der „Vereinigung“ wurde dieser Brief angesprochen. Der Gewerkschaftssekretär Schön erklärte, er wolle die Rechtsabteilung einschalten und Protest einlegen ... Mehr nicht. Doch durch die Informationspolitik der ÖTV in letzter Zeit hat sich das Problem der „Verteilung von Druckschriften“ nahezu schon von allein gelöst. Es gab nichts zu verteilen und schon gar keine Aktionen, zu denen aufgerufen wurde. Daran lag es auch, daß die Empörung der Kollegen gegen den unverschämten Angriff nicht sehr groß war. Aber auch in Hinblick auf den 1. Mai sollte die Rechtsausrichtung in den Heimen diskutiert werden. Es gilt, „Bilanz“ zu ziehen und eine Alternative — auch gegen die offizielle ÖTV-Politik — aufzubauen.

Zelle Vereinigung
KB/Gruppe Hamburg

Bischof predigt Lohnverzicht

In einer seiner berühmten Predigten und in einem Interview mit der „Welt“ sprach sich der Hamburger Bischof Wölber für einen Lohnverzicht der ca. 9.000 Kolleginnen und Kollegen der Nordelbischen Kirche aus. Hintergrund dieses Angriffes auf das Portemonnaie der Kollegen ist die konsequente Weigerung der Kirchenfürsten, mit der ÖTV Tarifverträge abzuschließen (die ehemalige Schleswig-Holsteinische Landeskirche, jetzt Teil Nordelbiens, war bisher die einzige Landeskirche, die einen Tarifvertrag mit der ÖTV abgeschlossen hatte — nach „Evangelischer Pressedienst“ —, opd, Nr. 12). Wölber verstieg sich in spinnerte Theorien: kirchliche Mitarbeiter würden „der Öffentlichkeit dienen“ und könnten daher nicht mit einer Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes zusammenarbeiten und ähnlicher Quatsch, stieß aber auf spontanen Widerstand der Kollegen.

Sogar die sonst nur „Radikale“ jagende ÖTV-Führung reagierte: „Sicherlich könne Bischof Wölber bei einem Einkommen incl. Aufwands-

entschädigung von über 10.000 DM monatlich leicht verzichten“, ebenso forderte der Bezirksvorsitzende Schnelle „alle fortschrittlichen Kräfte in der Kirche auf, die Rechte ihrer Arbeitnehmer durch Tarifverträge mit der ÖTV zu regeln“. Hört sich gut an, aber bei genauerem Hinsehen stützt der Fachmann: Nicht die Kollegen in der Kirche werden aufgefordert, sondern die „fortschrittlichen Kräfte“ für „ihre (!) Arbeitnehmer“.

Damit können nur die Bischöfe, die Propste und Kirchenräte gemeint sein.

Übrigens hat für dieses Mal der Rat der Nordelbischen Kirche die vereinbarten „Erhöhungen“ des öffentlichen Dienstes für die Kirche übernommen. Die Moral von der Geschichte: An die Stelle der „langen, harten, zähen Verhandlungen“ im öffentlichen Dienst tritt in der Kirche noch allemal die Barmherzigkeit.

Zelle „Rauhes Haus“
KB/Gruppe Hamburg

Wer einmal in der Anstalt war...

Es mutet wie ein Roman an, ist aber bittere Realität. Der Schlachter J. mußte in einer bekannten Hamburger Großschlachtereier Überstunden leisten. Die böse Überraschung kam am Monatsende, als er dafür nichts bezahlt bekam. Seine Frage nach den ihm geschuldeten ca. 1.000 DM wurde schroff zurückgewiesen, wobei er sich „schlechter behandelt vorkam als wie der Hund des Chefs.“ Als er daraufhin die Überstunden verweigerte, wurde ihm fristlos gekündigt!

Hier war das Maß übertoll: er warf seine Möbel aus dem Fenster und zog sich die Kleider aus. Die von Nachbarn gerufene Polizei fesselte ihn mit Handschellen und brachte ihn zur Wache, wo er erst mal drei Stunden zubringen mußte! Anschließend transportierten sie ihn nach Ochsenzoll (Psychiatrie), und sperrten ihn sechs Wochen ein. Er wurde mit starken Psychopharmaka (Tabletten), die auf die Psyche des Patienten einwirken, vollgestopft, um seinen Widerstand gegen die Zwangsbehandlung zu brechen. Wenn er die Tabletten nicht einnehmen wollte, packten ihn zwei stämmige Pfleger, schmissen ihn auf das Bett und floßten sie ihm mit Gewalt ein. War er zu „unruhig“ – was wohl heißt, wollte er nach Hause – dann wurde er mit kräftigen Gurten im Bett angeschnallt, so daß er sich überhaupt nicht mehr rühren konnte. Damit spart man u.a. Personal und braucht sich nicht näher mit dem Patienten auseinanderzusetzen.

Mit einer wahnwitzigen Diagnose („paranoid-halluzinatorische Psychose“) wurden die Zwangsbehandlungen gerechtfertigt und dem Kollegen der Stempel „verrückt“ aufge-

drückt. In seiner großen Verzweiflung nach diesen Demütigungen versuchte er, sich das Leben zu nehmen. Sofort wurde er wieder nach Ochsenzoll gebracht, wo sie ihn für weitere zwei Monate einmachten. Erst als sich dann Angehörige für ihn einsetzten, wurde er auf einmal sehr schnell entlassen. Zu Hause bekam er den nächsten Schlag ins Gesicht: man entzog ihm das Wahlrecht mit dem Hinweis auf seinen Aufenthalt in Ochsenzoll! Hier schließt sich der Kreis Kapitalist – Arzt – Staat.

Der ambulante behandelnde Nervenarzt setzte die medikamentöse Behandlung fort, ohne die Berechtigung dafür zu überprüfen, geschweige denn sich um die sozialen Probleme des Kollegen zu kümmern. Ein Gespräch mit dem Kollegen lag überhaupt nicht drin; als er zu Hause lag und lustlos und passiv durch die Tabletten war, gab ihm der Arzt eine neue Tablettenpackung „gegen den schlechten Appetit“ und ein weiteres hartes Medikament, das gegen Depressionen wirken soll!

Für seine Verwandten hat er sich total verändert: aus einem „lebenslustigen, korrekten, zähen und arbeitssamen Menschen“ ist ein passiv erduldernder und apathischer Arbeitsloser geworden – ein menschliches Wrack. Kein Wunder also, daß er diesem Zustand ein vorzeitiges Ende bereiten wollte: jetzt liegt er lebensgefährlich verletzt in einem Hamburger Krankenhaus. Ihn haben der Kapitalist, die Ärzte und die Behörde auf dem Gewissen! Und sein „Fall“ steht für viele.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„In aktiver Trauer...“

Eine als Todesanzeige aufgemachte Nachricht brachte an der Medizinischen Hochschule Lübeck (MHL) und im DRK HL einige Telefone und Gemüter zum Kochen. Durch die Anzeige wollten drei Schwesternschülerinnen der MHL – eingestellt durch das DRK – auf ihre Nichtweiterbeschäftigung aufmerksam machen. Alle drei hatten während ihrer Ausbildung heftige Kritik am DRK und an ihrer Ausbildung geübt. So hatten sie z.B. kritisiert, daß die Schülerinnen keine Interessenvertretung wählen dürfen, da sie Mitglied im DRK werden müssen. Außerdem griffen sie Mißstände der Ausbildung und der Patientenversorgung auf und setzten sich dafür ein, eine Schülerversammlung an der Schule zu schaffen. Die Quittung dafür sollten sie nun erhalten: keine Weiterbeschäftigung.

Doch so einfach war es nun doch nicht. Als erstes verfaßten sie gemeinsam mit ihrem Kurs die Forderung nach einer schriftlichen Begründung. Doch das blockte die Oberin mit der Begründung ab, sie sei ja nicht verpflichtet, einen Grund anzugeben. Nach ziemlich massivem Druck seitens einiger Ärzte und Schwestern entschloß sich die Oberin, eine andere Taktik anzuwenden. Durch ein scheinbares Arbeitsangebot an eine Betroffene versuchte sie ein Spaltungsmanöver. Darauf gingen die drei nicht ein, sondern brachten eine

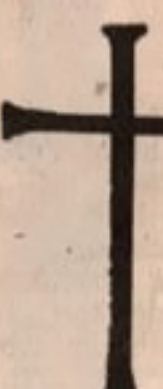
persönliche Erklärung heraus, in der sie die Ereignisse aus eigener Sicht darstellten.

Einige Tage später meldete sich der Kreisvorstand der ÖTV in Lübeck zu Wort. Statt, wie gebeten, mit den Rausgeschmissenen Solidarität zu üben, bekam eine Kollegin einen Revers. Frech stellte man die Kollegin vor die „Wahl“, sich entweder von der „Traueranzeige“ zu distan-

zieren oder aus der ÖTV zu fliegen. Auch die Gewährung des Rechtsschutzes machten die Erpresser im Kreisvorstand von einer Distanzierung abhängig. DRK und ÖTV-Führer arbeiten gut zusammen – wenn es gegen unliebsame Kolleginnen geht.

Krankenhaus-Zelle
KB/Gruppe Lübeck

Wir bedauern hiermit das Ausscheiden unserer Mitschwester



am 31.3.1977.

Die Vonunsscheidenden sind bis zu ihrem Ausscheiden 3 Jahre engagierte Mitglieder im DRK, der Gewerkschaft ÖTV und der Initiative zum Wiederaufbau der ÖTV-BG gewesen und haben tatkräftig die Interessen der Kollegen vertreten. Z.B. traten sie ein für:

- Eine aktive SV, bessere Patientenversorgung, für freie Meinungsäußerung.
- Aus diesem Grund werden sie durch die Mithilfe der Oberin Ahlgrim nicht mehr unter uns im DRK weilen. In aktiver Trauer werden wir das Werk der Vonunsscheidenden weiterführen.
- Schwester, Pfleger und Ärzte der MHL und Krankenhaus Süd

Dem Wunsch der Entschlafenen entsprechend erbitten wir anstelle eventuell zugedachter Kranzspenden eine Spende für die Initiative. Aus dem gleichen Grund wird die Trauerfeier auch nur im Rahmen wohlwollender Angehöriger stattfinden.

Führung der Postgewerkschaft gegen Rationalisierung?

Denkste!

Am 26./27.3.77 veranstaltete die DPG in Hamburg ihre diesjährige Jahreshauptversammlung. Sie stand unter dem Motto: „Halt – Rationalisierung nicht gegen Arbeitnehmer“.

Auf der Veranstaltung forderten die 230 Delegierten einen „sofortigen Stop“ der Rationalisierungsbestrebungen. Denn: „Durch die bei der Post laufenden Rationalisierungsbestrebungen gehen Arbeitsplätze verloren“ („Morgenpost“, 28.3.77).

Seit 1972 sind bei der Bundespost durch zahlreiche Rationalisierungs-

durch zahlreiche Rationalisierungsmaßnahmen nahezu 50.000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die Bundespost im letzten Jahr in ihren Bilanzen einen Gewinn von über 300 Millionen DM ausweisen konnte. An der Planung und Durchführung aller Rationalisierungsmaßnahmen ist die DPG-Führung unmittelbar beteiligt gewesen. So finden regelmäßig sogenannte „Rationalisierungsgespräche“ zwischen der OPD Hamburg und dem Bezirksvorstand der DPG/Hamburg statt, in denen alle Rationalisierungen bis in die Einzelheiten hinein diskutiert werden. Bezeichnenderweise werden die „vertraulichen Protokolle“ dieser Gespräche nur an bestimmte ausgewählte Funktionäre gegeben. So werden die Kollegen der Bundespost schon seit Jahren hintergangen. Angesichts dieser Tatsache ist es nicht verwunderlich, daß der Verantwortliche für die Rationalisierungsbestrebungen, Post-

minister Gscheidle, bis zu seinem Eintritt in die Regierung Zweiter Vorsitzender der DPG gewesen ist. Auch heute noch ist er Mitglied der DPG!

Neben der direkten Arbeitsplatzvernichtung ist ein weiteres Ergebnis der Rationalisierungen die zunehmende Mehrarbeit der Kollegen. So

münde Mehrarbeit der Kollegen. So besteht derzeit allein bei den Hamburger Postämtern ein Überstunden-Überhang von 174.000 Stunden! Die mittlerweile hier üblich gewordenen Überstunden haben ein Ausmaß erreicht, wofür 150 Kollegen ständig beschäftigt werden könnten (Angaben nach „Morgenpost“, 28.3.77).

Diese Entwicklung ist seit Jahren schon deutlich. Die DPG-Führung hat ihren Anteil daran. Ihr wortradikales Auftreten heute soll davon nur ablenken. Wir fordern: Schluß mit der kapitalistischen Rationalisierung bei der Bundespost! Offenlegung aller geheimen „Rationalisierungsgespräche“ zwischen DPG-Führung und der Bundespost! Neueinstellungen von Kollegen! Ausschuß von Bundespostminister Gscheidle aus der DPG!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Neues über Gewerkschaftsausschlüsse

Seit fast einem Jahr wird von vielen fortschrittlichen Kollegen des Ortsvereins Hamburg gefordert, daß U. Heinemann, BR-Vorsitzender der SPD eigenen „Morgenpost“ und bis vor kurzem Afa-Vorsitzender wegen Streikbruchs ausgeschlossen wird. So war am letzten Tag des Druckerstreiks eine „Notausgabe“ der Mopo erschienen, an der U. Heinemann mitgewirkt hatte und die er anschließend auch rechtfertigte.

Fast ein Jahr lang war es der hiesigen DRUPA-Führung gelungen, den Fall hinauszuziehen. Auf Druck der Kollegen war eine Kommission gebildet worden, (in der bekannte rechte

DRUPA-Führer die Mehrheit hatten), die auch nicht umhin kam, einen „scharfen Verweis“ auszusprechen.

Anfang März faßte nun die Jahreshauptversammlung in Hamburg MIT GRÖßER MEHRHEIT den BESCHLUß, ihn auszuschließen. Die DRUPA-Führung hat zwar nach dem Streik '76 fast 300 Streikbrecher ausgeschlossen, allerdings gab es noch nie ein so prominentes Mitglied in der IG-Druck.

Auch wenn der zuständige Landesbezirksvorstand dem Antrag nicht stattgeben wird, ist es doch ein schöner Erfolg für die Kollegen. Einen weiteren zumindest vorläu-

figen Erfolg konnte ein mittlerweile schon ausgeschlossener linker Kollege erringen, dem erst Mitarbeit am „Streikinfo“ und dann Verteilung des „Druckarbeiter“ vorgeworfen wurde. Auf Schreiben seines Rechtsanwalts (des Kollegen) hat der Hauptausschuß den Ausschuß bis zum 15.4. ausgesetzt, damit der Hauptvorstand bis dahin belegen kann (!) wann der Kollege den „Druckarbeiter“ verteilt haben soll. Man wird gespannt sein, wie das der Hauptvorstand hinkriegen will.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

„Komitee der 41“ zum „Vergleich“ gezwungen

Wie schon mehrfach im AK berichtet hatten Reutlinger Druckerkollegen während des Streiks '76 versucht, die Auslieferung einer Zeitung mittels Sitzstreik vor der Ausfahrt zu verhindern. 41 der Kollegen wurden anschließend wegen „Nötigung“ und zu Schadenersatz verurteilt. Gegen ihre Bestrafung hatten sie zeitweise einen erfolgreichen Kampf mittels Dokumentationen, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen usw. geführt.

Aus dem „Zentralorgan“ 6/77 ist nun zu erfahren, daß das Verfahren eingestellt worden ist, da „alle wegen Nötigung Angeklagten eine sogenannte „Einlassung zur Sache“ unterschrieben und 150 DM an die Stiftung Mitbestimmung bezahlt“ („ZO“, 6/77). Man zieht daraus im „ZO“ den Schluß, daß „man die Einstellung durchaus als das unter diesen Umständen bestmögliche Ergebnis anzusehen (hat)“. Kein Kollege ist vorbestraft, und ein negatives Urteil in Bezug auf das Streikrecht wurde vermieden. Das hört sich zwar ganz gut an, entspricht aber nicht der Wahrheit. So schrieb nämlich einer der betroffenen Kollegen in der „KAZ“ (München, Nr. 107), daß sie von der Gewerkschaftsführung zu dieser Erklärung erpreßt worden sind, da ihnen sonst der Rechtsschutz entzogen worden wäre (!).

Ein weiterer Blick hinter die Kulissen zeigt auch recht deutlich, wie ernst es die Gewerkschaftsführung mit der Solidarität meint.

Zeitweise wurde dem Komitee untersagt, die Öffentlichkeit zu infor-

mieren und zur Solidarität aufzurufen.

Der Hauptvorstand der I.G. Metall verbot der Reutlinger Ortsverwaltung mit einer Zeitung in den Betrieben zu mobilisieren („Was tun“ Nr. 149).

Doch zurück zu der unterschriebenen Erklärung der Kollegen, in der es unter anderem heißt: „Ich habe angenommen ... der Sitzstreik zur Verhinderung der Notzeitung ... sei ein adäquates Mittel zur Aussparung durch den Arbeitgeberverband der Druckindustrie“ (nach „ZO“, 6/77).

Es wird also praktisch zugegeben, daß die Verhinderung der Notzeitung

nicht gesetzlich war, was ja gleichbedeutend mit ungesetzlich ist. Es wird also ein kleiner Schritt hin gemacht, das Streikrecht weiter einzuschränken, auch wenn man sich im „ZO“ noch so wendet und dreht. So wird der Kapitalistenverband DRUCK bei einer ähnlichen Aktion sofort auf diese Erklärung hinweisen, um solche Verhinderung von Notausgaben zu unterbinden. Wahrhaftig ein Erfolg für die Gewerkschaftsführung.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Druck: Die Herren Führer hatten erwogen, dieser Tarifkampf findet im Saale statt!

Wie aus dem Fernsehen und kleinen Zeitungsmeldungen der bürgerlichen Presse vom 2.4. zu erfahren ist, „Einigten sich am Freitag (mittag) die Tarifpartner der Branche nach zweitägigen (!) Verhandlungen in (west) Berlin“.

So wurde vereinbart, den Tariflohn um ganze 6,6% mehr Lohn zu erhöhen. Weiter soll der abgeschlossene Tarifvertrag eine Laufzeit von 12 Monaten haben.

Demgegenüber stand eine Lohnforderung der großen Tarifkommission der I.G. Druck von 9%, für die der Kapitalistenverband DRUCK bei einem ersten Vorgespräch am 17.3. in Frankfurt erklärte „daß keine jegliche auch nur annähernd realistische Grundlage“. So hatte es

der Hauptvorstand bzw. die große Tarifkommission mal wieder verstanden, die Lohnforderungen aus den Betrieben und Ortsvereinen, die durchschnittlich 1 DM mehr pro Stunde forderten, mit viel bla bla vom Tisch zu bringen und zu erklären, daß dies dieses Jahr nicht möglich sei.

Das diese Tarifrunde in so kurzer Zeit durchgezogen wurde, ist in der Geschichte der I.G. Druck einmalig, ging es doch „beiden Seiten ... darum ... ohne Schlichter auszukommen und den Gedanken der Tarifautonomie wieder (!) zu beleben“. Ein ausführlicher Artikel über die Tarifrunde wird im nächsten AK erscheinen.

GEW

Widerstand gegen fünf Ausschlüsse

Flensburg. Wie in AK 101 gemeldet, hat der Bundesvorstand schon kurze Zeit nach „Übernahme“ der Bundesatzung durch die GEW Schleswig-Holstein die ersten Ausschlüsse gegen fünf Mitglieder der Flensburger GEW-Studentengruppe ausgesprochen.

Die Studentengruppe beschloß daraufhin, „die rechtswidrigen Ausschlüsse gegen unsere fünf Kollegen nicht (anzuerkennen); diese werden ihre Rechte und Pflichten als Mitglieder der GEW-Studentengruppe an der PH Flensburg wie bisher wahrnehmen“ (Resolution vom 23.3.).

Der AJLE-Flensburg hat sich dem Protest der Studentengruppe angeschlossen. Auf einer Vorstandssitzung des Kreisverbandes brachte er eine Erklärung ein, verbunden mit dem Antrag, die Ausschlüsse zu verurteilen. Von der Vorstandsmeinung wurde jedoch schon die Diskussion darum verweigert. Stattdessen teilte der Kreisvorsitzende, Swane, sowohl dem AJLE als auch der Studentengruppe mit, daß „diese Erklärung nicht an die Öffentlichkeit gehen kann, da dies den Satzungen widerspreche“. Eindeutig wurde dem AJLE-Vorsitzenden zu verstehen gegeben, daß er bei Zuwiderhandlung ebenfalls mit einem Ausschuß zu rechnen habe.

Die Mitgliederversammlung der Studentengruppe hat beschlossen, gegen die Ausschlüsse mit allen Mitteln vorzugehen. Schwerpunkt soll dabei die Information und Diskussion innerhalb der GEW sein. Sie forderte die Betroffenen aber auch auf, wegen der rechtlichen Unhaltbarkeit der Ausschlüsse (da die Bundesatzung nicht satzungsgemäß übernommen wurde, hatte der Bundesvorstand überhaupt kein Recht, die Ausschlüsse vorzunehmen) vor Gericht zu gehen. Diesem Vorgehen schlossen sich letztlich auch die dem KBW nahestehenden Studenten an. Davon erfährt man in der „KVZ“. Bezirksbeilage allerdings nichts. Stattdessen wird bejammert, daß der KBW sich mit verschiedenen Anträgen nicht hatte durchsetzen können: „Warum nicht? Weil JUSO/KB Nord den Kampf gegen den Dienstherrn ersetzen wollen durch den Gang zum Gericht.“ Da die „KVZ“ auch noch weitere angebliche, aber nie gefallene Äußerungen von Mitgliedern der Studentengruppe veröffentlichte, wurde auf der Mitgliederversammlung gegen die Stimme eines KBW'lers beschlossen, eine Gegendarstellung an die „KVZ“ zu schicken.

KB/Gruppe Flensburg

HBV

Tarifrunde 1977 bei HBV

Versicherungen

Wir berichteten, daß die Gewerkschaftsführer dieses Jahr die Stirn besetzen, eine Forderung von 8,4 % aufzustellen. In einem Rundschreiben an alle Versicherungsangestellten sah sich dann auch Volkmar vom Hauptvorstand genötigt, am 9.3.77 mitzuteilen: „Entgegen Mißdeutungen bestimmter Kreise sei noch einmal festgestellt: Mit der Anhebung der Endgehälter um mindestens 8,4 % soll und kann das Realeinkommen der Versicherungsangestellten gesichert werden.“

Man merkt, daß er nicht von seiner persönlichen Gehaltsforderung spricht. Die nächste Verhandlung findet jedenfalls am 5.4.77 im Hotel Arabella in München statt.

Buchhandel und Verlage

Am 9. Februar 1977 beschlossen in einer gemeinsamen Sitzung die Tarifkommissionen Bayern und Baden-Württemberg eine Gehaltsforderung von DM 130,- plus 3 % (das sind durchschnittlich 175,- DM für alle).

In einigen süddeutschen Betrieben sind die Kapitalisten schon sehr frühzeitig dazu übergegangen, eine sog. „freiwillige“ Entgeltserhöhung von 5 % zu zahlen. Man kann sich vorstellen, was da insgesamt dieses Mal nach dem Willen der Unternehmer rauskommen soll.

Großhandel

In Hessen schloß die HBV-Füh-

rung einen Gehaltstarifvertrag ab, der eine Erhöhung der Gehälter um 6,93 bis 6,96 % vorsieht. Im „ausblick“ (Zeitung der HBV) vom März 1977 wird das kommentarlos dargestellt! Wir verweisen auf den nebenstehenden Artikel über die Aktion „ehrlicher Beitrag“.

Banken

Noch im Januar hatte Volkmar vom HBV-Hauptvorstand im „ausblick“ (Zeitung der HBV-Gewerkschaft) getönt: „Bescheidenheit ist fehl am Platze“. Der Abschluß im Fachbereich Banken, der laut „Tarif-Info“ Nr. 3 „nach 16 Stunden schwierigen, mehrfach vom Scheitern bedrohten Verhandlungen durchgesetzt“ worden war, ist allerdings eher Ausdruck übertriebener Bescheidenheit:

- 6,5 % allgemeine Gehaltserhöhung ab 1.3.77;
- Entsprechende Anhebung der Ausbildungsvergütungen aufgerundet auf volle 5,- DM-Beträge;
- Halbierung des Abschlags für jugendliche Auszubildende;
- Strukturveränderungen der Tarifgruppe 3 bis 7;
- Verlängerung des Urlaubs für Angestellte über 32 Jahre um einen Tag.

Dieser mickrige Gehaltsabschluß ist zudem „durchgesetzt“ worden nach zwei Jahren, in denen die Banken Profite scheffeln konnten wie noch nie! Allerdings war die Tarifkommission bereits bei Aufstellung der For-

derung (8,25 %, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 55/60/65 DM etc.) vom Prinzip abgegangen, einheitliche Beträge zu fordern, um gerade die unteren Gehaltsgruppen stärker anzuheben.

Selbst die DAG war in ihrer Forderung 65,- DM für alle Auszubildenden konkret weiter gegangen als die HBV! Und auch ihre Forderung, die Gehälter um 8,5 % (1/4 % mehr als die HBV) bei gleichzeitiger Forderung nach Strukturverbesserungen der Gehaltsgruppen 3 bis 7, macht nicht gerade Werbung für eine HBV-Gewerkschaft, die sich immer als die „konsequentere“ Angestelltengewerkschaft anpreist!

Den Kollegen ist größtenteils durch die Erfahrung mit diesen alljährlichen Schiebereien um Prozente das Interesse an der gemeinsamen Vorbereitung und Diskussion über die Tarife die Lust vergangen:

Lediglich ca. 15 Kolleginnen und Kollegen hatten sich z.B. in Hamburg an der Versammlung der Großbanken zur Tarifrunde beteiligt. Ihre Forderungen von einem Sockel von 90,- DM für alle und darauf 6,5 % war dann auch schnell von den Hauptamtlichen zugunsten einer reinen Prozentforderung über den Haufen geworfen worden!

So werden wir das auch bald wieder im „ausblick“ wie bereits im Januar lesen können: „Die Gehaltserhöhungen des vergangenen Jahres sind von den Preisen ... aufgezehrt.“

Banken Zelle und HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Der „ehrliche Beitrag“

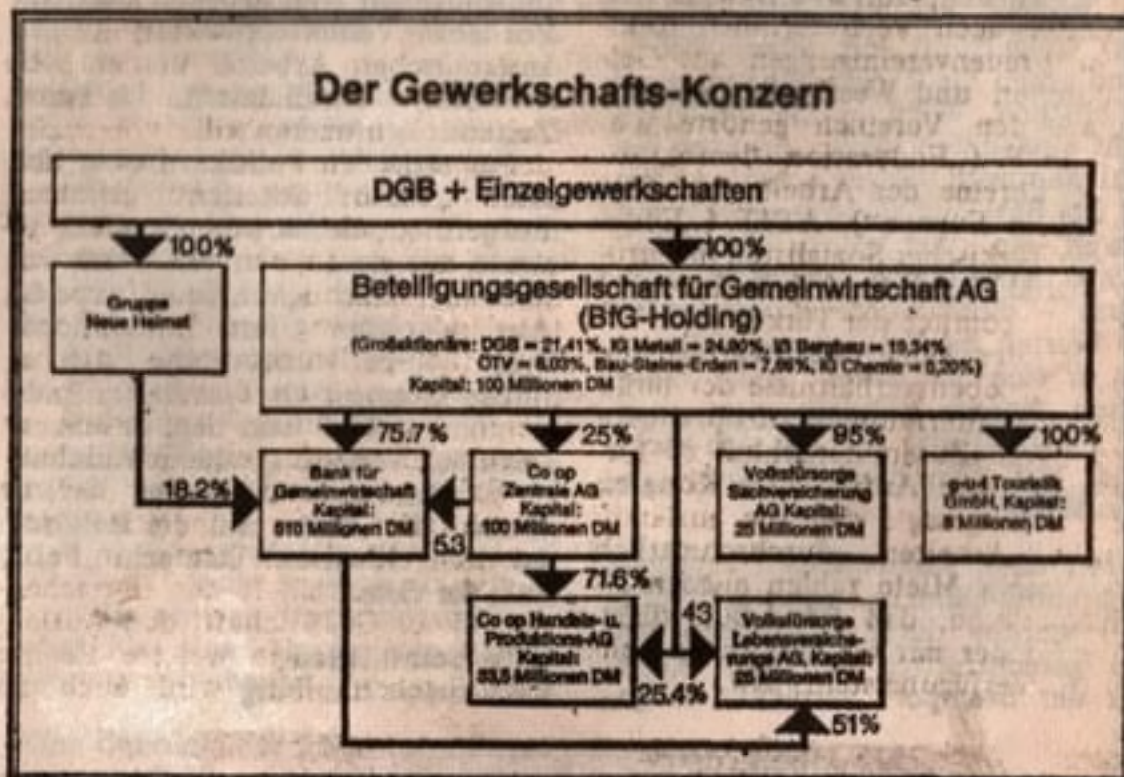
Da staunte der Leser des „ausblicks“, Zeitung der Gewerkschaft HBV, nicht schlecht. In der Ausgabe 3/77 wird er aufgefordert, doch endlich einzusehen, daß „die Arbeitnehmer einen Lebensstandard erreicht haben, der mit der Entwicklung fast aller Staaten der Welt standhält“, und daß nur noch aussteht, den Arbeitnehmer zum gleichberechtigten Wirtschaftsbürger zu machen.

Man kommt schnell zum eigentlichen Anliegen: „Freie Gewerkschaften finanzieren sich ausschließlich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder. Jedes Mitglied schafft durch seinen Beitrag also erst konkrete Voraussetzungen für gewerkschaftliche Arbeit.“ „In den nächsten Wochen und Monaten werden sich die zuständigen Orts- und Bezirksverwaltungen deshalb mit der eindringlichen Bitte an unsere Mitglieder wenden: Zahlen

auch Sie den „ehrlichen Beitrag“! Dieser Aufruf rangiert dann auch gleich auf Seite 3, während z.B. über die Tarifrunde bei HBV erst ausführlicher auf Seite 18 berichtet wird.

Das ist grotesk und frech. Diese sauberen Gewerkschaftsführer bejammern die Unehrlichkeit der Mitglieder, fordern mehr Geld und das alles unter der Parole: „Einsicht – Freiwilligkeit – Solidarität“! Solidarität mit wem eigentlich? Mit den Abwiegern in der Tarifpolitik? Mit einer Gewerkschaftsführung, die sich nicht scheut, hier zu jammern und dort die Gelder profitbringend z.B. in die neugegründete BFG-Holding zu buttern (siehe Skizze)? Aktion „ehrlicher Beitrag“? Nein danke!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



HBV — kurz notiert

Rationalisierungsmöglichkeiten voll ausschöpfen

Zum 1. April gliedert sich die Hamburger Vereins- und Westbank zwei Norddeutsche Banken ein: Das Bankhaus Nicolai aus Hannover und die Creditbank AG aus Flensburg. Ein Vorstandsmitglied der Vereins- und Westbank erklärte dazu („FAZ“ vom 24.3.77): „Mit der Eingliederung sollen alle sich unter bankbetriebswirtschaftlichen und regionalen Gesichtspunkten ergebenden Rationalisierungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden.“

Banken und Europa

Westdeutschlands Großbanken lüften Stück für Stück ihr bereits bestehendes Engagement auf dem sogenannten Euro-Markt. Am 23.3.77 gab die „Compagnie Luxembourgeoise de Banque“ aus Luxemburg bekannt, daß sie ab sofort unter dem Namen „Dresdner Bank – Luxemburg“ firmiert. Damit wird deutlich, daß die bundesdeutsche Dresdner Bank voll hinter einem auf dem Euro-Markt starken Bankinstitut steht („FAZ“ vom 24.3.77).

DGB München bemerkt Einstellungsstopp und „ungeheuren Arbeitsdruck“ bei den Angestellten

Auf einer Klausurtagung des DGB-München wurde festgestellt, daß im Bürobereich eine Rationalisierungswelle läuft, die sich erst in den 80er Jahren voll auswirken wird. Man schätzt, daß von der Arbeitsplatzveränderung ca. 10 Millionen Angestellte in irgendeiner negativen Form betroffen sind bzw. werden („SZ“ vom 17.3.77).

HBV kündigt in Bayern die Zusammenarbeit mit der DAG auf

Der Landesbezirk Bayern der Gewerkschaft HBV wird künftig mit der DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft) keine gemeinsamen Tarifverhandlungen mehr führen. Dies teilte ein Sprecher der HBV mit (lt. „SZ“ vom 7.3.77). HBV begründete den Schritt damit, daß man nicht mehr bereit ist, das Verhalten der DAG in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre zu dulden bzw. zu unterstützen.

Soweit so gut, nur ist das Dumme daran, daß HBV inzwischen, was u.a. auch die Tarifpolitik angeht, praktisch nicht mehr viel anders vorgeht als die DAG.

So fordert die DAG in diesem Jahr sogar im Tarifbereich der Versicherungen mehr als die HBV.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Banken: Abstauber und Gauner

Nicht ganz neu ist, daß die ach so schwer an der „Verantwortung“ und dem Unternehmer „risiko“ tragenden Kapitalisten selbst bei Pleiten kräftig abschnappen. Erstaunlich ist allerdings, wie viel an einer Pleite verdient werden kann. Mehr als eine Milliarde DM fehlten 1974 bei der Herstatt-Bank in Köln und es kam zum größten Bankkrach der BRD. Zwar laufen noch Untersuchungen der Staatsanwaltschaft gegen einige Randfiguren; die eigentlichen Drahtzieher aber, wie Gerling, machen heute wieder ihre Millionen. Es gibt in der kapitalistischen Wirtschaft so etwas wie Aasgeier: Rechtsanwälte, Abwickler, Liquidatoren, Gutachter, Verwalter usw. sehen bei jeder Pleite zu, daß sie noch einiges abstauben können. Bei einer Riesenpleite wie bei Herstatt machen diese Leute einen Rieseneinsatz. Insgesamt rund 27 Millionen wanderten in ihre Taschen! Und noch ist die Sache nicht abgeschlossen. Anwälte und Gerichte kassierten 13,2 Mio, Vergleichsverwalter 5,1 Mio, Abwickler 6,2 Mio und der Gläubigerbeirat 2,4 Mio.

Während man annehmen kann, daß die Pleite-Geier auch gewisse „Arbeit“ leisten, so hat hiervon z.B. der ehemalige Generaldirektor Willi Fascher von der Stadtparkasse Hannover anscheinend nicht viel gehalten. Wie ein gewiefter Parlamentarier hat er „Beraterdienste“ geleistet und gegen „Entgelt“ freimütig Kredite ohne weitere Prüfung bewilligt. Dadurch entstand bei der Sparkasse ein Verlust von mindestens 100 Mio, der jetzt aus Steuergeldern gestopft wird. Fascher hat bei aller Freigiebigkeit anscheinend auch seine „Kunden“ übers Ohr gehauen: In einem Prüfungsbericht steht, daß er in einem Fall für Beraterleistung eine Million kassiert hat, ohne daß eine entsprechende Gegenleistung festgestellt werden konnte! Von einer Baugruppe erhielt er jeden Monat 9.000,- DM, ebenfalls für Beraterdienste. Nun, wir sollten diese Art von Einkommenspolitik von Bankkapitalisten bei den laufenden Tarifrunden berücksichtigen und mehr Verständnis für ihre Not aufbringen! (nach „SZ“ vom 16., 17., 18.3.77)

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gangstermethoden des toom-Marktes

Frankfurt. Wir berichteten darüber, daß der Betriebsratsvorsitzende Walter Zaschke (toom-Markt Taunusstein bei Frankfurt) von der Geschäftsleitung entlassen werden sollte, nachdem diese Privatdetektive beauftragt hatte, Zaschke etwas „anzuhängen“. Mit Wissen und unter Billigung deponierten die Detektive (ehem. Polizisten) eine Tasche mit Rauschgift etc. in einem Frankfurter Schließfach und steckten einen Zettel mit Zaschkens Namen und Anschrift rein. Die Polizei (Kauschgift-Dezernat) stellte die Tasche sicher und nahm Z. fest. Später stellte sich dann raus, daß Z. nichts damit zu tun hat, daß alles eine fingierte Sache der Kapitalisten und ihrer Helfer war, mit deren Hilfe der BR-Vorsitzende gekündigt werden sollte. Die „Verantwortlichen“ der Geschäftsleitung sind entlassen worden, die toom-Spitze hat aber die Stirn, in einem Schreiben an alle Mitarbeiter zu behaupten: „...wenngleich die Geschäftsleitung nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen annehmen muß, daß beide Mitarbeiter keine strafrechtlich relevanten Tatbestände zu vertreten haben werden, so bleibt für sie der begründete Verdacht, daß beide Mitarbeiter direkt oder indirekt den Detektiv beauftragt haben, den Betriebsratsvorsitzenden des toom-Marktes Taunusstein zu beschatten ...“

Die sauberen Detektive selber sagten u.a. aus: „Die (Geschäftsführer Hübner und sein Assistent Hoffmann) haben mich gerufen und gesagt, wenn ich den Kerl wegstriege, kriege ich 3.000 Mark und Anschlußaufträge im Wert von mindestens 50.000 Mark.“

In einem Interview mit dem in

Frankfurt erscheinenden „Informationsdienst“ („ID“) zur Verbreitung unterbliebender Nachrichten“ (vom 12.3.77) packte der betroffene BR-Vorsitzende Zaschke aus, worum es den Kapitalisten insgesamt ging.



Zaschke ist Mitglied einer Betriebsgruppe der HBV. Diese Betriebsgruppe führt seit längerem den Kampf gegen Machenschaften der toom-Spitze. So kam es erst vor kurzem zu einer Auseinandersetzung, als die Geschäftsleitung wegen Inventur zum Jahresende anordnen wollte, daß sowohl am 31.12. und am 2.1. (ein Sonntag) gearbeitet werden soll und daß angeblich überall in der toom-Kette so verfahren wird. Die BG und der BR fanden nach einiger Arbeit heraus, daß dem nicht so war.

15 Märkte weigerten sich, so zu verfahren, außerdem wurden eine Reihe weiterer Forderungen nach Extra-Behaltung etc. aufgestellt.

Dieses eine Beispiel steht stellvertretend für die Arbeit der Gewerkschafter bei toom.

Zaschke (lt. „ID“): „Mir ist gedroht worden, die machen dich fertig, und ich hab halt immer gedacht, die machen was, aber nicht mit Rauschgift oder so, eben halt mit Unterschlagung, da ich ja in der Warenannahme arbeite. Ich hab deshalb abends, wenn ich rausgegangen bin, immer in meine Tasche geschaut, weil ich dachte, vielleicht legen sie was rein.“

Von der Verhaftung ihres BR-Vorsitzenden erfuhren die Kollegen erst, als es in der bürgerlichen Presse bekannt wurde. In einer kurzfristig einberufenen Betriebsversammlung erklärten sich die Kolleginnen und Kollegen des toom-Marktes mit ihrem BR-Vorsitzenden solidarisch; die HBV-Landesleitung Hessen protestierte „gegen das unverantwortliche Vorgehen der Geschäftsführung des Vertriebsbereiches toom-Markt energisch“ (lt. „ausblick“ vom März 1977).

Zaschke arbeitet inzwischen wieder an seinem alten Arbeitsplatz. Und wie er selbst im „ID“ feststellte: „Der Fall ist eben nur die Spitze eines Eisberges; man kann ja wirklich nicht sagen, wie oft das schon versucht worden ist, auf so oder so eine ähnliche Tour – und es ist halt nicht rausgekommen, weil's funktioniert hat.“

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Mit der Baunutzungsverordnung gegen Unternehmerpleiten im Einzelhandel?

23 Gesamtbetriebsrats- und Betriebsratsvorsitzende aus Lebensmittel-Großunternehmen tagten am 14.2.77 zusammen mit Spitzenfunktionären der Gewerkschaft IIBV und versuchten, das Thema „Verkaufsflächenexpansion und Marktzusammenbrüche“ aus gewerkschaftlicher Sicht zu debattieren. Zumindest aus einem Artikel der „Lebensmittelzeitung“ wird deutlich („LZ“ vom 17.3.), daß man außer den üblichen „Forderungen“ nach mehr Mitgliedern, besserer Ausbildung und Weiterbildung für die Kollegen etc. nichts neues hat herausfinden können, um die trübe Aussicht „daß

viele Kollegen auf der Straße stehen und kaum Aussicht haben, etwas neues zu finden“, aufzuklären.

Die „LZ“ schreibt dazu: „Zum Einfachsten nämlich, nach dem Staat zu rufen, mochten sich die Räte nicht verstehen. Mehr Chancen hat da schon eher die vorgesehene Novelle zum § 11 Absatz 3 der Baunutzungsverordnung.“

Man versteht darunter ein angeblich verschärfte Kontrolle bei der Baugenehmigung von Großmärkten. Wie das dann aber in der Praxis läuft, zeigte eine Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 16.3.77: Es wird

dort gemeldet, daß nunmehr ein gerichtlicher Antrag einer Gemeinde (Wiesloch in Baden-Württemberg), den Bau eines SB-Marktes in einer benachbarten Gemeinde (Hockenheim) zu untersagen (wegen Abtötung des angestammten Einzelhandels), vom Verwaltungsgericht Mannheim abgewiesen wurde.

Also weiterhin trübe Aussichten? Bei einer Politik, wie sie auf der Bremer Tagung festgelegt wurde, ganz sicherlich.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Kongreß türkischer Arbeiter in der BRD

Am 26./27. Februar fand in Düsseldorf ein „Türkischer Arbeiterkongreß“ statt, der mit der Gründung einer Dachorganisation endete. Der DGB boykottierte den Kongreß und führte eine widerliche Hetzkampagne gegen die Organisatoren durch.

Teilgenommen haben 107 türkische Arbeitervereine, davon 85 aus der BRD, mit insgesamt 530 Delegierten, darunter auch Vertreterinnen türkischer Frauenvereinigungen aus Gelsenkirchen und Westberlin. Zu den einladenden Vereinen gehörte u.a. der TDF („Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa“), ATTF („Föderation Türkischer Sozialisten in Europa“) und T.B.Ö.K. („Friedens- und Freiheitskomitee der Türkei“).

Ziel des Kongresses war es, die elenden Lebensverhältnisse der türkischen Arbeiterfamilien anzuprangern und deren Zusammenschluß zu fördern. In dem Aufruf zum Kongreß wird u.a. gesagt, daß die ausländischen Arbeiter durchschnittlich 40 % mehr Miete zahlen müssen als Einheimische, daß für 1.000 türkische Kinder nur ein türkischer Lehrer zur Verfügung steht, usw.

es im Aufruf „Es ist höchste Zeit, unverzüglich mit der sozialen Integration der ausländischen Arbeiter ernsthaft zu beginnen. Eine soziale Integration im Sinne sozialer, rechtlicher und politischer Gleichstellung, Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung für eigene Belange...“

Es wird keinen geben, der dieses Forderungsprogramm als sonderlich „revolutionär“ auslegen kann. Die Forderung nach „Integration“ der ausländischen Arbeiter in der BRD ist eine – zumindest in „besseren Zeiten“ – immer wieder von sozialdemokratischen Politikern oder liberalen „Persönlichkeiten“ erhobene Forderung, die, soweit sie nicht so wieso nur ein Lippenbekenntnis war, über die tatsächlichen Bedürfnisse der Ausländer hinweg deren Integration in bürgerlich-parlamentarische Entscheidungssysteme zum Ziel hatte, sowie deren vorbehaltlose Anpassung an „deutsche“ Kultur und Gesellschaft.

Es ist ganz offensichtlich, daß die Veranstalter dieses Kongresses reformistische Illusionen hegten in bezug auf die Bereitschaft der Herrschenden dieser Gesellschaft, den Ausländern selbst geringe weitere Rechte zuzugestehen. Dies wird auch an

überwiegend hilfsbereit sind. Die Hilfsbereitschaft und Solidarität wird aber von gewissen gewerkschaftsfeindlichen türkischen und deutschen Massenmedien untergraben. Ausländerhetze und Völkerfeindschaft werden geschürt“ (aus dem Aufruf zum Kongreß). Unter welcher Rubrik würden die Kongreßveranstalter wohl eine Zeitung einordnen (Hilfsbereitschaft und Solidarität oder Ausländerhetze und Völkerfeindschaft), die einen Hetzartikel gegen ihren Kongreß mit folgender Überschrift veröffentlichte:

„Türkischer Arbeiterkongreß“ – Polit-Ausländer wirbeln durch die Bundesrepublik

Es war das DGB-Organ „Welt der Arbeit“, das mit einer chauvinistisch und antikommunistisch durchtränkten Amtsanmaßung ohnegleichen den Kongreß diffamierte. Der DGB gibt in seinem Hetzartikel bekannt, daß er in einem Rundschreiben die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften und die Landesbezirksvorstände des DGB „informiert“ habe, daß es sich beim Veranstalter TDF „um einen ‚nationalkommunistischen‘ Dachverband handelt. ATTF ist ‚orthodox-kommunistisch‘ und T.B.Ö.K. ist Mitglied des Weltfriedensrats (wobei es sich beim Weltfriedensrat um eine kommunistische Frontorganisation (1) handelt“ („Welt der Arbeit“ – „WdA“ – 18.3.77). Klare Sache für den DGB, daß solche Kräfte schärfstens zu bekämpfen sind. Als besondere Herausforderung betrachtete der DGB die Einladung einer Delegation des türkischen Gewerkschaftsverbandes DISK, „der noch vor wenigen Monaten den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und den DGB als gelbe Gewerkschaft und als eine Organisation bezeichnete, die das imperialistische Kapital und die multinationalen Gesellschaften unterstützen“ („WdA“, 18.3.77). Der DGB hingegen hat sich zum Partner der reaktionären Gewerkschaftsverband TÜRK-İŞKoren.

Der DGB stellt in dem Artikel einen Alleinvertretungsanspruch für alle ausländischen Arbeiter und behauptet dies zur vollen Zufriedenheit derselben auszuführen. Wer damit

hauptsächlich dies zur vollen Zufriedenheit derselben auszuführen. Wer damit nicht zufrieden ist, wird folgendermaßen gewarnt:

„Der DGB und seine Gewerkschaften werden sich entschieden dagegen zur Wehr setzen, daß einige wenige ‚Polit-Ausländer‘ die extremen politischen Auseinandersetzungen aus ihrer Heimat in die Bundesrepublik Deutschland tragen“ („WdA“, 18.3.). Herr Schleyer hätte es nicht anders ausgedrückt... Nach Berichten der westdeutschen bürgerlichen Presse waren übrigens 80 % der Kongreß-Delegierten Ecevit-Anhänger; zwei Vorstandsmitglieder dieser Partei, deren Aufnahme in die „Sozialistische Internationale“ übrigens kurz bevorsteht, kamen eigens zum Kongreß und überbrachten auf einem Tonband ein Grußwort vom Parteivorstand Ecevit (laut „Kurier am Mittag“, 26.2.).

Emigrantenzeile

Griechen kam im „Polizeigewahrsam“ zu Tode

Dortmund: Am 2.2.77 starb nach 13 1/2 Stunden Haft der griechische Kollege I. Batos – Elektriker auf der Westfalenhütte in Dortmund – in der Auslieferungszelle im Polizeigewahrsam.

Als amtliche Todesursache wurde bekanntgegeben, I. Batos sei stark betrunken gewesen und an Erbrochenem erstickt. Ein „Fremdverschulden“ scheide aus.

Die Obduktion hat allerdings ergeben, daß I. Batos kein bißchen Alkohol im Blut hatte. Außerdem hatte er Kiefer- und Jochbeinverletzungen, die er sich angeblich selbst zugefügt hat. Genauere Untersuchungsergebnisse wurden bislang nicht veröffentlicht.

Nicht geklärt ist auch, wieso I. Batos überhaupt festgenommen wurde

Wegen Einnahme einer Überdosis von Tabletten wurde ein Krankenwagen gerufen, stattdessen kam eine Polizeistreife. Der Amtsarzt hatte I. Batos haftfähig geschrieben...

Der Tod von I. Batos erinnert stark an die Vorfälle im Hamburger Untersuchungsgefängnis, wo in der berüchtigten Zelle „die Glocke“ vor einigen Jahren mehrere Menschen unter ähnlichen Umständen zu Tode kamen, wobei die Polizei auch eine mehr als zwielichtige Rolle spielte.

In Dortmund hat inzwischen eine Demonstration von u.a. EKKE und der griechischen „Rote Hilfe“ mit ca. 400 Leuten stattgefunden (nach „Rote Fahne“ vom 23.3.77), auf der die volle Aufklärung des Todes von I. Batos gefordert wurde.

Eine Metallgenossin

Arbeiterwohlfahrt contra „Graue Wölfe“

Vorlage an den Bundesvorstand

Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt zu politisch motivierten Terrorakten rechtsradikaler türkischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge beobachtet die Arbeiterwohlfahrt die Ausbreitung rechtsradikaler Strömungen unter den türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik. Diese Strömungen orientieren sich in der türkischen MHP (Nationale Einheitspartei) und ihrer Jugendorganisation „Graue Wölfe“. Obwohl der türkische Verfassungsgerichtshof die Ausbreitung der MHP im Ausland verboten hat, bilden sich Sympathisantenkreise und Kommandos, die zum offenen Terror gegen politisch Andersdenkende übergehen.

Dieses Anwachsen terroristischer Aktivitäten fordert die ungeteilte Aufmerksamkeit der deutschen Staatsschutzorgane.

In jüngerer Zeit ist ein bei der Arbeiterwohlfahrt beschäftigter Sozialbetreuer aus politischen Motiven in seinem Büro überfallen und verletzt worden. Die mutmaßlichen Hintermänner dieses Überfalls versuchen jetzt, durch Drohungen den festgestellten Täter der Justiz zu entziehen.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert alle verantwortlichen Stellen auf, die Bildung rechtsradikaler Gruppierungen mit terroristischen Zielen zu überwachen, jede Aktivität unverzüglich aufzuklären und der Justiz zu übergeben.

17.3.1977/Gruppe VII

Wie aus einem internen Rundbrief des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt ersichtlich, hat sich der Bundesvorstand dieser Institution in seiner Sitzung vom 18.3. in Baiersbrunn eindeutig und entschieden gegen die terroristischen Aktivitäten der türkischen Kommandos der MHP („Graue Wölfe“) gewandt. Anlaß war der Überfall eines MHP-Mitgliedes auf den Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt, Gültekin Ergun in Göttingen. Der MHP-Faschist hatte von Ergun die sofortige Übersetzung irgendeines Schriftstückes verlangt. Als dieser ihn darauf hinwies, daß es der Reihe nach gehe, daß er noch viele andere Übersetzungen vorher zu machen habe, wurde der Faschist handgreiflich und schlug Ergun mit einem „schlagartigen Gegenstand“ ins Auge, wodurch dieser eine gefährliche Verletzung davontrug. Der MHP-Türke beschimpfte Ergun und seine Mitarbeiter als „Kommunisten, Heimatverräter, Hurenöhne und er fücke alle unsere Familienangehörigen usw.“ (aus der Schilderung von Ergun).

Die Arbeiterwohlfahrt hat diesen Vorfall zum Anlaß genommen, in

einer ausführlichen Dokumentation die Umtriebe der MHP-Faschisten in der BRD zu enthüllen (Untersuchung von „Amnesty international“) sowie die genauen Umstände des Überfalls der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt hat in einer einstimmigen Entschließung die Umtriebe der MHP in der BRD verurteilt (siehe Kasten) und in der Begründung zu dieser Entschließung vermerkt: „Die Staatsschutzbehörden haben sich bisher eher zögernd verhalten“.

Wir halten es für durchaus keine „selbstverständliche“ Haltung einer Institution wie der Arbeiterwohlfahrt, in einer so demokratisch und bewußt antifaschistischen Weise auf ein scheinbar relativ geringfügiges Ereignis („nur ein blaues Auge“) zu reagieren. Offensichtlich besteht in dieser Institution ein ausgeprägtes Bewußtsein über die Gefährlichkeit der alle fortschrittlichen Türken bedrohenden islamisch-faschistischen Bewegung der „Grauen Wölfe“. Dies ist zu begrüßen.

Emigrantenzeile

Bayern: Terror gegen Asylsuchende hat System

Nach dem Bullenüberfall auf das Lager Traßberg (siehe AK 101) haben sich Richter, Staatsanwälte und Polizei jetzt die nächsten Opfer vorgenommen: Nach dem Muster von Traßberg überfielen starke Kommandos am 21.3.77 das Ausländerlager Neuburg an der Donau (Bayrische Grenzpolizei, Bullen aus Oberbayern und Bereitschaftspolizei). Laut Polizeibericht wurden von 355 „überprüften“ Pakistani, Indern und Palästinensern 28 Personen festgenommen. Außerdem wurden zwölf Pässe beschlagnahmt.

Die Gründe für den Überfall: Nach „Nürnberger Zeitung“ vom 22.3.: „Fälschungen, illegaler Aufenthalt und Vergehen gegen das Ausländergesetz“, nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 22.3., die sich auf den Polizeibericht beruft, sei „es dort immer wieder zu Ausschreitungen, Körperverletzungen und Brandstiftungen gekommen“. Solche Storys in Polizeiberichten können in aller Regel als frei erfunden bezeichnet werden. Vor allem die in der „NZ“ genannten „Vergehen“ zeigen das Ziel der Aktion: Abschiebung.

Erst kriminalisieren, dann abschieben

Bedenkt man, welche Krokodilstränen gerade jetzt wieder die Bundesregierung im Duett mit USA-Carter über die angebliche Verfolgung von sogenannten „Dissidenten“ in den revisionistischen Ländern vergießt, so müßte man doch eigentlich glauben, das „Modell Deutschland“ sei eine Zufluchtstätte für alle Verfolgten. In Wahrheit toben sich die Bullen in den Ausländerlagern aus, um fortschrittliche politische Verfolgte abzuschleppen und damit in vielen Fällen ihren Henkern auszuliefern.

Die betroffenen Ausländer sind in einer verzweifelter Lage: Sie leben – sicherlich kein Zufall – isoliert in ländlichen Gegenden, umgeben von einer zum Teil rassistisch verhetzten Bevölkerung und haben keine Möglichkeiten, auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. So wurde nach dem Überfall auf das Lager Traßberg von örtlichen Reaktionen zu einer Demonstration gegen die Ausländer aufgerufen. Als Antwort auf diesen Program-Aufruf haben fortschrittliche Leute aus Amberg ein Flugblatt geschrieben, in dem sie sich gegen die Hetze wenden.

KB/Gruppe Nürnberg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 60, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 25.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis: DM 1,-
Verlagskonten: Dresdner Bank:
451 8378, J. Reents und
Postcheckkonto Hamburg:
240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt des Verlages Arbeiterkampf sowie eine Beilage des kommunistischen Bundes bei.



Ausländische Arbeiter kämpfen für ihre Rechte

„Wir sind gezwungen, in den untersten Lohngruppen für niedrigeren Lohn die gefährlichsten und schmutzigsten Arbeiten zu verrichten, außerdem getrieben von einer unvorstellbaren Arbeitshetze. Das Ausländerrecht droht uns ständig mit der Abschiebung und wir leben auf der ganzen Linie in einem unerträglichen Zustand ständiger Unsicherheit“ (Aufruf zum Kongreß).

Die Forderungen des Kongresses

Folgendes Forderungsprogramm wurde verabschiedet: Das Recht ausländischer Arbeiter auf Arbeit, Aufenthalt und soziale Sicherheit auch in Krisenzeiten, das Recht jedes einzelnen, die Dauer seines Aufenthalts und seiner Tätigkeit in der BRD selbst zu bestimmen, legale Aufenthaltserlaubnisse für illegal angeworbene ausländische Arbeiter, empfindliche Strafen für Anwerber, Vermittler und Unternehmer illegaler Anwerbung, ungehinderte politische und gewerkschaftliche Betätigung auch der ausländischen Arbeiter (nach „Frankfurter Rundschau“, 1.3.77).

Die Veranstalter betonten, daß der neue Verband „weder Gewerkschaft noch Gewerkschaftsersatz“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1.3.77) sein sollte und bezeichneten sich als „parteipolitisch unabhängig“ und „gewerkschaftlich orientiert“. Zur Perspektive des Verbandes hieß

Realismus allein tut's nicht

Hamburg: In der „Fabrik“ wird zur Zeit eine Produktion der Hamburger Staatsoper gespielt, „Bruch – ein Ding mit Musik“. Es ist die Geschichte von einem „Knacki“, der nach der Entlassung aus der Jugendhaft vergeblich versucht, Arbeit zu finden. Es werden eine ganze Menge Probleme angesprochen, z. B. wird „Knacki“ Klaus von einer Wohngemeinschaft von vier Jugendlichen aufgenommen, die unter mangelnden Freizeitmöglichkeiten, schlechten Berufsaussichten u. a. zu leiden haben. Klaus verliebt sich in ein Mädchen, „aus gutem Haus“, wird von den Eltern eingeladen, aber wieder rausgeschmissen, als sie erfahren, daß er „gesessen“ hat. Daraufhin verläßt das Mädchen Sybille ihre Eltern, zieht auch in die Wohngemeinschaft und versucht Klaus und sich mit Adressen-schreiben durchzubringen, obwohl sie gerade Abitur macht, und der Numerus Clausus ihr ganz schön zu schaffen macht. Die Beziehung der beiden wird durch diese Situation schwer belastet, und auch in der Wohngemeinschaft gibt es immer mehr Schwierigkeiten.

Die Absicht, Probleme von Straftentlassen auf die Bühne zu bringen und damit zur Diskussion zu stellen, ist sicher lobenswert, aber das Stück bleibt leider allzu oft dabei stecken, Zustände einfach kurz zu schildern und dann wieder fallen zu lassen. Bei so einem Thema wäre es drin gewesen, die Zustände zu hinterfragen, um beim Zuschauer einen Lernprozeß in Gang zu setzen. Breit ausgewälzt wird, daß sich die Jugendlichen langweilen beim allabendlichen Flippern.

Die Beschreibung der kleinbürgerlichen Umwelt von Sybille beschränkt sich zum großen Teil darauf, die Wohnzeiteinrichtung bei ihren Eltern zu schildern. Das Sofa aus „Synthetik-Velours“ wird ca. fünf Minuten lang besungen (sicherlich eine witzige Ironisierung der Werbung, aber kleinbürgerlicher Mief steckt doch nicht nur in dieser Sorte von Sofas). Eine ganze Arie lang präsentiert der Vater von Sybille eine reaktionäre Position. Zwar wird das

etwas ironisiert, aber widersprochen wird dem nicht.

Klaus scheitert am Schluß. Als er nicht mehr ein noch aus weiß, macht er wieder einen Einbruch. Das ist sicherlich auch realistisch, aber das macht die Oper vollends zu einem Melodrama. „Werke, die der Wirklichkeit keine neuen Seiten abgewinnen, sind kaum große realistische Werke: kein Realist begnügt sich damit, immerfort zu wiederholen, was man schon weiß; das zeigt keine lebendige Beziehung zur Wirklichkeit“ (Brecht, Über Realismus).

Die Musik von Jens-Peter Ostendorf ist durchweg besser als das Stück. Sie enthält Rockelemente, zum Teil vermischt mit bekannten Themen aus Pop und Klassik. Auch der Versuch, dazwischen moderne Musik unter die Leute zu bringen, ist begrüßenswert. Am Schluß des Stückes werden Handzettel von den Darstellern im Publikum verteilt mit dem Hinweis auf eine Gruppe, die Knastarbeit macht (Medienzentrum Fuhlsbüttel). Diese Gruppe hat auch einen Stand in der „Fabrik“.

Leserbrief

Liebe Genossinnen und Genossen! Vorweg: Ich finde es sehr gut, daß jetzt auch die Kulturszene im AK ausführlicher behandelt wird. Immerhin ja ein nicht unwesentlicher gesellschaftlicher Bereich.

Zwei Korrekturen sind da aber m. E. fällig:

1) AK 101, S. 47, 1900: Da wird so recht lässig, in einem Nebensatz, der Scoresse-Film „Taxi Driver“ als reaktionäres faschistisches Machwerk à la „Entebbe“ und „Ein Mann sieht rot“ abgetan. Das ist schon recht stark! Ich will (und kann) jetzt keine Filmkritik schreiben. Nur vier Sachen: Man sollte solch schwere Vorwürfe begründet nicht so einfach unbelegt in einen Artikel eingehen lassen. Man sollte vielleicht auch die anderen Filme des Regisseurs bei seiner Meinungsbildung nicht ganz unberücksichtigt lassen (weisen etwa „Alice ...“ und

Der Henker aus Frankreich

Michel Sardou – einer der „beliebtesten und erfolgreichsten Chansonsänger“ – der schon über 25 Millionen Platten losgeschlagen hat, singt u. a. folgende Texte:

„... du hast mir mein Kind gestohlen, Blut meines Blutes vergossen ... ich will deinen Tod ...“

Er selber sagt dazu: „Heute sind die Mörder wichtiger als die Opfer (... bißchen zuviel zivilisiert ...). Bei einem Kindesmord gibt es kein Pardon.“

Bei seinem Auftritt auf der Bühne sieht das dann so aus:

„Bevor er zum Todesstrafen-Lied kommt, legt er die weiße Jacke ab. Ganz in Schwarz, mit geballter Faust, unter begeisterten Zwischenapplaus trägt er sein Hohelied auf den Henker vor.“

Aber auch andere Texte hat dieser Typ auf Lager:

– „Ich will eine Bank überfallen, den Kassierer kreuzigen, Frauen vergewaltigen und sie zwingen, mich zu bewundern.“ Oder: „Ich hatte 'ne Menge schwarzer Diener und vier Frauen im Bett ...“

Diese rechtsradikalen und frauenfeindlichen Sprüche bringt Sardou verkleidet in „zärtliche“ Melodien

und einer perfekten Bühnenschau. Ein breites Publikum – das wahrscheinlich mehr auf die Musik abfährt, als auf die Texte zu achten – zahlt dafür hohe Eintritts- und Plattenpreise.

Bei seinen Auftritten, in seiner Wohnung und dem Hotel läßt sich Sardou von einer ganzen Garde Verbrechern bewachen:

„... Leute, die erst im Smoking nicht mehr wie Gorillas aussehen ... Der Präsident der französischen Republik könnte nicht besser abgeschrieben sein.“

Diese Bewachung ist nicht ohne Grund: Überall wo er auftritt, verteilen Antifaschisten Flugblätter und kleben Plakate: „In Lausanne am Genfer See zierten Hakenkreuze und Hitler-Schnurrbärte die Konzertplakate mit Sardous Gesicht. An den Hauswänden der 140.000-Einwohner-Stadt klebten 200 Anti-Sardou-Karikaturen, und am Konzertabend selbst verteilten Schüler und Studenten 5000 Exemplare eines Sardou-Pamphlets an die 5000, die gekommen waren, um dem Sänger zuzuhören.“

In Frankreich gibt es unter der Linken einen Boykottaufruf gegen



„Sardou besingt den Faschismus, den Militarismus, das Strebertum, die Lynchjustiz, den Kolonialismus, den Männerkult und die Gewalt. Sardou raus!“

Sardou-Platten.

Dem sollten wir uns anschließen. Gleichzeitig sollten wir darauf achten, wann dieser Typ eine BRD-Tournee macht ...

(alle Zitate aus „Stern“, 15/77).

lich nur dort wirkliche punks gibt und daß diese Richtung des Rock absolut nicht mit Faschismus und Sadismus zu identifizieren ist.

Tatsache ist weiterhin, daß so entscheidende Gruppen wie die Patti-Smith-Group dem zeitgenössischen Rock gehörig auf's Fahrrad geholt haben, und zwar ohne solch kaputte Sprüche, wie sie in dem Artikel haufenweise zitiert werden.

Eine (traurige) Tatsache ist es allerdings auch, daß – auf Betreiben der englischen Plattenbosse – faschistische Gruppen hochgeputzt wurden, die als Zielgruppe vorwiegend verelendete Arbeiterjugendliche ansprechen, und die deren begründeten Haß auf die society in faschistisches Bewußtsein umzumünzen versuchen. Das ist prinzipiell nicht neu.

Also: Diese – vorwiegend englischen – Gruppen (es soll nicht geleugnet werden, daß mittlerweile auch in den Staaten solche Gruppen

ihr Publikum suchen) sind keineswegs Bestandteile der Punk-Rock-Richtung. Sie nennen sich so, und damit ist alle Ähnlichkeit mit den echten Punks auch schon erschöpft.

Ich meine, das hätte in dem Artikel rauskommen müssen, daß es sich hier um ein gezieltes Manöver der Plattenkonzerne handelt, den guten Namen einer Rock-Stilrichtung vor ihren dreckigen Karren zu spannen, und nicht um eine faschistische Massenbewegung in der Musikszene – so liebt sich das nämlich.

Außerdem: Ohne die Gefahr, die von diesen aufgebauten Fascho-Gruppen ausgeht, relativieren zu wollen – geht die eigentliche Gefahr nicht nach wie vor vom zwar besser kaschierten, dafür aber „alltäglichen Faschismus“ unserer Schlagerindustrie (Heino & seine Bande) aus??

Mit lieben solidarischen Grüßen
Wolfgang

Investitionsprogramm der Bundesregierung 16 Milliarden DM – wem zum Wohl?

In der zweiten März-Hälfte verabschiedete das Bundeskabinett ein neues Investitionsprogramm, die Fortschreibung der Energie-Richtlinien und das Steueränderungsgesetz 1977. Wie noch zu zeigen sein wird, werden die Investitionen (für die Kapitalisten) durch Steuererhöhungen (von der werktätigen Bevölkerung) bezahlt. So einfach ist das.

Nach dem neuen Investitionsprogramm sollen bis 1980 nicht weniger als 16 Milliarden Mark „für notwendige Infrastrukturmaßnahmen“ aufgebracht werden. Das Investitionsprogramm wird von Finanzminister Apel (SPD) in den rosigen Farben gemalt. In einem Artikel im „Vorwärts“ vom 24.3.77 schreibt er, daß dieses Programm setze „eine Markstein in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit“, denn erstmalig sei „es gelungen, ein umfassendes mittelfristiges Investitionsprogramm der öffentlichen Hand zu formulieren, das die Lebensbedingungen in unserem Land entscheidend verbessern wird“. Mit dem Programm werde „ein klassisches Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik erfüllt: nämlich durch vorausschauende Strukturpolitik die Voraussetzungen für quantitatives und qualitatives Wachstum in unserem Lande zu verbessern.“

Und der Staat bestimme „die Zielrichtung der notwendigen Investitionen“. Als eine Folge des Investitionsprogramms kündigte Apel ausdrücklich „positive Effekte auch auf den Arbeitsmarkt“ an (alle Zitate nach „Vorwärts“, 24.3.77). Schauen wir uns zunächst das Programm genauer an, bevor wir etwas zu seiner Wirksamkeit sagen. Am Schluß prüfen wir die wichtigste Frage, wer es denn eigentlich bezahlen soll.

Das Investitionsprogramm wird fast vollständig von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert (und bedarf daher der Zustimmung der Ländervertretung). Es sieht Verbesserungen im Verkehrssystem, rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung, „wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge“, Verbesserung der Berufsbildung und der Wohnumwelt vor. 1,2 Mrd. werden unter der Überschrift „Ressort-Wirtschaft“ gleich den Kapitalisten in die Hand gedrückt. In den anderen Bereichen sieht das ähnlich aus,

was wir am Beispiel „Verbesserungen im Verkehrssystem“ zeigen wollen. Hier geht es um „Modernisierung der Verkehrswege“, z.B. um den Ausbau des Dollarthafens oder des Jadebusens in Niedersachsen, die Ausbaggerung der Ems usw. Das sind alles Maßnahmen, die ungeheuer viel kosten, von denen aber am Schluß „die Wirtschaft“ profitiert, denn hier werden – wie es im Regierungsjargon heißt – „Rahmenbedingungen für die mittelfristigen Erwartungen der Unternehmer“ verbessert. D.h., die Kapitalisten ersparen sich entsprechende Investitionskosten und schieben den Staat vor, der hier nichts anderes ist als ihr Erfüllungshelfer! Andererseits stehen solche Vorhaben ja eh an, denn „die Wirtschaft“ nimmt solche Projekte nur dann in Angriff, wenn sie sich davon Profit verspricht, der umso größer ist, je größer die Staatsbeteiligung ist.

Noch deutlicher wird es bei dem Punkt der Flußreinigung. Diese werden durch die Abwässer der Industrie verschmutzt und vergiftet und der Staat zahlt dann den kapitalistischen Eigentümern der Betriebe die Kosten der Gewässerreinigung...

Man könnte die geplanten Vorhaben eine nach der anderen durchgehen und käme immer zu dem gleichen Ergebnis: Hinter dem 16-Milliarden-Investitionsprogramm verbergen sich mehr oder minder offene staatliche Subventionen für die Kapitalisten. – Das ist im Kern die „vorausschauende Strukturpolitik“ der Sozialdemokratie.

Verkauft wird das Investitionsprogramm mit der Behauptung, es gehe um „Verbesserung der Umwelt und der Lebensqualität“. Wie es wirklich damit bestellt ist, zeigt die gleichzeitig mit dem Investitionsprogramm beschlossene „Fortschreibung des Energieprogramms“. Hier wird weiter – trotz des Whyler Urteils zum Baustop des dortigen Kernkraftwerks – am Bau der lebensbedrohenden Atomanlagen festgehalten, die jede Aussage, hier gehe es um „Verbesserungen der Umwelt“ zur Farce werden lassen.

Von dem Investitionsprogramm werden gewisse konjunkturelle Anstöße und vor allem langfristige Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt erwartet. Allerdings hat die Regierung – wohl unter Berücksichti-

gung bisheriger Erfahrungen mit Investitionsprogrammen, Investitionszulagen usw. – schon größere Erwartungen an das Programm heruntergeschraubt und inzwischen selbst zugegeben, daß dieses Programm nicht der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze diene (s. „Frankfurter Rundschau“, 24.3.77). Im Grunde genommen gesteht die Regierung damit ein, daß sie gegen die hohe Arbeitslosigkeit nicht weiter vorzugehen gedenkt, sondern sie als gegeben hinnimmt!

Zur Finanzierung des Programms ist im wesentlichen die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent gedacht. Diese Steuererhöhung, die insgesamt zwischen den Parteien noch umstritten ist, würde voll auf den Endverbraucher, also die Arbeiter, Angestellten, Rentner usw. abgewälzt werden. Von dieser Steuererhöhung (von der inzwischen ein Wirtschaftsinstitut sagt, sie sei überflüssig, da genug Einnahmen erwartet werden) verspricht man sich allein Mehreinnahmen über zwölf Mrd. Mark.

Parallel zu dieser zusätzlichen Steuerbelastung für die Arbeiter sollen verschiedene Steuern, die die Kapitalisten zu tragen hätten (Gewerbesteuer, Vermögenssteuer) gekürzt werden. Das macht summa summarum drei Milliarden reine Steuergeschenke an die Kapitalisten.

30.000 mal Mietwucher in Hamburg

Anläßlich eines Mietwucher-Prozesses in Hamburg kam heraus, daß nach „vorsichtigen Schätzungen“ mindestens 30.000 Hamburger wucherische Mieten zahlen („Hamburger Abendblatt“, 30.3.77)!

Durch den Mietprozeß erreichte ein Mieter, daß seine Miete um 25 % gesenkt wurde und er den zuviel gezahlten Betrag zurückerhält – obwohl er bei Einzug die Miete akzeptiert hatte. Er berief sich dabei darauf, daß der Hausbesitzer „die Mangelangabe in der Wohnraumversorgung“ für eine „unangemessen hohe Miete“ ausgenutzt hatte – was heute wohl für die meisten Neuvermietungen gilt. Denn nach der Freigabe der Mieten bei Altbauten jetzt auch in Hamburg und München kann die Miete „frei“ zwischen Hausbesitzer und Mieter vereinbart werden, die Höchst-



„Was denn, Jungs, mit diesen alten Instrumenten wollt Ihr zum Erfolg kommen? Ich mach' das Hundertfache viel bequemer und auch noch ohne Risiko ... Das neue Investitionsprogramm der Bundesregierung – ich sage Euch: Spitzel!“

Das wahre Ausmaß der „Entlastung“ der Kapitalisten kommt in den Steuerbeträgen gar nicht richtig zum Ausdruck, da die Ausgaben selbst im Interesse der Unternehmer liegen. Selbst der sozialdemokratische Staatssekretär Offergeld und der hessische Wirtschaftsminister Karry haben offen zugegeben, daß z.B. die letzte Investitionszulage von den Kapitalisten einfach so mitgenommen worden ist, ohne daß sie entsprechende Investitionen getätigt hätten. Er bezifferte die Steuergeschenke an die Kapitalisten

an die Unternehmer allein für 1976 mit 8,2 Milliarden Mark, was sicher nicht übertrieben ist! Daher forderte er, daß diese „Steuerverleichterungen“ die letzten sein sollten.

Aber er hat hierbei nicht berücksichtigt, daß die Sozialdemokraten ja noch länger regieren wollen und die Kapitalisten unersättlich sind und weitere Forderungen stellen werden.

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

die „ortsübliche Miete“ nochmals 25 Prozent über diesen Werten liegen kann. Und trotzdem bezahlten dieser Mieter und mit ihm „Aber-tausende“ („Mieterverein“, nach „Morgenpost“, 30.3.77) bzw. „nach vorsichtigen Schätzungen von Mietexperten etwa 30.000 Familien“ („Hamburger Abendblatt“, 30.3.77) noch immer viel zu viel Miete! Für uns kann das nur heißen, jede Mieterhöhung abzulehnen, die bisher gezahlte Miete mit der „ortsüblichen“ zu vergleichen und zuviel gezahlte Miete zurückzufordern. Dabei wird es immer wichtiger, den Mieterspiegel, der mit immer höher werdenden Mieten „fortgeschrieben“ wird, als Instrument der Mieterhöhungen abzulehnen.

Wohnungskommission



Nazi-Mörder soll endlich vor's Gericht

Nach 15jähriger Verschleppung durch bundesdeutsche Justizbehörden soll dem ehemaligen Richter Ernst Boje Ehlers nun doch der Prozeß „wegen Beihilfe zum Judenmord“ gemacht werden.

Am 27.1.76 hatte die Große Strafkammer des Landgerichtes Flensburg für einen Skandal gesorgt. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Ernst Boje Ehlers und andere wurde abgelehnt! Ehlers war zu Nazi-Zeiten SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat und als solcher für die Deportation von 26.000 Juden ins Vernichtungslager Auschwitz verantwortlich. In der Begründung führten die Flensburger Richter aus: „Das Ergebnis der Ermittlungen belastet zwar die Angeklagten nicht unerheblich. Ein die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigender Verdacht – die Wahrscheinlichkeit einer späteren Verurteilung – besteht jedoch nicht.“

Sie befanden, Ehlers „wird nicht nachzuweisen sein, daß er von der

Sie befanden, Ehlers „wird nicht nachzuweisen sein, daß er von der in Auschwitz geplanten organisierten Tötung der deportierten Juden gewußt hat“.

Das ist mehr als „Blindheit“ angesichts der Tatsache, daß gerade die Dienststelle, der Ehlers vorstand, die Juden nach Entzug der Staatsbürgerschaft verhafteten und nach Auschwitz transportierten ließ, wo sie der „Endlösung“ zugeführt wurden. Über diese verbrecherische Handlungen liegen bei den Ermittlungsbehörden eine Reihe Dokumente („Husumer Nachrichten“, 18.1.77).

Ehlers steile Karriere... aber von nichts gewußt

Ehlers, 1909 geboren, „rückte mit 29 Jahren in das Reichssicherheitshauptamt“ in Berlin ein und wurde schon zwei Jahre später Leiter der Staatspolizei in Legnica (Liegnitz). Hier schon bekam er einen Eindruck über die Zusammenziehung der Juden und deren Transporte in die Vernichtungslager, wo sie unter grauenhaften Umständen in den Gaskammern ermordet worden sind... Von 1941 bis Ende 1943 leitete der SS-Obersturmbannführer auch die Dienststelle in Berlin, die für die Judendeportationen in das Vernichtungslager Auschwitz zuständig war... Der Bereich von Ehlers war vom November 1941 bis Ende 1943 Chef der Sicherheitspolizei in Belgien und Nordfrankreich. Hier unterstand er sozusagen gleichzeitig dem Militärbefehlshaber General von Falkenhausen und dem in Berlin seiner grauenhaften Tätigkeit nachgehenden Adolf Eichmann... („Flensburger Avis“, 27.1.77).

Vor diesem Hintergrund meinten sogar die Kieler Sonderstaatsanwälte für NS-Verbrechen: „Ehlers hat von dem beabsichtigten Schicksal der

etwa 26.000 Juden seines Bereiches gewußt und damit Beihilfe zum Mord dieser Menschen geleistet“ (FA, 27.1.77).

In unversämter Verhöhnung der Opfer des Nazi-Terrors sagte Ehlers dazu, „daß ich meine Dienstgeschäfte im humanen Geist wahrgenommen und mich aus allen Maßnahmen gegen Juden herausgehalten habe“ (HN, 18.1.77). „Er sei im Gegenteil ein scharfer Gegner aller gegen Juden getroffenen Maßnahmen gewesen“ (HN, 16.3.77).

Den Flensburger Richtern leuchtete diese Ehlersche Sicht der Dinge ein:

Sie sprachen sich für Einstellung des Verfahrens aus! Überhaupt schienen sich die Herren Richter nicht allzu intensiv um die Vorwürfe gegen den Altnazi gekümmert zu haben. Dies geht aus einer Rechtsbetrachtung des Pariser Rechtsanwaltes Serge Klarsfeld hervor: „Daneben wird auf Dokumente hingewiesen, die in Paris in französischen Staatsarchiven lagern, und die möglicherweise „noch nicht vollständig“ in den Schleswig-Flensburg-Ehlers-Prozeß eingeführt worden sind“ (FA, 27.1.77).

Am 15.3.77 hat der Erste Strafsenat des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts nun der Beschwerde der Staatsanwaltschaft und eines Nebenklägers gegen die obengenannte Entscheidung des Flensburger Gerichtes stattgegeben. Das Verfahren gegen Ehlers soll nun vor der Schwurgerichtskammer des Kieler Landgerichts stattfinden.

So weit, so gut. Aber jetzt schon hat der Beschluß des Schleswiger Oberlandesgericht einen bitteren Beigeschmack:

So sollte nach dem Willen der Staatsanwaltschaft nicht nur Ehlers angeklagt werden, sondern ebenso „der SS-Standartenführer Konstantin Canaris, ein Neffe des ehemaligen Abwehrchefs, weiter der SS-Obersturmführer Kurt Asche, dem in Brüssel das Judenreferat direkt unterstand und der sozusagen als Verbindungsmann zwischen Ehlers und Eichmann fungierte und somit die stufenweise Verschärfung der Judenvernichtungen auch für den Raum Belgien seinem Chef mitgeteilt haben mußte. Angeklagt ist auch der SS-Hauptsturmführer Karl Fielitz, der die Außenstelle Antwerpen leitete“ (FA, 27.1.77).

Gegen jenen Fielitz wird nun anscheinend keine Anklage erhoben, jedenfalls ist sein Name weder in den „Husumer Nachrichten“ noch in der „Frankfurter Rundschau“ vom 16.3. unter den Angeklagten zu finden.

Man darf gespannt sein, wann der Prozeß gegen E.B. Ehlers nach fünfzehnjähriger Verschleppung beginnen wird oder ob Ehlers vorher das Zeitliche segnen sollte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Neues vom „Fall Rosenbaum“

Am Freitag, 25.3., begann vor dem Zivil-Gericht in Hamburg die erste Verhandlung im Prozeß des NS-Verbrechens Rosenbaum gegen den ARBEITERKAMPF.

Zur Erinnerung: Die Pressekommission des Hamburger Zivilgerichts sprach bisher zweimal zugunsten des inzwischen begnadigten Faschisten eine einstweilige Verfügung (E.V.) gegen den presserechtlich Verantwortlichen des AK aus.

– In der ersten E.V. wurde dem AK verboten, „in irgendeiner Weise zu behaupten und zu verbreiten, der Antragsteller werde als Strafgefangener anderen Häftlingen gegenüber bevorzugt“.

– In der zweiten E.V. wird vom KB verlangt, in Zukunft zu „unterlassen, in weiteren Presseartikeln bei Erwähnung von Vorgängen, die von Herrn Rosenbaum begangenen Straftaten und/oder dessen Verurteilung zum Gegenstand oder Ähnlichkeit damit haben, seinen bürgerlichen Namen zu nennen oder sein Bild zu veröffentlichen“. Zugleich wurde der KB aufgefordert, umgehend sämtliche Plakate wieder zu entfernen, die der Anlaß für diese Verfügung waren – eine Neuigkeit auf dem Markt des Presserechts: Bisher war es nicht üblich, presserechtlich Verantwortliche per E.V. zum Einsammeln oder Abkratzen ausgelieferter Zeitungen oder Plakate zu veranlassen.

Die E.V.en in diesen beiden Punkten ergingen, obwohl zu gleicher Zeit der Springer-Konzern in zig-tausend Auflage durch „Bild“, „WELT“ und „Hamburger Abendblatt“ dieselben Tatsachen veröffentlicht hatte. Mehr noch: „Bild“ hatte nicht nur von Begünstigung gesprochen, nicht nur Rosenbaums Verbrechen im Zusammenhang mit Namen und Adresse genannt, sondern gleich noch die Adresse seiner Ferienwohnung plus Foto dazu!

Am 25.3. wurde Rosenbaums Klage zum ersten Punkt – nämlich unserer Behauptung, er werde begünstigt – verhandelt. Abgesehen von den juristischen Formalitäten eines beginnenden Zivilprozesses (Austausch der Klageschriften, Zeugenbenennung uam.) wurde vom Gericht selbst bekannt gemacht, daß auch gegen die „Bild“ diverse E.V.en von Rosenbaums Anwälten beantragt worden seien. Die Verfügungen gegen die „Bild“ wurden aber alle nicht weiter verhandelt, sondern abgeschmettert – offenbar, weil die „Bild“ sich sofort bereit erklärte, auf weitere Wiederholungen ihrer Angaben zu verzichten. Ihr Ziel, den relativ liberalen Justizsenator U.Klug anzupissen, war ja erreicht (Inzwischen mußte Klug zurücktreten).

Demgegenüber war vom KB jede Verzichtserklärung bzgl. weiterer Berichterstattung über Rosenbaum

abgelehnt worden. Nach den zahlreichen Veröffentlichungen über Rosenbaums Verbrechen, seiner Adresse etc. durch die „Bild“ besteht zunehmendes „Rechtsschutzbedürfnis“ mehr – wie die Justiz es nennt. An den einstweiligen Verfügungen gegen den KB wird vielmehr deutlich, daß die Angriffe wesentlich auf die Einschränkung einer antifaschistischen Berichterstattung zielen, und nur nebenbei auf den „Schutz“ des Herrn Rosenbaum.

Die neuesten Maßnahmen der Justiz gegen den AK bestätigen dies: – Nach Erscheinen des AK 100 wurde gegen den Presseverantwortlichen Bestrafungsantrag wegen angebl. Bruchs der E.V. erlassen, weil mit dem Satz „Der ARBEITERKAMPF darf die Bevorzugung nicht mehr Bevorzugung nennen“ erneut die verbotenen Behauptungen wiederholt worden seien. – Diese Behauptungen entstammen dem Nachdruck eines Artikels von Peggy Parnass, der zuvor bereits unbeanstandet in „Konkret“ und „Extra-Dienst“ erschienen war.

– Inzwischen hat sich auch die Staatsanwaltschaft mit „Ermittlungen“ eingeschaltet: Am 21.3. erhielt der Presseverantwortliche eine polizeiliche Vorladung wegen „Verdachts des Vergehens gegen § 185“, d.h. Beleidigung. Damit ist aus einem Zivilverfahren nun auch ein Strafverfahren geworden! Der Anzeigsteller, auf dessen Tip hin die Staatsanwaltschaft den Fall verfolgt, ist nicht bekannt. Bekannt ist nur, daß der juristische Kommentator im NDR, Dr. Hill, in einer „Umschau am Abend“-Sendung öffentlich eine Strafverfolgung für die Verbreitung des Plakats gegen Rosenbaum gefordert hatte! Er nannte dabei den Namen des Presseverantwortlichen und gab noch den Tip, eine Anzeige wegen Beleidigung sei möglich, allerdings nur „auf Antrag“.

Das Vorgehen der Justiz macht immer offensichtlicher, daß am AK stellvertretend eine Pressezensur gegen antifaschistische Berichterstattung durchgeführt werden soll. Es geht offenbar nicht nur um die Verdunkelung eines „Skandalfalles“ Rosenbaum, sondern um die Einschränkung und Einschüchterung der Enthüllungsarbeit über die vom Staatsapparat systematisch betriebene Rehabilitierung des Nazismus und der Alt-Nazis wie Hess, Kapler usw., sowie der gleichzeitigen Duldung, z.T. sogar des Schutzes der Umrtriebe von Neo-Nazis durch Polizei und Gerichte.

Demgegenüber muß noch enthüllt werden, mehr als bisher, wie alte und neue Faschisten hierzulande gehätselt und „resozialisiert“ werden, während Antifaschisten zu empfindlichen Strafen verurteilt, politische

Gefangene wie K.H.Roth z.B. ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand in den Verhandlungssaal geschleppt und physisch zugrunde gerichtet werden, während übliche Strafgefangene – weil sie nicht wie Rosenbaum über ein Eigenheim und Kapital verfügen – als „nicht resozialisierbar“ ihr Leben im Knast absitzen müssen. In diesem Sinn hat sich der „Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum“ u.a. bemüht, Beweise für die behauptete Begünstigung Rosenbaums im Knast zusammenzutragen. Hierzu ist uns noch jeder neue Tip willkommen.

Darüberhinaus wird durch Presseerklärungen, Rundschreiben, gezielte Kontaktaufnahme zu linken und liberalen Persönlichkeiten und insbesondere auch antifaschistischen Gruppen und Organisationen versucht, eine demokratische Öffentlichkeit gegen den Nazi-Boom herzustellen.

Außer den unmittelbar Beteiligten (Peggy Parnass, Kai Ehlers, Reents-Verlag, verschiedene Gefangene) haben bisher u.a. ihre Bereitschaft zur Unterstützung erklärt: Trikont-Verlag, Babula Buchhandlung Aachen, Buchladen Rote Straße/Göttingen. Juristisch wird der Prozeß vom Büro Groenewold zusammen mit H.Jipp (Presseanwalt von „Konkret“) getragen. Beate Klarsfeld hat ihre und die Unterstützung ihres Mannes zugesagt, wie vorher schon im Fall Dr. Frey gegen AK.

Auf der am 24./25.3. in Frankfurt durchgeführten Arbeitskonferenz für die Vorbereitung eines Russell-Tribunals wurde eine Resolution des „Unterstützungsausschusses“ angenommen, die im Informationsbulletin zum Russell-Tribunal bekannt gemacht werden soll.

Insbesondere möchten wir den „Extra-Dienst“, „Konkret“ und den „Informations-Dienst“ („ID“) auffordern, die Arbeit des Unterstützungsausschusses durch eigene Berichterstattung zu unterstützen – immerhin war der jetzt über den AK angegriffene Artikel von Peggy Parnass zuvor auch in „Konkret“ und „Extra-Dienst“ zu lesen!

Der „Unterstützungsausschuß“ beabsichtigt, in Zukunft vergleichbare Fälle zu veröffentlichen. Außerdem soll eine aktuelle Dokumentation erstellt werden unter dem Arbeitstitel: „Der Fall Rosenbaum – kein Zufall und kein Einzelfall“. Für Beiträge, Informationen, Hinweise zu dieser Arbeit ist der Ausschuß dankbar.

Der nächste Termin in der Sache Rosenbaum wird von uns rechtzeitig bekanntgegeben.

Unterstützungsausschuß
ARBEITERKAMPF gegen
Rosenbaum (2 HH 19, Methfesselstr.
41, c/o Theiss).

Fernsehen macht Propaganda für Gehirn-Verstümmelung

Am Samstag, dem 26.3., wurde zur besten Sendezeit gleich nach der Tagesschau im III. Programm der Nordkette der Film „Mit der Sonde ins Gehirn“ gezeigt. Er erzählt die Geschichte des „triebkranken“ Günther Bergmann, dem im Alter von 22 Jahren die „Triebhaftigkeit“ aus dem Gehirn gebrannt wurde.

Im „Vorher“ (gewalttätiger Pädophiler) – „Nachher“ („normaler Heterosexueller“) -Verfahren, mit dazwischengeschalteter Operation, wird versucht, Harmlosigkeit und Erfolg dieser „Anpassungschirurgie“ darzustellen. Mit dem Film soll offenbar propagiert werden, psychische Probleme von „abweichendem Sexualverhalten“ über Depressionen bis zu „Aggressivität“ mit dem (Operations-)Messer zu lösen.

Wichtiger Bestandteil dieser Propaganda ist die Vortäuschung von „Freiwilligkeit“ der Opfer. Damit wird auch hier wieder alles gerechtfertigt. Aber wie kann eine Entscheidung zwischen jahrzehntelangem Knast und einer fünfständigen Operation freiwillig sein, vor allem bei einem durch mehrjährige Sicherheitsverwahrung müde Gemachten? Im Gegenteil wird die Hoffnungslosigkeit des seiner Freiheit Beraubten schamlos für gefährliche Menschenversuche ausgenutzt! Denn wie schon im Artikel zur Gehirnschirurgie in AK 87 aufgeführt wurde, ist die Liste der möglichen „Mißerfolge“ lang: Zerstörung der Persönlichkeit, totaler Gedächtnisverlust, Lähmung oder gar Tod sind nicht nur mögliche Gefahren, sondern bereits eingetretene „Nebenwirkungen“ („Welt“ 9.11.76).

Nachdem der Zuschauer über die Problematik der „Krankheit“ (natürlich nicht der Operationsmethode!) aufgeklärt war und auch er im Grunde nur noch eine Operation guthei-

sen konnte, wurde in allen Einzelheiten gezeigt, wie sorgfältig doch die Operation durchgeführt wird, so daß man keine Angst vor Nebenwirkungen zu haben brauche!

Zuletzt wird dem Publikum der „geheilte“ Patient vorgeführt. Er hat doch tatsächlich beim ersten Onanieren nach der Operation nicht mehr an Knaben gedacht, sondern an eine nackte Frau! An dieser Stelle endet der Film. Keine Information über das weitere Leben des Operierten; Erfolgsmessung an der momentanen Wirkung, die zudem noch durch die ständige Anwesenheit der Kamera unbestimmt, wenn nicht gar hervorgerufen wurde.

„Nur“ hundert jährlich!

In der nachfolgenden Diskussion wurde von zwei Sexualwissenschaftlern zwar auf einige Probleme hingewiesen, die Einwände konnten jedoch relativ leicht von Chirurg Müller und Strafanstaltsleiter Krause zurückgewiesen werden. Denn diese Kritik ging nicht weit genug, um wirklich treffen zu können. So wendet z.B. Schorsch vom Institut für Sexualforschung in Hamburg ein, daß ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlage Menschenversuche gemacht werden. Dem wird von Krause entgegnet, daß dies bei jedem neuen Medikament oder jeden neuen Operationsmethode üblich sei – und schließlich handele es sich ja „nur“ um etwa 100 Personen jährlich in der BRD!

Bei dieser Mentalität sind Skrupel auf Seiten der Wissenschaftler nicht zu erwarten. Letztlich geht es um den „Fortschritt“ und die Profilierung im medizinischen Neuland.

Und der Staat kann sich freuen, wenn die Lösung menschlicher Pro-

bleme nicht mehr in der Veränderung der Gesellschaftsordnung gesehen wird, die am laufenden Band kaputte Biografien ausspuckt, sondern in der Veränderung der Gehirne! Von den nur zu erahnen, zukünftigen „Möglichkeiten“ der Gehirnschirurgie (z.B. zur „Behandlung“ von AKW-Gegnern und anderen „gewalttätigen Terroristen“) ganz zu schweigen!

Für die Chirurgen wiederum, heißen sie nun Müller (Hamburg), Roeder (Göttingen) oder Diekmann (Homburg), scheint es geradezu Pech zu sein, daß in der BRD noch nicht wieder ganze Menschengruppen als sowieso „unwertes Leben“ abgestempelt sind, an denen sie „im Dienste der Wissenschaft“ herumexperimentieren können, wie es in den KZ's des Hitlerfaschismus gang und gäbe war.

Wenn wir uns nicht energisch dagegen wehren, wird es diesen Anpassungschirurgen noch gelingen, Fließbandmethoden für die Schaffung lammfrommer Menschenmassen zu schaffen. Eine „harmlose“ Gehirnschirurgie kann genauso wie Manipulationen an der Erbmasse (bei denen Biologen inzwischen auch erschreckende Fortschritte machen!) in kurzer Zeit die gesamte Persönlichkeit zerstören, jegliche Aktivität verhindern und apathische Untertanen schaffen!

Es wäre sehr sinnvoll, wenn gerade Genossen aus dem medizinischen Bereich aktiver beim Aufdecken von diesen Operationen und deren Nebenwirkungen tätig werden. Informationen dazu könnten für die Broschüre verwendet werden, die die Kinderkommission gegenwärtig über Psychochirurgie vorbereitet.

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Roeder randaliert wieder

Uelzen. Am 23. März stürmte Rechtsanwalt Roeder und ca. 20 seiner Nazi-Freunde eine Aufführung der Theater-Arbeitsgemeinschaft des Herzog-Ernst-Gymnasiums und Lessing-Gymnasiums in Uelzen.

Das Stück „Sie nannten ihn Leo – oder der erste Soldat des dritten Reiches“ ist eine Umbearbeitung des Schauspielers „Schlageter“ von Hans Johst.

Hans Johst war im Faschismus SS-Brigadeführer, 1935 Präsident der Reichsschrifttumkammer und Preisträger der NSDAP für Kunst und Wissenschaft. Sein Stück „Schlageter“ schrieb er „für Adolf Hitler in liebender Verehrung und unwandelbarer Treue“ (aus der Widmung der ersten Auflage). Es ist eine typische Verherrlichung der faschistischen Blutopferideologie am Beispiel des „Ruhrkämpfers“ Leo Schlageter während der Weimarer Republik.

Die Theater-AG in Uelzen wollte in ihrer Umarbeitung „Geschichte veranschaulichen“, „politisches Tendenztheater kritisch hinterfragen“ und „ideologische Beeinflussung mit Theatermitteln ad absurdum“ führen (aus einer Dokumentation der Theater-AG).

Das war Grund genug, daß sich schon zur ersten Aufführung am 5. Februar die Reaktionäre in Uelzen zu Wort meldeten: Während des Stückes gab es eine Bombendrohung und ein Flugblatt von Rechtsradikalen. In der örtlichen Presse meldeten sich „alte Ruhrkämpfer“ und Militaristen zu Wort und machten gegen die Inszenierung der Theater-AG Stimmung.

Roeder und Co. witterten wohl am 23.3. zur Wiederholung des Stückes einen „Geschichtsfälschungsskandal“. Sie störten die Aufführung durch Zwischenrufe, bewarfen die Darsteller mit Eiern und begannen,



mit Gewalt die Bühne zu stürmen. Der Direktor Uszkurat beugte sich dem Diktat der Rechtsradikalen und räumte Roeder fünf Minuten Redezeit ein. Roeder beschimpfte das Publikum als „verirrte Jugendliche“ und ließ seinen ganzen faschistischen Dreck los.

Der größte Teil der Zuschauer verließ dann unter Rufen wie „Nazis raus!“ das Theater.

Die Polizei nahm schließlich Roeder und einen seiner Kumpanen fest, als er die Bühne nicht verlassen wollte. Der Direktor der Schule erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Nach der Aufführung wurden beide Faschisten wieder – wie immer – auf freien Fuß gesetzt.

Die örtliche Presse („Allgemeine Zeitung“) leistete sich am nächsten Tag einen Schweinsartikel zu der Provokation am vorhergehenden Abend. Kein Wort zum Faschisten Roeder – im Gegenteil: „Die Auf-

führung mußte unterbrochen werden, nachdem lautstarke Rufe wie „Nazis raus!“ im Zuschauerraum erklangen waren. Es wurden faule Eier auf die Bühne geworfen“ („AZ“, 24.3.77).

Alles nach dem Motto: Die Randaliere sind immer die Antifaschisten!

Man darf gespannt sein, was aus der Anzeige des Direktors gegen Roeder wird. Die westdeutsche Justiz hat bisher jedenfalls noch nichts getan, um endlich diesem Faschisten das Handwerk zu legen.

Roeder ist übrigens schon einmal am 29.1.76 in Uelzen aufgetreten, um für die „Wiedererrichtung des Deutschen Reiches“ zu sprechen. Wir meinen, daß auch in Uelzen die Forderung vieler Antifaschisten der BRD „Roeder hinter Gitter“ verstärkt diskutiert werden muß.

KB / Gruppe Lüneburg

Das muß nicht sein!!!

Der Prozeß des Lauenburger Konkretors Schwirz gegen die Jugendzeitung des KB, REBELL (bzw. den presserechtlich Verantwortlichen), hat mit einer empfindlichen Schlappe für den REBELL geendet. Die im REBELL Nr. 13 und 14 aufgestellten Behauptungen, Schwirz verherrliche in seinem Geschichtsunterricht den Nazismus, es wäre nicht das erste Mal, daß Schwirz Leute absägt etc., mußten zurückgenommen werden. Sie konnten im Prozeß nicht bewiesen oder erhärtet werden.

Zwar hat er, wie im REBELL gemeldet, in einer Klasse den Hitlergruß vorgemacht, hat Marschmusik vorgespielt etc. – aber dies hat er, wie er und seine Zeugen versichern, „zur Demonstration“ gemacht (obwohl selbst der Richter meinte, daß wohl jedermann den Hitlergruß kenne und eine Demonstration überflüssig wäre). Er hat ebenfalls den ARBEITERKAMPF als „kommunistisches Hetzblatt“ aus seinem zeitpolitischen Unterricht verbannt (ein Schüler hatte den AK als Anschauungsmaterial mitgebracht). Er vertritt auch die Meinung, daß für eine Zeitung wie den AK „kein Platz in unserer f.d.G.O. sein dürfe“.

Da er aber die „schlechten und die guten Seiten des Nationalsozialismus“ ganz „objektiv“ den Schülern dargestellt haben soll, mußten wir unsere Behauptungen voll zurücknehmen.

Das Urteil (dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgend): 1.600 DM plus Gerichtskosten wegen erwiesener Verleumdung. DAS MUSS NICHT SEIN, GENOSSINNEN UND GENOSSEN!

Mal abgesehen davon, daß wir auch für Sachen, die wahr und beweisbar sind, verknackt werden bzw. Strafanzeigen erhalten (MEK-Prozeß, Rosenbaum und Brokdorf – siehe diesen AK), ist es eine große Schlappe, wenn wir in einem Prozeß wegen falscher oder unbeweisbarer Behauptungen verurteilt werden!

Zu dem finanziellen Schaden kommt auch noch der politische, wenn uns nachgewiesen wird, daß wir sozusagen unsere Artikel mit der „heißen Feder“ schreiben.

RECHERCHIERT LIEBER EINMAL ZUVIEL ALS EINMAL ZUWENIG, DAS ZAHLT SICH AUS! (auch finanziell – s.o.)

Der presserechtlich Verantwortliche und die Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg

Weg mit den bewaffneten Banden!

In Westberlin wurde im vergangenen Jahr die Geldtransportfirma Purolator bei zwei Überfällen um 4,2 Mio DM „erleichtert“. Diese an sich erfreuliche Tatsache nutzte die bürgerliche Presse zu einer breiten Kampagne für die Bewaffnung privater Unternehmen: „Im Bundesgebiet ... haben die Angestellten (von Purolator) scharfe Waffen. Hier in Berlin (wo bislang noch ein etwas schärferes Waffengesetz gilt, Anm. AK) müssen sich die Fahrer und Begleiter mit Gaspistolen behelfen“ („Tagesspiegel“, 10.3.76). Und das obwohl der Geldtransport „das derzeit schwächste Glied im Geldkreislauf“ sei („Tsp.“, 20.2.76).

Der Fall Purolator „legte ein Sicherheitsrisiko bloß“ („Tsp.“, 1.2.77).

Die Versicherung von Purolator heizte die Kampagne zur Bewaffnung privater Banden weiter an: Sie stellte die Bedingung, das Personal von Purolator müsse auch in Westberlin mit Schusswaffen ausgerüstet werden, sonst könnte sie Purolator in Westberlin nicht mehr versichern.

Laut „Deutsche Polizei“ (Zeitschrift der „Gewerkschaft“ der Polizei) begleiten seit dem 1.2.77 „vorübergehend“ schwerbewaffnete Wachpolizisten (mit MP im Anschlag!) die Geldtransporte. Außerdem sind auch speziell ausgebildete Beamte der „Schutzpolizei“ im Einsatz. „Diese Beamten werden überall eingesetzt und nicht nur in bestimmten Bezirken. Unser Ziel ist es, potentielle Gangster zu verunsichern. Dem gleichen Zweck dient das demonstrative Postieren von Polizeifahrzeugen vor Bankfilialen zu unregelmäßigen

Zeiten“ (Kriminaldirektor Schenk nach „Abend“, 14.2.77).

Ergänzt wurde das Ganze durch breit angelegte Presseberichte, daß „Bankräuber Berlin bevorzugen“ („Tsp.“, 6.3.77). In diesem Zusammenhang verweist Polizeipräsident Hübner auf „das Angebot der Polizei, das Schalterpersonal (der Banken) schulen zu lassen. Schon durch entsprechendes Auftreten ließe sich mancher Täter möglicherweise verunsichern. Eine Verfolgung durch die Angestellten vergrößert die Chance einer Festnahme“ („Tsp.“, 6.3.77).

Am 5.3. war es dann so weit: „Private Geldtransporter sollen bewaffnet werden“ („BZ“, 5.3.77). Die drei Fraktionen des Abgeordnetenhauses legten einen gemeinsamen Antrag an die Alliierten vor, wonach sich der Senat bei den Alliierten „für eine Änderung des derzeit in Berlin geltenden Waffenrechts dahingehend einsetzen (soll), daß auch tatsächlich gefährdeten und geeigneten Zivilpersonen die Erlaubnis zur Führung einer Schusswaffe gegeben werden kann“ (nach „Tsp.“, 5.3.77). Und Innenminister Neubauer bemerkte, „detaillierte Gespräche mit den alliierten Schutzkräften über die Änderung des Westberliner Waffengesetzes seien bereits im Gange“ („Abend“, 9.3.77).

Dies würde auch in Westberlin der Bewaffnung privater Banden Tor und Tür öffnen, wie sie in Westdeutschland bei den sogenannten „Schwarzen Sheriffs“ in München und anderen Terrorgruppen bereits üblich ist.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

„Ich danke Ihnen dafür“:

Leber schreibt an Christophersen

Bundeswehrminister Leber, verdienter SPD-Mitglied, ebenso verdienter Gewerkschaftsführer, ist (seit der „Affäre Rudel“) sogar in den ungerechten Verdacht geraten, auch noch ein verdienter Antifaschist zu sein. Immerhin hat er zwei Generäle über die Klinge springen lassen und im Bundestag den Nazi-Oberst und neofaschistischen Aktivist Rudel einen „Kerl“ genannt. So weit die Sachlage bisher.

Aber, wer ist schon gerne immer so barsch? Wie in der neusten Nummer der „Bauernschaft“, Zeitung des berühmten Nazis Christophersen (der in Auschwitz nichts von Judenmordungen bemerkt haben will) zu lesen steht, kann Leber auch ganz anders. Bekanntlich macht ja – unter zivilisierten Menschen, wie es der Bundeswehr-Minister und ein Faschist sind – der Ton die Musik. Also schreibt Leber an Christophersen („Bauern-

schaft“, 1/77): „Ihren Brief, in dem Sie sich wegen der entlassenen Generale Krupinski und Franke an mich gewandt haben, habe ich erhalten. Ich danke Ihnen dafür. (...) Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß ich das, was ich dem Deutschen Bundestag zu sagen habe, nicht vorher schon zum Gegenstand von Briefen (...) machen kann (...). Ich werde mir erlauben, Ihnen diese Darstellung vor dem Deutschen Bundestag dann auch zu übersenden. (...) Sie können überzeugt davon sein, daß ich mich immer vor jeden Soldaten stelle, wenn dies möglich ist. Im vorliegenden Falle war es nicht möglich, anders zu entscheiden.“

Wo kann man hier kotzen, bitte?

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Mordanklage gegen Gisela Ickler

In der Nacht auf den 9. Mai war Ulrike Meinhof in Stammheim unter bis heute noch ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

Am 10. Mai wurde daraufhin eine Demonstration in Frankfurt organisiert. Die Polizei ging extrem brutal gegen die rund 1.500 Demonstranten vor. Als einige Demonstranten „Molotow-Cocktails“ warfen, eskalierten die Bullen ihr Vorgehen zu beispielloser Härte: Demonstranten wurden regelrecht durch die ganze Frankfurter Innenstadt gejagt; Zivilisten wurden beobachtet, wie sie einzelne sogar mit vorgehaltener Pistole festnahmen usw.

Aktion Frankfurter Frauen gegen die Hetzkampagne gegen Inge Hornischer

Am 2. März beschlossen Frauen aus dem Frauenzentrum und aus der Frauengruppe „Mißhandelte Frauen“ eine Protesterklärung gegen die Diffamierungen der Presse gegen die Rechtsanwältin Inge Hornischer im Zusammenhang mit dem Fall Traube an die „Frankfurter Rundschau“ zu richten. Am Tag drauf gingen 25 Frauen ins „Rundschauhaus“, um den verantwortlichen Redakteur zu besuchen und ihm die Erklärung zu überreichen – mit der Forderung, sie am nächsten Tag zu drucken.

Erst versuchten die „FR“-Leute, die Frauen abzuwimmeln, der Verantwortliche sei gar nicht im Haus und sie könnten das nicht entscheiden. Schließlich wurde den Frauen erklärt, daß nichts gegen eine Veröffentlichung der Presseerklärung spräche.

Ein anderer Redakteur fand sie zu lang und schrieb sofort eine Kurzfassung, was mit den Frauen gemeinsam abgesprochen wurde. Die Frauen gingen wieder weg, mit dem Versprechen seitens der „FR“, diese Fassung würde in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden. Statt der Veröffentlichung dieser Protesterklärung kam aber ein Artikel „Die verlorene Ehre der Inge Hornischer“ (der im Übrigen ziemlich solidarisch war) – allerdings kein Wort von der Aktion der Frauen!

Wahrscheinlich hilft das nur ein neues Go-in!

Frauengruppe
KB / Gruppe Frankfurt

Vier Tage nach der von den Bullen provozierten Straßenschlacht holten sie zum nächsten Schlag gegen die Linken aus: 15 Leute wurden vorübergehend festgenommen, schließlich einigten sich die Bullen zunächst auf Gerhard Strecker als „Verdächtiger“. Er sollte einen „Molli“ geworfen und dabei einen Polizisten verletzt haben. Gerhard wurde von nun an als „Mörder“ aufgebaut – gestützt einzig und allein auf zwei angebliche anonyme Anrufe.

Fotomaterial, das angeblich beweiskräftig sein sollte und dessen öffentliche Vorlage vom Polizeipräsident Müller immer wieder angekündigt wurde, wurde tatsächlich nie vorgelegt. Das war auch logisch, denn Gerhard hat gar nicht an der Demonstration teilgenommen, wie es viele Genossen bezeugen konnten.

Dank der Mobilisierung der Linken (bis zu 6.000 Menschen demonstrieren für seine Freilassung), wurde Gerhard 14 Tage später wieder freigelassen, allerdings, ohne daß das Verfahren gegen ihn bis heute eingestellt wurde.

Danach holten Polizei und Justiz am 14. Juli zum zweiten Schlag aus: Sie verhafteten die Krankenschwester-Schülerin Gisela Ickler. Während gleichzeitig die Beschuldigungen gegen Gerhard Strecker von der Polizei weiterhin aufrechterhalten werden, soll seltsamerweise nun eine andere Person den gleichen Brandsatz geworfen haben!

Und ähnlich wie im Fall Strecker behinderte die Justiz erneut die Beweisführung für die Unschuld der Festgenommenen: So weigerte sich zum Beispiel der Haftrichter Dimde, sofort die drei von der Verteidigung angebotenen Entlastungszeugen anzuhören! Dimde erklärte dazu selbstherrlich: Eine Beweisaufnahme bei bzw. vor Verkündung eines Haftbefehls sei „nicht üblich“. Mit anderen Worten: Es ist völlig egal, ob handfeste Unschuldbeweise vorliegen; um jemanden erstmal in Untersuchungshaft zu stecken, bedarf es lediglich entsprechender Behauptungen von Polizei und Staatsanwaltschaft. Diese stützen sich im „Fall Ickler“ auf eine angebliche Zeugin, die die Beschuldigte in Fotoakten der Polizei „wiedererkannt“ haben soll, und auf einem Filmstreifen, auf dem die Polizei Gisela angeblich als Brandsatzwerferin „identifiziert“ haben will. Tatsächlich ist auf diesem Filmstreifen aber nicht einmal eine Person zu sehen, die auch nur annähernd Gisela ähnlich sieht! Das war nach einem mehrstündigen Haftprüfungstermin schließlich das ausschlaggebende Argument für den zweiten Haftrichter, um Gisela am 29. Juli wieder freizulassen.

Heute, fast ein Jahr danach, sollen Polizei und Justiz angeblich 30 belastende Zeugen gegen Gisela vorweisen können.

Ebenso wie bei Gerhard können drei Zeugen beweisen, daß auch Gisela an der betreffenden Demonstration nicht teilgenommen hat!

Die ganze unverschämte Willkür der Polizei beim Vorgehen gegen Gisela braucht nicht noch betont zu werden: die Fakten sprechen schon für sich eine deutliche Sprache! Auf der anderen Seite zeigen hier Polizei und Justiz, daß sie wild dazu entschlossen sind, einen „Verantwortlichen“ zu finden.

Daher hat die Frage einer Gegenmobilisierung der Frankfurter Linken eine sehr große Bedeutung. Leider muß aber gesagt werden, daß bislang so gut wie nichts gelaufen ist. Noch bedauerlicher, gelinde gesagt, ist die Haltung der verschiedenen Sponstifrauengruppen, die den „Fall Gisela“ anscheinend als ihre private Angelegenheit betrachten.

So wurden auf einer Pressekonferenz sämtliche Männer rausgeschmissen; so lehnten sie es ab, im „Pflasterstrand“ (Zeitung der Frankfurter Spontis) einen Artikel dazu zu schreiben; eine erste Diskussion setzten sie zum gleichen Zeitpunkt fest, als eine Frauenveranstaltung zum Thema „Frauen und Repression“ lief (Veranstaltung einer Frauen-AE, die von der KB-Frauengruppe initiiert worden war) – und dies wohlweislich als „Konkurrenzunternehmen“, wie es einige Sponstifrauen uns gegenüber auch offen sagten!

Wir meinen dazu, daß eine solche sektiererische, verantwortungslose und im Grunde genommen unpolitische Vorgehensweise der Solidarität mit Gisela überhaupt nichts nützt, sondern dem Aufbau einer solchen Solidaritätsbewegung direkt entgegenarbeitet.

Wir selber werden in der jetzt existierenden Frankfurter Frauen-Aktionseinheit darüber diskutieren, welche Möglichkeiten wir haben, um den Fall von Gisela eine Öffentlichkeit und die breitmöglichste Solidarität aufzubauen. Abgesehen von Flugblättern sollen Resolutionen in Schulen und Uni verabschiedet werden. Am ersten Tag des Prozesses oder kurz davor könnten wir eine Demonstration oder ein Go-in zum Gericht organisieren.

Selbstverständlich streben wir an, daß die anderen Frauengruppen daran teilnehmen und werden sie entsprechend auch dazu einladen, an den Besprechungen teilzunehmen!

Frauengruppe
KB / Gruppe Frankfurt

Wie ist der Kampf gegen die AAO sinnvoll zu führen?

In dem bisherigen Vorgehen gegen die AAO sind meiner Meinung nach einige Gefahren zu erkennen, über die es zu diskutieren gilt.

1. Ist die AAO faschistisch? Hier scheinen mir bereits die Unklarheiten zu beginnen. Die AAO vertritt zwar einige faschistoide Inhalte. So ist z.B. ihr Begriff von „gesund“ und „krank“ deutlich faschistoid, ebenso ihre Hetze gegen Schwule. Ihr „Wehrkonzept“ hingegen ist zwar pro-imperialistisch, aber auch nicht faschistoider als die Sprüche eines normalen Sozialdemokraten. Darüber hinaus ist eindeutig, daß die AAO gezielt als Provokateurs-Truppe gegen Links auftritt, daß sie mit ihrem „Kleinfamilien“-Scheiß von den gesellschaftlichen Ursachen der Probleme weglenken will und daß sie ganz gezielt den antikapitalistischen Kampf zu zersetzen versucht, indem sie das individuelle Wohlbefinden im „AAO-Modell“ verspricht.

Es trägt aber nicht zur Klärung und zur richtigen Bestimmung der Kampfschritte bei, wenn man die AAO einfach als faschistisch oder auch nur als faschistoid ansieht, ohne dabei ihre wesentlichen Unterschiede zu NPD, Hoffmann-Truppe etc. einzubeziehen. Die AAO, kurz gesagt, wäre als „entartet“ neben uns Kommunisten im KZ gelandet! Was ihren Blödsinn zwar im Keim, aber doch ein Grund zum Nachdenken sein könnte (vielleicht übrigens nicht nur für uns, sondern auch für einzelne AAO-Leute!). Unbeschadet einzelner faschistoider Theorien der AAO gehört sie wohl doch zu jenen „Minderheiten“, die im Zuge der Faschisierung von Staat und Gesellschaft zunehmend angegriffen und deren Spielraum immer weiter eingeengt wird. Es sei nur an die Polizei-Überfälle vor einigen Jahren auf die Sekte „Hare Krishna“ erinnert, wobei diese

Sekte gleichfalls ziemlich reaktionäre Theorien und Praktiken vertrat. Lenin hat sich dafür ausgesprochen, daß die Kommunisten es auch verstehen müssen, an die Angriffe des Zarenismus auf reaktionäre Sekten anzuknüpfen, um auch daran das politische Bewußtsein und den demokratischen Kampf weiterzuentwickeln. Das ist meiner Meinung nach auch heute noch richtig. Warum auf die AAO nur defensiv reagieren, statt z.B. auch mal den noch nicht total ausgeflippten unter ihnen eine Debatte über unsere gemeinsame Betroffenheit durch den Abbau demokratischer Rechte etc. abzufordern?

2. Die Frage unserer Aktionsforderungen gegen die AAO. Sie steht mit der ersten Frage, nach dem Charakter der AAO, in direktem Zusammenhang. Die Aktionsform (direkter Angriff, Flugblätter wegreißen etc.) ergibt sich aus der Einordnung der AAO als faschistisch bzw. faschistoid. Ein kleiner Rückblick in unsere eigene Vergangenheit zeigt uns, daß es noch vor etwa zwei Jahren mancherorts bei uns üblich war, daß regelmäßig die Flugblattverteiler der ELC („Rockefellers große Verschwörung“ usw.) angegriffen wurden, ihnen ihr Material abgenommen wurde usw., mit der Begründung, daß die ELC „faschistisch“ sei. Da sich dies kaum beweisen ließ, wurde dann ausförmlich nachträglich argumentiert, der „faschistische“ Charakter der ELC zeige sich ja auch darin, daß sie nach unseren Angriffen auf ihre Verteiler die Polizei rief. Dieser Logik zufolge wäre inzwischen auch der KBW „faschistisch“ (siehe Vorfälle an seinem Büro in Hamburg-Altona). Die Angriffe auf die ELC-Verteiler zeichneten sich besonders dadurch aus, daß praktisch kaum noch politisch argumentiert wurde, die Aktionen den umstehenden Passanten etc. überhaupt nicht mehr inhaltlich vermittelt wurden (und

meiner Meinung nach auch nicht zu vermitteln waren), sondern das reine Wegnehmen der Flugblätter übrig blieb, als ob man dadurch die Verbreitung falscher Ideen verhindern könnte (Mao!). In eine ähnliche Richtung ging anfänglich die etwas allzu leichte und oberflächliche Pauschalisierung des WSL als „faschistisch“, wobei allerdings tätliche Aktionen gegen WSL-Veranstaltungen nicht unternommen wurden (Warum eigentlich nicht? ...).

Ich fürchte, daß wir weithin auf solche Weise in den Ruf kommen, daß wir sehr leichtfertig mit unserem großen Stempel „faschistisch“ herumhantieren und daß man uns am Ende vielleicht nicht ernst nehmen könnte, wenn wir von tatsächlichen Faschisten sprechen. Beim WSL etwa sind wir heute durchaus in der Lage, zunehmend exakter und differenzierter dessen tatsächlich weithin reaktionären Charakter, seine offene Flanke zum organisierten Rechtsradikalismus und entsprechende persönliche Verflechtung, die Rolle bestimmter WSL-Vertreter in der Anti-AKW-Bewegung etc., einzuschätzen und öffentlich zu machen. Das schafft politische Glaubwürdigkeit und die Möglichkeit zur Ausschaltung reaktionärer Strömungen, während das aufgeregte Hantieren mit dem großen Stempel eher unglaublich macht und uns selbst den Blick für das richtige Vorgehen trübt.

Konkret zur AAO: Ich sehe die Gefahr, daß es einfach zu einem modischen (!) Schematismus wird, daß wir bei jedem Auftauchen der AAO jetzt meinen, unbedingt „etwas tun“ zu müssen – ebenso wie es zunächst mit den Info-Ständen der NPD war und später zeitweise mit den Leuten von der ELC. Fakt scheint mir, daß die AAO nicht unser Hauptfeind ist, sie ist noch nicht einmal ein besonders wichtiger Feind, sondern nur ein Gegner unter vielen. Man muß die Größenverhältnisse im Auge haben, damit man nicht am Ende versehentlich wirklich die Mücke für einen Elefanten hält.

Gut und sinnvoll sind Aktionen gegen die AAO sicher dann, wenn es gelingt – wie in Bremen – direkt betroffene Gruppen einzubeziehen, z.B. Schwulengruppen als besonderes Haßobjekt der AAO, oder Frauengruppen. Gut ist eine Aktion, wenn sie durch Informationen und Diskussionen in der linken und demokratischen Öffentlichkeit vorbereitet und flankiert ist. Gut ist eine Aktion, wenn sie möglichst vielen Menschen den reaktionären Charakter der AAO verdeutlicht, wozu es sicher auch sinnvoll ist, gegebenenfalls durch geschickte Auftreten die entsprechenden Seiten bei der AAO „herauszukitzeln“ (man kann auch sagen: zu „provokieren“). Gut ist eine Aktion, wenn sie an der ohnehin vorhandenen Lächerlichkeit der AAO anknüpft, mit den Methoden der Phantasie und des „happenings“ arbeitet.

Schlecht hingegen ist eine Aktion, wenn wir – losgelöst von den konkreten Umständen – uns unbedingt verpflichtet fühlen, „etwas tun“ zu müssen, wegen der vermeintlichen „Gefährlichkeit“ dieser „Faschisten“, denen man um jeden Preis „entgegentreten“ müsse. Schlecht ist eine Aktion, wenn wir Kommunisten sie allein tragen und uns womöglich noch vom Auftreten her als „verbissene Sektierer“ auch bei demokratischen Menschen unangenehm machen. Schlecht ist es, gerade angesichts der auf uns selbst zukommenden Repressionen und Verbotsandrohungen, wenn wir bei demokratischen Menschen den Eindruck erwecken, wir seien einfach „intolerant“ gegenüber anderen Ideen, würden diese pauschal als „faschistisch“ diskriminieren und würden mangels Argumenten lieber mit den Mitteln der Gewalt arbeiten.

Damit sei nichts gegen eine Hauerei zum passenden Zeitpunkt gesagt. Provokateure sollen auch ruhig mal eins an die Löffel kriegen. Es ist aber z.B. ein offensichtlicher Unterschied, ob wir einmal gezielt Aufhäng-Flugblätter des KBW beschlagnahmen, oder ob wir auf den ihren Einfall kämen, regelmäßig und überall auf KBW-Flugblätter Jagd machen zu müssen. Ebenso ist es ein ganz großer Unterschied, ob man eine Aktion gegen die AAO anhand von vermittelbaren Inhalten unternimmt, d.h. indem die AAO sich selber bloßstellt, oder ob wir uns selber zu Opfern eines Schematismus machen („Die AAO kommt, also müssen wir was machen“) und durch eine schlechte Aktion selbst Minuspunkte im demokratischen Kampf sammeln.

Die Frage muß immer sehr präzise gestellt und diskutiert werden: Was wollen wir erreichen und wie erreichen wir es am besten? ...

Ein Genosse der AK-Redaktion

„Mühl-Schwein – in den Spülstein!“

Am 25.3. sollten im Bremer Kino Cinema (hier werden häufig fortschrittlichere Filme gezeigt) zwei Filme über Otto Mühl gezeigt werden. Otto Mühl ist der Kopf der AAO, einer Sekte, die durch „Aktions-Analyse“ eine neue Welt aufbauen will, mit völlig neuen Menschen, die „gesund“, ausgeglichen und vor allem nicht „kleinfamiliengechädigt“ sind. Mit scheinbar linken Sprüchen werden Menschen durch die AAO eingefangen und einer Gehirnwäsche unterzogen, um dann für die faschistoide Ideologie der AAO tauglich zu sein. Wir berichteten bereits ausführlich über diese Vögel und ihre Praktiken im AK 99).

Die Bremer AA-Gruppe wollte diese Filmvorstellung als AAO-Werbearbeitung nutzen. Das sollte ihr nicht gelingen! Mit einem Flugblatt rief eine „Assoziation Kulturrevolution“ dazu auf, diese Veranstaltung zu verhindern. Es mobilisierten ebenfalls die Basisgruppen, die „Schwulen-Aktion Bremen“ und der KB. Über 150 Menschen erschienen. Niemand wurde ins Kino eingelassen. Die AA-Leute ließen sich anfangs nicht blicken. Es wurden Flugblätter an Passanten verteilt, wir verteilten UNSERE STADT, in der ein Artikel über die AAO erschienen ist. Nach einiger Zeit kam der Besitzer des Kinos heraus (ein Sozialdemokrat), um uns einen Vorschlag zu machen. Ihm war bei der Sache nicht sehr wohl, seine Kinokassen klingeln nämlich hauptsächlich durch das linke Publikum, das in diesem Stadtteil wohnt und das er mit seinen Filmen anspricht. Er hatte Angst, jetzt sein linkes Image zu verlieren und damit seine Kunden. Deshalb tat er naiv: Die Mühl-Filme seien ja schon älter, damals habe es die AAO noch gar nicht gegeben. Die AAO hätte mit dieser Veranstaltung auch gar nichts zu tun. Er hätte sich wirklich nichts dabei

gedacht. Das nahm ihm niemand ab, denn es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo diese Sekte überall auftaucht, Filme von Mühl angeboten werden!

Und er schlug uns einen Kompromiß vor: Mühl sollte abgesetzt werden, stattdessen wollte er uns „Panzerkreuzer Potemkin“ zeigen, sogar umsonst! Das wurde von der Mehrheit der vor dem Kino Stehenden abgelehnt, das Kino wurde geschlossen, was Begeisterungs-Jubel bei den Demonstranten auslöste.

Inzwischen war ein kleiner Trupp AA-Leute aufgetaucht, gut zu erkennen an ihrer AA-Glatze. Sie wollten Zeitungen verkaufen und Flugblätter verteilen. Das gelang ihnen nicht, denn sie hätten ihre Schmierblätter erst von der Straße auflesen und zusammenkleben müssen, was sie aber wohlweislich unterließen. Stattdessen kamen wir in den Genuss, gratis eine „Selbstdarstellung“ mit „Urschrei“ einer AA-Frau auf offener Straße zu erleben, als ihr die Flugblätter abgenommen wurden.

Diese Aktion war sicherlich eine gute Voraussetzung, um weiter gegen die AA-Leute vorzugehen. Ihre nächste Großveranstaltung (zwei haben sie immerhin in Bremen schon ungestört machen können) wird sicherlich anders ablaufen als die ersten!

Wir sollten die drei Parolen ernstnehmen, die unter dem Flugblatt der „Assoziation Kulturrevolution“ stehen und sie in die Tat umsetzen:

Jeder Liberalismus gegen diese Sekte ist gefährlich!

Keine Veranstaltung der AAO in Bremen und auch nicht anderswo!

Keine ungestörten Flugblatt- und Plakataktionen der AAO!

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Leserbrief zum Artikel „Polizei will ‚Dum-Dum-Geschosse‘“ (AK 100)

In dem Artikel sind m.E. zwei Punkte nicht ausreichend berücksichtigt:

1) Das Entscheidende bei „Dum-Dum“-Geschossen ist nicht die „Aufprallenergie“ oder die „größere Wundhöhle“ – wie die Bullen und „Dum-Dum“-Geschossen ist nicht die „Aufprallenergie“ oder die „größere Wundhöhle“ – wie die Bullen und ihre Gewerkschaftsführer behaupten – sondern es ist die „Sicherheit“, mit der ein solches Geschoss „sich den Weg durch den Körper des Betroffenen bahnt“.

D.h. ein normales Geschoss dreht sich nach dem Abschuss längs um die eigene Achse; diese Eigenschaft behält es auch bei, wenn es auf den Körper trifft.

Das Wesentliche an „Dum-Dum“-Geschossen hingegen ist die Eigenart sich zu verformen, dadurch die Schußbahn zu verlieren, um dann praktisch sich kreuz und quer zu drehen und damit Verletzungen innerhalb des Körpers hervorzurufen, die oberhalb der Gürtellinie absolut tödlich sind, da die Eingeweide zerrissen werden! Der Zynismus der Bullen und des Staatsapparates: Den Genossen der Baader-Meinhof-Gruppe wurden „Dum-Dum“-Geschosse unterge-

schoßen (abgefeilte Geschosspitze), um daraus den Strick der „vorsätzlichen Tötungsabsicht“ zu drehen, da diese Geschosse „absolut tödlich“ seien!

2) Die Entwicklung sog. „humaner“ Geschosse: M.E. gibt es so etwas nicht! Dennoch, in den USA gibt es z.B. die Entwicklung sogenannter „Pfannkuchen“-Geschosse (nach dem Abschuss entfalten sich handteller-große, mit Sand gefüllte, „Pfannkuchen“, die den Getroffenen durch den Aufprall „umwerfen sollen“).

Diese Variante staatlicher Totschlagspolitik wurde eingestellt zugunsten einer Entwicklung von Munition, die Gegner sofort unschädlich macht.

Wir würden solcherart „humane“ Geschosse genauso ablehnen wie z.B. Gummigeschosse, Holzgeschosse, chemische Keule etc. weil sie – genau wie „Dum-Dum“-Geschosse – mörderische Waffen in den Händen des Staates gegen die demokratische und kommunistische Opposition darstellen.

Ein AK-Leser

„Europa-Wahlen“: CSU fischt im Trüben

Getrennt von der „Europäischen Volkspartei“ der CDU versucht die CSU, unter dem Namen „Europäische Demokratische Union“ (EDU), ein stramm antikommunistisches Bündnis verschiedener konservativer bis faschistischer Parteien zusammenzubringen.

Bislang sind dabei im Gespräch: Die Konservativen Großbritannien, die Gaullisten um Chirac (die CDU setzt auf den „gemäßigten“ Giscard, die CDS in Portugal, die österreichische Volkspartei sowie die ultra-rechte spanische „Equipo Democrata Cristiano des Estado Español“, die im wesentlichen aus Franco-Faschisten besteht („Spiegel“, 13/77).

Hinzu kommen noch die konservativen Parteien aus Skandinavien sowie die „Südtiroler Volkspartei“ in Italien („FAZ“, 21.3.77).

Unklar sind die Bündnispartner der CSU noch in Griechenland und in Italien: In Griechenland haben Annäherungsversuche an die „Neue Demokratie“ von Karamanlis wenig eingebracht; stattdessen hat die CSU beste Kontakte zu „Crike“ der alten Faschisten, die ja eine ureigene CSU-Gründung ist. In Italien war Strauß persönlich zu Gesprächen mit führenden Vertretern der Christdemokraten sowie der „gemäßigten“ Abspaltung der faschistischen MSI. Hier konnte Strauß auch einen alten Bekannten begrüßen: Sein Gesprächspartner war der Senator Mario

Tedeschi, Herausgeber der führenden Faschistenzeitung „Il Borghese“, in der Strauß schon vor Jahren ein aufsehenerregendes Interview veröffentlicht hatte.

Organisiert wurden und werden diese Kontakte über die CSU-eigene „Hans-Seidel-Stiftung“, deren eigenständige Auslandsarbeit in der Vereinbarung über die weitere Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU ausdrücklich festgehalten worden war.

Im Hintergrund dieser Umtriebe steht wohl die Überlegung, im kommenden direkt gewählten Europaparlament eine voll auf den „Freiheit oder Sozialismus“-Kurs der CSU eingeschworene Fraktion zu bilden und auch dort eine Arbeitsteilung zwischen der EDU und der CDU-nahen „Europäischen Volkspartei“ zu praktizieren. Voraussetzung für diesen Plan wäre allerdings die Verabschiedung eines Wahlgesetzes zum Europaparlament, das der CSU eine eigenständige Kandidatur ermöglicht. Notfalls – so Strauß – wolle er selbst als rechter Einpeitscher nach Brüssel gehen: Es solle „keine Regelung dergestalt geben, daß Angehörige des Bundesstaats oder der Landtage nicht im Europaparlament sitzen könnten. Es sei im Gegenteil wünschenswert, daß möglichst viel politische Prominenz dorthin entsandt werde ...“ („FR“, 29.3.77).

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Leserbrief zum Artikel „Die AAO macht keine Fehler, sie ist ein Fehler!“

Meine Kritik bezieht sich auf die abschließende Einschätzung der Aktion in Westberlin gegen die AAO durch die AG Frauen. Da heißt es „Viele Leute wollten sich einfach so mal angucken und reagierten unheimlich sauer, weil sie von Anfang an daran gehindert wurden“. Meines Erachtens spielt Ihr das Problem etwas herunter, was von der AG Frauen aus Bremen im darüberstehenden Artikel richtig dargestellt wird. Es ist doch kein Zufall, daß gerade viele Spontis sich darüber aufregen, wie wir und andere (z.T. auch Spontis) die AAO behandeln. Weil sie nämlich die AAO ebenfalls als Linke begreifen und weil die AAO gerade frustrierte Linke anspricht, die mit ihren Versuchen „alternativer Lebensformen“ in Wohngemeinschaften, Beziehungen und alternativen Projekten (Kinderläden, Buchläden, Kneipen etc.) immer wieder an die Grenzen der Verwirklichung im Kapitalismus stoßen. Sie scheint vielen einfach ein noch radikalerer Ansatz zu sein, mit den verhassten bürgerlichen Lebensformen zu brechen. Nicht gesehen wird von diesen Linken, daß unter dem Mantel der Verwirklichung neuer Lebensformen die AAO in Wahrheit faschistisches Gedankengut propagiert.

Aus diesen Schwierigkeiten folgt die AG Frauen Westberlin, nicht so militant gegen die AAO vorgehen zu dürfen, weil viele Spontis darüber „sauer“ werden. Die besondere Betonung darauf, daß man das Ganze „ruhig“ (soll offenbar heißen: nicht so militant) in ein Tribunal gegen die AAO hätte umwandeln sollen, verkleistert doch gerade, daß auch dazu die gleichen „Leute“ gar nicht bereit gewesen wären, weil sie sich von der AAO etwas versprechen.

Wir haben in Hamburg bei der AAO-Selbstdarstellung durchaus ähnliche Schwierigkeiten mit den AAO-Vögeln gehabt, und das Echo im Publikum war zunächst auch mehrheitlich ablehnend. Wir haben dann die AAO dazu provoziert, ihren „Selbstdarstellungsscheiß“ auf die Spitze zu treiben, haben sie aufgefordert, mal

befreiend zu schreien, Klavier zu spielen etc. Diese Vögel sind, um uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, auf alles eingegangen und haben einen verückten Zirkus veranstaltet, sodaß die ersten Leute ihr Eintrittsgeld von 3 DM zurückforderten. (Wir hatten natürlich nicht bezahlt). Der erste wurde das Geld noch ausgezahlt, dem zweiten schon nicht mehr. Wir haben dann die Kasse geöffnet und an einen großen Teil der Teilnehmer das Geld ausgezahlt.

Wir können nicht davon ausgehen, daß alle (oder auch nur die Mehrheit der) Teilnehmer der AAO-Selbstdarstellungen dieses Vorgehen teilen. Aber für falsch halte ich den Schluß, prinzipiell „ruhig“ gegen die AAO vorzugehen. Denn sie weichen jeder inhaltlichen Auseinandersetzung aus, sie nehmen zu keiner inhaltlichen Kritik etwa am „Wehrkonzept“ Stellung! Als wir sie dann aber durch das „Klauen“ der Kasse provoziert hatten (offenbar an empfindlicher Stelle), da ließen sie die Hosen runter (im übertragenen Sinne, wirklich haben sie's in Hamburg nicht gemacht). „Arbeitscheues Gesindel“, wie seht ihr bloß aus mit euren langen Haaren und eurem Zeug – solche und ähnliche Sprüche kriegten wir da zu hören. Da haben sie sich wirklich entlarvt, aber auch dann kriegten sie noch Beifall von solchen Leuten, die wir auch durch die ruhigste Debatte nicht überzeugen hätten, weil sie eben in der AAO eine Perspektive sehen wollen.

Ich meine daher, daß wir keine generelle Taktik für AAO-Veranstaltungen aufstellen dürfen und schon gar nicht die Devise „ruhig bleiben“. Ziel unserer Taktik muß es sein, die AAO dahin zu treiben, daß sie ihre wirklichen Aussagen, ihre Hetze gegen linke Gruppen, Frauen, Homosexuelle etc., ihre faschistischen Aussagen zur „Führernation“ etc., auf ihren Veranstaltungen auch „selbstdarstellt“, und dazu werden sie in der Regel nur provoziert werden können.

Ein Hamburger Studentengenosse

Antifa-Kurzmeldungen

Antifaschisten aufgepaßt!

Vom 27.5. bis 31.5.1977 sollen in Ansbach in der Südeifel die 23. „Tage volkstreuer Jugend“ stattfinden. Motto der Tagung: „Wir tragen die Rune der strahlenden Sonne“. Beteiligt an dem „Arbeitskreis Tage volkstreuer Jugend“, der als Veranstalter auftritt, ist u.a. die „Wiking-Jugend“. Es ist damit zu rechnen, daß diese Gruppen die Gelegenheit auch zu paramilitärischen Übungen und anderem faschistischen Mummenschanz nutzen wollen.

Für die Pfingstage – vom 22.5. bis 30.5.1977 – will sich ein anderer Faschistenzirkel im Harz – in Scharzfeld bei Herzberg – einnisten. Die Gemeinde Scharzfeld stellt dafür ihr „Dorfgemeinschaftshaus“ zur Verfügung.

Der „Unabhängige Freundeskreis“ um die Herausgeber des Blattes „Unabhängige Nachrichten“ („UN“), Martin Voigt, verschickt Einladungen zu diesen „Tagen der Gemeinschaft“. Bei Vorträgen „Mahnstunden“ (z.B. am 28.5., 21 Uhr Burgruine) usw. sollen die Teilnehmer sich zusammenfinden, um die „ersehnte Volksgemeinschaft ... vorzuleben“ (Voigt). Versteht sich, daß solche Gesellschaft unter sich bleiben will. „Da diese Tage der Gemeinschaft der Bedeutung des Begriffs gerecht werden sollen, wollen wir jeden Rummel mit Gegnern, Protestaktionen und Auseinandersetzungen mit irgendwelchen „angelockten“ Leuten vermeiden. Diese Einladung ergeht daher nicht öffentlich.“ Soweit Voigt. Na also: Die Einladung muß angemeldet werden; Unterlagen sind anzufordern über UN – Postfach 400215, 4630 Bochum 4.

Sudetentreffen in Österreich

Vom 27. bis 30. Mai 1977 (Pfingsten) will die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ unter dem Vorsitz des CSU-Bundestagsabgeordneten Walter Becher ihr traditionelles Jahrestreffen in Wien abhalten. Zu dem Kongreß, der unter dem Motto „Das Erbe erhalten – die Zukunft erhalten“ stattfinden soll, werden ca. 200.000 Teilnehmer erwartet. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft stellt seit Jahren den Löwenanteil der Teilnehmer an den Revanchistentreffen (1976: 200.000 Sudetendeutsche unter 300.000 bei allen Revanchistentreffen an Pfingsten insgesamt).

Aktionen gegen Berufsverbote

Aktionen gegen Berufsverbote in Belgien und den Niederlanden

In Holland und Belgien verstärken sich die Proteste gegen die Berufsverbote in Westdeutschland. In Alkmaar nahmen am 12. März mehrere tausend Menschen an einer Kundgebung gegen die Berufsverbote teil. Anlaß war die Behauptung des SPD-Bürgermeisters von Darmstadt (Patentstadt von Alkmaar), es gebe in der BRD keine Berufsverbote (vergl. auch AK 99 u. 100). U.a. hatte Bürgermeister Sabais die Opfer der Berufsverbote als „Holzwürmer“ bezeichnet. Der Magistrat von Haarlem hat beschlossen, die Berufsverbote bei einem Besuch in der Patentstadt Osnabrück am 21. April in einer öffentlichen Diskussion zur Sprache zu bringen.

Ein unrühmliches Ende

Vor dem Bundesverfassungsgericht wird demnächst der Fall des Karlsruher Studienrats F.G. verhandelt. G. war 1973 vom Schuldienst suspendiert worden, seine Bezüge wurden um die Hälfte gekürzt (eine sofortige Entlassung kam nicht in Frage, weil er schon Beamter auf Lebenszeit war), wobei ihm Mitgliedschaft im KBW vorgehalten wurde. In zwei Gerichtsinstanzen wurde diese Suspendierung bestätigt. Eine einstweilige Verfügung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß ein Lehrer nicht im Schuldienst beschäftigt werden könne, „solange nicht der Vorwurf entkräftet ist, er habe sich aktiv für eine verfassungsfeindliche Organisation betätigt“. Das gelte im besonderen Maße, da „damit gerechnet“ werden müsse, „daß er es auch weiterhin tue“. G. hat allerdings inzwischen ausdrücklich erklärt, daß er seit Januar 1975 nicht mehr dem KBW angehört und hat sich auch aus-

Löwenthal Vorsitzender der Deutschlandstiftung

Zum neuen Vorsitzenden der „Deutschlandstiftung e.V.“ wurde Gerhard Löwenthal am 19./20.3.77 gewählt. Er tritt damit die Nachfolge des Brigadegenerals A.D. Karst an, der nur noch Präsidiumsmitglied ist, da er sich auf „andere Aufgaben“ konzentrieren will.

Löwenthal hatte schon 1975 den Konrad-Adenauer-Preis für Publizistik der „Deutschlandstiftung“ erhalten, als er an der Spitze der massiven Propaganda für eine „Vierte Partei“ gestanden hatte.

Die „Deutschlandstiftung“ ist das wohl wichtigste Zentrum zur Propagierung rechter Sammlungsbewegungen, mit Kontakten zu den offenen Faschisten. Ein Schwerpunkt der aktuellen Propaganda in ihrer Zeitschrift „Deutschland-Magazin“ ist die Propagierung der SPD-Rechtsabspaltung „SDU“ sowie die Kampagne der CDU zu den „Menschenrechten in kommunistischen Staaten“.

Als Aufgabe der „Deutschlandstiftung“ bezeichnete Löwenthal in seiner Rede auf der Jahreshauptversammlung: „Die ‚Deutschlandstiftung‘ wird einen wesentlichen Beitrag zur Sammlung der fortschrittlichen konservativen Kräfte zu leisten haben“ („Bild am Sonntag“, 20.3.77). Mit seinem ZDF-Magazin hat Löwenthal seit Jahren beste Gelegenheit dazu.

Nazi-Terrorist Hoffmann mußte Uniform ausziehen

Unter Aufsicht der Polizei mußte sich Faschist Hoffmann mit einigen seiner Gesellen aus der Wehrsportgruppe auf einer Nürnberger Polizeiwache entkleiden und umziehen.

Hoffmann hatte mit seiner Truppe in der Innenstadt in Uniform inklusive Gasmaske und Stahlhelm Flugblätter verteilt. Die Polizei schritt in diesem Fall (wahrscheinlich ausnahmsweise) ein und nahm die Faschisten fest, zwecks Einleitung eines Verfahrens wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, dabei wurden auch die Uniformen beschlagnahmt.

Dies sollte keinesfalls eine Ausnahme bleiben, und die Antifaschisten sollten bei jedem Auftauchen dieser Vögel in Uniform sofort die Polizei rufen, damit es keine Ausnahme bleibt.

(Wir werden uns bemühen, näheres über das Flugblatt und das Vorgehen des Verfahrens zu erfahren und dann zu berichten.)

KB/Gruppe Nürnberg

Nazi-Richter erteilen Berufsverbote

Im letzten AK berichteten wir über das Urteil des Westberliner Bundesverwaltungsgerichts gegen die Lehrerin Agnete B.-R., in dem ihr Berufsverbot letztinstanzlich bestätigt wurde (ihre Klage auf Zulassung zur Revision wurde abgelehnt). Dieses Urteil stellt eine deutliche Verschärfung der Berufsverbotepraxis dar, macht es doch nicht mehr die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation, sondern allein schon die „Befähigung ihrer Ziele“ zum Einstellungskriterium. Interessant ist nun, welche Richter an diesem Urteil des 2. Senats des BVG mitgewirkt haben: Da ist zum einen Dr. Edmund de Chapeaurouge, der bereits 1939 als Richter in Hamburg an sogenannten „Rassenschandurteilen“ mitgewirkt hatte, mit denen Juden wegen angeblicher Annäherung an „deutschblütige“ Frauen zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Da ist zum anderen der Bundesrichter Dr. Rudolf Weber-Lortsch, der beim Reichskommissariat für die besetzten norwegischen Gebiete sowie als höherer SS-Führer im Polizeidienst beim Reichskommissariat Ukraine in Nikolajewsk tätig war. Chapeaurouge war im übrigen auch schon an dem Berufsverboteurteil des BVG gegen die Lehrerin Anne Lenhardt beteiligt (1975).

„Öffentliche Meinung“: Es gibt Berufsverbote

In einer Informationsschrift zu einem Berufsverboteverfahren gebrauchte der Hamburger Rechtsanwalt Uwe Mäffert den Ausdruck „Berufsverbotebeamter“. Durch diese Bezeichnung fühlte sich der frühere Hamburger Staatsrat Helmut Rademacher (SPD), der in Hamburger Berufsverboteverfahren als Vertreter der Behörde auftritt, bloßgestellt. Rademacher stellte einen Strafantrag gegen Mäffert. Dieser Punkt der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft wurde allerdings vom Gericht zurückgewiesen. In der Begründung des Gerichts wird auf den Gebrauch des Begriffs Berufsverbot in der Öffentlichkeit verwiesen: „Mit dem vom Angeklagten verwendeten Ausdruck ‚Berufsverbotebeamter‘ sind demnach diejenigen Beamten gemeint, welche die gesetzlich geforderte Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst zu prüfen haben.“ „Das Wort ‚Berufsverbot‘ wird in der Öffentlichkeit teils als polemische Kampffarole, teils aber auch als



Man sieht deutlich: Die Parallelen der heutigen Berufsverbotepraxis zur „Rechtsprechung“ im Hitlerfaschismus sind nicht zufällig. Sitzen doch heute in den höchsten Positionen des Justiz-Apparates noch

dieselben Leute, die auch die damaligen Terrorurteile ausgesprochen haben. Und auch das ist kein Zufall in diesem Staat. Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg

wertneutrale Sachverhalts-schilderung benutzt.“ Was mit Sachverhalts-schilderung gemeint ist, führt das Gericht vorher aus: „Der Begriff ‚Berufsverbot‘ in dem vom Angeklagten verwendeten, nicht formalrechtlichen Sinne wird in der Öffentlichkeit weiterhin so verstanden, daß er die Situation von Bewerbern für den öffentlichen Dienst bezeichnet, die abgelehnt worden sind mit der Begründung, nicht die in den Beamten-gesetzen geforderte Gewähr dafür zu bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten“ (alle Zitate nach „FR“ vom 18.2.77).

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß hier ein Gericht das Wort Berufsverbot akzeptiert. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an die Dienstanweisung des WDR, in der den Mitarbeitern verboten wird, das Wort Berufsverbote zu benutzen. Weiter fallen uns die Jusos ein, die aus der SPD aus eben diesem Grund

ausgeschlossen wurden. Man bedenke auch die Worte des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Kurt Neubauer (SPD), der auf die Kritik in- und ausländischer Antifaschisten an der Berufsverbotepraxis in der BRD mit der Behauptung antwortete: „Es gibt keine Berufsverbote“ („Welt“, 29.5.76). – Die Öffentlichkeit ist da anderer Meinung, wie sogar das Gericht bestätigen muß.

Das Gericht läßt allerdings bei der Beschreibung des Sachverhalts, der mit dem Wort Berufsverbot beschrieben wird, wesentliche Teile weg. Berufsverbot bedeutet nicht nur Verweigerung der Einstellung in den öffentlichen Dienst für den Betroffenen sondern oftmals noch Gewerkschaftsausschluß, Aufnahme in die schwarzen Listen der Unternehmerverbände und damit die Verweigerung der Einstellung auch im privatwirtschaftlichen Bereich.

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg

fentlichkeit teils als polemische Kampffarole, teils aber auch als

Weiter fallen uns die Jusos ein, die aus der SPD aus eben diesem Grund

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Meldungen

durch den Senat verweigert. Ihm wird vorgeworfen:

- Mitgliedschaft im Asta während des Studiums für den MSB
- Kreistagskandidat der DKP in Niedersachsen.

Anfang Februar wurde W. zu einer „Anhörung“ beim Senat geladen. Zur Last wurde ihm dabei ein „Offener Brief“ gelegt, in dem er seinen Fall geschildert hatte. Er habe seinen „künftigen Arbeitgeber beschimpft“. In dem folgenden Verhör wurden außer Fragen zur Politik der DKP auch Fragen gestellt wie:

- „Was hält der Bewerber vom Gerichtssystem in der DDR?“
- „Wie denkt er über die Tätigkeit von Bürgerinitiativen in der DDR?“
- „Will er wie die DKP das Beispiel DDR für den Kampf gegen das Großkapital nutzen?“
- „Wie denkt er über den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Mächte in die CSSR?“

Ulli W. ist noch immer nicht eingestellt, obwohl 120 Jugendliche und Eltern aus dem Heim sich per Unterschrift für ihn einsetzen, der VK im Amt für Jugend und der Ausbildungspersonalrat beim Jugendssenator sich für seine sofortige Einstellung aussprachen.

(nach: Flugblatt des „Bremer Komitee gegen Berufsverbote“).

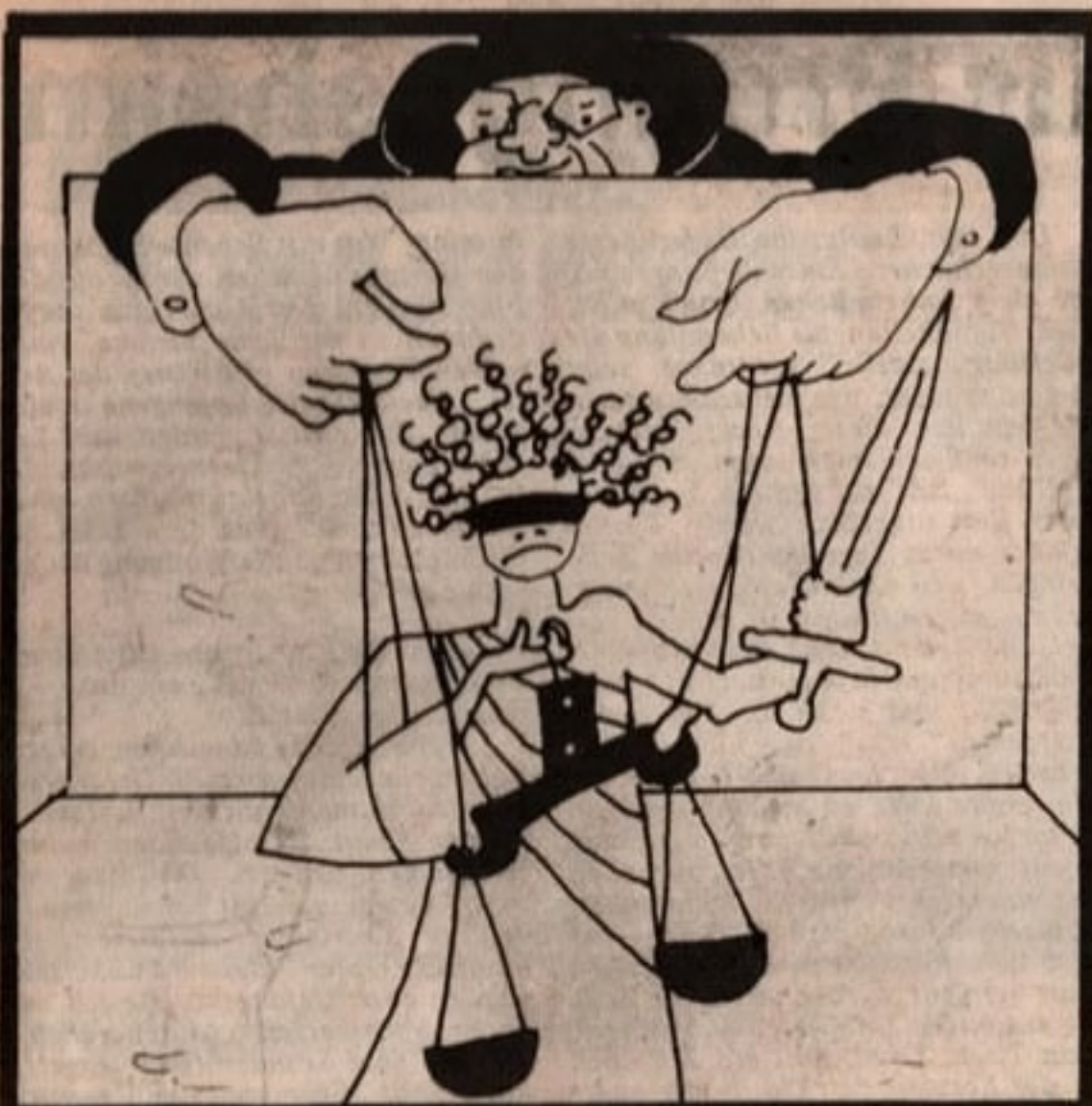
Tübingen. Das Verwaltungsgericht Mannheim hat die Klage des vom Berufsverbot betroffenen Tübinger DKP-Stadtrat H. Schwaderer auf Aufhebung seines Berufsverbotes zurückgewiesen. Begründet wurde das Urteil insbesondere mit Schwaderers Tätigkeit als Stadtrat für die DKP. Die DKP freilich hatte versucht, diese Tätigkeit herauszukehren, um nachzuweisen, daß Schwaderer auch wirklich voll und ganz auf dem Boden der Verfassung stehe. 31 Tü-

binger Stadträte (2/3 des Stadtparlaments) erklärten dazu: „Aus der Arbeit im Tübinger Gemeinderat kennen wir Herrn Schwaderer und können bestätigen, daß er im Gemeinderat nie verfassungswidrig oder feindlich sich geäußert hat.“ Genützt hat aber auch das nicht.

Stuttgart. Gegen den Berufsschullehrer W.K. hat die Landesregierung von Baden-Württemberg ein Berufsverbot verhängt, weil er Mitglied der DKP sei, und weil 1975 eine Bürgerinitiative in Reutlingen seine Einstellung in den Referendardienst verlangt habe!

München. Das Landesarbeitsgericht München wies die Berufung der Stadt München gegen ein Urteil des Arbeitsgerichts München zurück, in dem die Stadt verpflichtet wird, die Erzieherin I.P. (DKP) weiter zu beschäftigen. In der Urteilsbegründung heißt es: „Betrachtet man nämlich die Erklärungen der Klägerin zu ihrem politischen Verständnis im Zusammenhang, so fällt auf, daß die Klägerin Programmpunkte hervorhebt, die auf Beseitigung von Nachteilen für den sozial Schwächeren abstellen (...) oder auf Ausgleich zwischen den Völkern anstatt auf Machtausübung zielen (...). Vorstellungen dieser Art stehen aber gewiß nicht im Widerspruch zu den Grundwerten unserer Verfassung“.

Dortmund. Die Lehrerin A.B. wurde zum 1. Februar dieses Jahres nicht in den Schuldienst eingestellt. Vorgehalten wird ihr die Unterzeichnung eines Flugblatts des MSB Spartakus aus dem Jahre 1972 und der Besuch einer DKP-Veranstaltung. Hatte die SPD nicht „versprochen“, „Jugendsünden“ sollten kein Anlaß mehr für Überprüfungen sein?!



Klassenjustiz

Nachruf

Dem Info BUG entnehmen wir, daß die Westberliner „Rechtsanwältin und Genossin Alice Borris im März 1977 unter tragischen Umständen verstorben ist. Mit ihr verlieren wir nicht nur eine Freundin, sondern einen Menschen, der sich u.a. sehr stark für die Gefangenensbewegung engagierte“.

Solidaritätsveranstaltung mit Rechtsanwalt Groenewold

Am 28.3.77 fand im Audimax in Hamburg eine Solidaritätsveranstaltung für Rechtsanwalt (RA) Groenewold statt. Gegen Groenewold sollte am 30.3.77 ein Strafverfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ stattfinden. Der Prozeß mußte jedoch wegen einer Herzattacke des Richters verschoben werden.

Auf der Veranstaltung sprach Groenewold zu seinem Verfahren und einigen Aspekten der Staatsschutzstrategie, die hinter der Anwaltsverfolgung steht.

RA Rupert von Plottnitz berichtete von diversen Prozessen z.B. gegen den ehemaligen Vorsitzenden Richter des Stammheimer Prozesses, gegen den Bundesinnenminister Maihofer, gegen den Bundesanwaltschaft Buback und schließlich gegen Richter Meyer, der wegen seiner lauschigen Beziehungen zu den Bundesbrüdern in der Springerpresse aus dem politischen Strafenat des Bundesgerichtshofs entfernt wurde.

Das Charakteristische dieser Prozesse sei, so v. Plottnitz, daß sie allesamt nicht stattgefunden hätten und auch nicht stattfinden würden.

An dieser Gegenüberstellung machte v. Plottnitz deutlich, daß es bei dem Verfahren gegen Groenewold nicht um die Verletzung irgendwelcher „rechtsstaatlichen“ Regeln geht sondern um die Kriminalisierung eines linken Anwalts.

Den besten Beitrag zur Veranstaltung leistete Erich Fried. Fried war vor mehreren Jahren von Groenewold in einer Strafsache verteidigt worden. Der Berliner Polizeipräsident Hübner hatte gegen Fried eine Strafanzeige erstattet, weil er im Zusammenhang mit der Erschießung von Georg von Rauch durch Westberliner Bullen von „Vorbeugemord“ gesprochen hatte. Ergebnis war damals Freispruch, und zwar wesentlich aufgrund der Unterstützung, die Böll und andere liberale Sprachwissenschaftler Fried gaben.

Inzwischen hält Erich Fried ein solches Urteil für wesentlich unwahrscheinlicher: Die Justiz habe sich mehr zum gottähnlichen entwickelt: erhaben über menschliche Gesetze, ihre Wege seien wie die des Herrn zunehmend unerfindlich...

Schwacher Besuch

Im Vergleich zur letzten Solidaritäts-

veranstaltung im September '76 war diese Veranstaltung schlecht besucht. Es waren höchstens 3 - 400 Leute da, davon vielleicht 10 bis 15 Kollegen von Groenewold.

In die Vorbereitung der Veranstaltung waren außer dem KB nur noch die ML-Sektierer „KPD/ML“, KPD, KBW“ einbezogen. Diese haben zusammengekommen (f) für die Veranstaltung etwa 10 bis 15 Leute auf die Beine gebracht.

Vor der Veranstaltung waren sog. „Bündnisgespräche“ mit den schon genannten Organisationen geführt worden. In dem entscheidenden dieser Gespräche erklärte schließlich der Vertreter der „KPD/ML/Rote Hilfe Deutschlands“, aufgrund von Differenzen würden die von ihm repräsentierten Gruppen nicht zu der Veranstaltung öffentlich mobilisieren. Diese Differenzen sollen darin bestanden haben, daß sich die für das Audimax der Universität geplante Veranstaltung angeblich „nicht an die Arbeiter“ (f) gerichtet habe.

Diese aus dem Mund der ML'er besonders bekloppte Argumentation ging sogar soweit, daß nicht einmal das Aufnahmeplatz geklebt werden sollte (es war den Leuten nicht einmal bekannt gewesen).

U. E. lag der entscheidende Fehler der Hamburger Anwälte darin, daß sie offenbar imm noch den Behauptungen der selbsternannten Parteien der Arbeiterklasse aufsitzen, sie könnten irgendeinen Beitrag zur Schaffung einer breiten Solidarität leisten.

Wenn der Anspruch, eine Breitenarbeit zu leisten, eingelöst werden soll, werden die Kollegen Anwälte in Zukunft darauf verzichten müssen, mit den Vaterlandsverteidigern zusammenzuarbeiten. Die Veranstaltung vom 28.3.77 war das beste Beispiel, daß die Beteiligung dieser Gruppen der Tod jeder Solidaritätsbewegung ist.

IKAH Hamburg

Groenewold-Solidaritätsveranstaltung in Bochum

Ca. 300 Menschen kamen am 23.3.77 zur Groenewold-Solidaritätsveranstal-

tung nach Bochum. Wie starken Verfolgungen die linken Anwälte ausgesetzt sind, machte schon ein Gedächtnisprotokoll deutlich, das zu Anfang der Veranstaltung verlesen wurde: Ein anonym Anrufer im Büro Zimmermann (einer der Verteidiger Groenewolds in seinem Prozeß) hatte angekündigt, Groenewold werde zusammengeschlagen, falls er auf der Veranstaltung auftrete. Auf die Frage, welcher Organisation der Anrufer angehöre, antwortete dieser, er „komme aus der christlichen Ecke“. Aufgrund der langen und komplizierten Referate zur Behinderung der politischen Verteidigung, die von den Rechtsanwälten Hannover, Zimmermann und Groenewold gehalten wurden, kam leider keine ausführliche Diskussion mehr zustande. Der Verteidiger von Roland Otto berichtete kurz nach über den Stand des Roth/Otto-Prozesses und forderte die Anwesenden auf, trotz der schikanösen Durchsuchungen, massenhaft den Prozeß zu besuchen. Für den Prozeß wurden über 300 DM gespendet, nachdem schon 405 DM für die Saalmiete gesammelt worden waren.

Ein Mitglied des Bochumer Buchladers machte auf die zur Zeit laufende Polizei-Aktion gegen Mitglieder des VLB (Verband linker Buchhändler) aufmerksam. An 30 Mitglieder (darunter Dortmund, Bochum, Essen, Köln) sind polizeiliche Vorladungen ergangen, weil sie eine Dokumentation über die Ereignisse vom August letzten Jahres („88a-Aktion“) erstellt oder vertrieben haben. Damals waren Buchlader und linke Druckereien nach der Zeitschrift „Revolutionärer Zorn“ durchsucht worden. Der Bochumer Buchladen war damals selbst betroffen, einer der Mitarbeiter war verhaftet, nach Karlsruhe verschleppt und erst nach einigen Tagen wieder freigelassen worden. In der jetzt erstellten Dokumentation sind Teile des „Revolutionären Zorn“ als Zeitdokument abgedruckt worden, was eben der Anlaß für die Bullen war, Vorladungen zu verschicken. Inzwischen wurde auch die Internationalismus-Buchhandlung in Hannover durchsucht („NRZ“, 25.3.77).

KB/Gruppe Bochum

Politische Prozesse

Hamburg: Am 7.3. begann der Prozeß gegen Helmut Löff, u.a. wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung, womit die sogenannte Debus-Bande gemeint ist (vgl. AK 96). September '75 war Helmut in Amsterdam festgenommen worden, dort wurde er von einem LKA-Beamten aus Hannover besucht und ihm die Verschleppung in die BRD angekündigt. Die holländischen Behörden verweigerten Helmut, seinen Anwalt zu sprechen und übergaben ihn an der Grenze dem BKA. Der Kontakt zu seinem (holländischen) Anwalt wird ihm nach wie vor verweigert, stattdessen hält ihn das Gericht für ausreichend von den beiden Zwangsanwälten Hoffmann und Zimpel verteidigt.

Helmut gab eine halbstündige Erklärung ab und nimmt seitdem nicht mehr am Prozeß teil. Er ist allerdings brieflich zu erreichen:

Holstenglacis 3-5
2000 Hamburg 36

Der Prozeß läuft Montags, Mittwochs und Donnerstags um 9.00 Uhr im Saal 237, Landgericht Hamburg.

Frankfurt: Am fünften Verhandlungstag gegen Robert Jarowoy und Wernfried Reimers, am 15.3., stellte die Verteidigung Befangenheitsanträge, u.a. wegen „Verletzung der Sorgfaltspflicht“ durch das Gericht, das den bedrohlichen Gesundheitszustand der beiden Genossen trotz bestätigender Gutachten ignorierte. Wesentlicher Ablehnungsgrund waren jedoch Äußerungen in dem Gerichtsbescheid, der Wernfried die Wahl zum Stationsprecher in Freigeschäft verwehrte. Wernfried hatte in verschiedenen Eingaben hinter seine Unterschrift das Wort „Anarchist“ gesetzt. Da das Gericht meinte, ein Anarchist wolle „die staatliche Ordnung nicht gewaltlos, sondern auch unter Gewaltandrohung, insbesondere des individuellen und kollektiven Terrors im Dienste revolutionärer Umsturzbestrebungen“ beseitigen und durch seine Unterschrift habe Wernfried sich indirekt auch zu all dem bekannt.

Die Verteidigung führte dazu aus, das Gericht habe sich bei der Beurteilung anarchistischer Politik lediglich Propagandaparenen des Staatsschutzes zu eigen gemacht. Robert wies in einem einstündigen Vortrag diese risikoreiche Darstellung des Anarchismus als übel und verleumderisch zurück.

Westberlin: Prozeß gegen Waltraud Siepert und Christina Doemeland. Im Prozeß wegen Unterstützung des 2. Juni, gegen den noch gar kein Prozeß stattgefunden hat, der aber so auf kaltem Wege, ohne sich verteidigen zu können, zur kriminellen Vereinigung abgestempelt werden soll (vgl. AK 97), hat es am 10.3. einige bemerkenswerte Zeugenvernehmungen gegeben: drei der eigentlichen Hauptangeklagten – Till Meyer, Andreas Vogel und Ralph Reinders – sollten Aussagen machen, allerdings nicht das Recht haben, ihre Verteidiger hinzuzuziehen. Die Genossen faßten das zu Recht als Schmierkomödie auf und weigerten sich, dabei mitzuspielen. Zur Strafe erhielten sie je sechs Monate Beugehaft!

Schwäbisch-Gmünd: Prozeß gegen vier Frauen (u.a. Bettina Vake und Beate Koloseike) wegen angeblicher Gefangenensmeuterei im Frauenknast Gotteszell. Der Prozeß begann am 16.3. vor dem Amtsgericht. Es gab wieder wie schon bei allzuvielen politischen Prozessen, Totaldurchsuchung der Prozeßöffentlichkeit und einen viel zu kleinen Saal, in den längst nicht alle Besucher reinpaßten. Am zweiten Tag (21.3.) die gleiche Behinderung der Öffentlichkeit, dazu kommt noch, daß in dem ohnehin zu kleinem Saal auch noch die Hälfte der Plätze von Zivilbullen belegt ist! Die Frauen gaben eingangs eine Erklärung über den Knastalltag und die unmenschlichen Knastbedingungen ab. Danach wurden als Zeugen Knastbullen der Justizvollzugsanstalt vernommen. Durch die Art der Zeugenvernehmung – Abschmettern von Anträgen und Fragen der Verteidigung und Suggestivfragen des Gerichts – entstand im Saal eine geladene Stimmung, ein Besucher rief „Einspruch“, was das Gericht als Anlaß für eine Eskalation nahm: der Besucher wurde von einem Rollkommando aus dem Saal gezerrt, ein weiterer Besucher anschließend die Kellertreppe heruntergeschleift, wobei sein Kopf auf die Stufen schlug. Genau solch ein Vorfall war es gewesen, der am 20.5.76 im Knast Gotteszell die nun zur Verhandlung stehende „Meuterei“ auslöste!

IKAH, Hamburg

Skandalurteil im „Meutereiprozeß“

Schwäbisch-Gmünd. Zu fünf Monaten Knast ohne Bewährung wurden am dritten Verhandlungstag die beiden Frauen Bettina V. und Beate K. wegen „Gefangenensmeuterei“ verurteilt. Das Verfahren gegen eine weitere Angeklagte war abgetrennt worden, als diese wegen Krankheit nicht zum Prozeß erscheinen konnte.

Zu der angeblichen Gefangenensmeuterei im Schwäbisch-Gmünder Frauenknast „Gotteszell“ war es gekommen, als die gefangenen Frauen gegen die dauernden Schikanen der Gefängniswärterinnen protestierten und Forderungen zur Verbesserung ihrer Haftsituation stellten. Gegen die Frauen wurden am 20.5.76 Bullen eingesetzt, die mit brutaler Gewalt gegen sie vorgehen, eine Frau

wurde schwer verletzt (wir berichteten darüber in AK 82).

Am 9.6. traten daraufhin einige Frauen in Hungerstreik (s. AK 84, S. 13).

Richter Röhrle war in dem Prozeß, der am 16.3. beim Amtsgericht Schwäbisch-Gmünd begonnen hatte, von vornherein auf eine Verurteilung aus. Während sich einerseits die Zeugen der Anklage in mannigfaltige Widersprüche verwickelten, wurden andererseits die Zeugen und Beweisanträge der Verteidigung mit der Begründung abgelehnt, daß sie nur der Prozeßverschleppung dienten.

So behauptete z.B. im Gegensatz zu den anderen „Zeugen“ die Bullenwachtel Kaspar, die Beschuldigten hätten auf die „Kollegen“ eingeschla-

gen und mit einem Messer geworfen. Davon wußten allerdings die „Kollegen“ nichts, und erst als sie verurteilt werden sollte, nahm sie die Aussage zurück, daß die Bullen von den Gefangenen geschlagen wurden.

Diese rechtswidrige Verhandlung, so Rechtsanwältin Brigitte T., wurde ergänzt durch weitere Methoden zur Einschränkung von Öffentlichkeit. Dementsprechend fanden diesmal kurz vor Schwäbisch-Gmünd „Verkehrskontrollen“ statt, mit einem Aufgebot von zwei Mannschaftswagen und zwei PKWs, wobei gezielt die Wagen angehalten wurden, deren Nummern Spitzel während der beiden ersten Verhandlungstage notiert hatten.

Zwei Genossinnen aus Stuttgart

Klassenjustiz-Nachrichten

Fulda. Die Staatsanwaltschaft Fulda hat gegen einen Genossen ein Ermittlungsverfahren wegen „wildem Plakatierens und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (Az.: 02155/77) eingeleitet. Zugrunde liegt eine Beschlagnahme des Plakats „Springer will Blut“. Die Verwendung des Hakenkreuzes, wie auf dem Plakat, als Mittel der Kritik zu kriminalisieren ist ein schon häufiger benutztes Mittel. Dabei fällt wieder mal ins Auge, daß faschistische Gruppen vom Schlag der Hoffmann-Bande die faschistischen Zeichen ungestraft tragen können. Nur wenn Antifaschisten das anprangern, dann wird gegen sie selbst vorgegangen...

Westberlin. Als die westberliner Polizei die Freilassung von Peter Lorenz im März '75 nutzte, um mal wieder bei der westberliner Linken reinzu(sch)hauen, konnten sie auch beim Vorsitzenden der Humanistischen Union nicht vorbeigehen. Sie kamen um 1 Uhr mit Maschinengewehren bewaffnet und hielten den HU-Vorsitzenden und seine Frau aus dem Bett. Im Beisein der Beamten mußten sie sich anziehen („Gefahr im Verzuge“) und wurden dann stundenlang festgehalten. Aufgrund einer Klage der Frau auf Schmerzensgeld, erklärte das Landgericht am 11.12.75 (7 O 110/75) zwar, daß „die Behörde bisher keinerlei konkrete Tatsachen hat vorlegen kön-

nen, die auch nur Anhaltspunkte dafür ergaben, daß die Klägerin oder ihr Ehemann als Täter oder Teilnehmer an der Entführung in Frage kamen, bzw. daß konkrete Anhaltspunkte dafür vorhanden waren, daß sich Beweismittel oder Hinweise auf eine Begünstigung bei ihnen gefunden hätten.“ („Der Tagesspiegel“, 7.1.77). Die Klage wurde trotzdem abgewiesen, da die „Beeinträchtigung ihres Persönlichkeitsrechts“ dafür nicht erheblich genug gewesen sei. „Da sie sich damit aber nicht zufrieden gab, klagte sie weiter. Das Kammergericht wies die Klage ebenfalls ab, weil die Frau der Aufforderung der Bullen zur Polizeiwache mitzukommen, wo sie erkenntlichdienstlich behandelt wurde, ohne Widerspruch gefolgt war. Dies sei keine vorläufige Festnahme, urteilte das Kammergericht, „denn dies erfordert die Anwendung von Zwang, woran es im Falle der Klägerin ersichtlich gefehlt hat“ (Urteilsbegründung, zitiert nach „Tagesspiegel“, a.a.O.). Geht's noch zynischer? Laut Urteilsbegründung muß die Frau dankbar sein, daß sie überhaupt noch lebt. Denn die Bullen können auch anders: Ohnesorg, Schelm, Rauch, McLeod

HBV-Kollektiv Westberlin

Gefahr im Verzug

Zwei Tage nachdem eine ältere Frau von einem Mann mit einer Waffe bedroht worden war, standen zwei Bullen vor der Wohnung einer Frau und ihres Sohnes, auf den ein – wie sich später herausstellte, unbegründeter Verdacht gefallen ist, um eine Durchsuchung vorzunehmen. Sie hatten allerdings keinen Hausdurchsuchungsbefehl, beriefen sich aber auf „Gefahr im Verzuge“ (zwei Tage danach!). Die beiden waren trotz Aufforderung nicht bereit, ihre Dienstmarken oder Ausweise zu zeigen. Als sie daraufhin nicht hereingelassen werden, sagten sie: „Wir kommen auf jeden Fall in die Wohnung.“ Die Frau will noch den Zusatz gehört haben: „Sonst treten wir die Tür ein.“

Diese Praktiken wurden in dem Prozeß bekannt in dem der Sohn wegen „Beleidigung“ angeklagt wurde. Er hatte sich vier Monate nach der Durchsuchung auf einem Polizeirevier über die Polizeistandmethoden beschwert. Ein Bullenzeuge will dabei das Wort „Gestapo“ gehört haben. Dafür wurde er mit einer Jugendstrafe von fünf Freizeitarbeiten bestraft (nach „Tagesspiegel“, 14.1.77). Inzwischen hat der Jugendliche Berufung gegen das Urteil eingelegt. Mit der Begründung „Gefahr im Verzuge“ werden übrigens täglich 50 bis 70 Durchsuchungen in Westberlin vorgenommen („Tagesspiegel“, 19.2.77).

HBV-Kollektiv Westberlin

800 DM Geldstrafe wegen Protest auf einer CDU-Kundgebung?

Flensburg. Am 4. April findet vor dem Flensburger Amtsgericht ein Prozeß gegen eine linke Kollegin statt, weil sie angeblich gegen das Versammlungsgesetz verstößen hat. Der Hintergrund: Am 7. September 1976 hatte CDU-Kohl in Flensburg auf dem Nordermarkt eine Kundgebung abgehalten, auf der er unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ kräftig gegen alle Linken – und was die CDU dazu rechnet – hetzte. Von den ca. 2.000 Teilnehmern protestierte über die Hälfte massiv mit Pfeifkonzerten und Sprechchören wie „Kohl und Strauß, die üben fleißig für ein neues 33!“ gegen diese reaktionäre Partei. Die betroffene Kollegin bekam einen Strafbefehl, in dem es heißt: „Ihnen wird vorgeworfen, in der Absicht, eine nicht verbotene Versammlung zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu ver-

eiteln, grobe Störungen verursacht zu haben ...“

Mit dem Strafbefehl in der unglaublichen Höhe von 800 DM soll die Kollegin stellvertretend für all diejenigen, die gegen die CDU protestiert haben, kriminalisiert werden. 7 Bullen sind für den Prozeß als „Zeugen“ aufgeboden worden. Ihr „Vorwurf“: Die Kollegin habe mit einem Megaphon Sprechchöre ausgegeben und sich nach der Kundgebung der Feststellung ihrer Personalien entzogen. Als sich nämlich am 7. September die Kundgebung auflöste, starteten die Bullen Provokationen. Einen Kundgebungsteilnehmer griffen sie sich heraus und schleppten ihn zur Wache. In oben genanntem Fall wurde das durch das beherzte Eingreifen Umstehender verhindert.

KB / Gruppe Flensburg

Nachrichten aus dem



Knasterfahrungen — Knasterfahrungen — hüben und drüben

Aus dem Westberliner Knaast Moabit erhielten wir den Brief eines Genossen, der die gleichermaßen beschissene Knastituation in der DDR und der BRD kennengelernt hat:

Liebe Genossen!

Habe vor ein paar Tagen den „AK“ Nr. 100 erhalten und möchte Euch dazu beglückwünschen.

Nun habe ich da ein Problem, was mir schon lange am Herzen liegt. Ein paar Genossen meinten, ich sollte doch mal meine Erfahrungen beiderseits der Grenze aufschreiben. Ich wollte nie so richtig ran. Es fehlte mir auch immer die Zeit dazu. Jetzt habe ich ausreichend Zeit mich hinzusetzen und die ganze Sache aufzuschreiben. Am besten ist, ich springe rein in's Wasser und fange an. Im Jahre 1972 kam ich aus der DDR hierher. Ich wurde direkt aus dem Knaast in den Westen entlassen. Die Staatsbürgerschaft der DDR, die ich Zeit meines Lebens hatte, wurde mir „abkannt“. Weshalb soll ich drüben im Knaast? Nun, ich habe geglaubt unbedingt in den „freien Teil Deutschlands“ zu müssen.

Welchem Trugschluß ich aufgesessen bin, merkte ich erst viel später. Weshalb wollte ich weg aus der DDR? Warum hat es mir dort nicht gefallen? Die DDR ist doch „ein sozialistischer Staat“. Pustekuchen! Unter Sozialismus stelle ich mir etwas anderes vor. Doch das sehe ich erst jetzt so richtig, nachdem ich einigen Abstand zu den Dingen in der DDR gewonnen habe.

Alles in der DDR ist auf „Erziehung“ ausgerichtet. Erziehung zum „bewußten Staatsbürger der sozialistischen DDR“ usw. usf. Nur wer sich partout nicht „erziehen“ lassen will, der hat die Folgen zu tragen. Eine dieser Folgen ist der Knaast. Hier wird ganz besonderer Wert auf Umerziehung gelegt. Umerziehung heißt im Knaast militärischer Drill. Überall, wo man hinkommt, läuft alles unter militärischen Vorzeichen ab. Die erste Aufgabe, die man im Knaast zu erfüllen hat, ist die, daß man die Dienstgrade lernt, wenn man nicht „das Glück“ hatte, die schon von vorherigen Aufenthalten zu kennen. Geht die Zelle auf, so hat man sich zu erheben, unter das Fenster zu treten und Meldung zu erstatten. In Dessau z.B. herrscht eine peinliche Sauberkeit, die täglich mit einer Pederle geprüft wird, die an den Barras erinnert. Wenn man in Dessau in eine Zelle kommt, so findet man schon ein paar Leute vor. Und das auf einer normalen Einzelzelle, die nur etwas höher als normal ist. Sechs Menschen auf einem Heftraum, der noch dazu stets peinlich sauber zu sein hatte. Dafür gab's „Zensuren“. Waren diese gut, so hatte der Zellenälteste die Möglichkeit, ein Paket außer der Reihe zu bekommen. Klappert es nicht, so „rotiert“ die ganze Mannschaft. Schikanen von Seiten der beamteten „Volkspolizisten“ sind keine Seltenheit. So ist mir z.B. passiert, daß mich ein Hauptwachmeister – sein Name ist mir leider unbekannt – er heißt mit Spitznamen „Schweinebacke“, weil meine Brücken unter den Schuhen nicht blank genug waren, aus der Zelle holte und an die Wand stieß. „Dich kriegen wir auch noch klein, darauf kannst du dich verlassen“, waren seine Worte dabei. Als ich gegen das Stoßen eine instinktive Abwehrbewegung machte, schrie er wie am Spiel nach dem Stationsleiter. Dieser (Polizeiobermeister Knorre – genannt „der Heilmattose“) erschien auch sofort auf der Bildfläche. Gemeinsam schleppten sie mich in eine sog. „Vernehmzelle“. Knorre stieß mich dort mit der Faust gegen die Wand und schrie: „Sie Lump, Sie Ganove, Sie Vaterlandsverräter, Ihnen werden wir es beibringen, einen Beamten anzugreifen!“ Diese und ähnliche Geschehnisse sind in DDR-Haftanstalten an der Tagesordnung. Und ich habe den Strafvollzug in der DDR zu Genüge kennenlernt. Vier Jahre – da kommen einige Sachen zusammen. Dresden, Leipzig,

Halle, Waldheim, Meusdorf, Brandenburg, Magdeburg, Halberstadt, Reiznitz, Volkstedt und Karl-Marx-Stadt sind die Stationen, die ich neben Dessau durchlaufen mußte.

Überall der gleiche Mist, überall der gleiche Drill. Und da muß ich mich fragen, wie man die Menschen, wenn sie schon mal aus der Reihe getanz sind, wieder eingliedern will ??? Zumindest nicht mit diesen Methoden.

Nun bin ich wieder im Knaast und diesmal hier im „goldenen Westen“! Hier bin ich Klauen gegangen, weil ich nicht gearbeitet habe. Blicke mir ja auch nichts anderes übrig. Wer ich aber zu faul zum Arbeiten? Gewiß nicht. Faulheit konnte mir bisher nie jemand vorwerfen. Warum aber arbeitete ich nicht? Um es auf eine Formel zu bringen: Ich konnte mich in diesen Kreisläufen nicht einfügen. Ich konnte einfach nicht abschlecken, um meine Arbeit zu behalten. Vor allen Dingen war eines ausschlaggebend – ich hatte niemanden, mit dem ich mich hätte vernünftig aussprechen können. Jeder hat doch mit sich selbst zu tun und daher keine Zeit für den Anderen. Jeder muß sehen, wie er sein tägliches Brot unter Dach und Fach bringt. Wer diese Kraft nicht aufbringt, wird gnadenlos ausgestoßen! Was bleibt einem da anderes übrig, als Klauen zu gehen? Und man wird ja früher oder später doch geschnappt und hat dann erstmal für Monate oder Jahre Zeit. Aber wenn man raus kommt, ist man immer wieder diesem Kreisläuf unterworfen, dem man allein einfach nicht enttrinnen kann. Hier im Knaast will man die Menschen „raszialisieren“! Wie denn aber frage ich mich? Ich habe über die „Erziehungsmethoden“ in der DDR geschrieben. Drüben ist es offensichtlich, hier versteckt! Hier ist genau der gleiche Terror wie drüben. Hier bist Du den Schließern genauso ausgeliefert wie drüben. Man ist ihnen vor allen Dingen ausgeliefert, wenn man etwas für die Verbesserung seiner Lage tut und anderen Gefangenen helfen will, das Gleiche zu tun. Man sieht es nämlich nicht gern, wenn Solidarität geübt wird. Solidarität ist eine Macht, die allen Terror überwindet.

Und Terror ist das, was sie täglich mit uns veranstalten! Terror fängt schon damit an, daß z.B. in Tagel zwei Menschen auf einer engen und dreckigen Zelle zusammenleben müssen. Daß das Scheißhaus auf der Zelle ist. Man kann nicht mal in Ruhe seine Notdurft verrichten, weil man dabei beobachtet wird. Dabei geht die Menschlichkeit kaputt. Man verrottet innerlich und ist, wenn man nicht aufpaßt, nicht mehr für die Nöte der Anderen empfänglich. Artikel 1 Grundgesetz lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ...“

Ich frage mich da, wo der Schutz bleibt, wenn man sich offensichtlich über das Grundgesetz hinwegsetzt. Unsere Grundrechte werden permanent mit Füßen getreten. Man hat ein paar Brüder und mich z.B. hierher in die Iso-Anstalt Moabit verschleppt, weil wir unser verfassungsmäßiges Recht der Pressefreiheit wahrgenommen haben. Man versucht uns zu kriminalisieren, indem man Strafanzeige wegen „Beleidigung“, „Bedrohung“ und „Aufruf zu strafbaren Handlungen“ gestellt hat!

Aho will man uns „das Maul stopfen“. Das wird ihnen aber schwerlich gelingen. Unsere Zeitung (DURCHBLICK) hat schon zu weite Kreise gezogen. Sie ist nicht mehr kleinzukriegern. Trotz aller Repressalien und blinden Schikanen!

Das sind also meine Erfahrungen beiderseits der deutsch-deutschen Grenze. Ich habe eingesehen, daß es nur durch ständigen Kampf geht, wenn man etwas erreichen will. Ich kann nur jeden Menschen auffordern sich mal zu überlegen, wo er steht. Ich kann nur jedem raten, von seinen Rechten Gebrauch zu machen. Hat man sein Recht durchgesetzt, hat man auch den Mut weiterzumachen. Also voran Leute!

Eine Genosse im Knaast Moabit

Bericht aus Preungesheim

„Wie leider Tradition, kann ich heute wieder nur Schlechtes aus dem Lager Preungesheim berichten. Am 3.3. beging ein Mitgefangener auf der Station 4 einen „Selbst“-Mordversuch, er schnitt sich die Pulsadern auf.“

.... gegen 17.22 Uhr, ein Sanitäter kam ca. 8 Min. später, der Sanisprach davon, den Gefangenen in die Beruhigungszelle zu bringen, dort wolle er ihn säubern, von Behandlung oder wenigstens Verbinden der Wunde war nicht die Rede. Das deckt sich mit den Erfahrungen, die wir hier tagtäglich machen. Als ich wegen unerträglicher Kopfschmerzen am vergangenen Montag zum Arzt wollte, war keiner da, man gab mir nicht einmal Schmerztabletten, weil, so der Stationsdiener in Grün wörtlich: Die Sanitäter haben keine Zeit für sowas, und ich solle mich morgen melden. Am Dienstag wurde ich wieder nicht zum Arzt gebracht, am Mittwoch ebenso. Am Donnerstag kam ich gegen 11 Uhr zum Arzt, der verordnete Tabletten, eine Blutsenkung und das Röntgen des Kopfes, bis heute ist da aber nichts passiert, man stopfte mich nur mit Pillen voll. Und alle Fragen, was meine Krankheit betrifft, werden nicht beantwortet. Ähnlich, wie gesagt, geht es allen Gefangenen hier im Hause.

Daß man Leute, die Opfer dieser unmenschlichen Einschließung sind, die dem unheimlichen Druck nicht mehr standhalten, als Behandlung die „Beruhigungszelle“ verordnet, zeigt nur noch mehr, wie menschenverachtend/feldisch dieser Knaast hier ist. Dazu muß ich noch sagen, daß speziell die „BZ“ auf Station 5 vor längerer Zeit umgebaut wurde. Vorher konnte etwas Tageslicht in die Zelle dringen, weil noch Glasbausteine eingebaut waren. Damit ist es jetzt vorbei. Die Zelle ist total zugemauert!!! Belüftung und Beleuchtung nur noch künstlich, und es ist die Regel, daß „vergessen“ wird, das Licht einzuschalten, also Dunkelhaft durch die Hintertüre. Wie es in dem Loch im Sommer sein wird, kann man sich leicht vorstellen, da hilft dann auch der mickrige Ventilator nicht mehr, abgesehen davon, daß ein Gefangener von dem Geräusch des Ventilators glatt verrückt werden kann. Die Zelle ist ansonsten total leer, kein Wasser, kein Tisch, Stuhl, Bett etc. Ein Loch in der Ecke ist das Klo, in der anderen Ecke liegt eine Matratze als Schlafstatt.

Am 4./5.2. war ein Gefangener in dieser Spezialzelle, der es nicht mehr aushalten konnte. Er hat die Wände

in seiner Wut mit Scheiße beschissen, den Gestank konnten wir bis auf den Flur riechen. Der Gefangene durfte dennoch in der Zelle bleiben, einen halben Tag sogar mit Wissen des Arztes. Nachdem der Gefangene in eine andere BZ verlegt worden war, forderte man die Hausarbeiter auf, der Station 5 die Zelle zu säubern, diese weigerten sich“ (aus dem Brief des Gefangenen Thomas Wolfgang Becker vom 6.3.77).

Gegen die Einrichtung einer neuen Beruhigungszelle hat er am 7.3. Strafanzeige gestellt:

„Opfer dieser, in meinen Augen, Folterzelle sind speziell Gefangene, die den unmenschlichen Haftbedingungen nicht standgehalten haben. Will heißen, daß z.B. ein Gefangener nach einem „Selbst“-Mordversuch, den er überlebte, in diese Zelle kommt. Opfer dieser Dunkelzelle werden auch Gefangene, die z.B. vor lauter Schmerzen „durchdrehen“, weil sie über Stunden (oder Tage!!!) nicht mit Schmerzmittel versorgt oder sonst irgendwie behandelt (außer halt mit gesagtem Bunker als alleiniger Versorgung) werden“ (aus der Strafanzeige).

Aus dem Brief eines Gefangenen

Nachrichten aus dem Knaast

Sascha Haschemi, der wegen seiner Teilnahme am „Roten Antikriegstag 1972“ zu 18 Monaten verurteilt worden war, ist ohne Begründung nach Verbüßung der ersten 2/3 seiner Strafe nicht entlassen worden. Man machte sich am 7. März, als er eigentlich hätte entlassen werden sollen, nicht einmal die Mühe, das mit seiner politischen Gesinnung zu begründen, sondern gab lakonisch an, sein Antrag sei verloren gegangen (lt. „Roter Morgen“, 12/77).

Köln-Nippes: Am 11.3. wurden drei Antifaschisten, die im Oktober '73 eine NPD-Kundgebung mit verhindert haben sollen, aufgefordert, die daraufhin verhängten Haftstrafen zwischen 3 1/2 und 7 1/2 Monaten anzutreten (lt. „Roter Morgen“ 12).

Westberlin-Spandau: Am 2. und 3. März rebellierten die Insassen der Stationen 6 und 11 der Landesnervenklinik Spandau gegen die zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka. Sie verjagten das Personal und verbarrikadierten sich. Die Anstaltsleitung bildete einen „Krisenstab“. Am zweiten Tag verbrüderten sich die Patienten beider Abteilungen und feierten eine gemeinsame Fete. Als abzusehen war, daß Rollkommandos bereitstanden, um die Abteilungen zu stürmen, stürmten die Patienten zu guter letzt die „Pflegerabteilung“ und zerstörten Speisetransfusionsinstrumente, Psychopharmaka, Bettfesseln und eine Prunkvitrine (nach Info BUG 148).

Frankfurt: Ulla Halbekann und Wolfgang Wraase vom Gefangenerrat sind nach 10 Monaten Knaast, währenddessen sie teilweise total isoliert waren, freigelassen worden. Anne Stobbe, Peter Keblys und Peter Erlach, die schon seit September 75 sitzen, werden immer noch festgehalten.

Schwalmstadt: Günther Hanisch, der am 2.6.76 den Leiter der JVA Butzbach, Künkeler, erschossen hatte, befindet sich seitdem in Schwalmstadt in Totalisolation.

Nach 16 Jahren Knaast und bis dahin erfolgreichem Kampf um eine Wiederaufnahme des Verfahrens, hatte er versucht, eine Knaastsekretärin als Geisel zu nehmen, um die Öffentlichkeit auf seinen Fall aufmerksam zu machen. Künkeler hatte sich dazwischen geworfen und war

durch einen Schuß aus Günthers selbstgebastelter Pistole erschossen worden. Dieser Vorfall wurde zum Anlaß genommen, noch in Freiheit befindliche Gefangenerratsmitglieder zu verhaften und einen schweinischen Kriminalisierungsversuch zu starten: die Genossen vom Gefangenerrat hätten Günther für ihre Zwecke mißbraucht, indem sie ihm das Material für die Pistole zugänglich gemacht hätten, um mit der Geiselnahme bzw. der Erschießung in der Anstalt Unruhe zu stiften.

Inzwischen begnügen sich die Behörden nicht damit, daß Günther seit acht Monaten in Isolationshaft sitzt, sondern der Leiter des Landeskrankenhauses Eikelborn, Dr. med. Scheller, wurde beauftragt, ein „Gutachten“ anzufertigen, das dann darüber entscheiden soll, ob Günther in Schnellers Anstalt übernommen wird. Günther Hanisch hat angekündigt, daß er die Untersuchung verweigern will, vielmehr forderte er einen Psychotherapeuten seines Vertrauens (lt. Hanisch Unterstützungsgruppe, Grabenstr. 11, 62 Wiesbaden).

Die Anschrift von Günther Hanisch ist:

Paradeplatz 5
3578 Schwalmstadt

IKAH Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Bielefeld
Schillerstr. 4
2000 Hamburg 13

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postfach 10
238 Flensburg
02 25 83
238 Flensburg

Geesthacht
Postfach 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
vor Harte

Kappeln
Dagmar Schneider
Postfach 234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postfach 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr
Buchhändlerische Universität/Mens
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden So. von 16 bis 18 Uhr
Hofstraße/Walden/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlberg 39
24 Lübeck 1

Mölln/Hatzeburg
M. Bellow
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plohn, Malente)
H.C. Lankau
Postfach 094 A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinnberg/Rüth
Postfach 2
208 Pinnberg

Reinbek
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
Kaufmannstr. 1

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Postfach 14
200 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 – 19.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Fiedlerstr. 77
28 Bremen
Mi. und Fr. 16 bis 18 Uhr
Sonntag: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
Postfach 081 278
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonntag
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Norddeichstraße

Emden
Postfach 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rosa Straße
Rosa Straße 10 z.Hst. K.B
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hst. K.B
Rehbockerstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postfach 018 084
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
Fuldaerzone/Hofer Weg

Lüneburg
Postfach 017 880
314 Lüneburg
Sonntag: 10 bis 12 Uhr
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr
am Fleitermarkt

Weeser-Ems-Gebiet
Postfach 070 178 A
28 Osterburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Willmann
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonntag von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postfach 056 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag
Kontorstr./Innenstadt
10 – 13.00 Uhr
Jeden So., Mi., Do. Uni/Mens
12.00 – 14.00 Uhr

Duisburg
Postfach 060 190 A
41 Duisburg
Jeden Sonntag von 11 bis 13 Uhr
vor Karstadt (Stadtmitte)

Essen
Jeden So. 11.00 Uhr – 14.00
Gesellschafts-Essen

Mönchengladbach 2
Postfach 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonntag
11 bis 13 Uhr im Rhein
(Fuldaerzone)

Darmstadt
Postfach 150 472
61 Darmstadt
Mittwoch 15 Uhr im Knaast
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Hagenburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 12.30 Uhr Uni/Mens
16 bis 18 Uhr Fuldaerzone
Kloster

Kassel
Florian Rote
Postfach 10 31 43
34 Kassel
Jeden Sonntag von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Westberlin
A. Radtke
Thomastempel 3
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen So. Fritz teils KBI
Vollmerstraße 16
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Verkauf jeden Mi. –
alte Mens/Marxstr. und
19 Uhr im CA

Karlsruhe/Pforzheim
Heddi Zorn
Humboldtstr. 13
76 Karlsruhe

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonntag
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Harte

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni/Mens
Langemark-Platz 4

Landshut
Verkauf jeden Sonntag
10 bis 12 Uhr Altkath
vom Gersau

Nürnberg/Fürth
P. Triller
Postfach 150 472
85 Nürnberg 16
offener A.F. Leserkreis
Mittwoch 15 Uhr im Knaast
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Ragnburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 12.30 Uhr Uni/Mens
16 bis 18 Uhr Fuldaerzone
Kloster

MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Erfolgreiches Soldatentreffen in Darmstadt

Mitte März '77 trafen sich zum zweiten Mal eine recht große Anzahl von antimilitaristischen Gruppen und Soldatenkomitees aus der BRD, um konkrete Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren. Auf dem ersten Treffen dieser Art im Herbst letzten Jahres in Stuttgart war damit ein guter Anfang gemacht worden, und das damalige Ergebnis war die gemeinsame Erstellung eines Rekrutenflugblatts, das die Soldatenkomitees regelmäßig an die neu eingezogenen Rekruten verteilen wollen (womit sie auf ihre Situation vorbereitet werden und das ihnen auch ermöglicht, mit den Komitees Verbindung aufzunehmen).

Die endgültige Verabschiedung dieses Flugblatts war das erste Ergebnis der jetzigen Konferenz.

An dem Treffen nahmen mehrere selbständige Soldatengruppen teil wie auch Gruppen, die in enger Verbindung mit den Organisationen GIM, „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (die früheren ABGs), dem BDP/BDJ und dem KB arbeiten. Der KBW war zunächst mit drei Soldaten- und Reservistenkomitees vertreten, die jedoch nach kurzer Zeit die Konferenz wieder verließen, weil sie nicht an einer Diskussion interessiert waren, sondern glaubten, in Abwesenheit anderer Organisationen mit politisch nicht festgelegten Gruppen ins Geschäft kommen zu können. Demgegenüber war erfreulich, daß der BVD aus Holland mit zwei Genossen vertreten war.

Der Schwerpunkt der Tagung lag in der gemeinsamen Vorbereitung des 1. Mai. Auch hierzu wurde für alle Soldatenkomitees ein gemein-

sames Flugblatt erstellt, womit zu den einzelnen 1. Mai-Demonstrationen aufgerufen wird. Das gemeinsame Flugblatt betont die Notwendigkeit, daß sich auch die Soldaten an den Demonstrationen zum 1. Mai beteiligen, weil sie sich zum einen der Arbeiterbewegung zugehörig fühlen und zum anderen, weil sie besonders viel Gründe haben, für ihre Rechte und Forderungen zu kämpfen (siehe dazu den nebenstehenden Abdruck des Aufrufs).

Des weiteren bestand auf der Tagung Einstimmigkeit darüber, daß es notwendig ist, sich am Russel-Tribunal zu beteiligen. Dazu sollen Belege und Zeugen über Folterausbildung bei der Bundeswehr, über die Vorbereitung der Bundeswehr auf den Einsatz im Innern, über die Verfolgung von Mitgliedern von Soldatenkomitees und Kriegsdienstverweigerern und über den Schutz von Faschisten durch die Bundeswehr gesammelt werden. Auch soll die Theorie der „Inneren Führung“ mit den tatsächlichen Zuständen in der Bundeswehr verglichen werden.

Die Tagung erklärte sich weiter mit den Forderungen der AKW-Gegner, die am gleichen Wochenende in Grohnde demonstrierten, solidarisch und unterstützte in einer Resolution die Forderungen, mit denen zu Grohnde mobilisiert wurde. In derselben Resolution verpflichteten sich die Antimilitaristen, besonders gegen den Einsatz von Soldaten gegen Kernkraftwerksgegner vorzugehen.

Antimilitarismuskommission
KB/ Gruppe Hamburg

Aufruf: Soldaten zum 1. Mai

Der 1. Mai ist seit 80 Jahren der Tag, an dem die Arbeiter aller Länder für ihre dringendsten Forderungen demonstrieren. An den Mai-Demonstrationen der letzten Jahre beteiligten sich auch viele Soldaten in ganz Europa, oft sogar in Uniform, um dort auch ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Vor allem zeigten die Soldaten durch ihre Teilnahme an den Demonstrationen, daß sie sich der Arbeiterbewegung zugehörig fühlen.

An diesem 1. Mai müssen es noch mehr Soldaten sein! Grund genug haben wir. Wir müssen erst einmal um Rechte kämpfen, die im Zivilleben selbstverständlich sind!

Das fängt an beim Geld: Seit Jahren schon müssen die Wehrpflichtigen mit 5,50 DM Wehrgeld pro Tag auskommen – mit einem Almosen also, das weit unter dem Existenzminimum liegt, und das bei ständigen Preissteigerungen und der Erhöhung der Kantinenpreise im letzten Jahr, die von vielen Soldaten durch Boykottmaßnahmen bekämpft worden sind. Der Sold wird von der Bundeswehrführung bewußt niedrig gehalten, um auf Grund der schlechten materiellen Lage der Soldaten die Voraussetzung dafür zu schaffen, Zeit- und Berufssoldaten werben zu können. Denn Geld ist genug da bei einem Verteidigungsetat von 32,3 Mrd. DM (ohne die in anderen Etats versteckten Rüstungsausgaben). Aber das Geld wird massiv in die Rüstung gepumpt und bei den Soldaten gespart. Eine Verdoppelung des Wehrgelds würde gerade 0,84% des Rüstungsetats oder den Bau einer einzigen Fregatte ausmachen! Deshalb fordern wir:

Existenzwehrgeld
und 100 DM sofort!

Hier sehen wir uns einig mit den Forderungen der Lehrlinge, Schüler und Studenten!

„Der Soldat ist immer im Dienst!“ heißt es, und die Bundeswehr-Vorgesetzten handeln danach, indem sie den Wehrpflichtigen in den Kasernen Nacht-, Wochenend- und andere Zusatzdienste aufzwingen, ohne daß sie dafür an anderen Tagen einen Ausgleich in Form von mehr Freizeit erhalten. Dadurch werden Dienste wie Wache usw. vor allem am Wochenende zu einem beliebigen Druckmittel der Bundeswehr, um aufmüßige Kameraden einzuschüchtern. Die geringe Freizeit bedeutet eine zusätzliche Trennung von Freunden und Familie. Dabei haben die Soldaten nicht einmal soviel Urlaub wie die Arbeiter im Betrieb, um sich von den Strapazen des Dienstes halbwegs erholen zu können. Deshalb fordern wir:

erholen zu können.
Deshalb fordern wir:

Mehr Freizeit und mindestens
6 Wochen Urlaub!
Vollen Dienstaustausch für
Zusatz- und Wochenenddienst!

Unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und dem Lehrstellenmangel verpflichten sich immer mehr Ju-

gendliche als Zeitsoldaten, zumal ihnen eine qualifizierte Ausbildung und verbesserte Berufschancen nach Ableistung der Dienstzeit versprochen werden. Doch Zeitsoldaten müssen dann meist feststellen, daß sie angeschmiert worden sind. Deshalb fordern wir:

Jederzeitiges Kündigungsrecht
für Zeitsoldaten!

Die Verschärfung des Dienstes, so z.B. sofortiges Aufstehen nach dem Wecken (ZDV 10/5), ist für jeden von uns erfahrbar. Doch auch das Vertrauensleutegesetz ist verschärft worden. Neben der geforderten „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Vorgesetzten ist der Vertrauensmann jederzeit unter Vorwänden absetzbar. Das ist bei Betriebsräten nicht so einfach möglich! Der Vertrauensmann muß der Interessenvertreter der Mannschaften sein! So müssen wir zu unserer Absicherung fordern:

Abwählbarkeit des
Vertrauensmanns durch die
Mannschaften!
Keine Absetzung von „oben“!

Um unseren Vertrauensmann kontrollieren zu können und Aufträge zu erteilen, müssen wir die anliegenden Probleme diskutieren.

Für das Recht auf regelmäßige
Mannschaftsversammlungen
während der Dienstzeit
ohne Vorgesetzte!
Freie gewerkschaftliche und
politische Betätigung in und
außerhalb der Kaserne!

Die Soldaten bekommen ständig zu hören, daß die Bundeswehr die „Verteidigungsbereitschaft“ erhöhen müsse.

Was hat die forcierte Aufrüstung der Bundeswehr noch mit „Verteidigung“ zu tun, wenn – das Allzweckflugzeug MRCA bei einem Stückpreis von 54 Mio. DM auch als Atomwaffenträger ausgerüstet ist?

(s. Grossner/Schierholz: Projekt MRCA, S. 55/56);

– in der „FAZ“ vom 11.9.76 A. Weinstein fordert, daß „die NATO die Abwehrplanung geistig umstellen (muß) auf Vorwärtsverteidigung“;

– Verteidigungsminister Leber offen den Ersteinsatz von Atomwaffen fordert? („SZ“ vom 14.4.75);

– General Schnell die Verfügungsgewalt von taktischen Atomwaffen für die Bundeswehr und den Ersteinsatz dieser Waffen fordert? („Spiegel“ 48/76);

– die Bundesregierung sich mit dem „Atomwaffen und dem Ersteinsatz dieser Waffen fordert? („Spiegel“ 48/76);

– die Bundesregierung sich mit dem Atomenergieprogramm u.a. die Voraussetzung dafür schafft, eigene Atomwaffen herzustellen; und

– Bundeswehrrsoldaten „in den Herbstmanövern wie der „Große Bär“ im letzten Jahr den Einsatz von Atomwaffen üben?

Die Notstandsgesetzgebung ermöglicht den Einsatz der Bundes-

wehr gegen Streiks und Demonstrationen. Bislang schien der Einsatz der Bundeswehr als Utopie. Obwohl die Bundeswehr schon seit den 60er Jahren Bürgerkriegsübungen probt und Planspiele für den Einsatz nach innen durchführt (allein in der Zeitschrift „konkret“ sind in einer „Chronologie des Bürgerkriegs“ 22 solcher Übungen abgedruckt, die tatsächliche Zahl dürfte weit höher liegen) wie z.B. die Zerschlagung von Streiks und Demonstrationen (wie im Fall der streikenden Henschelarbeiter), so zeigte die konkrete Form von Amtshilfe – angesichts der Demonstration gegen ein KKW in Brokdorf am 19.2.77, daß bereits die Bundeswehr schon heute bereit ist, den inneren Notstand zu praktizieren.

Die Situation der Wehrpflichtigen verbessert sich nicht von allein, sondern nur durch den Zusammenschluß und das gemeinsame Handeln der Betroffenen. Dies ist der Grund, warum sich die aktivsten Wehrpflichtigen in den verschiedenen Soldatenkomitees organisiert haben und warum immer wieder neue Soldatengruppen entstehen, die den Kampf für die materiellen Interessen und demokratischen Rechte der Wehrpflichtigen aufnehmen. Diese haben die Vertrauensleute bei ihrer Arbeit unterstützt, Unterschriftensammlungen für bestimmte Forderungen durchgeführt, Kantinenboykotts gegen zu hohe Preise organisiert und vieles andere. Sie haben hierbei oftmals mit der örtlichen Gewerkschaftsjugend zusammengearbeitet. Deshalb müssen die Soldatengruppen auf gewerkschaftliche Unterstützung hinarbeiten.

In Holland haben die Wehrpflichtigen ihre eigene Gewerkschaft. Nicht zuletzt deshalb haben sie den höchsten Wehrgeld Westeuropas, nämlich 615 Gulden netto. Im Grundsatzprogramm des DGB (Präambel S. 3, letzter Absatz) steht: „Als gemeinsame Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien wahr und dienen den Erfordernissen des Gesamtwohls.“ Entsprechend dieser Aussage fordern wir den DGB auf, auch dem Kampf der Wehrpflichtigen und der Arbeit der Soldatenkomitees die gewerkschaftliche Unterstützung zu gewähren.

Wir bitten die Kollegen, die sich in den Gewerkschaften für ihre Interessen organisiert haben, die Soldaten in ihren Anliegen zu unterstützen. Wir rufen die Soldaten auf, sich an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen und 1. Mai-Aktionen aktiv zu beteiligen. Denn:

Gemeinsam sind wir stark!

Gemeinsam sind wir stark!

Dieses Flugblatt wurde am 20.3.77 auf einer Konferenz der Soldatengruppen in der BRD als gemeinsames Flugblatt beschlossen. Es wird vertreten von Soldatenkomitees aus Bochum, Bremen, Bruchsal, Darmstadt, Duisburg, Großengstingen, Hamburg, Heidelberg, Ludwigsburg, Mittelsweid, München, Münsingen, Offenbach, Regensburg, Reichenhall, Stetten und Stuttgart.

Waagemanns Abtritt

Generalmajor Waagemann, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, sorgte in den letzten Tagen für erneuten „Streit“ mit seinem Chef, „Verteidigungs“-minister Leber.

Er kommentierte auf einer Pressekonzferenz, zu der eigens ZDF-Löwenthal eingeladen wurde, seine von Leber verfügte vorzeitige Entlassung mit einem Clausewitz-Zitat:

„Es ist mir eine Ehre, meinem Vaterland zu dienen. Es ist mir eine doppelte Ehre, dies unter demütigenden Bedingungen zu tun“ („Frankfurter Rundschau“ – „FR“ – 26.3.77).

Leber reagierte empört („Geschmacklosigkeit“) und stellte klar, daß es um eine ganz normale personalpolitische Maßnahme handle, die „auch andere hohe Generale“ betreffe („FR“, 26.3.77).

In diesem Fall darf man Leber wohl glauben, denn es geht eher um die „Verjüngung“ des Generalskorps als um die Entlassung brauner Generale. Nur, das eine kann Leber nicht tun, will er das andere vermeiden!

Dies wußte Waagemann sicherlich, was ihn aber nicht davon abhielt, ein bißchen den Märtyrer zu spielen. Übung hat er ohne Zweifel in dieser „Disziplin“:

Im letzten Jahr war der faschistische, chilenische Oberstleutnant Kraushaar als „Schüler“ an der von Waagemann kommandierten Akademie. Als sich Kraushaar nach einer einjährigen Ausbildung mit einer Rede, in der er das faschistische Regime Chiles rechtfertigte, von etwa 200 Offizieren verabschiedete, gab es von keinem Offizier Widerspruch zu der faschistischen Propaganda. Auch nicht von Waagemann.

General Raulf, der Mann mit einer interessanten (Partei-)Geschichte (SRP – ein NPD-Vorläufer, dann CDU und heute SPD), war lange Waagemanns Stellvertreter in Hamburg. In dem Streit um das Mitspracherecht von zivilen Dozenten an der Bundesweherschule sprach er sich für die Einbeziehung von Zivilisten aus, woraufhin Waagemann ihm „Rätevorstellungen“ nachsagte und ihn nach Brüssel auf einen Nato-Posten versetzte.

Zum Jahreswechsel '74/'75 ließ Waagemann die Zusammenarbeit zwischen dem nordrhein-westfälischen Kultusministerium und der Bundeswehr einstellen. Die Richtlinien für die Unterrichtsgestaltung an den Schulen waren ihm zuwenig auf die „geistigen Voraussetzungen für die Wehrpflicht und zuviel auf die Verweigerung“ ausgerichtet (nach „die tat“).

Neue saubere Generale?

Die alten, noch in der Nazi-Wehrmacht geschulten Generale rücken in den kommenden Jahren – aus Altersgründen – langsam aber sicher ab. Wer darin etwa einen Bruch mit der braunen Tradition sieht, muß sich getäuscht sehen. Denn es werden weiterhin auf braunen „Traditionsfeiern“ (der Waffen-SS und ähnlichen kriminellen Vereinigungen) die „alten Ideale“ und die „alten Kameraden“ gefeiert – und es werden weiterhin die aggressiven Pläne des (west)deutschen Imperialismus geschmiedet und die Bundeswehr wird zur Erfüllung dieser ihr gestellten Aufgaben gerüstet.

Antimilitarismuskommission
KB/ Gruppe Hamburg



Das einzige, was einem alten Offizier noch unter die Haut ging...

So mancher schwört auf Austerlitz, andere auf Seltene, wenn die Potenz hinkt, aber jetzt wurde ein ganz neues „Ständemittel“ aus Militärkreisen enthüllt: „Bild“ berichtete am 21.1.77 von einem alten Haudegen, der arg vom Pensionierungsschock getroffen wurde.

Sobald ihn die Bundeswehr nämlich von ihren alltäglichen Zeremonien entließ, schien diese Tatsache voll auf seine Potenz geschlagen zu haben. Als Ersatz begann er, zur Hebung seiner Potenz im Schlafzimmers feierlich Flaggen zu hissen

(woran bloß?) – und siehe, es klappte wieder. Aber auch das half nicht lange, und so kam er auf eine äußerst pikante Idee: er steckte sich seine fünf Orden an die Brust! Wohlgeachtet, direkt in die Haut.

Nun „konnte“ er wieder – war er doch mit den an wackere Mannestaten erinnernden Abzeichen in engstem Kontakt, u.a. Nahkampfspange, Panzersturmbzeichen und Leistungsabzeichen im Truppendienst. Seine Frau war sicher begeistert, kam sie

doch so in die seltene Situation, auch mal Orden an der Brust zu spüren. Leider hatte dieses Potenzmittel einen Nachteil: die Nadeln der Orden verursachten Entzündungen in der Haut, der Major mußte sich in medizinische Behandlung begeben.

Wir danken dem Major für diese interessante Idee und können nur hoffen, daß sie weite Verbreitung in Militärkreisen findet – eventuell mit der Variation, die Nadeln senkrecht ins Herz zu versenken.

Perversitäten-Kommission

Frauen, lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv !

„Schöner leben!“ – nach diesem Motto ist die kostspielige Propagandakampagne der westdeutschen Atomindustrie und auch der Bundesregierung, mit der um Verständnis und Unterstützung bei der werktätigen Bevölkerung für das Atomenergieprogramm geworben wird, aufgebaut. In den aufgabenstarken, mehrfarbigen Hochglanzbroschüren der HEW, NWK u.a. stellen die AKW-Betreiber – neben den üblichen Lügengeschichten, daß Atomstrom die „einzige Alternative“ zur herkömmlichen Stromerzeugung sei, ohne die „1985 die Lichter ausgehen ...“ – vor allem auch darauf ab, uns Frauen von den segensreichen Wirkungen der überall im Lande gebauten Atomanlagen zu „überzeugen“.

Das liest sich in einer Werbebroschüre der HEW beispielsweise so: „Elektrisch kochen und kühlen, wa-

von 50.000 Hiroshima-Atombomben!

Und da schwafeln die AKW-Betreiber von „leichter und schöner leben“ ...

ATOMENERGIE? NEIN DANKE!

In dieser Artikelserie wollen wir die besondere Betroffenheit von Frauen und Kindern durch die lebens- und umweltbedrohenden radioaktiven Stoffe – wie sie einerseits durch Atombombenexplosionen und andererseits durch die sogenannte „friedliche Nutzung“ der Atomenergie (in AKW's und vor allem Wiederaufbereitungsanlagen) freigesetzt werden – herausarbeiten.

Steinen am ganzen Körper durchbohrt.

Die unvorstellbare durch die Explosion entstandene Hitze schmolz „sogar Steine und Dachziegel im Explosionszentrum“. Menschen, die sich vier Kilometer außerhalb des Explosionszentrums aufgehalten hatten, erlitten noch erhebliche Verbrennungen. „Alle bis zu 1,3 Kilometer vom Explosionszentrum entfernt Befindlichen starben, soweit sie sich nicht an irgendeinem besonders geschützten Ort aufhielten“ (Zitate aus „Wir können nicht schweigen“).

Die Menschen, die die Detonation überlebten und keine Verbrennungen oder andere sichtbare Verletzungen erlitten, konnten sich dennoch nicht den tödlichen radioaktiven Strahlen entziehen. „Sie bekamen hohes Fieber, Blutungen unter der Haut oder an inneren Organen – und starben während der ersten zehn Tage an hochgradiger Entkräftung.“ Alle die sich weniger als ein Kilometer vom Explosionszentrum aufgehalten hatten, „empfielen Ausstrahlungen mittleren Grades“. Sie erbrachen am selben Tag, wurden an den folgenden Tagen immer schwächer und zeigten nach zwei Wochen die typischen Symptome der Atombomben-Krankheit“ (Zitate: „Wir können nicht schweigen“).

Untersuchungen vom Blut dieser Kranken ergaben, daß die Leukozyten stark vermindert sind: „weniger als 1.000 cmm, welche bei gesunden Menschen 6-8.000 cmm betragen.“ Der Körper wird hierdurch sehr geschwächt und kann keine Abwehrstoffe bzw. Widerstand gegen die verschiedensten Krankheitserreger entwickeln. „Er beginnt, lebendig zu verfaulen. Ein derartiger Zustand wird Gangrän genannt. Solcherart werden die Hautwunden ebenso wie die Gaumenmandeln, die Schleimhäute des Magens und des Darms brandig. ... Die Patienten fiebern um 40 Grad Celsius, dauerndes Erbrechen, Blutharn und Blutstuhl treten hinzu, und nach sieben bis zehn Tagen sterben sie endlich.“ Grausam sind für jeden Menschen schon die ersten Anzeichen der Atombomben-Krankheit. Zunächst fallen die Haare büschelweise aus, dann verändert sich die Haut in eine Fläche roter Pustelchen (Hämorrhagische Flecken), Zahnfleisch und Mandeln schwellen an und deformieren („Wir können nicht schweigen“).

Eine der häufigsten und schlimmsten durch radioaktive Strahlungen verursachten Folgekrankheiten (nach den Atomdetonationen von Hiroshima und Nagasaki) ist Leukämie (Blutkrebs). Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß in den Jahren nach den Atombombenexplosionen über Hiroshima und Nagasaki „die Krankheits- und Todesfälle an Leukämie ... auf ein Mehrfaches der Norm“ anstiegen und diese erhöhte Leukämierate ... auch heute noch (besteht)“ (Messerschmidt, a.a.O., S. 171).

Am Beispiel von Nagasaki sei das konkret gezeigt: „Im Abstandsbereich 1.501 bis 2.000 m (zum Explosionszentrum, Anm. d. Verf.) stieg die Leukämierate etwa auf das Achtfache der Norm, in der 1.001- bis 1.500-m-Zone stieg die Leukämierate etwa auf das Achtfache der Norm, in der 1.001- bis 1.500-m-Zone auf das 40fache und bei den Höchstexponierten (also denjenigen, die sich dem Detonationszentrum am nächsten befanden hatten, Anm. d. Verf.), die innerhalb des 1.000-m-Abstandes bestrahlt worden war, auf mehr als den 80fachen Normalwert.“ Wissenschaftler fanden „die Gruppe mit höchster Leukämiehäufigkeit ... in denjenigen Exponierten aus Hiroshima, die innerhalb des 1.000-m-Abstandes bestrahlt worden waren und gleichzeitig (!) an Symptomen der Strahlenkrankheit gelitten hatten. Hier war die Leukämiehäufigkeit etwa 125 mal so hoch (!!!) wie bei nichtexponierten Normal-Japanern der Jahre 1947 bis 1955“ (Messerschmidt, a.a.O., S. 173/174).

Weitere Folgeschäden durch radioaktive Strahlungen und die besondere Betroffenheit der Frauen

Neben der Leukämie verursachten die radioaktiven Strahlungen nach den Atombombenexplosionen von Hiroshima und Nagasaki zahlreiche weitere Krebserkrankungen (vor allem an Lungen, Mägen und den Geschlechtsorganen). Die Krankheitsrate soll „nach Hiroshima“ bei Prostatakrebs um 90 Prozent, bei Lungenkrebs um 750 Pro-

zent und die „Sterberate bei Bauchspeicheldrüsenkrebs soll um 1.200 % angestiegen sein“ (Angaben nach H. Strohm, „Biologische Schäden“, S. 37f).

Frauen, bei denen außer Leukämie Gebärmutterkrebs am häufigsten als Folge radioaktiver Strahlungen auftrat, waren noch stärker als Männer von Krebserkrankungen betroffen: Die Krebshäufigkeit „... betrug für männliche Erkrankte 150,2 und für weibliche 168,9 pro 100.000 Einwohner pro Jahr“.

Untersuchungen eines japanischen Wissenschaftlers ergaben, „daß die Leukämiehäufigkeit bei Männern, den exponierten (also denen, die radioaktiven Strahlungen ausgesetzt waren, Anm. d. Verf.) liegt, daß der Unterschied gegenüber dem weiblichen Geschlecht bei den Exponierten jedoch geringer ist. Dieses Verhalten wäre im Sinne eines relativen Anstiegs der Leukämierate bei den exponierten Frauen zu werten.“ Und der gleiche Wissenschaftler hat errechnet, „daß die Leukämiehäufigkeit bei den Frauen bis zum Jahre 1951 ... sogar noch höher lag und daß erst in den Jahren 1952 bis 1957 eine höhere Leukämiezahl unter den Männern diese Relationen wieder annähernd 'normalisierte'“ (Messerschmidt, a.a.O., S. 175/6).

Schwerwiegende Schädigungen (kurzfristige und solche von längerer Dauer) erlitten Frauen durch radio-

Totgeburt und ein Kind, das unmittelbar nach der Geburt starb“ (Messerschmidt, a.a.O., S. 204). Messerschmidt, der sonst stets darum bemüht ist, die Strahlenschäden zu verharmlosen und zu relativieren, kommt in diesem Punkt doch zu der allgemeinen Annahme, „daß bei vielen Frauen aus Hiroshima und Nagasaki, die erst einige Tage bis Wochen schwanger waren, die Früchte derart geschädigt wurden, daß sie nicht mehr weiterleben konnten und als Fehlgeburten abgingen“ (ebenda, S. 204).

Verheerend waren die Schädigungen derjenigen überlebenden Kinder, die nach den Atombombenexplosionen im Mutterleib bestrahlt worden waren. Die Arten der Mißbildungen bei diesen Kindern reichten von Schwachsinn bis zu körperlichen Entstellungen wie Klumpfüße, Hasenscharten, Hüft- und Beckenverbildungen. Nicht selten waren gleich mehrere Mißbildungen bei einem Kinde infolge radioaktiver Strahlungen. Nach Holger Strohm „ist bekannt, daß in Japan mißgebildete Kinder mit einer verringerten Kopfgröße geboren wurden, deren Mütter einer relativ niedrigen Strahlung von 10-19 rad-



Keloidbildungen an Armen und Oberkörper als Folge der Atombombenexplosion

Keloidbildungen an Armen und Oberkörper als Folge der Atombombenexplosion

schen und bügeln – für die Mehrzahl der Haushalte ist es längst Selbstverständlichkeit ...“ Ja, und welche Frau wollte denn nicht „elektrisch kochen ...“, wollte per Hand die Wäsche für die Familie waschen etc.?

Und für den am „Fortschritt“ interessierten Menschen – so versucht man uns weiszumachen – bedeutet in Zukunft jedenfalls Elektrizität „Elektrizität aus Kernenergie“ die „dem Menschen (hilft), leichter und schöner zu leben ...“ (HEW).

Bei Bedenken hinsichtlich der Sicherheit von Atomanlagen wird die HEW-Kundin rotzfroh und mit puren Lügen „belehrt“: „Die jährliche Strahlendosis am Kraftwerkszaun ist so klein, daß sie nur rechnerisch ermittelt werden kann. Sie ist geringer als bei einem Urlaubsflug in den Süden“ (!!!).

Derartige Quatsch dürften die HEW-Bosse nicht einmal selbst glauben – und noch viel weniger werden sie mit solchen „Theorien“ die in Energie- und speziell in Atom-Fragen kritisch gewordene Öffentlichkeit überzeugen können.

Denn selbst bürgerliche Wissenschaftler und Politiker bestreiten heute nicht mehr, daß mit dem Bau von Atomanlagen Risiken für Menschen und Umwelt verbunden sind; daß Atomanlagen selbst bei „Normalbetrieb“ in verschiedenerlei Hinsicht Gefahrenquellen sind. Für den Fall atomarer Unfälle werden – je nach Größe der Anlage und Schwere des Unfalls – tausende oder Millionen Tote und eine radioaktiv verseuchte Landschaft für möglich gehalten. So wurde z.B. eine im Auftrag der Bundesregierung angefertigte „verlässliche Studie“ bekannt, die die Folgen eines angenommenen größtmöglichen Unfalls in einer Wiederaufbereitungsanlage so einschätzte:

– 30,5 Millionen Tote und
– ungezählte radioaktiv verseuchte Menschen.

Die Folgen dieser möglichen Katastrophe entsprächen der Explosion

Die allgemeinen, verheerenden Folgen der Atombombenexplosionen in Hiroshima und Nagasaki

Um den imperialistischen Krieg zwischen Japan und den USA um die Vorherrschaft in Asien durch einen Schlag zu beenden und zu ihren Gunsten zu entscheiden, entschlossen sich die US-Imperialisten im Sommer des Jahres 1945, das erste Mal in der Menschheitsgeschichte Atombomben einzusetzen.

Die über Hiroshima gezündete Bombe hatte eine Sprengwirkung von 12.000 kg TNT (Trinitrotoluol). Sie wurde von den US-Imperialisten bewußt als Massenvernichtungsmittel gegen die zivile Bevölkerung eingesetzt. Von den etwa 350.000 Einwohnern Hiroshimas starben an den direkten Folgen der Explosion (Hitze und Druck) ca. 80.000 Männer, Frauen und Kinder; mehr als 37.000 waren es in Nagasaki (bei diesen Zahlen sind Verluste unter den in den betroffenen Städten stationierten Truppenteilen nicht enthalten; siehe Angaben hierzu bei Messerschmidt, a.a.O., S. 2 und 3). Noch furchtbarer als die unmittelbare Zerstörungskraft der Atombomben wüteten die von ihnen freigesetzten radioaktiven Stoffe. „Eine japanische Studie kommt zu dem Schluß, ... daß insgesamt als Opfer der Angriffe auf beide Städte 250.000 Menschen zu beklagen sein dürften ...“ („Welt“, 6.8.70).

Bei den über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben – die im Vergleich zu den heute entwickelten nuklearen Sprengkörpern geradezu als „klein“ zu bezeichnen sind (es gibt heute Bomben von mehreren 100 Megatonnen TNT) – wurde die durch die Explosion entstehende Energie zu 50 Prozent in Form von Druck (in Hiroshima „fünf Tonnen je Quadratmeter, in Nagasaki zehn Tonnen je Quadratmeter“), „Wir können nicht schweigen“), zu 35 Prozent in Form von thermischer Strahlung („man sagt, daß sie mit der im Innern der Sonne vergleichbar sei, und die Temperatur betrug über 10.000 Celsius“, Messerschmidt, a.a.O., S. 17) und zu 15 % als Kernstrahlung („sie entsprach derjenigen von ca. 100.000.000 Tonnen Radium“), freigesetzt.

Menschen, die von der Druckwelle erfaßt wurden, wurden durch die Luft geschleudert, zerschmettert und durch Stiche oder Schnitte von Glas und



Haarausfall bei diesem Mädchen aus Hiroshima - eine der Erscheinungsformen der Strahlenkrankheit

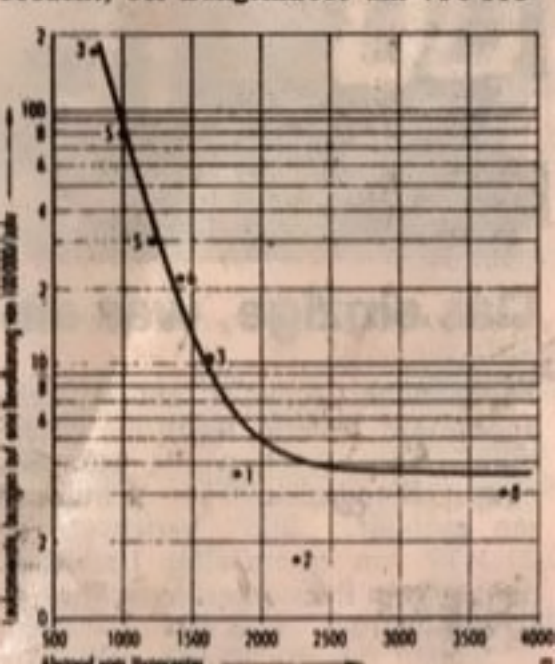
aktive Strahlungen an den Geschlechtsorganen bzw. -funktionen:

Auch bei nur schwachem Strahleneinfluß blieben Störungen und Fehlen der Regelblutungen „für ungefähr ein halbes Jahr bestehen, weil Keimzellen in den Testes bzw. Ovarien (Eierstöcken, Anm. d. Verf.) geschädigt werden“ („Wir können nicht schweigen“).

In einer Untersuchung der Universität Nagasaki wurde mit Hilfe von



Frauen wurde das Muster ihrer Kimonos in die Haut gebrannt



Graphische Darstellung bei Messerschmidt, a.a.O., S.175: Häufigkeit von Leukämien unter der Bevölkerung von Hiroshima, im Verhältnis zur Entfernung vom Explosionsherd

ausgesetzt waren“ („Friedlich in e Katastrophe“).

Diese Schädigung, die als Mikrocephalie bezeichnet wird, bedingt in der Regel bei solcherart mißgebildeten Kindern „mehr oder weniger ausgeprägten Schwachsinn“. Eine Untersuchung von geschädigten Hiroshima-Kindern hat unzweifelhaft ergeben, daß „es nur 2 von 17 Fällen shima-Kindern hat unzweifelhaft ergeben, daß „es nur 2 von 17 Fällen mit deutlicher Mikrocephalie (sind) ... die geistig normal genannt werden können.“ Auch bürgerliche Wissenschaftler bestreiten nicht die Tatsache, „daß Frauen, die an der Strahlenkrankheit gelitten hatten, relativ häufiger mikrocephale Kinder (d.h. Kinder mit zu kleinen Köpfen, Anm. d. Red.) zur Welt brachten als Nicht-exponierte“ und daß „die schwersten Entwicklungshemmungen ... (kombiniert mit Schwachsinn) meist dann auftraten, wenn sich die Mütter zur Zeit der Detonation in der 7. bis 15. Schwangerschaftswoche befunden hatten“ (Messerschmidt, a.a.O., S. 200/202).

Inwieweit diese und andere Mißbildungen auch noch v e r e r b a r sind – d.h. ob die radioaktiven Strahlungen Veränderungen (Mutationen) im Erbgut der bestrahlten Männer und Frauen hervorgerufen haben – läßt sich zur Zeit noch nicht mit Sicherheit sagen, da sichtbare und/oder meßbare Mutationen „selbst bei Verwandtenehen nicht vor der dritten Generation“ zu erwarten sind (lt. Messerschmidt, a.a.O., S. 217).

Als jedoch im Jahre 1958 vergleichende Untersuchungen über das Problem der Mißbildungen (bei solchen Menschen, aus den Städten Hiroshima und Nagasaki einerseits und einer nicht bestrahlten Region andererseits) durchgeführt wurden, kamen die Wissenschaftler zu dem erschreckenden Ergebnis, „daß durch die beiden Detonationen im Erbgut der Bevölkerung von Hiroshima und von Nagasaki Mutationen ausgelöst wurden“ (Messerschmidt, Auswirkungen atomarer Detonationen auf den Menschen, S. 218).

IM NÄCHSTEN ARBEITERKAMPF WERDEN WIR DIESEN ARTIKEL FORTSETZEN UND AUF DIE FOLGEN DER „FRIEDLICHEN NUTZUNG DER KERNENERGIE“ FÜR FRAUEN UND KINDER EINGEHEN.



Frauen



Kindesaussetzungen und -Tötungen in der BRD Auch eine Folge des Paragraphen 218!

„Allein vom November 1976 bis Januar dieses Jahres seien in Hessen und Rheinland-Pfalz sechs Babies ausgesetzt worden“ („UZ“, 18.2.77). „Vier Kindesaussetzungen in wenigen Tagen, so was haben wir (Jugendamt Frankfurt) noch nicht erlebt“ („FR“, 14.1.77).

Solche Meldungen, die seit Anfang des Jahres durch die Presse gehen, werfen ein bezeichnendes Licht auf ein Land, in dem Mütter gezwungen werden, Kinder, die sie nicht wollen, auf die Welt zu bringen.

Die sogenannte „Reform“ des § 218 hat außer einer verschärften Anwendung des Strafparagraphen und einer starken Diskriminierung der Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen, nichts gebracht.

Alleinstehende Mütter werden noch immer gesellschaftlich diskriminiert. Die Sparpolitik der Regierung macht jeden positiven Ansatz zugunsten der Frauen und ihrer Kinder zunichte. In Kindertagesstätten werden Plätze gestrichen oder die Häuser ganz geschlossen. Privaten Initiativen wie Kinderläden und -häusern werden die Gelder gestrichen oder sie werden erst gar nicht unter-

stützt.

Für viele Frauen bietet sich nur die Alternative, das Kind zur Welt zu bringen und es unter vielen Schwierigkeiten und Entbehrungen großzuziehen, oder aber es nach der Geburt entweder auszusetzen oder gar zu töten. Und diese Alternative hat sich garantiert keine Frau freiwillig ausgesucht!

„Bei einem Viertel der getöteten Kinder handelt es sich um Neugeborene, über ein Drittel der Opfer (35,7%) war noch keine 6 Monate alt. Nur knapp ein Fünftel der Kinder war älter als sechs Jahre. Im einzelnen ergibt sich die folgende Altersverteilung:

Neugeborene	220	24,5%
bis unter 6 Monate	181	11,2%
6 Mon. bis unt. 1 Jahr	47	5,2%
1 Jahr	62	6,9%

(Sonderstatistik: Tötungsdelikte an Kindern, „Kriminalistik“ Heft 10/75, S. 465 – Die Angaben beziehen sich auf die Jahre 1968-74).

Auch die Angaben über die sogenannten „Haupttäter“ sprechen eine klare Sprache:

Die Frauen sind die Hauptbetroffenen: In fast der Hälfte der Fälle (47%) wurden die Kinder von der

eigenen Mutter getötet, in weiteren 19,6% vom Vater. Und diese Zahlen geben sicherlich nur einen Bruchteil des Elends wieder: Die „Dunkelziffer“ ist groß.

Zu erwarten ist, daß im Zuge des Ausbaus des Polizeiapparates und so wie der § 218 angelegt ist (kartellische, namentliche Registrierung der Schwangeren bei den Beratungsstellen), auch hier die Maschen enger werden!

Auch das haben die Hüter des un-„geborenen Lebens“ auf dem Gewissen:

- 11,2% (97 Fälle) der Tatverdächtigen verüben bis zum Abschluß der polizeilichen Ermittlungen Selbstmord!
- Weitere 2,8% (24 Fälle) der Tatverdächtigen versuchen, sich das Leben zu nehmen („Kriminalstatistik“ 10/75).

Für die Bourgeoisie ist dies alles recht einfach: Ursache und Schuld wird bei den Frauen selbst gesucht. Entweder lieben diese Frauen ihre Kinder nicht, es sind „Rabenmütter“, „Hexen“, „Bestien“ usw. oder aber, sie leiden angeblich an Geisteskrankheit und schweren Depressionen.

Davon, daß die Frauen durch die



bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu solchen Verzweiflungstaten getrieben werden, spricht niemand.

Die Frauen haben das Recht zu bestimmen, wann sie ein Kind wollen und wann nicht!

Die Kinder haben ein Recht darauf, gewollt zu sein!

Die Kinder haben ein Recht auf ein glückliches Leben!

Weg mit dem § 218!

Für die Legalisierung der Abtreibung!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Für eine Frauen-Aktionseinheit in Schleswig-Holstein

Für den 25. März hatten die Flensburger Frauengruppe (FG) und die Frauenkommission/KB Flensburg zu einem Treffen der Frauengruppen in Schleswig-Holstein eingeladen.

Auf dem Treffen waren Frauen von Flensburger FG, Frauenkommission des KB, Frauenwerkstatt Flensburg, Frauenzentrum Kiel, Frauenzentrum Lübeck, FG Niebüll, FG Westerland, FG Husum und FG Schleswig.

Die anwesenden Frauen verabschiedeten einstimmig einen Aufruf, der in ihren Gruppen diskutiert werden soll und der an alle Frauenzentren und Frauengruppen in Schleswig-Holstein geht. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Wir rufen auf zur Gründung einer Frauen-AE in Schleswig-Holstein, die

– gegen jede Benachteiligung, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen in der BRD kämpft;

– gemeinsame Aktionen gegen die Unterdrückung der Frauen durchführt, wie es einige Frauengruppen aus dem nördlichen Schleswig-Holstein dieses Jahr schon anlässlich des zweiten Jahrestags des BVG-Urteils und anlässlich des 8. März, dem Internationalen Frauentag, getan haben;

– durch eine ständige Informationsarbeit mit einer Zeitung oder Infos noch mehr Frauen für den Kampf gewinnt;

– einen ständigen Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Frauengruppen und alle sie interessierenden Fragen durchführt und sich gegenseitig unterstützt;

– zu allen uns wichtig erscheinenden politischen Fragen, z.B. der Atomenergie, öffentlich Stellung bezieht.“

Als ein Schwerpunkt der Arbeit der Frauengruppen in Schleswig-Holstein für die nächste Zeit wurde eine Kampagne zur Gewalt gegen Frau-

en gesehen mit Öffentlichkeitsarbeit, örtlichen Aktionen und möglicherweise einer zentralen Veranstaltung in Schleswig-Holstein. Im Kieler Frauenzentrum und in der Flensburger Frauengruppe sind schon vor kurzem Arbeitskreise eingerichtet worden, die sich mit diesem Thema beschäftigen und konkrete Enthüllungen am Ort zusammentragen.

Vom Lübecker Frauenzentrum ist kürzlich eine Initiative ins Leben gerufen worden, die ein Frauenhaus in Lübeck fordert.

Auf dem Treffen wurde außerdem beschlossen, die Diskussion um die Frauenmobilisierung zum 1. Mai in die Gruppen zu tragen und den Vorschlag zu machen, auf den Mai-Demonstrationen Frauenblöcke zu bilden.

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

Vom Fischmehl und anderem...



Leserbrief: Hauptsache, die Versuchsreihe stimmt

Ich möchte einmal beschreiben, wie es einem gehen kann, will gerade frau sich der „fortgeschrittenen Medizin“ bedienen:

Ich hatte schon sehr lange (4 3/4 Jahre) zur Empfängnisverhütung ein Intra-Uterin-Pessar, kurz „Spirale“ genannt, benutzt. Wie nach diesem langen Zeitraum zu erwarten, hatte ich allmählich diverse, chronische Entzündungen und zunehmend stärkere Schmerzen, sodaß ich mich entschloß, die Spirale rausnehmen zu lassen. Ich hatte gehört, daß im Klinikum Steglitz (Westberlin) eine besonders gründliche Nachuntersuchung – sogar mit stationärer Behandlung gemacht wird einschließlich Gewebeuntersuchung etc.p.p.

Angeichts einer inzwischen festgestellten Eierstockentzündung, des langen Zeitraumes, in dem ich die Spirale schon trug und der stärker werdenden Schmerzen und Blutun-

gen, wollte ich es nicht bei einem einfachen Herausheben des Dings belassen, sondern fand (und finde!) gerade die Nachuntersuchung absolut notwendig.

Im Klinikum angekommen, wurde mir dann auch gleich auf's wärmste empfohlen, die Spirale rausnehmen zu lassen – am besten sofort. Schon darauf eingerichtet, gleich im Krankenhaus bleiben zu müssen, fragte ich, wieviel Tage es dauern würde. Die Antwort: „Ist die Spirale überhaupt hier eingesetzt worden?“ Das war sie nicht – War damit für die Ärzte der Fall erledigt? „Obwohl es fast den Rahmen der ‚ersten Hilfe‘ überschreitet, nehmen wir Ihnen die Spirale raus; aber entscheiden Sie sich schnell, draußen warten noch andere Patienten...“ Als ich – relativ verwirrt – gerade noch schlüchtern fragte, ob das nicht schmerzt und ob ich vielleicht eine Spritze bekommen

könnte, meinte eine Schwester: „na, die hopst uns gleich vom Tisch... nun, was wollen Sie eigentlich?“ So behandelt, habe ich das Klinikum erstmal schleunigst verlassen, das kann ich auch bei jedem x-beliebigen Arzt haben... u.U. noch besser. Auf dem Weg nach Hause habe ich mir dann überlegt, daß es bestimmt sehr sehr viele Menschen gibt, die mit der Illusion ins Klinikum gehen, daß ihnen dort die „Uni-Medizin“ zur Verfügung steht (dafür werden die unwahrscheinlich langen Wartezeiten auch in Kauf genommen)... dabei sind wir doch nur als FORSCHUNGSOBJEKTE willkommen – und zu einem vernünftigen „Versuch“ gehört natürlich, daß er von Anfang bis Ende überwacht ist. – Das ist das Entscheidende. Nicht etwa, wie es uns geht!

Eine Westberliner Genossin

Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad

„Ist ja kein Wunder, daß bei Dir keiner hängen bleibt, wenn Du die Typen immer knuffst“ „Warum hast Du keinen Freund.“ – Welche Frau ohne Freund oder Mann hat solche Bemerkungen nicht schon zu hören bekommen.

Uns stinken derartige Sprüche fürchterlich, weil wir der Meinung sind, daß so ein Gerede darauf hinzielt, die Frau nur im Zusammenhang mit einem Mann zu akzeptieren. Irgendetwas kann an ihnen ja nicht stimmen, und so werden die Frauen gezwungen zu überlegen, ob sie vielleicht „unnormale“ sind, krumme Beine haben usw., weil bei ihnen keiner „hängenbleibt“. „Schrulligkeit“

von Frauen werden oft darauf zurückgeführt, daß sie keinen Mann haben, was in letzter Konsequenz heißt, wir müssen öfter mal „gedeckt“ werden, um überhaupt anerkannt zu werden.

Warum haben Frauen „Torschlusspanik“? Warum fällt es Frauen so schwer, sich von einem Mann zu trennen? Doch wohl nicht, weil sie ihn so lieben. Spürt nicht jede Frau irgendwo, daß ihr gesellschaftlicher Status sinkt. Sie wird unsicher, fühlt sich als Freiwild, mag keine Pärchen besuchen. Die Reihe läßt sich beliebig fortsetzen.

All diese Dinge dienen dazu, die Frau zu unterdrücken, sie als zweit-

rangig anzusehen und nicht als eigenständige Menschen zu akzeptieren. Wir Frauen haben schon oft gezeigt, daß wir unsere Frau stehen können und haben ein Recht darauf, als vollwertige Menschen behandelt zu werden, egal ob mit oder ohne „starkem“ Geschlecht im Hintergrund.

Wir fordern daher jede/jeden auf, oben genannten Sprüchen und der dahinter steckenden Ideologie den Kampf anzusagen!

Zwei unbekannte Genossinnen
aus Lübeck

Bremen. In Bremen bekam der KBW zwar keine Probleme mit Fischmehl, stattdessen aber mit „stinkenden Daunenfedern“ („KVZ“-Bezirksbeilage, 23.3.). Etwa 15 Frauen hatten dem KBW-Ortsbüro einen Besuch abgestattet, an die Vorderfront des Büros das Wort „Frauenfeinde“ gesprüht und das Büro mit Krach und Musik betreten. Drinnen wurden Bettfedern und Schaumgummiflocken ausgestreut und zwei Kränze, mit dem Frauenzeichen verziert und der Aufschrift „Zum letzten Gruß“, niedergelegt. Ein KBWler, der anfang zu prügeln, wurde eingesprüht.

Anlaß für diese Aktion war ein Flugblatt, das der KBW auf der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag verteilt hatte. Unter der Überschrift „Frauentheorien, Frauenorganisationen, Frauenhäuser – Spaltungsmanöver im Auftrag der herrschenden Klasse“ wurde behauptet: „Ob DGB, Marie Schlei, Alice Schwarzer, KB (Nord) und andere Frauengruppen... Einige sind sie sich darin, daß diese Klassengesellschaft nicht das Grundübel aller Unterdrückung ist.“ Diese „Sumpflumen“ betrieben mit Frauenhäusern (Häusern für geschlagene Frauen, eines davon gibt es in Bremen) „Spaltung des Volkes.“ „Diese Frauenbewahranstalten dienen der Bevormundung und Bespitzelung (!) der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat.“ Man beachte, daß der Vorwurf der Bespitzelung im Falle der Beratungsstellen dem Sturm auf die Stellen von „pro familia“ durch den KBW diene. Zuzutragen ist diesem Verein ähnliches in bezug auf die Frauenhäuser! Auf einer Veranstaltung des KBW zum selben Thema lauschten ganze 65 Personen den frauenfeindlichen

Sprüchen des KBW, der krampfhaft mit wachsendem Niedergang bemüht ist, seinen § 218-Komitees neuen Schwung zu verleihen.

Die Frauen, die das Frauenhausprojekt in Bremen unterstützen, haben dem KBW eine passende Antwort erteilt. In der „KVZ“-Bezirksbeilage (23.3.) sieht der KBW allerdings Gespenster: Nachdem uns schon angedichtet wurde, wir (der „KB-Nord“) hätten ein eigenes Haus in Hemelingen (das Frauenhaus), wurde die Aktion im KBW-Büro einem „guten Dutzend weiblicher KB-Nord-Anhänger“ angedichtet. Wir haben von der ganzen Aktion nichts gewußt und waren auch nicht daran beteiligt – ein Umstand, den wir noch heute bedauern. Auf zur nächsten Geisterstunde! ...

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Frauenfest

In Lüneburg gab es zum 8. März ein Frauenfest, das von interessierten Frauen, der „offenen Frauengruppe“ und KB/Frauen veranstaltet wurde. Das Hauptthema war „Frauen gegen AKW's“, dazu wurde ein Wyhl-Film gezeigt. Weiter ging es um § 218 und „Gewalt gegen Frauen“. Mit Diskussion, Sketsch, und Liedern: Frauenbüchertisch, Verkauf von selbstgebastelten Sachen und von Männern organisierter Essen- u. Getränkeverkauf, war das Fest ein großer Erfolg: es kamen über 100 Menschen! Außerdem wurde die „offene Frauengruppe“ nach dem Fest erheblich größer.

KB-Frauen Lüneburg

Rechts ist nicht gleich links zweierlei Maß in der „autonomen“ Frauenbewegung

Am 13.3. fand im Westberlin Frauenzentrum ein Plenum statt, auf dem das Verhältnis der autonomen Frauenbewegung zu den Linken diskutiert werden sollte. Anlaß für diese Diskussion, die öffentlich geführt werden sollte, waren verschiedene Anträge der „Frauen-Aktionseinheit“ und der Frauengruppe des KB, die bis dahin immer abgeschmettert worden waren.

Auf dem Plenum erschienen viele Frauen, die nicht im Frauenzentrum organisiert sind und die, ebenso wie wir, kritisieren, daß das Frauenzentrum ständig gemeinsame Aktionen, die von der Frauen-AE vorgeschlagen werden, abblockt.

Ein schlechtes Vorzeichen für den Verlauf des Plenums war das Erscheinen der „Schwarzen Botinnen“ – eine reaktionäre Gruppe in der Frauenbewegung, die so edlen Zielen wie der Ausrottung der Männer zustrebt, und die sich selbst für die intellektuelle Elite innerhalb der Frauenbewegung hält. Seit wir in das Treiben der „Botinnen“ vor einiger Zeit etwas Licht brachten (AK 97 und „Offener Brief an die Frauenbewegung“), sind uns die „Botinnen“ böse und betreiben über alle ihnen verfügbaren Kanäle in der westdeutschen und Westberliner Frauenbewegung Stimmungsmache gegen die „KB Frauen“.

Als dann zwei unserer Genossinnen auf dem Plenum erschienen, ging

der Spektakel los: Die im Frauenzentrum organisierten Frauen wollten uns sofort rausschmeißen, da es einen Beschluß gebe, wonach „KB Frauen“ auf dem Plenum nicht anwesend sein dürfen. Die „Botinnen“ waren begeistert und unterstützten diese Forderung mit Vehemenz. Eine Frau aus der „Courage“-Redaktion schob noch ein, daß dann eigentlich auch die „Botinnen“ gehen müßten, da sie ja auch nicht im Frauenzentrum organisiert seien. Dies war aber nicht Gegenstand weiterer Diskussionen: Die „Botinnen“ konnten selbstverständlich bleiben, während wir gehen mußten.

Dann zogen die „Botinnen“ ein mehrseitiges Papier hervor, das sie demnächst breit verteilen wollen: „Unsere Erfahrungen mit den Linken“, aufgezeigt am Beispiel KB. Inhaltlich wurde darin zu ihren Theorien und unserer Polemik dagegen leider nichts gesagt. Stattdessen wurde erneut herumlamentiert, daß wir in unserer Kritik auch bestimmte Perversionen der „Botinnen“ in ihrer „Wohnkultur“ (wie etwa einen in einem Cognac-Schwenker schwimmenden Foetus) erwähnt hatten. Dieser Punkt hat zu viel Demagogie in der „autonomen“ Frauenbewegung Anlaß gegeben und hat sich bisher als glänzend geeignet erwiesen, um über die bösen Kommunisten und ihre unsachlichen Polemiken zu zetern und jedes, aber auch

wirklich jedes Wort zur inhaltlichen Auseinandersetzung zu vermeiden. Wir haben jene Skurrilitäten wahrlich nicht deshalb erwähnt, weil es uns an kräftigen politischen Argumenten gefehlt hätte, denn da wäre wirklich die bloße Darstellung ihrer reaktionären Theorien ausreichend gewesen, sondern um auch einen gewissen surrealistischen, makabren Hintergrund dieser Theorien deutlich zu machen. Sei's drum: Das war im FZ-Plenum nun wieder der Diskussionspunkt. Schlussmotto des „Botinnen“-Papiers: „Frauen, laßt Euch nicht auf linke Frauen ein!“.

Denn, die Linken kämpfen mit den Parolen der Urgroßväter. Die „Schwarze Botin“ sei die Alternative zu den Linken. Die Abgrenzung nach links funktionierte voll. Als abgestimmt wurde (dabei waren nur die im FZ organisierten Frauen stimmberechtigt), ob Anträge vom KB überhaupt noch angenommen werden, stimmten 16 Frauen dagegen und nur drei dafür. Die antikomunistische Hysterie mancher „autonom“ Frauen ging so weit, daß z.B. Frauen in VS-Manier einfach als „KB-Frauen“ verdächtigt wurden, weil sie mit einer bekannten KB-Genossin im Gespräch beobachtet worden seien. Dem Frauenbuchladen „Labrys“ und der „Courage“ wurde vorgeworfen, sie hätten sich mit den Linken solidarisiert und damit eine Spaltung inner-

halb der autonomen Frauenbewegung hervorgerufen.

Das Vorgehen ist in seiner Konsequenz beeindruckend: Was die „KB-Frauen“ sagen, ist von vornherein „Scheiße“, weil sie Linke sind, und was Linke sagen, ist eben „Scheiße“. Andererseits: Mit den reaktionären Theorien der „Schwarzen Botin“ setzt Frau („autonom“) sich nicht einmal auseinander, weil's halt Frauen sind. Die ironische Pointe dabei ist, daß gerade die „Botinnen“ selbst erklärmaßen für eine derart hirnlose „Solidarität unter Frauen“ nur die allergrößte Verachtung übrighaben und ungeniert von den „dummen Kühen im Frauenzentrum“ sprechen. Jetzt aber sind sie zynisch genug, sich dieses „klebrigen Schleims“ (Originalton der „Botinnen“) der „Solidarität unter Frauen“ zu bedienen.

Bemerkenswert im allernegativsten Sinne ist auch der „Beitrag“ der „Courage“ zu diesem Thema, der sich in folgendem Kommentar erschöpft: „Die Berliner Frauenaktionseinheit und die Frauen des Kommunistischen Schülerbundes (gibt's gar nicht! – Anm. AK) fordern – nachdem sie die Schwarze Botin im ARBEITERKAMPF kritisierten – zum Boykott der Zeitung auf. Wir meinen, daß es nicht die Aufgabe von KB-Frauen ist, Frauengruppen untereinander zum Boykott aufzufordern. Bislang hat sich dem

Boykottaufruf als einziges Projekt der Frauenbewegung der Verlag Frauenpolitik angeschlossen“ („Courage“ 3/77). Dieselbe Haltung im Grunde wie bei den „Autonomen“. Zum einen kein Wort zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Zum anderen die irre Position, daß die Beziehung zu den „Botinnen“ ohne weiteres tabuisierte Beziehungen zwischen „Frauengruppen untereinander“ sind (in die sich gefälligst kein Außenstehender einzumischen hat!), während die „KB-Frauen“ anscheinend gar keine „richtigen“ Frauen (im Sinne von „Frauengruppen untereinander“) sind und folglich auch in „Frauensachen“ nicht mitzureden haben. Es gibt nun also nicht mehr bloß eine „Solidarität“ der Frauen gegen die Männer, sondern auch noch innerhalb der Frauen verschiedene Kategorien, nämlich einerseits die richtigen Frauen und andererseits die „KB-Frauen“. Außerdem eine dritte Kategorie von Frauen wie der „Courage“, die sich zwar selbst für richtige Frauen halten, aber von den ganz, ganz richtigen und rechten Frauen nicht voll als solche anerkannt werden, weil sie schon allzu links und damit natürlich „Scheiße“ sind.

Auf diesem Weg könnte man die Frauenbewegung zu Grabe tragen. Aber warum eigentlich?!

AG Frauen Westberlin und AK-Redaktion

Antiautoritäre Erziehung Zur Pädagogik von A.S. Neill

„... sie tragen oft die Zeichen der Atomwaffengegner, aber keiner meiner Schüler wurde wegen eines Sitzstreikes mit Bertrand Russell auf dem Trafalgar Square festgenommen“.

Jeder, der heute an den Kämpfen gegen das Atom-Programm oder sich an der Verbreitung eines Russell-Tribunals gegen die Repression in der BRD beteiligt, wird sich bei diesem Zitat an den Kopf fassen.

Das Zitat stammt von A.S. Neill, dessen pädagogische Methode zum Inbegriff dessen geworden ist, was seit zehn Jahren als „antiautoritäre Erziehung“ durch Diskussionen um eine fortschrittliche Erziehungspraxis geistert.

Es ist an der Zeit, sich im AK mit der Methode des A.S. Neill zu befassen.

Neills großer Durchbruch

A.S. Neill gründete 1921 im englischen Städtchen Leiston seine Schule Summerhill. Bis zu seinem Tod 1973 betreute er dort regelmäßig etwa 45 Kinder im Alter von fünf bis sechzehn Jahren und entwickelte seine Methode der antiautoritären Erziehung.

Den großen Durchbruch erreichten Neills Thesen jedoch – zumindest in der BRD – erst Ende der 60er Jahre. Sein Buch „Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung“ erlebte innerhalb von drei Monaten (Nov. 1969 bis Febr. 1970) vier Auflagen, über 100.000 Exemplare wurden in dieser kurzen Zeit verkauft. Drei weitere Bücher folgten. Aufgegriffen wurden Neills Thesen in der BRD hauptsächlich in der außerparlamentarischen Opposition. Diese Bewegung, entzündet u.a. an der zunehmenden Repression in der BRD und dem verbrecherischen Krieg des USA-Regimes gegen das vietnamesische Volk, stellte sich auch die Frage nach einer „repressionsfreien Erziehung“. Mehr noch: Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Frage, ob man (und wenn ja, wie?) die gesellschaftlichen Zustände über eine Veränderung der Erziehung umgestalten könne. Ihren praktischen Niederschlag fanden diese Diskussionen in den verschiedensten Kinderladen-Projekten.

Mit dem Ende der Kinderladen-Bewegung nahm zwar der Einfluß Neillscher Thesen auf pädagogische Diskussionen schnell ab; in veränderter, abgeschwächter Form treten seine Positionen immer wieder auf, wenn es um die Frage einer „Erziehung ohne Druck“ geht.

Mit der Kinderladenbewegung und ihren Nachfolgern in der BRD wollen wir uns in einem der nächsten AKs auseinandersetzen.

„Ich sehe meine Aufgabe nicht in erster Linie in der Änderung der Gesellschaft,

sondern darin, wenigstens einige Kinder glücklich zu machen“

Der Ausgangspunkt für Neills Pädagogik ist eine scharfe „Zivilisationskritik“: „Unsere Erziehung, unsere Politik, unser Wirtschaftssystem führen zum Krieg. Unsere medizinische Wissenschaft hat mit den Krankheiten nicht aufgeräumt. Unsere Religion hat weder Wucher noch Raub aus der Welt geschafft. Trotz unserer vielgepriesenen humanitären Einstellung billigt die öffentliche Meinung noch immer den barbarischen Jagdsport. Der Fortschritt unseres Zeitalters ist ein Fortschritt der Maschine: Funk und Fernsehen, Elektronik und Düsenflugzeuge. Neue Weltkriege drohen auszubrechen, weil das soziale Gewissen der Welt immer noch primitiv ist“ (Neill, „Theorie und Praxis...“, S. 41).

Die Ursachen für diesen „Mißstand“ liegen für Neill nicht in den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern im Menschen selbst, insbesondere den gängigen Erziehungsmethoden. Das Kind, so Neill, wird schon vor der Geburt unter Zwang gesetzt; einmal auf der Welt wird es nicht mit Liebe und Zuneigung behandelt, sondern durchgehend unter Druck gesetzt. Haupthebel bei dieser „Zwangserziehung“ ist die Unterdrückung der Sexualität: „Die Sexualität ist die Grundlage jeder negativen Einstellung zum Leben“ (ebd., S. 199). Entsprechend ist das „sexuelle Tabu... bei der Unterdrückung der Kinder das Grundübel“ (S. 198). Das Ergebnis dieser Erziehung ist „Lebensfeindlichkeit“: „Lebensfeindlichkeit ist gleichbedeutend mit Pflicht, Gehorsam, Unterwerfung durch Macht und Profit“ (S. 311).

Den Einfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse bestreitet Neill: „Millionäre mit Cadillac sind nicht glücklicher als Gepäckträger, weil niemand Freude an wirtschaftlicher Sicherheit haben kann, der lebens- und Liebesfeindlich ist. Reiche und Arme haben eines gemeinsam: in einer Welt aufgewachsen zu sein, die nichts von Liebe hält, Angst vor ihr hat und sie zum dreckigen Witz degradiert“ (S. 312). Und: „In allen Ländern, ob kapitalistisch, sozialistisch oder kommunistisch gibt es ein genau durchgedachtes Schulsystem. Aber alle wunderbaren Laboratorien und Werkstätten in den Schulen helfen den Johns oder Peters oder Ivans nicht dabei, den seelischen Schaden und die gesellschaftlichen Übel zu überwinden, die durch den Druck der Eltern und Lehrer und den Zwangscharakter unserer Zivilisation erzeugt werden“ (S. 45).

Dementsprechend stellt sich Neill nicht die Aufgabe, die Gesellschaft zu verändern. Ihm geht es darum, einige Kinder ohne „lebensfeind-

liche“ Einflüsse aufwachsen zu lassen: „Ich kann darauf nur antworten, daß ich nicht aktiv versuche, die Gesellschaft zu bekehren, sondern sie nur zu überzeugen versuche, daß sie sich von ihrem Haß, ihrem Drang zu strafen und ihrem Mystizismus befreien muß“ (S. 40). Die Menschheit soll, kurz gesagt, ihren erstauten Blick nach Summerhill richten und ausrufen: „Hurra, man kann freie Kinder erziehen!“

Neills Erziehungspraxis

Neills Grundannahme zur Entwicklung eines Kindes lautet: „Sich selbst überlassen und unbeeinflusst von Erwachsenen, entwickelt es sich entsprechend seinen Möglichkeiten“ (S. 22/23). Entsprechend will er in Summerhill eine Umgebung schaffen, in der das Kind „Zustimmung findet und in der ihm niemand vorschreibt, was es zu tun hat“. Diese „Freiheit“ findet ihre Grenze da, wo sie die Freiheit anderer beeinträchtigt bzw. lebensgefährlich wird (Verbot von Luftgewehren etc.).

Es ist den Schülern freigestellt, ob sie in die Schule gehen wollen oder nicht. Da Neill meint, ein Kind würde nur lernen, was es lernen will, erscheint es ihm schlichtweg unsinnig, es zum Unterricht zu zwingen. Seine Erfahrung ist dabei, daß nach einer gewissen Phase der Verweigerung der Schulbesuchs die meisten Kinder doch wieder am Unterricht teilnehmen. Nur in wenigen Fällen verzichten Schüler jahrelang auf den Schulbesuch. Ein einziger Schüler hat es geschafft, 13 Jahre überhaupt nicht in die Schule zu gehen (S. 89). Nicht nur der Schulbesuch ist freigestellt, es werden auch keine Prüfungen abgehalten, keine Hausaufgaben gegeben etc.

Die „Grenzen der Freiheit“ in Summerhill zieht wesentlich die wöchentliche Vollversammlung, auf der alle Bewohner Summerhills stimmberechtigt sind. Der Vorsitz wird jeweils von einem Schüler geführt.

„Die Aufgabe der Schulversammlung besteht nicht nur darin, Gesetze zu verabschieden, sondern auch über allgemeine Fragen des Gemeinschaftslebens zu diskutieren“ (S. 62). Themen, die Neill nennt, sind u.a. Feste, Rauchen, Schlafenszeiten, Baden im Meer, Diebstähle.

Gerade diese Vollversammlungen zeigen, wie sich die Realität des „kapitalistischen Umlandes“ von Summerhill in der Schule selbst niederschlägt.

So werden von der VV Schüler beauftragt, über „ungehöriges Benehmen von Summerhill-Schülern in der Stadt“ zu berichten (z.B. ist das Fluchen außerhalb Summerhills verboten). Hier wird nicht die Frage aufgeworfen, ob die Schüler nun verläßt, und sei es nur für drei Kilometer, muß sich eben so bene-



men, wie nach Neills Ansicht es dem Ansehen der Schule am dienlichsten ist.

Verstöße gegen die Bestimmungen Summerhills werden von der Vollversammlung bestraft. Fast alle Strafen in Summerhill sind Geldstrafen.

Wer wie Neill nicht an den gesellschaftlichen Verhältnissen rütteln will, für den ist es natürlich sehr naheliegend, Ordnungswidrigkeiten mit dem Griff zum Geldbeutel zu ahnden.

Auch in der Sexualität: letztendlich bürgerliche Pädagogik

Auch in der Behandlung der Sexualität in Summerhill schlägt sich bürgerliche Ideologie nieder.

Neill will die „zwanghafte“ Erziehung, der seiner Meinung nach die meisten Kinder unterliegen, insbesondere durch einen Verzicht auf sexuelle Repression erreichen. Das heißt für ihn, daß das Kind alle Teile seines Körpers berühren darf und heterosexuelle Spiele (gegen Homosexualität hat Neill etwas) erlaubt sein sollen. Denn: „Warum hat die Natur dem Menschen einen starken Sexualtrieb gegeben, wenn der Jugendliche sich nicht seiner bedienen darf, solange die älteren Menschen der Gesellschaft es nicht erlauben?“ (S. 201). Sicherlich ein Fortschritt gegenüber der Behandlung von Sexualität in repressiven Erziehungseinrichtungen, aber: Auch bei Neill hat die ganze „Freiheit“ ihre Haken.

Neill propagiert zwar heterosexuelle Betätigung, in Summerhill allerdings ist sie verboten, denn: „Ich kann das schreiben, doch wenn ich

zuließe, daß meine Schüler miteinander schlafen, dann würden die Behörden meine Schule schließen“ (S. 201). Hier zeigt sich in aller Schärfe das Elend der Neillschen Pädagogik: Neill will seine Kinder „glücklich“ machen, er hält dazu heterosexuelle Betätigung für unerlässlich, was ihm die kapitalistische Gesellschaft verbietet. Und mit der will er sich nun ja (s.o.) nicht anlegen bzw. kann es auch nicht, weil er den kürzeren ziehen würde: „Wenn ich beispielsweise eine Gesellschaftsordnung einführen wollte, in der junge heranwachsende Menschen das Recht hätten, nach eigenem Gutdünken ein ganz natürliches Liebesleben zu führen, würde ich als unmoralisch, als Verführer der Jugend zugrunde gerichtet, wenn nicht sogar ins Gefängnis gesperrt werden“ (S. 40).

Im Grunde werden also auch die Kinder in Summerhill mit der bürgerlichen Sexualmoral vertraut gemacht, nur mit dem Trost, daß ihr Schulleiter dagegen dicke Bücher und Aufsätze schreibt.

Genauso werden die Schüler in Summerhill von der bürgerlichen Rollendiktatur eingeholt. Auch für Neill ist letztendlich klar, daß der Mann die Krone der Schöpfung ist: „Im großen und ganzen glaube ich, sind die kleinen Jungen aber schöpferischer. Zumindest höre ich nie einen Jungen sagen, er langweile sich und wisse nicht, was er tun solle, während das bei kleinen Mädchen manchmal vorkommt“ (S. 32). Und: „Die Mädchen halten sich immer im Haus oder in seiner Nähe auf und entfernen sich nie sehr weit von den Erwachsenen“ (S. 32).

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

Obwohl er (theoretisch) um die besondere Unterdrückung der Frau weiß („... in einer patriarchalischen Gesellschaft ist sie entschieden minderwertiger, und sie wird in diesem Wissen erzogen“), soll in Summerhill in Sachen „Rollenverteilung“ also alles beim Alten bleiben. Neills Begründung: Die Frau wird „gewöhnlich nicht gegen ihren niedrigen Status in einer vom Mann geformten Gesellschaft rebellieren“.

Unsere Alternative zu Neill

A.S. Neill hat innerhalb der bürgerlichen Pädagogik ohne Zweifel eine „revolutionäre“ Rolle gespielt. Man vergleiche Summerhill mit den herkömmlichen britischen Internaten, in denen Prügelorgien, ein perfektioniertes Disziplinierungsinstrumentarium und unmenschlicher Leistungsdruck tagtäglich sind. Man vergleiche Neills theoretische Positionen (und bescheidenen pädagogischen Ansätze) zu einer freieren Sexualerziehung mit der Prüderie und Sexualunterdrückung sonstiger bürgerlicher Erziehung. Man vergleiche die demokratische „Selbstregierung“ Summerhills mit der Hierarchie sonstiger Schulen.

Diese „revolutionären“ Praktiken in Summerhill sollten wir durchaus auswerten und nutzen, zumal Neill selbst mit der Beschreibung seines Verhaltens Kindern gegenüber stellenweise gute Vorschläge für die Erziehungspraxis leistet.

Gegen diese Verdienste steht die grundsätzliche Kritik der Neillschen Pädagogik:

1. Neill setzt sich in keiner Weise mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinander, die die von ihm beklagten „Zivilisationserscheinungen“ hervorrufen. Entsprechend wirken diese Verhältnisse an allen Ecken und Enden auf seine Schüler ein (Geldstrafen, bürgerliche Sexualmoral, Rollenfixierung). Entsprechend ist seine Pädagogik nicht antikapitalistisch, sondern ein Angebot an Leute, die ihre Kinder repressionsfrei auf das Leben im Kapitalismus vorbereiten wollen.
2. Neill meint, daß ein Kind sich am besten unbeeinflusst von Erwachsenen und sich selbst überlassen entwickelt. Diese Ansicht ist in höchstem Maße kinderfeindlich, weil das Kind in der Praxis bei der Bewältigung der Umwelt allein gelassen wird.

Eine wirklich fortschrittliche Erziehung geht demgegenüber von ganz anderen Ansatzpunkten aus:

1. Wir beziehen unsere Kinder in den Kampf um die Veränderung dieser Gesellschaft ein. D.h., wir versuchen, ihnen Wissen über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu vermitteln, ihnen unseren Widerstand zu erklären und klar zu machen, daß man durch ein solidarisches Vorgehen erfolgreich gegen Unterdrückung kämpfen kann. Als konkretes Beispiel sei hier der Kampf gegen AKW's genannt. Wir werden unseren Kindern möglichst viel Wissen vermitteln darüber, welche Gefahr von AKW's ausgeht. Wir werden ihnen zeigen, daß sie dieser Gefahr nicht ohnmächtig ausgeliefert sind, sondern, daß es möglich ist, dagegen einen starken und letztendlich erfolgreichen Widerstand zu organisieren. Unsere Kinder sollen unsere Freude über gelungene Kampfschritte gegen die AKW's miterleben und sich selbst überlegen, welche Möglichkeiten sie haben, sich gegen AKW's zu wehren, z.B. unter welchen Bedingungen sie an einer Anti-AKW-Demo teilnehmen können, welchen Beitrag sie auf einer Informationsveranstaltung leisten wollen, oder wie das Thema z.B. im Malunterricht gestaltet werden kann. Damit wird das Kind zu einem selbstständigen Partner im gemeinsamen Widerstand, auf den selbstverständlich in besonderem Maße Rücksicht genommen werden muß.
2. Deshalb können wir unsere Kinder nicht sich selbst überlassen, wir müssen uns mit ihnen kontinuierlich auseinandersetzen. Dabei müssen wir uns sehr genau überlegen, welches Wissen wir vermitteln, wie wir es vermitteln, wie wir unseren Kindern den Rücken stärken.

Es gilt für uns, unseren Kindern zu helfen, ihre Umwelt, die gesellschaftliche Realität, zu erkennen und angesichts dieser Erkenntnis nicht mutlos zu werden, sondern Widerstand zu üben gegen Unterdrückung und Unrecht.

Wir wollen, in Abwandlung des Eingangs angeführten Neill-Zitates, daß unsere Kinder nicht nur die Zeichen der AKW-Gegner tragen, sondern wir wollen, daß sie auch zu jenen Menschen gehören, die mit Bertrand Russell wegen eines Sitzstreikes festgenommen werden!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Rote Grütze“ unter Beschuß

In der BRD und Westberlin gibt es nur wenige fortschrittliche Kindertheater, die Alternativen zu den ebenso dämlichen wie reaktionären Kinderversen, -stücken und -liedern schaffen, die in der bürgerlichen Erziehung angewandt werden.

Diese Kindertheater sind vom Beginn ihrer Arbeit an scharfem Beschuß der Reaktion ausgesetzt gewesen. Erstes Angriffsobjekt war das West-Berliner „Grips“-Theater, bekannt durch Stücke wie „Mannomann“, Lieder wie „Doof gebo'n wird keiner“ und „Wer sagt, daß Mädchen dümmer sind, der spinnt“. Dem Theater wurden in CDU-verwalteten Bezirken West-Berlins keine Räume in Schulen mehr genehmigt, Lehrer mußten Besuche beim „Grips“-Theater melden, die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Springer-Presse hetzten kontinuierlich gegen die angeblich betrieblene „kommunistische Indoktrination“.

Nach dem „Grips“-Theater ist jetzt eine andere Gruppe unter rechtes Sperrfeuer geraten, nämlich die „Rote Grütze“, die derzeit zwei Stücke zur Sexualerziehung aufführt: „Darüber spricht man nicht“ und „Was heißt hier Liebe“.

CDU-Lemmer: „Dem Spuk ein Ende bereiten!“

Eine für Ende Januar 1977 geplante Aufführung von „Darüber spricht man nicht“ im Westberliner Bezirk Zehlendorf rief den CDU-Abgeordneten Henning Lemmer auf den Plan: In einem „Offenen Brief“ warnt Lemmer vor den „raffinierten Methoden ... mit denen die Kinder für eine zweifelhafte Sache gewonnen werden sollen“. Der Teufel geht, wie immer, mit arger List zu Werke: „Scheinheilig wird als unpolitischer Anlaß das Thema Sexualerziehung benutzt. Bei Tanz und Spiel und mit flotten Liedchen werden die Kinder zu sexuellem Tun aufgefordert“. „Vulgärsprache und Schockwirkung werden berechnet eingesetzt, um den Kindern



das natürliche (!) Schamgefühl und das individuelle Gewissen zu nehmen“. Und damit geht's erst richtig los: „Unverkennbar ist, daß die Rote Grütze zugleich ein bestimmtes kollektives Bewußtsein zu erzeugen versucht. Man leistet damit Vorarbeit für das Ziel, die Kinder später politisch manipulieren zu können“. — Das geht anscheinend nach der Devise: Ist das natürliche Schamgefühl erst ruiniert, indoktriniert sich's wie geschmiert! ... Lemmer: „Das ist zweifellos der Parteilauftrag der Roten Grütze“. Welche Partei? Lemmer deutet es dezent an, wenn er davon spricht, daß sich die „Rote Grütze“ des „Wohltuens der SEW“ erfreue. Liebesgrüße aus Moskau?!

Die „Rote Grütze“ unternahm gegen diesen Hetzer juristische Schritte und hatte zunächst Erfolg: Per einstweiliger Verfügung wurden Lemmer einige der übelsten Behauptungen untersagt. In der Hauptverhandlung vor dem Westberliner Landgericht wurde diese Verfügung aufgehoben; Lemmer darf weiter hetzen, da sein Brief angeblich nur „Werturteile“ enthält und die seien durch das „Recht auf freie Meinungsäußerung“ gedeckt.

Der CDU-Hetze auf dem Fuß folgte die etwas „feinere“ Repression von Seiten der SPD. In Nordrhein-Westfalen verordnete der Kultusminister Girgensohn, daß geschlossene Schulklassen die Veranstaltungen der „Roten Grütze“ nur besuchen dürfen, „wenn alle Eltern der jeweiligen Klasse vorher zustimmen“. Das kommt faktisch einem Verbot des Besuchs durch ganze Schulklassen gleich, denn erfahrungsgemäß findet sich in jeder Klasse ein Elternteil, das dagegen Einwände erhebt („ED“, 22.3.).

Angriffe auch in Kassel

Am 28. und 29. März wollte „Rote Grütze“ mit seinen Stücken „Darüber spricht man nicht“ und „Was heißt hier Liebe?“ in Kassel gastieren. Angeregt hatte das Gastspiel das Kasseler Staatstheater, und das Geld wollte die Stadtsparkasse geben, die es „zu ihren Aufgaben zählt, Kunst und Kultur und Jugendarbeit im Besonderen zu fördern“ („Hessisch-Niederrheinische Allgemeine“, 25.3.). Aber schon auf das

Ankündigungssplakat hin gab es Proteste von kirchlichen und religiösen Organisationen, der Vertreterin des Hessischen Elternvereins und etlichen Privatpersonen, die auch anonyme Briefe an den Kasseler Kulturdezernenten Ludolf Wurbs schrieben. Daraufhin machten die Sparkassendirektoren und der Kulturdezernent schnell einen Rückzieher und bliesen das Gastspiel ab. Daß es dann allerdings doch noch Aufführungen der „Roten Grütze“ in Kassel gab, ist den „Falken“ zu verdanken, die die Veranstaltungen selbst organisierten und die Räume stellten.

Nach ihrer Tournee will die „Rote Grütze“ eine Dokumentation über sich, speziell auch zu den Angriffen, herausgeben.

Solidarität

mit der „Roten Grütze“!

Mit den Angriffen auf die „Rote Grütze“ zielt die Reaktion gegen jeden Ansatz fortschrittlicher Kinderkultur, mit dem eine Alternative zu religiösen Kinderreimen („Wie fröhlich bin ich aufgewacht — das hat der liebe ... gemacht“), Sexualunterdrückung, verlogenen Glückseligkeitsidealen etc. geschaffen wird.

Eine fortschrittliche Kinderkultur ist für jede alternative Erziehung von großer Bedeutung. Die Verteidigung solcher Gruppen wie der „Roten Grütze“ ist von daher Aufgabe aller fortschrittlichen Initiativen auf dem Gebiet der Kindererziehung.

Das „Kinderhaus Heinrichstraße“ in Hamburg, das — wie wir berichteten — genauso wie die „Rote Grütze“ dem Vorwurf „linker Indoktrination“ ausgesetzt ist (den es im übrigen in einer sehr empfehlenswerten Broschüre zurückgewiesen hat), hat hier einen richtigen Schritt unternommen, der in anderen Städten nachgemacht werden sollte. Nach einem Besuch der Kinder wurde eine gemeinsame Solidaritätsveranstaltung vorgeschlagen. („Kinderhaus-Nachrichten“, Nr. 2).

Kinderkommission und andere
Genossen, KB/Gruppe Hamburg

An Chinas Schulen: Hua-Gruppe für „Autorität des Lehrers“



Nach „großem Chaos“ soll jetzt „große Ordnung“ im Lande einkehren. So verkündete es Hua Guo-feng dem chinesischen Volk nach dem Rechtsputsch vom 6. Oktober. Dies gilt, wie kaum anders zu erwarten, natürlich auch für die Schulen, wo „große Ordnung“ zu allen Zeiten das Ideal der bürgerlichen Kräfte war. So ist jetzt eine Episode aufgegriffen worden, die 1974 durch die internationale Presse ging. Sammler können die Sache nachlesen in der „Peking Rundschau“ Nr. 2/1974 und Nr. 9/1974.

Kurz gesagt ging es damals um folgendes: Die Schülerin Huang Schuai, 5. Klasse, hatte regelmäßig in ihrem Tagebuch ihrem Ärger über eine autoritäre Lehrerin Luft gemacht. So notierte sie z.B. am 7. September 1973: „Ein Schüler der Klasse hat die Disziplin während der Stunde verletzt und Blödsinn gemacht. Die Lehrerin hat ihn zu sich zitiert und ihm gesagt: Ich hätte wirklich die größte Lust, dir mit dem Stock eins überzuziehen“. Diese Worte scheinen mir nicht richtig, denn wenn die Lehrer einen Stock haben, dann, um den Schülern die Sachen zu zeigen, zu unterrichten, und nicht, um ihnen auf den Kopf zu hauen. Ich finde, daß du die Schüler oft scharf kritisiert hast, aber ihnen wenig geduldige Hilfe gabst. Kann man die ideologischen Probleme lösen, indem man auf den Tisch haut und die Augen rollt? Ich hoffe, daß du den Schülern mit Geduld hilfst, ihre Fehler zu korrigieren, und mehr auf deine Worte achtest“.

Schließlich faßte das Mädchen sich ein Herz und überreichte der Lehrerin einige Seiten aus ihrem Tagebuch, zusammen mit einem Briefchen. Die Folge war, daß die Lehrerin eine „Entschuldigung“ verlangte und die ganze Klasse zwang, sich von der Schülerin zu distanzieren. Huang Schuai schrieb daraufhin einen Brief an die „Renmin Ribao“ und diese griff — im Zusammenhang der gerade anlautenden „Kritik an Konfuzius“-Kampagne — im Dezember 1973 die Sache auf. Daran entfaltete sich eine breite Diskussion im ganzen Land. Dabei ging es, wie Huang Schuai selbst formulierte, um die Frage, „ob man die Kinder an der Revolution im Erziehungswesen beteiligen

lassen soll, ob sie zur Revolution fähig sind, ob man die proletarische Revolution im Erziehungswesen weiter, bis zum Ende, führen soll, oder ob sie das Maß schon überschritten hat“ („PR“ 9/74).

Nunmehr ist ein Artikel aus dem Erziehungsministerium erschienen (siehe Anm. am Schluß), in dem behauptet wird, der ganze Vorgang sei von zwei „für Djang Tjing arbeitenden Gefolgsleuten“ bewußt maßlos übertrieben worden, um einen Keil zwischen Schüler und Lehrer zu treiben. Besonders verurteilt wird die öffentliche Diskussion des Vorfalles, denn diese habe alle Lehrer so sehr eingeschüchtert, daß sie gar nicht mehr gewußt hätten, wie sie den Schülern gegenüber auftreten sollten!

Behauptet wird gar, die Schülerin habe ihren in der Presse veröffentlichten „Offenen Brief“ überhaupt nicht selbst geschrieben, sondern sei von der „Viererbande“ mißbraucht worden, um die chinesischen Kinder aufzuhetzen und sie zu Gefolgsleuten der „Viererbande“ zu machen. Zur selben Zeit habe, so heißt es heute, an manchen Schulen „Anarchie geherrscht“, wegen der „sogenannten

Kritik an der absoluten Autorität des Lehrers“. „Zu jener Zeit wurden Klassenfeinde sehr aktiv, die Erziehung wurde ernsthaft beeinträchtigt und es gab Beschädigungen von Schulmaterial“. Daraufhin hätten, so wird heute weiter behauptet, „die Arbeiter, Bauern und Soldaten-Massen“, „revolutionäre Lehrer“ und „revolutionäre Eltern“ die Forderung nach „wirksamen Maßnahmen“ (?) erhoben. Die „Viererbande“ habe aber erklärt, die Zerstörungswut mancher Schüler sei ein Protest gegen die autoritären Unterrichtsmethoden „bürgerlicher Intellektueller“. Damit hätten sie, „öl ins Feuer der Anarchie gegossen“.

Die Art, wie jetzt nachträglich die damalige Situation an den Schulen und die Kritik an der absoluten Autorität des Lehrers verzerrt dargestellt wird, erinnert aufs Haar an die demagogischen Tiraden etwa in Springers „Welt“. Die Chinesen sollen jetzt solchen Blödsinn glauben, wie etwa: „Djang Tjing klagte alle (!) Lehrer an, sie seien schlechte Elemente“, Djang Tjing habe alle Lehrer der Diktatur des Proletariats unterwerfen wollen, die Lehrer hätten sozusagen

gen vor ihren Schülern zittern müssen usw.

Wie wenig dieses demagogische Zerrbild mit der damaligen Realität zu tun hat, sieht man, wenn man bei der Schülerin Huang Schuai etwa liest („PR“ 9/1974, S. 7): „... Früher ließ der schädliche Einfluß der revisionistischen Linie im Bildungswesen Lehrer und Schüler einander gegenüberstehen. Heute sind die beiden Gruppen durch die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für das Bildungswesen wieder vereint. Sie kämpfen Schulter an Schulter. Heute tritt der revolutionäre Elan meines Klassenlehrers immer mehr zutage... Er ist unser guter Kampfgefährte, unser Vorbild und ein richtiger Klassenleiter geworden. Einer meiner früheren Lehrer kam aus eigener Initiative in unsere Klasse, um sich die Meinungen von uns Schülern anzuhören. Als er kam, klatschten alle in die Hände, was ihn sehr berührte“. Dies als Propaganda für eine Zuspitzung der Gegensätze zwischen Schülern und Lehrern, als Propaganda für die „Anarchie“ an den Schulen hinstellen zu wollen, wie es heute geschieht, ist grotesk! Ganz offensichtlich betreibt die Hua-Gruppe auch auf diesem Sektor ihre massive Geschichtsfälschung, die die Kulturrevolution, die „Kritik an Konfuzius“ und den Kampf „gegen den Wind von rechts“ als einziges Chaos darstellen soll, um Sympathie für Hua Guo-feng's „Große Ordnung über dem ganzen Land“ zu wecken. Wenn heute solidarische Beziehungen zwischen Schülern und Lehrern, wie sie in Wirklichkeit am Falle der Schülerin Huang Schuai seinerzeit propagiert wurden, als „Anarchie“ und „Chaos“ diffamiert werden, so läßt dies deutliche Rückschlüsse darauf zu, in welche Richtung auch im Schul- und Erziehungswesen der Kurs gehen soll: Volldampf zurück!

Anmerkung: Die aktuellen Zitate beziehen sich auf zwei Artikel, die am 28.2.77 von Radio Peking übertragen wurden, nämlich: „Entlarvt Djang Tjings Komplott der Kritik an der absoluten Autorität des Lehrers!“ von einem Mitarbeiter des Erziehungsministeriums, sowie „Kritisiert den Unsinn von ‚Revolution ohne die Lehrer machen‘!“ von einem Studenten der Peking-Industrie-Universität. Texte nach „Summary of World Broadcasts“ vom 15.3.77.

Niederlande / Belgien

Regierungskrise in den Niederlanden: Katholische Winkelzüge und sozialdemokratischer Opportunismus

Am 22.3. trat das niederländische Kabinett zurück. Vordergründig, weil zwischen den „progressiven Drei“ (unter anderem Sozialdemokraten) einerseits und den konfessionellen Parteien andererseits, die eine Koalition eingegangen sind, keine Einigung über Höhe und Modalitäten bei Enteignung von Grund und Boden für das „Allgemeinwohl“ erzielt werden konnte.

Der eigentliche Grund des Kabinettsrücktritts lag in den mehrwöchigen Versuchen eines Zusammenschlusses von drei „christlichen“ Parteien, schon im Vorfeld der am 25. Mai regulär stattfindenden Neuwahlen, die Machtfrage zu stellen.

Dieser Rücktritt hatte, für sich genommen, keine allzu große praktische Bedeutung. Bei dem gegebenen Kräfteverhältnis im niederländischen Parlament und zwei Monate vor Neuwahlen hätten die fast vier Jahre lang liegegebliebenen „wesentlichen Vorhaben“ des Kabinetts Den Uyl ohnehin nicht mehr durchgesetzt werden können. Überdies wurde nach einigem Gezänk in fast allen Parteien am 29.3. entschieden, daß das Kabinett in der alten Zusammensetzung, nur eben als „demissioniertes Kabinett“ im Amt bleibt.

Die Bildung des Kabinetts Den Uyl

Aufgrund der in den Niederlanden noch gegebenen Parteienvielfalt, (eine „Fünf-Prozent-Klausel“ gibt es nicht, so daß die derzeit in der Zweiten Kammer vertretenen vierzehn Parteien zwischen einem und 43 Abgeordneten haben), kann weder die größte Partei (meist Sozialdemokraten), noch ein Zusammenschluß sich „nahestehender“ Parteien eine Regierungsmehrheit bei den Wahlen erringen. Es sind immer Koalitionen zwischen Strömungen gebildet worden, die mehr oder weniger unterschiedliche Auffassungen davon haben, wie die Geschäfte der Bourgeoisie am besten zu betreiben sind.

Strömungen gebildet worden, die mehr oder weniger unterschiedliche Auffassungen davon haben, wie die Geschäfte der Bourgeoisie am besten zu betreiben sind.



Hauptdarsteller Van Agt

So wurde im Mai 1973 nach einer Kabinettsformierung - Periode von 164 Tagen - der längsten in der ganzen niederländischen Geschichte - ein Fünf-Parteien-Kabinett gebildet, dem einerseits die „Progressiven Drei“ (die sozialdemokratische „Partei der Arbeit“, PvdA, die „Politische Partei der Radikalen“, PPR, eine „linke“ Abspaltung der protestantischen „Antirevolutionären Partei“, ARP, und die „Demokraten“, D66) - eine „linke“ Abspaltung der rechtsliberalen „Vereinigung für Freiheit und Demokratie“, VVD) - und andererseits zwei konfessionelle Parteien (die „Katholische Volkspartei“, KVP, und die protestantische „Antirevolutionäre Partei“, ARP) angehörten.

Zehn Minister wurden von den „Progressiven“ gestellt und sechs von den Konfessionellen. Den Ministerpräsidenten stellten die „Progressiven“, den Sozialdemokraten Den Uyl, den Vizepremier die Konfessionellen, Van Agt von der KVP. Dieses Kabinett bildet zusammen mit den 14 Parteifraktionen die Zweite Kammer (dem

het C D A ...



„Die CDA ... groß geworden auf dem Bauch der schwangeren Frauen“ (Grafik von Willem Willems) - die Konfessionellen hatten gegenüber der Abtreibungsreform prinzipiellen Widerstand geleistet und sich damit politisch „profilieren“.

„Die CDA ... groß geworden auf dem Bauch der schwangeren Frauen“ (Grafik von Willem Willems) - die Konfessionellen hatten gegenüber der Abtreibungsreform prinzipiellen Widerstand geleistet und sich damit politisch „profilieren“.

Bundestag vergleichbar), formelles Staatsoberhaupt ist Königin Juliana.

Krise und Erfolglosigkeit waren in dieser Zusammensetzung von vornherein angelegt. Die „Progressiven Drei“ verzichteten auf eigene Regierungsprogramme und machten ein großspuriges als

„Wendepunkt“ betiteltes Programm zu ihrer Regierungsgrundlage. Eine gemeinsame Regierungserklärung aller fünf Parteien gab es nicht. Es wurde lediglich in einer „Ministererklärung“ festgehalten, welche „Übereinkünfte“ zwischen den „Progressiven“ und den Konfessionellen in den strittigsten Punkten bei der Kabinettsbildung erzielt worden waren.

Überdies machte der Fraktionsvorsitzende der KVP schon im Januar 1973 deutlich: „Den Uyl kann alleine regieren, wenn wir nicht gegen ihn in Opposition gehen. Sonst fällt er am ersten Tag, denn rechts ist immer gegen ihn ... Er mag von uns aus regieren, er führt die größte Kombination an, aber wir fordern für unsere Parteien eine gleichwertige Behandlung“ (zit. nach „VN“, 26.3.77).

Entgegen allen Erwartungen überstand das Kabinett Den Uyl jedoch fast volle vier Jahre, obwohl jeder der „progressiven“ Abgeordneten oder Minister, die es mit ihrer „Progressivität“ nur halbwegs ernst meinten, x-mal ernsthafteste Veranlassung gehabt hätte, seine Mitarbeit in dieser parlamentarischen Schmierkomödie aufzukündigen.

Im Herbst '76, als sich die Neuwahlen abzeichneten, schlossen sich die an der Regierung beteiligten KVP und ARP sowie die in der „Opposition“ sitzende protestantische „Christlich-Historische Union“ CHU zum „Christlich-Demokratischen Apell“ CDA zusammen. Zum Listenführer für die Wahl und Anwärter auf das Amt des Mini-

sterpräsident wurde Justizminister und Vize-Premier Van Agt von der KVP.

Die Schmierkomödie mit der Bodenreform

Bei der geplanten Reform des Bodenrechts ging es um ein Vorkaufsrecht der Gemeinden. Damit sollte die Bodenspekulation eingeschränkt werden.

Diese Bodenreform beinhaltet: „Gegen die Spekulation dadurch anzugehen, daß den Behörden und namentlich den Gemeinden ein Vorkaufsrecht gegeben und bei Enteignung von Boden im Prinzip der Gebrauchswert vergütet wird. Korrektur von Ungerechtigkeiten, welche z.B. bei notwendiger Ersatzbeschaffung auftreten können“ (zit. nach „VN“, 26.3.77).

Diese Absprache, angereichert durch weitere Zugeständnisse der PvdA an die Konfessionellen, war dann der Inhalt der Gesetzesentwürfe, der von Van Agt und Van der Stee, (beide KVP) und Gruyter (D'66) ausgearbeitet und unterzeichnet worden war. Van Agt betonte noch vor wenigen Wochen, für den Entwurf einzustehen.

Um die Koalition der Rechten stärker zu profilieren und zu vereheitlichen, ging Van Agt mit seiner Mannschaft vor wenigen Wochen auf Konfrontationskurs. Er nahm dabei die Bodenreform zum Anlaß, die er mit Hilfe von Anträgen, Verzögerungen etc. zum Platzen bringen wollte.

Die Durchführung ihrer Manöver wurde den CDA-Machern in erster Linie durch die „Progressiven“ erschwert: Diese ließen sich unter Führung und Druck der PvdA auf immer neue Kompromisse ein und kamen den CDA-Vorstellungen soweit entgegen, daß es für die CDA letztlich sehr schwierig wurde, auf dem Wege immer neuer Änderungsanträge und anderer Tricks

die anstehende Kammerdebatte weiter hinauszuzögern.

Als dazu noch die Stimmung im Lager der „Progressiven“ stärker wurde, den Gesetzesentwurf endlich in die Kammer einzubringen, sich die CDA-Macher aber immer noch nicht der Geschlossenheit ihrer Mannen sicher sein konnten, machte Van Agt einen Vorstoß, der ihm sogar im eigenen Lager offene und scharfe Kritik eintrug. - Er trat am 19.3. im Fernsehen auf und erklärte, wenn die „Progressiven“ jetzt nicht gehörige Konzessionen machen würden (was sie gerade zum x-ten Mal gemacht hatten!), sei „es mit dem Kabinett vorbei“. Hiermit hatte Van Agt nun auch in aller Öffentlichkeit kundgetan, daß es gar nicht um eine Bodenreform geht, sondern um eine schlichte Machtprobe - es sollte sich zeigen, „wer der König ist“ („VN“, 19.3.).

Am 21.3. waren in einer Beratung, an der Premier Den Uyl höchstpersönlich teilnahm, immer noch zwei der vier KVP-Minister nur bedingt geneigt, gegen den Entwurf zu stimmen, die beiden ARP-Minister wollten sich nach wie vor für den Entwurf aussprechen.

Bei der Abstimmung am 22.3. machten Van Agt und Van der Stee mit ihren Gegenstimmen einen provokatorischen Vorstoß, dem sich die anderen CDA-Minister nur noch anschließen konnten, da ein anderes Verhalten den Bruch des CDA-Blocks zur Folge gehabt hätte und boten gemeinsam ihren Abschied an. Die zehn Minister der „Progressiven“ konnten ihnen nur noch folgen. Das Kabinett Den Uyl war, zwei Monate vor den Neuwahlen, geplatzt.

Der Fraktionsführer der ARP, Aantjes, äußerte sich befriedigt in einem öffentlichen Dankwort an die CDA-Minister: „Die Einheit in der CDA ist gewahrt geblieben und hat sich stärker gezeigt als viele gehofft hatten“ („Volkskrant“, 23.3.).

Wie brüchig diese erpreßte Einheit der CDA jedoch noch immer ist, zeigte sich sehr schnell an dem Gezänk, das zwischen KVP und ARP einerseits und der CHU andererseits ausbrach. Während KVP und ARP unmittelbar nach Van Agts Provokation sich über ihre Bereitschaft verbreiteten, sowohl in einem demissionierten Kabinett wie auch nach den Neuwahlen wieder mit den „Progressiven“ ein Kabinett zu bilden, verwarfte die CHU strikt gegen jeden Annäherungsversuch, weil sie befürchtete, wie schon 1973, dadurch wieder aus dem Geschäft gedrängt zu werden. - Auch die gesamte PvdA-Spitze beeilte sich zu versichern, daß eine künftige Zusammenarbeit mit der CDA zwar erschwert, aber gewiß nicht unmöglich sei.

Vier Jahre Kabinett Den Uyl - Vier Jahre „Verbreitung von Wissen, Macht und Einkommen“?

Mit dem Einbringen des eh schon total verwässerten Gesetzes zur Reform des Enteignungsverfahrens hatte das Kabinett Den Uyl zum „ersten Mal“ in fast vier Jahren „das Kabinett vor eine fundamentale Entscheidung (ge)stellt“ („VN“, 26.3.).

Sämtliche wesentlichen Vorhaben, die von den „Progressiven“ in ihrem „Wendepunkt“ genannten Regierungsprogramm 1973 mit viel Getöse angekündigt worden waren - Senkung der Verteidigungsausgaben, Reform des Abtreibungsgesetzes, Verbesserung der Gesundheitsfürsorge, Demokratisierung der Betriebe, Vermögensbildung und Investitionskontrolle - sind gescheitert, teils am Widerstand der rechten Kammermehrheit, teils gar nicht erst zur Abstimmung gekommen.

Das Verhalten der „Progressiven“ bei der jüngsten Provokation der Rechten läßt auch für die Zukunft nichts anderes erwarten ...

(Der Artikel stützt sich im wesentlichen auf „Vrij Nederland“ vom 19. und 26.3. und die „Volkskrant“ vom 9. - 30.3., weiter wurden einzelne Ausgaben von „De Waarheid“, Zeitung der revisionistischen KP, „Het Vrije Volk“, „Het Parool“ und „NRC/Handelsblad“ herangezogen. Ein „Denkschrift“ an die niederländischen Genossen, die uns wieder eifrig mit Material versorgt haben!)

Niederlande-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Streiks abgebrochen: Wahlkampf statt Klassenkampf

Belgien. Nachdem am 25.2. über 300.000 Arbeiter gegen die Angriffe der Regierung Tindemans auf ihre Lebensbedingungen („Egmont-Plan“, siehe AK 100) gestreikt hatten, gestaltete sich auch der von „sozialistischer“ (ABVV) und „christlicher“ (ACV) Gewerkschaft gemeinsam geplante zweite nationale Streiktag zu einem weiteren Erfolg:

Die Metro, der lokale Nahverkehr und die Bahn in den Provinzen Ost-Flandern und Luxemburg waren 24 Stunden lahmgelegt, dazu standen städtische Bedienstete und Bankangestellte im Streik für spezielle Forderungen. Insgesamt beteiligten sich wieder über 300.000 an den Aktionen. Zwei Tage vor dem nächsten geplanten Streiktag löste dann Ministerpräsident Tindemans das Parlament auf und setzte Neuwahlen für den 17. April an. Unmittelbarer Anlaß war das Ausscheiden des „Rassemblement Wallon“ (RW) aus der Regierung, die somit ohne parlamentarische Mehrheit war. Ging es dabei vordergründig um ein Ultimatum des RW bezüglich einer sofortigen Einigung über die inhaltliche Ausgestaltung der 1971 in der Verfassung verankerten dreiteiligen Gliederung des Landes (der sogenannten „Regionalisierung“), so ist der Bezug des Tindemans-Coups auf die Massenstreiks doch unverkennbar. Denn die Folge war, daß die Gewerkschaftsführungen am 10.3. den Beschluß faßten, die Streiks abzubrechen, da nun angeblich kein „Adressat“ mehr für die Forderungen vorhanden sei. Dieses Argument sticht in zweifacher Hinsicht nicht:

- Einmal besteht nach wie vor die Notwendigkeit, den Kapitalisten klar zu machen, daß eine Fortsetzung ihrer „anti-sozialen“ Politik auf keinen Fall hingenommen wird - keine einzige Forderung ist bis dahin erfüllt worden;
- zum anderen besteht für Tindemans nach wie vor die Möglichkeit, diejenigen Maßnahmen des „Egmont-Plans“, die nicht parlamentarischer Zustimmung bedürfen, durchzuziehen. Für die Subventions-Geschenke an die Kapitalisten und die stärkeren Kontrollen der Arbeitslosen hat er das auch bereits angekündigt („Pour“, 16.3.77).

Die Reaktion der Gewerkschaftsbasis auf den Abbruch-Beschluß war entsprechend scharf:

In der Provinz Namur, die als regionaler Streikschwerpunkt für den 11.3. vorgesehen war, wurden auf Versammlungen zahlreiche Beschlüsse dagegen gefaßt und auch befolgt: die Industrieregion Gembloux lag am Freitag weitgehend still; auch in der Gegend von Beneden-Same war der Streik total mit Ausnahme der Betriebe mit ACV-Mehrheit; RTB-Namur konnte nur ein Notprogramm senden („BPA-Bulletin“, 18.3.77 - ein linker belgischer Info-Dienst).

Besonders scharf wurde auf den Versammlungen kritisiert, daß der Beschluß vollkommen selbstherrlich, ohne jede Einflußmöglichkeiten für die Mitglieder, gefaßt worden war.

Ein für Donnerstag angesetzter Streik im Pressewesen wurde weitgehend durchgezogen, die meisten französischsprachigen Blätter erschienen Donnerstag abend und Freitag nicht.

Der vorläufig letzte der „roten Freitage“ war somit trotz der Kapitulation der Gewerkschaftsführer ein Erfolg. Er hatte zwar nicht die zahlenmäßige Breite der „legalen“ Aktionen, legte dafür aber bereites Zeugnis ab von der Bereitschaft großer Teile der Gewerkschaftsbasis zu selbständigen Kämpfen.

Fortsetzung auf Seite 29

Fortsetzung von Seite 28

Unklar ist noch, wie die Kollegen der als besonders kampfstark eingeschätzten Regionen Liege und Antwerpen, die den Streik am 25.3. tragen sollten, auf die neue Situation reagieren. Gewerkschaftsführer und PSB („Sozialistische Partei“) befürchten von hierher eine Beeinträchtigung ihrer Wahlkampfstrategie, die ganz auf eine Dämpfung der Klassenkämpfe orientiert.

Je weicher sich die Gewerkschaftsspitze gegenüber der Regierung zeigt, desto schärfer werden gegenwärtig ihre Angriffe auf kämpferische Kräfte der Basis, die ihre Konzeption stören könnten. Auf einer Veranstaltung in Leuven beschimpfte ABVV-Führer De Rieuw diese Kollegen als „Extremisten“, die „schleunigst aus der Gewerkschaft austreten“ sollten, man wolle „keine vorrevolutionäre Situation“ in Belgien („BPA-Bulletin“, 18.3.77).

Bleb es im ABVV bisher bei Drohungen, so ist man im „christlichen“ ACV bereits zu Taten übergegangen: So wurde ein Monteur von „Boelwerf Temse“ ausgeschlossen, weil er auf einer Liste der „ML“-Organisation AMADA kandidiert hatte (ebenda).

Dies kann der Beginn einer „Hexenjagd“ in den Gewerkschaften sein, die die Gewerkschaftsführer aufziehen, um auch nach innen die Politik der „Verständigung“, die bei einer zu erwartenden Beteiligung der PSB an der Regierung nach den Wahlen ansteht, abzusichern.

Die Rechnung der Bourgeoisie ist also vorerst aufgegangen:

Die für sie brenzlige Situation einer starken Eskalation der Klassenkämpfe und Radikalisierung der Massen (besonders im wallonischen Landesteil) ist erstmal durch die Kapitulation der Gewerkschaftsspitze bereinigt. Da in diesen Kämpfen deutlich wurde, daß die politische Basis der Regierung Tindemans für weitergehende Angriffe auf die Werktätigen doch zu schwach war, ist man jetzt bestrebt, die PSB miteinzubeziehen, um so die Arbeiterbewegung (über die Gewerkschaften) zu lähmen und die PSB mitverantwortlich zu machen für den weiteren Krisenkurs und sie nicht als Opposition die Früchte der wachsenden Unzufriedenheit ernten zu lassen.

Die PSB hat sofort Schritte unternommen, um ihre Bereitschaft für ein solches Manöver zu demonstrieren: So wurde zwar die für belgische Verhältnisse undemokratische Parlamentsauflösung durch Tindemans als „kalter Staatsstreich“ kritisiert – was die PSB-Führer Cools und Claes allerdings nicht daran hinderte, sich unverzüglich mit Tindemans und dem CVP-Vorsitzenden Maertens zu treffen, um die Weichen für die zukünftige Entwicklung zu stellen.

Belgien-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven

Belgien-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven

Einreiseverbot für niederländische Soldatengewerkschafter in die BRD

Das Leitungsmitglied der niederländischen Soldatengewerkschaft „Vereniging van Dienstplichtige Militairen“ VVDM (s.a. die INTERNATIONALE Nr.19), Tom Linders, wurde am 10.3. bei der Einreise in die BRD aus dem Zug geholt. Er hätte, so die westdeutsche Grenzpolizei, „aufhetzendes Material“ bei sich gehabt. Dieses „aufhetzende Material“ waren normale Unterlagen, Zeitungen etc., der auch von der niederländischen Regierung als Verhandlungspartner anerkannten Soldatengewerkschaft, wie es seit Jahren von VVDMern in die westdeutschen Orte gebracht wird, wo niederländische Soldaten stationiert sind. Die VVDM sprach von einer „unzulässigen Einmischung“ westdeutscher Staatsorgane in die Arbeit der Soldatengewerkschaft.

Anscheinend soll jetzt das schon früher aus CDU-Kreisen geforderte Verbot des VVDM auf „deutschem Boden“ schrittweise durchgesetzt werden.

(Nach „De Waarheid“, Zeitung der revisionistischen KP, 11.3.77).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschistische Gedenkdemonstration in Amsterdam



„Lieber tot als Sklave“ – die Antwort des Widerstandes auf die „Bekanntmachungen“ der Faschisten

Zum Gedenken an den Februarstreik 1941 demonstrierten am 25.2.1977 in Amsterdam rund 20.000 Menschen. Nach der Besetzung der Niederlande im Mai 1940 durch die deutschen Faschisten wurden in allen größeren Städten passive Widerstandsaktionen durchgeführt. Im Sommer 1940 wurden die ersten Widerstandsgruppen gebildet und illegale Zeitungen verbreitet. Die erste große Schlacht war der Streik im Februar 1941 mit bis zu 300.000 Teilnehmern. Es war der erste Massenstreik überhaupt, der in den von den Faschisten besetzten Gebieten durchgeführt wurde.

Erste Widerstandsaktionen gegen die faschistischen Besatzertruppen

Nach der Besetzung waren die Gewerkschaften von den Faschisten „gleichgeschaltet“, unter Führung niederländischer Nationalsozialisten oder anderer kollaborationswilliger Elemente gestellt worden. Bei der Organisation des wirtschaftlichen und politischen Abwehrkampfes spielte die „Communistische Partij Nederland“ CPN die wesentliche Rolle.

Besonders scharfen Angriffen auf ihre Lebenslage waren die „Notstandsarbeiter“ (Amsterdam allein zählte schon im ersten Besetzungsmonat 60.000 Arbeitslose!) ausgesetzt, bei einem 13-14-stündigen Arbeitstag verdienten sie nur 20 Gulden in der Woche. Als ihre Arbeitszeit noch weiter verlängert wurde, kam unter kommunistischer Führung ein Aktionskomitee zustande. Mit fortwährenden Demonstrationen, Straßentreffen, Protesten bei Bürgermeister und Gemeinderäten usw. errangen die Arbeiter den ersten Sieg: Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde zurückgezogen. Bei diesen Aktionen war der Kontakt zwischen den Arbeitern und Arbeitslosen wesentlich festgelegt worden.

Auch der nächste Angriff wenig später wurde ähnlich erfolgreich zurückgeschlagen. Auf eine Kürzung ihrer Unterstützung antworteten die „Notstandsarbeiter“ mit wochenlangen Demonstrationen in Amsterdams Straßen und großen Kaufhäusern. Ein Ausgleich für die gekürzte Unterstützung mußte gezahlt werden.

Diese Aktionen fanden unter der Knute der faschistischen Besatzer statt, die jeden Streik ebenso wie jede Massenzusammenkunft verboten hatten. Durchführung und Erfolg der Aktionen stärkten daher nicht nur das Selbstvertrauen der Arbeiter, sondern bewiesen darüber hinaus, daß Widerstand auch unter den Bedingungen faschistischer Besetzung möglich ist.

Deportationsdrohungen und Terror gegen die Juden

Die niederländische Regierung hatte schon vor dem Krieg Arbeiter ins faschistische Deutschland geschickt, seit der Besetzung ging sie hier nur noch selbstverständlicher vor. Doch auch diese Zwangsverschickungen konnten nicht in dem gewünschten Ausmaß stattfinden. Bereits im Sommer 1940 weigerten sich 2.100 Arbeiter in Deutschland zu arbeiten, obwohl sie damit jeder Unterstützung verlustig gingen.

Im Januar 1941 kam die Nachricht, daß 3.000 Facharbeiter von den niederländischen Werften nach

Deutschland gehen sollten. Am 17. Februar 1941 kam es auf einer Amsterdamer Werft zum Streik, der auf andere Werften übergriff. Am nächsten Tag kamen alle Arbeiter im Sonntagsanzug und die Werften lagen still. Die deutschen Besatzer faßten daraufhin den Beschluß, daß die Arbeitsaufnahme in Deutschland nur auf Basis vollkommener Freiwilligkeit geschehen solle und waren damit aufs neue vor dem Widerstand der Arbeiter zurückgewichen.

Parallel zu den Streikaktionen nahm die Judenverfolgung stark zu. Da ein großer Teil der Amsterdamer Juden direkt zum Proletariat gehörte, waren die Arbeiter auch unmittelbar von den Judenverfolgungen betroffen.

Mitglieder der „Weer-Afdeling“ WA, einer paramilitärischen Einheit der niederländischen Faschistenpartei „Nationaal-Socialistische Beweging“ NSB, versuchten jüdisch aussehende Menschen aus öffentlichen Verkehrsmitteln und Lokalen herauszuwerfen.

Arbeiter unter dem Eindruck des Terrors vom Vortag, den Streik fortzusetzen. Doch im Laufe des Tages wurden Straßenbahnen und Busse durch Sperren der Demonstranten an der Ausfahrt gehindert. 300.000 Arbeiter, Angestellte und Beamte hatten an diesem Tag den Streik aufgenommen.

Über die Schwierigkeiten, den Ausstand auch nur halbwegs unter Kontrolle zu bekommen, berichtet der Faschist Rauter: „... Die Waffen-SS durchfuhr in zugestärkten Streifen Amsterdam, mußte einmal gegen die aufrührerischen Massen eingesetzt werden, die bereits Barrikaden errichteten, ein anderes Mal mußte ein ganzer Häuserblock umstellt werden, da von dort aus von den Dächern geschossen wurde – bei beiden Anlässen mußte nicht nur von der Waffe Gebrauch gemacht, sondern mußten auch mehrere Handgranaten geworfen werden ...“

... Aufrufe wurden von den Wänden gerissen, die Menschen liefen mit

„... Laßt euch durch die deutschen Soldatenstiefel nicht einschüchtern!!!
Organisiert in allen Betrieben den Proteststreik!!!
Kämpft einig gegen diesen Terror!!!
Fordert die sofortige Freilassung der verhafteten Juden!!!
Fordert die Auflösung der W.A.-Terrorgruppen!!!
Organisiert in den Betrieben und Stadtteilen die Selbstverteidigung!!!
Erweist Solidarität mit dem schwer getroffenen jüdischen Teil des arbeitenden Volkes!!!
Entzieht die jüdischen Kinder der Nazi-Gewalt, nehmt sie in eure Familien auf!!!
Beweist die enorme Kraft des einheitlichen Handelns!!!
Streikt!!! Streikt!!! Streikt!!!“
Beweist die enorme Kraft des einheitlichen Handelns!!!
Streikt!!! Streikt!!! Streikt!!!“
(aus dem Streikaufruf der CPN am 24. Februar 1941 nach der Verschleppung der 425 jüdischen jungen Männer)

Das führte zu harten Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung.

Der erfolgreiche Widerstand eines Wirtes gegen einen Überfall der deutschen „Grünen Polizei“ auf sein Lokal diente der Gestapo als Vorwand für eine vielschichtige Razzia am 22. und 23. Februar 1941, wobei nach brutalen Mißhandlungen 425 jüdische Männer im Alter von 20-35 Jahren in das KZ Buchenwald verschleppt wurden.

Am Morgen des 24. Februar fand ein erstes größeres Treffen mit 250 Arbeitern, größtenteils im Gemeindefeiertempel und CPN-Mitglieder, statt. Der allgemeine Streik wurde ausgerufen, auf kleineren Zusammenkünften in der ganzen Stadt der Streik im Detail vorbereitet.

Nach einem zögernden Beginn am Morgen des 25. Februar war die Bewegung am Mittag zum allgemeinen Streik angewachsen. Abends rückten SS-Bataillone in Amsterdam ein. Hans Albin Rauter, der Höhere SS- und Polizeiführer für die niederländischen Gebiete, berichtete „ins Reich“: „... Schon an diesem Abend mußte das SS-Totenkopf-Bataillon in verschiedenen Fällen von der Schußwaffe Gebrauch machen, um die Seitenstraßen zu räumen. In der Nacht fuhr sowohl Polizeibataillone als auch SS-Bataillone Streifen und unterstützten die Sicherheitspolizei bei den Verhaftungen der Streik- und Rädelführer ...“ (zit. nach Kurt Zentner, Illustrierte Geschichte des Widerstandes ..., München 1966).

Am nächsten Tag zögerten viele

Ungefähr 175.000 Niederländer (bei einer damaligen Bevölkerungszahl von rund 10 Mio.) wurden Opfer des Krieges und des faschistischen Terrors:

- 2.000 Widerstandskämpfer wurden hingerichtet,
- 15.000 Widerstandskämpfer kamen in deutschen KZ's in den Niederlanden um,
- 18.000 in KZ's und Zuchthäusern in Deutschland,
- 104.000 Juden, die größtenteils in den KZ's umgebracht wurden,
- 20.400 Zivilpersonen, die während der Kriegshandlungen umkamen,
- 1.350 Mitglieder der Handelsflotte und
- 5.500 Kriegsgefallene.

(Nach: Kurt Zentner, Illustrierte Geschichte des Widerstandes ..., München 1966)

Stöcken und Eisenstäben bewaffnet herum, Pferde wurden aus den Wagen gespannt, Gemeindepolizisten vertrieben, Demonstrationen gebildet, Straßenbahnen angehalten und zum Teil umgeworfen, Streikplakate von den Arbeitern angeklebt, Flugblätter in Massen verbreitet ...“ (a.a.O.).

Die „Betriebsführer“, in deren Betrieben am nächsten Tag nicht gearbeitet würde, wurden mit Verhaftung bedroht; Ladeninhabern, die ihre Geschäfte geschlossen hielten, sollte

ihren Besitz beschlagnahmt werden.

Die CPN mahnte die deutschen Soldaten in einem deutschsprachigen Flugblatt: „Unser Kampf ist auch Euer Kampf. Denkt daran, wenn man Euch gegen holländische Werktätige einsetzt“.

Der Beschluß, die Arbeit nach zwei Tagen wiederaufzunehmen war bereits am ersten Tag gefaßt und am zweiten Tag wiederholt worden. Allerdings wäre angesichts der militärischen Überlegenheit der Besatzer eine Fortführung des Streiks auch nicht möglich gewesen.

Während des Streiks waren 110 Kommunisten verhaftet worden, 22 wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, manche kehrten nie zurück. Vier Kommunisten waren schon zum Tode verurteilt und wurden im März ermordet.

Fortbestand und Ausbreitung des niederländischen Widerstandes waren jedoch nicht mehr zu verhindern: Am Februarstreik scheiterten endgültig die Versuche der Faschisten, eine niederländische Kollaborationsregierung zu bilden; Tausende von Studenten, die sich den Übergriffen auf die Hochschulen nicht beugen wollten, gingen in den Untergrund; die Mehrzahl der Ärzte boykottierte ihren gleichgeschalteten Verband. 1943 streikten wiederum mehrere hunderttausend Werktätige, und vom Dezember 1944 bis Kriegsende hatten die Eisenbahner den gesamten Schienenverkehr stillgelegt.

(Dieser erste Teil des Artikels stützt sich, soweit nicht anders angegeben, auf Harmsen/Reinalda, Voor de bevrijding van de arbeid, Nijmegen stützt sich, soweit nicht anders angegeben, auf Harmsen/Reinalda, Voor de bevrijding van de arbeid, Nijmegen 1975).

1977 – eine Gedenkdemonstration

Aufgerufen zu der jährlichen Gedenkdemonstration an den Februarstreik 1941 hatten der Bürgermeister und die Gemeinderäte der Stadt Amsterdam sowie das, wohl maßgeblich von der revisionistischen KP (CPN) getragene „Februarkomitee“. Während die Stadtväter sich jedoch mit sehr „diskreten“ Aufklebern in Bussen und Straßenbahnen zufriedengaben, hatte das „Februarkomitee“ die ganze Stadt mit Plakaten versehen, die das Gedenken an die Februarstreiks in Beziehung setzten mit aktuellen politischen Ereignissen: Die „Sache Menten“, drohende westeuropäische Atombewaffnung, Verteidigung des Streikrechts u.a.

Beeindruckend natürlich und konkreter Beleg für den tiefverwurzelten Antifaschismus breiterer Teile der niederländischen Bevölkerung waren die rund 20.000 Menschen, die bis zu drei Stunden im Regen warten mußten, bis sie ihren Kranz oder Blumenstrauß an der Gedenkstätte (ein Werftarbeiter übrigens) niederlegen konnten. An der Demonstration nahmen Abteilungen alter Widerstandskämpfer, eine Gruppe ehemaliger Gefangener aus dem KZ Buchenwald, uniformierte Gemeindebedienstete usw. auf. teil.

Es gab jedoch keine Rede, keinen Sprechchor, kein Lied, außergewöhnlich wenige Transparente. Selbst die linken Gruppen und Parteien schienen wie aufgrund einer insgeheimen Abmachung auf jede Propagandatätigkeit verzichtet zu haben.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

England

Koalition Labour/Liberale vereinbart

„Labour-Regierung – wie lange noch?“, diese in der letzten Nummer des AK aufgeworfene Frage stellt sich heute verschärft: Mit Ach und Krach und nur mit Unterstützung der Liberalen, konnte ein von den Tories eingebrachter Mißtrauensantrag gegen die Labour-Regierung überstanden werden. Mit nur 24 Stimmen Mehrheit lehnte das britische Unterhaus Ende März den Mißtrauensantrag ab, darunter geschlossen die 13 liberalen Abgeordneten. Hätte die liberale Fraktion gegen die Labour-Regierung gestimmt, wäre der Antrag mit zwei Stimmen Mehrheit durchgegangen.

In den Tagen vor der Unterhaus-sitzung hatte es fieberhafte Verhandlungen seitens der Regierung mit sämtlichen kleinen Fraktionen des Unterhauses gegeben, wobei es interessant ist, daß außer den Liberalen keiner mehr bereit ist, die Labour-Regierung zu retten: Die Schottischen Nationalisten, die bei Labours Antritt zu den Reservaten der Regierung gerechnet werden konnten, und insgesamt elf Stimmen haben, haben kategorisch erklärt, es käme nicht in Frage, die Labour-Regierung zu retten, da sie bislang keine Anstrengungen gemacht habe, sich für eine größere Unabhängigkeit Schottlands einzusetzen. Von den drei Gruppen der nordirischen Abgeordneten erklärten zwei (die reaktionären „Ulster Unionists“ und die „Independent Unionists“, daß sie nur unter einer konservativen Regierung ihrem Ziel – einer Mehrheitsherrschaft in Nordirland, d.h. also Ausschluß der katholischen Bevölkerung aus der Regierung – näher kommen würden. Diese zwei Gruppen machen elf der insgesamt zwölf nordirischen Abgeordneten aus. Der 12te, der Vertreter der SDLP (Sozialdemokratische Labour Party Nordirlands),

Jerry Fitt, stimmte für die Regierung.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Liberalen ist zwar keine richtige Koalition – so übernimmt kein Liberaler irgendein Ministerium, was im Übrigen auch von den Liberalen nicht gefordert worden war (so eng möchte man sich doch nicht an die unpopuläre Labour Regierung binden); die Vereinbarung besteht in einer Zusage seitens der Liberalen, die Regierung beim Mißtrauensantrag und darüber hinaus zu unterstützen. Der Preis, den die Regierung dafür zahlen mußte, besteht in der festen Zusage, noch vorm Herbst eine Gesetzesvorlage im Parlament einzubringen, in der die Einführung des Verhältniswahlrechts anlässlich der Europa-Parlamentswahlen empfohlen wird.

In Großbritannien wird ansonsten nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, ein Wahlrecht, nach dem in einem Wahlkreis nur der Kandidat durchkommt, der die meisten Stimmen bekommt, alle anderen Stimmen fallen unter den Tisch. Theoretisch ist es so möglich, daß eine Partei insgesamt 45% der Stimmen bekommt, aber keinen Abgeordneten im Parlament hat. So erhielt die Liberale Partei z.B. 1974 rund 20% der Stimmen aber nur 13 Abgeordnete in einem Parlament mit rund 600 Sitzen!

Naturngemäß hatte keine regierende Partei bislang ein Interesse daran, diesen die kleinen Parteien unwahrscheinlich diskriminierenden Zustand abzuändern. Die Liberalen erhoffen sich von einer Einführung des Verhältniswahlrechts für die Wahl des Europa-Parlaments einen ersten Schritt in die Richtung, das Mehrheitswahlrecht insgesamt abzuschaffen. Daß die Labour-Regierung diese Zusage gemacht hat, ist allerdings nicht nur Ergebnis der Zwangslage,

in die der Mißtrauensantrag der Tories sie gebracht hatte. Auch Labour hat ein gewisses Interesse am Verhältniswahlrecht für die Europa-Wahlen: denn die geographische Lage der Wahlkreise, die wesentlich größer als die für die Unterhauswahlen sind, begünstigen die Tories so erheblich, daß Labour im Europa-Parlament entsprechend unterrepräsentiert sein würde.

Außer der Zusage, das Verhältniswahlrecht für die Europawahlen zu empfehlen, wurde lediglich verabredet, daß die Liberalen regelmäßig konsultiert werden sollen, allerdings nicht näher festgelegt, wie und wann und mit welcher Verbindlichkeit.

Ein weiteres Motiv für die Liberalen, Labour zu halten, liegt darin, daß keinerlei Interesse an einer Neuwahl des Unterhauses besteht, da bisherige Nachwahlen auch einen Abwärtstrend für die Liberalen anzeigten.

Insgesamt muß man sagen, daß die Quasi-Koalition mit den Liberalen keinesfalls eine längerfristige Absicherung für die Labour Regierung bedeutet. Denn jetzt bereits äußerte der Führer der Liberalen, Steel, die Vermutung, daß es dem Image der Liberalen schaden könne, daß sie die Labour Regierung retten würden. Insofern wird ein zunehmender Zwang für die Liberalen bestehen, sich gegen Labour zu profilieren. Steel kündigte auch bereits an, seine Partei werde in Zukunft „linksextreme“ (?) Gesetze und Maßnahmen verhindern usw. Zu einer Profilierung in diesem Sinne könnte es auch gehören, zu einem günstigen Zeitpunkt die Labour Regierung, „um die Nation vor schweren Schäden durch linksextreme Geschicknisse zu bewahren“, publikumswirksam wie eine heiße Kartoffel fallen zu lassen ...

England-Kommission

Englische Gewerkschaftsführung fährt massiven Angriff gegen linke Organisation

Anfang März wurde die revolutionäre „Socialist Workers Party“ (SWP), bis vor kurzem „International Socialist“, durch Gerichtsentcheid verurteilt, 10.000 Pfund (ca. 42.000 DM) an die Gewerkschaft ASTMS (Angestellte und Techniker) zu zahlen. Genauer: Gewerkschaftsboß Jenkins hatte SWP auf Schadensersatz plus Kostenersatz verklagt, weil die SWP-Zeitung „Socialist Worker“ in einem ironischen Artikel berichtet hatte, daß die Jenkins-Gewerkschaft

ren ASTMS-Führer, von der Bankangestellten-Gewerkschaft und nochmal von Chapple angestrengt („Socialist Worker“, 12.3.77).

Insgesamt bedeutet das, daß SWP in kürzester Zeit zur Zahlung von Zehntausenden von Pfund verurteilt wurde bzw. wird. Damit wird unmittelbar die politische Arbeit – insbesondere der Zeitungsdruck – von SWP gefährdet. Die englischen Gewerkschaftsführer, die – anders als in der BRD – noch nicht mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen operieren können, versuchen in offensichtlich konzentriertem Vorgehen, einen massiven Angriff gegen die bislang größte nicht-revisionistische Gruppe der Linken durchzuführen. Die SWP, die den Anspruch hat, „die“ revolutionäre Arbeiterpartei zu sein, schätzt diesen Angriff als Aus-

druck der „Furcht“ der Gewerkschaftsführer vor dem wachsenden Einfluß der SWP ein.

Angesichts der realen Schwäche linker Gruppen, einschließlich der SWP, und eines allgemein gegen die Linke gerichteten Klimas (so häufen sich in letzter Zeit Gerichtsentscheidungen gegen Studentestreiks und Aktionen von Gewerkschaftlern, in der Labour-Partei hat die Rechte eine Kampagne gegen die angeblich drohende Übernahme durch linke

Englische Gewerkschaftsführung fährt massiven Angriff gegen linke Organisation

Anfang März wurde die revolutionäre „Socialist Workers Party“ (SWP), bis vor kurzem „International Socialist“, durch Gerichtsentcheid verurteilt, 10.000 Pfund (ca. 42.000 DM) an die Gewerkschaft ASTMS (Angestellte und Techniker) zu zahlen. Genauer: Gewerkschaftsboß Jenkins hatte SWP auf Schadensersatz plus Kostenersatz verklagt, weil die SWP-Zeitung „Socialist Worker“ in einem ironischen Artikel berichtet hatte, daß die Jenkins-Gewerkschaft Reisen ins faschistische Spanien organisierte.

Kurz zuvor hatte der Boß der Elektriker-Gewerkschaft, Chapple, bereits Forderungen in Höhe von rund 17.000 DM gegen SWP durchgesetzt.

Weitere Gerichtsentscheidungen werden gegenwärtig von einem ande-

ren ASTMS-Führer, von der Bankangestellten-Gewerkschaft und nochmal von Chapple angestrengt („Socialist Worker“, 12.3.77).

Insgesamt bedeutet das, daß SWP in kürzester Zeit zur Zahlung von Zehntausenden von Pfund verurteilt wurde bzw. wird. Damit wird unmittelbar die politische Arbeit – insbesondere der Zeitungsdruck – von SWP gefährdet. Die englischen Gewerkschaftsführer, die – anders als in der BRD – noch nicht mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen operieren können, versuchen in offensichtlich konzentriertem Vorgehen, einen massiven Angriff gegen die bislang größte nicht-revisionistische Gruppe der Linken durchzuführen. Die SWP, die den Anspruch hat, „die“ revolutionäre Arbeiterpartei zu sein, schätzt diesen Angriff als Aus-

druck der „Furcht“ der Gewerkschaftsführer vor dem wachsenden Einfluß der SWP ein.

Angesichts der realen Schwäche linker Gruppen, einschließlich der SWP, und eines allgemein gegen die Linke gerichteten Klimas (so häufen sich in letzter Zeit Gerichtsentscheidungen gegen Studentestreiks und Aktionen von Gewerkschaftlern, in der Labour-Partei hat die Rechte eine Kampagne gegen die angeblich drohende Übernahme durch linke Extremisten entfacht) dürfte allerdings fraglich sein, ob diese Einschätzung der SWP besonders geeignet ist, kommenden und wachsenden Angriffen politisch begegnen zu können.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Faschisten verhindern Südafrikaboykott

England: Im Rahmen einer internationalen Aktionswoche für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation in der Südafrikanischen Republik (RSA) hatte die britische Postarbeitergewerkschaft UPW zu einem einwöchigen Boykott aller Postsendungen von und nach der RSA aufgerufen.

Der britische Kapitalistenverband CBI erhob gleich ein großes Gezeiter: „... unverantwortlich, wo wir doch gerade alles tun wollen, um unsere Zahlungsbilanz zu verbessern und die Arbeitslosigkeit zu senken ...“ („The Guardian“, 15.1.). Der Versuch der Kapitalisten, über die faschistische „Nationale Freiheitsgesellschaft“ (NAFF) ein gerichtliches Streikverbot zu erwirken, scheiterte zunächst am Einspruch des britischen Kronanwalts, der das Verfahren niederschlug.

Der britische Kronanwalt hatte bisher das ungeschriebene Recht, eine Anzeige „mangels öffentlichen Interesses“ nicht zuzuschlagen, wenn der Kläger nicht unmittelbar selbst als Person betroffen ist.

Die NAFF wandte sich nun an das Appellationsgericht. Dieses erklärte die Boykottmaßnahme der Postler für „illegal“ und strafbar und sprach damit dem britischen Kronanwalt das Recht ab, eigen-

ständig über den Zugang zum Gericht zu entscheiden.

Der Bruch mit dieser jahrhundertalten Tradition signalisiert den Willen der Bourgeoisie, künftig die Justiz viel rücksichtsloser zur Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen – zumal die UPW dieses Urteil kampflos hingenommen hat.

Welch reaktionäres Pack auch in Großbritannien „Recht spricht“, enthielten besonders für diesen Fall die Genossen der linken Wochenzeitung „Socialist Worker“: Einer der drei mit diesem Fall befaßten Richter beim Appellationsgericht ist ein gewisser Lawton. Dieser kandidierte 1936 für das Unterhaus – als Kandidat von Sir Oswald Mosleys British Union of Fascists). Dagegen mutet es als harmlos an, daß alle drei Richter Aktienbesitzer von Konzernen mit namhaften Beteiligungen in der RSA sind („SW“, 22.1.).

Der oben erwähnte Prozeß ist bereits der dritte Fall, in dem die NAFF erfolgreich versucht hat, über die Gerichte den gewerkschaftlichen Kampf zu sabotieren. In einem weiteren Fall unterstützte sie finanziell und juristisch den Kampf reaktionärer Eltern gegen die Einführung von Gesamtschulen in Manchester.

NAFF – reaktionäres Sammelbecken

Die im Dezember 1975 gegründete „Freiheitsgesellschaft“ (vgl. AK 72) ist mittlerweile zu einer ernstzunehmenden politischen Speerspitze der Reaktion geworden: Sie behauptet, bereits etwa 10.000 Mitglieder zu haben. Im Beirat der NAFF sitzen mehrere der reaktionärsten Tory-Mitglieder von Margaret Thatchers Schattenkabinet, außerdem führende Kapitalvertreter, u.a. Direktoren der Weltkonzerne Guest, Keen & Nettlefolds (Käufer von Sachs) und ICI (Chemie). Darüber hinaus bestehen direkte Verbindungen zum CIA: Ein Beiratsmitglied ist gleichzeitig Chef eines britischen CIA-Propagandaverlags. NAFF-Direktor Robert Moss schrieb ein Jubelbuch über die chilenische Junta (kostenlos erhältlich bei der chilenischen Botschaft) und entwirft die Reden der Toryführerin Margaret Thatcher („Guardian“, 21.12.76).

Dieser Formierung der Reaktion hat die britische Arbeiterklasse so lange wenig entgegenzusetzen, wie der Einfluß der sozialdemokratischen Labourführung nicht gebrochen werden kann.

Englandkommission

Skandinavien

Internationaler Frauentag in Schweden und Norwegen



Demonstrationszug des 8. Märzkomitees in Oslo: Kampf gegen jegliche Unterdrückung der Frauen

Der 8. März in Schweden ...

Unter den Parolen

- Solidarität mit den in aller Welt unterdrückten und kämpfenden Frauen
- 6-Stunden-Arbeitstag bei gleichem Lohn für alle
- Gute und kostenlose Tagesheime und Freizeitheime für alle Kinder
- Das Recht der Frauen auf Erwerbstätigkeit – gegen einen Pflegeberuf und Teilreformen für Eltern mit kleinen Kindern
- Für das Recht der Frau auf ihren eigenen Körper und ihre eigene Sexualität

demonstrierten am 8. März in Stockholm 1.500 Menschen. Im Anschluß an die Demonstration fand im alten Reichstagshaus ein Frauentag statt. Neben einem kulturellen Programm und Ausstellungen und Büchertischen der verschiedenen Frauenorganisationen, berichteten Frauen aus Spanien, Chile und der Türkei über die Situation der Frauen in den betreffenden Ländern.

Ein zentraler Punkt auf dem Frauentag war die Forderung der Stockholmer Frauen nach einem Frauenhaus, in dem sich die Frauen juristische und gynäkologische Ratschläge holen können. Außerdem sollte es in diesem Haus Möglichkeiten für die verschiedensten Aktivitäten geben, wie z. B. künstlerisches Schaffen usw. Das Frauenhaus sollte ein Treffpunkt sein, wo neue Frauen ganz natürlich Kontakt mit der Frauenbewegung erhalten. Wie eine Repräsentantin der Frauenhausgruppe auf dem Fest be-

richtete, besteht ein reges Interesse an einem Frauenhaus. Auf eine Anzeige in der Zeitung „Dagens Nyheter“ erschienen 100 Personen zu einem Treffen der Gruppe.

... und in Norwegen

In ganz Norwegen demonstrierten am 8. März 13.000 Menschen unter den Parolen des 8. Märzkomitees (einem Zusammenschluß verschiedener Frauengruppen). Allein in Oslo nahmen 4.500 Menschen am Demonstrationszug des 8. Märzkomitees teil. Dies ist ein erstaunliches Resultat, da die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien in Norwegen vor dem 8. März durch antikommunistische Propaganda, weil auch die vaterländische AKPml zu dieser Demonstration aufgerufen hatte und einen Fuß im 8. Märzkomitee hat, und die Propagierung einer eigenen Frauendemonstration versucht hatten, die Bewegung zu spalten. An der mit bürgerlicher Schützenhilfe zustande gekommenen Demonstration nahmen in Oslo 4.000 Menschen teil. Wichtig ist, daß nach diesem 8. März und der Spaltung der Frauenbewegung das 8. Märzkomitee versucht, sich mit den Frauen solidarisch auseinanderzusetzen, die noch auf die antikommunistische Hetze hereingefallen sind. Zumal auch in dem Zuge der 4.000 viele Menschen teilgenommen haben, die für die Forderungen der progressiven Frauenbewegung kämpfen wollen.

Skandinavienkommission

Situation der Frauen in den betreffenden Ländern.

Ein zentraler Punkt auf dem Frauentag war die Forderung der Stockholmer Frauen nach einem Frauenhaus, in dem sich die Frauen juristische und gynäkologische Ratschläge holen können. Außerdem sollte es in diesem Haus Möglichkeiten für die verschiedensten Aktivitäten geben, wie z. B. künstlerisches Schaffen usw. Das Frauenhaus sollte ein Treffpunkt sein, wo neue Frauen ganz natürlich Kontakt mit der Frauenbewegung erhalten. Wie eine Repräsentantin der Frauenhausgruppe auf dem Fest be-

gerlicher Schützenhilfe zustande gekommenen Demonstration nahmen in Oslo 4.000 Menschen teil. Wichtig ist, daß nach diesem 8. März und der Spaltung der Frauenbewegung das 8. Märzkomitee versucht, sich mit den Frauen solidarisch auseinanderzusetzen, die noch auf die antikommunistische Hetze hereingefallen sind. Zumal auch in dem Zuge der 4.000 viele Menschen teilgenommen haben, die für die Forderungen der progressiven Frauenbewegung kämpfen wollen.

Skandinavienkommission

Konferenz der Wehrpflichtigen in Schweden und Norwegen

Die Wehrpflichtigenkonferenz wurde 1969 zum ersten Mal von der SSU (Sozialdemokratischer Jugendverband) durchgeführt. Schon im folgenden Jahr wurde die Konferenz von den Militärbehörden zu einem offiziellen Organ gemacht und wird nun in jedem Jahr vom Personalbüro des Verteidigungsstabes durchgeführt.

In jedem Jahr werden in allen Regimentern des Landes Delegierte für die Wehrpflichtigenkonferenz gewählt. Aufgrund des Wahlsystems – jede Ausbildungseinheit kann mindestens einen Delegierten wählen, wobei die Größe der Einheit keine Rolle spielt – haben die Kadetten-schulen immer relativ viele Repräsentanten auf der Wehrpflichtigenkonferenz stellen können.

Jede Konferenz wählt eine Arbeitsgruppe, deren ursprüngliche Aufgabe die Vorbereitung der nächsten Konferenz war. Allerdings ist die Arbeitsgruppe mit dem Anwachsen der Soldatenkämpfe zu einem Koordinierungsausschuß eben dieser Kämpfe geworden. Die Arbeitsgruppe kontrolliert auch die Zeitung der Wehrpflichtigen „Kanonen“, die durch Spenden der Wehrpflichtigen finanziert wird.

Die Spaltung der schwedischen Soldatenbewegung in im wesentlichen zwei Lager spiegelte sich natürlich auch auf der Konferenz und in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wieder. Die beiden Lager kann man grob folgendermaßen kennzeichnen: die eine Fraktion sieht ihre vordringlichste Aufgabe darin, die schwedi-

sche Verteidigung zu stärken, während die andere Fraktion den Schwerpunkt auf den Kampf der Soldaten setzt. Die erste Gruppe besteht aus der vaterländischen SKP (vergleichbar mit der hiesigen „KPD“) und den Konservativen, die andere wird dominiert von der SSU und der Kommunistischen Jugend (Revisionisten).

Während auf den vorangegangenen Wehrpflichtigenkonferenzen das reaktionäre Bündnis aus Vaterlandsverteidigern und Rechten die Mehrheit der Delegierten stellte und somit auch die Arbeitsgruppe der Wehrpflichtigen kontrollierte, flogen die „gelben Verteidigungsfreunde“ in diesem Jahr aus der Arbeitsgruppe raus. In der auf der diesjährigen Konferenz gewählten Arbeitsgruppe erhielten die SSU und die Kommunistische Jugend fünf von neun Sitzen. Auf der Konferenz wurde noch einmal von der Mehrheit die Forderung nach einer 40-Stunden-Woche und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Soldatengruppen unterstrichen. Außerdem wurde von der Konferenz eine Erklärung zur Jugendarbeitslosigkeit angenommen. In diesem Zusammenhang forderten die Wehrpflichtigen eine Arbeitslosenversicherung von 130 Mrd. am Tag, so daß sie, wenn sie vom Militär entlassen werden und keinen Job erhalten, nicht auf Kosten ihrer Eltern oder Angehörigen leben müssen.

Skandinavienkommission

Brief aus Island

„Liebe Schwester!
Zu Deinen Fragen habe ich ein Gespräch mit einer Korrespondentin einer neuen linken Zeitung („Nordur-land“) und einer Frau von „Raudsokkar“, der größten Frauenmassenorganisation Islands geführt. „Raudsokkar“ hat 76 Abgeordnete im Parlament, versteht sich als nicht parteigebunden, ist in Gruppen gegliedert und hat keinen Vorstand. Von „Raudsokkar“ bekommt ihr damals auch die Informationen und Fotos über den Generalstreik der isländischen Frauen am 24. Oktober 1975, über den ihr in der INTERNATIONALE berichtet habt und den hauptsächlich „Raudsokkar“ getragen hat.

In Island gibt es 4 große Gruppen von Arbeiterinnen:
1. Fischerei (die Fischindustrie wird in Island immer gesondert von der übrigen Industrie behandelt).

Hier werden die Frauen am relativ besten bezahlt, was seinen Grund vor allem darin hat, daß 10 Stunden pro Tag als normale Arbeitszeit gerechnet werden (d.h. 8 Stunden plus 2 Überstunden). Du bekommst nur Arbeit, wenn Du Dich bereit erklärst, 10 Stunden zu machen. Akkordarbeit ist weit verbreitet. Für Festangestellte gibt es 1 Woche (I) Kündigungsfrist, es kommt z. B. häufig vor, daß die Betriebsleitung voraussieht, daß die nächste Woche kein Schiff kommen wird, also keine Arbeit!

2. Industrie (vor allem Textil)
3. Krankenhaus, Kinderheime, etc.
4. Büropersonal, Bedienung, etc.

Eine Arbeiterfamilie kann in Island von einem Lohn nicht auskommen, d.h. in der Regel arbeiten beide, besonders verbreitet ist außerdem die Nacht- und Sonntagsarbeit. Auch wenn beide arbeiten, kommt man ohne Überstunden kaum aus. So machen häufig Überstunden, bzw. Schichtzulagen zwei Drittel des Lohnes aus! Der Arbeiterlohn ist weitaus der niedrigste von allen übrigen Nordländern.

Wir bekommen das immer stärker zu spüren, wie niedrig die Löhne in Island sind und daß sie im Verlauf der rapide steigenden Preise immer niedriger werden. Das, was wir z.B. beide zusammen verdienen (Lehrer und Lehrerin, aber nur stundenweise)

ist das fünffache von dem, was ein Arbeiter für einen normalen Arbeitstag erhält und wir haben nicht das Gefühl, daß wir viel Geld haben.

Weitere Benachteiligung der Frauen in Island: Im Parlament machen die Frauen nur 5% aus, keine Frau stellt einen Minister. Früher wurden Stipendien für Hochschulstudien nur an Männer vergeben, das hat sich erst in letzter Zeit geändert!

Abtreibungen sind nach dem neuesten Gesetz dann möglich, wenn 2 Ärzte ihr Einverständnis dazu geben. „Raudsokkar“ gibt den Frauen die „richtigen“ Ärzte bekannt. Seitdem nimmt die Zahl der Fahrten nach England stark ab.

Eine isländische Eigenart ist die unwahrscheinlich hohe Zahl von nichtehelich geborenen Kindern: 35% aller Kinder. Die Eltern heiraten oft erst nach dem 2. oder 3. Kind, sicher ein Zeichen, daß die „heilige Ehe“ moralisch nicht ganz so fest verankert ist wie in der BRD.

Die Möglichkeit, seine Kinder in Kindergärten unterzubringen, ist ziemlich beschränkt. Säuglingskrippen fehlen oft ganz, die Wartezeiten betragen anderthalb bis zu zwei Jahren, nur bei alleinstehenden Müttern geht es schneller.

Zum bezahlten Schwangerschaftsurlaub: für Beamtinnen beträgt er drei Monate. Für die Arbeiterinnen in der Fischindustrie wurde er 1974 von einer Woche auf zwei Wochen (I) heraufgesetzt. Inzwischen beträgt er auch drei Monate, wobei allerdings zwischen 70%-80% des Geldes, das die Frauen in dieser Zeit gezahlt bekommen, aus der Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Dagegen kämpfen die Frauen, denn sie sind natürlich keine Arbeitslosen während der Zeit und außerdem ist dieser Fond ihr eigenes Geld.

Es gibt ein neues Gesetz: Stellenanzeigen dürfen nicht geschlechtsspezifisch formuliert werden (z.B. „Wir suchen männlichen Krankenpfleger“). Gegen solche Praktiken kann man klagen, nicht natürlich dagegen, wenn sich der Kapitalist aus den Bewerbungen die Männer rausucht...

Was hat sich seit dem Generalstreik der Frauen geändert, fragt Du. Konkret läßt sich da wenig sagen, aber man kann sagen, daß die Tatsache,

Berlingske-Kapitalisten setzen 1.000 Drucker auf die Straße!

Dänemark. Am Sonnabend, den 26.3., haben die Kapitalisten des bestreikten Berlingske-Verlages – u.a. Herausgeber der auflagenstärksten Tageszeitung „Berlingske Tidende“ („BT“) – ihre Drohungen wahr gemacht: die 1.000-köpfige Belegschaft des Kopenhagener Betriebes wurde fristlos entlassen!

In dem Kündigungsschreiben heißt es: „daß der Beschluß mit der Absicht getroffen worden ist, Möglichkeiten für eine neue Ausgangslage zu eröffnen mit dem Ziel, solche Verhältnisse zu schaffen, daß die Produktion auf einer Grundlage, die die Zukunft des Hauses sichert, wieder aufgenommen werden kann“ („Flensborg Avis“, 28.3.).

Die Berlingske-Arbeiter – seit nunmehr 2 Monaten im Streik – werden also nach dem Willen der Kapitalisten nur unter der Bedingung wiederinge-

stellt, daß sie das brutale Rationalisierungsprogramm des Berlingske-Verlages akzeptieren: Vernichtung von 300 Arbeitsplätzen, Produktionsverlagerung nach Jütland, extreme Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Abbau von „Gewohnheitsrechten“ der Belegschaft.

Der Schlag gegen die Berlingske-Kollegen fiel direkt zusammen mit dem Scheitern der Tarifverhandlungen in der dänischen Druckindustrie. Anfang April läuft die zweite, vom staatlichen Schlichter verordnete „Abkühlungsfrist“ für Streiks ab. Eine neue Aussetzung von Streiks ist nun nicht mehr möglich. Zweimal waren Streiks für die Druckindustrie ausgesetzt worden, weil die Drucker zum kampfstärksten Teil der dänischen Arbeiterklasse gehören und Streiks Signalwirkungen auch für andere Branchen haben dürften. Für die Kapitalistenklasse hängt die Durchsetzung ihres Lohndiktats von höchstens 6% in den Tarifverhandlungen dieses Jahres entscheidend davon ab, ob es ihr gelingt, die Kämpfe der Berlingske-Arbeiter in eine Niederlage zu treiben.

Die Entlassung aller Berlingske-Arbeiter als bisher härtestem Schlag erfolgte nach vielen erfolglos verlaufenen Provokationen und insgesamt neun Arbeitsgerichtsprozessen gegen die Druckergewerkschaft. Der Aufforderung des Arbeitsgerichts vom 24. Februar, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, waren die Berlingske-Arbeiter bis zuletzt nicht gefolgt und die Front steht nach wie vor!

Noch am 26.3. begannen Kämpfe in der Druckindustrie, die zugleich die „BT“-Arbeiter unterstützten und sich gegen die Tarifpolitik der Druckkapitalisten richten sollten.

Am Wochenende organisierten die Gewerkschaften überall in Dänemark Solidaritätsveranstaltungen und -feste

auf denen für die „BT“-Kollegen gesammelt wurde. Am Sonntag, den 27. 3. wurde die Tageszeitung „Politiken“ bestreikt. Die Kollegen gingen nach einer Gewerkschaftsversammlung aus Solidarität mit den „BT“-Kollegen nach Hause. Am selben Tag streikten die Kollegen der Tageszeitung „Jydske Tidende“. Jedoch konnten die Kapitalisten eine Notausgabe herausbringen, weil sie in einem anderen Betrieb Streikbrecher gefunden haben. In der Nacht zum 27.3. legten die Drucker der örtlichen Sonntagszeitung in Kolding die Arbeit nieder. Auch dieses Blatt erschien nur als Notausgabe.

Am Montag, den 29.3., war die Lage der dänischen Druckindustrie lt. „Flensborg Avis“ „unüberschaubar“. Die „BT“-Arbeiter führten an diesem Tag eine Versammlung durch, auf der beschlossen wurde, die Kündigungen zurückzuschicken und den Kampf unvermindert fortzusetzen. Am 29.3. traten ca. 2.000 Drucker in den Streik, u.a. bei „Gutenbergshus“ in Kopenhagen, „Gutenberghus“ in Skovlunde, bei F.E. Bording in Kopenhagen, Schur A/S in Horsens, „Kolding Folkeblad“ in Kolding und bei der Buchdruckerei P. Hansen in Kopenhagen.

Die Berlingske-Kapitalisten haben gleich nach Beginn der Solidaritätsaktionen erneut angedroht, daß sie „den Konflikt schnell zum Abschluß“ bringen wollen. Man muß davon ausgehen, daß sie in den nächsten Tagen mit noch größerer Brutalität gegen die Drucker vorgehen werden. U.a. setzen sie dabei auf Produktionsauslagerungen ins Ausland. Es ist auch damit zu rechnen, daß sie Streikbrecherarbeit in der BRD durchführen lassen wollen. Das muß verhindert werden!

SOLIDARITÄT MIT DEN DÄNISCHEN DRUCKERN!
Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Frankreich

Nach dem Wahlsieg der Linken



Mitterrand (PS) und Marchais (PC) auf Besichtigungstour: Abwarten bis zu den nächsten Wahlen ...

153 der 221 Städte mit über 30.000 Einwohnern (das heißt 70%) werden jetzt in Frankreich von der „Union de la Gauche“ (Bündnis PCF/PS) verwaltet.

Das ist das spektakuläre Ergebnis der Kommunalwahlen vom 13. bzw. 20. März. Bislang verwalteten PCF und PS 96 größere Städte. Die Rechten haben 60 Städte verloren und insgesamt nur drei neu dazu gewonnen (Cambrai, Maubeuge und Quimper).

Insgesamt geht dieser Wahlsieg vornehmlich zugunsten der PS: hatte sie früher 31 Rathäuser, so sind es heute 81. Die PCF die vorher 50 Städte verwaltete, sitzt heute in 72 Rathäusern. In einer Stadt (Evreux, Normandie) ist es der PCF gelungen die bisherige PS-Verwaltung zu ihren Gunsten abzulösen.

Diese Wahlergebnisse – wobei der alle Erwartungen übertreffende Erfolg des revolutionären Wahlbündnisses „Pour le Socialisme“ nicht zu vergessen ist! – veranschaulichen die wachsende Unzufriedenheit der französischen Massen mit der Giscard-Poniatowski-Regierung und auch die seit Monaten andauernden Krise der Rechten.

Die „Union de la Gauche“ wartet ab ...

Die Taktik von PCF und PS nach den Wahlen definierte der Generalsekretär der CGT (PC-beherrschten Gewerkschaft), Georges Seguy, knapp und deutlich in einem Interview in „Le Monde“ vom 27. März:

„Es ist möglich, die gewerkschaftliche Aktion fortzusetzen, ohne daß wir auf Provokationen reinfallen. Wir müssen weiterhin auf die Regierung das Maximum an Druck ausüben, damit wir die günstigsten Bedingungen für den Wahlsieg der Linken bei den Parlamentswahlen 1978 schaffen.“

Somit ist die Marschroute festgelegt: die Regierung ist zwar eine Regierung der Minderheit, die „Union de la Gauche“ wird aber nicht auf vorgezogene Wahlen orientieren, sondern „Druck ausüben“, und nach Seguys Worten „ernsthafte und konstruktive Verhandlungen mit den Unternehmern“ führen („Le Monde“, 27.3.77). Dabei ist die größte Sorge der Reformisten die Vermeidung von „abenteuervollen Kämpfen“, „linksradikalen Provokationen“ usw. usf.

Dies bestätigte Francois Mitterrand, Führer der PS, gleich am Tag des zweiten Wahlganges:

„Die Sozialisten haben weder die Absicht noch den Wunsch, eine schwerwiegende politische Krise heraufzubeschwören, die sich der schon



Der alte und neue Ministerpräsident Barre: Die „Sparpolitik“ bleibt.

schwerwiegenden wirtschaftlichen Krise zugesellen würde“ („Le Monde“, 19.3.77).

Nach wie vor beteuern Marchais und Mitterrand, daß ihr Ziel keineswegs der Sturz Giscard ist, sondern daß sie auch bereit wären, mit ihm gemeinsam zu regieren.

Frage eines Journalisten von „Le Monde“: „Sehen Sie bei einem Wahlsieg der „Union de la Gauche“ (1978) die Koexistenz einer Linksregierung mit der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing im Elyseum als möglich an, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?“

Antwort Mitterrand:

„Das wird schwierig sein. Aber das ist Sache des Präsidenten der Republik ... Das gemeinsame Regierungsprogramm sieht keine tiefgreifenden Veränderungen auf Ebene der Institutionen vor ... Sein Hauptziel ist die Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen, um die verschiedenen Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuheben ... Das alles ist Angelegenheit der Vernunft und des Bürgersinns.“ Das gleiche trifft für die PCF zu. Von einer Wahl zur anderen ist ihr Ziel eine immer breitere Mehrheit: „Ja, wir wollen vereinen. Wir wollen unser Volk, in aller seiner Diversität, mit allen seinen Differenzen zusammenschließen. Für unsere Partei ist dies ein fundamentales Anliegen, das hat unser 22. Parteitag (wo der Begriff „Diktatur des Proletariats“ über Bord geworfen wurde – Amn. AK) besonders deutlich hervorgehoben. Unser Ziel ist nicht von „etwas weniger“ zu „etwas mehr“ als jeder zweite Franzose zu kommen, sondern der Zusammenschluß, den

wir wollen, geht weit über die 50%, die wir erreicht haben, hinaus. Das ist notwendig, das ist möglich.“

Das erklärte Marchais, Generalsekretär der PCF auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Linksbündnisses (übrigens die erste seit den Wahlen von 1974) in Paris am Tag nach den Wahlen (20. März).

Aktionen sind unerwünscht. Im Klartext bedeutet das: Wir müssen weiter, erst wenn wir 60, 70, 80% der Stimmen bekommen haben, möglichst auch noch von kleinen Unternehmern und Offizieren, dann können wir vielleicht an gesellschaftliche Veränderungen denken, die von den Massen gefordert werden.

Während die „Linkunion“ in die nächste Wahlkampagne schon wieder eingestiegen ist, gehen die Rechten in die Gegenoffensive.

Chirac – der starke Mann der Rechten

Präsident Giscard versuchte das für ihn niederschmetternde Ergebnis mit einer „staatsmännischen Geste“ zu übertünchen. Er appellierte an die „Einheit der Nation“ und beschneigte der Opposition gnädig, „Franzosen wir jeder andere auch“ zu sein („Le Monde“, 28.3.). Anders Chirac, der „starke Mann“ der französischen Reaktion: „Das Abenteuer des sozial-kommunistischen Kollektivismus muß abgelehnt werden“ („Le Monde“, 22.3.). Entsprechend war auch die erste Erklärung des frisch gebackenen Pariser Bürgermeisters: die Polizei müsse personell aufgestockt werden.

Chirac, der keine Gelegenheit zur Hetze gegen links ausläßt, fühlt sich



Chirac, der neue Führer der Rechten

als der eindeutige Sieger auf Seiten der Rechten in diesen Wahlen, und will jetzt die Bourgeoisie dazu bringen, seinen Kurs anzunehmen.

Daß hinter Chirac bereits wichtige Teile der Finanzbourgeoisie stehen, beweist schon allein die Tatsache, daß er quasi als „Oppositionskandidat“ gegenüber der Regierung eine Wahlkampagne in Paris mit viel aufwendigeren Mitteln führen konnte als der Kandidat der Regierung d'Ornano: 20 Mio. Francs gegen 7 Mio.

Ziel der Bemühungen der Bourgeoisie ist es, einen stärkeren Zusammenschluß der Reaktion zu erreichen, möglichst in einer neuen bourgeois Partei.

Chirac hat dieses Projekt schon zum Teil in die Praxis umgesetzt, mit der Bildung des Sammelbeckens „Rassemblement pour la République“ (RPR: „Zusammenschluß für die Republik“) am vergangenen 5. Dezember.

Was unter einem „gemeinsamen Aktionsprogramm“ von der Reaktion verstanden wird, das weisen die Reden von Finanz- bzw. „Spar“-minister Barre auf:

„Frankreich kann nur auf die Dynamik seiner Betriebe (sprich Kapitalistenklasse Anm. AK) und die Produktivität seiner Arbeiter sowie die Anstrengung aller bauen. Keine einzige französische Regierung, egal welcher Orientierung und welchen Zielen sie dienen will, wird diesen Zwängen der harten Realität ausweichen können“ („Le Monde“, 22.3.). Wie diese Appelle an „Disziplin und Anstrengung“ in der Praxis verwirklicht werden, folgte auch gleich einige Tage danach: Erneut wurde den Kapitalisten eine Konjunkturlieferung des Staates von 4 Milliarden

Fortsetzung auf Seite 32

Hetzkampagne nach dem Tod des Mörders von Pierre Overney



Kranzniederlegung an der Stelle wo Pierre Overney vom Werkschutz ermordet wurde

Frankreich. Am 23. März 1977 wurde der Mörder von Pierre Overney, Antoine Tramon, in einem Pariser Vorort erschossen. Vor fünf Jahren wurde der Arbeiter Pierre Overney, Sympathisant der „Gauche prolétarienne“ beim Flugblattverteilen vor den Toren des Automobilbaubetriebs Renault in Billancourt von dem Werkschützer Tramon ermordet. Pierre Overney verteilte eine Stellungnahme zu seinem Rauschmiß aus diesem Betrieb.

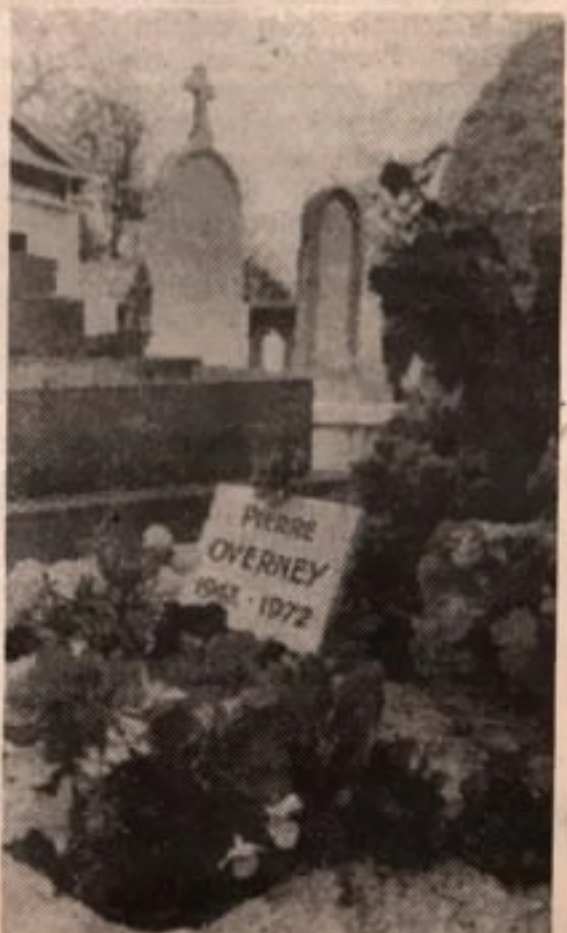
Bei der Beerdigung von Pierre am 4. März 1972 kamen Hunderttausende, die damit die größte Pariser Massendemonstration nach dem Mai 1968 organisierten.

Ein Jahr danach kam Tramon vor Gericht, er wurde zu vier Jahren (!) verurteilt, davon saß er nur die Hälfte im Knast ab.

Jetzt, nach dem Tod von Tramon, hat die Polizei mit der Unterstützung der reaktionären Presse in Frankreich eine richtige Hetzkampagne eröffnet.

Zunächst, unmittelbar nach der Tat, versuchten einige Presseorgane eine gewagte Interpretation an den Mann zu bringen: Die revolutionären Organisationen, ermutigt durch ihre Wahlsiege, würden nun ihr wahres Gesicht zeigen und mit ihren alten Gewohnheiten wieder an's Tageslicht kommen: Gewalt und Terror...

So schrieb die Zeitung „L'Aurore“ am 24. März: „Es war schon seit Monaten bekannt, daß sich in den linksradikalen Untergrund-Szenen der Kopf über die bevorstehende Revolution zerbrochen wurde“. Und „France-Soir“ ließ dabei nicht



4.3.1972: 200.000 auf der Beerdigung von Pierre Overney

nach: „Es gibt eine Arbeitsteilung bei den Maoisten: die Politiker und die Terroristen“ (24.3.77).

Nun hat der Polizeiapparat einen „Schuldigen“ gefunden: Bei dem Mörder von Tramon soll es sich um den 25jährigen Christian Harbulot handeln. Die „eklatanten“ Beweise? Am 3. März kam es in der Nähe von Tramonis Wohnung zu einem Zwischenfall: einer

Polizeipatrouille war ein „verdächtiges“ Auto aufgefallen. Der Fahrer hatte die Flucht ergriffen und dabei angeblich auf die Bullen geschossen. Und im Auto wurden dann Papiere, die auf den oben genannten Namen ausgestellt waren, gefunden. Da dieser Mensch beim Verfassungsschutz in der Kartei als „Linksradikaler“ erfasst ist, ist in der Bullenlogik alles klar: das ist „Tramonis Mörder“.

Am 26. März brachten dann alle Titelseiten der französischen reaktionären Zeitungen Fahndungsaufträge. „L'Aurore“ titelte gar: „Christian Harbulot: wanted“! Das zeigt auf, daß das „Modell Deutschland“ bei der französischen Reaktion nicht schlecht ankommt. Die Kampagne, die von ihr in dieser Affäre getrieben wird, kann es mit der Springer-Presse locker aufnehmen.

Nebenbei wollen wir noch die Stellungnahme der PCF und der CGT erwähnen, die 1972 auf Seiten der Mörder standen: In der „Humanité“ (Zentralorgan der PCF) wurden die Umstände des Todes von Tramon auf objektivistische Manier, ganz kommentarlos, in einigen Zeilen erwähnt. 1972 hatte sie geschrieben: „Das ist ein Komplott von Agenten, Linksradikalen und Polizei organisiert“. Die Gewerkschaft CGT stand dem in nichts nach: „Ein linksradikales Kommando hat mit Gewaltmethoden versucht, im Betrieb einzudringen. Das ist eine Tatsache! Ein Mitglied des Werkschutzes dieses Betriebes hat einen jungen Arbeiter erschossen. Das ist auch eine Tatsache!“

Dementsprechend lehnten PCF und CGT 1972 jede Beteiligung an der Demonstration vom 4. März ab.

Nun auf objektivistische Manier, ganz kommentarlos, in einigen Zeilen erwähnt. 1972 hatte sie geschrieben: „Das ist ein Komplott von Agenten, Linksradikalen und Polizei organisiert“. Die Gewerkschaft CGT stand dem in nichts nach: „Ein linksradikales Kommando hat mit Gewaltmethoden versucht, im Betrieb einzudringen. Das ist eine Tatsache! Ein Mitglied des Werkschutzes dieses Betriebes hat einen jungen Arbeiter erschossen. Das ist auch eine Tatsache!“

Dementsprechend lehnten PCF und CGT 1972 jede Beteiligung an der Demonstration vom 4. März ab. Stattdessen verbreiteten sie ungeeignete Thesen einer „organisierten Provokation“ und diffamierten alle Teilnehmer der Demonstration als „Zuarbeiter für Marcellin“ (Marcellin war damals der französische Innenminister). Die Zeiten ändern sich, der Opportunismus bleibt.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

card-Regierung noch vor den nächsten Wahlen propagiert werden muß. Über den Weg dahin bestehen allerdings Differenzen: während die LCR an die PS und an die PCF appelliert, sie mögen doch ihre Verantwortung übernehmen, fordert die OCT den Aufbau einer neuen politischen Führung in den bevorstehenden Massenkämpfen:

„In diesem Zusammenhang werden die Kämpfe zur Frage des Arbeitsplatzes, zur Frage der Löhne als Kämpfe gegen die Krisenpolitik der Unternehmer weiterhin die Basis für die Politisierung und die Organisation der ArbeiterInnen sein. Gleichzeitig werden alle Gelegenheiten einer Koordinierung der Kämpfe, aller Möglichkeiten eines nationalen Auftretens einer Strömung der Ablehnung der bürgerlichen und reformistischen Politik ausgenutzt werden müssen, wie zum Beispiel der 1. Mai“ („Etincelle“, Zeitung der OCT, 24.3.). Lutte Ouvrière (LO) verfolgt eine andere Linie: ihre Genossen wollen jetzt daran gehen, den Zusammenschluß der trotzkistischen Kräfte voranzutreiben. Dabei richten sie sich an die LCR bzw. an bestimmte „Tendenzen“ innerhalb der LCR. So verkündete LO köhn: „Die revolutionäre Partei wird eine trotzkistische sein oder keine“?

Innerhalb der LCR sind die Meinungen – wie üblich – geteilt: einige Genossen sind gegenüber den Angeboten von LO nicht abgeneigt, andere, eine relativ neue Tendenz, wollen mit der OCT ins Gespräch kommen.

Insgesamt sind die revolutionären Organisationen wohl selbst von dem guten Wahlergebnis so überrascht worden, daß bislang nur recht allgemeine Stellungnahmen vorliegen.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von Seite 31

Francs zugebilligt, während die Lebensmittelpreise wieder erhöht wurden, sodaß sie jetzt um 13,9% höher liegen als im März letzten Jahres. Bei Industrieprodukten betragen die Preiserhöhungen 9%.

Als Barre seinen Finanzplan eingesetzt hatte, hatte er versprochen, daß die jährliche Inflationsrate bei 6,5% bleiben, daß die Arbeitslosenrate sinken würde usw. Tatsächlich ist bereits jetzt eine Inflationsrate von 9,9% gegenüber dem Vorjahr erreicht worden, und nach wie vor gibt es 1,5 Mio. Arbeitslose.

Die Spar- und Krisenpolitik soll also weitergehen. Um sie effektiver gegenüber den Werktätigen durchzusetzen, soll darüberhinaus eine schlagkräftige bürgerliche Partei aufgebaut werden. Das ist das Programm der Bourgeoisie für die nächsten 12 Monate.

Chancen für die Revolutionäre

Wenn auch das Wahlergebnis des Wahlbündnisses „Pour le Socialisme/Le Pouvoir aux Travailleurs“ („Für den Sozialismus/ die Macht den Arbeitern“) zwischen OCT, LCR und LO, das zum Teil Ergebnisse bis zu 11% aufweist, noch nicht einen entsprechenden tatsächlichen Einfluß der Revolutionäre signalisiert, zeigt es doch die Existenz eines Mißtrauens gegenüber der Politik der Reformisten auf und weist auf die Möglichkeit hin, den Einfluß der Revolutionäre zu verbreitern. Eine Lehre, die zumindest die LCR und die OCT daraus ziehen, ist die Wichtigkeit und die Notwendigkeit, die Aktionseinstellungspolitik fortzusetzen auf anderen Gebieten.

Einig sind sich auch LCR und OCT darin, daß der Sturz der Giscard-Regierung noch vor den nächsten Wahlen propagiert werden muß.

Portugal

Antworten eines Clowns

Kurz nachdem die portugiesische Regierung unter dem Druck der EG- und US-Monopole weitere volksfeindliche Maßnahmen beschlossen hat (Erhöhung der Lebensmittelpreise, Abwertung des Escudo, Rückgabe verstaatlichter Betriebe an die Kapitalisten usw.) gab der „sozialistische“ Ministerpräsident „Schweinsbacke“ Soares der SPD-Zeitung „Vorwärts“ (17.3.77) ein Interview, in dem er sich wieder einmal als Amateur-Komiker produzierte.

So fragte der „Vorwärts“ etwa: „Es konnte der Eindruck entstehen, daß die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen erst getroffen wurden, nachdem sich Portugal erheblichem internationalen Druck ausgesetzt sah...“ Späßvogel Soares erwiderte ganz trocken: „Es gab keinen Druck des Auslands auf Portugal“. Wahrscheinlich haben sich nach dieser köstlichen Antwort die Interview-Partner erst einmal minutenlang wieder auf die Schenkel geklopft. Nächste Frage des „Vorwärts“: „Schmerzt es nicht den Sozialisten Soares, seine Politik wirtschaftlicher Gesundung auf dem Rücken der breiten Bevölkerungsschichten austragen zu müssen“. Darauf Soares, um eine Antwort nicht verlegen: „Es gibt nichts Schmerzhafes, denn ich mache keine Politik gegen die Interessen der breiten Bevölkerung, sondern für sie. Zu behaupten, ich sei für die Wiederherstellung des Kapitalismus, ist die Parole der Kommunistischen Partei, die ich nicht akzeptiere“. So komisch das klingt, sagt Soares damit tatsächlich die Wahrheit: Wiederherstellen will er den Kapitalismus nicht, sondern will ihn bloß beibehalten. Denn da der Kapitalismus in Portugal zu keinem Zeitpunkt abgeschafft wurde, braucht man ihn auch nicht wiederherzustellen. Logisch. Er sei gegen einen „Sozialismus der Verelendung“, meinte Soares dann noch. „Genauer gesagt: Er ist gegen Sozialismus, aber für Verelendung. Die betreibt seine Regierung in Portugal nämlich massiv.“

Nächste Frage des „Vorwärts“:

„Herr Ministerpräsident, während die Regierung illegal besetzte Länder erobert, stockt die Fortführung der legalen Landreform. Warum?“. Soares gibt sich mit der Antwort wenig Mühe, man ahnt sie schon vorher: „Die Agrarreform kommt gut voran, seit das Landwirtschaftsministerium eine neue Mannschaft hat und von Minister Antonio Barreto geleitet wird“. Barretos Vorgänger war Lopes Cardoso, vom linken Flügel der Soares-Partei, der vor einigen Monaten von Soares gefeuert wurde! Die „Agrarreform“ des neuen Ministers Barreto sieht so aus, daß erst kürzlich wieder die Landarbeiter und Genossenschaftsbauern „nachdrücklich vor illegalen Landbesetzungen... gewarnt“ wurden („SZ“, 31.3.77). Militär wurde bereits gegen „illegale Landbesetzer“ eingesetzt...

Eine weitere Frage des „Vorwärts“ bezog sich auf den breiten Widerstand, den Soares in der Bevölkerung und sogar in der eigenen Partei findet. Soares Antwort: „Ich fühle, daß ich das Land vertrete und kann Ihnen sagen, daß bisher keine Partei in der Lage war, ein Mißtrauensvotum gegen die sozialistische (!) Regierung durchzusetzen. Die parlamentarische Opposition stimmte im August letzten Jahres nicht gegen das Regierungsprogramm. Der Haushaltsplan erhielt am Jahresende keine Gegenstimme“. Richtig ist daran, daß vor allem die rechtsradikale CDS die volksfeindlichen Maßnahmen der Soares-Regierung im Parlament unterstützt, und daß Soares, der im Parlament über keine Mehrheit verfügt, überhaupt nur mit den Stimmen der CDS und der gleichfalls rechtsstehenden PPD regieren kann. Daß Soares deren Zustimmung zu seiner Politik als Beweis anführt, daß er „das Land“ vertrete, zeigt klar, was dieser Clown mit dem Begriff „das Land“ meint. Zu gut deutsch: Die einheimische Bourgeoisie und die internationalen Monopole! –

Gegen einen „Sozialismus“ der Verelendung!

10 Druckerkollegen angezeigt

Frankreich. Im Mai 1976 wurde der Druckbetrieb „Caron-Ozanne“ bei Caen (Normandie) nach 350 Tagen Besetzung polizeilich geräumt. 350 Tage lang hatten die Kollegen ihren Betrieb besetzt halten können, um gegen die Schließung des Betriebes zu protestieren. Gleich einige Wochen nach Beginn der Besetzung beschlossen sie, die Produktion unter eigener Regie weiterzuführen.

Die Räumung des Betriebes wirkte sich auf die weitere Mobilisierung zur

Prozeß eine über diesem konkreten Fall hinaus exemplarische Bedeutung, bedenkt man, daß gegenwärtig rund 200 Betriebe in Frankreich besetzt gehalten werden, und daß in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von ihnen die Kollegen selbst die Produktion kontrollieren.

Auf lokaler Ebene haben sich verschiedene Organisationen, Parteien, aber auch lokale Ökologie- und Frauengruppen zusammengetan, um eine gemeinsame Gegenkampagne durch-

10 Druckerkollegen angezeigt

Frankreich. Im Mai 1976 wurde der Druckbetrieb „Caron-Ozanne“ bei Caen (Normandie) nach 350 Tagen Besetzung polizeilich geräumt. 350 Tage lang hatten die Kollegen ihren Betrieb besetzt halten können, um gegen die Schließung des Betriebes zu protestieren. Gleich einige Wochen nach Beginn der Besetzung beschlossen sie, die Produktion unter eigener Regie weiterzuführen.

Die Räumung des Betriebes wirkte sich auf die weitere Mobilisierung zur Unterstützung ihres Kampfes sehr negativ für die Kollegen von „Caron“ aus.

Und diese Situation haben jetzt Justiz und Ex-Chef von „Caron“ ausgenutzt, um willkürlich zehn Kollegen herauszupicken, und sie wegen „Diebstahl und Vertrauensmißbrauch“ anzuzeigen. Das heißt im Klartext: Anzeige wegen „Betriebsbesetzung und Wiedereingangssetzung der Maschinen“.

Insofern hat der bevorstehende

Prozeß eine über diesem konkreten Fall hinaus exemplarische Bedeutung, bedenkt man, daß gegenwärtig rund 200 Betriebe in Frankreich besetzt gehalten werden, und daß in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von ihnen die Kollegen selbst die Produktion kontrollieren.

Auf lokaler Ebene haben sich verschiedene Organisationen, Parteien, aber auch lokale Ökologie- und Frauengruppen zusammengetan, um eine gemeinsame Gegenkampagne durchzuführen. Allerdings fehlen dabei die PCF und die CGT, was mit Realitätsgeheimnissen CGT/CFDT bei „Caron“ zusammenhängt. Die meisten Kollegen bei „Caron“ waren während der Betriebsbesetzung aus der CGT ausgetreten, um der CFDT beizutreten, da sie sich von dieser Gewerkschaft eine aktivere Unterstützung versprochen.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt/Main

Kampf gegen die Schließung der „Clinique des Lilas“

Paris. Die „Clinique des Lilas“ existiert seit zwölf Jahren. Sie wurde von einem Ärzte-Kollektiv aufgebaut mit dem Ziel, Methoden zur schmerzlosen Entbindung zu entwickeln. Im Laufe der Existenz der Klinik wurde das Arbeitsfeld der dort Beschäftigten immer breiter. Diskussionen mit den Frauen oder auch Paaren, Diskussionen zwischen den Frauen und den Ärzten zur Frage der Sexualität, zur Frage der Kindererziehung – das alles gehörte zur Praxis dieser Klinik. Jetzt geht es darum, die drohende Schließung zu verhindern: die Klinik hat ein Defizit von 800.000 Francs (während in normalen Krankenhäusern der Tagessatz auf 690 Francs geklettert ist, kostet es in der „Clinique des Lilas“ 160 Francs).

Aufgrund dieser finanziellen Situation ist der Verwaltungsrat zurückgetreten, und ein juristischer Verwalter wurde am vergangenen 9. Dezember eingesetzt. Dieser will jetzt eine Bilanz vorlegen, die die Entlassung des Personals und die Schließung der Klinik zur Folge

hätte. Dies, obwohl 600 Frauen auf der Warteliste stehen, und obwohl jeden Tag Frauen leider abgewiesen werden müssen.

Über den aktuellen Konflikt hinaus geht es darum, das „Prinzip: In Schmerzen gebären“ in Frage zu stellen, und um das Recht der Frau, über die verschiedenen Entbindungsmethoden informiert zu sein.

Es geht auch darum, die „normale“ Entbindungssituation der Frauen zu bekämpfen, wo sie als reine medizinische Objekte betrachtet werden, die dem jeweiligen Arzt völlig ausgeliefert sind: Er entscheidet, ob die Frau betäubt werden soll oder nicht, ob sie ihr Kind bei sich behalten kann oder nicht, ob Freund/Mann oder Freundin während der Entbindung dabei sein kann usw.

In der „Clinique des Lilas“ wurde versucht, diese Situation abzubauen: Die Frauen konnten sich auf die Entbindung durch Gespräche mit den Ärzten vorbereiten; es wurden Filme gezeigt, wo das gesamte Vor-

gehen der Ärzte ausführlich erklärt wurde, damit die Angst abgebaut werden kann; es gab keine hierarchischen Verhältnisse zwischen den Frauen und dem Personal. Während des Klinik-Aufenthaltes selber wurden Diskussionsrunden über alle möglichen Fragen organisiert; die Frauen konnten ihre Kinder sehen, so oft sie wollten; es gab also nicht die repressive Krankenhausdisziplin.

Auch wenn für die Masse der Frauen weiterhin nur die „Entbindungsbetriebe“, wo sie wie Nummern behandelt werden, vorhanden sind, ist es wichtig, die Schließung dieser fortschrittlichen Klinik zu verhindern, und die Debatte um die Entbindungsmethoden breit zu führen.

Deshalb haben zahlreiche Frauengruppen in Paris und anderen Städten dagegen mobilisiert, mit Demonstrationen, Veranstaltungen und Ständen.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Italien

Lockheed-Skandal: Erster Erfolg für die Linken

Zum ersten Mal seit 20 Jahren sollen zwei Ex-Minister wegen des Lockheed-Skandals in ihrer Amtszeit vor das Verfassungsgericht gestellt werden. Die beiden ehemaligen Verteidigungsminister Gui (Christdemokrat) und Tanassi (Sozialdemokrat) wurden jetzt wegen Bestechung und politischer Spionage beim Kauf der „Hercules“-Flugzeuge für die Armee vom Untersuchungsausschuß mit 11:9 bzw. 18:2 Stimmen für schuldig befunden.

Bisher hat es sich der parlamentarische Untersuchungsausschuß immer sehr leicht gemacht und jede Anschuldigung der Korruption oder Bestechung abgewiesen. Allein vor 10 Jahren hatte es etwas Aufsehen um den Ex-Finanzminister Trabucchi gegeben, der in korrupte Tabakgeschäfte verwickelt war – jedoch auch er wurde freigesprochen. Die Verurteilung des Machtmißbrauchs der beiden Verteidigungsminister ist deshalb in erster Linie auf die beharrliche Enthüllungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Linken zurückzuführen, sowie auf das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Betrugspraktik der DC.

Parteien einig: „Kein politischer Prozess!“

Blickt man jedoch hinter die Kulissen dieser noch nie dagewesenen „Einigkeit“ der linken und linksliberalen Parteien, so spielen die unterschiedlichsten Motivationen eine Rolle.

Bevor Gui und Tanassi als „die Sündenböcke“ klar herauskristallisiert waren, hatte es eine harte Schlacht um die Anschuldigungen gegen den Ex-Premierminister Mariano Rumor gegeben, dessen Verurteilung nur von den 4 Abgeordneten der „Radikalen“ und den Genossen der Democrazia Proletaria (DP) gefordert

worden war. Der Untersuchungsausschuß lehnte eine Verurteilung mit der Begründung ab, daß die Beweise nicht auslängten. Die klare Identifizierung Rumors durch einen Decknamen in den Akten, die auch dem Untersuchungsausschuß vorliegen, wurde unter den Tisch gefegt.

Die PCI, die mit ihrem Mitglied D'Angelosante im Untersuchungsausschuß den Hauptankläger gegen Gui und Tanassi stellt, hatte im Fall Rumor die Anklage boykottiert, indem sie eine Unterschriftensammlung gegen ihn nicht mitmachte. Es geht ihr erklärtermaßen nur darum, in den „krassesten“ Fällen Anklage zu erheben. Das Fallenlassen der Anklage gegen Rumor war also ihr Eingeständnis, daß sie keineswegs bereit ist, die Regierungspolitik der DC in Frage zu stellen – im Gegenteil: Sie will es sich mit der DC nicht verderben. Die völli g e Unterstützung der Lockheed-Korruption hätte aber sicherlich an der Parteibasis nicht viel Verständnis gefunden, deshalb jetzt der gezielte Vorstoß gegen Gui und Tanassi.

Die Sozialdemokraten haben gegen die Anklage gestimmt, weil sie ihren Parteigenossen Tanassi decken wollen. Allerdings ist während der geheimen Abstimmung im Parlament der Fraktionszwang nicht einstimmig aufrechterhalten worden.

Am schwersten hat es jedoch die Sozialistische Partei (PSI), die sich bisher durch „radikale“ Vorstöße wie beim Scheidungsreferendum und beim Abtreibungsgesetz ein linkes Image verschafft. Sie stimmte ebenfalls gegen die Anklage Rumors, um sich ihren Platz in einer eventuellen Mitte-Links-Koalition mit den Revisionisten der PCI nicht zu verderben. Dafür hatte die Parteibasis jedoch gar kein Verständnis. Mehrere hundert Mitglieder besetzten die Parteizentra-

le in Rom und forderten die sofortige Durchführung eines Sonderparteitag, um gegen die Deckung der Korruption anzugehen. Tausende von Protestbriefen bis hin zu Austritten aus der PSI waren die Antwort auf die Mausechelpolitik des Parteiführers Craxi. „Entrüstet wurde der Verdacht zurückgewiesen, daß sich hinter den Kulissen ein Tauschgeschäft zwischen den Christdemokraten und den Sozialisten abgespielt habe, das heißt, daß die Sozialisten mit ihrem Verzicht im Fall Rumor eine Verhöhnung des in den ANAS-Skandal

verwickelten früheren Sozialistischen Parteiführers Mancini erkaufte hätten“ („Neue Zürcher Zeitung“, 1.3.77).

Die vereinheitlichte Anklage gegen Gui und Tanassi kann also als ein Zugeständnis der Spitzen von PCI und PSI an den Protest der Mitglieder und der Öffentlichkeit gewertet werden, bedeutet aber letztlich nicht mehr als den Verzicht auf die umfassende Klärung der Regierungskorruptionsaffären.

Weg mit der DC-Regierung!

Während die PCI „einen Triumph der Justiz feiert, zugleich aber versichert, daß der Entscheid keine Verdammung darstelle“ („NZZ“, 13.3.77), ist es in erster Linie das Ziel der „Radikalen“ und der DP, die Glaubwürdigkeit der Regierung und der Politik der DC noch weiter zu erschüttern, um eine Regierungskrise herbeizuführen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Enthüllungsarbeit der Linken im Parlament, zum einen durch die weitere Untermaue-

rung der Anklagepunkte gegen die Bestechungsmanöver, wie es in erster Linie die „Radikalen“ Panello, Adele Faccio und Emma Bonino tun, und den Vergleich der „parlamentarischen Gerechtigkeit“ mit der Realität der Justiz gegenüber den Linken. Mimmo Pinto von Lotta Continua stellte deshalb in seiner Rede vor dem Parlament am 6.2. den Zusammenhang mit der Verurteilung des Genossen Panziera zu 9 Jahren und 6 Monaten Gefängnis her (siehe Artikel dazu in diesem AK).

Ein blutiger Zwischenfall hat während der laufenden Parlamentsdebatte noch greller Licht auf die Schweinereien der DC-Maffiosi geworfen: Am 3.2. wurde ein Flugzeugabsturz der auf Schmiergeld-Basis besorgten HERCULES C 130 der Armee gemeldet. 44 Menschen kamen ums Leben. Dieses Flugzeugunglück, das nicht auf „menschliches Versagen“, sondern auf die durch Bestechungsmanöver übertünchten Konstruktionsfehler Lockheeds zurückzuführen ist, hat die Position der Rechten in der Öffentlichkeit noch mehr geschwächt.

Über die Verurteilung Tanassis und Guis hinaus haben Panella und die DP einen wesentlich weitgehenderen Strafantrag gestellt: Gegen 17 Personen, unter ihnen Rumor und der Staatspräsident Leone sowie dessen engste Vertraute, die Gebrüder Lefebvre, Rechtsanwälte aus Neapel, von denen der eine flüchtig ist. Ein neues Untersuchungsverfahren muß daraufhin eingeleitet werden!

Der wütende Protest der Rechten der PCI macht deutlich, daß es nicht bloß darum gehen kann, die „kleinen Fische“ zu verfolgen, sondern daß der ganze Korruptionssumpf trockengelegt werden muß. Im Gegensatz zu Teilen der PDUP, die die Vorwürfe der PCI gegen die revolutionären Kräfte und die „Radikalen“ unterstützen, haben diese sich die schonungslose weitere Offenlegung der Korruption und des politischen Betrugs zur Aufgabe gemacht, um die Regierung in eine Krise zu stürzen, die sie in der Situation der jetzigen Kämpfe der italienischen Arbeiter und Studenten dem Sturz näher bringen soll.

Italien Kommission
KB/Gruppe Hamburg



5. Nationalkongreß von Avanguardia Operaia — — Ein Schritt nach vorn

den – und kritisieren deshalb den Zusammenschluß zur neuen DP auch entsprechend als „politisch orientierungslos“, „ohne Linie“, etc.

Dieser Prozess wird von der AO und den anderen Beteiligten der DP nicht als ein einfaches „Bäumchenwechsel-dich-Spiel“ zwischen zwei Organisationen angesehen, also ein formaler Austausch der verschiedenen Strömungen untereinander – sondern als Ausdruck einer neuen Qualität der politischen Auseinandersetzung und als notwendiger Neubeginn für die Gründung der Partei.

Dennoch wurde in dem Einleitungsreferat der Leitungsmitglieder von AO etwas verschwommen auf das Verhältnis gegenüber der „manifesto“-Gruppe eingegangen. Die Spaltung wurde nicht in erster Linie als ein Bereinigungsprozess beurteilt, sondern eher bedauernd festgestellt, daß diese Abspaltungen zwar dem Bedürfnis und den Erfordernissen der Arbeiterbewegung entgegenstünden, man jedoch weiterhin um eine Zusammenarbeit bemüht und zur Auseinandersetzung bereit sei. Tatsächlich ist klar, daß die Spaltung von PDUP/AO-Rechten gezielt herbeigeführt wurde und die Linken davon total überrumpelt wurden, die Spaltung auch nicht wollten. In der offiziellen Schlussresolution wurde das Verhältnis zu der neuen „manifesto“-Gruppe nicht mehr angeschnitten, obwohl mehrere Redner während des Kongresses diese Spaltung scharf als Ergebnis eines Rechtsrucks kritisiert hatten.

Auseinandersetzung um die Konzeption der DP

Entscheidende Auseinandersetzungen und Kritiken an dem Referat der Leitung gab es vor allem um die Frage, ob der Zusammenschluß AO-PDUP-„Lega“ schon als der Kern der Partei zu bezeichnen sei, und über die Frage nach dem Selbstverständnis der DP. Besonders die Ju-

gendlichen sowie die Genossen aus dem „Mezzogiorno“ (Süditalien) kritisierten, daß eine „Beschränkung“ der DP auf diese drei Organisationen (bzw. sogar nur deren größere Teile) politisch falsch und verantwortungslos sei, da diese drei keineswegs identisch mit der revolutionären Linken ganz Italiens sind, und auch allein nicht die fortschrittlichsten Teile repräsentieren. Gefordert wurde vor allem eine Auseinandersetzung mit Lotta Continua und der MLS (Mailänder ML-Gruppe) sowie mit den Genossen der Jugend- und DP-Zirkel (des alten Wahlbündnisses), die in erster Linie der DP als Ganzes angehören und nicht in einer der drei Gruppierungen organisiert sind. Am Beispiel der DP-Zirkel und der Jugendzirkel von Turin sowie der organisierten Ar-

beitslosen in Neapel wurde die schon jetzt bestehende Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Aktionen, Flugblättern und Zeitungen mit den Genossen von LC und MLS dargestellt. Die Jugendlichen forderten deshalb den Kongress auf, auf einer nationalen Versammlung aller DP-Zirkel und Jugendorganisationen innerhalb der DP die Frage der Ein-

Fortsetzung auf Seite 34



Delegationen beim Kongreß von Avanguardia Operaia

Ligue Communiste Revolutionnaire (Frankreich, Trotzlisten)
OCT (Frankreich, Zusammenschluß von „Revolution!“ und OC-GOP)
PSU (Frankreich)
Centre de Liaison Politique (Genf, Schweiz)
CpL (Ticino/Tessin, Schweiz)
Arbeiterpolitik (Schweiz)
Bandera Roja (Spanien)
Förbundet Komunist (Schweden)
KB
MAPU (Chile)

MIR (Chile)
Dominikanische Volksbewegung
Orientacion Socialista (Argentinien)
Rivista Debate (Mexiko)
Rupture pour le Communisme (Schweiz)
International Socialists (Großbritannien)
FUSII (iran. Studentenverband in Italien)
MES (Portugal)
Die FDLP (Palästina) hatte eine Grußbotschaft geschickt.
(Nach „Quotidiano dei Lavoratori“, 30.3.77)



Am 24. bis 27. März fand in Mailand der 5. Kongress von Avanguardia Operaia (AO) statt. Erstmals war dazu auch der KB eingeladen worden. Zentrales Thema und Anlaß des Kongresses war die Diskussion um den Zusammenschluß der revolutionären Linken und die Schaffung einer revolutionären Partei. Gemeinsam mit großen Teilen der PDUP und der regionalen Organisation „Lega dei Comunisti“ sowie Mitgliedern aus verschiedenen „Colletivi Democrazia Proletaria“ (DP-Wahlbündnis zwischen AO, LC, PDUP u.a.) soll im September die neue Democrazia Proletaria (DP) gegründet werden.

Der Entschluß zur Gründung der neuen DP nicht als ein rein organisatorischer Zusammenschluß verschiedener Gruppen – wie das beim Wahlbündnis der Fall war – sondern als Ausgangspunkt zur Entwicklung einer revolutionären Partei, ist das Ergebnis einer längeren Auseinandersetzung innerhalb der revolutionären Linken. Begonnen hatte diese Auseinandersetzung nach der Wahl im Juni 1976, die für die Linke sehr schlecht ausging. Der desolante Zustand der Linken und die Orientierungslosigkeit nach dem 20. Juni, die in dem Kongress von LC ihren Höhepunkt fand, stand dem dringenden Bedürfnis der Kämpfe der Arbeiter, Studenten, Frauen und Jugendlichen nach einer revolutionären Organisation im krassen Widerspruch gegenüber. Insbesondere nach dem Kongress von LC im Herbst verstärkte AO deshalb die Diskussion um die Aufgaben der Linken innerhalb der Bewegung und führte verstärkt die Auseinandersetzung innerhalb der eigenen Reihen. Diese Aus-

einandersetzung gipfelte in der Abspaltung eines Teils der AO (ca. acht bis zehn % der Mitglieder und einige wenige Leitungsgenossen lt. Aussage der Genossen von AO). Dieser Teil verließ die AO vor kurzem und tagte das erste Mal am 20.3.77 unter sich. Die Spaltung kam im wesentlichen über die Frage der Notwendigkeit der Schaffung einer Einheit innerhalb der revolutionären Linken zusammen mit Teilen der PDUP und der „Lega“ zustande, wobei die Minderheit von AO sich mehr zu Teilen der PCI als zur revolutionären Linken hingezogen fühlte.

Gleichzeitig fand auch eine ähnliche Auseinandersetzung innerhalb der PDUP statt. Auch hier kam es zu einer Spaltung. Die Mehrheit der Leitung, jedoch nur 1/3 der Mitglieder (lt. Angaben von AO) unter Führung von Magri traten gegen eine Einheit mit der AO-Mehrheit auf und funktionierten die Zeitung „Il manifesto“ zu ihrem Organ um. Sie arbeiten mit den AO-Rechten zusammen, mit denen sie politisch weitgehend übereinstimmen. Der andere Teil der PDUP schloß sich gemeinsam mit der AO der Aufgabe an, eine neue Partei auf der Basis der Einheit der revolutionären Linken in Angriff zu nehmen.

Die Kritik an der „manifesto“-Gruppe macht sich vor allem an dem Schematismus und der Abgehobenheit von der Bewegung fest, sowie an der Haltung zur PCI, die sie nach wie vor lieber als Bündnispartner sehen würden, als Teile der revolutionären Linken wie z.B. AO und LC. Sie halten die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der revolutionären Linken nicht für gegeben – jedenfalls nicht mit der jetzt bestehen-

Fortsetzung von Seite 33

heit noch einmal vorrangig zu diskutieren und diesen Zirkeln auch einen besonderen Stellenwert innerhalb der neuen DP zu geben.

Kritisiert wurde das Referat der Leitung auch in dem Punkt der Einschätzung der PCI.

In dem Referat heißt es, daß die PCI „Verwirrung in die Arbeiterbewegung hineinträgt und die antikapitalistische Front spaltet“. Ein Genosse aus Neapel forderte den Kongress auf, diese Formulierung der Politik der PCI wesentlich schärfer und präziser zu fassen. Er kritisierte die verschwommene Haltung des Referats und unterstrich seine Forderung mit den Beispielen aus der jüngsten PCI-Praxis wie gegenüber der Studentenbewegung. Die Politik der PCI sei nicht nur schädlich, sondern krass arbeitfeindlich, z.T. verbrecherisch. Diese Kritik wurde von der Mehrheit der Anwesenden mit lautem Beifall bedacht, wobei trotzdem auch in der Schlußresolution dieser Punkt nicht mit der geforderten Schärfe zum Ausdruck kam.

Wenngleich Vertreter aller Organisationen der Linken sowie der FLM (Metallgewerkschaft) anwesend waren, und einige auch Referate hielten, kam es doch vor allem über die wirklichen Widersprüche zu Lotta Continua und MLS nicht zu einer Auseinandersetzung. Auch in der Schlußresolution wird von diesen beiden wichtigen Organisationen der Linken nicht gesprochen. Vertreter von AO äußerten sich jedoch in Gesprächen bzw. in einem Interview mit mir derart, daß es mehrere Angebote von Seiten der AO besonders

an LC gegeben hat, gemeinsam die Frage der Partei und die Aufgaben der Linken zu diskutieren. Dies sei jedoch stets schroff abgelehnt worden mit der Begründung, der neue Zusammenschluß sei „neorevisionistisch“.

Der Vertreter von LC schnitt in seinem Referat auf dem Kongress diese Fragen jedoch nicht an. Die AO schätzte den Zustand von LC derzeit als immer noch sehr desolat ein, als eine Organisation, die derzeit nicht mehr als solche zu bezeichnen sei, weil viele Gruppen und Strömungen innerhalb der Organisation selbständig ohne Koordinierung arbeiten, und weil die Orientierungslosigkeit und die Unfähigkeit, die Komplexität der Kämpfe aller Bewegungen wie Frauen, Jugendliche, Arbeiter etc. zu erkennen und diese zu vereinen, immer noch nicht überwunden sei. Allerdings wird diese Einschätzung z.T. durch die Beiträge der Jugendlichen und neapolitanischen Genossen relativiert, die eine schärfere politische Auseinandersetzung und engere Zusammenarbeit mit LC fordern.

Die Genossinnen auf dem Vormarsch

Sehr positiv war die Rolle der Genossinnen auf diesem Kongress. Nachdem fast anderthalb Tage relativ langatmige Reden über die Partei und ihre Bedeutung gehalten wurden und viel Zeit damit vertan wurde, meldeten die Genossinnen sich kollektiv zu Wort und protestierten scharf gegen den Schematismus der Diskussion. „Wir wollen keine Partei der Schwätzer, sondern der revolutionären Kader!“, mit dieser Einleitung schlossen sie die Rednerliste ab und ließen den Kongress für die

nächsten Tage eine Diskussion über die Probleme der Frauen, Jugendlichen und der Arbeiter sowie der mangelnden Auseinandersetzung mit den anderen linken Kräften abstimmen. Besonders hübsch „bedankten“ sie sich bei dem letzten Redner, dem Schwätzer Magri von der „manifesto“-Gruppe, dem die AO-Leitung auch 20 Minuten der Zeit verschenkt hatte und der mit erhobenem Zeigefinger Belehrungen über die „Aufgaben“ der Genossinnen von sich gab: Die Frauen überreichten ihm danach eine besonders lange und stachelige Rose, was die Jugendlichen noch mit einer Pfauenfeder komplettierten.

Die Genossinnen kritisierten an der Leitung der AO besonders scharf die Mißachtung der Frauenpolitik innerhalb der revolutionären Bewegung. Sie bezeichneten die Form der „Autonomie“, die ihnen von Seiten der Organisation zugestanden worden ist, als eine „Gummizelle“, in die man die Genossinnen gesteckt hat, und egal, ob sie etwas tun oder nicht und auch wie sie Politik machen, man entzieht sich der Verantwortung. Sie forderten eine Autonomie in der Art, daß sie selbst verstärkt eine Kontrolle ausüben wollen, welche Politik AO zu den Frauenfragen und innerhalb der Bewegung macht. „Wir bestehen in erster Linie auf der Entwicklung einer revolutionären Kraft, nicht nur und allein aus unserer Unterdrückung heraus, sondern weil wir eine Bewegung sind, eine politische Tatsache“. „Wir sind in der Partei, um die neue revolutionäre Kraft mitzutragen, die wir schaffen wollen, und um deshalb auch die Konfrontation mit der gesamten Bewegung zu suchen. Wir sind nicht die Repräsentanten der

Frauenbewegung, wir sind ein Teil, der nicht nur eine Praxis machen will, sondern eine neue Praxis schaffen will“.

Die Genossinnen hatten Referate zur Gewerkschaftsarbeit und zur Frauenbewegung ausgearbeitet. „Ihr redet immer von der großen Arbeiterzentralität! Daß aber Frauengruppen innerhalb der Gewerkschaft, wenn wir politisch in sie hineinarbeiten, auch eine wichtige Kontrolle über die Gewerkschaftspolitik der PCI sein können, das sagt ihr nicht!“. Schwerpunkt der Auseinandersetzung bildete die reaktionäre Familienideologie, die besonders für die italienischen Frauen – zu 70% Hausfrauen – ein entscheidender Unterdrückungsmechanismus ist. Die Genossinnen legten erste Ergebnisse ihrer Untersuchungen vor und forderten den Kongress auf, sich intensiv mit dieser Frage auseinanderzusetzen. „Ihr fordert eine klare Position der PCI gegenüber. Daß aber die PCI Hauptträger der reaktionären Familienideologie innerhalb der Arbeiterklasse ist, davor verschließt ihr die Augen!“. Sie kritisierten diese Standpunkte und die Ignoranz der Genossen und vor allem der politischen Leitung AO's als eine höchst unglaubliche Voraussetzung, um sich bald als neue Partei zu konstituieren. Die Genossinnen verfaßten zur Garantie der Veröffentlichung und der Einhaltung der Beschlüsse des Kongresses deshalb auch eine eigene Schlußresolution, die zusammen mit der Resolution der politischen Kommission als die Synthese des Kongresses fast einstimmig abgestimmt wurde.

Die Genossinnen haben diesen Kongress genutzt, um die Frage der Frauenpolitik ins Rampenlicht der

Organisation zu rücken und zwar nicht auf der Ebene des Feminismus, sondern durch klare politische Forderungen und Vorschläge an den Kongress insgesamt. Die Genossinnen haben sich damit sichtbar mehr Gewicht innerhalb der AO verschafft, als es vor dem Kongress noch der Fall war.

Der Kongress endete in einer sehr kämpferischen und zuversichtlichen Atmosphäre, wenngleich es in Zukunft noch schwierige Auseinandersetzungen geben wird. Die Kritiken an der „manifesto“-Gruppe sind noch nicht beendet, was sich auch auf Teile der jetzt neu in die DP kommenden PDUP'ler beziehen wird und muß. Die Auseinandersetzung mit den anderen linken Organisationen, vor allem LC, wird sicher stärker in den Vordergrund rücken, ebenso wie die Frage der Organisation der Genossen aus der „autonomen Bewegung“. Die Leitung der AO hatte diese Fragen offensichtlich bewußt in den Hintergrund gestellt, denn die Kritik der Jugendlichen und Frauen machte sie sichtlich nervös. Dennoch ist schon in der Schlußresolution ein Schritt gemacht worden, um die komplexen Fragen und Kritiken weiter zu diskutieren und eine neue DP auf der Grundlage einer harten Auseinandersetzung zu gründen und nicht einfach zu proklamieren. Die Genossen schätzen den Kongress selbst als den Anfang für die Überwindung ihres bisherigen Ökonomismus ein, d.h. um die relativ voneinander losgelöste und nicht koordinierte Politik der einzelnen Bereiche auf eine höhere politische Einheit zu bringen.

Die Delegierte des KB auf dem Kongress

Spanien

„Amnestie für die Frau“!

Anlässlich des Internationalen Frauentages fand in Barcelona am 6. März eine von 2.000 Frauen besuchte Veranstaltung statt. Organisiert wurde sie von der feministisch geprägten „Coordinadora de los grupos feministas“ (vergl. AK 101 S. 34).



Keine Befreiung der Frau ohne Revolution - Keine Revolution ohne Befreiung der Frau

Diese den ganzen Tag andauernde Veranstaltung stand unter dem Motto „Gesetz, Unterdrückung, Repression und Gefängnis gegen Frauen“ und versuchte einem Großteil der Bandbreite an Forderungen und Problemen der spanischen Frauenbewegung gerecht zu werden. Während einer Diskussion über Verhütungsmittel und Abtreibung wurde allerdings die schädliche radikal-feministische Position vertreten, da „der Koitus eine Erfindung des Mannes sei und da der weibliche Orgasmus ohnehin durch die Klitoris produziert wird, stelle sich somit das Problem der Empfängnisverhütung für die Frau kaum“!

Einen recht informativen Charakter bekam die Veranstaltung durch zahlreiche Erlebnisberichte von verschiedenen Frauen, zu deren Höhepunkte sicherlich die Ausführungen ehemaliger politischer Gefangener über die Situation in den barcelonenser Frauengefängnissen Alcalá de Henares und Trinitat zählten. Deutlich strafte sie die Behauptungen einer angeblichen Demokratisierung Lügen. Im Namen des Königs und der „Heiligen Jungfrau Maria“ (Tri-

nitat wird von Nonnen geleitet!) unterliegen die Frauen nach wie vor einer extrem demütigenden und entwürdigenden Behandlung, die die der Männer bei weitem übertrifft. Diese positiven Aspekte, die vermutlich an den einzelnen berichtenden Frauen lagen, konnten aber nicht über eine ziemliche Konzeptlosigkeit hinwegretten. Organisatorische Mängel sollen insbesondere am Nachmittag sehr beeinträchtigt haben.

Am Abend nach der Veranstaltung wurden drei Frauen der Veranstaltungsleitung verhaftet. Offensichtlicher Grund waren die Berichte aus den Gefängnissen und die Namensnennung des kirchlichen und polizeilichen Aufsichtspersonals.

Am 8. März fand eine Frauendemonstration unter den Parolen „Gegen die repressiven Gesetze“, „Amnestie für die Frau“, „Nachbarn auf die Straße“ mit einigen hundert Teilnehmerinnen statt. Der Zug bewegte sich von einem Arbeiterviertel auf das Gefängnis Trinitat zu und wuchs noch um einige an (500 bis 1.000). Dort wurden die Demonstrantinnen von den bereits wartenden Bullen auseinandergetrieben. (Informationen aus einem Augenzeugenbericht und „mundo diario“ vom 8.3.77)

Spanien-Kommission

Die Forderung heißt: vollständige Amnestie!

Am 14. März hatte das spanische Kabinett einen zweiten Straferlaß (nach Francos Tod) verkündet, der diesmal auch diejenigen politischen Häftlinge betreffen sollte, die an „Gewaltakten“, allerdings nicht als „Autoren“ beteiligt waren. Bis zum 1. April waren von den auf rund 170 geschätzten politischen Gefangenen allerdings erst 45 in Freiheit, davon waren 32 Basken, die derzeit den Hauptanteil der Gesinnungsgefangenen ausmachen. Von den Freigelassenen sind die meisten jedoch bisher nicht rechtskräftig verurteilt gewesen, sondern saßen lediglich in Untersuchungshaft.

Es ist, wie bei der ersten Teilamnestie: Schleppend und in großen Zeitabständen kommen eine Reihe von Gefangenen frei, während sich auf der anderen Seite die Gefängnisse wieder mit neuen Verhafteten füllen. „Tatsache ist, daß zum Beispiel in Barcelona jetzt mehr politische Häftlinge einsitzen als vor der Verkündung des Straferlasses“, schreibt die „Frankfurter Rundschau“ am 14.7.77. Solange die demokratischen Rechte in Spanien nicht durchgesetzt sind, wird es keine Amnestie geben.

Spanien-Kommission

Die Mörder hinter Gitter!

Am 24. Februar '77 hatte ein faschistisches Kommando in der Madrider Straße Calle de Atocha vier Rechtsanwälte und einen Angestellten in einem der PCE nahestehenden Anwaltsbüro ermordet. Mehrere Menschen wurden bei diesem Anschlag schwer verletzt.

Drei Wochen später – es war inzwischen eine Nachrichtensperre über die Angelegenheit verhängt worden – präsentierte die Polizei unter großem publizistischen Aufwand der spanischen Öffentlichkeit einen „spektakulären Erfolg“: Sie gab die Verhaftung der in den Mordanschlag verwickelten Personen bekannt und hatte auch gleich eine Geschichte parat, um den Fall möglichst zu verharmlosen.

Sie wurde als „Begleichung einer privaten Rechnung“ eines faschistischen Mitgliedes des offiziellen Transportarbeiter-Syndikats mit einem revolutionären Streikführer der Transportarbeiter zurechtgedichtet. Daß es bei der blutigen Provokation jedoch kaum um „private Streitereien“ gegangen sein kann, wird aus dem illustren Personenkreis der Verhafteten deutlich. Sie gehören allesamt der Terrorgruppe „Fuerza Nueva“ an, die im Rahmen der „Demokratisierung“ mit immer dreisteren Aktionen hervortritt, um die Opposition einzuschüchtern und deren Forderungen herabzuschrauben. Das Argument, daß ein Staatsstreich von rechts drohe, wird ja von verschiedenster Seite immer wieder angeführt, um zu belegen, daß das, was die spanische Regierung derzeit an „Demokratisierung“ zuläßt, schon ein Fortschritt sei. Insofern sind solche Terroraktionen als Teil einer staatlichen Strategie



Rechts neben Blas Pinar steht (mit dem Pfeil bezeichnet) Carlos García Juliá.

zu sehen, deren Ziel die Entlastung der Suarez-Regierung vor „übertriebenen“ Erwartungen von Teilen der Opposition ist.

Verhaftet wurden: – F. Correders, Provinzsekretär der faschistischen Transport-Gewerkschaft in Madrid. Er ist berüchtigt, weil er seine Pistole, die er immer bei sich trägt, bei politischen Auseinandersetzungen mit Transportarbeitern zur Einschüchterung zu zeigen pflegt. Er hat gestanden, das Verbrechen geplant und organisiert zu haben.

– Als Todesschützen gelten José Cerra und Carlos Juliá. Cerra ist Mitglied der faschistischen Partei „Fuerza Nueva“ (geführt von Blas Pinar) und war der Polizei schon seit längerem wegen illegalem Waffenbesitzes bekannt. García Juliá ist wiederholt als Aktivist ultrarechter Terrorbanden wie dem „6. Kommando Adolf Hitler“, „aufgefallen“.

– Der dritte an der Ausführung der Tat beteiligte Faschist ist ebenfalls Mitglied von „Fuerza Nueva“. Er hat „lediglich“ Wache gestanden.

– Ebenfalls in das „Blutbad von Atocha“ verwickelt sind Simón Palacios und Leocadio Caravaca, beide mit militant-faschistischer „Vergangenheit“. Beide taten sich u.a. im Sommer und Herbst vergangenen Jahres durch Überfälle auf einen kirchlichen Jugendklub und das Büro der Vereinigung für Spanisch-Chinesische Freundschaft hervor. (Alle Informationen aus „cambio 16“, 27.3.77).

– Die siebte Verhaftete war eine junge Krankenschwester. Sie hatte nach dem Verbrechen die Tatwaffe von Juliá aufbewahrt. Bei Caravaca hatte die Polizei schon bei einer Durchsuchung seiner Wohnung im Sommer 1975 „kurze und lange Schußwaffen, Granaten, Sprengstoff, Luntens, Buschmesser, bleibeschwerte

und mit Nägeln verstärkte Gummiknüppel usw.“ gefunden. („El País“, 15.3.77).

Liberalen spanische Zeitungen veröffentlichten Photos, in denen Carlos García Juliá („Blutbad von Atocha“) und José Ignacio Fernández Guaza (Mord an Arturo Ruiz; er entzog sich der Verhaftung durch Flucht) zu sehen sind, und zwar bei Veranstaltungen von „Fuerza Nueva“ direkt neben ihrem „Führer“ Blas Pinar! Diese Position nehmen bei den gewöhnlich schärfsten bewachten Faschistenveranstaltungen nur die Leibwächter ein! (Die Photos stammen übrigens alle aus der Zeitschrift von „Fuerza Nueva“, sind sozusagen offizielle Dokumente dieser Partei!) (Siehe „Diario 16“, 15.3.77 und „El País“, 15.3.77). „Fuerza Nueva“, derart in die Ecke gedrängt, versucht sofort, sich von einer Verwicklung in terroristische Gewalttaten zu distanzieren: Die genannten Faschisten seien gar keine Mitglieder (und wenn sie es waren, seien sie ausgeschlossen bzw. ausgetreten); außerdem hätte Blas Pinar keine Leibwächter, sondern lediglich „ihn begleitende Intellektuelle“ (!) („Diario 16“, 15.3.77).

Pech nur, daß Fernando Lardo de Tejado, der Dritte im Bunde des Mordkommandos von Atocha und als Mitglied von „Fuerza Nueva“ identifiziert, nach der Bluttat noch an einer Veranstaltung von „Fuerza Nueva“ in Murcia teilnahm, wo er dann verhaftet wurde. (Informationen nach „Cambio 16“, 27.3.77 und „Diario 16“, 15.3.77).

Wir fordern daher mit allen Antifaschisten Spaniens: Die Mörder hinter Gitter! Auflösung aller faschistischer Banden! Tod dem Faschismus!

Spanien-Kommission

Österreich / Schweiz

Terroristenhetze gegen Slowenenführer

Klagenfurt (Kärnten):

Am 21. Januar um drei Uhr früh riegelten ca. 100 Polizisten einen ganzen Stadtbezirk mit Straßensperren ab. Die Bürgerkriegsübung galt dem Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, Filip Warasch. Bullen stürmten seine Wohnung, holten ihn aus dem Bett, durchwühlten alles und steckten ihn in Untersuchungshaft. Angezeigt hatte ihn der 60jährige Gottfried Güttler. Er hatte behauptet, Warasch habe ihn zu einem Sprengstoffattentat anstiften wollen und ihm zu diesem Zweck Dynamit zugesteckt. In stundenlangen Verhören versuchten die Bullen, Filip Warasch gleich für sämtliche ungeklärten Sprengstoffattentate der letzten Zeit in Kärnten verantwortlich zu machen (u.a. auch für die Sprengung eines slowenischen Freiheitskämpferdenkmals!). Ein Rechtsanwalt wurde ihm verweigert.

Die bürgerliche Presse nahm den „Fall“ begierig auf. Tenor: Die Kärntner Slowenen sind Terroristen. Eine Zeitung wußte auch gleich, wer den Sprengstoff jeweils geliefert hatte: die Kommunisten aus Jugoslawien („Kurier“, 23.1.77).

An den Anschuldigungen stimmt kein Wort. Mittlerweile ist sicher, daß Filip Warasch Opfer einer gezielten Lügenkampagne geworden ist, mit der die gesamte slowenische Minder-

heit in Kärnten getroffen werden sollte. In Wirklichkeit hat Denunziant Güttler vermutlich im Auftrag von Kärntner Faschisten und möglicherweise der Polizei gearbeitet.

Güttler hatte sich bei Warasch als „Verfolger des deutsch-nationalen Kärntner Heimatdienstes (KHD)“ eingeschmeichelt und von ihm etwas Geld erhalten. Dabei war er nach 1945 als Spitzel des Britischen Geheimdienstes gegen Kommunisten bekannt geworden. Er hatte Warasch eine unbrauchbare Pistole geschenkt, die jetzt prompt als „Beweismaterial“ gegen den Slowenen verwendet wurde. Die Polizei kümmerte sich weder um die Glaubwürdigkeit Güttlers, noch um die Tatsache, daß Filip Warasch sämtliche Vorwürfe hieb und stichfest widerlegen konnte. Im Gegenteil: Güttler hatte gute private Beziehungen zur Polizei. Daß er größere Mengen Sprengstoff zuhause lagerte, interessierte offenbar niemanden (Angaben nach „offensiv links“, Nr. 32 und „Klassenkampf“, Nr. 3/77).

Weitere Benachteiligungen der slowenischen Minderheit

Diese Lügenkampagne zeigt anschaulich auf, daß die Kärntner Reaktion bereit ist, gegen die Slowenen auch kriminelle Methoden einzusetzen.

Der Zeitpunkt war geschickt gewählt: Nach der „Volkszählung“ vom 14. November 1976 (s. AK 92) haben sich jetzt die drei bürgerlichen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ) darauf geeinigt, welche Minderheitenrechte sie den Slowenen im gemischtsprachigen Gebiet von Kärnten zugestehen wollen. Danach werden in nur neun Gemeinden zweisprachige Ortstafeln aufgestellt. In weiteren fünf Gemeinden wird slowenisch als Amtssprache zugelassen. Insgesamt umfaßt das gemischtsprachige Gebiet aber 37 Gemeinden!

Diese Regelung entspricht im ganzen den Forderungen des reaktionären und rassistischen „Kärntner Heimatdienstes“, der seit jeher versucht, mit faschistischen Methoden die slowenische Minderheit zu isolieren und als „Untermenschen“ zu kriminalisieren. Es gehörte immer zu der politischen Praxis gerade des „Heimatdienstes“, mit Bombenattentaten zu arbeiten.

In der gesamten bürgerlichen Presse wird die jetzt von den Parteien angestrebte Diskriminierung der Slowenen als „historisches Ereignis von internationaler Tragweite“ hochgejubelt („Kärntner Volkszeitung“, 1.3.77).

Die Organisationen der Slowenen, darunter der „Rat der Kärntner Slo-

wenen“, lehnen die Beschlüsse kategorisch ab. Sie weigern sich, auf der Grundlage der jetzigen Regelung mit der Regierung Kreisky zusammenzuarbeiten. Stattdessen haben sie eine Prioritätenliste vorgelegt, nach der sie die Gleichberechtigung für Slowenen in der Schulausbildung, Kultur, Information, Förderung der Wirtschaft und in Amtssprache und topographischen Aufschriften fordern. Gleichzeitig verlangen sie die endliche Erfüllung des Staatsvertrags von 1955, nach dem die gegen Slowenen gerichtete Tätigkeit von Organisationen verboten werden muß (Angaben nach einem Interview mit F. Zwitter, Vorsitzender des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen, in „Klassenkampf“, 3/77).

Filip Warasch ist inzwischen wieder frei. Das heißt nicht, daß damit die Hetzkampagne gegen die Slowenen und ihre Organisationen eingestellt wurde. Ihre Weigerung, diesen weiteren Schritt zur Einschränkung ihrer Rechte zu akzeptieren, ist natürlich ein weiterer Beweis dafür, daß es sich um „ewig Unverbesserliche und Extremisten“ handelt („Kärntner Tageszeitung“, 1.3.77, nach „Rotfront“ Nr. 3, 5. Jg.).

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Pfingstmarsch gegen AKW's

Basel. Bürgerinitiativen gegen AKW's in der Schweiz wollen Pfingsten in der Nordwestschweiz mit Abstecher in die BRD einen Pfingstmarsch durchführen. Er soll von Kaiseraugst über Schwörstadt (BRD), Leibstadt, Wabrig nach Gösigen führen. In Kaiseraugst und Schwörstadt sollen AKW's gebaut werden, in Leibstadt wird seit einem Jahr gebaut, das AKW in Gösigen steht vor der Fertigstellung und in Wabrig laufen Probebohrungen zur Erkundung eines Geländes für eine Atommülldeponie. Der Marsch soll eine neue Qualität in der Mobilisierung der Schweizer AKW-Gegner nach der Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst vor zwei Jahren werden. Eine wichtige Erfahrung für den Kampf in der Schweiz stellen die Kämpfe in der BRD dar. So legt beispielsweise die Basler Bürgerinitiative viel Wert darauf, die Erfahrungen insbesondere in Brokdorf zu vermitteln und hatte am 19.2. eine Solidaritätskundgebung mit der Brokdorf-Aktion organisiert (vergleiche AK 101). In ganz Basel kleben hunderte Plakate mit dem Aufdruck: Kein AKW in Brokdorf! Kein AKW in Kaiseraugst! Internationale Solidarität!

45.000 Unterschriften wurden bisher für eine Petition gesammelt, die die Forderung nach einem vierjährigen Baustop für alle Atomanlagen in der Schweiz stellt. Diese Forderung vertreten sehr stark reformistische Kreise, sie wird aber auch von der BI Basel und der GAGAK (Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst) unterstützt, die immer wieder betonen, daß nicht der Gesetzesweg, sondern der Kampf der Bevölkerung wie im Fall Kaiseraugst die AKW's verhindert. Sie erhoffen sich allerdings von der Petition wichtigen Zeitgewinn zur Verstärkung der Anti-AKW-Bewegung.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen
Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Besetztes Haus

Besetztes Haus geräumt

Basel. Am 19.3. räumte die Basler Polizei gewaltsam ein von Frauen besetztes Haus. Zur Zeit des Bullenüberfalls hielten sich 24 Frauen der Aktion Frauenzentrum im Gebäude auf. Sie hatten das Haus am 11.3. im Anschluß an eine Demonstration zum „Internationalen Frauentag“ besetzt (s. AK 101), um ihrer Forderung nach einem selbstverwalteten Frauenzentrum Nachdruck zu verleihen. Auf einer Vollversammlung am 16.3. hatten die Frauen beschlossen, das besetzte Haus nicht auf eigenen Füßen zu verlassen. Die etwa 40 Bullen mußten die Frauen aus dem Haus tragen. Im Anschluß an die Freilassung der Frauen zog eine Protestdemonstration in die Innenstadt. In einer Erklärung stellte die „Aktion Frauenzentrum Basel“ fest: „Das Frauenzentrum ist uns genommen worden - der Kampf um's Frauenzentrum geht allerdings weiter“ („POCH-Zeitung“, 24.3.).

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Weiter so!

Die Österreichische Zeitung „offensiv links“ der FUJ/Bewegung für Sozialismus (steht dem SB nahe) hat unter ihren Lesern eine Umfrage veranstaltet. Thema: Lesegewohnheiten.

Danach lesen regelmäßig

30% „links“ (SB)
25% „Rotfront“ (Österreichische Trotzkisten)
18% „Klassenkampf“ (Österreichischer „KVZ“-Ableger)
8% „AUF-Zeitung“ (Österreichische Frauenzeitung)
und immerhin schon
16% ARBEITERKAMPF.



„Mutige“ Bullen schleppen die Frauen aus dem besetzten Haus

Demonstration gegen Berufsverbote

Zürich. Etwa 1000 Demonstranten protestierten am 19.3. in Zürich gegen das geplante Berufsverbot und für die Wiedereinstellung von Dieter Grünenfelder. Grünenfelder ist Präsident des „Demokratischen Manifest“ einem Zusammenschluß zur Verteidigung und dem Ausbau der demokratischen Rechte. Mitglieder des „Demokratischen Manifest“, darunter Grünenfelder, hatten Ende letzten Jahres die Schnüffelpraktiken des Schweizer Ochsenschäfflers Cincera aufgedeckt und die in seinen geheimen Archiven lagernden Informationen entwendet. Über den Schnüffler Cincera haben sie mittlerweile ein umfangreiches „Dossier Cincera“ als Dokumentation veröffentlicht.

Die Zürcher Schulverwaltung weigert Grünenfelder eine weitere Anstellung als Lehrer. Eine Begründung hierfür hat sie nicht geliefert, der Zusammenhang zu Grünenfelders Aktivitäten im „Demokratischen Manifest“ ist aber offensichtlich. Die jetzt einsetzende Solidaritätsbewegung benutzt die Zürcher Erziehungsdirektion um zu behaupten, daß Grünenfelders „Aktivitäten außerhalb der Schule eine Spaltung und Beunruhigung der Lehrerschaft und

der Bevölkerung verursacht“ habe („DM-Bulletin“, 16.3.).

Eltern und Schüler haben sich nämlich mit dem entlassenen Lehrer solidarisiert, und fast 7000 Unterschriften zu seiner Unterstützung gesammelt.

Die Zürcher Demonstration wurde außer vom „Demokratischen Manifest“ von der Lehrergewerkschaft des öffentlichen Personals (VPOD), der Gewerkschaft Typographia, der Gewerkschaft Erziehung (alle aus Zürich und den Gewerkschaftskartellen Basel-Land und Basel-Stadt unterstützt).

Der Fall Grünenfelder ist der dritte stärker bekanntgewordene Berufsverbotfall bei Lehrern in der Schweiz. Ungezählt bleiben die vielen Fälle, in denen über die gängige Entscheidungspraxis der Schulbehörden politisch ausgiebig wurde. Auf jeden Fall wird es eine aktuelle Aufgabe in der Schweiz sein, der schleichen Berufsverbotepraxis nach dem „Modell Deutschland“ durch die Mobilisierung von Demokraten und Kommunisten frühzeitig zu begegnen.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Anti-AKW-Demonstration in Wien



Über 3.000 Menschen (nach Angaben der bürgerlichen Presse) demonstrieren am 24. März in Wien gegen den Bau von Atomkraftwerken. Ursprünglich sollte die Demonstration verbunden werden mit einem Protest gegen die „Informationsveranstaltung der Regierung über Atomenergie. Angesichts des breiten Protestes der AKW-Gegner setzte die Regierung die geplante Show aber schleunigst ab. Zum gleichen Zeitpunkt fanden überall in den größeren Städten Österreichs Demonstrationen oder Kundgebungen gegen Atomenergie statt (nähere Informationen liegen uns darüber noch nicht vor).

Für eine Republik Jura

Schweiz. Am 20.3. hat im Norden des geteilten Jura eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (27.061 Ja-, 5.749 Nein-Stimmen, Stimmeteiligung fast 80 %) die erste neue Verfassung für den Kanton Nordjura angenommen. Damit ist ein erster Schritt zur relativen Autonomie des Jura getan. Relativ deshalb, weil die zukünftige Republik Jura Kanton der Schweiz bleibt und die Jura-Verfassung gleichberechtigt neben der schweizerischen steht. Die jetzt verabschiedete bürgerliche Verfassung enthält gegenüber der schweizerischen einige fortschrittlichere Elemente (Mitbestimmung, Streichung des „Arbeitsfriedens“), die Zugeständnisse an die rebellische Jura-Bevölkerung darstellen.

Wichtigster Teil der Verfassung ist der Artikel 138, der die Wiedervereinigung des geteilten Jura zuläßt. Durch ein Plebiszit war vom Kanton Bern die jurassische Minderheit im Südjura Bern zugesprochen worden, ohne daß ihre Minderheitenrechte berücksichtigt wurden. Insbesondere im Südjura wird gegen die Bevormundung durch die Berner Herrschaft zum Teil militant rebelliert und die Wiedervereinigung des Jura angestrebt. Bereits während der Abstimmung im Norden haben im Südjura Separatistenorganisationen eine „wilde“ Abstimmung durchgeführt, in der sich 9.192 Stimmberechtigte für und 438 gegen die neue Verfassung aussprachen. (Wir werden im nächsten AK ausführlich auf die Jura-Frage und die Separatistenbewegung eingehen.)

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Türkei

Ende der Nationalistischen Front-Regierung?

Türkei. Die Parlamentsfraktion der Gerechtigkeitspartei (AP) entschied sich am 28.3.77 für vorzeitige Neuwahlen, die Ende Juni abgehalten werden sollen. Die reguläre Legislaturperiode würde im Oktober enden.

Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde dem Präsidium des Volksparlaments mit 154 Unterschriften übergeben.

Begründet wird der Antrag der AP damit, daß die vom früheren Ministerpräsidenten Ecevit geführte Republikanische Volkspartei (CHP) „eine Obstruktionspolitik verfolge, indem sie die Verabschiedung von Gesetzen insbesondere in den Bereichen Recht und Ordnung zu verhindern suche“ (NZZ vom 25.3.77).

Die CHP ihrerseits hat sich nicht gegen vorzeitige Wahlen ausgesprochen, da der Wunsch bestehe „das Land so schnell wie möglich von der Herrschaft der gegenwärtigen Koalition zu befreien“ („Tagesspiegel“, 25.3.77).

Ein Zünglein an der Waage spielt die islamische Heilspartei (MSP) des Vorsitzenden Erbakan. Sie hat beschlossen, daß sie alles tun wird, um vorzeitige Wahlen zu verhindern („Cumhuriyet“ vom 24.3.77). Obwohl die MSP nur 10% der Sitze im Parlament innehat, ist sie aufgrund parlamentarischer Spielregeln in der Lage, durch Boykott der Beratungskommission das Einbringen der Gesetzesvorlage im Parlament zu verhindern.

Die Gesetzesvorlage muß zuerst eine Beratungskommission passieren, an der jeweils ein Vertreter aller im Parlament vertretenen Fraktionen teilnehmen muß. Sollte die MSP weiter versuchen, vorzeitige Wahlen zu verhindern, hat die AP angekündigt, im Parlament die Geschäftsordnung zu ändern. Der Stimmen der CHP kann sie sich dabei sicher sein.

wollen, sich der Unterstützung größerer Teile der Arbeiterklasse sicher sein kann.

Terror der „Grauen Wölfe“

Allein in den ersten Märzwochen haben die Faschisten 9 Menschen ermordet und 140 verletzt. Insgesamt sind seit Januar über 40 Menschen dem Terror zum Opfer gefallen („Mill.“ vom 8.3.77).

Der Terror ist schon lange nicht mehr auf Mitglieder revolutionärer Organisationen begrenzt. So wurde in der letzten Zeit auf einen Ortsvorstand der Gewerkschaft der technischen Angestellten ein Bombenan-5.3.77)

In Hopa wurde ein Mitglied des Lehrerverbandes TÖB-DER auf offener Straße erschossen („Mill.“ vom 8.3.77). Aber die Faschisten gehen auch immer mehr zu anderen Arten der Einschüchterung über. So haben die Faschisten eine Offensive gegen die fortschrittlichen Zeitungen Vatan, Cumhuriyet und Politika begonnen. Die Händler werden überfallen, die Auslieferungen verhindert und Leser, die eine der Zeitungen offen bei sich tragen, werden überfallen und verprügelt. In einigen Städten ist es inzwischen geradezu unmöglich, andere als faschistische Zeitungen zu bekommen, da die Zeitungsverkäufer aus Angst vor Attentaten andere Zeitungen nicht mehr verkaufen.

Am Samstag, dem 19. März, versammelte sich ein Haufen Faschisten, darunter auch Mitglieder der Gerechtigkeitspartei, vor den Gebäuden der Zeitung Cumhuriyet und verbrannten Zeitungen. Auch vor den öffentlich aushängenden Wahllisten sich die Gegner der nationalistischen Front-Regierung bedroht. So wurden Hasan Parlak und Ali Alakus vor den Wahllisten von Faschisten erschossen.

net werden, in deren Folge 90 Menschen verhaftet wurden.

Der Polizeiapparat wird weiter ausgebaut. So will das Innenministerium 5000 neue Polizisten ausbilden lassen. Zu diesem Zweck soll die Ausbildungszeit auf 2 Monate gekürzt werden, nachdem im letzten Jahr die Ausbildungszeit schon von ehemals 9 Monate auf 6 Monate heruntersetzt worden ist („Mill.“, 14.3.). In zwei Monaten werden die neuen Polizisten kaum im Fach „Gesetzeslehre“ die Schulbank drücken, sondern so schnell wie möglich im Umgang mit Schußwaffen ausgebildet. In der Türkei ist es ein offenes Geheimnis, daß die Polizei sich mehr und mehr aus Angehörigen der „Grauen Wölfe“ rekrutiert, die ihre eigenen paramilitärischen Ausbildungslager haben.

Außer auf die Lehrinrichtungen konzentriert sich die Repression gegen die antifaschistischen Studenten, vor allem auf die Studentenwohnheime, in denen fast alle Studenten wohnen. So wurden die Studentenwohnheime „Site“ und „Atatürk“ in Istanbul von der Polizei unter dem Vorwand geräumt; daß Mädchenwohnheime daraus gemacht werden sollen. Seit Monaten stehen die Wohnheime jetzt leer. Die Studenten, die dort vorher gewohnt hatten, sind in den Hungerstreik getreten. Außerdem wurde eine Demonstration durchgeführt, die vom Hochschulverein Istanbul, Devgen, TÖB-DER, TUM-DER organisiert wurde („Mill.“, 12.3.).

Weil die Demirel-Regierung sich weigert, VerwaltungsgerichtsUrteile anzuerkennen, die sie verpflichtet, verhafteten Antifaschisten Wiedergutmachung zu zahlen, wenn sie über die gesetzliche 24-Stundengrenze hinaus festgehalten worden sind, oder z.B. die VerwaltungsgerichtsUrteile, die von den aus politischen Gründen disziplinierten Staatsangestellten gegen die Regierung erlassen wurden, die von den aus politischen Gründen disziplinierten Staatsangestellten gegen die Regierung erlassen wurden, haben die Rechtsanwalts-Kammern alle Rechtsanwälte in der Türkei aufgerufen, am 4.3. einen Tag lang zu streiken („Mill.“, 5.3.). 300 Angestellte der Rundfunk- und Fernsehanstalten haben nach der Entlassung von 50 Angestellten gegen den Direktor geklagt. Der Direktor ist von der MC-Regierung bei ihrem Regierungsantritt eingesetzt worden entgegen den Gerichtsurteilen, die der abgesetzte CHP-nahe Vorgänger erwirkelt hatte. Die Radio- und Fernseh-Angestellten führten eine Unterschriftensammlung durch, bei der 661 Unterschriften zusammenkamen. Die Unterschriftensammlung ist dem Staatspräsident übergeben, um ihre Forderung nach Wiederaufnahme des Amtesenthebungsverfahrens gegen den faschistischen Direktor zu bekräftigen („Mill.“, 20.2.). Die Angestellten der Studentenwohnheime streiken in 7 Provinzen in 28 Heimen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung durch das Erziehungsministerium. Sie werden dabei von den Studenten unterstützt („Mill.“, 5.3.). An den Unis und Lehrerschulen, wo sich der antifaschistische Widerstand schon am stärksten organisiert hat, wird von Seiten des Staates vor allem mit dem Mittel der Schließung und der Besetzung durch Polizei-Einheiten vorgegangen. So wurden die Ing.-Akademie und die angeschlossene Hochschule in Istanbul von der Polizei geräumt und vom Rektor für einen Tag geschlossen, weil es nach einem Angriff von Faschisten auf fortschrittliche Studenten zu größeren Auseinandersetzungen gekommen war.

Polizeiterrror und Gegenwehr

Polizeiterrror und Gegenwehr

In der kurdischen Stadt Siirt wurden die Dorfbewohner von einem 32-köpfigen Einsatzkommando der Gendarmerie unter dem Vorwand der Fahndung nach einem Mörder überfallen. Eine Frau wurde ermordet und drei Bauern verletzt. Da die Dorfbewohner sich nicht wehrlos abknallen lassen wollten, hatte auch die Polizei drei Verletzte zu beklagen. Um sich dem weiteren Terror zu entziehen, flüchteten alle Dorfbewohner in die Berge („Mill.“, 9.3.).

Die Polizei geht verstärkt dazu über, Antifaschisten wahllos unter dem Vorwand der Guerilla-Verfolgung zu verhaften und zu foltern. So wurden alle Mitglieder des TÖB-DER von Malatiya Anfang März verhaftet und gefoltert. 7 Lehrer mußten wegen ihrer schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Den Lehrern wird vorgeworfen, einer „Volksbefreiungsbewegung/Armee/Front“ anzugehören, die es nicht gibt. Sie sollen ein Mitglied der politischen Polizei eingeschlossen haben.

Der TÖB-DER-Vorstand von Malatiya hat in einer öffentlichen Erklärung dagegen protestiert, daß „obwohl die Polizei weiß, wer den Polizisten angeschossen hat, dieser nicht festgenommen worden ist. Unsere Mitglieder und die anderen Verhafteten, die damit nichts zu tun haben, wurden aus ihren Wohnungen geholt und zur Polizei geschleppt. Nach vier Tagen wurden sie erst dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Nachdem die Folterungen von ihren Rechtsanwälten bekannt gemacht wurden, erlaubte der Staatsanwalt eine ärztliche Untersuchung. Diese ergab, daß die Verhafteten gestolpert wurden“ („Mill.“, 14.3.77). Wie die Polizei sich ihre Verhaftungsvorwände beschafft, zeigt die Aussage des Nachtwächters vom Lehrerseminar in Urfa vor dem Ermittlungsrichter: „Der Nachtwächter hatte die türkische Flagge vor dem Internat heruntergeholt, zerrissen und angesteckt. Er gab zu, daß er damit den Verdacht auf linke Lehrer im Internat lenken wollte!“ („Mill.“, 5.3.).

Durch die Enthüllungen in der liberalen Presse sah sich nun auch das Innenministerium verpflichtet, Stellung zu nehmen, jedoch um den faschistischen Terror runterzuspielen und als Gewalt von „linken und rechts“ hinzustellen. So wurde eine Aufstellung von „Ereignissen“ bei Kundgebungen der bürgerlichen Parteien seit Regierungsantritt von Demirel veröffentlicht, wonach bei Veranstaltungen der AP 6 „Ereignisse“ verzeich-

CHP wortradikal im Wahlkampf

Türkei. Auf einer Wahlkundgebung der Republikanischen Volkspartei (CHP) mit dem Vorsitzenden Ecevit am 27.3.77 in Gaziantep (Südost Anatolien) nahmen 250 000 Menschen Teil. Damit hat die CHP den Wahlkampf eröffnet. ML'er und Anhänger der THKP/C versuchten dabei auch ihre Parolen zu rufen, wobei sie von CHP-Anhängern angegriffen wurden. Daraufhin schossen sie in die Luft.

In seiner Rede sagte der Parteivorsitzende Ecevit:

„Wenn auch Kugeln uns treffen sollen, werden wir nicht zurückweichen. Wir werden die, die uns angreifen, aus ihrem Dunkel mit unserem Licht befreien. Unsere Versammlungen können die Faschisten nicht mehr angreifen. Jetzt greifen sie in der Tracht verkleideter Linker an. Ich vermute, daß einige von ihnen nicht böswillig sind. Diejenigen, die im Sumpf schwimmen, werden wir befreien und ihre Opfer in der linken oder rechten Tracht ebenfalls. Bis zum Wahltag werden wir nicht zurückweichen, wenn sie uns auch angreifen, egal in welcher Tracht. Hierfür haben wir eben ein Beispiel geliefert. Als wir die Schüsse gehört haben, sind wir, und ich bin einer von uns, standhaft geblieben. So werde ich die Wahlurnen auch verteidigen.“

Sehr links gibt es sich, daß man annehmen könnte, daß die Türkei mit der CHP jetzt den Sozialismus ansteuert: „Dieses Jahr wird in der Türkei das Siegesjahr der Demokratie sein. Die Brutalität wird in diesem Jahr dem Volk unterliegen. In diesem

Jahr werden die Wahlstimmen die Waffen zum Schweigen bringen, in diesem Jahr wird das Volk seine Macht aufbauen“... „Wir werden die Regierung nicht als Partei, sondern als Volk übernehmen. Dann werden wir dafür sorgen, daß die Beamten und Lehrer ihr Recht, Gewerkschaften aufzubauen und Tarifverhandlungen zu führen, erhalten werden.“

Aber 500 links meint er es dann auch wieder nicht:

„Wir werden die Unternehmer, die ausbeuten, nicht in Ruhe lassen; dagegen werden aber solche Unternehmer, die sich am Fünfjahresplan orientieren, immer die Unterstützung des Staates finden.“ Radikal gibt sich Ecevit gegenüber Demirel:

„Entweder versteht Demirel meine Worte nicht, oder er lügt. Dieser Mann, dieser Lügner wird im Fernsehen während der ganzen Wahlkampagne lügen, indem er direkt in eure Augen sieht. Wir werden die Brutalität mit unseren Stimmen, die Lüge mit unserer Ehrlichkeit besiegen.“

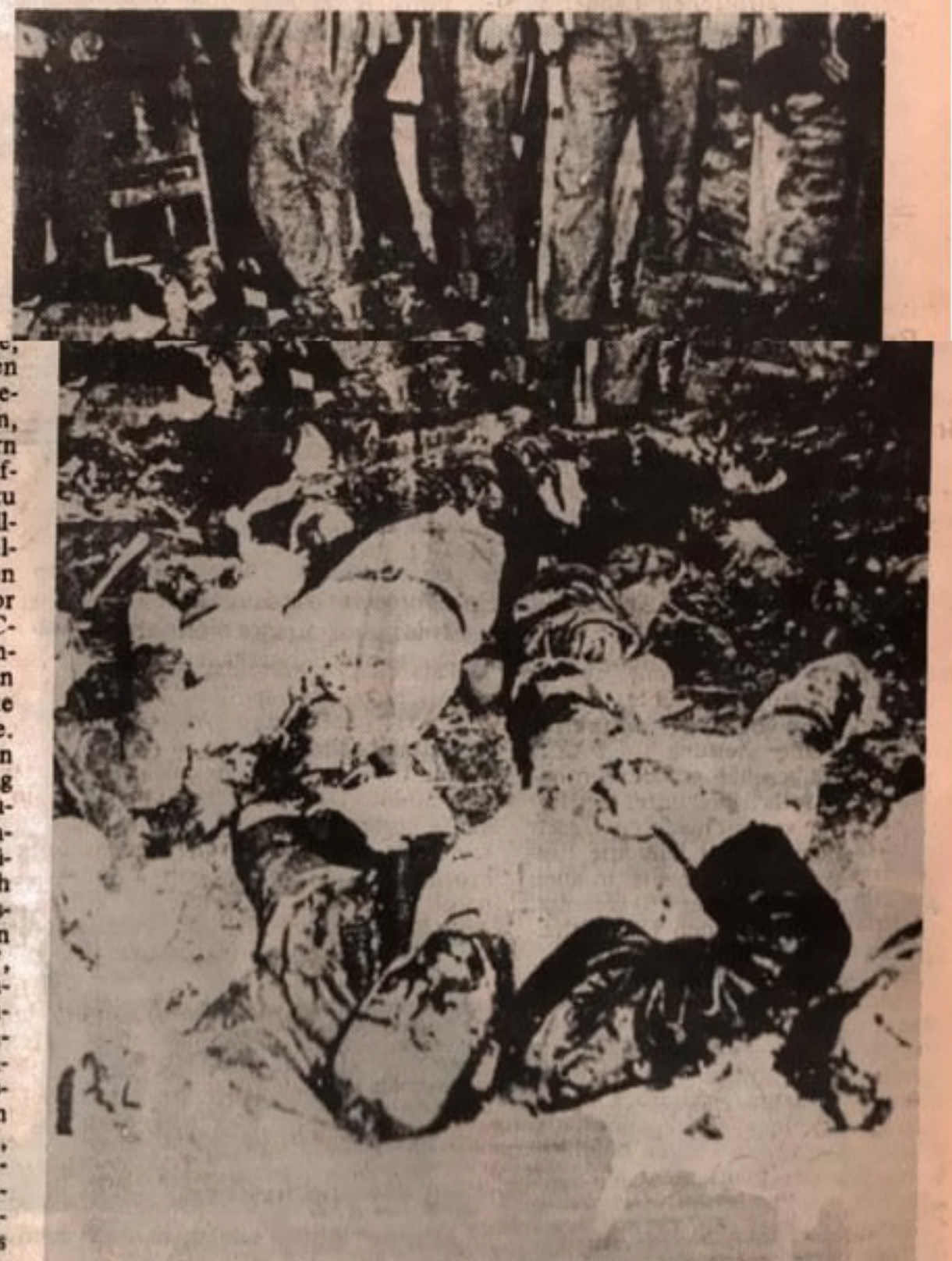
Unterbrochen wurde dieser Redeabschnitt durch Parolen der Zuhörer wie: „Ministerpräsident, der Lügner!“ „Süleyman, der Lügner!“ („Cumhuriyet“, 28.3.77).

Es wird eine wichtige Aufgabe der revolutionären Linken sein, diese Schwindler und Agenturen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse zu entlarven.

Die Befreiung der Völker der Türkei liegt nicht im Glauben sondern im Sozialismus!

Griechenland/Türkei-Kommission

Die Ermordung der Revolutionäre werden wir nie vergessen!



Türkei. Am 30.3.1972 waren 10 Revolutionäre, Mitglieder der THKP, von der faschistischen Militärdiktatur in Kizildere ermordet worden (s. Foto). In Gedanken an diese Terroraktion wurden am 30.3.77 in mehreren Städten der Türkei Bombenanschläge gegen amerikanische und türkische Einrichtungen verübt.

Erfolgreicher Kampf gegen faschistischen Rektor

Türkei. An der M-O-Uni in Ankara, der größten der Türkei, ist dem gemeinsamen Vorgehen der Hochschul-lehrer, Studenten und Eltern ein beachtlicher Erfolg gelungen.

Mitte Februar wurde vom Verwaltungsgremium, das nach amerikanischem Vorbild aus den Mäzenaten besteht, der liberale Rektor abgesetzt und der Vorwand, er könne die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes nicht garantieren. An seiner Stelle wurde ein Rektor eingesetzt, der Mitglied des faschistischen „Idealvereins“ in Ankara ist. Die Studenten haben daraufhin den unbefristeten Streik ausgerufen und wurden von ihren Eltern und den Hochschullehrern unterstützt. Der Rektor verfügte als Antwort die 15-tägige Schließung der Uni und schlug dem Verwaltungsgremium eine Änderung der Aufnahmebedingungen dahinge-

hend vor, daß faschistische Studienbewerber aufgenommen werden können, ohne eine Aufnahmeprüfung bestehen zu müssen.

Lehrkörper, Studenten und Eltern klagten beim Verwaltungsgericht auf sofortige Wiedereröffnung der Uni: Mit Erfolg! Auch den Einspruch, der vom Rektor eingelegt wurde, wies das Gericht ab.

Um ihren Erfolg zu bekräftigen, führten die Lehrer, Studenten und Eltern eine Demonstration zur Uni durch und machten eine Veranstaltung in den wiedereröffneten Räumen, die mit den Forderungen übereinstimmte: Schluß mit der faschistischen Zusammenarbeit der Uni-Verwaltung mit Gendarmerie! Faschisten raus aus der Uni! Fortsetzung des Kampfes bis zur Ablösung des Rektors!

Griechenland/Türkei-Kommission



lateinamerika aktuell

Brasilien lehnt US-Militärhilfe ab

„Diplomatische Bombe“ aus Brasilia oder gezieltes Manöver der USA?

Die brasilianische Regierung hat den seit 25 Jahren bestehenden Militärhilfsvertrag mit den USA gekündigt, nachdem die Carter-Regierung ihre Militärhilfe von der Einhaltung der Menschenrechte in den Empfängerländern abhängig gemacht und eine Kürzung der Hilfe angekündigt hatte. Ebenso haben Argentinien, Uruguay, El Salvador und Guatemala auf weitere Militärhilfe der USA verzichtet. Diese Maßnahme wurde von allen fünf Regierungen als „energischer Protest“ gegen die „unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten“ dargestellt („Monitor-Dienst“, „MD“, 4.3.77). Die USA hätten nicht das Recht, sich als „internationale Rechtsprecher“ aufzuspielen („Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, 2.3.77). Was hier auf den ersten Blick wie ein gemeinsamer Schritt lateinamerikanischer Länder für mehr Unabhängigkeit von den USA aussieht, erweist sich als viel Lärm um wenig Inhalt: Die umstrittene Militärhilfe macht – zumindest für Brasilien und Argentinien – nur einen verschwindend geringen Anteil ihrer Militärausgaben aus. Alle betroffenen Länder versichern, daß ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den USA weiterhin ausgezeichnet sind. Schon im Oktober 1976 hatte die US-Regierung die Militärhilfe für Chile gesenkt, daraufhin hatte bereits die chilenische Junta ganz auf die Hilfe verzichtet – der Einfluß der USA und die Repression gegen das chilenische Volk sind trotzdem ungebrochen.

Besonders „antiimperialistisch“: Brasilien

Die Carter-Regierung hatte im Februar im Rahmen ihrer zynischen Abrüstungs- und Menschenrechtskampagne die Kürzung der Militärhilfe für Argentinien, Uruguay und Brasilien angekündigt. Dem Kongreß wurde eine Untersuchung über Menschenrechtsverletzungen in den betreffenden Ländern mit relativ detaillierten Angaben über Folter und Repression vorgelegt („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „FAZ“, 9.3.77). Dies geschah auf der Grundlage eines bereits 1976 unter der Regierung Ford verabschiedeten Gesetzes, das einen Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte in allen Ländern (insgesamt über 80) verlangt, und einen Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte in allen Ländern (insgesamt über 80) verlangt, die Militärhilfe von den USA erhalten („SZ“, 10.3.77).

Groß ausgeschlachtet wurde diese

US-Initiative und vor allem die brasilianischen Proteste dagegen in der gesamten Presse: „Diplomatische Bombe aus Brasilien“ („SZ“, 14.3.), „Brasilien: Militär gegen US-Vormundschaft“ („SZ“, 15.3.) und vor allem von der brasilianischen Junta selbst. Die „nationale Würde“ wurde mit antiimperialistisch aufgemachten Protesten verteidigt:

– Die USA wurden jetzt – nach 25 Jahren – wegen der „kolonialistischen Züge“ des Militärabkommens angegriffen. (Das Abkommen sah neben dem Recht der US-Offiziere, jederzeit brasilianische Einheiten und den Gebrauch der Waffen zu kontrollieren auch ausdrücklich die Sicherung der Rohstoffversorgung der USA vor) („FAZ“, 9.3. und „SZ“, 15.3.)

– Die brasilianische Junta kündigte an, ihre Streitkräfte künftig mit Waffen aus eigener Produktion auszurüsten und verstärkt in Europa einzukaufen („SZ“, 14.3.).

– Der Druck von US-Seite gegen den Atomvertrag mit der BRD wurde mit entschieden Worten kritisiert, er habe zum Verzicht auf die Militärhilfe beigetragen („FAZ“, 5.3.).

– In verschiedenen Kommuniqués und Kommentaren wurde Carter vorgeworfen, er wolle unter dem „Deckmantel des Idealismus in allgemeinen Zügen eine Politik des wirtschaftlichen Drucks zur Erlangung von Zielen wiederholen“ („Monitor-Dienst“, „MD“, 2.2.77). Und ausgerechnet die brasilianischen Faschisten – von den US-Imperialisten selber eingesetzt – halten es für nötig, der Menschenrechtskampagne der USA die zahlreichen „schmutzigen Manöver der CIA, die verbrannten Napalmopfer in Vietnam“ usw. entgegenzuhalten („FAZ“, 9.3.).

Beziehungen zu den USA nach wie vor ausgezeichnet

Tatsächlich verteidigt die brasilianische Junta hier ihre „nationale Würde“ gegen einen „Angriff“, der im Grunde bedeutungslos ist.

Die US-Militärhilfe bestand aus einem 50-Mio-Dollar-Kredit für Waffenkäufe in den USA, dabei machen diese 50 Mio. Dollar nur etwas über zwei Prozent des brasilianischen Militäraushaltes aus („Welt“, 12.3.). Käufe in den USA, dabei machen diese 50 Mio. Dollar nur etwas über zwei Prozent des brasilianischen Militäraushaltes aus („Welt“, 12.3.). Außerdem bezieht sich der Verzicht auf die Militärhilfe zunächst nur auf das Jahr 1978.

3.200 brasilianische Offiziere sind und bleiben zur Ausbildung in den USA und den nordamerikanischen Folterzentren in der Panama-Kanalzone, während gleichzeitig zahlreiche US-Soldaten im brasilianischen Dschungel die Antiguerilla-Kriegsführung lernen.

Alle betroffenen Länder haben dann auch inzwischen ausdrücklich betont, daß durch den Verzicht auf die Militärhilfe die Beziehungen zu den USA insgesamt nicht angetastet werden. „Die Beziehungen zwischen Uruguay und den USA haben sich nicht verschlechtert“ („MD“, 4.3.). „Die Kürzung der Militärhilfe ist für viele nur eine Farce ... die Wirtschaftsbeziehungen, bei denen viele hundert Millionen Dollar auf dem Spiele stehen, werden weiter intensiv gepflegt“ („FAZ“, 9.3.). „Die wichtigsten amerikanischen Großbanken haben bereits versichert, daß sie Brasilien weiterhin als einen bevorzugten Geschäftspartner betrachten“ („SZ“, 15.3.).

Warum also die aufgeblasene Kampagne und die „scharfen Attacken“ gegen die USA, wenn sich tatsächlich im Verhältnis der betroffenen lateinamerikanischen Länder



Opfer der Todesschwadron in Brasilien

zu den USA keine Änderung ergibt und die umstrittene US-Hilfe sowieso nur einen Bruchteil des Militäraufkommens ausmacht?

Nationale Einheit – Mittel zum Kampf nach innen und außen

Zum einen haben die lateinamerikanischen Regierungen, insbesondere Argentinien und Brasilien den Anlaß genutzt, um eine Kampagne der „nationalen Einheit“ gegen die „Angriffe von außen“ einzuleiten.

In Brasilien wurde Präsident Geisels „mannhafte Haltung“ gefeiert. „In diesem historischen Augenblick (!) spreche Geisel für die ganze Nation“, „denn bei der Verteidigung der brasilianischen Interessen gebe es keine Parteigrenzen“ („FAZ“, 9.3.).

Eine solche Notstandspolitik der nationalen Einheit ist für Faschisten vom Schlage der brasilianischen oder argentinischen Junta immer ein geeignetes Mittel, um innere Unruhen ideologisch zu bekämpfen und die innere Stabilität zu stärken. Das Zusammenschweißen der Nation gegen äußere Feinde war aber oft genug auch das Mittel zur Vorbereitung kriegerischer Auseinandersetzungen.

Tatsache ist, daß Brasilien sich seit Jahren für seine Rolle als Ordnungshüter in Lateinamerika und zur Absicherung der eigenen imperialistischen Aktivitäten rüstet. (Wie z.B. die technische und finanzielle Unterstützung für den Putsch in Chile, Androhung eines militärischen Überfalls auf Uruguay für den Fall eines Sieges der Linksfront 1973, gezielte und militärisch abgesicherte Siedlungspolitik vor allem an den Grenzen Boliviens und auf bolivianischem Gebiet („Chile-Nachrichten“, 20.5.76).)

Unbestritten ist außerdem, daß die Spannungen und das Wettrüsten in Lateinamerika zunehmen, daß der Konflikt um die Panama-Kanalzone noch nicht ausgetragen ist, daß Spannungen existieren zwischen Kolumbien, Ecuador, Venezuela wegen ungeklärter Gebietsansprüche, daß nach wie vor zwischen Chile, Peru und Bolivien um Boliviens Zugang zum Meer

und den Anspruch auf die Hafenstadt Arica gerungen und immer lauter mit dem Säbel gerasselt wird und daß schließlich im karibischen Raum die sozialen Spannungen und die Massenkämpfe zunehmen (El Salvador, Trinidad-Tobago, Jamaica u.a.) („MD“, 25.2. und 16.3., „Spiegel“, 24.3., „SZ“, 23.3.).

Wenn ausgerechnet in dieser Situation mit relativ großem propagandistischen Aufwand Widersprüche über die Militärhilfe zwischen den USA einerseits, Brasilien, Argentinien usw. andererseits verbreitet werden, so liegt der Gedanke an eine gezielte Kampagne nahe, deren Ziel es ist, den USA für mögliche militärische Konflikte in Lateinamerika eine scheinbar weiße Weste zu verschaffen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß die US-Imperialisten unter dem Deckmantel der „Friedens-“ und „Reform“politik ihr bewaffnetes Eingreifen in Lateinamerika vorzubereiten und zu verschleiern versuchen. Im Rahmen von Kennedys berühmter „Allianz für den Fortschritt“ (Agrarreformprogramm u.ä. für lateinamerikanische Länder) wurde die Invasion in der kubanischen Schweinebucht, die Intervention in der dominikanischen Republik 1965, der faschistische Putsch in Brasilien 1964 durchgeführt.

Ganz offensichtlich ist die Carter-Regierung sehr bemüht, mit ihrer Menschenrechtskampagne den Eindruck einer neuen, „verständnisvollen“ Lateinamerikapolitik zu erwecken, wobei aber auf die Grenzen der Kampagne gleich hingewiesen wird: „Die amerikanische Regierung will ... jedoch keine falschen Hoffnungen bei den unterdrückten Völkern erwecken, die zu fruchtlosen Erhebungen führen und Menschenleben kosten würden“ („SZ“, 9.3.).

Damit ist zumindest ein Ziel der Kampagne recht deutlich benannt: Erhebungen der Völker müssen verhindert werden, ohne daß die führende Rolle der USA dabei allzu offensichtlich wird.

Lateinamerikakommission

Unterstützt den Kampf der Bergarbeiterfrauen in

Unterstützt den Kampf der Bergarbeiterfrauen in Bolivien!

In den letzten Wochen versuchten die Bergarbeiterfrauen in Bolivien durch verschiedene Aktionen, die Weltöffentlichkeit auf ihre schwierige Situation aufmerksam zu machen. Die bolivianische Tageszeitung „Presencia“ berichtete in verschiedenen Ausgaben im Monat Dezember über Hungerstreiks, Pressekonferenzen und andere Aktionen, die die faschistische Regierung nicht mehr verschweigen konnte: „Mütter, Frauen und Kinder von den gefangenen und verbannten Bergarbeitern erklärten den Hungerstreik aufgrund des mangelnden Ernests vom Innenministerium, ihre Forderungen zu erfüllen“ („Presencia“, 29.12.76).

Diese Forderungen sind:

- Einstellung aller gekündigten Bergarbeiter
- Freiheit für alle gefangenen Bergarbeiter
- Rücknahme der Ausweisungen
- Abzug des Militärs aus den Bergarbeiterstädten.

Die Frauen sind in einer Situation, in der ihnen nichts anderes bleibt, als den Hungerstreik durchzuführen. Sie bekommen keinerlei Unterstützung zum Lebensunterhalt, ihre Männer sind verhaftet oder schon außer Landes gebracht. Da sie in betriebseigenen, d.h., zu den Bergwerken gehörenden, Hütten gelebt haben, wird ihnen mit der Entlassung ihrer Männer das Wohnrecht gekündigt und sie sind damit obdachlos.

„Die Kinder sind z.T. sehr jung, auch sie befinden sich mit den Müttern im Streik“ („Presencia“, 29.12.76). „Die Frauen sind in La Paz ... in der Hoffnung auf eine Lösung. Unter ihnen gibt es viele Schwangere ... Seit drei Monaten haben sie keine Nachrichten von den Verbannten,

noch dürfen sie die Verhafteten in den Gefängnissen sehen“ („Presencia“, 30.12.76).

Das politische Bewußtsein drückt sich nicht nur im Streik aus, sondern ist vor dem Hintergrund einer militanten Frauenbewegung in Bolivien zu sehen, die weit in die Geschichte bis zum Beginn der spanischen Kolonisation zurückreicht. Seit dieser Zeit haben Frauen vielfach den Kampf gegen die spanischen Besatzer und die Imperialisten angeführt. 1942 wurde der Marsch der Bergarbeiter auf La Paz von einer Frau namens Barzola geleitet, die jedoch in dem blutigen Massaker, mit dem die Regierung den Marsch empfind, fiel. Die revolutionären Frauenmilizen, die sich einige Jahre danach gründeten, gaben sich in Erinnerung an die Führerin des Protestmarsches den Namen „Barzola“, der von der Bourgeoisie in Verachtung der kämpfenden Frauen für Prostituierte benutzt wird. Diese Frauenmilizen wirkten entscheidend mit bei der späteren Agrarreform, bei der Verstaatlichung der Bergwerke, dem allgemeinen Wahlrecht und der Erziehungsreform nach dem Aufstand vom April 1952, bei dem die Armee besiegt wurde.

Aus dieser Tradition des Widerstandes ist die heutige Rolle der Frauen zu begreifen. Als im Juni 1976 die Militärs die Bergwerkszentren und die Siedlungen der Bergarbeiter kriegsmäßig besetzten, um den Streik der Bergarbeiter zu unterbinden, war der Kampf der Bergarbeiterfrauen und ihrer Kinder gegen diese Repression Voraussetzung dafür, daß der Streik fortgesetzt wurde. Als die Regierung durch die Unterbrechung der Zufuhr von Trink-

wasser, elektrischem Strom, Nahrungsmitteln und Medikamenten zu den Arbeitersiedlungen den Streik zerschlagen wollte, leiteten die in Frauenkomitees organisierten Frauen eine Rationierung der Lebensmittel ein („Frankfurter Rundschau“, 12.6.76) und stärkten den Widerstand durch ständige Aufrufe. Ihre Kinder durchbrachen sogar den Militärstreik, mit dem die Arbeitersiedlungen abgeriegelt waren und versuchten, von außen Hilfe zu holen.

In einem Aufruf der Frauenkomitees von Siglo XX und Catavi vom 12.6.76 heißt es: „Es ist Zeit, unsere revolutionäre Gesinnung zu bezeugen, und es ist Zeit, konsequent dem Klassenkampf treu zu sein. ... Wir, das Frauenkomitee von Siglo XX und Catavi, drücken unsere unerschütterliche, kämpferische und militante Solidarität mit den Genossen Bergarbeitern aus. ... Wir Frauen von Siglo XX und Catavi haben uns organisiert, um den kriminellen Mitteln dieser antigewerkschaftlichen, antinationalen und dem Imperialismus verkaufte Regierung entgegenzutreten, die die Lebensmittelläden geschlossen hat und tausende von Haushalten ohne Versorgung ließ“.

Die bolivianischen Frauen rufen ihre Kampfgenossinnen in der ganzen Welt auf, sich mit ihrem Kampf für die Befreiung ihres Volkes zu solidarisieren. Wir möchten die Frauengruppen in der BRD dazu aufrufen, innerhalb ihrer Veranstaltungen durch Informationen die Solidarität mit den bolivianischen Frauenkomitees zu verbreiten!

Bolivien AG
KB/Gruppe Göttingen



afrika

Aufstand in Zaire

Gegen das bankrotte und reaktionäre Mobutu-Regime in Zaire hat im Süd-Osten des Landes der bewaffnete Widerstand ein unbekanntes Ausmaß erreicht. Uns lagen bei Redaktionsschluss Berichte vor, nach denen die Kämpfer der FLNC mehrere Städte und insgesamt mehr als ein Drittel der kuperreichen Südprowinz Shaba (früher Katanga) erobert haben. Sie stehen nunmehr nur noch wenige Kilometer vor der Kupermetropole Kolwezi, dem wirtschaftlichen Zentrum Zaires (nach „International Herald Tribune“, 31.3.77).

Man kann davon ausgehen, daß der Aufstand in Süd-Zaire Parallelen in anderen Landesteilen hat. Seit dem Militärputsch der CIA von 1965, der Mobutu die Alleinherrschaft sicherte, ist es dem neokolonialen Regime nicht gelungen, die Revolutionäre im ehemaligen Kongo zu liquidieren. Besonders die Ostprovinz, die damalige Hochburg des fortschrittlichen ersten Ministerpräsidenten Lumumba, wurde zum „Sorgenkind“ des Regimes, das dort große Teile der Armee stationiert hat, um die „innere Sicherheit“ zu garantieren.

Konfrontiert mit dem wachsenden Widerstand im eigenen Land, hat Mobutu durch die Aggression gegen die VR Angola 1975/76 versucht, den Befreiungskampf in der benachbarten ehemaligen portugiesischen Kolonie gemeinsam mit der faschistischen RSA und weißen Söldnern im Blut zu erstickern. Als Komprador von USA's Gnaden wollte er damit sein Überleben sichern. Seine Rechnung ist nicht aufgegangen und aktuell sieht es so aus, daß das mosambische Regime schon in Kürze zusammenbrechen könnte, wenn es nicht vom US-Imperialismus und verschiedenen europäischen imperialistischen Ländern (Belgien, Frankreich, BRD) massiv gestützt wird.

Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß der Volksaufstand in der Provinz Shaba von den Imperialisten und der zairischen Regierung als „angolanische Aggression“ diffamiert wird, um das politische Klima für ein erneutes militärisches Vorgehen gegen die junge Volksrepublik zu schaffen.

Mobutu hatte sich gerade mit seinem Gesinnungskumpen Strauß im zu schaffen.

Mobutu hatte sich gerade mit seinem Gesinnungskumpen Strauß im Landesinneren zu Gesprächen getroffen, als er vom Ausbrechen der bewaffneten Kämpfe in der Südprowinz unterrichtet wurde. Die zairische Regierung machte augenblicklich die VR Angola, die Sowjetunion und die in Afrika legendären „Kubaner“ für den Widerstand gegen das eigene repressive Regime verantwortlich, eine „von Angola bezahlte Söldnerarmee“ habe eine „brutale und finstere Aggression“ gegen Zaire verübt („Süddeutsche Zeitung“ – „SZ“, 12.3.77). Und: „Die Aggression, der Zaire seit einige Tagen unterworfen ist, ist das Werk von Söldnern aus der VR Angola, die von anderen Söldnern von der anderen Seite des Atlantik angeführt werden“ (Radio Kinshasa nach „Monitor“ – „MD“, 16.3.77). US-Außenminister Vance schloß sich ebenfalls – wenn auch zurückhaltender – auf die VR Angola ein, als er erklärte, es sei „eine berechtigte Annahme, daß die Invasionstruppen logistische Unterstützung aus Angola bekämen“ („New York Times“ – „NYT“, 19.3.77).

Das Propagandafieber gegen die „Söldner“ aus der VR Angola war die politische Legitimation, um seitens der Imperialisten dem Mobutu-Regime mit massiven Waffenlieferungen unter die Arme zu greifen, die gegen das zairische Volk eingesetzt werden. Belgien versprach in Absprache mit USA und Frankreich 30 (!) Flugzeugladungen mit Waffen, einige trafen bereits ein und die USA schickten eilends militärische Ausrüstungsgegenstände im Wert von drei Millionen DM und kündigten an, rasch die vorgesehene Waffenhilfe im Wert von knapp 200 Mill. DM an Zaire zu liefern: Panzer, Lastwagen, Jeeps und Artillerie („Le Monde“ vom 17.3. und „Guardian“ vom 18.3.). Der größte Kuper- und Kobaltproduzent der Welt soll mit allen Mitteln unter imperialistischer Kontrolle bleiben!

Obwohl eine Unterstützung der

Aufständischen in Zaire durch die VR Angola von den Antimperialisten in der Welt als internationalistische Hilfeleistung angesehen würde, sieht es in diesem konkreten Fall so aus, daß die Brandstifter in Kinshasa, Washington etc. ihre eigenen Lügenmärchen nicht einer genaueren Prüfung unterzogen wissen wollen.

Zaire unterrichtete die von dem „Überfall“, verzichtete jedoch darauf, eine Sitzung des Sicherheitsrats zu verlangen und eine „Verurteilung“ Angolas anzustreben, hierzu bedarf es schließlich Beweise. Ein offenes Eingeständnis der Haltlosigkeit der zairischen Anschuldigungen gab Radio Kinshasa in folgender Äußerung: „Zaire hat sich nicht über Angola beschwert. ... Jeder weiß, daß Angola ein Land der Guerillas ist und daß es von einem Guerillaführer geleitet wird. Zaire ist ein Staat und steht unter Leitung eines Staatsoberhauptes. Infolgedessen wird sich Zaire nicht auf den Austausch von Polemiken mit Angola einlassen. ... Jeder hat jetzt die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, ob die Wahrheit aus Luanda oder aus Kinshasa zu hören ist“ („MD“, 14.3.77). Eben!

Die MPLA-Regierung in Luanda charakterisierte den Volksaufstand treffend als „innere Rebellion“ gegen eine „katastrophale ökonomische Situation, herbeigeführt durch die Verwaltung Mobutus“ („Guardian“, 18.3.). Das Verteidigungsministerium der VR Angola erklärte, Angola lehne jegliche Verantwortung für die Ereignisse in Zaire („Lohnempfänger des internationalen Imperialismus“) ab und hoffe, daß sich die Situation dort „in Übereinstimmung mit den gerechten Zielen der Arbeiter rasch normalisieren“ würde („MD“, 14.3.).

Auch Fidel Castro dementierte eine Beteiligung von Kubanern: „Wir haben nichts damit zu tun und haben die Kräfte, die die herrschende Clique in Zaire bekämpfen, weder ausgerüstet noch trainiert.“ Mobutu würde seine Behauptung aufstellen, „um mehr militärische Hilfe von den Yankee-Imperialisten und den europäischen Neokolonialisten zu bekommen“ („NYT“, 22.3.77).

Jubel für die Befreier

Jubel für die Befreier

Innerhalb Zaires gibt es eine breit gefächerte Opposition gegen Mobutu, wovon die FLNC, eine Vereinigung von drei Gruppierungen, die Verantwortung für die gegenwärtigen Widerstandsaktionen übernehmen hat (vgl. nebenstehenden Artikel). Sie erklärte in einem Kommuniqué: „In Übereinstimmung mit ihren politischen Zielen, die auf die Schaffung eines neuen Gesellschaftstyps hinauslaufen, in dem soziale Gerechtigkeit innerhalb eines demokratischen und wirklich unabhängigen Staates herrscht, will die FLNC den Kongo von einem neokolonialistischen Regime befreien, dessen Hauptkennzeichen gerade die fortwährende und wachsende Abhängigkeit von fremden Ländern ist“ („SZ“, 26.3.77).

Die Kämpfer der FLNC sind von der Bevölkerung in der Provinz Shaba begeistert empfangen worden, wie selbst von der rechten bürgerlichen Presse nicht verschwiegen werden konnte („Welt“, 1.4.77). Sie werden als Befreier empfangen. In der Garnisonsstadt Mutschatscha weigerte sich die Bevölkerung, den zairischen Truppen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, den zairischen Soldaten wurde die Tür gewiesen, sie mußten im Freien essen, innerhalb von Stunden war nach einem Blitzbesuch Mobutus in der Stadt sämtliche Lobesprüche abgerissen. (Nach letzten Meldungen ist diese strategisch wichtige Stadt inzwischen in Händen der FLNC, „FR“, 1.4.77). Die zairischen Truppen bewegen sich in der gesamten Provinz wie in feindlichem Gebiet (vgl. „Guardian“, 25.3.77). Die Provinz ist mit Schulen, Krankenhäusern und Straßen völlig unterversorgt, die Erträge aus dem Kuperexport verschwinden weitgehend in den Taschen der 200 reichsten Familien Zaires.

Die Rebellen haben unmißverständlich erklärt, daß sie nicht daran denken, Zaire durch eine Sezession

Katangas zu teilen, ihr Ziel ist die Befreiung des gesamten Zaire vom Mobutu-Regime („IHT“, 31.3.77). Bereits die Abschlachtung Katangas 1960 durch Tschombe und seine Söldnerhorden geschah gegen den Willen der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung. Bei den manipulierten (!) Wahlen kam die fortschrittliche, Lumumba unterstützende Partei auf 40 % der Stimmen. Wegen der offenkundigen Manipulation nahm sie damals ihre Sitze im Provinz-, parlament nicht ein. Es ist also historisch falsch, wenn ein „traditionelles“ Streben der Katanga-Bevölkerung nach einem eigenen Staat unterstellt wird, wie es reaktionäre Journalisten machen, um die Guerillas mit dem Konterrevolutionär Tschombe auf eine Stufe zu stellen (vgl. „Welt“, 1.4.77).

In den befreiten Gebieten haben die Kämpfer der Befreiungsfront inzwischen eine revolutionäre Verwaltung aufgebaut und mit der Verteilung von Lebensmitteln begonnen. Aus der Kupermetropole Kolwezi, die vermutlich das nächste Ziel der Kämpfer sein wird, sind alle US-Bürger evakuiert worden. Insgesamt ist der Vormarsch der Kämpfer sehr rasch vonstatten gegangen, was ein Schlaglicht auf die Fäulnis des Mobuturégimes wirft, die auch vor der Armee nicht halt zu machen scheint. Der „Spiegel“ zitierte einen Beamten des US-Außenministeriums: „Viele Regierungssoldaten zogen einfach die Uniform aus und liefen davon“ („Spiegel“ 14/77).

Afrikanische Reaktion unterstützt Mobutu

Unterstützung erhielt Mobutu bezeichnenderweise von Regimes wie Mauretanien, das den Völkermord an den Saharais in der Westsahara praktiziert und das selbst Furcht vor einer Rebellion haben muß. Die mauretanische Regierung hat die „Invasion“ verurteilt und Mobutu Unterstützung zugesagt. Hinter Mobutu hat sich gleichfalls Idi Amin aus Uganda gestellt, der bereits eine Flugzeugladung mit Truppenverpflegung nach Zaire geschickt hat. Daß der

„Uganda gesteuert, der bereits eine Flugzeugladung mit Truppenverpflegung nach Zaire geschickt hat. Daß der Aufstand in Zaire auch in der OAU zu einer erneuten Auseinandersetzung wie bereits in der Angola-Frage führen könnte, deutet sich in der Stellungnahme des derzeitigen OAU-Präsidenten an. Der reaktionäre RSA-Freund und Ministerpräsident von Mauritius, Ramgoolam, hat Mobutu die „vollständige Unterstützung“ durch die OAU zugesichert. Die zairische Sprachregelung übernehmend, sprach er von einer „Aggression“ als „unverantwortlichem Akt, der Völkermord, 25.3. und „SZ“ vom 31.3.).

Afrika-Kommission



Zairische Regierungstruppen im Einsatz gegen die Befreiungsfront FLNC. Zwei von ihnen sitzen auf Munitionskisten mit us-amerikanischen Raketen. Sie wurden von Kanada mit US Hercules 130 C Flugzeugen im Kampfgebiet in die Provinz Schaba geschifft. Ausgerüstet sind sie mit us-amerikanischen und belgischen Maschinengewehren, spanischen Bomben und Sprengstoff und us-amerikanischen Raketen. Westlichen Korrespondentenberichten zufolge soll ihre Kampfmoral bereits reichlich angeschlagen sein!...

Widerstand in Zaire — Erster Einblick

Im folgenden wollen wir einen ersten kurzen Einblick in die verschiedenen Kräfte des Widerstands gegen das Mobutu-Regime geben. Die sehr bruchstückhaften Informationen bezeugen die weitgehende internationale Isolierung der zairischen Freiheitskämpfer – besonders seit ihnen Ende der sechziger Jahre die chinesische Unterstützung entzogen wurde – und läßt selbst die sonst bei afrikanischen Fragen ausgezeichnet informierte mosambikanische Zeitschrift „Tempo“ über die kämpfende FLNC feststellen, daß „deren Ideologie und politisches Programm unbekannt“ sei. Die „Tempo“ präsentierte durchgängig positiv von „Guerilleros der FLNC“ (Guerilleros = Freiheitskämpfer) und drückt ihre Hoffnung aus, „daß der Widerstand gegen die Mobutu-Diktatur in eine Phase gekommen ist, wo der bewaffnete Kampf als möglich betrachtet wird“ („Tempo“ Nr. 337, März '77).

Die FLNC — eine Einheitsfront

Wir wissen von der FLNC (Nationale Befreiungsfront des Kongo), daß sie eine Einheitsfront verschiedener Bewegungen ist, die im November '75 in Luanda gegründet worden sein soll (verschiedene Ausgaben des „Info-Zaire“, sowie „Angola-Bulletin“ 2/76, „Zaire-Zaire“ ist das Organ des in Antwerpen seit zwei Jahren arbeitenden Zaire-Komitee; „Angola-Bulletin“ war die Zeitschrift des renommierten holländischen Angola-Komitees, das die MPLA seit 1961 unterstützte). Ihr gehören an:

- Die PRP (Revolutionäre Volkspartei)
- die MNC-L (Nationale Kongolische Bewegung – Lumumba)
- die CONAKO.

In dem Interview uns bislang vorgelegten eines FLNC-Sprechers tritt eine eindeutige Tendenz zum „Afrikanischen Sozialismus“ zutage, wobei er sich ausdrücklich auf Nyerere (Tansania) bezieht: „Ich kann sehr wohl sagen, daß wir ein sozialistisches Programm haben ... Gegenseitige Hilfe, Solidarität und Gleichheit sind typisch afrikanische Werte ... Um den Sozialismus, wie wir ihn verstehen, d.h. ein System, in dem alle Menschen gleich und solidarisch sind, in Afrika zu realisieren, müssen wir allerdings angesichts der heutigen Umstände einen bewaffneten Kampf führen. Auf diese Weise werden wir eine Gesellschaft errichten, die auf denselben Werten wie in unseren afrikanischen Familien aufbaut, wo man teilt, gleich ist und sich als Brüder untereinander versteht“ („Info-Zaire“, 3/76).

gleich ist und sich als Brüder untereinander versteht“ („Info-Zaire“, 3/76).

Zu den Organisationen, die die FLNC bilden:

Die PRP

Die PRP geht aus den linken Kräften hervor, die Schlüsse aus der Niederlage der letzten großen Offensive der nationalistischen und revolutionären Kräfte gegen den Imperialismus und seine Lakaien 1964/65 gezogen haben. Nachdem durch vielfältige Putsch- und Mordzüge die fortschrittlichen Kräfte die Zentralregierung an Pro-Imperialisten gefallen war, war damals ein großangelegter bewaffneter Befreiungskampf der Nationalisten im August

1963 unter Mulele ausgebrochen. Dieser Kampf erreichte Mitte 1964 seinen Höhepunkt, als die Truppen der revolutionären Gegenregierung Gbenye 2/3 des zairischen Territoriums beherrschten. Die zu schwache einheimische Reaktion konnte diese Gegenmacht nur mit Hilfe von unter OAU-Hoheitszeichen eindringenden amerikanisch-belgischen Kommandos niederringen.

Mitverantwortlich für diese Niederlage waren Teile der Führerschaft der Nationalisten, die statt auf den langandauernden Volkskrieg zu setzen, ein Arrangement mit den Imperialisten suchten und später sogar Regierungsposten unter Mobutu übernahmen.

Ein kleinerer Teil der Nationalisten ging ins Ausland (China!), um dort den Volksaufstand langfristig vorzubereiten. Diese Führer gründeten 1967 im Osten Zaires die PRP. 1969 hat sie den bewaffneten Kampf gegen die Mobutu-Diktatur aufgenommen und kontrolliert heute größere Gebiete im Osten. Sie soll über ca. 3.000 Kämpfer verfügen. Die PRP wird vom belgischen Zaire-Komitee und dem Angola-Komitee als marxistische Befreiungsbewegung dargestellt, die eine Volksdemokratie nach angolanischem und mosambikanischem Muster anstrebt (siehe „Info-Zaire“ 6/76 und „Angola-Bulletin“ 2/76).

Zu ihren wichtigsten Führern zählen Laurent Kabila, der nach einem China-Aufenthalt im Oktober 76 illegal nach Zaire zurückkehrte und Pierre Soumialot. Soumialot gehörte zu den führenden linken Kräften der „Revolution“ 1964/65 und war Verteidigungsminister der antimperialistischen Regierung in Stanleyville. Gabriel Yumbu, Finanzminister in derselben Regierung und dann Generalsekretär der PRP, wurde Anfang 1973 in Tansania verhaftet. Tansania hat bislang den Befreiungskampf der PRP nicht unterstützt im Gegenteil. Im März 1975 wurde 12 weitere PRP-Kämpfer in Tansania verhaftet, unter ihnen das Mitglied des ZK der PRP, Saleh Kilenga. Ob diese Genossen noch am Leber sind, ob sie nach Zaire ausgeliefert wurden, ist unbekannt. Versuche der PRP, durch eine Geiselnahme ausländischer Studenten in Tansania im März 1975 die Regierung zur Freilassung der Genossen zu zwingen, blieben erfolglos („Angola-Bulletin“, 2/76). Trotz der schwerwiegenden internationalen Isolierung – die PRP selbst beklagt einen katastrophalen Waffenmangel – konnte sie in den befreiten Gebieten Ost-Zaires Strukturen errichten (Schulsystem, Gesundheitswesen etc.), die Keimformen des Lebens im freien Zaire vorwegnehmen. Für die Stärke der PRP spricht

weilen etc.), die Keimformen des Lebens im freien Zaire vorwegnehmen. Für die Stärke der PRP spricht, daß ein Großteil der Truppen Mobutus seit Jahren in der Gegend der PRP-Hauptquartiere bei Hewa Bora massiert ist. Die Mobutu-Truppen mußten dort schwere Verluste hinnehmen (das Antwerpener „Zaire-Info“ spricht sogar von „tausenden von Toten und Gefangenen“ – 2/76).

Wichtig für die aktuellen Vorgänge in Süd-Zaire scheint der Hinweis, daß die PRP nicht nur im Osten, sondern auch in Kivu und der heute umkämpften Provinz Katanga (!) ihre Basen hat („Zaire-Info“ 6/76).

Nach eigenen Angaben arbeitet eine andere Organisation, die 1972

gegründete PRMC (Revolutionäre Marxistische Partei des Kongo) eng mit der PRP zusammen: „Auf ideologischem Gebiet ist die PRMC eng verwandt mit der PRP, zu der gute Kontakte bestehen“ („Zaire-Info“ 4/76, vgl. auch „Angola-Bulletin“ 2/76). Die PRMC soll befreite Gebiete im Nordosten kontrollieren (siehe Karte).

Die MNC-L

Sie ist die ehemalige Partei des afrikanischen Revolutionärs Patrice Lumumba. Sie soll noch immer über 1.500 bis 2.000 Guerilla-Kämpfer im Nordosten Zaires verfügen („Angola-Bulletin“ 2/76, siehe auch Karte). Sie beherbergt heute unterschiedliche politische Strömungen, wobei der rechte Flügel einer weitgehenden Zusammenarbeit mit dem Imperialismus zustimmt: „Wir sind nationalistische und progressive Kongolese. Wir wollen das heutige Regime nicht umstürzen. Wir wollen keine Unordnung schaffen, weder in Zaire noch im Ausland. Wir sind Pazifisten. Wir wollen eine Demokratie, die für Zaire geeignet ist und die die internationale Erklärung der Menschenrechte ohne Vorbehalt respektiert ... Der Wiederaufbau der zairischen Verwaltung (soll) unter der Mitarbeit befreundeter Länder (geschehen), besonders der Mitarbeit des Königreiches Belgien“ (aus der Pressekonferenz eines Sprechers der MNC-L im Juni 76 in Paris, „Zaire-Info“ 6/76).

Die Conako

Diese Bewegung ist die Partei eines Teils der Katanga-Gendarmen, die Mitte und Ende der 60er Jahre nach Angola flüchteten. Die Katanga-Gendarmen waren die Schutztruppe Tschombes, mit der er die Abspaltung Katangas im Interesse der belgischen Imperialisten militärisch absicherte. Sie rekrutierten sich aus Teilen der verbliebenen afrikanischen Bevölkerung in Katanga und wurden von weißen Söldnern angeführt. Nach dem Sieg des US-über den belgischen Imperialismus, was gleichbedeutend mit der Wiedereingliederung Katangas in einen einheitlichen neo-kolonialen kongolesischen Staat war, mußten die Katanga-Gendarmen die Repression der Zentralregierung fürchten und ein Teil flüchtete nach Angola. Der andere Teil arrangierte sich mit Mobutu und wurde in die Armee eingegliedert. Anfangs unterstützten die Katanga-Gendarmen das portugiesische Kolonialregime. Unter dem Einfluß des angolanischen Befreiungskampfes und der politischen Ideen der MPLA einerseits und der faschistischen Politik Mobutus – Unterstützung der FNLA – andererseits begannen sie sich politisch neu zu orientieren. Im zweiten angolanischen Befreiungskrieg 1975/76 kämpften auch Flüchtlinge aus Katanga an der Seite der MPLA.

Der oben zitierte Sprecher der FNLC betont, daß die ehemaligen Katanga-Gendarmen innerhalb der FNLC „diesen Namen nicht mehr hören wollen“, weil sie „nun zairische

Kämpfer sind, wie es auch Zaire aus Bukuru Kiangani und anderen Orten gibt. ... Ihr dürft sie nicht verwechseln mit den Katangesen aus der Zeit von Tschombe. Die katangesischen Kämpfer, die sich nicht in Zaire befinden (gemeint ist Jan. 76, Anm. AK) sind ... echte Nationalisten und Sozialisten geworden. ... Sie haben immer das Vorbild der MPLA gesehen.“ („Zaire-Info“ 3/76).

Der Versuch Mobutus, die FNLC insgesamt als Katanga Sezessionisten zu diffamieren und sie so gewissermaßen als „rechte“ Konkurrenten seines Regimes darzustellen, (eine Version, die die imperialistische Presse übernommen hat), liegt wohl mehr in der Logik seiner Propaganda als in der Realität begründet. Man muß wissen, daß Mobutu sich inzwischen demagogisch verbal mit dem von ihm mitemordeten Lumumba „ausgesöhnt“ hat (Denkmäler für Lumumba, eine Stadt wurde nach ihm benannt etc.) und es somit nicht ins Propaganda-Bild passen würde, die Guerillas in der Kontinuität des anti-imperialistischen Kampfes in Zaire erscheinen zu lassen.

In jüngster Zeit wird von den bürgerlichen Medien der ehemalige Vizepremier Lumumbas, Antoine Gizenga, in den Vordergrund gestellt, der von sich behauptet, eine Organisation namens Fodelico zu kommandieren. Regelmäßig in halbjährlichen Abständen kündigt er seine Rückkehr nach Zaire und Beteiligung am Befreiungskampf an. Dieser neuerliche „revolutionäre Elan“ stimmt verwunderlich, war Gizenga doch nach dem Tod Lumumbas für seine Verhandlungsbereitschaft mit imperialistischen Kreisen bekannt, die ihn 1961/62 sogar zum Eintritt in die reaktionäre Adoula-Regierung brachte. Inzwischen hat er sich dem Imperialismus vollständig zugewandt. In einem Gespräch mit der südafrikanischen Rassenzeitung „To the Point International“ sagte er: „Die kommunistische Doktrin des Ostblocks ist uns Afrikanern fremd. Es ist eine zu materialistische Ideologie, deshalb werden Sie bei uns nie echte Kommunisten finden. ... Wir wissen, daß wir beim Aufbau einer eigenen authentischen Gesellschaft um hundert Jahre gegenüber Amerika und Europa im Rückstand sind. Darum möchte ich gerne westliche Hilfe, Know-how und Technologie in Anspruch nehmen, damit wir so unseren eigenen Weg finden können. Ich habe den Wunsch, Kontakte mit industriellen Kreisen der EG zu knüpfen, die eine neue Industrialisierung in Zaire in Gang bringen sollen“ („To the Point International“, zitiert nach „Info-Zaire“, 4/76).

Gizenga steht für viele der historischen Führer der Revolution im Kongo, die immer wieder versucht haben, mit Mobutu und dem Imperialismus ins Geschäft zu kommen. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß Kräfte innerhalb der FNLC eine ähnliche Zielsetzung haben; der beste Garant gegen diese Gefahr scheint, nach allen vorliegenden Materialien, die PRP zu sein.

Afrika-Kommission
nach allen vorliegenden Materialien,
die PRP zu sein.

Afrika-Kommission

So sehen's die VR China und ihre hiesigen Nachbeter

Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich die offizielle chinesische Außenpolitik – synchron zum allgemeinen Rechtsschwenk in der Beurteilung Zaires und des Mobutu-Regimes um 180 Grad gewandelt.

Heute übernimmt die chinesische Presse vollständig die Version der zairischen Faschisten von „einfachen Söldnertruppen“, deren „Anführer die sowjetischen Sozialimperialisten“ seien. Natürlich unterstützt sie den „gerechten Widerstandskampf der Armee und des Volkes von Zaire gegen die fremde Aggression ... entschieden“ („Renmin Ribao“ v. 19.3., lt. „Rote Fahne Pressedienst“ v. 22.3.77). Es ist nur natürlich, daß diese bemerkenswerten Einschätzungen sofort von der zairischen Presse breit publiziert wurden ...

Diese schnelle Entscheidung für Mobutu ist nicht weiter verwunderlich. Spätestens seit dem Empfang Mobutus als „besonderer Ehrengast“ 1973 in Peking berichtet sie regelmäßig voller Lob über den „Patrioten“ Mobutu und seinen „gerechten Kampf“. Die Bewunderung ist gegenseitig: 1976 wurde der chinesische Außenminister Ho Ying zum Ehrenbürger der Stadt Kinschasa ernannt. Aus Anlaß der Feierlichkeiten wiederum stellte dieser fest, „daß das zairische Volk unter Führung Präsident Mobutus ein großes Werk verrichtet hat...“ „Er rief dem zairischen Volk, sich weiterhin hinter Mobutu zu scharen, für den Fortschritt des Landes“.

(Beide Zitate aus „Info-Zaire“, Okt.76). Damit genug der widerlichen Lobhudeleien auf den Faschisten Mobutu.

Interessanter ist, daß von chinesischer Seite vor noch nicht einmal zehn Jahren derselbe Mobutu hinter den sich heute „das Volk scharen“ soll, völlig korrekt als „Marionette des US-Imperialismus“ charakterisiert wurde und der bewaffnete Kampf gegen sein Terror-Regime propagiert wurde.

Damals schrieb die „Peking Rundschau“ über den bewaffneten Kampf in Zaire: „Patriotische Kämpfer an der Westfront des Landes überfielen vor kurzem im Gebiet Kwilu einen Militärposten der Marionettentruppen von Mobutu... Sofort nach dem Angriff ließ Mobutu, von seinen US-Herren unterstützt, eiligst eine große Anzahl von Fallschirmtruppen im Gebiet Kwilu landen und dort Dörfer schonungslos bombardieren.“ Dadurch sei die Lüge widerlegt worden, „mit dem bewaffneten Kampf ... sei es vorbei“ („Peking Rundschau“ Nr. 51/1968). In diesen Jahren prangerten die chinesischen Genossen besonders an, daß die zairischen Widerstandskämpfer „von der sowjetischen Renegatengruppe schamlos verraten“ würden. Ein damals berechtigter Vorwurf, der heute die chinesische Außenpolitik treffend charakterisiert: „Schamloser Verrat!“

Die „KPD“

Kaum erwähnenswert ist, daß die

Vaterlandsverteidiger der „KPD“ der zairisch-chinesischen Version heute fast wortgetreu folgen. („Es sind Moskaus Söldner, die Zaire angreifen“, „Rote Fahne“ 8/77). Interessant ist allerdings das Eingehen auf die massiven Waffenlieferungen des US-Imperialismus an Zaire, die von der angolanischen Regierung als Bedrohung der VR Angola angesehen werden – zurecht, immerhin ist es erst ein gutes Jahr her, daß die zairische Armee gemeinsam mit der FNLA in Angola stand. Die „Rote Fahne“: „Wieso, wenn das angolansche Regime sich nicht in Zaire einmischt, nimmt es sich dann das Recht heraus zu bestimmen (?), von wem, in welchen Mengen (!) und zu welchem Zeitpunkt Zaire Waffen bekommt?“

So kann man natürlich auch die Politik des US-Imperialismus und seiner Statthalter beschönigen!

Übrigens: Die „KPD“ hat über ihr Berliner „Afrika-Komitee“ noch im Mai 1974 eine recht ordentliche Broschüre unter dem Titel „Zaire – ein Stützpunkt des Imperialismus in Afrika“ herausgegeben, in der Mobutus Terrorherrschaft in Zaire und seine „konterrevolutionären Machenschaften“ in Angola angeprangert werden. Hier hatte die „KPD“ wahrscheinlich das Zeitgeschehen nicht aufmerksam genug verfolgt: Immerhin lag der Besuch Mobutus in Peking bereits zwölf Monate (!) zurück. Einige Monate später wurde das Mißverständnis aufgeklärt und die Broschüren fielen dem Reißwolf zum Opfer! Ein immerhin origineller Einfall zur „Selbstkritik“...

KBW: Abweichung vom Peking Geklaffe

Neben der Pflichtübung, daß die „Katanga-Gendarmen ... diesmal vom Sozialimperialismus eingesetzt werden“, darf der redaktionelle Artikel der KVZ (31. März 77) wohl als die „größte Abweichung“ von der chinesischen Linie (die Dritte Welt betreffend) gewertet werden. Der KBW schildert ein „Ring der Supermächte“, wobei der westliche Imperialismus auf Mobutu und der „Sozialimperialismus“ auf die „Katanga-Söldner“ setzt. Die chinesische Version dagegen läßt „das Volk“ (mit Mobutu an der Spitze) gegen die Agenten des Sozialimperialismus kämpfen. Einige Auszüge:

„Die Kontrolle des Imperialismus über die Wirtschaft“ Zaires sei ungeboren, „unter den Bedingungen der neokolonialen Ausbeutung stagniert die Landwirtschaft“, „Das Pro-Kopf-Einkommen gehört mit zu den niedrigsten in Afrika“, „Angesichts der Bedrohung durch den Sozialimperialismus ... steht sich das herrschende Mobutu-Regime (I)Regime! gezwungen, wieder verstärkt der Erpressung des US-Imperialismus und der westeuropäischen Imperialisten nachzugeben und ihnen Tür und Tor (!) zu öffnen“. „Angola-Flüchtlinge, die ehemaligen Kolonialisten in Angola, sollen die Plantagen in Zaire übernehmen“, „US-Regierung unterhält bereits einen Militärstützpunkt im Land, zur Ausbildung von Anti-Guerilla-Truppen“ (!!). „Gegen die sollen die Plantagen in Zaire übernehmen“, „US-Regierung unterhält bereits einen Militärstützpunkt im Land, zur Ausbildung von Anti-Guerilla-Truppen“ (!!). „Gegen die rigorose Ausplünderung durch die Imperialisten und die Politik des Mobutu-Regimes (!) wächst die Unzufriedenheit unter den Massen (!). Im Januar kam es zu Massendemonstrationen. Mobutu war gezwungen, den Notstand auszurufen.“

Natürlich ist die Sichtweise des KBW im Kern ebenso demagogisch wie die chinesische (Lügen-) Version, schließlich ordnen beide die aktuellen Kämpfe gegen das Mobutu-Regime uneingeschränkt dem „Sozialimperialismus“ zu, und gehen somit am gesamten Kampf gegen die neokolonialen Zustände vorbei. Absehbar ist auch, daß der KBW seine Position (Volk gegen Mobutu) nicht durchhalten und sich der chinesischen Sichtweise anpassen wird. Bis das soweit ist, sollten jedem KVZ-Verkäufer die Widersprüche zur Außenpolitik der VR China (Mobutu als Führer des Volkes) unter die Nase gehalten werden. Die schönsten „Eiertänze“ wollen wir dann prämiieren – Berichte sind also erwünscht!

Afrika-Kommission



Karte aus „Angola Bulletin“ 2/76 über die Operationsschwerpunkte der Bewegungen MNC-L (1), PRMC (2), PRP (3) und einer „Gruppe Mukuidi“ (4)
Photo aus: „China im Bild“ 8/68

Karte aus „Angola Bulletin“ 2/76 über die Operationsschwerpunkte der Bewegungen MNC-L (1), PRMC (2), PRP (3) und einer „Gruppe Mukuidi“ (4)
Photo aus: „China im Bild“ 8/68



Die Kämpfer aus den Reihen der patriotischen bewaffneten Kräfte von Kongo (Kinschasa) entfallen den Geist, mutig zu kämpfen und keine Schwierigkeiten zu fürchten, und üben mit größtem Fleiß ihr Können zum Vernichten der Feinde. Sie sind entschlossen, den USA-Imperialismus und dessen Marionetten in Kongo niederzuschlagen.

ZANU zur DKP: „Wir sind Brüder“

Die Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ (24.3.77) berichtet von einem Zusammentreffen der Delegation von ZANU und DKP auf dem III. Kongreß der FRELIMO in Mozambik. Die „UZ“ schreibt, die Gespräche seien „von einem Geist getragen“ gewesen, den der „Politische Sekretär der ZANU, M. Hamadziripi“ folgendermaßen „zusammenfaßte“:

„Wir – die Patriotische Front – vertreten unser Volk auf dem Parteitag der Frelimo. Ihr – die DKP – seid die Partei aus der BRD, die von der Frelimo zu diesem historischen Kongreß eingeladen worden ist. Das

heißt: Wir sind Brüder“ ... „Diese brüderlichen Beziehungen noch (!) enger zu gestalten, erklärte Robert Mugabe, sei auch (!) der Wunsch der Patriotischen Front“.

Das sind allerdings neue Töne. Bisher waren uns nur die Vaterländer von der „KPD“ und der KBW als „Brüder“, die Bruderparteien etc. vorgestellt worden, die DKP ihrerseits hatte bisher eindeutig die ZAPU „brüderlich“ behandelt und recht herb gegen die ZANU gewettert. Man wird abwarten müssen, ob der in der „UZ“ kreierte neue Verwandtschaftsgrad der Realität oder der Phantasie des Redakteurs ent-

spricht. Einige bekannte Auslandsvertreter der ZANU – wachsame Kämpfer gegen den „Sozialimperialismus“ und Freunde der FNLA – müßten eigentlich dieses Techtelmechtel ihres Generalsekretärs mit der hiesigen „5. Kolonne der SU“ glatt mit dem beliebten Prädiat „gefälscht“ versehen. Ähnliche Reaktionen müßten eigentlich auch von der „KPD“ erfolgen, die bekanntlich die ZANU „einhellig gegen beide Supermächte“ kämpfen sieht.

Wir meinen: Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Brüdern!
Afrika-Kommission

„Kubanische Söldnerinvasion in Zaire“ — wie der Zufall so spielt

Ein Artikel in der linken englischen Wochenzeitung „Socialist Worker“ vom 26.3.77 machte uns auf einige „zufällige“ Begleitumstände bei der angeblichen Invasion von Angola nach Zaire Anfang März aufmerksam. Wir können diese „Zufälle“ bestätigen:

Am 20.2. erschien ein reaktionärer „Sunday Telegraph“ ein ganzseitiger Artikel unter der Überschrift: „MOSKAUS NÄCHSTES ZIEL IN AFRIKA“, in dem eine großangelegte kommunistische Verschwörung „enthüllt“ wird: Kubanische Truppen und Berater nicht nur in Angola, sondern auch in Guinea-Bissau, Guinea/Conacry, Sierra Leone, Äquatorialguinea, Kongo/Brazzaville, Mosambik, Tansania und Somalia – natürlich im Auftrag und bezahlt von „den Russen“. Außerdem bewegen sich „Schwarze Expeditionsheere“ nach Süden (aus Nigeria, Somalia, Tansania), „deren Aufgabe wahrscheinlich darin besteht, die Kubaner freizumachen für eine künftige Offensive gegen Rhodesien, Südwestafrika – oder Zaire (!), das ebenfalls ein primäres Ziel für die Russen ist“. Der Artikel beruft sich auf eben so erhabene Quellen wie UNITA, FNLA und „Geheimdienste“.

Verfasser des Artikels: Robert Moss, Direktor der „Freiheitsgesellschaft“ (NAFF), Autor eines Buches zur Verherrlichung der chilenischen Junta, Freixemplare erhältlich bei der chilenischen Botschaft in London. Auftrag- und Herausgeber des Buches war übrigens FORUM

WORLD FEATURES, eine Nachrichtenagentur des CIA („Guardian“, 31.12.76).

Derselbe Artikel wurde am 11.3. als Teil einer eineinhalbseitigen Anzeige in den Tageszeitungen „Guardian“ und „Times“ nachgedruckt. Überschrift: „Russische Verschwörung zur Schwächung der Verteidigung des Westens“. Im Anzeigentext wird Großbritannien und den USA vorgeworfen, auch noch dabei behilflich zu sein, indem sie im südlichen Afrika auf „Mehrheitsregierungen“ drängen. Daher soll sich die Bevölkerung an die Abgeordneten wenden mit der Aufforderung, „diese sowjetische Freiheitsbedrohung (!)“ zu stoppen.

Auftraggeber der Anzeigen, die ca. 50.000 DM gekostet haben, ist der „Club of Ten“, eine Propagandaorganisation zum Informationsministerium der Republik Südafrika, die bis vor kurzem mit der NAFF unter einem Dach hauste. Vier Hintermänner dieses „Zehnerclubs“ konnten kürzlich identifiziert werden: ein Düngemittelkapitalist, ein Grundstücksspekulant, ein Kartoffelkapitalist, ein Finanzkapitalist – alles weiße „Herrenmenschen“ aus Südafrika!

Welch ein Zufall: Die Anzeige erschien am 11.3., dem Tag an dem die englischen Zeitungen voll waren mit Meldungen wie: „Kubanische Invasion in Zaire“, „5.000 Kubaner marschieren aus Angola nach Zaire ein“ etc.

England-Kommission

Staatspräsident der VR Kongo ermordet

Am 18.3. wurde der Staatspräsident der zum fortschrittlichen Lager der OAU zählenden schwarzafrikanischen Volksrepublik Kongo, Ngouabi, von Attentätern ermordet. Die Attentäter gruppieren sich um den ehemaligen, 1968 von Ngouabi gestürzten Staatschef Massamba-Debat. Letzterer ist mittlerweile von dem kurzfristig in Absprache mit der „Kongolischen Arbeiterpartei“ (PCT) neu gebildeten Militärausschuß abgeurteilt und hingerichtet worden.

Das erneute und diesmal erfolgreiche Attentat auf den kongolischen Staatschef stellt zweifelsohne eine Fortsetzung der in den letzten Monaten wesentlich verschärften Destabilisierungspolitik dar, die der Imperialismus in denjenigen Staaten Afrikas forciert, die nicht nach seiner Pfeife tanzen und stattdessen einen mehr oder minder entschiedenen anti-imperialistischen Kurs steuern. Erinnert sei hier nur an den vor wenigen Wochen niedergeschlagenen Putschversuch in der VR Benin, der von einigen Dutzend über Marokko und Gabun eingeflogenen Söldnern durchgeführt wurde (siehe AK 101) und an die sich häufenden Putschversuche im westafrikanischen Guinea-Conakry und gegen dessen Staatschef Sekou Toure.

Zunächst nach dem Geschmack Frankreichs ...

Als der französische Imperialismus seine ehemalige Kolonie in die neokoloniale „Unabhängigkeit“ (August 1960) entließ, war er sich der weiteren Vertretung seiner Interessen sicher. Der bereits seit 1959 im Amt befindliche Staatspräsident F. Youlou führte seine Geschäfte in der gewohnten diktatorischen Form fort – mit Wahlmanipulation, Bestechung, Polizei- und Armee-Einsatz und Verhaftungen, die sich im besonderen gegen die revoltierenden Jugendlichen des Kongo richteten. Die französische Armee blieb „vor Ort“ und französisches Kapital floß in gewohnten, vertraglich abgesicherten Strömen. Hohe Arbeitslosigkeit in den Städten (der Anteil der in den Städten lebenden Menschen lag schon damals – eine absolute Ausnahme in Afrika! – bei ca. 30 %) sowie immense soziale Unterschiede (ein Ungelernter verdiente damals ca. 3 - 5.000 CFA-Francs, ein Abgeordneter 250.000!), „Nachrichtendienst – ND“, 7.12.69) führten jedoch schon bald zu einer starken Opposition gegen das prokoloniale Regime Youlous: Einen Tag vor den geplanten Feierlichkeiten zum 3. Jahrestag der Unabhängigkeit riefen die einflussreichen Gewerkschaften den Generalstreik aus, befreiten die verhafteten Gewerkschaftsführer aus den Gefängnissen und stürzten in den darauffolgenden blutigen Auseinandersetzungen das Kompradorenregime.

Starker innen- und außenpolitischer Druck (speziell aus dem Nachbarstaat Zaïre, in dem seinerzeit die Gesinnungsgenossen Youlous und Proimperialisten Tschombe und Kasawubu die Macht hatten) zwangen den nachfolgenden „gemäßigten“ Massamba-Debat, eine politische Verankerung im kongolischen Volk zu suchen und dabei den revolutionären Kräften im Kongo mehr oder minder freien Lauf zu lassen. Die „Nationale Bewegung für die Revolution“ wurde gegründet (MNR) sowie verschiedene andere Massenorganisationen wie z.B. die Jugendorganisation JMNR. (Die Jugend spielt in der VR Kongo schon deshalb eine entscheidende Rolle, weil etwa ein Drittel der Bevölkerung nicht älter als 15 und mehr als die Hälfte unter 30 Jahre alt ist.) Aus den Reihen der JMNR, d. h. besonders der jugendlichen Arbeitslosen, wurde ab 1964 eine Miliz aufgebaut, die „der Armee an Kampfkraft kaum nachgekommen haben dürfte“ (Handbuch der Dritten Welt).

Bewaffnete Auseinandersetzungen an der Grenze zu Zaïre, offene Kriegsdrohungen Tschombes und wirtschaftliche Erpressung des französischen Imperialismus verstärkten die Mobilisierung und Radikalisierung der Massen und erweiterten Spielraum und Einfluß der linken Kräfte.

Massamba-Debat versuchte, diesem Druck durch eine Reihe spekta-

kulärer außenpolitischer Aktionen (Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SU und zur VR China, Abbruch zu Großbritannien und USA) zu begegnen, die Führer der JMNR durch die Übertragung von Regierungsämtern zu bestechen, und durch „revolutionäre“ Phrasen zu verschleiern, daß die 1963 proklamierten Ziele kaum eingeleitet worden waren. Die Dominanz des französischen Kapitals war weiterhin unbestritten, der französische Militärstützpunkt in Pointe-Noire blieb weiterhin besetzt.

Als 1967/1968 der außenpolitische Druck nachließ (seitens Mobutu), sah Massamba-Debat offenbar die Gelegenheit gekommen, zum Gegenschlag gegen die linken Kräfte auszuholen. Er schaltete einige Minister aus und erklärte, er würde wieder außenpolitische Beziehungen zur USA aufnehmen. Im August 1968 erklärte er die Nationalversammlung und das Politbüro der MNR für aufgelöst. Daraufhin besetzten Fallschirmjagereinheiten unter Führung des Hauptmanns M. Ngouabi das Zentralgefängnis und entmachteten den Präsidenten.

Am 31.12.69 wurde die VR Kon-

gewerschaft, A. Khondo, wurden festgenommen (nach „Africa“, Mai 1976).

Im August letzten Jahres setzte sich der kongolische Rundfunk sehr kritisch mit der Staats- und Parteiführung auseinander: „... Heute scheint unsere Partei, in die die Volksmassen ihre Hoffnungen gesetzt haben, auf den Spuren der Massenparteien zu wandern, die von den Menschen im allgemeinen abgelehnt werden. Der endlose Streit zwischen den Führern, die akrobatische und ausgewogene Politik, die Kalkulationen zur Machtergreifung, die Mittelmäßigkeit, der Wunsch, die verlorenen Positionen wieder einzunehmen, alle diese Dinge haben unsere Partei der Avantgarde aus der Ordnung gebracht und haben zum Rückfall der Revolution beigetragen. Daher ist es notwendig, gewisse Dinge zu beseitigen: es ist notwendig, die systematische Obstruktion zu beseitigen, die von denjenigen bewußt aufrechterhalten wird, die ihre Eigeninteressen über diejenigen des Volkes stellen, und die die Bereitschaft haben, mit dem Teufel ein Bündnis einzugehen. Heute ist mehr als je zuvor die Zeit zur Reflektierung gekommen. All diejenigen innerhalb der Partei, die



Gespräch zwischen M. Ngouabi und A. Neto; die Beziehungen zwischen der VR Kongo und der VR Angola haben sich wieder gebessert.

Gespräch zwischen M. Ngouabi und A. Neto; die Beziehungen zwischen der VR Kongo und der VR Angola haben sich wieder gebessert.

go proklamiert, im folgenden Jahr die „Kongolische Arbeiterpartei“ (PCT) gegründet und eine neue Verfassung verkündet, die u. a. eine Nationalisierung des Bodens vorsah.

Verschiedene Quellen (u. a. das „Handbuch“, s. o.) sprechen davon, daß sich Ngouabi nach seinem Machtantritt auch gegen einflussreiche linke Kritiker durchsetzen mußte. Auch Andeutungen in der revisionistischen Presse über einen Kampf gegen „ultrarevolutionäre Kräfte“ deuten auf eine starke linke Fraktion innerhalb der MNR und der „Kongolischen Gewerkschaftskonföderation“ hin, die im Gegensatz zu Ngouabi stand. „1969 gelang es Ngouabi, die kongolische Gewerkschaftskonföderation, die Union der Kongolischen Sozialistischen Jugend und die Revolutionäre Union der Kongolischen Frauen zu reorganisieren (?) und zu erreichen, daß seine Anhänger die führenden Funktionen dieser Organisationen übernahmen“, so die revisionistischen „Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika“ (Bd. 11, S. 239).

Nach einem angeblichen „Putschversuch“ im Februar 1972 mußte ein namhafter Vertreter der Linken (Diawara) fliehen, die linke Opposition – dominierend in der Jugend- und Gewerkschaftsbewegung vor 1968 – wurde verhaftet und abgeurteilt („Handbuch“, s. o., S. 270).

Trotz dieses harten Kurses gegenüber den linken Kräften ist es Ngouabi augenscheinlich bisher nicht gelungen, deren Einfluß, besonders in der Jugend und in den Gewerkschaften, zu beseitigen. Im Mai 1976 gab es mächtige Arbeiterstreiks, die sich gegen Restaurierungstendenzen, zunehmende Bürokratisierung und Korruption wandten und an die ursprünglichen Ziele der 1969 proklamierten Volksrepublik erinnerten. Die militanten Jugend- und Gewerkschaftsführer verlangten eine volle Durchführung der Säuberung von Staat und Partei von korrupten Elementen und harte Strafen für bestechliche Beamte sowie eine Senkung der Lebenshaltungskosten. Einige der Streikführer, darunter der Generalsekretär der Kongolischen

trotz ihrer eigenen Inkompetenz und Passivität an ihren Posten festhalten, sollten zurücktreten und den Platz für tüchtigere Elemente freimachen, die ein Empfinden für die Not der Massen haben“ (zitiert nach „Monitor-Dienst“ vom 24.8.).

Zur Außenpolitik

Außenpolitisch verfolgte die VR Kongo bislang eine antiimperialistische Linie (Unterstützung des saharischen Volkes, Unterstützung der Befreiung Djiboutis und der Komoren, gute Beziehungen zur PAIGC, FREIMO, zu Guinea-Conakry, zur VR Somalia und – mittlerweile wieder – zur MPLA), die allerdings während der imperialistischen Aggression gegen die angolanische MPLA durch die Forderung getrübt wurde, daß die benachbarte ölfreiche angolanische Enklave Cabinda zur VR Kongo gehöre. Bedenklich schienen aber einige außenpolitische Ambitionen Ngouabis, der Ende letzten Jahres den reaktionären Präsidenten des Tschad, Malloum, bei sich empfing und bei dieser Gelegenheit von einer „Festigung“ der „ausgezeichneten Beziehungen“ sprach (Radio Brazzaville lt. „Monitor-Dienst“ vom 25.8.76). „Sehr gute Beziehungen“ bestehen weiterhin zur Elfenbeinküste, wie ein Mitglied des ZK der PCT bei einem Besuch in Abidjan äußerte. Wenn man diese Aussage noch großzügig zu den diplomatischen Floskeln rechnen kann, so scheint doch das kongolische Lob für den Elfenbeinküsten-Staatschef, den Kompradoren Houphouët-Boigny, er sei ein „Brunnen der Weisheit“, mehr als übertrieben (Reuter nach „Monitor-Dienst“ vom 2.9.76).

Zusehens verschlechtert haben sich dagegen in letzter Zeit die Beziehungen zum benachbarten Zaïre, besonders seit dem Überfall im Januar 1977 von Söldnertruppen der FLEC (unter der Regie Frankreichs und Zaires stehend) auf eine Ortschaft der VR Kongo, bei dem sieben kongolische Arbeiter ermordet, mehrere verletzt und zwei weitere entführt wurden.

Afrika-Kommission

„Das Volk muß seine Interessen in die eigene Hand nehmen“

Unter dieser Parole fanden im Dezember 1976 die ersten freien Wahlen in Guinea-Bissau nach der vollständigen Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus statt.

Die besondere Bedeutung dieser Wahlen wird daran klar, daß es sich hier um einen „Gradmesser“ für die Erfolge der politischen Arbeit der PAIGC handelte.

Gerade unter diesem Aspekt betonte die PAIGC immer wieder, daß die „Wahlen kein Selbstzweck sein dürften“, sondern den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen müssen.

Zu diesem Zweck wurde in den Dörfern und Städten eine breite politische Diskussion um die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten geführt (keine Vorbedingung: über 21 Jahre, keine vorherige Zusammenarbeit mit faschistischen Organisationen der Portugiesen).

Das gleiche gilt für die Zeit des „Wahlkampfes“. Hierüber wurden große Teile der Bevölkerung in den konkreten Aufbau der Volksmacht, die Verwaltung der Dorfräte etc. ein-

bezogen.

Aufgrund dieser Voraussetzungen kann man an dem Wahlergebnis auch einigermaßen den Stand der politischen Verankerung der PAIGC erkennen:

– So ist es als großer Erfolg zu bewerten, daß die Kandidaten der PAIGC in der Hauptstadt Bissau's 84 % aller Stimmen bekamen.

War doch diese Metropole der Hauptsitz der Kolonialherren und damit auch die Brutstätte für Korruption, Prostitution, Kriminalität usw.

Andererseits gab es eine Provinz (Bafata), wo die PAIGC nur 41,7 % der Stimmen erhielt (sonst zwischen 54 und 95,6 %).

Die PAIGC hat angekündigt, das Wahlergebnis als Ausgangspunkt für eine kritische Überprüfung der Politik in den jeweiligen Regionen zu nehmen und die weitere Arbeit auf dieser Grundlage zu bestimmen!

(Nach „Peoples Power“ Nr. 6/1977).

Afrika-Kommission

Verdienstkreuz für Rassistschwein

„Die Bundesregierung hat die Apartheid-Politik im südlichen Afrika scharf verurteilt und sich zugleich gegen alle Formen der rassistischen Diskriminierung ausgesprochen“ („SZ“, 22.3.77).

Um diese Aussagen zu „belegen“ wurde einem der übelsten Rassistenhelfer in Südafrika jetzt das „Bundesverdienstkreuz“ verliehen:

Der Kerl heißt Fritz Klein und ist Mitbegründer der deutsch-südafrikanischen Kammer für Handel und Industrie, Mitglied der rassistischen South-Africa Foundation, Mitglied der deutsch-südafrikanischen Freundschaftsgesellschaft und bekannt durch seine Beiträge im südafrikanischen (deutschsprachigen) Kurzwellenprogramm.

Der Grund für diese „hohe Ehre“: „... er war stets um den Ausbau der deutsch-südafrikanischen Beziehungen bemüht ...“ (!).

Während in der BRD-Presse große Sprüche geklopft werden – „... auch in diesem Jahr wieder den Opfern der Apartheid helfen ...“ („SZ“) – wurde diese Angelegenheit verschwiegen.

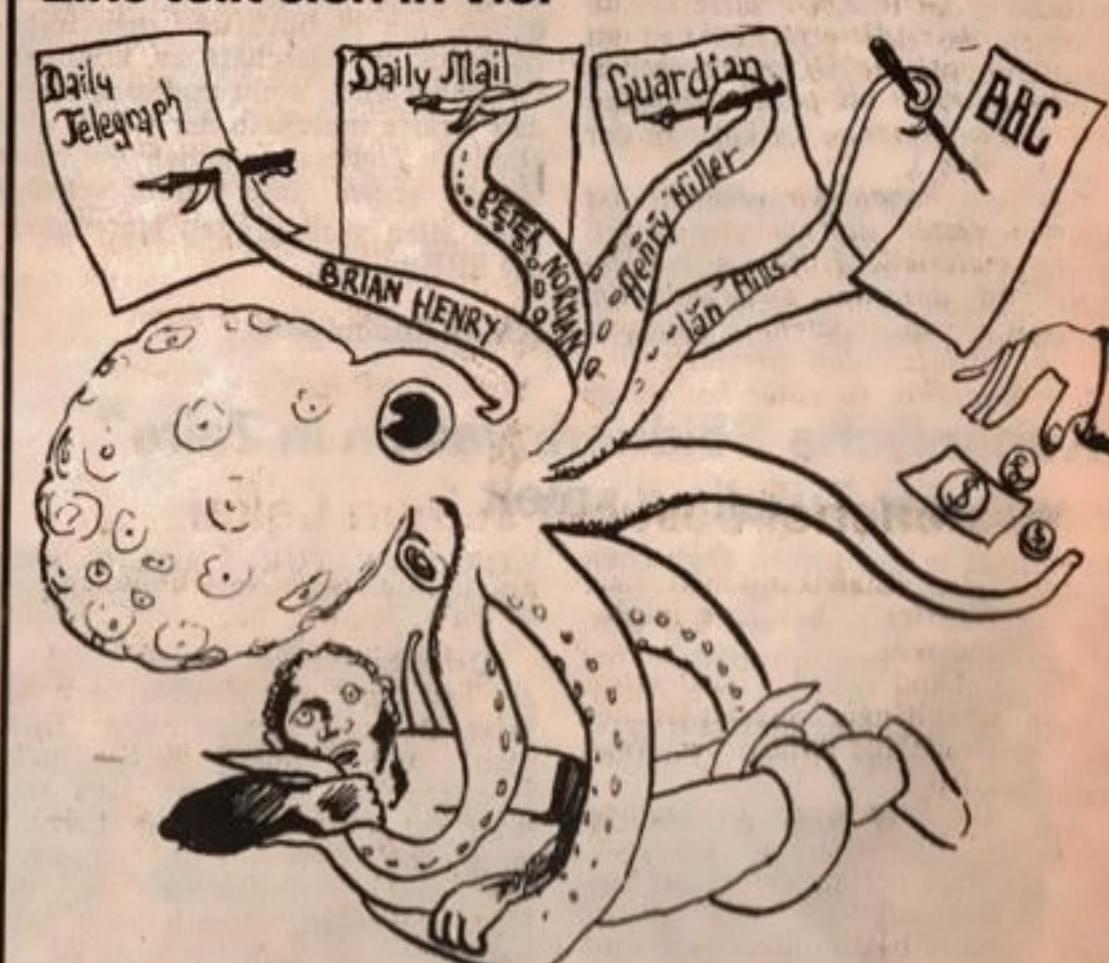


Ein Glied mehr in der Kette des „Kampfes gegen Apartheid“ der sozial-liberalen Regierung! (Angaben nach „Südafrikanisches Panorama“, Febr. 77)

Afrika-Kommission

Eins teilt sich in vier

Eins teilt sich in vier



Nach dem britischen Wochenblatt „New Statesman“ unterliegt die Berichterstattung über den Guerilla-Krieg in Zimbabwe – über „Bombenanschläge auf afrikanische Schulkinder“ und „Blutbäder unter weißen Missionaren“ – völlig der Kontrolle des sehr effektiven Public-Relations-Apparates der Rassisten-Regierung in Salisbury. Nicht die Anwesenheit eines Journalisten zumindest in der Nähe des jeweiligen Geschehens bestimmen den Inhalt der Meldung, sondern die Pressekommunikes der Rassisten und die bei Empfängen und Parties aus „sicherer Quelle“ erhaltenen „Hintergrundinformationen“.

U.a. enthüllt der „New Statesman“ über das Korrespondenten-„netz“ in Salisbury: „Wenige Leser des „Daily Telegraph“ werden sich vorstellen können, daß

ihr Informant in Salisbury – Brian Henry – derselbe ist wie Peter Norman von „Daily Mail“, der identisch ist mit Henry Miller vom „Guardian“. In Wirklichkeit sind dies alles Pseudonyme eines rhodesischen Journalisten, Ian Mills, der übrigens auch Korrespondent vom BBC ist“ (Übersetzung nach der niederländischen Wochenzeitung „Vrij Nederland“, Nr. 10, 12.3.77).

Und morgen können wir dann wieder in einem beliebigen Erzeugnis der westdeutschen Lumpenpresse lesen oder in Radio und Fernsehen hören: „Wie die Korrespondenten von drei grossen britischen Tageszeitungen und auch der BBC übereinstimmend berichten, haben Guerillas ...“!

Niederlande-Kommission KB/Gruppe Hamburg

SWAPO stellt richtig

In der imperialistischen Presse kann man in der letzten Zeit immer wieder – die von Südafrika verbreitete „Schreckensmeldung“ – über „Flüchtlinge“ aus der VR Angola lesen: „Die Kämpfe der vereinigten Streitkräfte von MPLA, Kubanern und SWAPO-Angehörigen gegen den erbitterten Widerstand der UNITA im Süden Angolas haben unbeschreibliches Leid und Elend über die einheimische Bevölkerung gebracht. Allein während der letzten Woche flohen 9.000 Angolesen vor den MPLA-Soldaten“ nach Namibia (Zitate aus „Südafrikanisches Panorama“, Februar 1977).

Derartige Meldungen werden begierig von den Vaterländern in der „Roten Fahne“ oder der „KVZ“ aufgegriffen, um die „Herrschaft der sozialimperialistischen Marionetten und ihrer kubanischen Söldner“ in Angola „anzuprangern“. Einher geht mit solchen Meldungen die Unterstützung der „Befreiungsbewegung“ UNITA in ihrem „Kampf um Unabhängigkeit“.

In einer Presseerklärung der SWAPO vom Februar 1977 heißt es dazu, daß schon seit Beginn des Bürgerkrieges die UNITA von den Rassistinnen unterstützt wird.

Weiter heißt es, daß die UNITA – damals wie heute – aktiv an der Seite der Rassistinnen gegen die SWAPO kämpft („die Allianz zwischen Südafrika und UNITA dauert bis auf den

heutigen Tag an ...“).

In einer speziellen Stellungnahme zu der Propagandakampagne gegen die VR Angola und die SWAPO schreiben die Genossen: „Die SWAPO von Namibia protestiert entschieden und verurteilt die neue Propaganda-Kampagne Südafrikas, in der behauptet wird, daß PLAN-Kämpfer und die FAPLA im Süden Angolas Massenmorde unter der Zivilbevölkerung verübten. Diese barbarische Propaganda ist darauf ausgerichtet, die PLAN-Kämpfer in Verruf zu bringen, damit die südafrikanischen Rassistinnen ihre Greuelthaten in Namibia und ihre ständige Aggression gegen die Schwesterrepublik Angola vertuschen können.“

Ferner möchte die SWAPO dem Volk von Namibia und der Welt klar machen, daß die von Südafrika dramatisierten sogenannten Flüchtlinge aus Angola keine Flüchtlinge unter normalen Bedingungen sind, sondern vielmehr die Opfer, die aus dem südlichen Angola kürzlich entführt wurden, um den Frieden in einem freien und souveränen Angola zu zerstören. Die SWAPO von Namibia wird fortfahren, die Volksrepublik Angola beim Schutz ihrer Staatsgrenzen, ihrer Bürger und der Festigung ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen“ („Namibia News“ 12/76).

Ein Kommentar erübrigt sich!

Afrika-Kommission

Mugabe in Westafrika

Zimbabwe: Der Genosse Mugabe (ZANU) bereiste Anfang März vier westafrikanische Staaten, um dort über den Stand des zimbabwischen Befreiungskampfes zu berichten und gleichzeitig materielle Unterstützung zu verlangen.

Mugabe besuchte dabei die Länder Angola, Ghana, Nigeria und Togo.

Wir wollen die Äußerungen des Genossen zu dieser Rundreise gegenüber der mosambikanischen Zeitung „Tempo“ (vom 20.3.77) wiedergeben. Diese Aussagen erhalten dadurch besondere Aktualität, weil nach der Rundreise zumindest Ghana erklärt hat, daß es die „Zusammenarbeit“ mit dem Spalter und Reaktionär Muzorewa „verstärken“ wird. „Tempo“: „Als erstes wußten wir gern, was die hauptsächlichen Ziele



Genosse Mugabe: „Besondere Zusammenarbeit mit Angola!“

gern, was die hauptsächlichen Ziele Ihrer kürzlichen Reise durch verschiedene afrikanische Länder waren und welches Ergebnis diese Reise gehabt hat“.

R. Mugabe: „Die Reise hatte vor allem zwei Ziele. Als erstes ging es um eine diplomatische Offensive, da wir erst kürzlich als politische Organisation auftraten ... (Patriotische Front; d. Red.).“

Zweitens haben wir versucht, im Rahmen dieser diplomatischen Offensive materielle Hilfe zu bekommen; und das war zweifellos die wichtigste von beiden Absichten. Wir hoffen jetzt, daß die stattgefundenen Kontakte zu einer konkreten

Rassistenchef besucht seinen Lakai

Der Boss der südafrikanischen Rassen – Vorster – besuchte im Januar die Transkei.

– Dieses Land wurde im letzten Jahr „unabhängig“ auf der Grundlage der Homeland-Politik der Weissen in Südafrika.

D.h. die Schwarzen bekommen bestimmte „Heimatländer“ zugeteilt, schwarze Marionetten werden als Präsidenten eingesetzt.

Nach einer bestimmten Zeit wird das Land „unabhängig“ bleibt weiterhin aber in Abhängigkeit zu Südafrika (Währung, Militär, Außenpolitik etc.).

Gleichzeitig spielt ein solch „unabhängiges“ Land nach außen eine wichtige Rolle, um den südafrika-

nischen Rassismus zu schminken.

Dies wurde bei dem Besuch Vorsters deutlich:

So forderte der Staatschef Kaiser Mantazima in einer Ansprache die „Auflösung der revolutionären UNO, die geradezu darauf versessen sei, Konflikte zu schaffen“ („Südafrikanisches Panorama“, Nr. 71).

Diese Worte waren ihm von Vorster diktieren worden: „... sollte die UNO aufgelöst werden, denn sie schafft nur Konflikte, anstatt sie beizulegen ...“ (Vorster, Sept. 76).

Die gleichen Worte, nur diesmal aus dem Munde eines „schwarzen Staatschefs“.

Afrika-Kommission



naher osten

Israel: „Selbstzersetzung des Siedlerstaates“?

Am 22.3. traten 4.500 israelische Hafenarbeiter aller drei Häfen (Haifa, Ashdod und Eilat) erstmals seit der Staatsgründung Israels gemeinsam in den Streik. Im November war eine Lohnerhöhung von 9% abgeschlossen worden, die aber keineswegs ausreichend ist, um die infolge der Inflation fortlaufenden Preiserhöhungen auszugleichen.

Der Streik fand mitten in der Zitrusfrüchtezeit statt. Zitrusfrüchte sind ein wichtiger israelischer Exportartikel. Die Regierung zwang die Docker schon nach zwei Tagen an die Arbeit; sie wurden mittels der bestehenden Notstandsgesetze dienstverpflichtet, wie es z.B. im letzten Jahr mit den israelischen Luftfahrtangestellten geschah. Schon vorher hatten die Arbeitsgerichte per einstweiliger Verfügung die Aufnahme der Arbeit angeordnet („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“, 24.3. und 26.3.77). Schließlich wurde nach einer Woche auch der sich anschließende Bummelstreik abgebrochen, nachdem die Regierung 5% Lohnerhöhung zugesichert hatte („NZZ“, 30.3.77). Gefordert worden war eine Lohnerhöhung von 600 israelischen Pfund im Monat. Diese Forderung entsprach den Lohnerhöhungen, die die israelische Regierung Ende Februar den mit Streik drohenden 150.000 Beamten und Angestellten der Gemeinden, Universitäten und der „Jewish Agency“ zugestanden hatte. Die Lohnerhöhungen lagen damals zwischen 13 und 30%, das sind 200 bis 850 israelische Pfund im Monat („Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, 1.3.77).

Die andauernden Streiks der verschiedenen Berufsgruppen in Israel sind eine Folge des immer größer werdenden Kaufkraftverlustes. Die Inflationsrate betrug 1976 42%, die Bruttolöhne stiegen um nur 33%. Für 1977 wird eine Inflationsrate von mehr als 50% erwartet. Zwischen 1968 und 1974 haben sich die Lebenshaltungskosten verdreifacht.

Viele Familien sind gezwungen, selbst schon an den Heizungskosten zu sparen! Besonders seit dem Oktoberkrieg ist der Lebensstandard der Bevölkerung ständig gesunken. 1976 standen einem Militäretat von rund 12 Milliarden Dollar Sozialausgaben von nur 2,2 Milliarden gegenüber. Mit mehr als 1000 Dollar Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung und Jahr steht der zionistische Staat an der Spitze aller Staaten der Welt. Die Auslandsschulden betragen inzwischen fast 10 Milliarden Dollar, die Inlandsschulden haben fast die gleiche Höhe erreicht („NZZ“, 29.1.77, „Deutsche Volkszeitung“, 10.3.77).

Die regierende israelische Arbeiterpartei und die zionistische Einheitsgewerkschaft Histadrut versuchten im Februar mit einem Lohn- und Preisstopp die Inflation auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung einzudämmen.

Das Abkommen sah ein Einfrieren der Löhne, Preise, Gewinne und Steuern bis nach den Knesset-Wahlen im Mai und den Histadrutwahlen im Juni vor. Obwohl es schon vom israelischen Finanzminister Rabinowitz und dem Histadrut-General-Sekretär unterzeichnet worden war („NZZ“, 16.2.77), konnten sich bisher die Regierungspartei, die „Gewerkschaft“ und die Unternehmer nicht darauf einigen. Der Präsident des Unternehmerverbandes hatte das Abkommen sofort als „Wahlschlager“ abgelehnt. Die Regierungspartei scheint ebenfalls eine solche unpopuläre Maßnahme kurz vor den Wahlen nicht durchsetzen zu wollen und zu können („SZ“, 3.3.77), wie die Lohnerhöhungen für einen großen Teil der im öffentlichen Sektor Beschäftigten zeigen.

Die ständigen Streikdrohungen, Bummelstreiks und die meist kurzen Streiks treffen aber keineswegs, wie die „KVZ“ vom 3.3.77 behauptet, „den Siedlerstaat“ am „Nerv“. Die „KVZ“ zieht sogar aus dem „Chaos“ in der israelischen Wirt-

schaft den kühnen Schluß, daß der „riesige Gewaltapparat ... nicht reibungslos“ funktioniert, denn: „Daß der öffentliche Dienst funktioniert, ist aber für die Militärmaschinerie unerlässlich. Über die Busverbindungen (!) laufen zum Teil die Mobilisierungen der Zionistenarmee bei den Vorbereitungen zur Aggression. Sind diese Wege nicht intakt, so ist ihr Apparat erheblich gestört.“

Will die „KVZ“ mit der Theorie von der „Selbstzersetzung“ des „Siedlerstaates“ auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten nun auch noch die Palästinenser vom Kampf gegen Israel abhalten, nachdem der Klassenkampf im Nahen Osten dank der Supermachttheorie überflüssig geworden ist?

Das wirtschaftliche Chaos, die ständig neu ans Tageslicht kommenden Korruptionsfälle der „Arbeiterpartei“ kommen eher den noch weiter rechts stehenden zionistischen Parteien zugute. Wirtschaftliche Unzufriedenheit allein hat noch nie zwangsläufig ein fortschrittliches Bewußtsein hervorgebracht.

Aber ihr Wunschenken hat sich die „KVZ“ noch nie durch Tatsachen trüben lassen. So wird z.B. ganz einfach übersehen, daß die israelische Regierung bisher noch jeden Streik mit Hilfe der Notstandsgesetze gebrochen hat, wenn sie es wollte. Außerdem ist der Gewaltapparat – wie das brutale Vorgehen der Zionisten in den besetzten Gebieten tagtäglich zeigt – bestens intakt. Und auch über das Funktionieren ihrer Militärmaschinerie können sich die Zionisten – leider – nicht beklagen. Seit dem Oktoberkrieg wurde die israelische Armee zahlenmäßig verdoppelt, die Rüstung erheblich erweitert und verbessert und die Mobilisierungsdauer ungefähr um die Hälfte verkürzt („NZZ“, 4.1.77 und „SZ“, 27.11.76).

Nahost-Kommission

Palästinensischer Nationalrat: Politische Spaltung besiegelt

Die Tagung des Palästinensischen Nationalrats in Kairo hat ein neues Exekutivkomitee der PLO gewählt und ein neues 15-Punkte-Arbeitsprogramm verabschiedet. Der Inhalt dieses Programms scheint weitere Schritte in Richtung auf eine „friedliche Lösung“ zu gestatten. 1/4 der Delegierten stimmte gegen das Programm oder nahm an der Abstimmung nicht teil. Das bedeutet, daß der Kampf um eine revolutionäre Linie des palästinensischen Widerstandes voranschreitet.

Wir wollen hier kurz über die bisher bekannten Ergebnisse der Tagung des Nationalrats berichten. Eine genauere Untersuchung werden wir anstellen, wenn uns der Wortlaut des 15-Punkte-Programms und die Stellungnahmen der Organisationen der Ablehnungsfront vorliegen.

Arafat wurde als Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO wiedergewählt. Das neue Exekutivkomitee enthält keine Mitglieder von Organisationen der Ablehnungsfront mehr. Dazu muß man bedenken, daß nur der Nationalrat ein neues Exekutivkomitee bestimmen kann. Die Vertreter der Ablehnungsfront waren aus dem Exekutivkomitee ausgetreten, aber erst die jetzige Wahl eines neuen Komitees ohne Vertreter der Ablehnungsfront hat diesen Zustand besiegt.

Das neue Aktionsprogramm der PLO erklärt u.a. die Bereitschaft der PLO, an allen Konferenzen und Initiativen zum Nahostproblem mitzuwirken („Neues Deutschland“, „ND“, 21.3.). Über den bewaffneten Kampf heißt es, daß er „in Koordination mit allen Formen des politischen Kampfes und der Massenbewegung“ fortgesetzt werden soll. Abgelehnt wurde eine Teilnahme an Konferenzen, deren Grundlage die UNO-Resolution 242 (die die Palästinenser nur als Flüchtlinge betrachtet) ist. Diese Resolution ist allerdings ohnehin durch neuere überholt.

Vergleicht man die bisher bekannten Punkte des Aktionsprogramms mit dem Aktionsprogramm von 1974 und vor allem mit dem politischen Programm von 1973, so

kann man eine weitere Aufweichung der Positionen feststellen, die noch mehr Raum für Kapitulationslösungen lassen. Besonders klar zeigt sich dies an der Einschätzung des jordanischen Regimes. Während 1973 noch vom „Kampf des jordanischen Volkes zur Befreiung Jordaniens“ die Rede war, und 1974 immerhin noch von der „Errichtung einer nationalen demokratischen Herrschaft in Jordanien“, sollen jetzt die Beziehungen zu Jordanien „normalisiert“ werden („ND“, 18.3.). D.h. daß der Nationalrat das Regime Husseins, des Schlächters von 20.000 Palästinensern, nun offiziell anerkennt und den Handschlag Hussein-Arafat gutheißt.

Verschiedene bürgerliche Zeitungen zitieren Erklärungen der PLO-Führer, daß dies neue Programm ein Ergebnis eines Kompromisses zwischen der Ablehnungsfront und der Rechten sei. Angeblich sei eine neue Einheit erreicht. Beweis: Die Ablehnungsfront sei nicht aus der PLO ausgetreten („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 21.3.). Das ist reine Propaganda, die Arafat als Vertreter des ganzen Volkes darstellen möchte. Es ist allerdings kaum noch notwendig, daß die Ablehnungsfront aus dieser PLO, die Arafat repräsentieren möchte, ausdrücklich austritt. Eine Aussöhnung mit Jordanien kann von der Ablehnungsfront niemals akzeptiert werden. Sie würde bedeuten, daß man sich nicht mehr auf die arabischen Massen stützt, die gegen ihre Regimes kämpfen. Das widerspricht völlig der politischen Grundlinie der Ablehnungsfront. Wenn die Organisationen der Ablehnungsfront in der PLO bleiben, dann nicht, um die Führungsrolle Arafats und seine Kompromißpolitik zu stärken, sondern um innerhalb der PLO für eine revolutionäre Linie zu kämpfen.

Die PLO-Führung hat alle Anstrengungen gemacht, um das 15-Punkte-Programm als „linken“ Kompromiß dazustellen. So trat zu Beginn des Kongresses PLO-Sprecher Kaddumi mit dem Vorschlag eines 5-Punkte-Plans auf, der u.a. enthielt, daß die PLO als Teil einer jordan-

ischen Delegation an Nahostverhandlungen teilnehmen sollte („NZZ“, 17.3.). Gegenüber diesem künstlich aufgebauten Hindernis kann die PLO-Führung es nun natürlich als besonderen Erfolg feiern, daß es im Programm heißt, die PLO werde nur als „gleichberechtigte und unabhängige Partei“ teilnehmen („FR“, 21.3.). Ein ebensolcher „Erfolg der Linken“ ist es, wenn Arafat nun erklärt, man wolle keine palästinensische Exilregierung bilden („ND“, 18.3.).

262 Delegierte waren auf der Tagung anwesend, 194 stimmten für das Aktionsprogramm, 13 dagegen, von dem Rest von 55 Delegierten ist in den Verlautbarungen überhaupt keine Rede. Bedenkt man, daß die Zusammensetzung des Kongresses durch eine reaktionär – syrische Mausehelei so festgelegt wurde, daß die Ablehnungsfront mit ca. 20 Delegierten allein gegen den Rest stehen sollte, so ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis. Es bedeutet, daß der Einfluß der politischen Linie der Ablehnungsfront kapitulatorischer Lösungen weit über die Organisationen der Ablehnungsfront hinausreicht.

Um der Gefahr vorzubeugen, daß sich die PLO vom palästinensischen Volk isoliert, wurden natürlich wieder viele unverbindliche wortradikale Erklärungen losgelassen. Die PLO wolle den „Kampf mit allen (!) Mitteln und in Selbstverteidigung (!) fortsetzen“ („FR“, 22.3.). Auch von den immer wieder beschworenen „legitimen Rechten“ der Palästinenser redeten am meisten die, die diese Rechte zu verkaufen beabsichtigen. Die PLO überließ es den Zionisten, klare Kampfparolen auszugeben. Auf die Erklärung der PLO, sie werde an allen Nahostverhandlungen teilnehmen, antwortete Israels Ministerpräsident Rabin („FR“, 23.3.): „Der einzige Begegnungsort mit der Terroristen-Organisation, die sich PLO nennt, bleibt das Schlachtfeld.“ Das palästinensische Volk weiß aus seinen Erfahrungen, daß tatsächlich das Schlachtfeld der einzige Ort ist, wo Palästina befreit wird.

Nahostkommission

Tunesien: Bourguiba besorgt über „Unruhestifter“

Nach dem Ende der Winterferien im Februar ist, wie vorherzusehen war, die Unruhe unter Schülern und Studenten wieder verstärkt ausgebrochen. Die Zwischenfälle in der Universität und auf den Straßen von Tunis haben eine bisher kaum gekannte Stufe der Gewalt erreicht. Es gab zig Verletzte; es gibt Gerüchte, daß ein Student an seinen Verletzungen gestorben ist; 15 Demonstranten wurden verhaftet; eine Razzia innerhalb der fortschrittlichen Opposition wurde eingeleitet. Die Regierung versucht, durch Provokationen und eine harte Repression, der Bewegung, die sich nicht beruhigen läßt, den Garaus zu machen.

Schon im Januar hatte die Staatsmacht zugeschlagen, indem sie 20 Schüler zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt hatte. 200 Schüler waren verhaftet und viele von der Schule ausgeschlossen worden, nachdem sie im Dezember gegen höhere Internatsgebühren demonstriert hatten. Die Internatsschule Jendouba ist in einem weiten Umkreis das einzige Gymnasium, so daß die Schüler praktisch nicht das Gymnasium besuchen können, wenn sie die Internatsgebühren nicht bezahlen können.

Seit dem 7. Februar hatten die beiden Provisorischen Universitätskomitees, „CUP“, die Studenten aufgerufen, ein Treffen vorzubereiten, das an die Ereignisse vor fünf Jahren, im Februar 1972, erinnern sollte.

Am 16. Februar fand dann das zentrale Treffen auf dem Universitätsgelände statt. Trotz der massiven Anwesenheit der B.O.P.s (spezielle Polizeitruppen) trafen sich 4.000 Studenten und bekräftigten noch einmal ihre Forderungen:

- gewerkschaftliche Freiheit und Anerkennung der universitären Freiheiten,
- Freilassung und bedingungslose Amnestie aller studentischen politischen Gefangenen,
- Aufhebung der Disziplinarmaßnahmen, Abschaffung der Aufpasser in den Fakultäten und Studentenwohnheimen,
- Einberufung eines außergewöhnlichen Kongresses auf Initiative der Vertreter der CUPs und im Rahmen demokratischer Wahlen.

Der Erziehungsminister Mzali hatte die Studenten mit einem Kongreß verhöhnt, der bisher immer wieder verschoben wurde und in dessen Vorbereitungskommission ausschließlich Vertreter der Einheitspartei Neo-Destour sitzen, die mit der Wirklichkeit an der Universität nichts zu tun haben. Aus Protest gegen diese „Studentenvertreter“ haben die Studenten die CUPs eingerichtet.

Am 19. Februar war der erste schwere Zwischenfall; als Provokateure in eine Versammlung im Wohnheim Bardo II eindringen, wurde einer der „Aufpasser“ schwer verletzt. Am 21. Februar starteten die B.O.P.s eine weitere Provokation, als sich 500 Studenten der Philosophischen und Medizinischen Fakultät im Studentenrestaurant versammelten. Die Jagd auf Studenten und die beispiellose Gewaltanwendung der Polizei bei dieser Gelegenheit zeigten, daß diese sich in ihrem „Austoben“ voll durch den Innenminister gedeckt fühlen.

Gerüchte sprachen anschließend von sechs Toten, was der Innenminister aber schnell dementierte.

Am nächsten Tag wurden Abschreckungsmaßnahmen getroffen: Studenten wurden aus Wohnheimen ausgeschlossen und ihnen wurden die Stipendien entzogen. Darauf antworteten die Studenten am 24. Februar mit einer Reihe gleichzeitig stattfindender Demonstrationen in den Stadtvierteln Bab El-Khadra und Bad Souika, aber auch in der Avenue Bourguiba und auf dem Platz von Barcelona. Die Polizei reagierte auf diese neue Taktik — gleichzeitige Aktionen an mehreren Orten — mit äußerster Gewalt. Die B.O.P.s durchzogen die Stadt in allen Richtungen und Panzer besetzten die strategisch wichtigen Kreuzungen. Die Studenten, denen sich spontan Schüler, junge Arbeiter und Arbeitslose anschlossen, bewarfen die Polizeitruppen mit Steinen und riefen: „Mit unserem Blut rächen wir unsere Genossen“ und „Kein Studium unter Polizeiaufsicht“. Belkhouja, der Innenminister, Staatspräsident Bourguiba und Parteiführer Sayah wurden ausgepfiffen. Es kam zu harten Zusammenstößen mit der Polizei, die schließlich die „Ruhe“ wiederherstellte.

Doch der Streik der Studenten wurde weitergeführt und dehnte sich weiter auf die Städte Monastir, Sfax und Gabes aus („Afrique Asie“, 21.3.77 und „Le Monde“, 27./28.2.77). Innenminister Belkhouja rechtfertigte die Übergriffe auf die Studenten. Sein Land könne es niemals zulassen, „daß eine Gruppe von Unruhestiftern die Errungenschaften oder den Namen der Nation schädigen“ („Monitor-Dienst“, 28.2.77).

Die bürgerliche Opposition meldet sich zu Wort

In jüngster Zeit hat die Regierung es auch mit anderen „Unruhestiftern“ zu tun: Vor kurzem trat die Volkseinheitsbewegung „MUP“ mit

einem Programm an die Öffentlichkeit, was eine Alternative zur jetzigen Regierung bieten sollte; die „Liberalen“ forderten ihrerseits in einer „Erklärung“ an die Presse eine Demokratie, die die Rechte des einzelnen wahre, und die Aufhebung des Ein-Parteien-Systems der Neo-Destour.

Am 21.3. gab die tunesische Regierung bekannt, daß in den letzten zwei Wochen 23 Personen verhaftet worden seien, nachdem der Staatssicherheitsdienst eine „Untergrundorganisation“ entdeckt hatte, die „als Aufgabe hat, die Regierung mit illegalen Mitteln zu bekämpfen und den Errungenschaften und der Einheit der Nation zu schaden“ („Le Monde“, 23.3.77). Die Verhafteten hatten Flugblätter verteilt. Die Regierung gab nur zwölf Namen bekannt, es sind alles ehemalige Mitarbeiter und Freunde Ben Salahs, die z.T. hohe Posten innehatten. Unter ihnen ist der Generalsekretär der Union der tunesischen Ingenieure. Daraufhin rief die Union zu einem Streik auf, der bis zur Freilassung andauern sollte.

Ben Salah war von 1961 bis 1969 der zweite Mann im tunesischen Staat hinter Bourguiba und nach und nach für Planung, Finanzen, Handel, Industrie, Landwirtschaft und Erziehung verantwortlich, bis seine Arbeit — Planwirtschaft und Förderung der Genossenschaften — dem halbfeudalen rechten Parteiflügel zu viel wurde. 1969 wurde er entlassen, aus der Partei ausgeschlossen und in einem Schauprozess wegen „Hochverrat“ und „Machtmisbrauch“ zu zehn Jahren Zwangsarbeit und Verbannung verurteilt. Seit ihm 1973 die Flucht nach Europa gelang, schickte Bourguiba Morddrohungen gegen ihn aus. Ben Salah ist der Führer der MUP. Er ist zugleich Präsidiumsmitglied des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen, zusammen mit Willy Brandt und Bruno Kreisky, was ein Licht auf den politischen Charakter dieser Organisation wirft.

In ihrem Programm greift die MUP die Regierung an:

„Der permanente Griff zur Repression unter all seinen Formen ist das wesentlichste Kennzeichen dieser Herrschaft, die jede Volkslegitimität verloren hat. Ihre Politik zielt auf die Bereicherung der Reichen, auf die Schaffung einer Kaste von Privilegierten, auf die Festigung der ausländischen Interessen, die Verarmung der Ärmsten und die Beraubung der Massen von jeder Möglichkeit, materiellen, kulturellen und politischen Fortschritt zu erlangen. Diese Macht

unterdrückt die Arbeiter ... und vervielfacht die willkürlichen Verurteilungen gegen fortschrittliche Kämpfer, die eingekerkert und gefoltert werden.“

Um sich gegen den Volksaufstand zu sichern, begibt sich dieses Regime unter den Schutz der imperialistischen Mächte, die auf der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ebene aktiv werden, damit Tunesien unterworfen und eingegliedert bleibt in die imperialistische Strategie, die das Mittelmeer und besonders den Maghreb bedroht.“

Soweit ganz gut! Auch die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen und eine Amnestie für alle Verurteilten, die Beendigung aller Unterdrückung, Folter und Polizeistaatsmethoden und die Anerkennung aller öffentlichen Freiheiten sind nur zu richtig. Reformistische Illusionen zeigen sich allerdings in den Forderungen nach der „Bildung einer vorübergehenden Volksregierung der

nationalen Solidarität“, Erarbeitung einer Charta, einer Verfassung und freien Präsidentschaftswahlen. Mit diesen Maßnahmen soll eine demokratische Gesellschaft geschaffen werden, die nach und nach das sozialistische Ziel erreichen soll (aus „Afrique Asie“, 7.3.77).

Die MUP hält es für möglich, mit den — eher rechten — „Liberalen“ zusammenzugehen.

Ihr Aufruf richtet sich aber eher an die Kräfte links von ihr, mit denen sie zeitweise auch Aktionseinheiten eingeht. Das Ziel der „Liberalen“ ist es, mit Personen aus der jetzigen Regierung und der MUP eine Koalition zu bilden.

Die größte Gefahr für das Bourguiba-Regime kommt jedoch derzeit von der militanten Studentenbewegung, deren Streiks und Demonstrationen sich zunehmend auf andere Bevölkerungsteile ausdehnen.

Nahost-Kommission/
Tunesien-Komitee Hamburg

30. März — Tag des arabischen Landes



Zionistischer Terror — 30.3.76 in Nazareth

Am 30. März kam es im besetzten Westjordanland zu einem Streik in allen wichtigen Städten. Die Geschäfte blieben geschlossen, der Schulbetrieb war gelähmt. Anlaß des Streiks war der erste Jahrestag des „Tages des arabischen Landes“, der eingeführt wurde, weil die Zionisten in Galiläa (seit 1948 besetzt) 630 Hektar arabischen Landes enteignen wollten.

Bei den Demonstrationen und Streiks, die der Auftakt der jetzt ein Jahr dauernden ständigen Rebellion waren, waren damals in Galiläa sechs, im Westjordanland und Gazastreifen 18 Palästinenser von den zionistischen Besatzertruppen erschossen worden.

Nahost-Kommission



asien

Vernichtende Wahlniederlage für Indira Gandhi ...und ihre revisionistischen Bundesgenossen

Die Wahlen zum indischen Zentralparlament „Lok Sabha“ (Unterhaus) haben mit einer vernichtenden parlamentarischen Niederlage der Gandhi-Diktatur geendet. Die bisherigen Oppositionsparteien erreichten zusammen genommen weit mehr als die absolute Mehrheit. Während des Wahlkampfes wurden mehrere Menschen von der in die Menge schießenden Polizei getötet.

Die bis vor kurzem regierende Kongreß-Partei erhielt von den insgesamt 542 Abgeordnetenmandaten nur noch 153. Bei den Wahlen 1971 hatte sie mit 355 Mandaten die absolute Mehrheit bekommen. Indira Gandhi selbst verlor ihren Parlamentssitz und natürlich auch ihr Amt als Ministerpräsidentin. Von den über 40 Ministern der Gandhi-Regierung wurden lediglich fünf wieder ins Parlament gewählt (nach der indischen Verfassung müssen alle Minister gleichzeitig auch Abgeordnetenmandate besitzen). In den nordindischen Bundesstaaten Bihar, Haryana, Panshab, Himachal Pradesh und Uttar Pradesh fiel auf die Kongreß-Partei nicht ein einziger Parlamentssitz. Gerade Uttar Pradesh galt bisher als eine Hochburg der Kongreß-Partei.

Die Janata — Sieger der Wahl

Eindeutiger Sieger der Wahl ist die erst vor wenigen Wochen gebildete Blockpartei Janata. Dieser Zusammenschluß entstand hauptsächlich aus wahltaktischen Überlegungen, da das indische Wahlverfahren kleinere Parteien ungünstig benachteiligt. So hatte die Kongreß-Partei seit der Unabhängigkeit von der englischen Kolonialherrschaft immer eine parlamentarische Mehrheit, die sogar zeitweise an die Zwei-Drittel-Mehrheit heranreichte. Niemals hatte sie bei den Wahlen aber wesentlich mehr als 40 % aller abgegebenen Stimmen bekommen.

Bei diesen Wahlen erhielt die Janata-Partei praktisch aus dem Stand 270 Sitze. Ihre Vorläuferorganisationen verfügten im alten Parlament zusammen lediglich über 39 Parlamentssitze. Der Janata-Block besteht aus vier noch nach wie vor eigenständigen Organisationen, die sich zur Wahl auf gemeinsame Kandidaten und eine gemeinsame Wahlplattform geeinigt hatten. Die vier Organisationen sind die Jana Sangh, der Oppositions-Kongreß, die Sozialistische Partei Indiens und die auch erst vor kurzem entstandene Partei Bharatiya Lok Dal. Als politische Hauptkraft dieses Zu-

sammenschlusses ist die religiös-faschistische Jana Sangh anzusehen. Jana Sangh ist die Partei des Hinduismus. Entsprechend vertritt sie die religiös motivierte gesellschaftliche Ordnung in Indien, das Kastenwesen. Eine ihrer Forderungen ist, daß Indien den Hindus gehören muß und „Ungläubige“ darin keine Existenzberechtigung haben. Dies richtet sich insbesondere gegen die Moslems, die immerhin fast 15 % der indischen Bevölkerung ausmachen. Außerdem sieht sie den erklärten Erzfeind Indiens auf dem indischen Subkontinent in dem islamischen Pakistan. Der Jana Sangh zugeordnet werden müssen eine Reihe von „Wehrsportverbänden“. Dies sind militärisch organisierte Terrororganisationen, die in der Vergangenheit zahlreiche Massaker an der moslemischen Minderheit verübten. Außerdem sind sie spezialisiert auf die terroristische Kontrolle von Gewerkschaftsorganisationen und auf die Ermordung von Kommunisten. So veranstaltete eine dieser faschistischen Banden, die in Bombay ansässige „Shiv Sena“, im Februar 1969 in Bombay ein Massaker, dem mehrere Hundert Menschen zum Opfer fielen, in erster Linie Angehörige einer rassischen Minderheit, der Tamilen. Auch die als „Bombay Bandh“ in die Geschichte Indiens

eingegangene „indische Kristallnacht“ 1970 geht auf das Konto von Shiv Sena, die überdies sich selbst voller Stolz als die indische „SS“ bezeichnet. Die bedeutendste dieser der Jana Sangh nahestehenden Terrororganisationen ist jedoch die „Rashtriya Swayamsewak Sangh“ (RSS). Die meisten der Jana Sangh-Führer hatten eine Karriere in der RSS hinter sich, bevor sie in die Jana Sangh überwechselten. Es war ein Angehöriger der RSS, der 1947 Mahatma Gandhi bei einem Attentat erschoss, weil dieser bei rechtsradikalen Hindus als „Abtrünniger“ und „Wegbereiter des Kommunismus“ galt. Unter der Gandhi-Diktatur war die RSS sogar verboten, die neue Regierung unter Morarji Desai legalisierte sie jedoch bereits zwei Tage nach ihrem Amtsantritt wieder (Informationen aus „Indian Report“ von Jochen Rindl).

Die zweite Partei von Bedeutung ist der alte Oppositions-Kongreß unter Desai, dem jetzigen Ministerpräsidenten. Diese Partei spaltete sich 1969 vom rechten Flügel der Kongreß-Partei von Indira Gandhi ab. Auch diese Organisation gilt als Partei des orthodoxen (sprich rechtsradikalen) Hinduismus, für den insbesondere Desai eine besondere Symbolfigur darstellt.

Die beiden übrigen Organisationen sind praktisch in Indien ohne größere politische Bedeutung. Die Sozialistische Partei Indiens ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und damit eine Schwesterpartei der SPD. Ihr Vorsitzender George Fernandes wurde gerade von der westdeutschen Presse in der Vergangenheit immer wieder als Arbeiterführer, Volksheld und konsequenter Kämpfer gegen die Gandhi-Diktatur dargestellt, natürlich völlig zu Unrecht. Fernandes war mehrfach in der BRD, um hier an Tagungen der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung teilzunehmen. Heute sitzt er als Postminister zusammen in einer Regierung mit Vertretern der faschistischen Jana Sangh.

Die vierte Partei ist die Bharatiya Lok Dal, eine direkte Interessenvertretung der Großgrundbesitzer. Sie ist eine Neugründung, in der die reaktionäre Svatantra-Partei aufgegangen ist.

Allen Organisationen der Janata-Partei gemeinsam ist ein entschiedener und zum Teil sogar militanter Antikommunismus. Aber die Janata steht im Parlament nicht allein da. Unterstützt wird sie von der regionalen Sikh-Partei „Akali Dal“ aus dem Panshab und der jüngsten Abspaltung der Kongreß-Partei, der „Con-

gressmen for Democracy" (CFD). Die CFD ist auch an der Desai-Regierung beteiligt, ihr Vorsitzender Jagjivan Ram ist neuer Verteidigungsminister. Anfang der siebziger Jahre hatte er dieses Amt schon einmal unter Indira Gandhi inne. In seine damalige Amtszeit fällt der Krieg gegen „den Erzfeind Pakistan“ (1971), der zur Gründung Bangladeshs führte. Ram ist ein „Unberührbarer“ und damit ein aus der indischen Kastenordnung Ausgestoßener, also kein Hindu. Diese Tatsache verschaffte ihm unberechtigtweise den Ruf, ein „Kämpfer für die Armen und Diskriminierten“ zu sein. Tatsächlich ist Ram selbst ein Großgrundbesitzer im Bundesstaat Bihar, dessen Ländereien bereits mehrfach von der armen Landbevölkerung demonstrativ besetzt worden sind. Zuletzt war Ram unter Indira Gandhi Landwirtschaftsminister. Er war verantwortlich für zahlreiche „Landreformen“, die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer machte... Diese Gestalt paßt also durchaus in die jetzige streng nationalistisch-antikommunistisch ausgerichtete Regierungselite. Bei der Wahl erhielt die CFD 28 Mandate und die Akali Dal acht. Beide Organi-

sationen waren vorher nicht im Parlament vertreten. Einen besonderen Mandatsverlust erlebte die revisionistische KP Indiens, das treue Anhängsel der Gandhi-Diktatur. Sie verlor 17 ihrer 24 Parlamentssitze. Doch davon unberührt hat das KPI-Steuerhelferchen sich flugs der neuen Regierung angedient!... Die KPI ist für alle Schweinereien gut, wenn's darum geht, im Geschäft zu bleiben.

„Demokratie oder Diktatur“?

Nach dem Ende der Wahlen, aber noch vor der Feststellung des vorläufigen Endergebnisses, hatte die noch amtierende Ministerpräsidentin Gandhi den Ausnahmezustand wieder aufgehoben. Es war da schon klar, wer die Wahl gewonnen hatte. Die neue Regierung unter Morarji Desai versprach sogleich nach ihrem Amtsantritt, die demokratischen Rechte uneingeschränkt wieder herzustellen. Wie ernst es ihr damit tatsächlich war, wurde aber auch bald deutlich: Das Gesetz zur Inneren Sicherheit

soll „zunächst noch“ bestehen bleiben. Es erlaubt die willkürliche Verhaftung einer jeden Person und ihre Einkerkierung für die Dauer von bis zu zwei Jahren, und zwar ohne eine richterliche Anordnung. Der Polizei willkür bleiben damit alle bisherigen Möglichkeiten offen.

Die neue Regierung ist unter dem Slogan „Demokratie oder Diktatur“ an die Macht gekommen, wobei sie sich selbst als die demokratische Alternative zur Gandhi-Diktatur ausgab. Neben der Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, der Zurücknahme aller die bürgerlichen Rechte einschränkenden Gesetze der Gandhi-Diktatur einschließlich der Verfassungänderungen versprachen die Propagandisten der jetzigen Koalition auch ein materielle Besserstellung des werktätigen indischen Volkes, also den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und den Hunger. Offenbar gelang es ihnen, mit dieser Demagogie relativ große Teile des indischen Volkes hinter sich zu bringen. Diese Demagogie wird in den programmatischen Vorstellungen der neuen Desai-Regierung fortgesetzt. So verspricht sie, innerhalb der nächsten zehn Jahre die Armut und das

Massenelend zu beseitigen. Derartige Phrasen werden seit dreißig Jahren schon von jeder indischen Regierung gedroschen, sie gehören zu den propagandistischen Dauerbrennern. Geändert hat sich aber an dem Zustand bis heute grundsätzlich nichts.

Die von der Gandhi-Diktatur beabsichtigte eigenständige und im wesentlichen von den Imperialisten unabhängige kapitalistische Entwicklung soll jedoch einer verstärkten Kooperation mit den Imperialisten weichen. Diese angestrebte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit bedeutet letzten Endes nichts anderes, als daß Indien verstärkt unter den Einfluß der ausländischen imperialistischen Konzerne geraten wird. Damit zusammenhängend wird Indien einen außenpolitischen Kurswechsel vollziehen, indem es zukünftig wieder verstärkt im Windschatten des imperialistischen Westens segeln wird. Die ökonomische und politische Loslösung von der Sowjetunion wurde von Desai bereits angekündigt, als er die Möglichkeit einer Aufkündigung des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages andeutete.

Asien-Kommission

Vor diesem Hintergrund sollte es niemanden überraschen, daß das große Friedensgebilde sang- und klanglos zusammengebrochen ist. Die Gespräche zur konkreten Festlegung der Abmachungen kamen nicht voran, zudem stieß die ganze Sache offensichtlich auf erheblichen Widerstand der MNLF-Basis (so wollte beispielsweise einer von Marcos' Vertrauten persönlich alle Feldkommandeure der MNLF besuchen, um sie von den Vorzügen des Abkommens zu „überzeugen“...).

Die bereits ausgerufenen Wahlen wurden permanent verschoben. Erst sollten sie Anfang des Jahres stattfinden, um dann auf den 21.2.77 verschoben zu werden – um wiederum auf den 17.3. verlegt zu werden. Nun, auch der 17.3. ging ohne Abstimmung ins Wasser. Nun, auch der 17.3. ging ohne Abstimmung ins Land und es wird wohl auch am nächsten Datum, dem 21.4., nichts werden. Marcos hat darüberhinaus auch gleich noch die „allgemeinen Wahlen“ in den Philippinen „bis auf weiteres“ verschoben...

Der im Frühjahr beschlossene Waffenstillstand wurde seitdem ständig von der philippinischen Armee gebrochen. Die Faschisten besetzten am 2.3. eine Insel in der Nähe der Stadt Zamboanga, die bislang in der Hand der Guerilla war („NZZ“, 11.3.77). Auch aus anderen Gebieten werden erneute Kämpfe gemeldet. Als Antwort auf diesen Waffenstillstandsbruch führen die Moslems zur Zeit eine neue Rekrutierungskampagne durch und geben bekannt, daß „sie sich nicht an den Wahlen beteiligen werden und die Ergebnisse nicht akzeptieren werden“ („Business Times“, 15.3.77).

Damit ist klar, daß das Unterfangen der philippinischen Diktatur, die MNLF durch einen faulen Kompromiß („Autonomie“, „Waffenstillstand“) zu kaufen, gescheitert ist. Wie die Diktatur tatsächlich „das Moslemproblem“ zu lösen gedenkt, wird auch noch an einer anderen Stelle deutlich. Zum einen hat Marcos unlängst Vereinbarungen mit Thailand zur gegenseitigen Unterstützung bei „inneren Auseinandersetzungen“ getroffen. Zum anderen hat auf eine Anfrage von Marcos hin Indonesien Hilfe „bei der Lösung des Rebellenproblems in den südlichen Landesteilen“ angeboten („SWB“, 9.3.77).

Die Massenmorde in Ost-Timor machen deutlich, wie die Hilfe Indonesiens aussehen soll.

sienkommission

Bürgerkriegsähnliche Zustände in Pakistan

Die nach den Parlamentswahlen in Pakistan ausgebrochenen „Unruhen“ verschärfen sich weiter. Bei den Wahlen hatte die regierende diktatorische „Pakistan People's Party“ (PPP) über drei Viertel aller abgegebenen Stimmen für sich verbucht. Dies Wahlergebnis war von der oppositionellen Blockpartei „Pakistan National Alliance“ (PNA) als illegal und verfassungswidrig deklariert worden. Die danach ausgebrochenen Proteste gegen die Bhutto-Diktatur sind vom Militär blutig niedergeschlagen worden. Die oppositionelle PNA fordert, daß das Wahlergebnis annulliert wird und Neuwahlen durchgeführt werden. Um der Forderung nach Wiederholung der Wahlen Nachdruck zu verleihen, werden im ganzen Land Protestkundgebungen und Demonstrationen durchgeführt. Das Militär geht brutal gegen Menschenansammlun-

Ein Entführer sitzt in der Bonner Botschaft!

Daß der Geheimdienst der koreanischen Faschisten, der KCIA (Ähnlichkeiten mit einer US-Organisation dieses Namens sind rein zufällig), nicht nur im Inland aktiv ist, ist bekannt. So wurde aus Japan der oppositionelle Präsidentschaftskandidat Kim Dae Jung nach Seoul verschleppt. In der BRD hatte der KCIA 1967 in großem Stile zugeschlagen. Damals wurden 17 südkoreanische Professoren und Studenten verschleppt. Der bekannte Komponist Yun I Sang, der damals zu den Entführten gehörte und in Seoul zu Tode verurteilt worden war, wurde erst jetzt nach Protesten (auch seitens der BRD-Regierung, denn er besitzt die BRD-Staatsangehörigkeit) freigelassen.

Der Protest der BRD-Regierung geht nun allerdings nicht so weit, daß sie etwas dagegen hätte, daß der an Yuns „gewaltsamer Entführung beteiligte Geheimdienst-Agent Lee heute als Gesandter der südkoreanischen Botschaft in Bonn tätig“ ist („Parlamentarisch Politischer Pressedienst“, „ppp“, 28.2.77)!! (Man stelle sich für einen Moment vor: DDR-Bürger hätten in der BRD jemanden entführt und einer der Entführer säße in der Bonner Botschaft. Was das für Schlagzeilen von Springer-Presse bis zur Frankfurter Rundschau gegeben hätte...).

Ein weiterer Kidnapper hat inzwischen auch einen guten Posten. So hat Yun in dem „Leiter des Flugsicherheitsdienstes in Tokio, Takuji Sadaho“, den ehemaligen Leiter des Büros der „Japan Airlines“ in Hamburg wiedererkannt, der bei seiner Entführung ebenfalls beteiligt war („Süddeutsche Zeitung“, 22.3.77).

Asien-Kommission

5.000 Soldaten

5.000 Soldaten gegen 200

„Terroristen“

Unter dem Namen „Operation Big Star II“ läuft zur Zeit die zweite „Unterdrückungskampagne“ in diesem Jahr in Südthailand ab. „Ungefähr 5.000 malaysische und thailändische Soldaten sind in einer großen Jagd nach einer Bande von 200 bis 250 kommunistischen Terroristen beteiligt“ („Business Times“, 15.3.).

Nun, nach offiziellen Angaben ist es der totalen zwanzigfachen Übermacht der Faschisten bisher nicht gelungen, auch nur ansatzweise Erfolge zu erzielen. Die zweite „Offensive“ ist scheint's genauso erfolglos wie die erste. Da ist die Rede von „einem getöteten Kommunisten“, an anderer Stelle von 17 usw.. Abgesehen davon, daß die Diktatur sich mit ihren manipulierten Zahlenangaben selber lächerlich macht, handelt es sich bei dieser Aktion ganz offensichtlich um eine erneute Besetzung großer Teile Südthailands – eine Maßnahme zur Unterdrückung der Bevölkerung also, um den Befreiungskampf „einzudämmen“. Doch müssen die thailändischen Verantwortlichen zugeben, daß die Armee in der Bevölkerung auf Widerstand stößt: „Mangelndes Vertrauen der Bevölkerung erschwert Guerillabekämpfung“ heißt es in einer Rede von General Soem Na Nakhon. „Er sagte ferner, er wünsche nicht, daß die Streitkräfte an irgendeinem Platz verweilen, da ihre Anwesenheit unerfreuliche Auswirkungen bei der einheimischen Bevölkerung bringen könnte“ („Monitordienst“, 10.3.77).

Na denn, weiter so...

Krieg diesem „Frieden“

Philippinen. Ende März hat der philippinische Präsident und Oberfaschist Marcos „die Autonomie von 13 von Moslems bewohnten

Provinzen in den südlichen Philippinen proklamiert“ („SZ“, 24.3.77). Einhergehend mit dieser „Autonomie“ wird „eine provisorische

Regierung aus Moslems von der Befreiungsfront Moro und Vertretern anderer Bevölkerungsgruppen berufen“ („SZ“, 24.3.77).

Um es vorwegzunehmen: Diese von Marcos ausgerufenen „Autonomie“ hat absolut nichts mit der geforderten Autonomie zu tun. Sie ist vielmehr vollständiger Ausdruck des Scheiterns der sogenannten „Friedensgespräche“.

Diese Gespräche begannen vor wenigen Monaten unter Schirmherrschaft von Lybiens Staatschef Gadhafi. Heraus kam eine oberflächliche Einigung über die Gewährung einer nicht näher definierten „Autonomie“ für die Südpfeilprovinzen, über eine zu gewährende Amnestie und einen Waffenstillstand zwischen der Befreiungsfront MNLF und den philippinischen Streitkräften. Sehr schnell wurde daraufhin deutlich, daß sich hinter dieser Einigung grundsätzlich verschiedene Vorstellungen verbergen. Beispielsweise verlangt die MNLF selbstverständlich eine vollständige Autonomie mit eigener Verwaltung, Gerichtsbarkeit und eigenen Sicherheitskräften.

Die „Autonomie“ a la Marcos freilich sollte unter der Schirmherrschaft seiner Armee ablaufen...

Es handelt sich hier also nicht um besondere Rechte für die moslemische Bevölkerung. Es geht nicht darum, deren Forderung nach Selbstbestimmung anzuerkennen, sondern de facto werden die philippinischen Provinzen zu Bundesstaaten umfunktioniert. Die jeweiligen Verwaltungsorgane in diesen Bundesstaaten werden natürlich von Marcos ernannt.

Die „Berufung“ (!) einer Provisorischen Regierung hat's ebenfalls in sich.

Marcos rief dazu auf, eine neue Moslemführung zu bilden. Er präsentierte auch gleich eine Reihe von ehemaligen Guerillas – die heute mit der Diktatur kollaborieren – als geeignete Führungskräfte („SWB“, 25.2.). Mit Sicherheit besteht die jetzt berufene Regierung aus genau diesen Kollaborateuren.



Kämpfer der MNLF

Todesurteile, überfüllte Gefängnisse



Südkoreanische Bullen verhaften einen Priester

Gerade wurde vom „Obersten Gerichtshof“ das Todesurteil gegen den bis zu seiner Verhaftung in Japan lebenden Koreaner Lee Chol bestätigt. Lee sei angeblich zweimal zur „Spionageausbildung“ in der KVDR („Nordkorea“) gewesen und soll da-

nach in Südkorea für die KVDR Spionage betrieben haben. Obwohl Zeugen in Seoul vor dem Gericht aussagten, daß er zur Zeit der angeblichen „Spionageausbildung“ in Japan war, bleibt das Todesurteil bestehen. Jetzt kann er praktisch nur

noch durch eine Begnadigung vor der Todesstrafe gerettet werden.

Ebenfalls bestätigt wurden die Urteile gegen die „Myongdong-Gruppe“. Am 1. März 1976 hatten sich in der „Myongdong“-Kirche in Seoul mehrere bürgerliche Oppositionelle, darunter der frühere Präsident Yun Po Sun, der aus Japan gekidnappte Präsidentschaftskandidat Kim Dae Jung sowie religiöse Persönlichkeiten versammelt und den Rücktritt des Faschisten Park gefordert. Weil das einen Verstoß gegen das „Notstandsdekret Nr. 9 des Präsidenten“ darstellte, wurden sie zu ein bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Damit befindet sie sich in zahlreicher Gesellschaft, denn die Gefängnisse Südkoreas platzen aus allen Nähten. Einem Bericht des „Justizministeriums“ zufolge waren Ende Juni 1976 mehr als 60.600 Menschen in 29 Gefängnissen und Kerkern eingesperrt. Im West Gate Gefängnis in Seoul „sind mehr als 10 Insassen in 5-Quadratmeter-Zellen zusammenge-drängt, wo sie weder stehen noch sitzen können“ („AMPO“, 3/76).

Asien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



VDS-Mitgliederversammlung:

Basisgruppen gehen in die Opposition

Vom 20. bis 26.3. fand in Köln die zweite „ordentliche“ Mitgliederversammlung der Vereinigten deutschen Studentenschaften (VDS) statt. Auf der Tagesordnung stand der übliche Koalitions-tango: Ein Stück Papier – genannt Hauptresolution – war sieben Tage lang Gegenstand des Machtpokers zwischen MSB/SHB und Jusos – wobei es nicht darum ging, welche Seite die Interessen der Studentenbewegung vertritt, sondern wer die besseren Karten in dem Spielchen um die Vorstandsposten aufweisen konnte. Für die anstehenden Kämpfe der Studentenbewegung sprang dabei erwartungsgemäß nichts heraus – abgesehen von allgemeinen Empfehlungen, noch in diesem Semester zu Boykottmaßnahmen gegen die vorgesehenen Landeshochschulgesetze zu kommen und einen bundesweiten Streik für das Wintersemester gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG) vorzubereiten. Demgegenüber wurde zum ersten Mal von der Basisgruppenfraktion der Versuch unternommen, diese Mäuschel- und Machtpolitik um die Vorstandspötschen zu durchbrechen und auf der Grundlage eines eigenen Aktionsprogramms selbstständige Positionen zu formulieren und durchzusetzen. Die Mehrheit der BGen lehnte es diesmal ab, sich überhaupt am Aushandeln der ebenso allgemeinen wie inhaltsleeren „Hauptresolution“ zu beteiligen, die „traditionsgemäß“ die „Basis“ für den VDS-Vorstandsklüngel bildet. Immerhin zeigt sich darin ein Ansatz zur Bildung einer linken Opposition in den VDS (anstelle der bisherigen „Aktionseinheit“), worauf die KB-Studenten seit ihrer Mitarbeit in der BG-Fraktion hingearbeitet haben.

Allerdings darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß der Oppositionskurs keineswegs vereinheitlicht ist, sondern gegen den Widerstand eines größeren Teils der BGen durchgesetzt werden mußte. Und erst die weitere Auseinandersetzung wird zeigen, wieweit dieser oppositionelle Anspruch eingelöst werden kann.

Handel und Wandel

Handel und Wandel

Gegenüber dem Vorjahr zeigte sich auf der VDS-MV ein verändertes Kräfteverhältnis: Die Basisgruppen konnten einen erheblichen Stimmenzuwachs für sich verbuchen und bilden die zweitstärkste Fraktion in den VDS (BG ca. 190; KHB: 39 gegenüber 167 Stimmen von BG/KHB gemeinsam im letzten Jahr). Die Jusos/LHV haben einen deutlichen Stimmenverlust hinnehmen müssen (160; im Vorjahr noch 200); während die GO-Fraktion (MSB/SHB) ihren Stimmenanteil wesentlich halten konnte (280 gegenüber 275 im Vorjahr).

Da keine der Fraktionen über eine Mehrheit in den VDS verfügt, ist es das Bestreben von MSB/SHB einerseits und Jusos/LHV andererseits, eine „regierungsfähige“ Koalition zuwege zu bringen, in der sie selbst möglichst viel Einfluß ausüben.

MSB

Traditionell verfolgt der MSB mit seinem „Partner“ SHB einen Kurs

der gar nicht mal dumme Einschätzung der Jusos, mit einer solchen Politik an die BGen heranzutreten, basiert darauf, daß z.B. SB-nahe Kräfte (und nicht nur diese) bekanntermaßen eine Zusammenarbeit mit den Jusos bevorzugen. Andererseits spekulieren die Jusos auf die Schwäche und Uneinheitlichkeit der BGen, um sie für („links“?) sozialdemokratische Politik zu instrumentalisieren.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Nachdem klar war, daß die Mehrheit der BGen nicht bereit war, sich auf derlei Manöver einzulassen, ließen die Jusos dieses Vorhaben wie eine heiße Kartoffel fallen und schwenkten auf einen gemeinsamen Kurs mit MSB/SHB ein, wo sie bereits sehnsüchtig erwartet wurden.

Nicht uninteressant ist dabei freilich, daß diese Art von Politik ohne sichtbaren Widerstand der sogenannten „Antirevisionisten“ unter den Jusos vonstattengeht. Offenbar funktioniert gerade bei solchen Anlässen die „Arbeitsteilung“ zwischen „Stamokap“ und „Antirevisionisten“ in der Bündnisfrage recht gut.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu ein Hohn, wenn die Revisionisten nach der MV von „erkennbar“ besseren Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Jusos sprechen. Außer einer Einigung auf eine allgemeine Einschätzung ist nichts herausgesprungen. Die für die Revisionisten so zentrale Frage der „Abrüstungsdemo“ wurde voll abgeblockt, auf einer Pressekonferenz so zentrale Frage der „Abrüstungsdemo“ wurde voll abgeblockt, auf einer Pressekonferenz nach der MV verwies der Jusos-Sprecher diesbezüglich kurzerhand auf die Entscheidung seines Bundesvorstandes.

Diese Schmierenskomödie – genannt Mitgliederversammlung – ist gerade vor dem Hintergrund der letzten Studentenkämpfe eine Provokation. Während der Einfluß der Revisionisten an den Hochschulen stagniert, die Jusos bedeutende Verluste hinnehmen müssen, vor allem aber in den Kämpfen des vergangenen Semesters – sei es in Tübingen, Bochum, Westberlin, Heidelberg oder Göttingen – keine Rolle gespielt haben (bzw. eine zurückzerrende), wird das Geschehen auf der MV weitgehend durch MSB/SHB – Jusos-Gepoker bestimmt. Der eigentliche Sinn und Nutzen, den solche MV's haben sollten, nämlich A k t i o n e n vorzubereiten, zu koordinieren oder auszuwerten, wird damit ad absurdum geführt.

Andererseits sind die Studenten-kämpfe auch nicht spurlos an diesem

Gremium vorbeigegangen. Die alte Konstellation zeigt immerhin Auflösungserscheinungen. Abgesehen von dem monolithischen Block der „gewerkschaftliche Orientierten“, der kaum Risse bei den zahllosen Abstimmungen zeigte, lassen sich sowohl bei den Jusos als auch innerhalb der Basisgruppen verschiedene Strömungen festmachen: So umfaßt die Juso-Fraktion sowohl einen stramm auf SPD-Kurs fahrenden rechten Flügel um Hartung (Fraktionsvorsitzender) und die Stamokap-Fraktion als auch einen antirevisionistischen Flügel, der sich eigentlich zur Aufgabe gesetzt hat, eine Politik links vom Bundesvorstand der Jusos umzusetzen (wovon man allerdings wenig gemerkt hat).

Ebenso ist bei den Basisgruppen eine zunehmende Differenzierung festzustellen, die auch die objektive Grundlage für die Versuche sowohl von Seiten der Revis als auch der Reformisten, mit den Basisgruppen ins Geschäft zu kommen, abgibt: Der bayrische KHB (Studentenorganisation des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der DKP“) entpuppte sich auf der MV unübersehbar als Agentur der Revisionisten in den Basisgruppen, deren Übertritt in die GO-Fraktion lediglich einem taktischen Kalkül entspringt – nämlich nicht auch noch den verbliebenen Rest an Stimmen in Süddeutschland zu verlieren.

Weiterhin kristallisierte sich eine Gruppe von „undogmatischen Reformisten“ um Basisgruppen-„Chef“ Axel Ickert heraus, die immer wieder ein mögliches Zusammengehen mit den Jusos ins Spiel brachte (z.B. der ungeheuer „trickreiche“ Vorschlag, eine gemeinsame Hauptresolution mit den Jusos zu machen, in der man das Aktionsprogramm der BGen noch irgendwie unterbringt). Diese Gruppe paßte sich jedoch rechtzeitig der mehrheitlich vertretenen Tendenz an, jegliche Art solcher „Hauptresolutionen“ abzulehnen.

Gestärkt zeigte sich in diesem Differenzierungsprozeß die Sponti-Fraktion (Heidelberg Uni/PH, Uni Tübingen, Uni Bochum, die LAUS an der PH Westberlin), die jedenfalls radikaler als bisher den Kurs der Autonomie von den bürgerlichen Kräften im VDS verfolgten, und in dieser Frage mit den KB-Sympathisanten zusammengingen.

Insgesamt zeigt sich, daß die bisherige Konstellation und die in den VDS „übliche“ Politik zunehmend in Widerspruch zur politischen Realität – (einerseits an den

Hochschulen selbst, andererseits von dem tatsächlich vorhandenen politischen Spektrum innerhalb der Blöcke) gerät.

Dies kann in den kommenden Semestern zu neuen Konstellationen führen. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, ist eine verstärkte Auseinandersetzung zwischen, aber auch innerhalb der VDS-Fraktionen notwendig.

Spontis: Inkonsequent ...

Während der KHB, der seinen Kurs der „Aktionseinheit“ mit dem MSB nicht aufgeben mochte, die Basisgruppen-Fraktion verließ (hoffentlich nicht nur für diese MV), schaffte es Axel Ickert wieder mal, rechtzeitig umzusteuern, ohne im Grunde genommen die alte Scheiße aufzugeben. Axel I. hatte noch im Januar auf einem VDS-Seminar die angebliche „Einheit der Linkskräfte“ (gemeint war die alte VDS-Koalition, jeder mit jedem) als das besondere Ergebnis des Wintersemesters hervorgehoben, ein kaum zu überbietender Schwachsinn (überall, wo es zu stärkeren Kämpfen gekommen war, waren diese mit heftigen Auseinandersetzungen mit MSB/SHB und Jusos verbunden gewesen). Obwohl mit der Aufgabe einer gemeinsamen Hauptresolution auf dieser VDS-MV verbal einverstanden, konnte der Basisgruppen-Chef es trotzdem nicht lassen, dieses Lieblingskind des alten VDS-Vorstands („Einheit der Linkskräfte“) in einem Papier nochmal zu verteidigen.

Wie inkonsequent andererseits die VDS-Vorstands („Einheit der Linkskräfte“) in einem Papier nochmal zu verteidigen.

Wie inkonsequent andererseits die Ablehnung dieser Art von „Einheit“ durch die Sponti-Asten ist, zeigte sich schließlich in der Frage der Vorstandswahlen.

Als MSB, SHB, Jusos und LHV ihre Hauptresolution endlich ausgemäuschelt hatten und feierlich zur Wahl schritten, haute die Mehrheit der BGen noch mal „radikal“ auf die Pauke: Keine Beteiligung an den Vorstandswahlen ohne Anerkennung wesentlicher Teile des BG-Aktionsprogramms durch die MV (die KB-Studenten forderten einen Vorstandsvertreter für die BGen, auch ohne daß diese der Hauptresolution zustimmen, aufgrund deren realer Stärke: 1/4 aller Stimmen auf der MV). Als dann von der MV alle BG-Forderungen abgelehnt worden waren, verstummten die „radikalen“ Stimmen schnell: Auch ohne die „Essentials“ wurde nun eine Beteiligung an den Wahlen vorgeschlagen. Inzwischen hatten die Jusos, MSB, SHB und



LHV einen vierköpfigen Vorstand gewählt, in den Axel Ickert „kommissarisch“ aufgenommen werden sollte. Axel I. „nahm die Wahl an“ – er „liebt“ die Arbeit im Vorstand zu sehr, als daß er Konsequenzen aus der veränderten Situation ziehen würde. Der Vorschlag der KB-Studenten, sofort die Diskussion darum zu führen, ob und wer kommissarisch in den Vorstand geschickt werden soll, stieß auf wenig Gegenliebe. So hat sich nach außen hin praktisch nichts geändert, und für die anschließende Pressekonferenz war die schöne „Einheit der Linkskräfte“ wieder hergestellt.

Gerade die Auseinandersetzung um die Notwendigkeit einer konsequenten linken Opposition innerhalb der VDS hat innerhalb der BGen tiefe Risse aufgedeckt. Einigen der Punkt war bisher die Position der „undogmatischen Linken“. Schon die ersten Kratzer haben nun aber ans Tageslicht gebracht, daß sich dahinter Positionen verbergen, die kaum unter einen Hut zu bringen sind. Die weiteren Auseinandersetzungen sollten deshalb davon ausgehen, daß es sich bei den Basisgruppen um ein Bündnis verschiedener politischer Strömungen handelt, in dem die Diskussion um die weiteren Aufgaben erst begonnen hat.

... und lahm ? I

Im Gegensatz zu MSB, Jusos usw., die zugunsten des Vorstandsringens sehr schnell bereit waren, auf Aktionsvorschläge zu verzichten, waren die BGen die einzigen, die an der Diskussion um konkrete Aktionen festhielten.

Die Basisgruppen selbst hatten vorgeschlagen, am 12. Mai eine nationale Demonstration in Heidelberg gegen die 21 dort laufenden Relegationsverfahren durchzuführen. Ziel dieser Aktion soll es sein, die Relegationen zurückzukämpfen und Heidelberg zu einem Ausgangspunkt für weitere Aktionen in Sommersemester zu machen.

Mit diesen Relegationen hat sich die extrem reaktionäre Professoren-Mafia in Heidelberg wiederum an die Spitze des „Roll-backs“ gegen die auflebende Studentenbewegung gesetzt. Deshalb begrüßen wir es, eine massive Protestaktion gegen diese Leute (die auch den Heidelberger Rektor stellen) durchzuführen und damit auch die Diskussionen und Aktivitäten gegen die Repression an anderen Unis wieder in Gang zu setzen. Realistisch eingeschätzt dürfte sich die Mobilisierung dazu allerdings wesentlich auf den baden-württembergischen Raum erstrecken – unterstützt von Delegationen aus dem Norden.

Skeptisch stimmt uns jedoch, wenn von Sponti-ASten diese Aktion

gerade damit begründet wird, daß an ihren Hochschulen in diesem Semester nicht viel laufen werde und insbesondere eine Weiterführung der Kämpfe des vergangenen Semesters von vornherein für unmöglich gehalten wird (Tübingen, Westberlin, Bochum). Gänzlich veräppelt muß man sich vorkommen, wenn ausgerechnet der Heidelberger AStA, wo immerhin die Aktion starten soll, kaum Möglichkeiten für massiven Widerstand der Studenten sieht.

Damit wird doch der wesentliche Sinn und Zweck einer solchen Aktion, als Funke für weitere Aktionen zu wirken, negiert. Die eigene Trägheit und das mangelnde Zutrauen in die Studentenbewegung soll so hinter einer zentralen Aktion ver-



steckt werden. In Wirklichkeit ist es doch so, daß sich etwa in Tübingen, Frankfurt, Heidelberg oder Bochum (Reihenfolge beinhaltet keine Wertung) die eigene Schlapheit und Inaktivität dieser ASten herumgesprochen hat.

Wir halten diese Aktion für sinnvoll, weil sie bewirken kann, daß an einem Punkt die Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat zugespitzt wird, womit die Möglichkeiten für eine Verbreiterung des Widerstands geschaffen wird. Deshalb sollte man schleunigst in die Diskussion darüber einsteigen, wie die Heidelberger Aktion konkret aussehen soll und eine starke Beteiligung daran gewährleistet werden kann.

Bündniskommission
KB / Gruppe Hamburg

KHB: Nur noch eine Frage der Zeit

Noch auf der VDS-MV des letzten Jahres bestimmte der KHB durch seinen Kurs der „Aktionseinheit“ mit den Revisionisten maßgeblich die Politik der Basisgruppen. Konnte er mit seinen angeblichen Überlegungen zur „Taktik“ gegenüber der DKP noch einen Teil der BGen auf seine Seite ziehen, hat er diesmal sowohl durch seine politischen Positionen als auch durch sein Verhalten auf der VDS-MV unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er seine eigentliche politische Heimat in den Armen von DKP/MSB sieht und nicht bei den Basisgruppen. Auch diesmal versuchte er wiederum, die BGen in eine „Aktionseinheit“ mit dem MSB von DKP/MSB sieht und nicht bei den Basisgruppen. Auch diesmal versuchte er wiederum, die BGen in eine „Aktionseinheit“ mit dem MSB hineinzuziehen, womit er sich jedoch (in der Offenheit, wie er dies vorbrachte) in völlige Isolierung hineinmanövrierte. Dadurch entstand für ihn die peinliche Lage, innerhalb der BGen nicht mehr erwünscht zu sein und vom MSB nicht mehr gebraucht zu werden. Ihre Rolle als offener Handlanger des MSB war damit aus-

gespielt. Er selbst zog die Konsequenz und verließ (zumindest für die Dauer der MV) die BG-Fraktion. Im folgenden einige Stationen der rasanten Talfahrt des KHB:

- Der KHB entblödete sich nicht, den Kampf gegen die AKWs als „Maschinenstürmerei“ zu beschimpfen, weil man eben „das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen“ könne. Außerdem – man höre und staune – würden die Arbeiter eigentlich gar nicht die AKWs bekämpfen wollen, sondern lediglich deren unzureichende Nutzung durch die Kapitalisten.

- Die Ausbürgerung Biermanns aus reichende Nutzung durch die Kapitalisten.

- Die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR, die in breiten Teilen der Linken heftige Empörung ausgelöst hat, kommentiert der KHB damit, daß sie „leider“ viel zu spät erfolgt sei (was man ebensogut in der „UZ“ hätte nachlesen können).
- Als Hochschulreferent gab Heinz Braun im VDS-Vorstand seine Zustimmung zu den VDS-„Aktions-

tagen“, ohne Rücksprache mit den BGen zu halten.

- Auf der diesjährigen VDS-MV setzte der KHB dem einstimmig verabschiedeten Aktionsprogramm der BGen eine eigene Hauptresolution entgegen, als Grundlage für die von ihm favorisierte „Aktionseinheits“ Politik mit dem MSB.
- Bei der Abstimmung der Hauptresolution der GO-Fraktion enthielt sich der KHB – stimmte aber gegen das Aktionsprogramm der BGen.

- Mit ihren Stimmen verschafften sie den Revisionisten die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Frauenprojektbereichs.

- Mit ihren Stimmen verschnarrten sie den Revisionisten die inhaltliche und organisatorische Gestaltung des Frauenprojektbereichs.

Insgesamt zeigt sich, daß der KHB in allen relevanten Fragen der Studentenbewegung stets mit den Revisionisten zusammengeht, bzw. explizit gegen die linke Opposition im VDS Stellung bezieht.

Mögen sie also dorthin gehen, wohin es sie zieht. Reisende soll man nicht aufhalten.

Zwangsräumung gegen Mietstreik gescheitert

Münster. Am 25.3. verhinderten in Münster 500 Studenten, daß zwei Zimmer des Internationalen Studentenheimes zwangsgeräumt werden konnten. Seit über zwei Jahren hatten sich viele Studentenheimbewohner gegen die mit dem „Kostendeckungsprinzip“ begründeten ständigen Mieterhöhungen durch das Studentenwerk Münster gewehrt, indem sie die Mieterhöhungen verweigerten. Die Miete beträgt inzwischen in diesem Heim DM 138, angesichts ständig sinkender BAFÖG-Stipendien eine stattliche Summe für ein 15 qm kleines Zimmer.

Die Lage hatte sich inzwischen so zugespitzt, daß das Studentenwerk 75 (!) vollstreckbare Räumungsbefehle beim Gericht erwirkt hatte. Die zwei anstehenden Räumungen sollten „Vorbild“ werden für diverse Mieterhöhungsstreiks in anderen Städten Nordrheinwestfalens.

Die Studenten hatten sich zusammen mit dem zentralen Wohnheimrat auf diese Aktion vorbereitet. Schon in der Nacht vom 25.3. fand bis in den Morgen ein großes Fest im Internationalen Studentenheim statt, um eine mögliche nächtliche Räumung zu verhindern. Der Gerichtsvollzieher kam jedoch wie angekündigt um neun Uhr. Angesichts der 500 Studenten schickte ihn der Leiter des Studentenwerks Münster, Kambach, schleunigst weg. Bei den Studenten herrschte gute Stimmung. Sie hatten sich vor dem Heim und den betroffenen Zimmern verteilt, um dem erwarteten Polizeieinsatz zumindest passiven Widerstand entgegenzusetzen zu



Münster: 500 Studenten versammelten sich, um Zwangsräumungen zu verhindern

können. Es wurden Lieder gesungen gegen die Polizei und die Zwangsräumungen. Da inzwischen auch Vertreter der bürgerlichen Presse und des Rundfunks bereit standen, wollte es Kambach nicht zum Polizeieinsatz kommen lassen. Er einigte sich mit den beiden betroffenen Studenten, ihnen die Mietschulden durch einen zinslosen Kredit des Studentenwerks auszugleichen und so die Zwangsräumung bis zum 31.5. aufzuschieben. Derweil wollen Kambach, der Rektor der Uni Münster und Wissenschaftsminister Rau von NRW über

eine elegantere Form der Kostenabwälzung auf die Studenten verhandeln, ohne jedoch, wie sie ausdrücklich feststellten, vom Prinzip der „Kostendeckung“ abzuweichen. Dazu schreibt der zentrale Wohnheimrat: „Es bleibt allerdings festzuhalten, daß auch der errungene Teilerfolg nicht die Erfüllung der Forderungen des Mietstreiks bedeutet“ (Info vom 26.3.77). Deshalb gilt auch weiterhin:

Die Räumungen müssen ganz vom Tisch!
Keine Kündigungen!
Keine Mieterhöhungen!

KBW: Wieder heiter

Nachdem in den letzten Wochen und Monaten die Entwicklung der Studentenbewegung durch die „KVZ“-Redakteure in schwärzesten Farben gemalt wurde, haben sie wieder zu ihrem altbekannten Humor zurückgefunden: So konnte der erstaunte Leser in der „KVZ“ Nr. 13 zur Kenntnis nehmen, daß die VDS-Mitgliederversammlung in den Augen des KBWs „Erfreuliche Ergebnisse für die Studentenbewegung“ gebracht habe. Denn: „das Kartell der vereinigten Opportunisten im Vorstand des VDS (...) hat dem Druck der Studentenbewegung nicht standgehalten“. Dieser Orakelspruch wird damit erläutert, daß „die bürgerlichen Kräfte, die es gemeinsam unternommen haben, den notwendigen Aufbau der Studentenkoalitionen und den Zu-

sammenschluß im Kampf für die Koalitionsrechte aufzuhalten, (...) starker Zersetzung ausgesetzt“ sind. Der Geist der Studentenbewegung schwebte offensichtlich drohend über den Wogen der VDS-MV und fand sein Sprachrohr im KBW (7 !! Stimmen gegenüber 27 im Vorjahr).

Als grandiosen Sieg feiert der KBW die Unterstützung des geplanten Medizinerstreiks durch die VDS-MV. Dies sei den Jusos „abgetrotzt“ worden (übrigens ein Antrag, der vom MSB eingebracht worden war). Der KBW ist mittlerweile so weit heruntergekommen, daß ihn als Statisten der Szene bereits verbale taktische Schlenker (die Revis denken ebenso wenig wie die Jusos an eine wirkliche Unterstützung von Kampfaktionen) in Begeisterung versetzen.

Hauptsache bourgeois

In einer Zwischenbilanz des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Härtefälle-Entscheidungen bayerischer Universitäten (NC) überprüft, wurde festgestellt, daß die Hälfte von den bislang behandelten Fällen sachlich falsch bearbeitet wurde.

So äußerte die Untersuchungskommission, daß das Vergabeverfahren bei Härtefällen „einen schwer durchdringbaren Paragraphenschwengel darstelle“ („Süddeutsche Zeitung“, 23.3.).

Ging es dieser Kommission zwar in erster Linie darum, die Zulassungsbestimmungen an bayerischen Hochschulen noch mehr zu beschneiden, so entdeckte sie doch rein zufällig eine „gewisse Tendenz“ („Nürnberger Zeitung“, 23.3.), die sich eingeschlichen hat. So wurde der Antrag eines Münchner Bewerbers (Sohn eines Rentners), der Medizin studieren

wollte und einen Notendurchschnitt von 1,8 hatte, abgelehnt, obwohl dessen Vater kurz vorher gestorben war und seine Mutter schwer krank ist; währenddessen wurde der Antrag der Tochter eines Medizinprofessors auf einen Medizinstudienplatz bewilligt, obwohl sie einen Notendurchschnitt von 3,4 (!) besaß!

Die Herren Abgeordneten gaben sich „erstaunt“ darüber, daß „ärztliche Gutachten für Kinder von Ärzten nicht nur mit sichtlichem Wohlwollen und mit großzügiger Überschreitung des rein ärztlichen Bereichs formuliert waren, sondern von einigen Universitäten auch mit der gleichen Wohlgefälligkeit aufgenommen und gewertet worden sind“ („SZ“, 23.3.).

Es lebe die „Chancengleichheit“ in „unserem Sozialstaat“ ...!

Studentengruppe KB/Nürnberg

Antifaschisten erfolgreich

Am 18.1.77 waren bereits einmal antifaschistische Demonstranten von der Polizei aus der Fachhochschule Nürnberg herausgeprügelt worden, weil sie gegen eine Veranstaltung protestiert hatten, die in einem Hörsaal von der neofaschistischen „Gesellschaft für Wehrkunde“ durchgeführt wurde. Diese Gesellschaft plante nun für März/April zwei weitere Provokationsveranstaltungen in der FH, wogegen sich wieder eine relativ breite Aktionseinheit bildete.

Aus Muffe vor weiteren antifa-

schistischen Aktionen hat nun FH-Präsident Brandt diese Veranstaltung in den Räumen der Hochschule verboten!

Die Hochschulverwaltung erklärte in einem offiziellen Schreiben an die Studentenvertretung, daß in den Räumen der FH „keine weiteren Veranstaltungen der Gesellschaft für Wehrkunde stattfinden werden.“

Dös woars.

Studentengruppe KB/Nürnberg

Frauengruppe fordert autonomes Frauenreferat

Freiburg. Die Studentenratssitzung vom 18.2.77, auf der der AStA-Vorsitzende gewählt werden sollte, wurde von ca. 30-40 Frauen „gestört“, die ein autonomes Frauenreferat forderten und von den im Studentenrat vertretenen Gruppen eine Stellungnahme verlangten.

Die FAUST (Sponti-Gruppe, die im Studentenrat 4 Sitze hat und auf deren Stimmen die GEW angewiesen ist), GIM, MSB und Fachbereichsgruppen unterstützen diese Forderung, während die gewerkschaftlich orientierten Gruppen die Frauen dem Sozialreferat unterordnen wollten.

Kalte Dusche für SDAJ

Frankfurt. Eine herbe Niederlage erlitten die SdAJ und mit ihr zusammenarbeitende Jusos bei den Wahlen zum Vorstand des Stadtschülerrats (SSR) am 31.3. Gewählt wurden die Kandidatendes „Aktionsausschusses“, eine Gruppe von Schülervertretern, die in den Schulstreiks und Demonstrationen der letzten Zeit eine besonders aktive Rolle gespielt hatten. Die Rechten (Junge Union) erhielten auf der Sitzung, die mit Vertretern von 3/4 aller abstimmungsberechtigten Schulen sehr gut besucht war, lediglich 15% der Stimmen, obwohl sie sich durch den CDU-Sieg bei den Kommunalwahlen zu einem frecheren Auftreten ermuntert sahen. Abgebüsst wurde der KBW, der bei der Wahl zum 2. Stadtschülersprecher ganze drei Schulen für seinen Kandidaten gewinnen konnte.

Der Aktionsausschuß hatte sich Ende letzten Jahres (siehe REBELL 20) als Reaktion darauf gebildet, daß von Seiten des alten SSR-Vorstands (SdAJ usw.) nichts getan wurde, um die ersten aufflammenden Schülerkämpfe (Streik an der Helmholtzschule) zu unterstützen. In sei-

Bis jetzt ist der AStA (GEW, LHV, SHB) lediglich bereit, den Frauen 450 DM aus dem Sozialreferat, Druckmöglichkeiten und einen Raum zur Verfügung zu stellen, verweigert allerdings weiterhin ein autonomes Frauenreferat.

Deswegen bildete sich eine Initiative für ein autonomes Frauenreferat, in der Frauen aus verschiedenen Uni-Frauengruppen und einzelne Frauen mitarbeiten. Diese trifft sich jede Woche, um die Uni-Frauen-Vollversammlung, die am 14.4.77 stattfinden wird, vorzubereiten.

Freiburger Genossinnen

nen besten Zeiten arbeiteten darin KB-, Sponti-, SAG-, linke Juso- und unabhängige Genossen mit. Hin und wieder versuchte auch der KBW, die Arbeit zu stören, was ihm aber immer weniger gelang.

Der alte SSR-Vorstand, der die vom Aktionsausschuß unterstützten und organisierten Kampfmaßnahmen der Schüler als „chaotisch“ diffamierte (es kam soweit, daß SdAJ'ler wieder mal Schlägereien auf Kundgebungen anzettelten), bekam die Quittung und wurde Anfang Februar abgewählt, ein zunächst provisorischer Vorstand eingesetzt. Obwohl die SdAJ daraufhin alles aufbot – von der Landesschülersprecherin bis zu einer Einmischung des Stadtverbindungslehrers in die Wahl – um dieses Ergebnis wieder rückgängig zu machen, wurde nun der provisorische SSR-Vorstand überzeugend bestätigt. Für die nächste Zeit sind wieder Kampfmaßnahmen geplant – vor allem gegen die Repressionsmaßnahmen von Seiten der Behörde. Außerdem sollen die gemachten Erfahrungen aufgearbeitet und eine bessere Information der Schüler gewährleistet werden.

Vom undogmatischen Umgang mit der Wahrheit

Es gibt in der BRD eine große Anzahl von Zeitungen, die sich ungefähr mit Begriffen wie „Alternativ-Zeitungen“ oder „Sponti-Zeitungen“ zusammenfassen lassen. Die meisten von ihnen sind politisch-theoretisch verhältnismäßig anspruchslos. Das heißt, sie ordnen sich selbst keiner „Partei-Linie“ unter, aber nehmen in der Regel auch nicht gegen die eine oder andere „Partei-Linie“ Stellung, sondern beschränken sich auf eine reine Berichterstattung über örtliche Initiativen, Aktionen etc.

Daneben gibt es allerdings einige „Alternativ“- oder „Sponti“-Zeitungen, die mehr oder weniger eine Art eigener „Partei-Linie“ aufzustellen versuchen, von der sich insgesamt sagen läßt, daß sie zwar so ziemlich „nach allen Seiten offen“, aber auf jeden Fall stramm antikomunistisch ausgerichtet ist, d.h. in strikter Abgrenzung zu den „K-Gruppen“. Nun, selbst das könnte noch eine ganz erfrischende Bereicherung der linken Szene darstellen, wenn derartige Blätter und ihre Macher einen ehrlichen Meinungskampf, mit klar dargelegten Argumenten und Standpunkten, führen würden. Gerade das ist jedoch in der Regel nicht der Fall. Politischer Meinungskampf wird als „Zirkel-Hickhack“, „dogmatische Rechthaberei“ u.ä. verschmäht. Stattdessen wird aber mit Vorliebe der Kampf „unterhalb der Gürtellinie“ gesucht, mit Stimmungsmache und bewährten antikomunistischen Klischees, mit Halbwahrheiten und Lügen, oder auch mit dem beliebten Mittel des „harmlosen Mißverständnisses“.

Die Fischmarkt-Story

Ein Paradebeispiel aus jüngster Zeit sind die Dolchstoß-Legenden, die sich um die Demonstration in der Wilster Marsch vom 19. Februar ranken: „Im Felde unbesiegt“ seien die 30.000 Demonstranten durch die „Ordnungsketten des KB“ gewalttätig von der Entscheidung-

durch die „Ordnungsketten des KB“ gewalttätig von der Entscheidungsschlacht am Bauplatz abgehalten worden. Neben den Fischmehl- und Aufhäng-Geschichten des KBW gelangte dabei besonders die sogenannte Fischmarkt-Story zu bundesweiter Publizität. In diesem Papier legt die Hamburger Fischmarkt-Gruppe dar, welchen Ärger sie ihrer Meinung nach am 19.2. mit dem KB hatte: Der KB habe ihren LKW-Schlüssel weggenommen, habe sie nach Knütteln „gefilzt“ und andere Schandtaten mehr. (Es stellte sich nachträglich heraus, daß die Genossen tatsächlich diese Scherereien hatten, aber nicht mit dem KB, sondern mit einer Gruppe „Gewaltfreier“ aus Münster). Die Fischmarkt-Story wurde in der ganzen BRD herumgeschickt, an linke Buchläden, „Alternativ-Zeitungen“ usw. Abgedruckt wurde die Geschichte von der Hamburger „grossen Freiheit“, vom Frankfurter „Pflasterstrand“, vom Westberliner „Info-BUG“ und vom „ID“ (und zwar von letzterem, nachdem schon lange eine Gendarstellung von uns bekannt war!). Keine der betreffenden Zeitungen hatte es vorher für nötig befunden, einmal bei uns rückzufragen und uns gar Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Offenbar waren die Zeitungsmacher allzu glücklich, mit der Fischmarkt-Story endlich einmal den großen Knüller gegen den KB in der Hand zu haben. Dabei spielt zweifellos eine wesentliche Rolle, daß man sich als „Sponti“ mit dem KB sicher schwerer tut als mit sozusagen normalen „K-Gruppen“, die man aufgrund ihres eigenen sektiererischen Verhaltens viel leichter in die richtige Schublade einordnen kann. Es ist demnach nicht verwunderlich, daß die betreffenden Zeitungen in Zusammenhang mit dem 19.2. fast total auf Polemik gegen den Aufhäng-KBW und gegen die „KPD“ verzichteten (bei diesen Organisationen weiß der „Sponti“ eh, was er davon zu halten hat), um sich voll auf den KB zu konzentrieren.

Dabei fiel auch unter den Tisch, daß diese Blätter vor dem 19.2. gegen die Brokdorf-Aktion gewesen waren („Info-BUG“, „Pflasterstrand“, „ID“) oder nicht zu einer Entscheidung gekommen waren („grosse Freiheit“), und daß es einigmaßen erstaunlich war, sie plötzlich als Sprachrohr für die angeblich vom KB verhinderten militanten Aktionen zu sehen.

Richtigstellung? Nein dankel ...

Läßt sich noch halbwegs verstehen, daß diese Genossen erstmal blind und ungeprüft auf die Fischmarkt-Geschichten abfahren, so hätten sie eigentlich spätestens dann über die Sache nachdenken müssen, als wir klar dazu Stellung nahmen, die Geschichten zurückwiesen und Gendarstellungen einreichten. Jedoch das Resultat: Einen guten Monat später hatte noch keine der betreffenden vier Zeitungen unsere Richtigstellung veröffentlicht!

– „Pflasterstrand“ hat immerhin eine bis zur Unkenntlichkeit amputierte und zerhackte Mini-Fassung unserer Gendarstellung abgedruckt. – „Info-BUG“ scheint bisher nicht bereit, unseren Text abzudrucken. – Der „ID“ wollte zuerst auch nicht, sagte dann aber mehrmals Abdruck unseres Textes „in der nächsten Nummer“ zu. Vielleicht klappt das ja demnächst doch noch?

– Die „grosse Freiheit“ bot uns auf Anfrage an, wir könnten gern eine Stellungnahme für die nächste Ausgabe schreiben, die dann „wahrscheinlich“ abgedruckt würde. Wir verfaßten also einen knappen und freundlich gehaltenen Text von etwa 160 Zeilen. (Allein die Fischmarkt-Story war 240 Zeilen lang gewesen, abgesehen von weiteren unsachlichen Polemiken in der „grossen Freiheit“ gegen den KB, zu denen wir in unserem Text ebenfalls Stellung nahmen). Jedoch: Ohne Angaben von Gründen wurde unser kleiner Text nicht abgedruckt!

Stattdessen konnte man in der Ausgabe der „grossen Freiheit“ vom 25. März eine Erklärung finden, die zwar auch selbstkritische Sätze enthielt, aber wo gleichzeitig erneut der KB in unsachlicher Weise „angepökelte“ wurde. Der KB habe „sich auf den Schlips getreten gefühlt“, hieß es da. So kann man es natürlich auch nennen, wenn sich jemand gegen Verleumdungen und falsche Vorwürfe zur Wehr setzt. Mit einem (!) Satz wurde auch auf unsere Richtigstellung Bezug genommen und gleich wieder dagegengehalten:

Richtigstellung Bezug genommen und gleich wieder dagegengehalten: „Die Initiative vom Fischmarkt hält dagegen weiter daran fest, daß bei diesen Übergriffen zumindest Leute des KB beteiligt waren“. Also, der eine sagt dies und der andere sagt das, und nichts genaues weiß man nicht. Diese Praxis öffnet freilich Verleumdungen und Gerüchten Tür und Tor. Im Übrigen hat zumindest der Verfasser des Fischmarkt-Papiers inzwischen Selbstkritik geübt und hat zugesagt, für eine Richtigstellung zu sorgen.

So etwas gibt es ansonsten nur in Berufsverbote-Verfahren: „Wir behaupten einfach etwas über dich, rechtfertige du dich gefälligst und widerlege unsere Behauptungen. Und danach glauben wir dir natürlich immer noch nicht, denn etwas wird schon dran sein“. Obwohl teilweise reichum Genossen des KB in Polizeimantel beschuldigt wurden („Du warst dabei! Ich erkenne dich genau wieder!“) konnte tatsächlich keine einzige Anschuldigung aufrechterhalten werden! Immerhin muß man, zur Ehre der Betroffenen sei's gesagt, auch erwähnen, daß sich manche der „Spontis“ nachträglich bei unseren Genossen entschuldigt haben. Sauber! Aber hätten wir nicht selbst „ermittelt“ und wären auf diese Weise der Geschichte mit den Münsteraner „Gewaltfreien“ auf die Spur gekommen, wären die Vorwürfe wohl total an uns kleben geblieben.

Die Mißverständnisse des „ID“

In seiner Nr. 165 (19.2.77) veröffentlichte der „ID“ einen sogenannten „Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die Repression“, unterschrieben mit „Frankfurter Arbeitskreis gegen Repression“, SB, Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee und „ID“.

Die (absehbare!) Folge: Sympathisanten und sogar Mitglieder unserer Organisation fragten bei uns verwirrt und aufgeregt an, warum denn der KB den Aufruf nicht unterschrieben habe, ob wir etwa „aussteigen“ wollten usw. Gerüchte und Verunsicherungen machten schon die Runde ...

Der Hintergrund: Wir hatten für den Aufruf einen Entwurf vorgelegt (und im AK abgedruckt), der bei den

anderen Beteiligten auf Kritik gestoßen war. Daraufhin war von Genossen des SB, „ID“ u.ä. ein Gegenentwurf ausgearbeitet worden. Dieser war dann in der irreführenden Aufmachung als „Aufruf“ (statt Entwurf!) vom „ID“ veröffentlicht worden. Nebenbei stellte sich dann noch heraus, daß der Aufruf-Entwurf im Frankfurter Arbeitskreis gar nicht diskutiert worden war, sondern nur von einigen seiner Mitglieder gebilligt worden war. Auch das SB erklärte, den Text in dieser Form nicht unterzeichnet zu haben.

Ein kleiner Irrtum? Kann ja mal vorkommen! ... Der „ID“ Nr. 166 druckte dann folgende sehr gewundene und umständliche „Richtigstellung“: „Einige Gruppen, die im Frankfurter Arbeitskreis gegen die Repression arbeiten, darunter der KB, legen Wert auf die Feststellung, daß der im letzten ID veröffentlichte Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die Repression in der BRD, der neben dem SB, dem ID und dem WISK auch von eben jenem Arbeitskreis unterzeichnet war, der das jedoch ohne Rücksprache mit mehreren Mitgliedern des Arbeitskreises getan hat, insofern der Aufruf als erster Entwurf zu einem Aufruf gelten darf, der in voraussichtlich endgültiger Fassung von der Arbeitskonferenz verabschiedet werden wird“.



Wir sind nun mal undogmatisch. Und wenn man schon mal spontan einen Fehler macht -

wer will denn so dogmatisch sein und auf einer Richtigstellung beharren!

Mit der Formulierung „Der KB legt Wert auf die Feststellung...“ sollte offenbar der Eindruck erweckt werden, es handle sich um eine an sich bedeutungslose, dogmatische Rechthaberei, wie sie ja den „K-Gruppen“ bekanntlich allesamt eigen ist. Die Aussage, der „Aufruf“ sei „insofern ...“ gar keiner (weil er im Frankfurter Arbeitskreis nicht vereinheitlicht war), ist falsch, da auch unabhängig davon es sich jedenfalls nur um einen Entwurf handeln konnte und sollte, der als Alternativ-Entwurf zu dem vorliegenden Entwurf des KB gemeint war. Mit einem kleinen Trick sollte vor dem nächsten Treffen den Beteiligten der SB/„ID“-Entwurf in der Öffentlichkeit als der eigentliche und sozusagen fast schon „endgültige“ hingestellt werden, während im „ID“ von dem bereits vorliegenden Entwurf des KB überhaupt nicht die Rede war (von einem Abdruck natürlich ganz zu schweigen!).

Wieder nur ein Mißverständnis?! ... Kann ja vorkommen? ... Nachdem sich dann alle beteiligten Organisationen und Gruppen auf einen gemeinsamen Aufruf geeinigt hatten, bemerkte der „ID“ (Nr. 168):

„... Damit wird der im ID Nr. 165 abgedruckte vorläufige Aufruf hinfällig“. Gemeint ist wieder der Entwurf!

Die Genossen sind doch nicht so schusselig, daß sie nicht den Unterschied begreifen würden zwischen einem „vorläufigen Aufruf“ und einem Entwurf, der überdies alternativ zu einem von anderer Seite eingebrachten Entwurf steht? Hier wird offensichtlich mit dreister Penetranz politische Falschmünzerei betrieben.

Laut seinem eigenen Untertitel hat sich der „ID“ die „Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ zum Ziel gesetzt. Manchmal sollte allerdings eher von der „Unterdrückung verbreiteter Nachrichten“ gesprochen werden! Als besonders ärgerlich empfanden wir dies vor dem 19.2. Auf der einen Seite war der „ID“ nicht bereit, als Sachinformation den Aufruf der Wilster Konferenz vom 6.2. zur Demonstration in Brokdorf abzudrucken, obwohl wir und andere mehrmals ausdrücklich darum baten, wenigstens diese Sachinformation im „ID“ zu veröffentlichen, wenn die Genossen sich selbst schon nicht zwischen Brokdorf und Itzehoe entscheiden konnten. Statt einer

Sachinformation gab es dann einen subjektivistischen Kommentar (siehe „ID“ Nr. 164 vom 12.2.), in dem – ohne Roß und Reiter zu nennen – und total oberflächlich – „Teilerer, die sich nach Brokdorf hin orientieren“, als Spalter hingestellt wurden und gegen die Aktion Stimmung gemacht wurde.

Pluralistische Meinungsvielfalt?

Der etwas lockere Umgang mit Tatsachen und der Mangel an politischer Konsequenz wird oft als besonderer Vorzug angepriesen, der „die Undogmatischen“ von den „K-Gruppen“ unterscheidet. So schreibt etwa die „grosse Freiheit“ als Rechtfertigung der von ihnen speziell gegen den KB verbreiteten Un- und Halbwahrheiten: „... Wir sind eine Initiative, die versucht, Gruppen, Einzelpersonen und Initiativen die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen mit dieser Gesellschaft und dem Kampf dagegen zu veröffentlichen ... Klar ist, daß wir Machtstrukturen ablehnen, wie wir sie in bürgerlichen Zeitungen finden, wo der Eigentümer das Sagen über Redaktion und Leser hat. Die Stadtzeitung duldet auch widersprüchliche Meinungen innerhalb ihres Plenums und somit auch in der Zeitung

wohl von unorganisierten Sozialdemokraten sprechen) nicht mehr als Dummheit zu gelten, sondern geradezu als Tugend und Maßstab. Wenn in der „grossen Freiheit“ von „geifernden ML-Fratzen“ geschrieben wurde, dann ist das für uns nicht, wie die Genossen dazu nachträglich meinen, nur eine subjektive Verirrung der betreffenden Schreiber im Stil, sondern ist Ausdruck einer bestimmten politischen Haltung, die wir allerdings für gefährlich halten. Auf der gleichen Ebene liegt es, wenn bei einer Frau im „Pflasterstrand“ angesichts der vermeintlichen „Ordnerketten des KB“ gleich die Assoziationskette „Spanien, Kronstadt, Stalin ... menschenverachtende Politik, die über Leichen geht“ abrollt. Den Unterschied zu Peter Boenisch vermögen wir da wirklich nicht mehr zu sehen! Sicher ist eines, Stalin hin oder her: Nach unseren Erfahrungen, die wir mit einer gewissen Sorte von „Undogmatischen“ machen mußten, möchten wir diesen Leuten niemals als Angeklagte gegenüberstehen, denn da wären wir von vornherein verurteilt, ohne überhaupt gehört zu werden!

Die Übernahme reaktionärster bürgerlicher Methoden geht so weit, daß nicht nur identische Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen den KB praktiziert werden (speziell in einigen sogenannten „autonomen Frauengruppen“), sondern auch massive Einschüchterung gegen Personen und Gruppen versucht wird, die sich nicht an diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse halten. So werden Frauengruppen angemacht, sie würden „die Frauensolidarität spalten“, weil sie immer noch mit „KB-Frauen“ zusammenarbeiten bzw. eine Zusammenarbeit jedenfalls nicht von vornherein und grundsätzlich ablehnen. Der Westberliner Sponti-Zeitung „Radikal“ wurde von angeblich „Undogmatischen“ vorgeworfen, sie sei gar keine richtige Sponti-Zeitung, sondern schon halbwegs eine KB-Filiale, weil sie gelegentlich auch mal Stellungnahmen des KB abdruckte. Die Leute, die so vorgehen, werden es erleben, daß sie damit keineswegs den KB, sondern am Ende sich selbst aus der Bewegung herauskanten werden, falls sie nicht vorher zur Besinnung kommen herauskanten werden, falls sie nicht vorher zur Besinnung kommen.

Um kein Mißverständnis zuzulassen: Wir betrachten die „Sponti“- und „Alternativ“-Zeitungen grundsätzlich nicht als lästige „Konkurrenz“ für den AK. Im Gegenteil! Wenn die „Sponti“-Strömungen ihre eigenen Prinzipien konsequent verwirklichen und daran festhalten, haben sie der linken Bewegung durchaus noch etwas zu geben. Denn es ist ja nicht so, daß wir gegen Dogmatismus, Schematismus oder z.B. auch gegen Überheblichkeit gegenüber Frauen völlig gefeit wären und nicht sinnvoller Anregungen, Einsprüche und Korrekturen von Seiten der „Undogmatischen“, von Seiten der autonomen Frauengruppen usw. bedürften. Aber eine sinnvolle politische Konfrontation zum gegenseitigen Nutzen setzt Diskussionsbereitschaft, Sachlichkeit und Korrektheit voraus. Der Antikomunismus hingegen wird auch im „undogmatischen“ Flitter nicht attraktiver. Er stinkt ganz einfach.

Leserbrief

Aus Bremen erhielten wir von einem passiven Mitglied die Abschrift eines Briefes der Rote Hilfe Deutschland (RHD – der KPD/ML nahestehend), in dem der Ausschlussantrag gegen ihn aus der RHD begründet wird:

„Von verschiedenen Mitgliedern wurde der Antrag gestellt, Dich aus der RHD auszuschließen. Begründung: Du hast in der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes Aktionseinheiten mit den modernen Revisionisten (?!...) stimmt noch nicht einmal – der Betroffene) verteidigt, und auch aktiv vertreten, daß man Aktionseinheiten mit der GIM und dem KB-Nord machen soll, da das fortschrittliche Organisations seien. Diese sind aber Trotzkisten und Erbsünde der Revolution. Du hast also versucht, die Interessen der Agenten des Klassenfeindes durchzusetzen... Über diese Anträge wird auf der nächsten Mitgliederversammlung beraten und abgestimmt. Aus Gründen des Schutzes der Organisation wirst Du nicht auf die Mitgliederversammlung eingeladen. Du hast die Möglichkeit schriftlich Stellung zu nehmen... Stadtleitung der RHD.“

Anti-Kommunismus stinkt!

Anti-Kommunismus scheint derzeit bei manchen angeblich „Undogmatischen“ (richtiger sollte man

Leserbriefe Zur Frage der politischen Gefangenen in der Sowjetunion

„Betrifft AK 97, S. 44. Abgesehen davon, daß hier nicht belegt wurde, wodurch Bukowski und Pljuschtsch zu Reaktionären wurden, wird hier so getan, als ob eine reaktionäre Äußerung ausreicht, um eine „Behandlung“ zu verdienen, wie sie im sowjetischen Strafsystem Gang und Gäbe ist.“

Bei Pljuschtsch behauptet Ihr, es sei jetzt erwiesen, daß er kein Kommunist sei, was auch wieder nicht belegt wird.

Ich meine, Genossen, Ihr drückt Euch um das Problem, worum's eigentlich geht: Es geht nicht darum, ob Pljuschtsch Kommunist ist oder nicht, sondern darum, wie überhaupt Oppositionelle in der SU behandelt werden. Daß wir als linke Kommunisten auch eine vollkommen andere, freiheitliche Gesellschaftsform erstreben, in der auch das Psychiatrie- und Strafsystem revolutioniert wird, sollte klargemacht werden. Die stalinistische Auffassung des Staatsapparats zu verwerfen, heißt ja noch lange nicht, auf die Unterdrückung der Konterrevolution zu verzichten. Im Gegenteil: Wenn die Volksmassen selber das Straf- und Verfolgungswesen in die Hand nehmen, verhindern sie ja gerade, daß sich staatliche Organe bilden, die sich verselbstständigen und bürokratisieren, damit die Grundlagen für den hierarchischen Machtapparat des Stalinismus abgeben (GPU, Rote Armee, KPdSU).

Ich meine, daß ihr nur den Opportunismus der Trotzkisten und ihre idiotischen Behauptungen hochspielt. Wir können der Demagogie der bürgerlichen Presse, die Leute wie Sacharow hochspielt, wirkungsvoller entgegenzutreten, wenn im AK deutlich gemacht würde, daß es uns nicht wurst ist, wie sogenannte „Andersdenkende“ behandelt werden. Schwarzrote Grisse eines AK-Lesers aus Mittelfranken!

„Veranlaßt durch die Artikel zur Auseinandersetzung mit der GIM in den letzten AK's will ich noch auf ...“

„Veranlaßt durch die Artikel zur Auseinandersetzung mit der GIM in den letzten AK's will ich noch auf zwei andere Aspekte hinweisen, die mir im Zusammenhang mit der Diskussion um politische reaktionäre Gefangene in den RGW-Ländern wichtig erscheinen (allerdings in der Auseinandersetzung mit der GIM keine Rolle spielen).“

1. In welchem Verhältnis stehen die Unterdrückung von Reaktionären (z.B. Knast) und die Auseinandersetzung mit reaktionären Positionen? Welches Ziel haben die einzelnen Unterdrückungsmaßnahmen, dienen sie in jedem Fall der optimalen Niederhaltung der Konterrevolution?

Besteht nicht auf dem Hintergrund, daß die SU kein sozialistisches Land ist ..., die große Gefahr, daß die Auseinandersetzung mit reaktionären Strömungen unterbleibt, daß die Revisionisten fälschlicherweise glauben, durch „Aus-dem-Verkehr-Ziehen“ ihrer Urheber und/oder Träger damit fertig zu werden? In einem solchen Zusammenhang können einzelne Unterdrückungsmaßnahmen politisch falsch sein (Dies hat nichts zu tun mit Verteidigung der Reaktionäre)...

2. Wenn Reaktionäre in RGW-Ländern unterdrückt werden, stellt sich auch die Frage nach der Form der Unterdrückung. Wichtig ist diese Frage nicht zuletzt deswegen, weil die bürgerliche Presse mit ihren Dissidenten-Kampagnen an diesem Punkt häufig ansetzt. Die konkreten Unterdrückungsformen haben in Diskussionen auch mit fortschrittlichen Leuten nach meiner Erfahrung einiges Gewicht. Ein Beispiel: Wenn es stimmt, daß reaktionäre „Dissidenten“ in der SU zu psychiatrischen Fällen gemacht werden ... dann hat das mit sozialistischer Politik nichts zu tun ... Ich ziehe hieraus folgenden Schluß: Wenn genaue Informationen über Einzelfälle vorliegen, kann es richtig sein, die Form der Unterdrückung von Reaktionären zu kritisieren. — Ein Genosse des SSB (Studenten) Hamburg.

„In AK 97 und 99 führt Ihr eine Auseinandersetzung mit der GIM über das Problem der politischen Gefangenen in der Sowjetunion ... Obwohl ich Euch zustimme, daß die Einigkeit von sozialistischer, demokratischer und reaktionärer Opposition auf der Grundlage demokratischer Forderungen nicht als Stärke der sozialistischen Opposition be-“

belgt werden sollte, sondern als Schwäche der sozialistischen Opposition zu bewerten ist, finde ich einige Eurer Positionen zur freien Meinungsäußerung und Behandlung von Oppositionellen im Sozialismus bzw. Revisionismus bedenklich.“

Die Hauptaussagen der angegebenen Artikel sind:

1. Man muß der Sowjetunion zugestehen, Faschisten und Reaktionäre an der freien Meinungsäußerung zu hindern und dementsprechend Oppositionelle wie Solschenizyn und Amalrik zu verhaften oder auszuweisen.

2. Ihr bestreitet, daß man für das Recht der sowjetischen Oppositionellen auf freie Meinungsäußerung eintreten kann, ohne damit deren Ideen zu unterstützen.

3. Ihr bestreitet, daß die Forderung nach Freilassung sämtlicher politischer Gefangener und die Forderung nach Meinungs- und Informationsfreiheit in der Sowjetunion (und anderen revisionistischen Ländern) etwas mit den Interessen der Arbeiterklasse — insbesondere der des Westens — zu tun hat.

Diese drei Thesen halte ich für falsch, denn ad 1) Ihr verkennet hier die wirklichen Ursachen der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in der UdSSR. Daß es den Revisionisten nicht um die Unterdrückung von faschistischer und reaktionärer Propaganda geht, zeigt sich schon daran, daß die entsprechenden Äußerungen von Solschenizyn und anderen Oppositionellen von den sowjetischen Zeitungen bei jeder Gelegenheit genüsslich zitiert werden und so dieser Propaganda mehr Publizität verschafft wurde, als diese Reaktionäre es sich erhoffen konnten. Verschwiegen dagegen wurde in der sowjetischen Presse die Kritik dieser „Dissidenten“, die den herrschenden Revisionisten gefährlich werden konnte, nämlich die Kritik an der unmenschlichen Behandlung von politischen Gefangenen ... in der UdSSR, an der Verweigerung von demokratischen Rechten und der Nichteinhaltung der Gesetze, den Privilegien der Parteibürokratie usw. ... Diese Kritik könnte bei der Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung auf Sympathie stoßen und muß deshalb von den Revisionisten unterdrückt werden, egal ob sie von Kommunisten oder Reaktionären geäußert wird.

ad 2) Ist die Tatsache, daß der AK noch nicht verboten wurde, ein Beweis dafür, daß die Bourgeoisie den Kommunistischen Bund unterstützt? Solche und noch absurde Thesen könnte man aus Eurer zweiten These ziehen. Gerade dadurch, daß Solschenizyn an der freien Meinungsäußerung gehindert worden ist, ist er so bekannt geworden. Wer würde heute Amalrik, Pljuschtsch, Bukowski usw. kennen, wären sie nicht Opfer von Repression in der UdSSR geworden? Biermann, dessen Popularität ja auch gerade durch seine Ausbürgerung sprunghaft anstieg, wies auf seiner Spanien-LP darauf hin, daß der Kommunismus, das Gespenst, das in Europa umgeht, gerade zu einem Gespenst auch für die Arbeiterklasse geworden ist. Damit bin ich bei Punkt 3, dem Zusammenhang mit den Interessen der Arbeiterklasse. Daß der Kommunismus für die Arbeiterklasse des Westens ein so abschreckendes Bild bietet, liegt hauptsächlich daran, daß in den bürgerlichen Demokratien des Westens immer noch erheblich mehr demokratische Rechte gewährt und weniger politische Repression angewandt wird als in den revisionistischen Ländern. Die Gleichsetzung von Kommunismus und Unfreiheit auch durch die Arbeiterklasse ändert sich aber nicht, wenn Springer und Löwenthal in den Knast wandern und sie nicht mehr propagieren dürfen, sondern wenn sich die realen Verhältnisse in den revisionistischen Ländern verändern oder, und das betrifft uns in erster Linie: wenn es der revolutionären Linken gelingt, glaubhaft zu machen, daß Freiheit und Sozialismus vereinbar sind. Und das kann man nicht, wenn man die Repression — und sei es auch nur gegen die Feinde des Sozialismus — in den revisionistischen Ländern verteidigt.

Zum Schluß noch ein Zitat, das sich sehr positiv von den bisher zitierten Artikeln abhebt: „Unsere Solidarität mit Wolf Biermann hängt nicht davon ab, ob er — wie er sagt —“

Kommunist ist oder nicht. Auch wenn er kein Kommunist ist, steht seine Ausbürgerung in völligem Widerspruch zu unseren Vorstellungen über die Identität von Freiheit und Sozialismus.“ Solidarische Grüße, ein AK-Leser aus dem Sauerland.“

Antwort der Redaktion

Wir wollen diese Leserbriefe hiermit zur Diskussion stellen, sicher werden weitere Meinungsäußerungen zu diesem Thema folgen.

Ein zentraler Fehler scheint uns bei vielen Linken noch zu sein, daß die Sowjetunion im Grunde nicht als ein Staat der „neuen Bourgeoisie“ behandelt wird (d.h. Staat einer Klasse, die uns fremd und feindlich gegenübersteht), sondern irgendwie subjektiv doch noch als ein ziemlich auf den Hund gekommener „Arbeiterstaat“ empfunden wird, für dessen Tun und Lassen wir als Sozialisten eine moralische Mitverantwortung tragen. Daher fühlen die Genossen sich verpflichtet, besonders zu betonen, daß wir mit „Oppositionellen“ (und seien es auch selbst Reaktionäre) natürlich ganz anders umgehen würden, die Probleme ganz anders lösen würden als die Revisionisten es tun. Das ist zweifellos richtig, geht aber am tatsächlichen Problem vorbei.

Niemand wird im Ernst bestreiten können, daß in der Sowjetunion „oppositionelle“ Strömungen wie die „Cher“ Art auch immer (und ganz gewiß sind das nicht nur Reaktionäre!) so gut wie gar nicht mit dem Mittel der Überzeugung, sondern fast ausschließlich mit administrativen Maßnahmen bekämpft werden, die zudem oft einen außerordentlich barbarischen Charakter haben. Die DKP bietet ein verkleinertes Abbild dieser Praktiken ...

Diese Praktiken lehnen wir noch weit eindeutiger ab, als es z.B. der Genosse vom SSB Hamburg tut, der die Sache eher noch zaghaft angeht. Es geht überhaupt nicht darum, diese Praktiken zu billigen, es geht noch nicht einmal darum, sie den Revisionisten „zuzugestehen“.

Der Punkt ist ganz einfach, daß Leute wie Solschenizyn, Bukowski u.ä. für die Sowjetunion die Konterrevolution propagieren. Es kann uns dabei politisch nicht in erster Linie interessieren, was sie das tun, sondern wesentlich ist, daß sie das tun. Und wir haben nicht das geringste Recht und nicht den geringsten Anlaß, für die Sowjetunion das freie Recht auf Entfaltung konterrevolutionärer Propaganda zu fordern, soweit wir in irgendeinem kapitalistischen Land für dieses Recht eintreten. Bei Typen wie Solschenizyn wäre es besonders makaber, weil dieser direkt als Propagandist der imperialistischen Kriegsvorbereitungen „gegen den Osten“ auftritt und die „Solidarität“ mit solchen Typen praktisch den Übergang auf Positionen der Vaterlandsverteidigung bedeutet. Wo soll die „Solidarität“ denn enden?! Solschenizyn predigt schon die offene zaristische Reaktion. Aber wir wissen auch, aus den Äußerungen demokratischer Dissidenten, daß es in der Sowjetunion sogar eine wachsende offene faschistische, antisemitische usw. „Opposition“ gibt. Meinungsfreiheit und Solidarität also auch für diese?! ... Wir müssen ja total verrückt sein, so eine Forderung zu erheben!

Entscheidend für uns ist der politische Standpunkt. Niemals werden wir uns für die Freiheit der konterrevolutionären Agitation und Propaganda einsetzen, niemals „Solidarität“ mit den schlimmsten Feinden unserer sozialistischen Zielsetzung üben. Solidarisch sind wir allerdings mit denjenigen, wie Biermann, die eine demokratische Kritik am Revisionismus üben (und sei es auch eine bürgerlich-demokratische Kritik), und die ebenso gegen die Repression in den imperialistischen Ländern kämpfen, statt sich der Reaktion als Propagandisten zu verkaufen.

Spendenbestätigung der F. POLISARIO

He recibido de KB la cantidad de 5.500 DM. recolectada en solidaridad con el F. Polisario.

Expreso mis agradecimientos a toda la personal que han aportado dicha cantidad a la justa lucha del pueblo saharaui

Ali Mohamed

„Ich habe vom KB DM 5.500 erhalten, die aus Solidarität mit der F. Polisario gespendet wurden. Ich bringe hiermit meinen Dank all denen gegenüber zum Ausdruck, die besagte Unterstützung für den gerechten Kampf des saharaischen Volkes gegeben haben.“

Ali Mohamed



Spendenliste

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an. Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen. Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP		Für Frente POLISARIO	
I.K. und T.H., Hamburg	200,00	H.H., Stadallendorf	15,00
Druckbereich,		K.-P.F., Holzminnen	10,00
KB/Gruppe Hamburg	210,00	Summe	25,00
Zelle Rahstedt,		Damit erhöht sich das gesamte	
KB/Gruppe Hamburg	25,00	bisherige Spendenaufkommen	
KB/Gruppe Husum	10,00	für die Frente Polisario auf	
KB/Gruppe Flensburg	14,00	DM 26.135,36	
KB Sympathisanten Süderbarup	20,00	Für MIR	
Sammelkass. Wohngemeinschaft,		H.H., Stadallendorf	15,00
KB/Gruppe Hannover	102,00	N.N.	20,00
Betriebszelle Konz,		P., Hamburg Eimsbüttel	100,00
KB/Gruppe Hamburg	50,00	Summe	135,00
KB-Bezirksorganisation und Jugend-		Damit erhöht sich das gesamte	
zentrum Wilhelmsburg (Hamburg)	310,00	bisherige Spendenaufkommen	
Summe	941,00	für den MIR auf	
		DM 284.472,42	
Für EPRP, Äthiopien		Für PLF, Eritrea	
V.D., Bremerhaven	5,00	V.D., Bremerhaven	5,00
Damit erhöht sich das gesamte		bisherige Spendenaufkommen für die PFLP auf	
		DM 117.395,07	

Aus trotzkistischer Sicht

Wie es in China weitergehen soll, fragt man sich nicht nur, aber auch in der BRD. Eine ungeheuer scharfsinnige Analyse und ganz heiße Tips für das weitere Vorgehen enthält die trotzkistische Zeitschrift „Spartacus“ vom 25.3., die damit wieder einmal beweist, daß es Polit-Komiker nicht bloß in der „ML“-Szene gibt. Also, hier kommt's: ... Die Zahl der chinesischen Kader, die sich auf den Trotzkismus berufen, ist noch klein (weiß man darüber genaueres? Sind Statistiken veröffentlicht? — Anm. AK), gemessen an der gewaltigen Aufgabe, die vor ihnen steht. Zudem sind sie von ihrer Organisation, dem „Vereinigten Sekretariat“ (man muß dazu wissen, daß es sich dabei um eine von vielen „Vierten Internationalen“ handelt, und um einen der Lieblingsfeinde des „Spartacus“ — Anm. AK) im Sinne der falschen Alternative Unterstützung der „Rechten“ (Peng Shu-tse) oder der „Linken“ (internationale Mehrheit) erzogen worden (wie und wo erzieht

die VS ihre chinesischen Kader? — Anm. AK). Es wird eine der vornehmsten Aufgaben im Prozeß des Wiederaufbaus der Vierten Internationalen sein, diese Kader zu gewinnen (wird ihnen der „Spartacus“ schon zugeschickt? Und können sie ihn auch lesen? — Anm. AK), und mit ihnen ein Aktionsprogramm für die VR China zu entwickeln (führt „Spartacus“ dazu nach China oder müssen die chinesischen Kader in die BRD kommen? Unterbringungsschwierigkeiten gäbe es wahrscheinlich nicht, denn ihre Zahl ist ja, s.o., „noch klein“ — Anm. AK), welches die Voraussetzungen dafür schafft, daß die günstigen Bedingungen für den antibürokratischen Kampf in der VR China, welche in Zukunft ohne Zweifel auftauchen, genutzt werden.“

Zu diesen Plänen des „Spartacus“ schreibt die chinesische Sektion des KB in ihrer Zeitung „Albeitelkampf“ (1. April '77): „Kein Spartacus in China und auch nicht anderswo!“

Gefangene aus der RAF im Hungerstreik

Stammheim. Wie in AK 101 berichtet, haben die Staatsschutzbehörden im Zuge der „Wanzenenthüllungen“ zugegeben, im Stammheimer Knast ebenfalls gelauscht zu haben. Das war offenbar ein Mosaiksteinchen für die geplante Legalisierung der unrechtmäßigen Abhöraktionen: es soll der Bevölkerung anhand solcher Abhöraktionen „plausibel“ gemacht werden, daß Lauschen auch sein Gutes haben kann. Man hofft offenbar auf Verständnis zu stoßen, wenn es gegen derart kriminalisierte Gefangene geht. Allerdings möchte man auch hierbei nicht auf die passende Horrorstory verzichten, damit es auch „dem letzten“ klar wird: der Justizminister von Baden-Württemberg, Bender, tischte vergangene Woche die Geschichte auf, aus dem einzigen, noch nicht vernichteten Band, das von der Stammheimer Lauschoperation übriggeblieben sei, gehe hervor, daß Ulrike Meinhof davon gesprochen habe, man solle möglicherweise auch Kinder entführen! Das Gespräch soll vor Beginn des Prozesses geführt worden sein. Jetzt rückt er damit raus! Das allein und die Tatsache, daß derartige menschenfeindliche Aktionen bisher immer von der Gegenseite durchgeführt worden sind, macht die ganze

Abgefeimtheit und Schmutzigkeit der Behörden klar. Inzwischen haben die Stammheimer Genossen am 29.3. einen erneuten Hungerstreik begonnen. Wir drucken im folgenden die Hungerstreikerklärung vollständig im Wortlaut ab:

„Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“

Angesichts der Tatsache, daß der Staat die Auseinandersetzung im rechtsfreien Raum des permanenten Ausnahmezustandes führt und daß sich in sechs Jahren Staatsschutzjustiz gezeigt hat, daß die Menschen- und die Grundrechte in der Fahndung, in den Prozessen gegen uns und in den Gefängnissen ein Fetzen Papier sind, fordern wir für Gefangene aus den antiliterarischen Widerstandsgruppen, die in der Bundesrepublik kämpfen, eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 entspricht, im besonderen Artikel 3, Artikel 4, Art. 13, Art. 17 und Art. 130.

Was für die politischen Gefangenen im Hamburg, Kaiserslautern, Köln, Essen, Berlin, Straubing und Stammheim zumindest bedeuten würde, daß sie nach den Forderungen aller von den Gerichten in den Prozessen gegen die RAF bestellten Gut-

achter zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen zusammengefaßt werden.

Wir fordern außerdem

1. die Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation in den Gefängnissen der Bundesrepublik und die Auflösung der besonderen Isolationsstrakte, in denen Gefangene zusammengebracht werden, um ihre Kommunikation elektronisch auszu-schnüffeln und auszuwerten.

2. Die Untersuchung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hauser und Ulrike Meinhof durch eine internationale Untersuchungskommission, die Unterstützung der Arbeit dieser Kommission und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in der Bundesrepublik.

3. Daß von der Regierung öffentlich deutlich gemacht wird, daß die Meldungen

– die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni 72)

– die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadion durchzuführen (Sommer 74)

– die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (Sommer 74)

– Die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer 75)

– Das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April 75)

– Die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarem Müll zu verseuchen (September 75)

– Die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (Seit Januar 76)

– Die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März 77)

Produkte der psychologischen Kriegsführung sind und daß sie lanciert wurden, um Solidarität mit den Widerstandsgruppen zu verhindern, um sie isolieren und vernichten zu können; daß alle diese Meldungen falsch sind und daß die polizeiliche, nachrichtendienstliche und justizielle Aufklärung nichts ergeben hat, was sie begründen könnte. Der Hungerstreik ist Ausdruck unserer Solidarität

– mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus dem palästinensischen Widerstand für den Kriegsgefan-

genenstatus, – mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der IRA in irischen und englischen Gefängnissen für den politischen Status, der ihnen als Folge der Antiterrorismus-Gesetze, die die Bundesrepublik auf europäischer Ebene initiiert und durchgesetzt hat, aberkannt worden ist,

– mit der Forderung der Gefangenen aus der ETA und anderen antifaschistischen Gruppen nach einer Amnestie in Spanien,

– mit allen, die im Kampf für soziale Revolution und nationale Selbstbestimmung genommen worden sind, und

– mit allen, die angefangen haben, sich gegen die Verletzung der Menschenrechte, das Elend und die brutale Ausbeutung in den Gefängnissen der Bundesrepublik zu wehren.

Den Widerstand bewaffnen
Die Illegalität organisieren
Den antiliterarischen Kampf
offensiv führen

Stammheim, am 29. März 77
für die Gefangenen aus der RAF“

Aktueller Stand des Roth/Otto-Prozesses

Köln. Am 18. Verhandlungstag (14.3.) ging es wesentlich um das Merkblatt, das Polizeirat Sengespeik für die Polizeizeugen angefertigt hatte (vgl. AK 101). Er begründete das mit seiner angeblichen Fürsorgepflicht, er müsse seine Beamten vor den „Praktiken von Verteidigern wie Rechtsanwalt Hannover und Götzem“ schützen. Diese Verteidiger legten es darauf an, die Polizeibeamten zu provozieren. Ihre Praxis sei ihm aus den Massenmedien bekannt. Die Handakte mit den Polizeiaussagen war und ist von den übrigen Beamten einzusehen! Als kleine Gedächtnisstütze. Obwohl ihre Beschlagnahme schon am 15. Verhandlungstag beantragt worden war, geschah bis zum 19. Tag gar nichts. Dann wurden die in der Akte befindlichen Fotos der Verteidigung zugänglich gemacht.

Am 19. Verhandlungstag (16.3.) wurde der Polizeizeuge Eck weiter vernommen. Er hat inzwischen in der „Polizeizeitung“ die Pi- vernommen. Er hat inzwischen in drei verschiedenen Aussagen die Pistole von Karl-Heinz an drei verschiedenen Stellen liegen gesehen! Auf den Fotos war sie aber an keiner dieser Stellen zu sehen! Diese Fotos waren bisher von der Staatsanwaltschaft zurückgehalten worden (als kleine „Erinnerungshilfe“). Ausserdem wurde bekannt, daß ein weiteres wichtiges Beweismittel nicht unter den Beweismitteln zu finden ist: das Geschoß aus Karl-Heinz Bauch!

20. Verhandlungstag (18.3.): die Wanzenaffäre kam zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß die Verteidigergespräche nur in einem besonderen Raum hätten stattfinden dürfen, wenn der nicht frei war, gab es keine Gespräche! Die Verteidigung beantragte, die Bullen im Saal nach Abhörgeräten, Tonbändern und Waffen durchsuchen zu lassen. Drei Zi-

vile verließen auffällig schnell den Saal. Der Vorsitzende Draber sah „keinen konkreten Anhaltspunkt“ und lehnte den Antrag ab!

Am 21. Tag (22.3.): Die Durchsuchung der Prozessöffentlichkeit wurde weiter verschärft. Die Verteidiger protestierten gegen die unerhörte Einschränkung der Öffentlichkeit. Die Angeklagten sollten während der Pausen in die Zellen, weil der Richter eine unerlaubte Kontaktaufnahme mit den Zuhörern unterstellte. Karl-Heinz vernahm den Einsatzleiter Barzok: Auch er machte widersprüchliche und den Fotos widersprechende Aussagen über die Pistole, die neben Karl-Heinz gelegen haben soll.

22. Verhandlungstag (24.3.): Die Verteidiger von Roth und Otto verlangten von Draber sämtliche Bilder, die unmittelbar nach der Schießerei am 9.5.75 von dem Polizei- und dem Pressefotografen gemacht wurden, für den Prozeß heranzuziehen.

Pressefotografen gemacht wurden, für den Prozeß heranzuziehen. Draber lehnte das zuerst ab. Auf

seine Pflicht (nach § 244, Abs. 2, StPO) aufmerksam gemacht, daß er diese Beweismittel heranzuziehen muß, verkündete Draber, daß der Pressefotograf gehört werden und zur Verhandlung auch sämtliche Bilder mitbringen soll. Den Polizeifotografen wollte Draber vorerst nicht sehen. Daß das Polizeipräsidium die Fotomappe mit den Bildern immer noch nicht heraus gab, fand Draber natürlich nicht auffällig. Polizeizeuge Bartzik, der bereits ausgesagt hatte, daß er Roth nicht hatte schießen sehen, konnte das auch nicht mehr für den Beifahrer (Werner Sauber) aufrechterhalten.

23. Verhandlungstag (28.3.): Hauptbelastungszeuge Grüner (der bei der Schießerei verletzt wurde) wurde von der Verteidigung befragt.

Grüner sagte aus, daß er, verletzt und auf dem Rücken liegend, gesehen habe, daß der ebenfalls verletzte Roth mit der rechten Hand eine Waffe griffen habe, worauf Grüner auf Roth schoß.

Auf intensive Befragung der Verteidigung über den Schußwaffengebrauch der Bullen (wer hat zuerst geschossen, wieviel Schüsse wurden abgegeben etc.) verwickelte sich Grüner zunehmend in Widersprüche. Die Verteidigung kündigte an, daß sie spätestens nach Einführung der Beweismittel, die den tatsächlichen Geschehensablauf klären, Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Roth und Otto stellen wird.

24. Verhandlungstag (30.3.77): Auf den Fotos des Pressefotografen Jünger ist klar erkennbar, daß vor Roth keine Pistole liegt. Die Staatsanwaltschaft will jetzt einen Polizeizeugen vernommen, der gesehen haben will, daß eine Pistole unter dem Körper von Roth lag. Der Bulle hatte sich erst vor kurzem daran erinnert und gemeldet.

Roth berichtete am 30.3. von den Erpressungsversuchen der Staatsanwaltschaft: Am 18.9.75, als er medizinisch total unterversorgt, in strenger Isolationshaft lag, habe ihn Staatsanwalt Wahl aufgesucht und ihm Verbesserung seiner Lage angeboten, wenn er Aussage zur Sache machen würde. Als Roth dieses Angebot, für den Staatsschutz zu arbeiten, ausschlug, verließ in Wahl mit den Worten, für die Mordanklage sei entscheidend, wo die Waffe bei Roth gesehen worden war. Am 19.9.75 führte das Landeskriminalamt Vernehmungen durch, in denen die Polizisten eine Waffe bei Roth gesehen haben wollten. Nach den Berichten des Unterstützungsausschusses für Roland Otto und Karl-Heinz Roth

§ 88a wieder in Aktion

Mitte März starteten Staatsanwaltschaft und Politische Polizei bundesweit Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen § 88 a („Befürwortung von Gewalt“) gegen 27 Mitglieder des „Verbandes linker Buchläden“ (VLB). Diese „Staatschutz“-Aktion richtete sich gegen die vom VLB im September 1976 herausgegebene Broschüre „88a in Aktion oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen“. „88 a in Aktion ...“ dokumentiert ausführlich die Repressionsmaßnahmen, die im August 1976 gegen linke Buchläden, Verlage, Vertriebe und Druckereien bundesweit unter Berufung auf den Zensurparagrafen durchgeführt wurden. Für diesen ersten größeren Schlag gegen den VLB mußte eine von „Revolutionären Zel-

Hannover). In dem Beschlagnahmungsbeschuß wird nun plötzlich nicht mehr der dokumentarische (!) Abdruck des „Revolutionären Zorns“ beanstandet, sondern „die Herausgabe des „Druckwerks in seiner Gesamtheit“ (ebenda)!

Gleichzeitig mit dieser zweiten Welle staatlicher Repression gegen den VLB wurde durch einen Zufall bekannt, daß zumindest an die Kölner Buchhandlung „Der andere Buchladen GmbH“ adressierte Postsendungen kontrolliert wurden (und noch werden?). „Der andere Buchladen“ erhielt ein Päckchen von der israelischen Botschaft, in dem verschiedene Bücher fehlten, dafür aber ein israelischer Paß hineingelegt war. Offensichtlich sind beim Filzen einige Sachen vertauscht worden! ...



Immer noch Wirbel um REBELL-Plakat

Hamburg. Die nachfolgende Presseerklärung verfaßte das Hamburger Rechtsanwaltsbüro Uwe Maffert. Wir fordern alle Freunde und Genossen auf, den Prozeß zahlreich zu besuchen.

Die Verwendung des Begriffs „Berufsverbote“ soll am Dienstag, den 5. April 1977 das Amtsgericht Hamburg (10.30 Uhr, Saal 192) als Beleidigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verurteilt werden. Es wird damit entschieden müssen, ob es Berufsverbote aus politischen Gründen überhaupt gibt und/oder es gerechtfertigt ist, die Anwendung der Radikalerlasse so zu bezeichnen.

Der Hauptgeschäftsführer der SPD-Landesorganisation Hamburg, Werner Noll, meinte in seinem Schreiben vom 22.7.1976 an die politische Polizei:

„Wie bekannt, gibt es keine derartigen Berufsverbote, sondern lediglich Entscheidungen über die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst, bei denen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden müssen.“

Die sorgfältige Beachtung von Perso-

nen, die dagegen von Berufsverbote sprechen, gab Werner Noll am 21.7.1976 zu Protokoll:

„Das vollgedruckte Plakat war ein Plakat im Format DIN A 2, Hochformat, mit den Farben des SPD-Wahlkampfzeichens und der Überschrift Berufsverbote. Darunter kamen acht Spalten mit Namen von Betroffenen aus dem gesamten Bundesgebiet. Im unteren Drittel des Plakats stand in großen Lettern - Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland - SPD - Ich bat einen in der Nähe stehenden Beamten der Schutzpolizei, sich den Stand und das Plakat anzusehen, machte ihn auf den möglicherweise gegebenen strafrechtlichen Tatbestand aufmerksam und bat ihn, im Bedarfsfall als Zeuge zur Verfügung zu stehen. Der Beamte nahm den Stand in Augenschein, versprach, der Bitte nachzukommen und überreichte seine Karte, die ihn als Beamten Schiller der Revierwache 12 mit der Nummer 3362 auswies.“

Der Gegenstand der vortrefflichen Aufmerksamkeit des Landesgeschäftsführers wurde vom Amtsgericht gebührend beachtet. Es erließ

Beschlagnahme- und Durchsuchungsbefehle für Räume, in denen unter Einschaltung des Bundeskriminalamtes derartige Plakate vermutet wurden und führte aus:

„In dem Plakat wird der SPD vorgeworfen, Berufsverbote in den von ihr regierten Ländern erlassen und damit gegen das Grundgesetz verstoßen zu haben. Diese Behauptung ist unrichtig. Den Bewerbern zum öffentlichen Dienst wird bei fehlender Verfassungstreue, die im Einzelfall nach den Radikalerlassen der Länder festgestellt werden muß, lediglich der Zugang zu Staatsämtern versagt.“

Die in der Verwendung des Begriffs „Berufsverbote“ liegende Schwerkriminalität hat die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Hamburg veranlaßt, die Anklage zu übernehmen. Ihr Eifer bei der Strafverfolgung hat die Straftakte auf über 100 Blatt wachsen lassen. Müssen die zur gemeinschaftlichen Verwendung des Wortes „Berufsverbot“ entschlossenen Personen besorgt sein, daß sie bald wegen der Bildung einer „kriminellen Vereinigung“ angeklagt werden??

len“ herausgegebene (Anarcho-)Zeitung, „Der Revolutionäre Zorn“, als Vorwand dienen. Bei dieser Aktion durchsuchten die Bullen völlig willkürlich die linken Buchhandlungen, beschlagnahmten Bücher und Zeitungen und verhafteten einen Bochumer Buchladen-Genossen, um ihn völlig widerrechtlich mehrere Tage lang einzusperren.

Die Tatsache, daß der VLB diese Kriminalisierungsaktion in der Broschüre „88a in Aktion ...“ ausführlich dokumentierte, wird ihm jetzt als „krimineller Akt“ ausgelegt. „Wegen Herstellung und Verbreitung der Druckschrift“ nahm die Staatsanwaltschaft sechs Monate nach Erscheinen (!) Ermittlungsverfahren auf.

In Hannover beschlagnahmten Beamte des Kommissariats K (Politische Polizei) dreizehn Dokumentationen, ohne Durchsuchungsbefehl und Beschlagnahmungsbeschuß. „Ein entsprechender Beschuß liegt vor, behauptete ein Beamter. Nach eineinhalbstündigen Telefonaten mußte er sich diesen Beschuß allerdings im Eilverfahren vom hannoverschen Amtsgericht besorgen. Erst drei Stunden nach der Beschlagnahme legte der übereifrige Beamte das druckfrische Dokument dem Rechtsanwalt vor“ (aus einem Flugblatt des Internationalismusbuchladen

Die Kampagnen zielen darauf ab, den VLB staatlicherseits zu einer „kriminellen Vereinigung“ aufzubauen. In dieser Richtung hatte sich auch der westberliner Polizeipräsident schon geäußert: Für ihn ist der VLB schon eine kriminelle Vereinigung!

Wie in einem Gutachten des ABC-Buchladens Kassel nachgewiesen wird, werden dabei selbst auf der juristischen Ebene völlig haltlose und willkürliche „Beweise“ geführt.

„Wehrt Euch ...!“

„Der linke Buchhandel hat schon vor der Verabschiedung der Maulkorbgesetze (§§ 88a, 130a, 140 StGB) erklärt, daß er eine Beschränkung der politischen Literatur nicht hinnehmen werde und sich nicht zum Büttel staatlicher Zensur machen lasse“ (aus „88a in Aktion ...“, S.12). So hat der VLB und zusätzlich noch einzelne Mitglieder in einem Flugblatt über die zweite Repressionswelle informiert. Wie uns bekannt wurde, sind die Mitglieder des VLB geschlossen nicht zu dem Ermittlungstermin gegangen.

Arbeiterbuch Hamburg

Wie geht es weiter mit der Anti-AKW-Bewegung?



Nachdem die Anti-AKW-Bewegung in der BRD ihren ersten Höhepunkt in den Kämpfen um den Bauplatz Wyhl hatte, hat seit der Brokdorf-Aktion ein enormer Aufschwung stattgefunden. Allein die bisherigen Aktionen rechtfertigen es ohne weiteres, von der größten Massenbewegung seit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, der Studentenrevolte und der Springer-Kampagne 1967/68 zu sprechen. Wobei wir heute gegenüber damals noch den entscheidenden Vorteil bestehender organisatorischer Strukturen haben, die eine stärkere Effektivität und Kontinuität der Aktionen garantieren, und die zugleich dafür sorgen, daß diese Bewegung mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen verbunden wird.

Wir sind zudem, erstmals in der Geschichte der BRD, in einer Situation, wo ein Teil unseres Kampfes gewissermaßen Avantgarde-Funktion für die Klassenkämpfe in West- und Südeuropa insgesamt hat.

Somit eher Schlußlicht der Klassenkämpfe wirkt die BRD durch die Anti-AKW-Bewegung durchaus beispielhaft und anspornend z.B. für die sich in Italien gerade erst formierende Anti-AKW-Bewegung oder für die Kämpfe in Österreich und der Schweiz. Die entstandenen Verbindungen, insbesondere auch zur gleichfalls weit entwickelten Anti-AKW-Bewegung in Frankreich, müssen gefestigt und ausgebaut werden. Die Tatsache wiederum, daß in Frankreich die Wahlpartei der Umweltschützer bei den jüngsten Kommunalwahlen durchschnittlich 10 % der Stimmen bekam, wird sicher auch in der BRD (und anderswo) Ansatzpunkt für Diskussionen und Überlegungen sein.

Die im letzten halben Jahr, also seit dem Beginn der Brokdorf-Aktionen, erreichten Erfolge sind beachtlich, wenn auch keineswegs Anlaß zu einem selbstzufriedenen Nachlassen im Kampf. Während noch am 4. 11. das Verwaltungsgericht Schleswig einen Antrag auf sofortigen Baustopp ablehnte, kam dieser Antrag am 4. 11. das Verwaltungsgericht Schleswig einen Antrag auf sofortigen Baustopp ablehnte, kam dieser Antrag am 17. 12., nach der zweiten Brokdorf-Aktion (13. 11.), durch. Am 28. 1. 77 gab die CDU-Landesregierung von sich aus die Aufhebung der zweiten Teilgenehmigung bekannt, und am 9. 2., zehn Tage vor der angekündigten dritten Brokdorf-Aktion, wurde in Schleswig der Baustopp bestätigt. Am 14. März folgte die Bestätigung des Baustopps in Wyhl. Während das Freiburger Verwaltungsgericht sämtliche Einwände der Bevölkerung wegen befürchteter Umweltschäden zurückwies, bemängelte es das Fehlen eines sogenannten „Berstschutzes“ für den Fall des angeblich total unwahrscheinlichen, gegebenenfalls aber katastrophalen „Super-GAU“. (Keine Möglichkeit zur rechtzeitigen Evakuierung der Bevölkerung, enormer Schaden, möglicherweise Hunderttausende oder Millionen Tote).

Dieses Urteil müßte Konsequenzen haben, weil auch eine große Zahl bereits betriebener bzw. geplanter und in Bau befindlicher AKW's keinen Berstschutz haben bzw. ohne Berstschutz geplant sind, also im Grunde gleichfalls stillgelegt werden müßten. So etwa die in Betrieb befindlichen AKW's Biblis, Obrigheim und Stade, oder das im Bau befindliche AKW Grohnde. Abgesehen von angeblichen technischen Schwierigkeiten spricht die Atom-Industrie auch von „unzumutbaren“ Mehrkosten. Und „Ein nachträgliches Ausrüsten der bereits im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke mit einem derartigen Berstschutz dürfte ... kaum in Frage kommen“ („FR“, 26. 3.). Hier müßte unter Berufung auf das Freiburger Urteil ragen von den örtlichen BI's mit eigenen juristischen Initiativen nachgestoßen werden, was aber unseres Wissens bisher leider noch nirgendwo geschehen ist. Obwohl wir kein Vertrauen auf die Gerichte haben und obwohl ziemlich klar ist, daß die Bourgeoisie das Freiburger Urteil wegen der darin implizierten Konsequenzen für zahlreiche weitere AKW's und Baupläze umstoßen wird, meinen wir doch, daß nicht darauf verzichtet werden sollte, auch mit den gangbaren juristischen

Mitteln den AKW-Betreibern die Hölle heiß zu machen, so gut es eben geht.

Die Auseinandersetzung um das Atom Programm der Bundesregierung, zusammen mit gleichzeitig aufgetretenen außenwirtschaftlichen und innerimperialistischen Schwierigkeiten (Auseinandersetzungen um das Atom-Abkommen mit Brasilien, Liefer- und Preis-Probleme bei angereichertem Uran u.a.), haben innerhalb der bürgerlichen Parteien den Ruf nach einer „Denkpause“, d.h. Verzögerung und Abstriche beim Atom-Programm, aufkommen lassen. Selbst die Bundesregierung sah sich in ihrer Regierungserklärung (16. 12.) zu dem Versprechen veranlaßt, „daß die Errichtung neuer Kernkraftwerke nur noch dann genehmigt werden soll, wenn für diese die Entsorgung hinreichend gesichert ist“. Wert ist dieses Versprechen allerdings nichts, weil für die heute schon in Bau befindlichen AKW's die „Entsorgung“ natürlich ebensowenig „sicher gestellt“ ist (damit begründet das Gericht auch den Baustopp in Schleswig), d.h. auch hier müßte die logische Konsequenz sein, den ganzen Schrott erstmal dichtzumachen.

Das hat die Regierung natürlich nicht vor.

Das Erörtern einer „Denkpause“ ebenso wie direkte Interventionen von Teilen der SPD und FDP in die Anti-AKW-Bewegung (Itzehoe, Gorbelen u.a.) soll dazu beitragen, die reformistische, auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingeschworene Komponente der Bewegung zu stärken, die Bewegung zu spalten und zu „mäßigen“. Das wird teilweise auch erreicht. Andererseits verstärken diese Erörterungen in der Bevölkerung die Besorgnisse vor den Gefahren der Atom-Energie, denn wozu sonst eine „Denkpause“? Wozu das Gerede von „Steckstellung der Entsorgung, nachdem seit mehr als 10 Jahren AKW's in der BRD betrieben werden? Auch die Gerichtsurteile von Wyhl und Freiburg tragen zwar auf der einen Seite zur Desorientierung und Zersetzung der örtlichen Bewegungen bei, nähren aber zwar auf der einen Seite zur Desorientierung und Zersetzung der örtlichen Bewegungen bei, nähren aber andererseits bei bisher nicht von der Anti-AKW-Bewegung erfaßten Bevölkerungsteilen den Zweifel an den offiziellen Beteuerungen der Atom-Industrie über die totale Ungefährlichkeit von AKW's.

Diese Entwicklung widerspiegelt sich sogar in den bürgerlichen „Meinungsumfragen“: So meldete noch Anfang Februar der „Parlamentarische Pressedienst“ (PPP) anhand einer „Infas“-Umfrage: „Die Ereignisse von Brokdorf haben das Interesse der Bevölkerung am Thema Kernenergie und Kernkraftwerke sichtbar vergrößert. Das Einstellungsbild ist davon aber noch unbeeinflusst geblieben“ („PPP“, 7. 2.). 39 % seien für AKW's, 20 % dagegen (Rest „unentschieden“).

Eine „Spiegel“-Umfrage (14. 2.) brachte das Ergebnis, 53 % seien für den Bau weiterer AKW's, 43 % dagegen. Gauen ein AKW in ihrer Nähe würden 57 % Bedenken haben, nur 14 % waren auch dann noch dafür (28 % „gleichgültig“). Im März wurde eine Allensbach-Umfrage veröffentlicht, wonach 47 % kein AKW in ihrer Nähe haben möchten, während 35 % (!) dagegen hätten. Aber 70 % (!) der Bevölkerung seien inzwischen der Meinung, „daß das „doch ein gewisses Risiko dabei ist“, und nur 19 % sahen keine Gefahr“ („FAZ“, 21. 3.).

So zweifelhaft und unwissenschaftlich diese Zahlen auch sein mögen, zeigen sie doch in der Tendenz auf, daß die Anti-AKW-Bewegung wie kaum eine andere Bewegung eine relativ breite Basis in der Bevölkerung hat und daß sogar noch große „Reserven“ da sind, die es als AKW-Gegner zu gewinnen und zu aktivieren gilt.

Frischer Wind in der politischen Landschaft

Eine wesentliche und sehr erfreuliche Begleiterscheinung der bisherigen Anti-AKW-Kämpfe ist die Tatsache, daß breite Diskussionen über eine ganze Reihe taktischer Fragen („Gewalt“, Aktionseinheit u.a.) in Gang

gekommen sind und daß die ganze politische Landschaft, vor allem außerhalb der Parlamentsparteien, kräftig „durcheinandergerüttelt“ wurde. Wer mitreden und mithandeln will, ist gezwungen, sich zu den Fragen zu äußern, sich konkret in bestimmten Situationen zu verhalten. In so einer Situation, wo rasch aufeinanderfolgende Entscheidungen zu treffen und durchzuführen sind und wo die politische Debatte breit, scharf und konkret ist, verändert sich die politische Landschaft rasch. So hat die Zersetzung und Selbstzerstörung sowie -isolierung des KBW glänzende Fortschritte gemacht; die „KPD“/ML ist weggetaucht; andererseits hat die relativ klug taktierende „KPD“ an Bedeutung gewonnen, unter Zurückstellung ihrer speziellen vaterländischen Theorien; die trotzkistische GIM ist zum Anhängsel der Sozialdemokratie geraten, während sie offenbar zugleich mit zunehmenden inneren Widersprüchen zu tun hat; die DKP hat mit der „Chaoten“-Hetze vor dem 19. 2. eine sehr schlechte Figur gemacht und manche Illusionen über diese Partei bei demokratischen Menschen angeschlagen; zugleich sind wir auch mit Strömungen in nähere Berührung und konkrete Auseinandersetzung geraten, zu denen es früher gar keine oder kaum Berührungspunkte gab, wie den WSL, die „Gewaltfreien“ u.a. Unter den mit dem Sammelbegriff „Spontis“ bezeichneten Strömungen findet eine Differenzierung statt, usw.

All das ist positiv. Solange relative Windstille herrscht, können sich „programmatisch“ eindrucksvolle, aber praktisch kopflose Strömungen wie der KBW recht lange halten, der Kampf um die „richtige“ Strategie und Taktik verläuft nur schleppend. – Die jetzigen Veränderungen hingegen bedeuten, daß die demokratischen Kräfte durch die Praxis lernen, schnell und intensiv lernen, daß eine wachsende Zahl von Menschen in die Praxis und in die Aufarbeitung der Praxis einbezogen werden.

Das sind Ergebnisse, die über die AKW-Bewegung hinaus Bestand haben und die mit den Ergebnissen

Das sind Ergebnisse, die über die AKW-Bewegung hinaus Bestand haben und die mit den Erschütterungen zu vergleichen sind, die die Studentenrevolte 1967/8 und die Septemberevents 1969 in der politischen Landschaft auslösten. Und durchaus nicht zufällig stellen sich heute in vielen Punkten dieselben oder ganz ähnliche Fragen wie damals. Beispielsweise die Frage der Gewalt, „Gewalt gegen Sachen“, „Gewalt gegen Personen“, „gewaltfreier Widerstand“ usw. Oder der Versuch der Bourgeoisie, die Bewegung in „Radikale“ und „Gemäßigte“ zu spalten, und unsere Schwierigkeiten, diese Spaltung zu vermeiden und die tatsächlichen Differenzen zwischen diesen Teilen der Bewegung nicht zum Bruch werden zu lassen.

Die Frage der „Gewalt“

Daß die Frage der „Gewalt“ von verschiedensten Seiten und unter allen Aspekten innerhalb der Bewegung und in den Medien der Bourgeoisie lebhaft und kontinuierlich diskutiert wird, halten wir bereits als solches für positiv. Wir teilen also keineswegs die namentlich von der DKP vertretene These, daß diese Debatte schädlich sei, daß sie uns von der Bourgeoisie aufgezwungen sei und daß sie nur vom Kampf gegen AKW's ablenken würde. Wer bereit ist, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, der wird feststellen, daß gerade im Zusammenhang der Brokdorf-Aktionen und danach die Anti-AKW-Bewegung und die öffentliche Diskussion um die Gefahren der Kernenergie, bis weit in die Reihen der Bourgeoisie hinein, einen enormen Aufschwung genommen hat.

Das ist auch völlig logisch. Denn die Bourgeoisie sieht sich durch die „ungesetzlichen“ Aktionen und das spürbare Eingreifen linker Organisationen und Gruppen in die Bewegung dazu veranlaßt, nun ihrerseits verstärkt reformistische Inhalte in die Bewegung und in die Bevölkerung zu tragen, um die Bewegung wieder unter Kontrolle zu bringen und letztlich die Kämpfe einzudämmen. Reformistische Inhalte hineinzugetragen bedeutet aber, daß die Bourgeoisie in ihren Medien die

Kräften breiten Raum einräumen muß, die zwar „gegen Gewalt“ sind, die vor „Extremismus“ etc. warnen, aber die doch auf der anderen Seite selbst mehr oder weniger von den Gefahren der AKW's sprechen, „Bedenken“ äußern usw., und die damit letzten Endes doch dazu beitragen, immer mehr Menschen von der Gefährlichkeit der AKW's zu überzeugen und womöglich, im nächsten Schritt, sich irgendwie auch an der Anti-AKW-Bewegung zu beteiligen. Genau denselben Effekt erlebten wir während der Studenten-Revolte.

Daß die „Gewaltfrage“ wieder in die Diskussion gekommen ist, empfinden wir als solches bereits als positiv, weil wir davon überzeugt sind, daß ohne Klarheit über diese Frage (und diese Klarheit entsteht nicht in erster Linie aus der Theorie, sondern aus der Praxis) keine dauerhaften Fortschritte zu machen sind und daß erst recht die Herrschaft des Großkapitals ohne Klarheit in der „Gewaltfrage“ und ohne massive Gewaltanwendung nicht überwunden werden kann. Die Alternative sind Katastrophen wie in Chile.

Heute haben die Auseinandersetzungen immerhin schon u.a. zu dem Ergebnis geführt, daß „Gewalt gegen Sachen“ (z.B. das Zerschneiden oder Umreißen von Drahtverhänden und Zäunen) weiterhin als gerechtfertigt angesehen wird, bis hin zum selbsternannten BI-Fürsten Wüstenhagen, dem WSL usw. Dies war von vornherein keineswegs selbstverständlich und wäre wohl ohne die vorausgegangenen Diskussionen der Studentenrevolte sowie auch der AKW-Bewegung nicht so einheitlich der Fall. Immerhin muß man sehen, daß die Bourgeoisie heute noch auch die „Gewalt gegen Sachen“ kriminalisiert und sie praktisch auf eine Stufe mit der „Gewalt gegen Personen“ zu stellen versucht, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß penetrant solche Gebrauchsgegenstände wie Bolzenschneider oder Wurfanker als „Waffen der Terroristen“ bezeichnet werden.

Es geht nicht ohne „Gewalt“

Unser eigener grundsätzlicher Stand-

Es geht nicht ohne „Gewalt“

Unser eigener grundsätzlicher Standpunkt zur „Gewaltfrage“ orientiert sich an unserem strategischen Ziel (sozialistische Revolution) und an den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der unterdrückten Völker im Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion.

Alle diese Erfahrungen haben gezeigt, daß letzten Endes ohne Gewalt, einschließlich bewaffneter Gewalt (darunter verstehen wir keine Wurfanker und keine Holzknüppel, sondern vom Revolver aufwärts), die herrschenden Klassen nicht gestürzt werden können. Versuche, diese Konsequenz zu vermeiden – aus fehlender Erfahrung wie 1905 in Rußland bei dem Marsch zum Zarenpalast oder aus Opportunismus und reformistischer Verblendung wie in Chile – sind teuer bezahlt worden.

In den letzten Jahren haben wir erlebt, daß ungeheure Finanzmittel zur Stärkung des Polizei- und Militärapparats eingesetzt worden sind. Man vergleiche nur den „Bullen“, dem wir beispielsweise Ostern 1968 bei Springer gegenüberstanden, mit dem um Helm, Plastikschilde, „Chemische Keule“ und z.T. längere Knüppel bewaffneten „Bullen“ von Grohnde oder Brokdorf. Hinzu kommt der Aufbau eines besonderen Terror-Apparats, des MEK, der inzwischen sogar gegen die Anti-AKW-Bewegung eingesetzt wird. Noch gar nicht zum Tragen gekommen ist die verstärkte militärische Komponente beim Polizei-Ausbau (Handgranaten, MG's, besondere Bewaffnung des BGS). Daß dieser Gewaltapparat sich in kurzer Zeit ohne weiteres „zusetzen“ könnte, sind Träume der „Gewaltfreien“ und des KBW, die mit der Realität wenig zu tun haben.

Die Frage nach der unsererseits aufzubringenden und anzuwendenden Gewalt beantworten wir nur unter den Gesichtspunkten des konkreten Kräfteverhältnisses und der taktischen Erfordernisse, aber nicht „prinzipiell“ ablehnend und „moralisch“. Ubrigens ist es im Grunde nur eine perverse Schein-„Moral“, die es im Namen des Prinzips der „Gewaltfreiheit“ in Kauf nimmt, daß die wehrlosen Massen möglicherweise der

brutalen Gewalt der Bourgeoisie und ihres Staates ausgeliefert werden.

Die Theorie der „Gewaltfreien“

Die theoretischen Verfechter der „Gewaltfreiheit“ stützen sich in ihrer Argumentation gern darauf, daß ebenso wie sie auch der allergrößte Teil der Anti-AKW-Bewegung und der Bevölkerung „gegen Gewalt“ sei. Das ist sicher richtig. Aber sieht man näher hin, so zeigt sich, daß die wenigsten davon wirklich „Gewaltfrei“ im Sinn der Theorie sind.

„Gegen Gewalt“ sind zum einen die AKW-Betreiber, die Bourgeoisie und die Polizei (!), die allesamt die AKW-Gegner davon zu überzeugen versuchen, daß sie mit Gewalttätigkeiten doch bloß ihrer Sache schaden würden. Das alles sind keine „Gewaltfreien“, sondern Anwender der Gewalt durch atomare Gefährdungen und deren Schutz durch Polizei-Gewalt.

„Gegen Gewalt“ ist zum Beispiel auch die DKP, wenn es um Aktionen am Bauzaun etc. geht. Auch die DKP ist aber keineswegs gegen Gewalt, wenn es z.B. darum geht, Andersdenkende mit Schlägertrupps zu „überzeugen“, oder wenn es um den Polizei-Terror gegen streikende Arbeiter in Polen geht.

„Gegen Gewalt“ sind auch viele Menschen, die ganz einfach Angst haben vor der Übermacht der Polizei, die zu Konfrontationen „am Bauzaun“ körperlich und altersmäßig nicht in der Lage sind, die um ihren Arbeitsplatz zu fürchten haben, wenn sie von der Polizei festgenommen werden usw.

Die „Gewaltfreien“ im Sinne der Theorie sehen sich also zum einen in der schlechten Gesellschaft von Gewalttätigen, die lediglich gegen die Gewalt aus dem Volke sind, und sie sind zum anderen politische Nutznießer der bestehenden Verhältnisse,

wo Gewalt aus dem Volk diskriminiert und kriminalisiert wird, wo für die Propagierung der „Gewaltfreiheit“ die ganze Skala der bürgerlichen Medien und Politiker höchst aktiv ist

Propagierung der „Gewaltfreiheit“ die ganze Skala der bürgerlichen Medien und Politiker höchst aktiv ist, während umgekehrt der „Gewalttäter“ und derjenige, der „Gewalt propagiert“, mit gesellschaftlicher Ächtung und mit Bestrafung rechnen muß.

Man muß unterscheiden zwischen denjenigen, die wirklich die „Gewaltfreiheit“ als ein moralisches Prinzip propagieren, und denjenigen, die aus den unterschiedlichsten pragmatischen Gründen „gegen Gewalt“ sind, aber keine „Gewaltfreien“ im Sinne der Theorie sind, d.h. die sich unter anderen Umständen vielleicht an „Gewalttaten“ (z.B. auch Steine auf Bullen schmeißen etc.) beteiligen würden oder dies jedenfalls nicht prinzipiell ablehnen würden.

„Gewaltfreiheit“ nicht als Ergebnis taktischer Überlegungen, sondern als moralisch-politisches Prinzip, ist eine Absurdität in sich selbst. Denn unbestritten und beweisbar ist, daß „Gewaltfreiheit“ nicht unbedingt Gewalttaten von Seiten der Polizei verhindern. Beispielsweise die Parole „Blumen statt Helme“ (einige „Gewaltfreie“ gehen tatsächlich so weit, sogar Helme als Ausdruck von „Gewalt“ abzulehnen!) kann statt „Gewaltfreiheit“ durchaus mit blutigen Kopfverletzungen enden, also durchaus nicht „gewaltfrei“. Und wie verhält es sich, was ja keine Seltenheit ist, wenn Polizisten auf einen Demonstranten einknuppeln und wir (zumal bei entsprechender Ausrüstung) vom Kräfteverhältnis her vielleicht imstande wären, dem Betroffenen zu helfen? In diesem Fall – wie gesagt, keine Seltenheit! – wird die proklamierte „Gewaltfreiheit“ offensichtlich zur Duldung von Gewalt. Was an dieser Position eigentlich noch moralisch sein soll, vermögen wir nicht so recht einzusehen.

Hilfsweise (und eigentlich stillwidrig) ziehen manche Theoretiker der „Gewaltfreiheit“ noch taktische Argumente heran, daß wir ja auch mit Gewalt gegen die Bullen nicht ankommen würden, sondern alles nur noch schlimmer machen würden. Dagegen sprechen aber die Fakten z.B. auch in Grohnde: Die Chancen, die „Gewalt“ und die Verluste so gering

wie möglich zu halten, sind um so größer, je besser wir uns selbst auf die Möglichkeit von „Gewalt“ vorbereitet haben (Helme, Schlagstöcke, Organisierung).

Die Grenzen der Gewalt

Die „Gewaltfreiheit“ als moralisches Prinzip widerlegt sich selbst und ist in ihrem theoretischen Anspruch nicht ernst zu nehmen. Ernst zu nehmen ist hingegen die Ablehnung der Gewalt aus politischen und taktischen Gründen. Hierbei, so erscheint uns, sind im Wesentlichen drei unterschiedliche Begründungszusammenhänge zu unterscheiden (was nicht heißt, daß diese sich nicht überschneiden):

— 1) Diejenigen, die „gegen Gewalt“ wesentlich deshalb sind, weil sie gar nicht vorhaben, mit dem bürgerlichen Staat und der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ zu brechen. Vielfach (aber nicht unbedingt!) sind diese Leute auch keine konsequenten AKW-Gegner, sondern streben reformistische Lösungen auch auf dem Gebiet der Atomenergie an (linke Sozialdemokraten, Jusos, DKP u.a.).

— 2) Diejenigen, die „gegen Gewalt“ aus der Überzeugung heraus argumentieren, daß wir damit dem Ansehen der Anti-AKW-Bewegung in der Bevölkerung schaden würden, daß wir uns insbesondere von der örtlichen und am unmittelbarsten betroffenen Bevölkerung dadurch isolieren würden u.a.

— 3) Diejenigen, die „gewaltfreie Aktionsformen“ befürworten, weil sie nach den bisherigen Erfahrungen der Meinung sind, daß wir gegen die Polizei doch nicht ankommen, daß wir uns nur sinnlos blutige Köpfe holen würden usw.

Vor allem letztere Argumentation, in Zusammenhang mit dem zweiten Punkt, gewinnt nach Brokdorf und Grohnde, nach den Erfahrungen mit dem Polizeiterror, in der Anti-AKW-Bewegung stark an Boden.

Es ist wichtig, daß dieser Tatsache Rechnung getragen wird, damit die Bewegung nicht auseinanderbricht.

Die Anti-AKW-Bewegung kann sich also unserer Meinung nach nicht auf die „Gewaltfreiheit“ als moralisches Prinzip oder auch auf einen bodenlosen Opportunismus („Die Bevölkerung ist gegen Gewalt, also dürfen wir keine anwenden“) einlassen, muß aber andererseits nicht bloß das konkrete Kräfteverhältnis zwischen Bewegung und Polizei-Apparat einkalkulieren, sondern auch die Entwicklung der Bewegung insgesamt.

Ein kleiner Rückblick

Man wird sich vielleicht erinnern, daß wir — als einzige Organisation — vor der zweiten Brokdorf-Aktion (13.11.76) öffentlich und eindeutig erklärt haben, daß der Bauplatz nicht zu besetzen sein würde. Das brachte uns damals weithin (auch von Seiten solcher Leute, die heute „gegen Gewalt“ sind) den Vorwurf ein, wir seien gegen eine Bauplatzbesetzung. Dieser Vorwurf ist natürlich absurd. Wir sahen aber damals richtig die in einer Fehleinschätzung liegende Gefahr der Desillusionierung, Resignation und des Rückzugs. Es wundert uns nicht, daß heute z.T. damalige Kritiker unserer Position (etwa bei den „Spontis“) die Meinung vertreten, daß Aktionen am Bauplatz keinen Sinn mehr hätten. Andere Kräfte, wie vor allem die „KPD/ML“ und ähnlich auch der KBW, die damals noch „ganz radikal“ auftraten, haben sich inzwischen ziemlich von den Aktionen zurückgezogen („KPD/ML“ am 19.2. und 19.3., KBW am 19.3.). Der Gedanke, einen AKW-Bau unmittelbar zu verhindern, indem man nach dem Vorbild Wyhl den Platz besetzt, war damals zum Scheitern verurteilt und konnte überhaupt nur Resignation und Rückzug hervorrufen, sobald dieses Scheitern offensichtlich war.

Im Gegensatz dazu haben wir den Besetzungsversuch (und nicht die Illusion einer möglichen erfolgreichen Besetzung, jedenfalls nicht unter den damaligen Bedingungen) als eine unter vielen möglichen Kampfformen angesehen. Von daher sehen wir dieses Mittel auch keineswegs als gescheitert und erledigt an, sondern wollen daran festhalten. Als eine Kampfform unter vielen möglichen, wie gesagt. Zugleich brachten wir damals die Orientierung „Schafft zwei, drei, viele Brokdorf“ in die Bewegung ein (AK 96, 10.1.77). Dazu schrieben wir damals (AK 96, S.3): „Der Vorteil, den der Polizei-Apparat gewinnt, wenn er seine Kräfte langfristig auf den Schutz eines Objekts konzentrieren kann und an und um dieses Objekt seine Strukturen auf- und ausbauen kann, dieser Vorteil kann von uns nur wettgemacht werden, indem wir den Polizei-Apparat zu einer Verzettlung und ständigen Verschiebung seiner Kräfte zwingen, indem wir ihn also zum einen zwingen, ständig an einer Reihe von Orten eine gewisse ‚Bereitschaft‘ aufrechtzuerhalten, und zum anderen, an wechselnden Plätzen seine Kräfte besonders zu konzentrieren, um konkrete und massenhafte ‚Bedrohungen‘ abzuwenden. Indem wir also ‚zwei, drei

viele Brokdorf schaffen‘, d.h. der bundesweiten Atom-Strategie des Imperialismus mit einer angemessenen bundesweiten Strategie antworten, AKW-Bauplätze, AKW's, Atom-mülldeponien, Behörden usw. abwechselnd zum Ziel militanter Aktionen machen“ (und ebenso natürlich auch nicht-militanter Aktionen, müßte man ergänzen).

Unter dem Eindruck der realen Verhältnisse (und weitgehend ohne unser direktes Einwirken) hat sich unsere damalige Einschätzung ziemlich breit in der Bewegung durchgesetzt. Es ist z.B. bezeichnend, daß sogar die „KPD/ML“ wortwörtlich unsere gesamte Argumentation übernahm — freilich, um ihren Abzug aus der Bewegung zu bemänteln. Unserer damaligen Einschätzung entspricht z.B. die Durchführung der zweiten Aktion in Grohnde (auf die der Polizeiapparat sichtlich noch nicht so total vorbereitet war wie in Brokdorf) oder auch die Idee der „Oster-spaziergänge“ zu diversen AKW's und AKW-Bauplätzen, was schon jetzt für eine rege Ankurbelung der Konjunktur und Schaffung neuer Arbeitsplätze (durch die „vorbeugende“ Anlage weiterer Zäune wie am Bauplatz Krümmel bei Geesthacht) und zu einer possierlichen Geschäftigkeit der Polizei geführt hat. Weitere Aktionen an anderen AKW-Bauplätzen (Ohu in Bayern, Biblis) werden vorbereitet.

Die „KPD“ hatte damals (Januar) in einem sechsstufigen Pamphlet gegen den KB u.a. geschrieben: „... Niemand sollte sich also täuschen lassen. Der KB hat längst beschlossen, sich mit aller Kraft gegen eine Besetzung des Bauplatzes zu stemmen ... Tatsächlich marschieren hinter dem Rücken der AKW-Gegner auch schon längst mit den SPD und D'K'P-Bonzen darüber, wie man eine Besetzung verhindern kann ... Folglich kündigt er großspurig ‚zwei, drei, viele Brokdorf‘ an, womit er nichts anderes als die völlige Zersplitterung und Abschwächung des Kampfes bezweckt ... Mit seiner sich ‚radikal‘ gebenden ‚Guerilla‘-Phantasie der ‚zwei, drei vielen Brokdorf‘ will er nur den Kampf von Brokdorf, dem in Augenblick schwächsten Kettenglied im Atomprogramm der Schmidt-Regierung, ablenken auf überall- und schließlich nirgendwohin.“ In einem Papier vom März („Wie müssen wir den Kampf weiterführen?“) erneuerte die „KPD“ — in weniger polemischer Form — ihre Meinung, „dort unsere Kräfte planmäßig und mit langem Atem zu konzentrieren, wo die schwächsten Kettenglieder des Atompro-

gramms liegen, um es insgesamt aus den Angeln zu heben. Diese Konzentrationspunkte sind unserer Auffassung nach wie vor Brokdorf und Wyhl ... Zusätzlich müssen wir ab jetzt den Kampf gegen das Herzstück des Atomprogramms, die geplante Atom-mülldeponie bzw. Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen verstärken.“

Grundsätzlich leuchtet der Gedanke, sich auf die schwächsten Kettenglieder zu konzentrieren, natürlich ein. Nur: Wo liegen sie? Die „KPD“ hat keinerlei Begründung abgegeben, warum es gerade Brokdorf und Wyhl sein sollen. Für Brokdorf spricht z.B. die Nähe zu Hamburg, die massenhafte Aktionen (unter Umständen auch über mehrere Tage hinweg) erleichtert, für Wyhl spricht der bisherige Kampf der Bevölkerung vor Ort und dadurch der Symbolcharakter dieses Platzes. Gegen beide Plätze spricht z.B., daß dort Baustop besteht und zudem die örtlichen Bürgerinitiativen zersetzt sind, so daß derzeit Aktionen unter Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung schwer denkbar sind.

Außerdem ist die Stärke oder Schwäche der einzelnen „Kettenglieder“ unserer Meinung nach nicht absolut zu sehen, sondern relativ. Das heißt, die Stärke eines Platzes kann in Schwäche umschlagen und umgekehrt. Brokdorf etwa ist derzeit keineswegs das „schwächste Kettenglied“, sondern eines der stärksten, was die Sicherung des Bauplatzes, Konzentration von „Sicherheitskräften“, Aufbau der Polizei-Strukturen für einen jederzeitigen Großeinsatz, Zersetzung der Bewegung, u.a.m. angeht. Weil Brokdorf von der Bourgeoisie derzeit zu einem ihrer stärksten AKW-Punkte ausgebaut worden ist, ist es zugleich ihr größtes „Prestige“-Objekt, was am 19.2. in der im Grunde surrealistischen Tatsache zum Ausdruck kam, daß „das größte Polizei-Aufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik“ zusammengezogen wurde, um einen leeren Acker zu „schützen“. Das heißt, daß sich die Anti-AKW-Bewegung in Brokdorf mit größerer Wahrscheinlichkeit als anderswo eine Niederlage holen könnte, andererseits aber ein Sieg (Durchbrechen der Zäune, Eindringen auf den Bauplatz, vorübergehende Besetzung womöglich) eine weitaus größere Bedeutung haben würde als an irgendeinem anderen Punkt. Insofern liegt in der Stärke Brokdorfs auch seine Schwäche. Was und wann dort aber konkret möglich sein wird, hängt von sehr vielen Bedingungen ab, und es ist durchaus nicht auszu-

schließen, daß sich für die nächste bundesweite militante Großaktion ein ganz anderer Punkt als im Moment günstiger erweist.

Die Spaltung Brokdorf-Itzehoe

Über die Spaltung der BUU vor dem 19.2., die dann zu den parallelen Aktionen in Itzehoe und in der Wilster Marsch führte, bestanden und bestehen teilweise falsche Vorstellungen, die in dem Vorwurf münden, die „Brokdorf-Fraktion“ habe selbst zur Spaltung entscheidend beigetragen bzw. habe nicht genug getan, um sie zu verhindern. Solche Positionen werden insbesondere unter den „Sponti“-Tendenzen und von den Trotzkisten vertreten. Zusammengefaßt lautet die These dieser Leute etwa so: „... Diese Spaltung geht quer durch die Bürgerinitiativen und war bereits am 15./16. Januar abzusehen, als auf dem überregionalen Treffen der Bürgerinitiativen in Wilster die verschiedenen Standpunkte über eine Großkundgebung in Brokdorf dargelegt wurden. Eine Besetzung des Bauplatzes wurde dort von so gut wie niemandem abgelehnt, nur gab es unterschiedliche Auffassungen über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen ... Wenn sich die Gruppen, die am 19.2. den Platz wieder zur Wiese machen wollen, zum damaligen Zeitpunkt herabgelassen hätten, zu sagen, o.k., wir bereiten uns mit allen anderen auf eine Besetzung vor und warten ebenfalls die Gerichtsentscheidung ab, so wäre die Einheit wahrscheinlich erhalten geblieben und es würde am 19.2. nur eine Großkundgebung in Brokdorf geben“ („Informationsdienst“, 12.2.).

Das heißt, „im Prinzip“ seien eigentlich alle für einen weiteren Besetzungsversuch gewesen. Die „Itzehoe-Fraktion“ habe diesen nur aus taktischen Gründen (Fortbestehen des Baustops) zum damaligen Zeitpunkt für nicht opportun gehalten. Diese These des „ID“ ist nachweislich (und unserer Meinung nach auch wider besseres Wissen!) falsch! Bereits am 5. Februar (eine Woche vor dem zitierten „ID“-Artikel) hatte die in der „Itzehoe-Fraktion“ politisch-ideologisch führende BUU-Gruppe Kremppe (Sprecher: Lars Hennings) in der „Frankfurter Rundschau“ dargelegt, worum es ihr ging: „Wir haben erfahren müssen, daß durch passive Widerstand und Hinsetzen die Kampfgruppen der Polizei nicht unmittelbar zu mäßigen sind ... Auf eine militante Aktion wollen wir uns keinesfalls einlassen. Wir wollen Leben schützen, auf beiden Seiten ... Eine Besetzung des Bau-



platzes als Demonstration unseres Willens und unserer Macht ist gegen den verzweifeltsten Widerstand der Polizisten weder sinnvoll noch möglich. Dies ist kaum mißzuverstehen: Keine Frage der Taktik und des Zeitpunkts, sondern prinzipielle Ablehnung eines neuen Besetzungsversuchs als aussichtslos und schädlich, nachdem der Bauplatz Brokdorf zur „Polizei-Festung“ gemacht worden ist.

Zwar spricht die „Itzehoe-Fraktion“ in einer späteren Stellungnahme, die wieder deutlich die Handschrift von Lars Hennings trägt, davon, man wolle „durch Mobilisierung der Politiker zwingen, dem atomaren Wahnsinn ein Ende zu machen, auch wieder mit dem Versuch einer Bauplatzbesetzung, wenn es nötig wird“ („ID“, 26.3.). Aber wie das, nachdem klar ist, daß selbst der Versuch, auf den Bauplatz Brokdorf einzudringen, ohne Gewalt gegen die Polizeitruppen nicht möglich ist? Oder wie es Freimut Duve (Mitglied des Hamburger Landesvorstands der SPD und Mit-Organisator der Itzehoe-Veranstaltung) offen und ehrlich formulierte: „... es gibt wahrscheinlich eine Verhältnismäßigkeit der Mittel. Eine Wiese zu besetzen, der sich die Polizei noch nicht bemächtigt hat, ist etwas anderes – und ich würde das auch nicht als Gewalt bezeichnen – als eine Festung, wie in Brokdorf, die nun einmal mit ungeheuerem Polizeiaufwand besetzt ist. Da, meine ich, haben Bürger keine Chance. Es fragt sich auch, ob es richtig ist, sich mit Polizisten, die dort ihren gewiß ungeliebten Dienst verrichten, in eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung hineintreiben zu lassen. Denn die beiden, die dort dann miteinander kämpfen, sind nicht die Urheber des Problems“ („FR“, 16.2.). In sich völlig logisch und konsequent. Eine Wiese, auch wenn ein kleiner Zaun drum herum ist (wie am 19. Februar noch in Grohnde), kann man schon mal betreten, ohne „militant“ werden zu müssen. In Brokdorf ist das absolut unmöglich. Und hier liegt die entscheidende Differenz, die zur Spaltung vom 19.2. führen mußte, und nicht etwa in den Fragen von Taktik und Zeitpunkt. Diese Differenz wird unter den gegebenen Umständen immer wieder aufbrechen wie am 19.3. auch im Absprung des in den örtlichen BI's noch dominierenden WSL kurz vor der Grohnde-Aktion wieder deutlich wurde. Da inzwischen klar ist, daß die Bourgeoisie über kurz oder lang sämtliche AKW-Punkte (AKW's in Betrieb und Bauplätze) ähnlich wie Brokdorf und Grohnde absichern wird, können die zukünftigen Besetzungsversuche überhaupt nur möglich sein, wenn sie mit einer gewissen Militanz verbunden sind, die in Selbstverteidigung auch „Gewalt gegen Personen“ einbezieht. Wer dies aus moralischen oder politischen Gründen ablehnt, wer also, wie in Selbstverteidigung auch „Gewalt gegen Personen“ einbezieht. Wer dies aus moralischen oder politischen Gründen ablehnt, wird heute vielleicht noch irgendwo eine stundenweise „besetzende“ mangelhaft gesicherte Wiese finden, aber bald völlig auf das Mittel der Bauplatzbesetzung (bzw. des Versuchs dazu) verzichten müssen. So und nicht anders steht die Frage, und so muß sie auch diskutiert werden. Wenn Vertreter der „Itzehoe-Fraktion“ der BUU etwa noch davon reden, irgendwem (nach Aufhebung des Baustops) wieder eine Platzbesetzung in Brokdorf zu versuchen, aber Militanz dabei von vornherein ausschließen wollen, dann treiben sie ein unehrliches Spiel.

Es ist Ausdruck der Situation in der AKW-Bewegung, daß die Sprecher der „Itzehoe-Fraktion“ vor dem 19.2. noch mit dem Argument kommen mußten, eigentlich seien sie ja auch für Bauplatzbesetzung, nur würde leider die Bevölkerung das nicht verstehen, solange der Baustop besteht. So heißt es dazu in der „Glückstädter Erklärung“ der „Itzehoe-Fraktion“ vom 13.2.: „Bei der Entscheidung für das Verhalten in der Situation des Baustops waren die Bürgerinitiativen von dem Argument ausgegangen, daß weite Teile der Bevölkerung, und besonders der unmittelbar ansässigen, einen Besetzungsversuch in dieser Situation politisch nicht verstehen und somit auch nicht unterstützen würden“ (zit. nach „Unsere Zeit“ vom 16.2.). Diese Art der Argumentation war bestens geeignet, bei ohnehin opportunistischen Teilen der Bewegung („Sponti“-Strömungen, linke Sozialdemokraten, GIM-Trotzkisten) Anklang zu finden und über das tatsächliche Wesen der Meinungsverschiedenheit und der Spaltung in der BUU hinwegzutäuschen.

Wie wenig glaubwürdig die damalige Argumentation der führenden Kräfte der „Itzehoe-Fraktion“ mit der Stimmung der Bevölkerung ist, zeigt sich daran, daß sie in den Marschen-Gruppen der BUU (d.h. in den örtlichen BI's um Brokdorf)

inzwischen einen Antrag eingebracht haben, keine Bauplatzbesetzung mehr zu versuchen und „keine bundesweite Großveranstaltung“ in Brokdorf durchzuführen oder zu planen (!), solange der Baustop besteht. Das heißt zumindest, daß man gar nicht darum kämpfen will, die behauptete Stimmung der Bevölkerung zu verändern. Im Grunde bedeutet es aber noch weit mehr, nämlich den Versuch, die behauptete Stimmung der Bevölkerung als Beschluß der örtlichen BI's zu zementieren.

Wir selbst sind der Meinung, daß es zumindest sehr schwierig sein wird, eine sinnvolle Besetzungsaktion in Brokdorf zu versuchen, solange der Baustop besteht. Aber dies als Resolution zu fassen und sich damit selbst festzulegen, ist mit politischer Dummheit nicht erklärbar, sondern ist offensichtlich ein opportunistisches Manöver. Wovor haben sie denn Angst? Fürchten sie, daß die von ihnen angegebene Stimmung der Bevölkerung keinen Bestand haben könnte? Fürchten sie eine Veränderung der Verhältnisse in den örtlichen BUU-Gruppen und wollten noch schnell den Verzicht auf Besetzungsaktionen (solange der Baustop besteht) unter Dach und Fach bringen, um sich später darauf berufen zu können? Und vor allem: Wie wollen sie sich verhalten, falls der Baustop aufgehoben wird? In einer neuen Erklärung vom 30. März schreibt die Krempen-Gruppe: „... Um dem atomaren Wahnsinn ein Ende zu machen, muß unsere Kampfform konstruktiv über den polizeistatistischen Terror hinausführen ... Selbstbewußt verzichten wir auf menschenverletzende Gewalt ... Dabei müssen wir uns an der Grenze unserer heutigen Rechtsauffassung bewegen, bis hin zu Besetzungen.“ Unserer Meinung nach kommt darin nicht einfach reformistische Verwirrtheit und Inkonsistenz zum Ausdruck, sondern ist das ein verlogenes Geschwätz. Mit Worten wie „konstruktiv“ und „selbstbewußt“ soll der Verzicht auf militante Aktionen (unter Einbeziehung der Möglichkeit einer Selbstverteidigung gegen die Polizei) schmuckhaft gemacht werden. Und dabei wollen diese Leute immer noch „bis hin zu Besetzungen“ gehen (die übrigens durchaus nicht „an der Grenze“, sondern klar außerhalb der bürgerlichen Rechtsauffassung liegen). Ja, es fragt sich nur, wie man denn „bis hin zu Besetzungen“ gehen will, wenn man „selbstbewußt“ auf Gewalt gegen die den Bauplatz schützende Polizei „verzichten“ will? Das ist doch ein Schmarren! Im Übrigen ist der Begriff „selbstbewußt“ eine Heuchelei, weil diese Leute nach den Erfahrungen mit dem Polizei-Terror von Brokdorf und Grohnde in Wirklichkeit nicht auf ein „Selbstbewußtsein“, sondern ganz im Gegenteil auf die weithin in der Bewegung verbreitete Einschüchterung und Resignation angesichts neuer Konfrontationen mit dem Polizei-Apparat setzen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen gibt es derzeit eine starke Tendenz, keine militanten Großaktionen (Besetzungsversuche) mehr zu unternehmen, sondern alternativ dazu nach „neuen Aktionsformen“ zu suchen. So breite Tendenzen unter den „Spontis“ und ebenso schon seit längerem die trotzkistische GIM. In ihrer Zeitung „was tun“ (24.3.) schreiben die Genossen: „Eine Umorientierung ist nötig! Konkret? „Die Fixierung auf Platzbesetzungen ersetzt keine Mobilisierungsperspektive“. „Nur eine gesellschaftliche Verbreiterung der Bewegung kann das AKW-Programm zu Fall bringen“. Sensationell ist das alles nicht. Speziell auf den ersten Punkt haben wir ja schon seit der ersten Brokdorf-Aktion hingewiesen. Wozu also jetzt das Geschrei über eine „Umorientierung“. Tatsächlich versucht die GIM unter dem völlig richtigen Stichwort „Keine Fixierung auf Platzbesetzung“ den totalen und öffentlich erklärten Verzicht auf militante Aktionen durchzusetzen. Das war bereits vor dem 19.2. ihr Vorschlag, und nur so, meint die GIM, könne die Einheit der Anti-AKW-Bewegung wieder hergestellt werden. Erstens ist diese These der GIM (und alle in eine ähnliche Richtung gehenden Vorstellungen mancher „Spontis“ oder der „Gewaltfreien“) schlichtweg falsch. Denn ein erklärter Verzicht auf militante Aktionen würde wahrscheinlich nicht unbeträchtliche Teile aus der Bewegung herausfallen lassen, die einen absoluten Verzicht auf militante Aktionen für falsch halten bzw. würde diese vielleicht zu verhängnisvollen Alleingängen provozieren. Und zweitens muß man sich fragen, was wir bei einer „Einheit“, wie sie der GIM und anderen Teilen der Anti-AKW-Bewegung vorschwebt, eigentlich gewinnen würden. Wir wären dann vielleicht am 19.2. nicht in Wilster

gewesen, sondern in Itzehoe. Na und?

Es geht nicht darum, wie mitunter ganz gern unterstellt wird, die Frage der Militanz und der Platzbesetzung zur Trennungslinie zwischen „ehrlichen“ und nicht „ehrlichen“ AKW-Gegnern zu machen. Zweifellos sind ein Großteil der führenden Sprecher gegen militante Aktionen tatsächlich auch keine „ehrlichen“ bzw. keine konsequenten AKW-Gegner. Aber das steht auf einem anderen Blatt. Die allermeisten, die sich heute gegen militante Aktionen aussprechen, sind trotzdem ehrliche AKW-Gegner. Andererseits gibt es unter den lautstärksten Befürwortern der „Militanz“ Kräfte, die keine ehrlichen AKW-Gegner sind, und die inzwischen z.T. auch aus der Bewegung ausgestiegen sind, wie etwa die „KPD/ML“. Wir haben bisher daran festgehalten, uns an „alle ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den F o r m e n des Protestes ...“ zu wenden und deren größtmöglichen Zusammenschluß anzustreben. Dabei soll es bleiben, und es ist beachtlich, daß inzwischen eine große Zahl von BI's überall in der BRD sich auf diese Grundlage gestellt hat.

Die Verwirklichung dieses Grundsatzes ist allerdings problematisch, das verkennen wir durchaus nicht. Aktionen wie am 19.2. in der Wilster Marsch und am 19.3. am Grohnder Bauplatz sind tatsächlich weitgehend ohne Beteiligung der örtlichen Bevölkerung als „Reise-Unternehmen“ abgelaufen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen gibt es sicher viele Menschen, die zwar gegen AKW's sind, aber die gegen militante Aktionen sind, weil sie auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ vertrauen, weil sie gegen die „Chaoten“ sind usw. Dazu kommt, daß es aus verschiedenen Gründen für die große Mehrheit der AKW-Gegner (zumindest derzeit) nicht in Frage kommt, sich – eventuell gar unter den Bedingungen eines Demonstrationsverbots und einer tagelangen Pogrom-Hetze – an Aktionen zu beteiligen, die zu gewaltsamen Konfrontationen mit der Polizei führen könnten. Alles das muß berücksichtigt werden.

Insofern finden wir es ungeheuer wichtig, daß auch Aktionen wie am 14.2. in Gorleben oder die diversen „Osterspaziergänge“ stattfinden, daß Kinder- und Jugendlager in den Ferien an den schönsten AKW-Schauplätzen organisiert werden, daß phantasievolle Aktionen organisiert werden (Fahrrad-Rundfahrten, Schnitzel-Jagden zum Bauplatz, „Nachtwanderungen“ etc.), daß mal an irgendeinem Bauplatz oder AKW ein riesiges Volksfest mit Bierzelten, Würstchenbuden, „Anti-AKW-Schießständen“ usw. stattfindet, daß Behörden besucht werden und um die Katastrophenpläne gebeten werden, daß danach vielleicht in den Städten „Katastrophenübungen“ zur Hauptgeschäftszeit und auf den Hauptstraßen organisiert werden etc. Der Möglichkeiten sind viele, und teilweise noch bestehende Vorbehalte der militanten AKW-Gegner, sich auch an solchen Aktionen aktiv zu beteiligen, sollten diskutiert und überwunden werden.

Eine weitere Möglichkeit, die in den BI's diskutiert werden sollte, wäre eine Sternfahrt nach Bonn, falls dort – voraussichtlich noch in diesem Sommer oder Spätsommer – über die Durchsetzung des Atomprogramms, möglicherweise in Gesetzesform, im Bundestag beraten werden sollte.

Wichtig finden wir jedoch, daß bei all dem, was da zu entwickeln ist, die Komponente der Militanz nicht völlig auf der Strecke bleibt. Andernfalls würde sich die Bewegung zwar, wie die Erfahrungen der Studenten-Revolution 1967/68 zeigen, zunächst noch verbreitern, insgesamt aber abflachen und abschwächen. Es braucht ja nicht einmal unbedingt eine Großaktion mit Wurfankern und Seilen am Bauzaun zu sein. Auch ein „blinder Alarm“, gezielte Verunsicherung des Staatsapparats durch Gerüchte usw. können die AKW-Schützer ganz hübsch auf Trab halten.

Was nun und wo wieder eine militante Großaktion stattfindet, ist eine taktische Frage, bei der viele Bedingungen zu berücksichtigen sind, aber ist keine moralische Frage und auch keineswegs eine Frage des „freiwilligen“ Verzichts im Interesse der „Einheit“ der Bewegung.

Und Brokdorf...?

Während auf der einen Seite über eine längere „Denkpause“ und über wesentliche Abstriche am Atom-Programm die Diskussion innerhalb der Bourgeoisie geführt wird, gibt es andererseits auch starke Tendenzen, noch in diesem Jahr die „Fortsetzung“ des Atom-Programms brutal und ohne große Rücksicht auf demokratische und juristische Formen

durchzupeitschen, was zweifellos eine ungeheure Herausforderung an die Anti-AKW-Bewegung darstellen würde.

Am eindeutigsten hat Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) die Absicht der Bundesregierung bekundet, keine weiteren Verzögerungen bei der Verwirklichung des Atom-Programms hinzunehmen und weder über einen Baustopp noch über eine „Denkpause“ noch über andere Energie-Quellen (Öl, Kohle) mit sich reden zu lassen. Stoltenberg hat außerdem die Forderung gestellt, „endlich zum Energieprogramm auch gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, damit nicht jedes Verwaltungsgericht mit einer total anderen Begründung den Bau von Kraftwerken verhindern kann“ („Bild“, 25.3.). Das Energieprogramm solle noch im Sommer oder Spätsommer als Gesetz im Bundestag beschlossen werden, zusammen mit den „wichtigsten Normen für die Sicherheit, den Umweltschutz und die Entsorgung“ („FAZ“, 25.3.). Dies entspricht im Wesentlichen den Intentionen der Bundesregierung. Friderichs: „Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die rechtliche Möglichkeit, im Falle erster Gefahren für die Gesamtwirtschaft eine Güterabwägung zwischen umweltpolitischen einerseits und energiepolitischen Erfordernissen andererseits bei der Anwendung der Umweltschutzgesetze zu betreiben“ (laut „SZ“, 24.3.). Mit anderen Worten: Die Regierung will festlegen, wie die Gerichte gefälligst die Gesetze anzuwenden haben. „Pannen“ wie das Freiburger Urteil zum AKW Wyl, sollen ausgeschlossen werden.

Und noch ein wesentlicher Punkt: Die bisherigen Voraussetzungen für die gesicherte „Entsorgung“ sollen raschestens so hingedreht werden, daß sie als erfüllt definiert werden können. Klartext: „Bonn will erreichen, daß die Genehmigung für die Errichtung weiterer Kraftwerke von der Entsorgungsfrage abgekoppelt wird und daß so der Bau der vier bis fünf zur Genehmigung anstehenden Kernkraftwerke noch in diesem Jahr gestattet wird“ („Hamburger Abendblatt“, 24.3.). Auch in Brokdorf das bisher wegen der ungeklärten Entsorgungs-Frage ruht, soll noch im Herbst (die Rede ist von Ende August!) wieder gebaut werden.

Die Kalkulation der Kräfte, die sich derzeit in der Regierung durchgesetzt zu haben scheinen, beruht auf der Überlegung, daß die Bourgeoisie nichts gewinnen kann, wenn sie die bestehenden Baustopps länger bestehen läßt und insgesamt in Richtung „Denkpause“ geht, weil die Zeit eher für eine Stärkung und weitere Ausbreitung der AKW-Bewegung arbeitet. Das heißt, die Bourgeoisie will auf knallharten Konfrontationskurs gehen, die Wiederaufnahme der an verschiedenen Plätzen ruhenden Bauarbeiten gewaltsam durchsetzen und die AKW-Bewegung zwingen, dies hinzunehmen, und ihr dabei Bauarbeiten gewaltsam durchsetzen und die AKW-Bewegung zwingen, dies hinzunehmen, und ihr damit eine Niederlage bereiten. Hinzu kommt als ganz wesentliches Moment die Tatsache, daß die Bourgeoisie es auch außenpolitisch mit wachsenden Schwierigkeiten zu tun hat (US-Widerstand gegen das Atomabkommen mit Brasilien, Diskussion über die Atom-Politik in den USA, Kampf um das „Jet-Projekt“ zwischen den europäischen Imperialisten usw. – ein Artikel dazu ist für den nächsten AK geplant).

Unterstützt wird der Konfrontationskurs der Bourgeoisie durch eine sich abzeichnende Horror-Propaganda („1,5 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr“, 1985 gehen die Lichter aus“ usw.), die mit der vollen Unterstützung der Gewerkschaften rechnen kann.

Daraus kann sich die Notwendigkeit ergeben, noch in diesem Herbst wieder nach Brokdorf zu gehen, falls der Baustopp aufgehoben wird. Die Eventualität einer solchen Aktion muß sorgfältig vorbereitet werden, durch die politische Arbeit „vor Ort“ (Wilstermarsch, Itzehoe), durch präzise technische Planung, durch Diskussionen in sämtlichen BI's des Bundesgebietes. Ob wir dann Richtung Brokdorf fahren oder woandershin, wird anhand der konkreten Voraussetzungen zu entscheiden sein. Sicher ist auf jeden Fall, daß diese Aktion in jeder Hinsicht alles bisherige weit in den Schatten stellen muß, sowohl in der Teilnehmerzahl als auch in der Qualität der Vorbereitungen, in der taktischen Durchführung der Aktion (z.B. phantasievolle Einbeziehung des Elements der psychologischen Verunsicherung des Gegners). Die Aktion könnte insgesamt über mehrere Tage gehen, vorbereitende Demonstrationen in anderen Städten einbeziehen, teilweise mit den verschiedensten Formen „friedlicher“ Aktionsformen verbunden sein (Volksfest am Bauplatz, begleitende Musik-Veranstaltungen in den umliegenden Orten etc.). 100.000 sollten wir dann schon sein. Das hält kein „Bauzaun“ aus!

Bürgerliche Presse: Kein Platz für AKW-Gegner

Totale Funkstille – „Abend“ bricht Schweigen

Hatten die Westberliner Massenmedien vor Brokdorf durch eine intensive (Hetz-) Berichterstattung noch – unfreiwillig – zur Demonstration gegen das Atomkraftwerk mobilisiert, so schaltete die bürgerliche Presse vor der Demonstration in Grohnde am 19.3. auf eine Totschweigekampftaktik um. Erst fünf Minuten vor zwölf wurde das Schweigen gebrochen ...

Am 17.3. wurde ein Extra-Blatt der Westberliner Tageszeitung, „Abend“ verteilt, in dem zur Überraschung aller AKW-Gegner zur Großkundgebung am Bauplatz aufgerufen wurde.

Die „Abend“-Verlagsleitung dementierte allerdings sofort. So wußte RIAS bereits wenige Stunden später von einer „plumpen (?) Fälschung“ zu berichten; ebenso die „Welt“, der „Tagesspiegel“ und die SFB-Abendschau, die ihren Zuschauern den „Abend“-Extra auf dem Bildschirm als „Fälschung“ präsentierte. Der „Abend“ mochte dem Extra-Blatt immerhin nicht seine Anerkennung versagen und teilte seinen Lesern den Inhalt in Kurzform mit: „Mit einer Fälschung haben gestern Unbekannte versucht, den Eindruck zu erwecken, als würde der „Abend“ zu einer Großkundgebung am morgigen Sonnabend gegen das geplante Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln aufrufen. Vor der Technischen Universität sowie am Kurfürstendamm wurde ein Flugblatt verteilt, das im Titel, Format und Aufmachung dem Original täuschend ähnlich (!) sah. Am Fuß des gefälschten „Abend“-Extra war eine fingierte Anzeige der Geschäftsleitung von KaDeWe und Karstadt AG platziert. Darin wurde den Kunden mitgeteilt, daß die Kaufhäuser am Sonnabend geschlossen bleiben, um allen Mitarbeitern die Fahrt zur Großkundgebung in Grohnde zu ermöglichen. Weiter hieß es, man würde sich damit einem Aufruf der Deutschen Reichsbahn anschließen.“ (18.3.)

Ein Westberliner Genosse

Hagen. Vom „Arbeitskreis Atomenergiefragen“ aus Hagen wurden wir gebeten, einen „Offenen Brief“ an die „Westfälische Rundschau“ abzugeben, „angesichts der Tatsache, daß unsere hiesigen Lokalblätter eine Gegenöffentlichkeit zu den Ereignissen in Grohnde am 19.3. nicht zulassen“.

Wir veröffentlichen im Folgenden den „Offenen Brief“ in leicht gekürzter Form. Der Arbeitskreis protestiert gegen die Berichterstattung über die Großkundgebung in Grohnde und schreibt weiter: „Damit Ihre Horrordisvisionen besser verkauft werden können, muß man die Zahlen über die Beteiligten an den „Greuelstätten“, dem antikommunistischen Gewaltkollaps anpassen. Da werden aus über 15.000 Teilnehmern der Demonstration gar einfach 5.000 militante Kraftwerksgegner“. (Siehe auch Ihre Brokdorf-Berichterstattung, wo Sie aus über 30.000 Demonstranten vor Brokdorf 10.000 gemacht haben.)

Um dem braven Bürger draußen im Lande den wahren Eindruck über die Gewalttäter vermitteln zu können, muß natürlich auch das Zahlenverhältnis von verletzten Polizisten und Demonstranten dem Ernst der Lage angepaßt werden; und schon sind aus 800, zum Teil schwerverletzten Demonstranten, 80 geworden.

Was macht denn eine Null schon aus, wenn es um den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geht?





Nachrichten vom Widerstand



Kappeln. 60 Menschen kamen am 25.3. zur ersten Anti-AKW-Veranstaltung der Kappeler „Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke“. Nach mehreren Referaten über die letzten Aktionen in Grohnde und Brokdorf und Musikbeiträgen vom „Roten Kaktus“ aus Flensburg, kam es noch zu einer sehr lebhaften Diskussion über die Gewaltfrage. Einige Vertreter von nur gewaltfreien Aktionen vertraten die Ansicht, daß militante Aktionen nur weiteren Polizeiterror heraufbeschwören, weshalb man von Abstand nehmen müsse. V.a. von den KB-Genossen wurde anhand von Beispielen aufgezeigt, daß auch friedliche Aktionen, wie jüngst der symbolische Bauplatz auf einem Infostand in Lübeck, der am 12.3. brutal überfallen wurde, vor dem Bullenterror nicht schützen.

Im Gegenteil haben militante Defensivaktionen der Grohnder Demonstration den Angriff der Bullen an einigen Stellen zum Stoppen gebracht. Es muß noch positiv hervorgehoben werden, daß auch die Vertreter der „Gewaltfreiheit“ unabhängig von ihrer Vorstellung über die Aktionsformen eine Zusammenarbeit aller AKW-Gegner anstreben.

Gütersloh. Am 26.3. führte der „Arbeitskreis Kernenergie“ eine Demonstration durch, an der sich über 150 AKW-Gegner beteiligten. Hauptparolen der Demonstration waren „Weg mit dem Atomprogramm der Bundesregierung“ sowie das Lied „Wehr Euch...“. In der Abschlusssprache wurden besonders die brutalen Polizeiberichte über die Grohnde-Demonstrationen angeprangert. Der Arbeitskreis hatte sich nach der Brokdorf-Demonstration vom 19.2. gebildet und hatte sich nach der Brokdorf-Demonstration vom 19.2. gebildet und in einem Flugblatt gegen die Hetze in der Berichterstattung der lokalen Presse protestiert. Auch auf dieser Demonstration wurde ein Flugblatt verteilt, das die übliche Berichterstattung über die Demonstration in Grohnde aufzeigte und über den Polizeiterror berichtete.

Veranstaltung der BI Hameln

Über 200 Besucher folgten am 31.3. der Einladung der Hamelner Bürgerinitiative zu einer Veranstaltung. Es wurde ein Film über die Aktionen am 19.3. in Grohnde gezeigt. Dem Film schlossen sich mehrere Referate an, darunter das eines Sprechers der Bürgerinitiative, der insbesondere darstellte, wie mit welchen Mitteln versucht wird, die Hamelner Initiative zu kriminalisieren und die Bevölkerung aufzuheizen. Albrecht hatte im Rundfunk erklärt, daß die Hamelner BI den „Terroristen den Weg ins Weserbergland geebnet“ habe und eine „kriminelle Vereinigung“ sei.

Dem Referat folgte eine zweistündige Diskussion, in der viele Leute die das erste Mal auf einer solchen Veranstaltung waren, vor allem Wissensfragen zur Atomenergie stellten. Es wurde aber auch über die Frage der Gewalt und von wem sie ausgeht diskutiert.

Zum Abschluß der Veranstaltung wurde eine Resolution gegen die Kriminalisierung und Einschüchterung der AKW-Gegner verabschiedet: 120 stimmten dafür bei acht Enthaltungen und einer Gegenstimme.

Die Hamelner BI will gegenüber dem Bauplatz des AKW Grohnde einen Informationswagen aufstellen. Das Grundstück dafür ist da, es fehlt noch der Wagen – am besten ein Bauwagen. Wer weiterhelfen kann, melde sich bei der BI Hameln: Angelika Kropp, Karlstr. 21, 325 Hameln.

Großveranstaltung in Uetersen

Am 26.3. veranstalteten die BUU-Gruppen Wedel, Pinneberg und Uetersen ein Anti-AKW-Kulturfest. Anlaß waren die Aktionen in der Wilster Marsch am 19.2. und die Grohnder Aktion vom 19.3. 650 Menschen kamen zu dieser Veranstaltung, die von den Elmshorner und Wedeler Frauengruppen, der BUU Elmshorn, dem Mitarbeitertreffen des JZ Quickborn und der Umweltschutzgruppe des AJC Wedel unterstützt wurde. Auf dem Fest spielten mehrere Gruppen der Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender (IfK) mit eigenem Anti-AKW-Programm. Die Stimmung hatte ausgesprochen

en Volksfestcharakter, was auch die Vielzahl von Informationsständen zum Ausdruck brachte. Das Fest war eine gute Grundlage, um die Bewegung gegen AKWs und das imperialistische Atomprogramm zu verbreitern. Der Erfolg sollte ein Ansporn sein, ähnliche Veranstaltungen auch an anderen Orten durchzuführen.

Essen. In Essen haben sich im Anschluß an die Brokdorf-Aktion mehrere Anti-AKW-Initiativen gebildet. Am 27.3. trafen sich erstmals vier dieser Initiativen (Ungruppe, Frauengruppe Ökologie, zwei sog. Donnerstagsgruppen), die die Gründung eines gemeinsamen regelmäßigen Plenums und Kontaktaufnahme zum zentralen Treffen aller BIs aus Nordrhein-Westfalen beschlossen.

Fulda. Am 29. März fand in Fulda die 1. Veranstaltung zur Gründung einer Bürgerinitiative Umweltschutz statt. 90 AKW-Gegner kamen zu diesem Treffen – für Fuldaer Verhältnisse ein sehr gutes Ergebnis.

Organisiert hatten diese Veranstaltung einige Fuldaer Grohnde-Demonstranten vom 19.3.

Es wurde ein Arbeitsausschuß gebildet, der die Vorbereitung zur Gründung in die Hand nimmt.

Hamburg/Barmbek. Über 100 Menschen nahmen am 2.4. an einer Frauenveranstaltung gegen AKWs teil. Außerhalb hatten dazu Frauen aus der Hamburg/Barmbecker Stadtteilgruppe der BUU. Fast die Hälfte der Anwesenden war zum ersten Mal auf einer Anti-AKW-Veranstaltung gekommen. Von den Frauen wurden Referate über die Gefahren der atomaren Verseuchung, gesundheitliche Schäden durch radioaktive Strahlung gehalten und besonders eindringlich die Lehren aus Seveso geschildert. Berichte der kämpfenden Frauen in Wyhl und mehrere kulturelle Beiträge sorgten für eine insgesamt gute und kämpferische Stimmung. Weiter so!

500 AKW-Gegner kamen zur Gründungsversammlung in Nürnberg

Auf einer Versammlung mit 500 Menschen wurde am 26.3. in Nürnberg eine Initiative gegen Atomkraftwerke gegründet. Diese Gründung war ein Schritt nach vorn, sowohl was die Stimmung als auch die hohe Teilnehmer-Zahl angeht – so viele AKW-Gegner waren in Nürnberg noch nie zusammengekommen. Die Versammlung nahm fast einstimmig eine Grundsatzklärung an, in der ausdrücklich alle AKW-Gegner, unabhängig von ihren politischen Ansichten und unabhängig von ihren Vorstellungen über die Formen des Protestes, begrüßt werden. Ein Zusatzantrag vom „Bund Naturschutz“, der die Initiative auf „friedliche“ Kampfmethoden festlegen wollte, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Außerdem wurde beschlossen, die geplante Demonstration in Ohu bei Landshut zu unterstützen. Für ein Pfeifkonzert und riesigen Tumult sorgte der sog. „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“, als er den „dummen Maschinenstürmern“ (!) erklären wollte, wie toll doch die Atomenergie eigentlich sei und was man damit alles anfangen könne. Der AB-Vertreter beschwerte sich nur darüber, daß die Kapitalisten in ihren Kühltürmen soviel Wärme vergeuden würden – das sei ja nun wirklich nicht fortschrittlich, dagegen sollte man mal demonstrieren. Wir schlagen der KWU vor, sofort einen Vertreter des Arbeiterbundes in ihren Aufsichtsrat zu nehmen. Solche neuen, richtungsweisenden Impulse für den Ausbau der Atomindustrie darf man sich als führendes AKW-Unternehmen nicht entgehen lassen!

Vorrangiges Ziel der Nürnberger Initiative ist neben gemeinsamen Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit, den Aufbau eines regionalen Zusammenschlusses aller bayrischen Initiativen voranzutreiben, damit das derzeit noch bestehende „Nord-Süd-Gefälle“ in der Anti-AKW-Bewegung bald aufgehoben ist.

Nach Berichten von Genossen aus Kappeln, Gütersloh, Hameln, Wedel,

Essen, Fulda, Hamburg und Nürnberg

Sonntagsvergnügen in Grafenrheinfeld

An einem trübem Sonntagnachmittag, es war der 27.3., kamen wir (16 AKW-Gegner aus Nürnberg) auf die Idee, dem AKW in Grafenrheinfeld (bei Schweinfurt) einen Besuch abzustatten.

Am AKW angekommen, strömten wir gleich ins „Informationszentrum“ der KKG (Kernkraftwerksgesellschaft), wo uns und Spaziergänger aus der Umgebung ausgesuchte „Fachleute“ vom Segen der Kernenergie „überzeugen“ wollten. Dermal standen sie allerdings auf verlorenem Posten. Wir konnten eine „Information“ nach der anderen als das entlarven, was sie ist: gezieltes Belügen der Bevölkerung.

Was diesen gekauften „Wissenschaftlern“ aber am meisten stank: je länger wir diskutierten, desto mehr unterstützten uns die anderen Leute. Vollends lächerlich machten sich die „Experten“, als draußen der Werksschutz zusammengezogen wurde, und dann auch noch zwei VW-Busse und drei PKW's voll mit Bullen ankamen, die die Diskussionsrunde „schützen“ wollten. Aufgrund der Proteste der Anwesenden zogen die Bullen wieder ab, was von uns durch Singen des „Wehr-Euch“-Liedes musikalisch untermalt wurde.

Anschließend machten wir noch, von zwei Werksschutzleuten nebst Hund verfolgt, eine Rundumsichtigung des Bauplatzes. Wir konnten uns der Vorstellung nicht erwehren, daß eine Wiese eigentlich viel schöner wäre ...

Nachtrag: Irgendwie sind in der schöner wäre ...

Nachtrag: Irgendwie sind in der letzten Zeit die Hinweisschilder zum AKW Grafenrheinfeld so bunt ...

Ein Nürnberger AKW-Gegner

AKW-Gegner in den Redaktionsräumen des „Kölner Stadt-Anzeiger“

Am Mittwoch, den 23.3., zogen rund 30 AKW-Gegner der Kölner Initiative KKW-NEIN mit Schaumstoffkeulen und Äxten durch die Redaktionsräume und die Setzerei des „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Anlaß für diese Aktion, die unter Beteiligung von Straßenmusikern Aufsehen erregte, war ein Kommentar des stellvertretenden Chefredakteurs des „Kölner Stadt-Anzeigers“ nach der Grohnde-Demonstration, in dem ... ganz im Sinne des „Völkischen Beobachters“ ... (Presseerklärung der Initiative) die Grohnde-Demonstranten als reine Gewalttäter diffamiert wurden.

In faschistischer Manier hetzte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ gegen die AKW-Gegner von Grohnde, sie ... wollen das Feuer unter dem Kessel, in dem ihre übelriechende politische Suppe angerührt ist, nicht löschen, sondern weiter schüren.“ (21.3.77).

Ein Teil der KKW-NEIN-Initiative wollte mit dieser Aktion vor allen Dingen der Verhetzung der AKW-Bewegung durch die bürgerliche Presse etwas entgegensetzen.

KB-Sympathisanten Köln

„Radioaktive Wolke über Hamburg“

„Hier spricht die Atompolizei: Radioaktive Wolke wird in zwei Stunden Hamburg erreichen – bleiben Sie in Ihren Häusern ...“. So tönte es am Samstag am Rahlstedter Bahnhof in Hamburg über die Straße. 10 Menschen fielen auf der Straße um, Sanitäter eilten herbei, um sie abzutransportieren. Mit einer Plane abgedeckt lag der Haufen „Atomleichen“ auf dem Boden. Mit Hinweis auf die Katastrophenschutzpläne wurde dann der Vorgang der Bevölkerung erläutert.

Begeistert von der gelungenen Aktion entschlossen sich Mitglieder der Bürgerinitiative Rahlstedt, der JZI Hohenhorst und der Schülergruppe Oldenfelde spontan, die Aktion auf dem Wochenmarkt zu wiederholen. Dabei erschien die Polizei mit drei Wagen und nahm die Personalien von einem AKW-Gegner auf.

Zwei Teilnehmer

Albrecht raus aus Göttingen

Vier Tage nach Grohnde kam Albrecht zu einer öffentlichen CDU-Veranstaltung nach Göttingen. Ungestört sollte er seine Hetze gegen AKW-Gegner nicht ablassen können. Mit dieser Stoßrichtung beschloß eine AE aus dem Arbeitskreis Energie, dem AStA Uni, KB und KHB, der Bewegung undogmatischer Frühling, dem SHB, der GIM und einigen linken Fachschaften eine Demonstration mit Kundgebung. Der KBW stieg aus der AE aus, weil er seine Lösung nach Aufhebung des KPD-Verbots nicht als AE-Parole verankern konnte, und die anderen ja eh Schiß vor den Bullen hätten und nicht kämpfen würden.

Dem Aufruf folgten etwa 250 Menschen. Weitere 100 sammelten sich unter den Losungen des KBW. Bis zur Stadthalle kamen weder wir noch der KBW. Etwa 400 Bullen versperrten direkt vor der Stadthalle die Straße. Weitere Reserven, darunter vier Wasserwerfer, hielten sich im Hintergrund auf. Ein SPD-Stadtdirektor hatte nichts eiligeres zu tun, als die sofortige Auflösung der Demo anzuordnen. Die Polizei führte diese Maßnahme dann doch nicht durch, und wir hielten vor der Bullenkette unsere Kundgebung ab.

Auf der Veranstaltung hielt Albrecht im Grohnde-Stil eine betont blutdürstige Rede. Anwesende AKW-Gegner fanden mit „Sieg Heil“-Rufen darauf die einzig richtige Antwort.

Folgender Zwischenfall ereignete sich noch vor der Stadthalle: Mehrere Bullen führten zwei Zivilisten durch die Demonstranten als Verhaftete ab. Damit wollten sie offensichtlich einen Befreiungsversuch durch die

Demonstranten provozieren. Dazu kam es nicht, da sich die beiden „Zivilisten“ als Bullen herausstellten.

KB/Gruppe Göttingen

Besetzungsaktion in Fessenheim

In Kürze soll der Block B im AKW Fessenheim (Frankreich) in Betrieb genommen werden. Der A-Block läuft bereits seit einiger Zeit. Von Block B aus soll Strom in das Landesinnere von Frankreich geliefert werden. Für diese Lieferung ins Landesinnere fehlen noch zwei Strommasten. Einen davon, der bereits zur Hälfte fertiggestellt war, haben am 30.3. Mitglieder der französischen Ökologiepartei und einige Leute aus der Umgebung besetzt.

Seit dem 30.3. halten ständig etwa 20 Leute den Platz um den Strommast besetzt. Die Polizei hat inzwischen bereits mehrmals die Personalien der Besetzer festgestellt. Die Arbeiter der Baustelle haben die Arbeit eingestellt und sich offensichtlich über die Unterbrechung gefreut. Am Samstag, den 2.4. versammelten sich 150 Leute an der besetzten Stelle und hielten eine Kundgebung ab. Zu der Kundgebung waren 30-40 Leute in einem kleinen Autokorso aus Freiburg gekommen. Die Besetzer werden direkt von der örtlichen Bevölkerung mit Essen, Trinken und Brennholz unterstützt. Direkte Unterstützung erhalten sie auch von der Gemeinde Blodelheim und dem Zusammenschluß der Fessenheimer Bürgerinitiativen (darin haben sich 13 Dörfer aus der unmittelbaren Gegend zusammengeschlossen).

Nach einem Bericht aus Freiburg

Regionalkonferenz Weserbergland

In Bad Pyrmont fand am 2.4. eine Regionalkonferenz von Bürgerinitiativen rund um Grohnde statt, an der Initiativen aus Pyrmont, Holzminde, Detmold, Göttingen, Hildesheim, Hannover, Extertal, Hameln und Bodenwerder teilnahmen. Diskutiert wurde über die Demonstration am 19.3. in Grohnde, die von allen Anwesenden als Erfolg eingeschätzt wurde. Kritisiert wurde die Demoleitung und der Verkehrsausschuß da der Informationsfluß während des Anmarsches und der Demonstration nur ungenügend funktioniert hat.

Weiter wurde über die nächsten Aufgaben und die Perspektive der Anti-AKW-Bewegung beraten. Dabei wurde einstimmig gefordert, die nächsten Aktionen durch eine Verbreiterung der Informationsarbeit vorzubereiten. Darüber hinaus sollte bei den kommenden Aktionen darauf geachtet werden, daß für alle beteiligten Kräfte Möglichkeiten des Widerstandes organisiert werden. Hierbei wurde besonders die Schienenbesetzung in Grohnde hervorgehoben, weil daran auch die Anwesenden „Gewaltfreien“ teilnehmen konnten. Als die nächsten anzuge-

henden Aufgaben wurde beschlossen:

- Unterstützung von Ostermärschen, soweit sie in der Region der Initiativen stattfinden;
 - Organisation einer Anti-Atom-Woche Ende April;
 - Mobilisierung zu den stattfindenden Maidemonstrationen und Bildung von Anti-AKW-Blocks;
 - Organisation eines Jugendlagers in Grohnde zu Pfingsten.
- Insbesondere der letzte Vorschlag stieß auf große Zustimmung bei den Anwesenden. Am 14.5. wird hierfür ein Vorbereitungstermin stattfinden. Am 16./17.4. soll in Göttingen über Kassel eine Landeskonferenz Südniedersachsen stattfinden, auf der über folgende Fragen diskutiert werden soll:
- Schaffung von demokratischen Strukturen in den Bürgerinitiativen und für die Landeskonferenz
 - Organisation der weiteren Zusammenarbeit
 - Aufbau eines gemeinsamen Informationszentrums und einer gemeinsamen Anti-AKW-Zeitung.

Nach einem Bericht der ortsansässigen Genossen

Erklärung von AKW-Gegnern in der Reformierten Kirche in Hamburg zu Grohnde

Nach dem 19.3. in Grohnde gaben AKW-Gegner in der Reformierten Kirche in Hamburg eine Erklärung heraus, in der sie sich gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und sonstiger Pressehetze zu Grohnde wandten und ihr Recht, gegen Atomkraftwerke militant vorzugehen, verteidigten. Wir zitieren auszugsweise aus dieser Erklärung:

„Am 19. März forderte die Einsatzleitung der Polizei die friedlichen Demonstranten auf, sich von den ‚Verbrechern‘ zu trennen. Auf diesen Versuch, Teile der Anti-AKW-Bewegung zu kriminalisieren, kann es nur eine Antwort geben: Dann sind wir wohl alle Verbrecher. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren! ... Wir lassen uns auch nicht zusammenschlagen, wenn wir von unseren Grundrechten Gebrauch machen – auch nicht von der Polizei. Wer will es uns verübeln, daß wir uns von denen nicht distanzieren wollen, die versuchen, die abziehenden Demonstranten vor den Schlagstöcken der Polizei zu schützen? ... wir haben in Notwehr gehandelt – gegenüber Polizeiwillkür. ... Presse, Fernsehen, Landes- und Bundesregierung verurteilen in Einheitsfront das Vorgehen der Demonstranten. Doch was ist ei-

gentlich geschehen? Wir haben versucht, den Bauplatz zu besetzen. Das ist doch nicht Neues ... In Grohnde wird unbekümmert weitergebaut; dem wollten wir Einhalt gebieten.

Um einen Zaun umzulegen, braucht man natürlich Werkzeuge – von selber fällt er nicht. Aber ist nicht ein Unterschied zwischen dieser Gewalt und der Gewalt der Polizei gegen uns Menschen, die wir nicht durch Gräben, Metallgitter und Nato-draht geschützt sind?

Springer, SPD- und DKP-Presse erklären uns zu nützlichen Idioten der K-Gruppen. Diesen Gruppen unterstellt man, sie würden die Anti-AKW-Bewegung für ihre Ziele ausnutzen. Wie schon so oft in der BRD soll auch hier der Antikommunismus dazu dienen, von den wirklichen Problemen abzulenken. ... Wir sind jedem dankbar, der mit uns gemeinsam kämpft – ob er Kommunist ist oder nicht. Die Gewalt ging in Grohnde vom Staat aus. Man wollte uns wohl lehren, daß Demonstrieren gegen Atomkraftwerke gefährlicher ist, als der Betrieb der Kraftwerke selbst.

Dies ist nicht gelungen! Wir kommen wieder!“

Frauen gegen AKW's

In der Auseinandersetzung um die Kämpfe gegen den Bau von Atomkraftwerken, vor allem in Brokdorf, haben Frauen und Frauengruppen begonnen, sich an dieser Bewegung zu beteiligen und einen organisierten Kampf gegen die AKW's aufzunehmen. Von Frauengruppen aus Hamburg und Essen war die Initiative ausgegangen, am 19.2. auf der Demonstration nach Brokdorf einen Frauenblock zu bilden. Auch zur Demonstration am 19.3. in Grohnde verfaßten Frauengruppen aus mehreren Städten (Bremen, Hannover, Münster, Essen, Nürnberg und Hamburg) einen Aufruf und forderten dazu auf, örtliche Frauenblöcke zu organisieren. Nach unseren bisherigen Informationen beteiligten sich Frauen und Frauengruppen aus folgenden Städten an den Demonstrationen in Brokdorf und in Grohnde: Aus Schleswig-Holstein kamen Frauen aus Kiel, Flensburg, Lübeck und Westerland. In Hamburg nahmen Teile der Frauen-AE (Aktionseinheit Hamburg Frauengruppen) und der „Fraueninitiative gegen AKW's“ an einem Frauenblock teil. Aus Niedersachsen beteiligten sich Frauengruppen aus Göttingen, Hannover und Hildesheim. Frauen aus Hannover organisierten zur Demonstration nach Grohnde einen sehr kämpferischen Frauenblock. Die dicken Bäuche der „schwangeren“ Frauen entpuppten sich am Bauplatz als Säcke, gefüllt mit Klappspaten, Eisensägen und anderem nützlichen Gerät!

Aus Nordrhein-Westfalen kamen nach Brokdorf Frauengruppen oder Teile davon aus den Städten Aachen, Essen, Bochum, Münster, Bielefeld und Dortmund. Für Grohnde war die Beteiligung allerdings deutlich geringer.

Weiterhin beteiligten sich Frauen aus Bremen, Frankfurt und Hanau an den Demonstrationen nach Brokdorf und Grohnde.

Weiterhin beteiligten sich Frauen aus Bremen, Frankfurt und Hanau an den Demonstrationen nach Brokdorf und Grohnde.

Insgesamt kann die Beteiligung von Frauengruppen und Frauenzentren als ein kleiner Erfolg betrachtet werden, ebenso die Tatsache, daß sich Frauen in den Arbeitskreisen gegen AKW's zusammengeschlossen haben, wie z.B. in Hamburg und Köln.

Allerdings hat sich heute der größte Teil innerhalb der Frauenbewegung mit dem Kampf gegen AKW's entweder überhaupt noch nicht beschäftigt oder nimmt zumindest noch nicht aktiv an ihm teil. In den Frauenzeitschriften ist zum Thema „Kampf gegen AKW's“ nur wenig zu finden. Die bekanntesten Frauenzeitschriften wie „Emma“ und „Courage“ verhielten sich dazu bisher recht zurückhaltend. In der „Emma“, dem Projekt von Alice Schwarzer, war hierzu überhaupt nichts zu finden. Die Westberliner Frauenzeitung „Courage“ ging zwar in mehreren Artikeln in ihrer Nr. 2/1977 auf die Gefährlichkeit von AKW's ein und schilderte den Kampf der Frauen von Wyhl und Marckolsheim, nahm jedoch zu weiteren Kampfschritten nicht konkret Stellung.

Der von einigen Frauengruppen propagierte Vorschlag, auf der Demonstration in Brokdorf und Grohnde einen oder mehrere örtliche Frauenblöcke zu machen, stieß bei einem großen Teil der Frauen in Frauengruppen und -zentren und z.T. sogar bei Genossinnen und Genossen auf Kritik. Es wurde vertreten, die Frauen seien ja von AKW's

nicht mehr betroffen als die Männer, „ein Frauenblock bedeutet eine schwache Stelle in der Demonstration, wo die Bullen leichter zuschlagen können“ und: der Aufruf zum Frauenblock würde „spalten“. Sicher ist die AKW-Frage keine spezielle Frauenfrage, allerdings sehen wir sehr wohl auch eine besondere Be-



troffenheit der Frauen, weil z.B. in erster Linie sie es sind, die mit den verkrüppelten Kindern dasitzen und sie ein Leben lang versorgen müssen, und weil sie es sind, die die Strapazen und Gefahren einer Abtreibung auf sich nehmen müssen, wenn sie ein Leben lang versorgen müssen, und weil sie es sind, die die Strapazen und Gefahren einer Abtreibung auf sich nehmen müssen, wenn sie als Schwangere bestrahlt worden sind.

Die Frage der Stärke eines Frauenblocks ist nicht ein Problem der Muskelkraft, sondern der politischen Stärke. Dies haben die Frauen aus Hannover bewiesen, indem sie sehr militant und vor allem geschlossen auftraten. Außerdem besteht gerade auch im gemeinsamen Handeln der Frauen die Möglichkeit, ihre eigene Kraft und Stärke zu erfahren.

Die Frauen mit an die vorderste Front und die Bewegung verbreitern!

Die im Zuge der Anti-AKW-Bewegung gebildeten Fraueninitiativen gegen AKW's sind gute Ansätze, die aktiv fortgesetzt werden müssen, denn für diese Arbeitskreise besteht die Möglichkeit, mit einer besonderen Agitation noch mehr Frauen für eine Beteiligung am Kampf gegen AKW's zu mobilisieren. So machten Frauengruppen aus Hamburg z.B. in der näheren Umgebung mit großem Erfolg Veranstaltungen, mit denen besonders die Frauen angesprochen wurden.

Außerdem sollten die Frauen sich stärker in den Bürgerinitiativen engagieren, eine breite Zusammenarbeit von Frauengruppen anstreben, wo über die Bewegung und anstehende Aufgaben, wie z.B. breitere Mobilisierung für kommende Aktionen diskutiert werden kann.

Demonstration gegen AKW in Ohu beschlossen!

An der ersten bayerischen Delegiertenkonferenz der Bürgerinitiativen in Landshut nahmen 80 Menschen aus 18 verschiedenen Initiativen teil. Beschlossen wurde, am 7. Mai eine Kundgebung in Ohu gegen die Inbetriebnahme des dortigen AKW und den Bau eines weiteren zu organisieren. Eine Demonstrationsleitung soll aus jeweils einem Vertreter der Initiativen gebildet werden. Weiter wurde ein Sanitätsausschuß gebildet und die Einsetzung eines Ermittlungsausschusses an einzelne Initiativen delegiert.

Auseinandersetzungen gab es um den Demonstrationsort und um die Frage der Mittel des Protestes.

Die GIM hatte die Kundgebung in Ohu als „Politourismus“ diffamiert,

der die Bewegung kaputt mache. Außerdem forderte sie eine ausdrückliche Abgrenzung von möglichen Besetzungsversuchen.

Die große Mehrheit der Anwesenden entschied sich gegen 8 Stimmen für eine Demonstration in Ohu. Bei noch ca. 60 Anwesenden wurde mit Mehrheit entschieden, sich nicht von bestimmten Formen des Protestes abzugrenzen. In dem verabschiedeten Aufruf wurde dann noch unterstrichen, daß die Bürgerinitiativen nicht die Konfrontation suchen, sich aber von den Behörden Ort, Zeit und Form ihrer Demonstration nicht vorschreiben lassen – auch nicht durch ein Verbot.

Informationszentrale:
Landshut, Tel.: 0871/23832

Internationale Anti-AKW-Proteste

Belgien. Rund 2.000 Menschen beteiligten sich am 26.3. an der bisher größten Demonstration von Atomgegnern in Huy. Aufgerufen hatten die „Freunde der Erde“ (eine Umweltschützerorganisation) und verschiedene Ökologie-Komitees der Region unter dem Motto: „Stop der Atomenergie. Es gibt auch andere Lösungen – nutzen wir sie!“ (Entsprechend wurde auf der Kundgebung relativ viel von „Alternativ-Energie“ usw. gesprochen).

Auf der Kundgebung traten auch Vertreter von Anti-AKW-Initiativen aus Flandern, Luxemburg und Aachen auf. Scharf kritisiert wurden die Pläne der belgischen Regierung, im Meuse-Tal zusätzlich zu dem schon laufenden Tihange I vier weitere AKW's und eine Urananreicherungsanlage zu bauen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Demonstration erst ein Anfang sei und die Absicht bekräftigt, in Belgien eine Massenbewegung gegen Atomanlagen aufzubauen – „vergleichbar mit der Bewegung gegen Brokdorf, Wyhl und Malville“ (Frankreich) („Pour“, 30.3.77).

Belgien-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven

60 Kilo AKW-Dokumente entwendet

Anti-AKW-Militante haben in den Räumen der NERSA (AKW-Betrei-

Nach der Entwendung dieser Dokumente sind 14 Anti-AKW-Militante aus Grenoble verhaftet worden, sie haben in einer Presseerklärung dazu folgendes gesagt: „Wir sind jederzeit bereit, ähnliche Aktionen durchzuführen, solange am Bau von Super-Phenix festgehalten wird.“

Eine komplette Veröffentlichung des Materials ist bereits angekündigt worden.

Falscher Alarm in Fessenheim

Der Präfekt des Departement Haut-Rhin hat eine Anzeige gegen Unbekannt gestellt wegen eines falschen Alarms in drei Dörfern in der Nähe vom AKW Fessenheim. In einer Presseerklärung, die in der elsässischen Presse veröffentlicht wurde, verurteilt der Präfekt „aufs Strengste“ die Autoren der Aktion, die sich auf Kosten der Bevölkerung amüsieren und versuchen würden, dort eine Panikstimmung zu schüren, während es doch Pläne im Fall eines Unfalls geben würde, wo alles berücksichtigt sei. Die Gruppe „GRAIN“ („Gruppe zum Widerstand gegen Militarisierung und AKW-Industrie“) hat die Verantwortung für den Fehlalarm übernommen.

„Graïn“ erklärte dazu: „Wir werden alles tun, außer Aktionen, die das Leben von Menschen bedrohen würden, um den ersten Reaktor des AKW's in Fessenheim zum Stillstand“

AKW's mit einer Leistung von jeweils 1.000 Megawatt (zum Vergleich: Brokdorf soll etwa 1.300 Megawatt leisten) zu protestieren. Dies war überhaupt die erste Aktion der italienischen AKW-Gegner in dieser Größenordnung. Erstmals hatten am 30. Januar etwa 1.000 Menschen dort demonstriert und als Zeichen des Protestes vorübergehend die Schienen der Strecke Rom-Genova besetzt.

Die italienische AKW-Bewegung ist gerade erst in der Formierung begriffen. Als nächster Schritt ist eine Manifestation in Norditalien geplant, wo entlang des Flusses Po ebenfalls ein oder mehrere AKW's gebaut werden sollen. In Italien sind bisher nur drei kleinere AKW's in Betrieb. Die ehrgeizigen Pläne der italienischen Bourgeoisie sahen zunächst vor, bis 1985 zwanzig neue AKW's zu bauen. Diese Zahl wurde inzwischen auf 12 reduziert.

Am eindeutigsten machen sich für dieses Programm die italienischen „Euro“-Revisionisten stark, die den raschen Ausbau der Kernenergie „im Interesse der Arbeitsplätze“ etc. propagieren. Maurizio Ferrara, Regionalpräsident von Latium und PCI-Mitglied, hatte bereits vor dem 20.3. eine „Warnung an die örtliche Bevölkerung“ abgelesen, sie solle sich vor „bestimmten Gruppen von Provokateuren“ hüten, die am 20. März Unruhe anzetteln wollten. Immerhin wirkte diese Hetze so, daß sich nach dem 20. März sogar die „manifesto“-Gruppe und Avanguardia Operaia



2000 Anti-AKW-Gegner auf der Kundgebung in Huy/Belgien

ber-Firma, die für den Schnellen Brüter „Super-Phenix“ arbeitet) 60 Kilo (!) Dokumente entwenden können, wovon sie jetzt erstmal zwei vertrauliche Briefe der EDF (französische Elektrizitätsgesellschaft) und der NERSA veröffentlicht haben.

Hier zeigt sich, wie die AKW-Befürworter ihre Kampagne führen wollen, und wie sie die Anti-AKW-Bewegung sabotieren möchten.

In einem Brief, der von einem gewissen Boiteux (Chef der EDF) unterzeichnet ist, erklärte derselbe: „Die beste Art, dem wachsenden Protest zu entgegen, ist der sofortige Baubeginn“ von Super-Phenix in Malville. Gleichzeitig soll eine Verdummungskampagne gestartet werden: „Da ein neuer Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung wahrscheinlich ist, muß eine Öffentlichkeitskampagne unsererseits frühzeitig genug organisiert werden, um massiv aufzutreten“. Dazu hat sich die EDF auch etwas Konkretes einfallen lassen: Eine Zeitung „Creys-Malville-Informationen“, die lokal in Malville erscheint, und wo die ganzen „Vorteile“ der Atomenergie an den Mann gebracht werden sollen.

zu bringen!“

Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen haben am 28. März in Freiburg erneut den Baustop des AKW's in Fessenheim gefordert. In ihrer Erklärung weisen sie auf die Mängel hin, die die „Sicherheits“maßnahmen aufweisen im Fall eines Unfalls am AKW Fessenheim. Nach diesem „Sicherheitsmaßnahmenplan“, der vor kurzem entwendet werden konnte (siehe AK 101), sollen Schwimmbäder und Autowaschanlagen als Entseuchungsstationen benutzt werden. Das Wasser, das dadurch radioaktiv wird, würde dann durch die normalen Wasserleitungen weiterfließen...

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

15.000 gegen AKW's in Montalto

Italien. 15.000 Menschen waren zum „Frühlingsfest“ am 20. März in Montalto di Castro (Latium) gekommen, um gegen den geplanten Bau zweier

verpflichtet fühlten, den „friedlichen“ und volksfestartigen Charakter der Manifestation besonders hervorzuheben. Die „manifesto“-Gruppe scheint überdies eine ähnliche Linie wie hierzulande die DKP zu verfolgen, d.h. Forderung nach besseren Sicherheitsvorkehrungen etc., aber kein prinzipieller Widerstand gegen das Atomprogramm.

Das offene Eintreten der PCI-Führung für das Atomprogramm wird von der reaktionären Christdemokratie (DC) zu demagogischen Manövern genutzt: Während die DC in Rom das Atomprogramm stützt, treten die örtlichen DC-Funktionäre als AKW-Gegner auf und spielen „Sprachrohr der Bevölkerung“ gegen die linke Regionalregierung von Latium.

Unter dem Druck der beginnenden Proteste hat die Regionalregierung von Latium inzwischen erklärt, daß sie die Verhandlungen mit der Regierung über Rolle und Zweckmäßigkeit des AKW-Projekts Montalto erneut aufnehmen will und möglicherweise das ganze Projekt noch einmal in Frage stellen wird. Der Baubeginn in Montalto, ursprünglich für April geplant, scheint erst einmal auf die lange Bank geschoben!

Vaterlandsverteidiger für AKWs

Als AKW-Befürworter hat sich die Provokateurs-Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands“ wieder einmal zu Wort gemeldet. In einem ausgerechnet mit 19.2. datierten Extrablatt ihrer „Neuen Welt“ wird richtig festgestellt, daß der Kampf der AKW-Gegner „die Frage nach der Kernenergie überhaupt“ stellt „und damit nach dem Energieprogramm und der wirtschaftlichen Zukunft der BRD und Westeuropas. Die wirtschaftliche Stabilität ist aber die Grundlage für die Widerstandskraft Westeuropas gegen das sowjetische Vorherrschaftstreben und die Verteidigung der Demokratie und Unabhängigkeit“.

Also klar, daß für eine ordentliche Vaterlandsverteidigung gegen die Gefahr aus dem Osten die AKW's unentbehrlich sind. Und Pfu! über die organisierten Gegner, denn: „ansetzend an dem völlig berechtigten Unbehagen der Bevölkerung über Luftverschmutzung, Giftmüllskandale und besonders die Kernenergie soll die Machtfrage in unserem Staat gestellt und die wirtschaftliche und politische Stabilität völlig zerrüttet werden“. Im Solde Moskaus, versteht sich!... Darum: „Die unterwanderten und eroberten Bürgerinitiativen sind eine ernste Warnung. Die Bürgerkriegspolitik der Chaoten, die Hetze der DKP, aber auch der Aufruf des Bundesvorsitzenden der Bürgerinitiativen, Wüstenhagen, zum „bürgerlichen Ungehorsam“ sind abzulehnen. Die Konflikte unserer Gesellschaft müssen im Rahmen des bestehenden Staates und mit demokratischen und friedlichen Mitteln gelöst werden“.

Und wenn der Verfasser dieser Zeitung jemals „Maoist“ war und nicht einfach ein rechtssozialdemokratischer VS-Mann ist, fressen wir einen Besen!

„Atomkraft? Ja danke!“, meint

wir einen Besen!

„Atomkraft? Ja danke!“, meint

offenbar auch die „KPD/ML-Neue Einheit“ — dem kundigen Leser als eine der kuriosen Blüten des „ML“-Sumpfes bekannt. In einem Papier mit dem Titel: „Einige Punkte zum sogenannten Kampf gegen Kernkraftwerke“ bringt Vorsitzender Sender einiges ins rechte Lot, was in „der Partei“ anscheinend durcheinander geraten war. „Kein Marxist und überhaupt kein fortschrittlicher Mensch kann prinzipiell die Verwendung von Kernenergie im Kapitalismus angreifen...“. Für dieses haarsträubende Geschreibsel muß sogar noch Old Marx herhalten. Der sei nämlich auch „für die Entwicklung der Industrie im Kapitalismus (gewesen), da ja die Entwicklung der Industrie umso mehr die Bedingungen für die soziale Revolution des Proletariats reifen läßt“. Also: Schafft zwei, drei, viele AKW's, alles klar!

Die Begeisterung der „Neuen Einheit“ für Atomkraft ist kaum noch zu bremsen: „Kernkraftwerke stellen eine besonders hoch entwickelte Form der Energiegewinnung dar und unsere Partei muß es begrüßen, wenn in diesen Staaten die Entwicklung von Kernenergie gefördert wird, zumal dies zur Unabhängigkeit der Staaten der 2. Welt gegenüber den USA und der Sowjetunion beiträgt“. Daß AKW's nicht so ganz ungefährlich sind, muß allerdings auch „die Partei“ zugeben, aber ohne „gewisse Schädigung der Umwelt“ geht's nun mal nicht (wie das der Fortschritt halt so mit sich bringt, nicht wahr?), man müsse sich aber hüten, „in demagogischer Art die Schädigung der Landwirtschaft heraus(zu)stellen“. „Von diesem Standpunkt aus konnte unsere Partei keineswegs bedingungslos den Kampf in Wyhl unterstützen“.

Dem Kampf in Wyhl dürfte das freilich kaum geschadet haben!

freilich kaum geschadet haben!

Die Mißverständnisse der GIM

Vorwiegend mit Hilfe von „Mißverständnissen“ und „Irrtümern“ setzt sich die GIM schon seit längerem mit dem KBW auseinander. Mehr haben die Genossen anscheinend nicht mehr drauf.

— Da konnte man beispielsweise sogar mehrfach in der „was tun“ lesen, daß der KBW die Frage der Platzbesetzung zur Scheidelinie zwischen „ehrlichen“ und „nicht-ehrlichen“ AKW-Gegnern machen würde. Ein „Mißverständnis“: Die Genossen hatten offensichtlich den KBW mit der „KPD“ verwechselt (die inzwischen allerdings ihre Haltung dazu geändert hat).

— Schon vor längerem war in „was tun“ zu lesen, wir hätten vor einigen Jahren der „KPD“ und ihrem Studentenverband KSV angesichts von Verbotsdrohungen die Solidarität verweigert. Reine „Vergeßlichkeit“ der GIM: Wir haben Solidaritätserklärungen aus dem AK den Genossen der GIM unter die Nase gerieben und haben an die Tatsache erinnert, daß wir uns seinerzeit auch an Solidaritätsdemonstrationen für „KPD“/KSV beteiligt haben. Eine Richtigstellung ihres kleinen „Irrtums“ haben die Genossen, trotz mehrfacher Nachmahnung, natürlich auch „vergessen“.

Wir ahnten es also schon, daß die Genossen von der GIM (zumindest die Leitungsgenossen, an der Basis versteht man uns mitunter etwas besser...) auch unsere Stellungnahme zu den Verbotsdrohungen gegen den KBW gründlich „mißverstehen“ würden. Und in der Tat. In der „was tun“ vom 31.3. kann man lesen: „Ein bedauerliches Höchstmaß an sektiererischer Verirrung hat sich

der KBW geleistet“. Wir würden nämlich dem KBW die Solidarität verweigern. — Na, dieser dämliche Vorwurf mußte ja kommen!

Aus unserer ganzen Politik ergibt sich mit Eindeutigkeit, daß wir auch den KBW, wenn er ernsthaft vom Verbot bedroht wäre, verteidigen würden. Nicht aus „Solidarität“, denn zur Solidarität gehören immer zwei, und diesen Boden haben die Aufhäng-Apostel des KBW längst verlassen. Nicht aus falsch verstandener „Solidarität“ also, sondern im Interesse der politischen Rechte und der Bewegungen, denen dieser Angriff gelten würde.

Der springende Punkt ist aber, daß unserer politischen Einschätzung nach die aktuellen Verbotsdrohungen gegen den KBW total unernst sind, daß sie ein Ablehnungsmanöver darstellen. Die Genossen von „was tun“ kommen übrigens zur selben Schlussfolgerung: „...In diesem Sinn halten wir die mehrfach erhobenen Kriminalisierungsforderungen gegen den KBW nicht für akut.“ Aha, aber warum werden sie dann erhoben? Wenn die Bourgeoisie den KBW verbieten will, dann hätte sie doch wahrlich bessere Vorwände als Brokdorf und Grohnde finden können. Denn in Brokdorf am 19.2. wurde der KBW von den ihm zugeordneten „kriminellen Gewalttaten“ ja lange vor dem Ziel gestoppt. Und am 19.3. glänzte der KBW am Bauplatz Grohnde vorwiegend durch Abwesenheit und durch das hohlköpfige Geprahl, das die zuhause gebliebenen Helden nachher in den Kneipen von sich gaben.

Den KBW gerade am Hand des 19.2. und des 19.3. zur waffenstar-

renden und hochorganisierten kommunistischen Stoßtruppe aufzublasen, ist ein schlechter Witz. Aber der KBW, namentlich sein „Sekretär“ Schmierer, sonnt sich eitel in dem unverhofften Glanz, gibt Interviews nach jeder gewünschten Seite. Das ist übrigens sogar den Genossen von „was tun“ aufgefallen: „Der KBW selbst sonnt sich in der unverhofften Öffentlichkeitswirksamkeit, die ihm nach einer längeren Krisenphase zuteil wird“...

Im Grunde kommen die Genossen von „was tun“ also ziemlich genau zur selben Einschätzung wie wir, was die Verbotsdrohungen gegen den KBW angeht: Sie sind unernst und sie nutzen derzeit nur dem KBW. Daß dessen Führer sogar zu blöd sind, um diese Lage voll auszunutzen, ist wahrhaftig nicht Schuld der Bourgeoisie.

Wahrscheinlich werden die Genossen von der GIM es wieder „mißverstehen“, aber sagen wir es trotzdem: Wenn jemand von der Bourgeoisie angegriffen wird, weil er eine Handlung unternommen hat, die wir für falsch und womöglich gar für schädlich (abenteuerlich) halten, so werden wir ihn trotzdem verteidigen. Das steht überhaupt nicht zur Diskussion. Wenn aber jemand angegriffen wird wegen einer guten Aktion, mit der er in Wahrheit gar nichts zu tun hatte, sondern die er sogar zu hintertreiben versucht hat, dann werden wir nicht blindlings in den Ruf „Solidarität“ ausbrechen, sondern werden erst einmal überlegen, warum dieser Angriff gerade gegen ihn erfolgt. So verhält es sich mit dem KBW.

Münster: KBW auf Provokationskurs

Was sich der KBW in Münster zu Brokdorf und Grohnde erlaubt hat, dürfte mit das Stärkste sein, was bislang auf der Komikerszene geleistet wurde. Vorweg: weder zu Brokdorf noch zu Grohnde hat der KBW in Münster mobilisiert. Nach Brokdorf fuhr rund 500 AKW-Gegner, nach Grohnde etwa 300 aus Münster. Während wir am 19.2. in der Wilstermarsch demonstrierten, führte der KBW in Münster eine Minikundgebung mit (nach Augenzeugen) 12 Teilnehmern durch. (Vor zwei Jahren waren in Münster noch mehr als 400 Leute im und am KBW organisiert.)

Dieser Mißerfolg ließ den KBW nicht ruhen. Insbesondere die hohe Zahl der Münsteraner AKW-Gegner, die nicht auf den KBW hereinfließen und überdies Brokdorf auch noch als großen Erfolg ansahen, ging ihm gegen den Strich. Zudem brachte der AKU (Arbeitskreis Umwelt) ein Flugblatt heraus, in dem der KBW eindeutig wegen seiner Denunziationen und Aufhäng-Parolen in der

„KVZ“-Extra vom 21.2. verurteilt und jede weitere Zusammenarbeit von einer Distanzierung abhängig gemacht wurde.

Der KBW, einmal auf den „KB-Nord“ in der Anti-AKW-Bewegung eingeschossen, sieht hinter all dem den KB. Damit war auch klar, was folgen mußte: Auf einer Vorbereitungsversammlung des AKU am 14.3. zu Grohnde versuchte der KBW, eine Diskussion und Information zu verhindern. Die ca. 35 anwesenden KBWler versuchten sogar, Prügeleien anzufangen und die Versammlung zu sprengen. Ihre Linie war: Erst muß Brokdorf „verarbeitet“ werden (d.h. der eine oder andere Genosse muß aufgehängt werden), dann erst könnten weitere Schritte unternommen werden.

Nach dieser Großtat brachte der KBW in seiner nächsten „KVZ“-Bezirksbeilage einen zweiseitigen Jubelbericht darüber, wie er es den „AKU/KB-Nord-Führern“ gezeigt hätte. Zum Schluß dieses Artikels droht er den Münsteranern AKW-

Gegnern an, „man wird sie zum Stolpern bringen und in ihrem eigenen Kot erstickern“ („KVZ“-Beilage vom 17.3.). Erstaunlich, aber der KBW schafft es doch immer wieder, sich Steigerungen auszudenken — wir sind gespannt, was nach „Fischmehl“, „Aufhängen“ und „im Kot erstickern“ noch alles kommt.

Unverschämterweise lud der KBW gleichzeitig „alle AKW-Gegner“, speziell den AKU und uns, zu einer Diskussionsveranstaltung am 24.3. ein. Wir schlugen dem AKU vor, diese Veranstaltung zu boykottieren, diesen Boykott zu veröffentlichen und alle anderen linken Organisationen und Arbeitsgruppen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den KBW aufzufordern. Dies wurde so beschlossen. In mehreren Wandzeitungen rief der AKU dann dazu auf, den KBW auf seiner Veranstaltung allein zu lassen.

Zwei Münsteraner AK-Verkäufer

„Lieber Radio — als aktiv!“

Dies ist die neue Parole, die der KBW — nach Aussage seiner Osnabrücker Spezies vom 19. März — für die Anti-AKW-Bewegung entwickelt hat. Dies erklärte ein Jung-KBWler den aus Grohnde zurückkehrenden

Demonstranten so:

Der KJO (Jugendorganisation des KBW) hätte am 19.3. nachmittags am Radio gesessen, um zu hören, ob es „militärisch notwendig“ wäre, daß der KBW noch nach Grohnde

fahren müßte!...

Da dies — nach Meinung der KBWler — nicht der Fall war, wären sie zuhause geblieben und hätten eine „Schulungsrunde“ veranstaltet.

Eine AK-Verkäuferin



Grohnde am 19.3.

Steigt die KPD/ML aus?

Stille geworden ist es um die „KPD/ML“ in der Anti-AKW-Bewegung. Ihren weitaus besten Tag hatte sie am 13.11.76, als einige hundert „KPD/ML“er am Zaun und drumrum respektable Arbeit leisteten — was „ML“-Chef Aust im nächsten „Roten Morgen“ gleich zu glühenden Phantasien hinriß, „die Partei“ habe „an der Spitze der Massen“ gekämpft. Von da an ging's bergab! Vor dem 19.2. wollte die „KPD/ML“ ganz plötzlich nach Itzehoe, dann lieber doch nicht, dann gar nichts, dann „ganz was Heißes“ und am Schluß konnte man am 19.2. immerhin noch eine „Fahne der Partei“ kurze Zeit auf dem Platz vor der Kirche von Wilster bewundern. Das erbärmliche Schauspiel, das die „KPD/ML“ geliefert hatte, wurde in gewohnter Qualität von Aust im „Roten Morgen“ aufgearbeitet. In Brokdorf am 19.2. sei eine „Polizeifalle“ gewesen; „die Partei“ habe das aber gleich erkannt und habe es auch den Massen gesagt, die das dann eingesehen hätten und nicht hineingelaufen seien. Zugleich brachte Komiker Aust es noch fertig, dem KB ans Bein zu pinkeln, weil wir (und andere) vor der „Polizeifalle“ Ketten gebildet hatten, um den KBW am Hineinlaufen zu hindern (Aust: „Was unterscheidet sie eigentlich noch zu Grohnde, 19.3., schwieg „die Partei“ sich total aus. Lediglich in Kirchhohn am Rande des Zuges konnte man ein Flugblatt erhalten, worin uns „die Partei“ aufforderte, wir müßten „am militanten Kampf festhalten“, und worin uns zugleich

mitgeteilt wurde, hier sei schon wieder eine „Polizeifalle“, in die „die Partei“ natürlich nicht gehen würde.

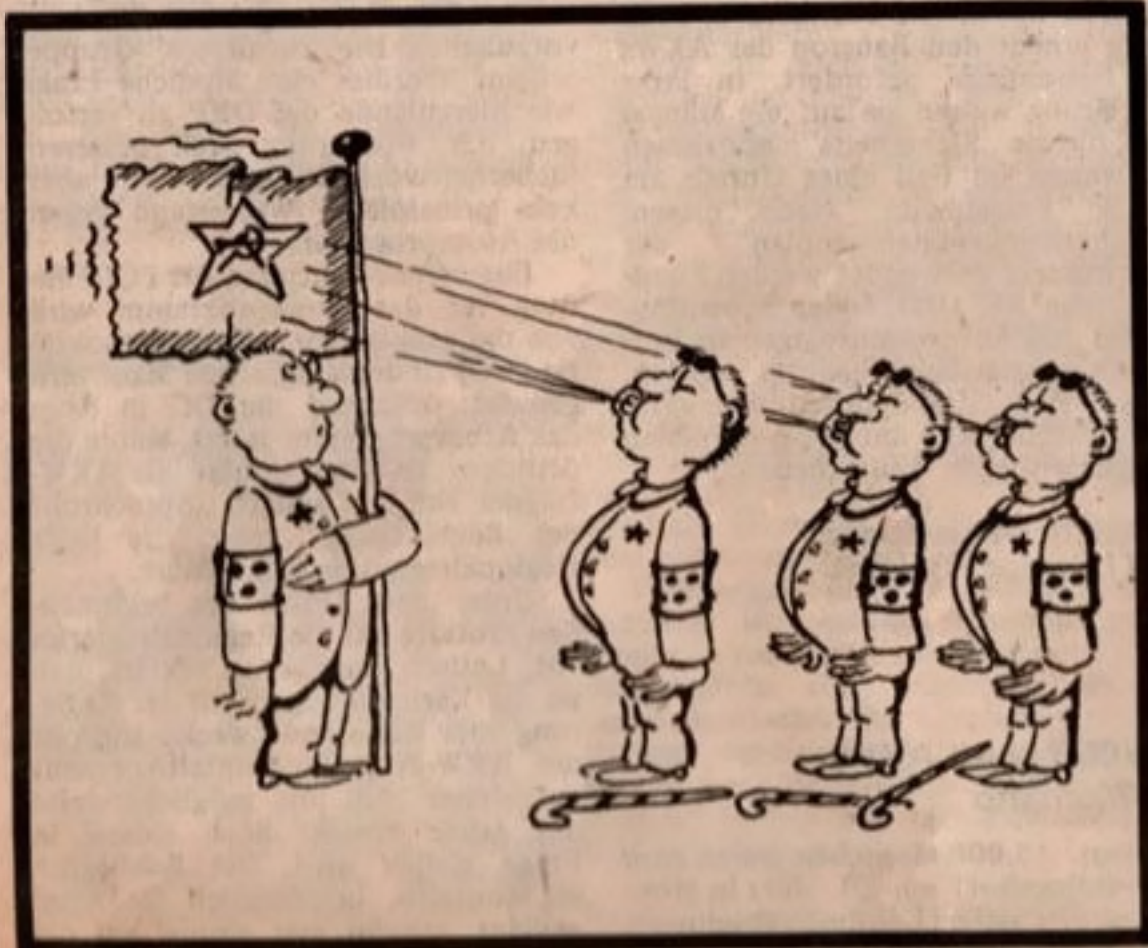
Nach Grohnde dann ein kurzer, sachlicher Bericht im „Roten Morgen“, auf der letzten Seite. Mehr nicht. Die „KPD/ML“, so scheint es, hat mit der Anti-AKW-Bewegung nicht mehr viel im Sinn. Ihr kurzes Gastspiel scheint ihr gereicht zu haben. Zwei Erklärungen bieten sich hierfür an:

1. Die „KPD/ML“ existiert seit langem nur noch in mumifizierter Form. Eine wesentliche Existenzbedingung ist der weitgehende Abschluß von realen Bewegungen, denn jeder frische Windhauch könnte für den lebenden Leichnam tödlich sein. Daher fürchten die „KPD/ML“-Führer jede Massenbewegung wie der Teufel das Weihwasser und suchen sich davon fernzuhalten.

2. Möglich wäre auch, daß „die Partei“ aus dem fernen und doch so nahen Albanien einen dezenten Wink bekommen hat, daß der Kampf gegen AKW's nicht „korrekt“ und folglich nicht erwünscht sei. Dies wäre durchaus nicht der erste Fall, wo der „Rote Morgen“ auf einen derartigen Wink hin total kehrt gemacht hat.

Oder vielleicht hat „die Partei“ auch nur einen Winterschlaf gehalten und taucht bei unserer nächsten Aktion wieder in gewohnter Qualität „an der Spitze der Massen“ auf? Wetten werden noch entgegengenommen.

Geister-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Ein Interessantes Gespräch

Am 28. März fand in Bodenwerder (bei Grohnde) ein Gespräch zwischen Delegierten ortsansässiger Bürgerinitiativen (Grohnde, Kirchhohen-Emmerthal, Bodenwerder, Hameln, 2 x Pyrmont), Vertretern der „Graswurzel“-Gruppen aus Kassel und Göttingen und des KBW statt. Eingeladen hatte Gründer, ein Sprecher des WSL (Weltbund zum Schutze des Lebens) und Vertreter des „Collegium Humanum“, der WSL-Schulungsstätte.

Thema der Unterredung sollte die Auswertung der Grohnde-Aktion vom 19.3. sowie die Planung weiterer Aktionen sein. Außergewöhnlich war die Zusammensetzung der Gesprächsrunde: Mit Ausnahme des KBW alles „Gewaltfreie“, wenn auch aus höchst unterschiedlichen Motiven, wie unten noch gezeigt werden wird. Die Einladung von KBW-Sprechern durch den WSL (in Absprache mit den „Graswurzel“-Gruppen und ortsansässigen BI's) erfolgte ohne Illusionen von Seiten der Einladenden auf eine mögliche „Vereinheitlichung“ mit uns: Man wollte aber – wie mehrfach erklärt – trotz bestehender Differenzen gewisse Beziehungen zur Linken innerhalb der Anti-AKW-Bewegung aufrechterhalten.

Für uns unerwartet und vorher auch nicht angekündigt, nahmen dann noch drei hohe Funktionäre der GdP (Gewerkschaft der Polizei, Mitglied in der ÖTV) Nordrhein-Westfalen am Gespräch teil. Die GdP hebt sich tendenziell „fortschrittlich“ von ihren Konkurrenten im „Deutschen Beamtenbund“ ab, sie unternimmt bestimmte Initiativen gegen die Militarisation des BGS, gegen die Legalisierung des präventiven Todesschusses bei der Polizei. Für angeblich „humane“ Polizeiwaffen und kritisiert die „verantwortlichen Politiker“ wegen „Mißbrauch der Polizei“ im Zusammenhang der Brokdorf- und Grohnde-Aktionen. Ihre Anwesenheit beim Gespräch erklärten die GdP-Funktionäre – auf unser Nachfragen – mit der „Notwendigkeit“ ihrerseits, das Gespräch mit den BIs zu suchen, zwecks Belebung der „inergewerkschaftlichen“ Diskussion unter den Polizei-Beamten. Tatsächlich war es dann während der Diskussion das Hauptanliegen der GdP-Funktionäre, die Wertebestimmung für ausschließlich „gewaltfreie“ Aktionen zu rühren, wofür – wie sie versicherten – die Masse der Polizei-beamten dann auch „großes Verständnis“ hätte.

Die Anwesenheit der GdP-Funktionäre wurde sowohl von den „Graswurzel“- als auch von den WSL-Mitgliedern ausdrücklich begrüßt, wobei sie sich allerdings bei uns entschuldigten, daß sie uns von dieser kurzfristig vorgenommenen Einladung vorher nicht Mitteilung gemacht hätten.

Diskutiert wurden im Wesentlichen vier Punkte:

1. „Gewalt und gewaltfreie Aktion“;
2. Einschätzung des 19.3.;
3. künftige Möglichkeit gemeinsamer

Aktionen im Weserbergland und 4. Charakter der Beziehungen einiger BI-Vertreter zu Ministerpräsident Albrecht und seinem Innenminister Groß.

Die „Gewalt“-Diskussion zeigte recht schnell das relativ uneinheitliche Verständnis der Anwesenden von sog. „gewaltfreien Aktionen“, sowie die innere Widersprüchlichkeit in der Argumentation der „Gewaltfreien“:

Die „gewaltfreie“ aller möglichen Positionen vertreten – wer hätte es anders erwartet – die GdP-Funktionäre und zwar ausdrücklich „im Namen unserer zahlreichen Kameraden“: Bei „wirklich gewaltfreien“ Aktionen könnten die BIs schnell die Sympathien der Polizisten gewinnen.

Die vorschnelle Freude der „Gewaltfreien“ über die versprochenen Sympathien der Polizei zerbrachen recht schnell an unserem Hinweis, daß die GdP-Funktionäre offensichtlich einen etwas anderen Begriff von „Gewaltfreiheit“ (= „Schutz des Privateigentums“) hätten als z.B. die „Graswurzel“. Die Vertreter der „Graswurzel“ haben sich schließlich recht scharf (im Ton und Inhalt) von der „Gewaltfreiheit“ à la GdP abgegrenzt. Für sie sei der militante Angriff auf „privates Eigentum“, auf Zäune und Mauern, allemal durch ihr Verständnis von „Gewaltlosigkeit“ abgedeckt.

Dieser Meinung schlossen sich im Verlaufe der Diskussion die meisten BI-Sprecher an; einige gingen darüber hinaus, indem sie direkt bedauerten, nicht an der Aktion am Grohnder Bauplatz beteiligt gewesen zu sein.

Den Versuch einer weiter rechts nicht an der Aktion am Grohnder Bauplatz beteiligt gewesen zu sein.

Den Versuch einer weiter rechts orientierten Stellung in der „Gewaltfrage“ – und damit den Versuch einer Versöhnung mit dem GdP-Standpunkt – unternahm schließlich nur noch der selbsternannte Sprecher der Weserbergland-BIs Schirr (WSL), indem er „Gewalt“ gegen Zäune etc. auch dann ablehnte – und zwar „prinzipiell“ – wenn sich daraus „vorausschaubar“ Konflikte mit der Polizei oder Bauarbeitern ergeben könnten.

Die KB-Sprecher haben unseren (bekannten) Standpunkt zu dieser Frage dargelegt und erläutert und – natürlich – eine Festlegung auf „Gewaltlosigkeit“ abgelehnt. Für denkbar – auch schon in naher Zukunft – hielten wir aber eine Reihe konkreter Aktionen (z.B. „Österspaziergang“), für die man im jeweils konkreten Einzelfall vorher „Gewaltlosigkeit“ verbindlich festlegen könnte. Hiermit sei die Möglichkeit punktueller Aktionseinheiten auch mit den anwesenden Kräften gegeben. Erstaunlicherweise wurden diese unsere Ausführungen kritiklos akzeptiert und die Möglichkeiten konkreter Zusammenarbeit für bestimmte Aktionen begrüßt.

Die Widersprüchlichkeit in der Argumentation der „Gewaltfreien“

wurde besonders an ihrer Einschätzung der Aktion in Grohnde am 19.3. erkennbar. Abgesehen von der isolierten Meinung eines WSL'ers, daß die Aktion (wegen der „Gewalt-Anwendung“) geschadet hätte und „die Bevölkerung“ nun die örtlichen BIs dafür verantwortlich mache, werden – alles in allem – doch von den anwesenden BI-Sprechern die positiven Seiten der Aktion herausgestrichen. Interessant dabei v.a. zwei Diskussionsbeiträge, die etwa besagten, daß trotz jahrelanger Anstrengungen der örtlichen BIs, Organisation örtlicher Demos etc., „die Öffentlichkeit“ keinerlei Notiz von ihren Protesten nahm und nun auf einmal, „wo wir unsere Freunde von außerhalb gerufen haben“ (wörtlich und mehrmals!), sei der Protest gegen das AKW Grohnde in aller Munde und fülle die Spalten der Presse.

Ein profilierter Sprecher der örtlichen BIs und bisher als felsenfest überzeugter „Gewaltfreier“ bekannt, brachte die Stimmung in den BIs derart auf den Punkt, indem er mehrmals betonte, daß er am liebsten mit an den Seilen gezogen hätte.

Da vom WSL die Frage der – wie sie es nannten – „Loyalität“ von AKW-Gegnern unterschiedlicher politischer Anschauungen aufgeworfen wurde und zur Voraussetzung einer Zusammenarbeit gemacht wurde, haben wir dazu die Nagelprobe gefordert, nämlich die Beziehungen Schirrs zur niedersächsischen Landesregierung offenzulegen. Vorausgegangen waren mehrere bekanntgewordene Gespräche zwischen Schirr (als „Sprecher“ der Weserbergland-BIs) und Ministerpräsident Albrecht, sowie seinem Innenminister, auch un-

„Sprecher“ der Weserbergland-BIs) und Ministerpräsident Albrecht, sowie seinem Innenminister, auch unmittelbar vor der Groß-Aktion am 19.3. und entsprechende Gerüchte über die Weitergabe von internen Informationen der Demo-Leitung (der Schirr vorübergehend angehörte) an die Gegenseite.

Auf detaillierte Befragung unsererseits hat Schirr von einer Vielzahl solcher Gespräche berichtet, wobei er sich als langjähriger und kontinuierlicher Diskussions-Partner sowohl gegenüber Albrecht als anscheinend in noch größerem Umfang auch gegenüber Innenminister Groß darstellte. Schirr stellte diese Gespräche so dar, daß er mit Albrecht und Groß über alles Mögliche gesprochen hätte, aber niemals irgendwelche Namen oder sonstige Details aus der Anti-AKW-Bewegung „verraten“ hätte. Ansonsten werde er solche Gespräche auch künftig führen, dies sei ein „prinzipieller Standpunkt des WSL“.

Bei erstaunlich positiver Zustimmung der während der Diskussion zahlreich erschienenen BI-„Basis“ (aus Bodenwerder), haben wir Schirr v.a. dahingehend kritisiert, daß er derartige Verhandlungen mit der CDU Spitze bisher ohne jede Legitimation der BIs auch (bisher!) ohne nachträgliche qualifizierte Berichterstattung ihnen gegenüber geführt hat.

Erklärung an alle BI's gegen Atomkraftwerke (Beschlissen im Anschluß an die Landeskonzferenz der ABUU von den noch anwesenden 17 Delegierten)

Am 3. April fand in Wilster eine Landeskonzferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) statt, um über die weiteren Aufgaben und konkreten Schritte im Kampf gegen das geplante AKW Brokdorf sowie das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung zu beraten und zu beschließen. Aufgabe der LK war es weiterhin, wieder eine größere Einheit zwischen allen Initiativen, die gegen das AKW in Brokdorf kämpfen, herzustellen.

Auf dieser Konferenz trat eine Gruppe von Mitgliedern des KBW, die zum allergrößten Teil nicht Vertreter von Bürgerinitiativen waren, mit dem Ziel auf, einen geordneten und erfolgreichen Verlauf der Beratungen zu sabotieren und die Konferenz schließlich zu sprengen. Die anwesenden Mitglieder des KBW hielten sich weder an die von der Konferenz beschlossene Tagesordnung noch an die Rednerliste und verhielten sich mit Sprechchören, ununterbrochenen Zwischenrufen und provokatorischen Tätlichkeiten gegen Konferenzteilnehmer jegliche solidarische und disziplinierte Diskussion. Dabei traten ausgerechnet diese KBW-Mitglieder abscheulich mit dem schneidenden Anspruch auf, besonders entschieden und radikal auf kommande Aktivitäten zu drängen. In Wirklichkeit jedoch machten gerade sie keinen einzigen (?) praktischen Vorschlag zu den nächsten Kampfaufgaben der Bürgerinitiativen, weder zum 1. Mai, noch zur Solidarität mit den vom Staatsapparat verfolgten AKW-Gegnern, noch zu den nächsten Aktivitäten gegen das AKW Brokdorf. Vielmehr beschimpften sie die Konferenzteilnehmer, das gewählte Präsidium und hielten umso längere inhaltlose Reden, je mehr sie mit ihrem Auftreten auf die mehrheitliche Ablehnung der Konferenz stießen. Wiederholt und in äußerster Geduld wurden die Mitglieder des KBW vom Konferenz-Präsidium aufgefordert, sich an die Disziplin und solidarische Diskussionsweise des beschlossenen Konferenzverlaufs zu halten, ohne daß eine Änderung eintrat.

Schließlich mußten die KBW-Mitglieder endgültig aufgefordert werden, entweder sofort ihre Angriffe auf die LK einzustellen oder aber den Saal zu verlassen. Als auch dies nicht fruchtete, sah sich die Landeskonzferenz gezwungen, die KBW-Mitglieder von der weiteren Konferenzteilnahme auszuschließen. Als die KBW-Mitglieder diesem Beschluß erneut nicht folgten, mußte die Konferenz ihre Beratungen unterbrechen und die Fortsetzung zu einem anderen Zeitpunkt beschließen.

Der KBW kann auf Beschluß der LK an diesen weiteren Beratungen nur dann teilnehmen, wenn er öffentlich Selbstkritik für sein genanntes Verhalten leistet. Wir sehen das provokatorische Auftreten des KBW auf dieser LK in einem Zusammenhang mit seinem Verhalten auf den Großkundgebungen in Brokdorf am 30.10. und 13.11.1976, am 19.2.1977 sowie am 19.3. in Grohnde, wo der KBW sich jedesmal ausdrücklich entgegen dem jeweiligen Ziel und dem Willen der Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer verhielt. Der Staatsapparat kann mit seinen Verbotsdemonstrationen gegen den KBW dessen objektiv provokatorische Rolle bei den genannten Aktionen offensichtlich ausnutzen, um die gesamte Anti-AKW-Bewegung zu treffen.

Wir erklären ausdrücklich, daß sich der Beschluß der LK keineswegs gegen die solidarische Zusammenarbeit von Kommunisten und Nichtkommunisten in den BI's richtet, vielmehr halten wir daran gegen alle Spaltungversuche fest. Der KBW hat mit seinem Verhalten aber gerade dieser Zusammenarbeit, der gesamten Anti-AKW-Bewegung und ihrem radikalen Kampf gegen das Atomprogramm schweren Schaden zugefügt. Allein deshalb wurde der Beschluß notwendig, von dem wir auf diesem Wege allen BI's und AKW-Gegnern Kenntnis geben, um dem zu erwartenden demagogischen Ausschlagen durch die bürgerliche Presse von vornherein entgegenzuwirken.

(Wilster, am 3.4.77)

Landeskonzferenz der BUU:

(Wilster, am 3.4.77)

Landeskonzferenz der BUU: Trotz KBW ein Schritt voran

Am 3.4. fand wieder eine Landeskonzferenz der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) – die erste seit den zwei Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe vom 19.2. – statt, um wieder eine Grundlage für gemeinsame Aktionen zu schaffen. Anwesend waren 7 Delegierte der Westküstenkonferenz, 8 der Ostküstenkonferenz, 9 von Hamburg und 15 Delegierte von den Marschen (mit insgesamt 10 Stimmen). Die überwiegende Mehrheit der Initiativen schätzte die Demonstrationen vom 19.2. als großen Erfolg ein, insbesondere daß trotz der massiven Kriminalisierungskampagne in der Presse so viele Menschen mobilisiert werden konnten und das Demonstrationsverbot in der Wilstermarsch erfolgreich durchbrochen wurde. Ebenso wurde die weitere Zusammenarbeit in der Landeskonzferenz befürwortet. Die meisten Initiativen haben sich vorgenommen, verstärkt die Arbeit auf dem „flachen“ Land aufzunehmen. Lediglich eine Gruppe von vier BI's aus der Wilstermarsch erklärte es für einen „Fehler“, daß am 19.2. mit dem Ziel einer Platzbesetzung nach Brokdorf mobilisiert worden sei. In Zukunft müßten ausschließlich „gewaltfreie Kampfpor-

men“ angewandt werden, und es dürfte keine bundesweite Aktion in Brokdorf mehr geben, bevor der Bau-stopp aufgehoben ist. Diese Gruppe will auch nur mit Beobachterstatus an den Landeskonzferenzen teilnehmen und betrachtet deren Beschlüsse nicht als verbindlich.

Der insgesamt erfreuliche Verlauf der Landeskonzferenz wurde leider durch massive Störmanöver (Sprechchöre, Zwischenrufe, Beschimpfung der Delegierten als „Spitzbuben“, „Hosenscheißer“ und „arbeitsloses Gesindel“) einiger ungebeter KBW-„Gäste“ unter der Führung des schleswig-holsteinischen KBW-Sekretärs und ZK-Mitglieds Christoph Cornides beeinträchtigt. Da der KBW nicht bereit war, sich den eindeutigen Mehrheiten gegen sein Verhalten zu beugen, sondern weiter radikalisierte, löste sich die Landeskonzferenz schließlich auf. Mit Sicherheit werden diese Provokateure dadurch jedoch die weitere Zusammenarbeit auf BUU-Landeskonzferenzen nicht verhindern können.

Ebenso sicher dürfte es das letzte Mal gewesen sein, daß solche Störungen durch den KBW überhaupt noch möglich sind.

„UZ“: Nachrichten für Bekloppte

Beim Durchblättern der DKP-Zeitung „UZ“ konnte man sich am 23. März mal wieder an den Kopf fassen. Da war auf der Titelseite ganz ernsthaft zu lesen, daß „der Sturm vor allem maoistischer Kraftwerksgegner“ gegen die Atom-Festung Grohnde am 19. März wahrscheinlich von Polizei und Verfassungsschutz „geleitet“ worden sei. Wir drucken nebenstehend die Meldung im Wortlaut ab.

Man fragt sich, wie so ein Stuß zustande kommt, und ob es noch irgendeinen DKP'ler gibt, der solche Geschichten tatsächlich glaubt. Aber es muß ja wohl solche Leute

noch geben. Umso bemerkenswerter ist dies, weil in der „UZ“ vom 21. März noch ein ganz vernünftiger Artikel zu Grohnde zu finden war („Polizei knüppelt gegen Bürgerinitiativen“). Dort hieß es nach einer Schilderung des Polizeiterrors: „Das konnte nur bewirken, daß die Kernkraftgegner sich noch fester zusammenschlossen. Trotz aller politischen Unterschiede in dieser Bewegung“.

Wahrscheinlich sind beim Lesen dieses recht sachlichen und solidaren Artikels ein paar Herren im DKP-Parteivorstand mit Schaum vorm Maul „explodiert“ und haben



Demnächst in der „UZ“: Sensationelle Enthüllungen der DKP – Innenminister Malhofer (Pfeil) leitete am 19.3. persönlich den Sturm der durch Beamte des MEK (weiße Helme) verstärkten maoistischen Provokateure.

dann der Ausgewogenheit halber die idiotische Notiz vom 23. März in Auftrag gegeben.

Mit Agenten und Verfassungsschutz hatten es diese Herrschaften schon immer. Bereits Mitte der 60er Jahre, als die ersten kleinen „ML“-Zirkelchen auftraten, wurden (damals noch von der illegalen KPD) deren wichtigste Figuren namentlich als „Agenten des Verfassungsschutz“ in der KPD-Zeitung „Freies Volk“ diffamiert, ohne daß irgendeiner dieser Vorwürfe durch

Beweise erhärtet werden konnte.

Im Herbst 1976 brachte die DKP punkthaltig drei bis vier Wochen vor den Bundestagswahlen zwei sogenannte „Dokumentationen“ heraus, in denen jeweils ein Funktionär des KBW und der „KPD“ (beide kandidierten zu den Wahlen!) als „Agent des Verfassungsschutz“ bezeichnet wurden, wieder ohne jeden ernsthaften Beweis. Nach den Wahlen hörte man von diesen „Enthüllungen“ der DKP nie wieder etwas!...

Die Agenten-Geschichten haben in

der Vergangenheit der kommunistischen- und Arbeiterbewegung eine lange Tradition. Bereits Karl Marx widerfuhren derartige Vorwürfe von seinen Gegnern. Lenin wurde, als er nach Rußland zurückkehrte und für den sofortigen Friedensschluß mit Deutschland eintrat, als „deutscher Agent“ angegriffen. Den traurigen Höhepunkt fand diese Methode der „politischen Auseinandersetzung“ in den 30er Jahren in den sogenannten „Moskauer Prozessen“.

Diese Methode war und ist noch allemal Ausdruck der vollständigen Unfähigkeit, sich politisch auseinanderzusetzen. Im Gegensatz zu anderen Gruppen (beispielsweise den „Gewaltfreien“ um die „Graswurzel“-Zeitung oder den Jusos) verschmäht es die DKP-Führung total, eine sachliche Auseinandersetzung über taktische Fragen der Anti-AKW-Bewegung zu führen, beispielsweise mit Argumenten darzulegen, warum sie die Aktionen vom 19.2. in der Wilster Marsch oder am 19.3. am Grohnder Bauzaun für falsch hält. Stattdessen wird weiter mit idiotischen Verleumdungen herumgeholt. Diese Leute sind offensichtlich unfähig, wenigstens aus dem Mißerfolg ihrer „Chaoten“-Hetze vor dem 19.2. etwas zu lernen. Die Frage ist, wie lange diejenigen DKP'ler, die in der Anti-AKW-Bewegung noch ernstgenommen werden wollen, weiter zu diesem Vorgehen ihres Parteivorstands schweigen wollen?!

Bei der KKW-Demonstration:

Grohnde: „Anheizer“ von der Polizei?

Grohnde, UZ – Haben die Polizei und der Verfassungsschutz den Sturm vor allem maoistischer Kraftwerksgegner auf das geplante Kernkraftwerk in Grohnde „angeheizt“ oder gar geleitet?

Solche Fragen sind berechtigt, nachdem bekannt wird, daß die Behörden als Atomkraftgegner getarnte Beamte unter die Demonstranten geschleust und dort mit einem mit Plakaten dekorierten Kleinbus in eine Marschsäule dirigiert haben.

Ein Berichterstatter der Deutschen Presse-Agentur (dpa) hatte die Spitzel nach der Demonstration, als der Kleinbus zum Appell auf dem Polizei-Sammelplatz kam, enttarnt.

Die „Badische Zeitung“ berichtete am 21. März über den besagten Kleinbus, daß sich in ihm die „Kommandozentrale der radikalen Blöcke“ befunden hätte.

Kein AKW in Krümmel und auch nicht anderswo!

Seit Januar 1974 befindet sich das AKW-Krümmel (in der Nähe von Hamburg) in Bau. Die Pläne zur Errichtung dieses Projektes wurden schon 1971 von der HEW und NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke), die zu je 50 % am AKW beteiligt sind, ausgearbeitet. 1972 wurde dieses 1260 MW-Kraftwerk dann bei der Kraftwerksunion (KWU) bestellt.

Der Bau konnte bisher durch einige Gerichtsverurteile verzögert werden, so daß das „Kernkraftwerk Krümmel“ aller Voraussicht nach erst Anfang 1980 seinen Betrieb aufnehmen wird (Geesthachter Zeitung).

Der Bau des Krümmel AKW wurde seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung zusammen mit HEW/NWK im Rahmen der Industrialisierung in Schleswig-Holstein, insbesondere entlang der Elbe, geplant. Der Bau dieses Kraftwerkes dient ausschließlich dazu, die anwandelnde Schwerindustrie mit billigem Strom zu versorgen. So soll Krümmel Stromlieferant für die Industriebetriebe in Hamburg-Finkenwerder werden (H. Strohm: Friedlich in

die Katastrophe). Im Rahmen dieser Industriepolitik errichteten NWK und HEW bereits bei Stade in Niedersachsen und Brunsbüttel in Schleswig-Holstein weitere AKWs. Hierzu schreibt das Kapitalistenorgan „Handelsblatt“: „Die Industrialisierung war erst möglich, nachdem im großen Umfang relativ preisgünstige, in Atomkraftwerken gewonnene elektrische Energie eingesetzt bzw. angekündigt werden konnte.“ (Handelsblatt, 28.5.75).

Demontsprechend war klar, daß der Bau möglichst schnell und ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden sollte. Dies erfordert ein geschicktes Zusammenspiel seitens der Atomindustrie mit den Behörden und der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

So begann die HEW mit den Ausarbeiten, als noch keine Baugenehmigung vorhanden war! Dann „hoffte“ man auf eine Teilbaugenehmigung, die dann selbstverständlich auch eintraf, um weiter zu bauen. Dieses Vorgehen – durchaus nicht neu beim Bau von Atomanlagen – wurde durch entsprechende

Artikel in der örtlichen Springersprezesse begleitet. So schrieb die Geesthachter Zeitung: „Die Erdarbeiten sind jetzt abgeschlossen. Millionen sind bereits verbaut, dennoch hängt der Startschub für die Grundsteinlegung zum Kernkraftwerk in der Luft. Allerdings sind die HEW durchaus optimistisch. Informationschef Krüll: Wir rechnen bis Ende dieses Sommers mit der Baugenehmigung.“ (23.5.75). Ein gutes Jahr später fehlte noch immer „die endgültige Baugenehmigung für das Kernkraftwerk Krümmel, obwohl schon Millionen an der Elbe verbaut sind.“ (GZ, 5.10.74). Die „verbauten Millionen“ an dem insgesamt über 1 Mrd. DM teuren Projekt versuchte man durch einige Einsparungen wieder auszugleichen. So wurde 1975 beschlossen, die Kühlröhren des letzten Biederwamerraktors, der heute auf Grund seiner veralteten Technik nicht mehr gebaut wird (!), nicht zu errichten! Als „Begründung“ gibt Springer „Welt“ an: „Mit dieser Entscheidung sind die Bedenken, die Hamburg zur Wahrung der Frischwasser-

kühlung zu Protokoll gegeben hatte, beseitigt worden. Die Grenzwerke, die sich in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im „Wärmelastplan für die Elbe“ gesetzt haben, werden auch bei dieser Kühlungserweiterung auf keinen Fall überschritten.“ (Welt, 4.1.75). Verschieben wurde, daß schon einmal der Sauerstoffgehalt der Elbe ein Vierteljahr lang bei 3 bis 1 Milligramm je Liter lag, das biologische Gleichgewicht war zusammengebrochen, der Strom war „umgekippt.“ (Spiegel, 44/74). Diese Tatsache interessieren jedoch Landesregierung und Atomindustrie genauso wenig wie die Gefahren für die Bevölkerung. Hauptsache die Kasse stimmt!

Ebenfalls bewußt übergangen wurden auch die ca. 10.000 Einwendungen, die sich gegen diesen Bau richteten (GZ, 19.5.73, Hamburger Abendblatt, 11.5.74). Stattdessen wurde die Uniformierung der Bevölkerung durch geschickte Fehlinformation seitens der Presse ausgenutzt, um von den Einwendungen abzulenken. So erschienen in der „Geesthachter Zei-

tung“ Überschriften wie „Elbe hält noch einige Wärme aus“ (!) (GZ, 13.12.73) oder „Nur Atomkraftwerk kann Krise verhindern“ (GZ, 9.1.74). Auf die Spitze trieb es Geesthachter Bürgermeister Weiß in der „Welt“, vom 30.11.76: „Auf dem Baustellengrund (des AKW's) hat Alfred Nobel vor 100 Jahren das Dynamit erfunden. Bis zum 2. Weltkrieg wurde es hergestellt. Die alten Geesthachter sind nicht so leicht zu erschrecken.“

Mit diesem Vorgehen gelang es, einen Widerstand gegen den Bau des Krümmel AKW für lange Zeit zu verhindern. Als jedoch noch die Errichtung eines Atomkraftwerkes in Geesthacht seitens der Atomindustrie ins Auge gefaßt wurde, gründete sich eine BI, die sich nach anfänglichem Zögern jetzt auch der Verbindung des AKW zum Ziel gesetzt hat. Als Auftakt des Kampfes gegen das AKW findet am Ostersonntag eine Kundgebung in Krümmel statt.

AKW-Nein-Kommission

Die CDU als „AKW-Gegner“?

Herbert Gruhl, CDU-Bundestagsabgeordneter, ist Chef des „Bundes Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.“. Seine Sorge im Dienste des Umweltschutzes führt ihn so manchen seltsamen Pfad.

– So schrieb Gruhl zusammen mit Wüstenhagen („Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“) und Haverbeck („Weltbund zum Schutze des Lebens“) ein Telegramm an US-Präsident Carter: Dessen Atompolitik mache es den Umweltschützern in der BRD schwer, Schmidt von ihren Forderungen zu überzeugen („FAZ“, 5.3.77).

Alle drei „Umweltschutz“-Bünde arbeiten schon seit längerem zusammen.

– Denkwürdig ist Gruhls engste Umweltschützer-Umgebung. Pressesprecher seines Bundes ist Dr. Bodo Manstein – 1961 Mitgründer der rechtsaußen angesiedelten „Vereinigung Deutsche Nationalversammlung“, der seit Jahren über gute Kontakte zur „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ verfügt. Die AUD (entstanden als Nachfolgeorganisation der rechtsradikalen „Deutschen Gemeinschaft“) ist eifrig an Umweltfragen interessiert und unterhält besonders enge Beziehungen zum WSL. Manstein ist Mitglied des WSL-Schulungszentrums „Collegium Humanum“. Sein gegenwärtiges Wirken ist anscheinend derart, daß ein Beitrag von ihm in den „Unabhängigen Nachrichten“ (1/77) des Faschisten Voigt abgedruckt wurde – neben Texten des Nazis Roeder und des WSL-Führers Cohrs.

CDU-Mittelstandsvereinigung: AKW-Gegner aus Profitinteresse

„Der Kleine Mann und der Mittelstand – beide konnten bisher nicht mitreden, wenn es um die Probleme der Kernkraftwerke ging.“ – So leitet das CDU-Mittelstandsmagazin in seiner Märzausgabe die Diskussion um die Kernenergie ein.

Gleich der erste Artikel, der der Auftakt zu einer ganzen Serie werden soll, spricht sich gegen AKWs und für andere Energiequellen aus! „Bürgerinitiativen wehren sich aus guten Gründen dagegen, daß uns die Unfallgefahr der Kernkraftwerke... ausgenutzt wird für den relativ kurzfristigen Nutzen einer nicht ausgereiften und mit immensen Risiken verbundenen Nuklear-Technologie.“

Die Kernenergie sei eine Sackgasse: „Die große Aufgabe ist die Erschließung unendlicher Energiequellen, ist die Anwendungstechnik für Sonnenenergie.“

Da staunt der Laie... Und so etwas bei der CDU?

Verständlich wird die Stoßrichtung des Artikels allerdings, wenn man die Zielgruppe betrachtet: Der „Mittelstand“, also selbständige Handwerker, Kleinkapitalisten etc., die teilweise die höchsten Strompreise (bis zu 28 Pfennig pro kWh) zu zahlen haben und die ständig von Pleiten und Konkurs bedroht sind. Die „unendliche Energiequelle Sonnenenergie“ löst angeblich nicht nur ihre Probleme mit dem Strompreis, sondern wird darüber hinaus noch als Allheilmittel zur Sanierung des Mittelstandes angesprochen: „In der Weiterentwicklung, Serienfertigung und Montage von Sonnenkol-

lektoren, Wärmespeichern, System-schaltungen und Fußbodenheizungen liegen Aufgaben für die mittelständische Wirtschaft, die unseren Primärenergieverbrauch wesentlich entlasten und damit den Verzicht auf weitere Atomkraftwerke erleichtern.“

Auch für die Lösung dieser Aufgaben werden tausende von Arbeitskräften benötigt. Es scheint sinnvoller, sie mit der ungefährlichen Technologie in mittelständischen Betrieben einzusetzen als in Großunternehmen, deren Technik unser Leben und das von tausenden nachfolgenden Generationen bedroht.“

Man sollte diese Überlegungen nicht einfach in das Fach „Kuriositäten“ einordnen. In Zusammenhang mit dem in der CDU/CSU diskutierten „Bürgerdialog“ kann ein solcher ständisch begründeter Widerstand gegen AKWs einiges zur Verwirrung der kleinbürgerlichen und mittelständischen Komponente der Anti-AKW-Bewegung beitragen.

Der Trick mit dem „Bürgerdialog“

Offensichtlich in Schwierigkeiten geraten waren einige bayrische Gemeinden in Sachen Atomkraftwerke. So erhob Anfang des Jahres der Landshuter Oberbürgermeister und Vorsitzende des bayrischen Städteverbandes, Josef Deimer (CSU) massive Vorwürfe gegen die Ansiedlungs- und Genehmigungspolitik der bayrischen Landesregierung: sie peitsche Genehmigungsverfahren durch und überhöre bewußt die Einwände der Gemeinden („Welt“, 28.1.77).

Für die konkrete Arbeit der Kommunalpolitiker der CDU/CSU vor Ort hat nun der Bundesvorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU Horst Waffenschmidt, neue Richtlinien ausgearbeitet: So forderte er eine „differenzierte Einstellung zu Bürgerinitiativen“. Es gelte „einen klaren Trennungsstrich zwischen echten und unechten Bürgerinitiativen zu ziehen.“ („Welt“, 8.3.77). Den „unechten“ gehe es darum, „unsere freiheitlich demokratische Ordnung zu zerstören.“

Anders sei mit „echten“ Bürgerinitiativen zu verfahren: „Sie reagieren auf Mangelsituationen, die manchmal in unserem öffentlichen Leben vorhanden sind“. Ihre Arbeit resultiere häufig aus einem Mangel an Information, Kooperationsbereitschaft und Vertrauen. Gegenüber diesen Initiativen müßten die „demokratischen Einrichtungen sensibel, aber auch entscheidungsfreudig bleiben.“

Im Klartext: Vor Ort sollen die Kommunalpolitiker sich gesprächsbereit (sensibel) zeigen, die BIs „informieren“, sich ihr Vertrauen und ihre „Kooperation“ ergattern, um dann „entscheidungsfreudig“ doch für das Atomprogramm einzutreten.

„Alle diese Bürgerinitiativen sind eine Herausforderung an die Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit der Behörden und politischen Parteien.“

Demagogen an die Front – das ist die Devise für die Arbeit an der Basis. Die AKW-Bewegung wird sich darauf einstellen müssen, so manchen schrillen Vogel als angeblichen „Freund“ auftauchen zu sehen.

Antifa-Kommission

KB/Gruppe Hamburg

Keine Faschisten in der Anti-AKW-Bewegung und auch nicht anderswo

In der Anti-AKW-Bewegung treiber sich schon seit geraumer Zeit ein paar Faschisten herum, die als „Atomkraftgegner“, „Bürgerinitiativ“, „Lebensschützer“ u.ä. Fuß zu fassen versuchen (vgl. AK 97, 98, 99). Dazu gehören:

- Die „Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft“ (GDA) mit ihren verschiedenen Schriften („Biologische Zukunft“, „Lebenskunde“ usw.).
- Der „Unabhängige Freundeskreis“ des Martin Voigt, mit dem Blatt „Unabhängige Nachrichten“. Er steht dem Roeder-Christophers-Kreis nahe.
- Die revanchistische „Notverwaltung des Deutschen Ostens“.
- Der Nazi Manfred Roeder, der in einem seiner Rundbriefe zur Brokdorf-Demonstration am 19.2. aufrief und dann mit seinem Kumpan Christophers in Itzehoe „demonstrierte“. Er versucht, in der BI Borken zu landen.
- Thies Christophers, der in der BI Schleswig mitmischen wollte. Inzwischen ist weiterer Schmutz aufgetaucht:
- Der GDA-Autor Ernst Jäckel aus Glücksburg, Petersallee 16, „Redaktionsleiter“ der „Biologischen Zukunft“, verbreitet eine „Mordanzeige“ gegen die AKW-Verantwortlichen wegen „Anstiftung und Beihilfe zum Massenmord am Nachwuchs zeigen“ gegen die AKW-Verantwortlichen wegen „Anstiftung und Beihilfe zum Massenmord am Nachwuchs aller Völker“. Das ganze firmiert als „Gewaltfreie Selbsthilfe, Volksbewegung für Ehrfurcht vor dem Leben“ – ein Hinweis auf die GDA fehlt wohlweislich.
- Ebenso „unter der Hand“ sammelt offensichtlich die GDA Unterschriften „gegen AKWs“ – mit der Folge (wie in der Gegend von Göttingen geschehen), daß den Unterzeichnern solche GDA-Blätter wie „Gerechtigkeit und Freiheit, Zeit-

schrift für völkische Fragen“ zugeschickt werden. Verantwortlich dafür zeichnet ein Rechtsanwalt Engelhardt, der für seine engen Kontakte zum Nazi Christophers, zur faschistischen Zeitschrift „Mut“, zur „Hilfsgemeinschaft Heß“ usw. bekannt ist.

– Von der gleichen Göttinger Adresse aus (Gerh. Morgenstern, Rosdorfer Weg 32) wurden dann auch Einladungen zu einer Veranstaltung mit einem Dr. Gunther Duda (am 26.3. 1977 im Göttinger Hotel Kronprinz) verschickt. Sein Vortrag – „Gott, Erkenntnis und Gemeinschaftsleben“ – sollte u.a. auf den „drohenden Atomkrieg“ eingehen. Die GDA bezieht sich schon immer auf die altfaschistischen, rassistisch-kerikalen Schriften des „Ludendorff-Kreises“, für den Vortrag des Dr. Duda trat als Veranstalter die „Weltanschauungsgemeinschaft Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff e.V.“ auf.

– Im gleichen Hotel Kronprinz hatte sich schon im Juli 76 „Die Artgemeinschaft e.V. – Bund wessensgemäßer Daseinsgestaltung“ versammelt – ein den Ludendorffern nicht unähnlicher Verein. Das Blatt dieser Gruppe, die „Nordische Zeitung“, ist inzwischen ebenfalls auf Anti-Atom-Kurs. In der Leitung dieses Vereins befindet sich u.a. der führende Aktivist der NPD, der

terroristischen „Aktion Widerstand“ ist der NPD-nahe „Bund Heimat-treuer Jugend“ angeschlossen. In seinem in Lüneburg verteilten „Jugend-Pressedienst“ (Nr. 1/2, 77) verurteilt auch der BHI jede „Atomenergieversorgung“. Kernsatz des Blattes – garniert mit der Odal-rune: „Wir lehnen eine verantwortungslose Atomenergieversorgung grundsätzlich ab, weil wir uns gegenüber dem Leben verpflichtet fühlen!“ – Thies Christophers („Ausschwitz-Lüge“) kündigt für den 29.4. bis 1.5. bei Bad Bramstedt eine „Schulungstagung“ an, wo „vor allem über Kernkraftwerke und Öffentlichkeitsarbeit gesprochen werden soll“ („Bauernschaft“, 1/77). Christophers AKW-Interesse findet freundliche Aufnahme: Die Nordwestdeutsche Kraftwerke A.G. teilte ihm mit, sie sei „gerne bereit“, einen „Mitarbeiter unseres Hauses“ zur Diskusstunde zu entsenden; Christophers hat ihn schon nach Bad Bramstedt eingeladen („Bauernschaft“, 1/77). Die gleiche Nummer der Nazi-Zeitschrift enthält noch Anti-AKW-Artikel des wegen antisemitischer Sprüche aufgefallenen Hamburger Ex-Richters Stiglich und des schon erwähnten Rechtsanwalts Engelhardt.

Ganz offensichtlich blubbert der faschistische Sumpf und treibt übel-Engelhardt.

Ganz offensichtlich blubbert der faschistische Sumpf und treibt übel-riechende Gase hervor: Offene, militante Faschisten und Rassisten tarnen sich als „AKW-Gegner“. In einzelnen Flugblättern usw. geht das so weit, daß sie als Machwerke von Faschisten auf den ersten Blick nicht mehr zu erkennen sind. Vorsicht gerade vor diesen falschen Freunden!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NPD gegen AKW-Gegner

Während im Fußvolk und Dunstkreis der NPD der Bau von AKWs keineswegs nur auf reine Freude stößt, bleibt die offiziöse NPD-Presse auf klarem Hetzkurs gegen die AKW-Bewegung.

Wie bisher übernimmt NPD-Vorstandsmitglied Frey in seiner „National-Zeitung“ sämtliche Bullen-lügen und „berichtet“ in Springer und CDU-Tonlage: „Was sich am vergangenen Wochenende auf dem Gelände des geplanten Kernkraftwerks bei Grohnde im südlichen Niedersachsen ereignete, war ein Vorspiel dessen, was diesen Staat in sich ständig steigender Form erwartet, wenn nicht endlich der extremistischen Linken energisch entgegenge-

Unbequeme Fragen an den WSL

Wie wir in AK 101 berichteten, hat der Bundesvorsitzende des WSL, Prof. Haverbeck, sich in einem Brief an den KB von der „alten Garde“ der WSL-Führung distanziert und uns ein Gespräch angeboten. Wir hatten im „Steckbrief Nr. 3“ u.a. nachgewiesen, daß der WSL-Gründer Schwab, sowie der langjährige frühere WSL-Präsident Bruker waschechte Faschisten gewesen sind. Wir haben diesen Brief des WSL-Präsidenten ausdrücklich begrüßt, ebenso wie den des Präsidenten des „Lebensbundes“, Herrn Prof. Bruns, zur gleichen Sache. Schon jetzt, bevor das beabsichtigte Gespräch zustande gekommen ist, möchten wir aber Herrn Haverbeck und allen anderen Inter-

treten wird“ („NZ“, 25.3.77).

Die Grohnde-Demonstranten („10.000-15.000 fanatische Links-Extremisten“) werden als „kommunistische Sturmtruppe“ hingestellt, „die vor keiner Schandtat zurück-schrecken und sich in ihren Aktionen an die Skrupellosigkeit der Baader-Meinhof-Bande anlehnen“. Die Polizei-Truppe dagegen bestanden aus „offenbar überrasschten Beamten“.

Nicht anders das Blatt der „gemäßigten“ NPD-Linie, die „Deutsche Wochenzeitung“. In Grohnde „rückte eine Bürgerkriegsarmee von Polizeibrechern auf“, der die Polizei „mit ihrer eigenen unzulänglichen Polizeiausrüstung“ hilflos ausgeliefert gewesen sei.

essierten und Betroffenen ein paar Fragen stellen:

- Das „Collegium Humanum“, Zentrale Schulungsstätte des WSL in Vlotho (Bretthorststr. 221), zugleich Bundesitz des WSL, annoncierte noch im Oktober 76 in der Zeitschrift „Die Bauernschaft“ des KZ-Verherrlichers und Roeder-Kumpans Th. Christophers. (Christophers: „Ich bin kein Demokrat, ich bin ein Rassist!“)
- Ein gewisser Herr Jordan in der WSL-Initiative Bad Pyrmont verteilte zuerst offen, dann „unter der Hand“ mit Duldung von Herrn Schirr die „National-Zeitung“ des Faschisten Frey (in der übrigens kräftig gegen die Anti-AKW-Bewegung ge-

Offiziell will die NPD gegenwärtig so wenig mit der Anti-AKW-Bewegung zu tun haben, daß selbst von Wüstenhagen behauptet wird, er rufe zu „verfassungswidrigen“ und „strafbaren“ Aktionen auf („DWZ“, 25.3.77). Nichts hat die NPD jedoch offensichtlich dagegen, wenn Spitzenfunktionäre wie der berüchtigte Heiko Oetker (im schleswig-holsteinischen NPD-Vorstand) im Kostüm des Atom-Gegners auftreten. Ein Bein möchte wohl auch die NPD in den rechten Sumpf-Zonen der Anti-AKW-Bewegung behalten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

hetzt wird!) sowie Flugblätter von Th. Christophers.

- Der jetzige WSL-Bundesvize Cohrs (Hannover) annonciert ständig in der „Bauernschaft“ von Christophers.
- Der Vorsitzende des WSL Schleswig-Holstein, Baldu Springmann, annonciert ebenfalls in dem faschistischen Blatt von Christophers.
- Der Vorsitzende des WSL-Bayern, Harless, schrieb einen lobenden Leserbrief an die „SOL“, Organ der „links“faschistischen „Solidaristischen Volksbewegung“.
- Wie kommen solche Dinge zustande...?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg